



Eike Emrich | Freya Gassmann |
Konstantin Herrmann (Hrsg.)

Die Universität Potsdam in sozioökonomischer Perspektive

Ausgewählte Analysen sozialer
und wirtschaftlicher Effekte

Die Universität Potsdam in sozioökonomischer Perspektive

Eike Emrich | Freya Gassmann | Konstantin Herrmann (Hrsg.)

**Die Universität Potsdam
in sozioökonomischer Perspektive**

Ausgewählte Analysen sozialer und wirtschaftlicher Effekte

Universitätsverlag Potsdam

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de/> abrufbar.

Universitätsverlag Potsdam 2016

<http://verlag.ub.uni-potsdam.de/>

Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
Tel.: +49 (0)331 977 2533 / Fax: 2292
E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Dieses Werk ist unter einem Creative Commons Lizenzvertrag lizenziert:
Namensnennung 4.0 International
Um die Bedingungen der Lizenz einzusehen, folgen Sie bitte dem Hyperlink:
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Umschlagfoto: Thomas Roese, Universität Potsdam
Satz: Deborah Simon
Druck: druckhaus köthen GmbH & Co. KG

ISBN 978-3-86956-367-1

Zugleich online veröffentlicht auf dem Publikationsserver
der Universität Potsdam:
URN [urn:nbn:de:kobv:517-opus4-90200](http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-90200)
URL <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-90200>

Inhalt

Eike Emrich, Freya Gassmann und Konstantin Herrmann

Zentrale Ergebnisse der Studie:

„Die sozioökonomischen Effekte der Universität Potsdam“ 7

Eike Emrich, Freya Gassmann und Konstantin Herrmann

1 Einführung 29

Eike Emrich, Michael Koch, Wolfgang Meyer und Freya Gassmann

2 Universitäten als ökonomische Standortfaktoren 43

Eike Emrich, Michael Koch, Freya Gassmann und Wolfgang Meyer

3 Brandenburgische Bildungsinvestitionen und regionalökonomische
Effekte der Universität Potsdam 85

Freya Gassmann, Konstantin Herrmann und Eike Emrich

4 Die qualitativen und quantitativen Datenerhebungsmethoden
im Projekt 131

Konstantin Herrmann, Eike Emrich und Freya Gassmann

5 Die Universität Potsdam, ihre Studierenden,
Absolventinnen und Absolventen aus der Sicht von Wirtschaft,
Verbänden und Politik – Ergebnisse qualitativer Interviews 149

Die Studierenden der Universität Potsdam 199

Freya Gassmann, Konstantin Herrmann und Eike Emrich

6 Bedingungen des Kommens und Bleibens – die demographische
Rendite durch die Studierenden der Universität Potsdam 201

Konstantin Herrmann, Eike Emrich und Freya Gassmann

- 7 Die Bildungsherkunft der Studierenden der Universität Potsdam
und deren Auswirkungen auf das Studium 233

Eike Emrich, Freya Gassmann und Konstantin Herrmann

- 8 Die wirtschaftliche Lage und die Beschäftigungssituation der
Studierenden an der Universität Potsdam 269

Die Absolventinnen und Absolventen der Universität Potsdam 297

Konstantin Herrmann, Freya Gassmann und Eike Emrich

- 9 Herkunft, Verlauf und Bewertung des Studiums der
Absolventinnen und Absolventen der Universität Potsdam 299

Freya Gassmann, Eike Emrich und Konstantin Herrmann

- 10 Die Absolventen der Universität Potsdam:
Einstieg in die Erwerbstätigkeit und das Image von Brandenburg 319

Eike Emrich, Konstantin Herrmann, Freya Gassmann und Michael Koch

- 11 Lohnen sich Universitäten? – Zusammenfassung und Ausblick 355

Die Autorinnen/die Autoren 409

Eike Emrich, Freya Gassmann und Konstantin Herrmann

Zentrale Ergebnisse der Studie: „Die sozioökonomischen Effekte der Universität Potsdam“

Vorbemerkungen

Die Universität Potsdam hat erhebliche Effekte für die Region, sie ist ein wichtiger Standortfaktor in der nationalen und internationalen Konkurrenz um Humankapital und Know-How, zieht junge Menschen an und entwickelt die Ideen und Technologien für die Märkte von morgen. Darüber hinaus ist sie Arbeitgeber für viele Mitarbeiter¹ ebenso wie die mit der Universität Potsdam kooperierenden Forschungseinrichtungen. Der Konsum der Studierenden der Universität Potsdam produziert Einkommens- und Beschäftigungseffekte in einem erheblichen Maße. Damit ist die Universität im Zusammenwirken mit den kooperierenden Forschungseinrichtungen und dank ihrer Studierenden nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor per se, sondern auch Zukunftsgarant für eine immer stärker auf Wissenszuwächse und Know-How angewiesene Gesellschaft.

Gegenwartsbezogen erzeugen die Mitarbeiter und Studierenden über ihren privaten Konsum erhebliche regionale, auf Brandenburg bezogene, und überregionale Nachfrageeffekte. Hinzu kommen wirtschaftliche Impulse aus Infrastrukturinvestitionen (z. B. Baumaßnahmen) sowie aus der durch die Universitäten begünstigten Ansiedlung von kooperierenden wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen aus Know-how-intensiven Branchen in ihrem Umfeld. Diese wiederum haben ebenfalls wirtschaftliche Effekte im regionalen und überregionalen Umfeld (Externalitäten des an den Hochschulen produzierten Wissens; vgl. dazu Bauer, 1997, S. 26; Leusing, 2007, S. 6; Pavel, 2013; aktuell Emrich, Meyer, Rampeltshammer, 2013).

1 Der Lesbarkeit halber beschränken wir uns hier wie auch im Folgenden auf die männliche Form, die weibliche ist stets implizit einbezogen.

In einer weltumspannenden Konkurrenz um Know-How und weiche Güter können Wirtschaft und Gesellschaft durch Universitäten zukunftsbezogen konkurrenzfähig bleiben. Nach derzeitigem Erkenntnisstand sind sie wohl *das* zentrale Mittel in der globalen Konkurrenz um Wissen und Modernisierung. Zusätzlich zu den skizzierten sozial- und bildungspolitischen sowie regionalökonomischen Effekten, die sowohl in der Gegenwart als auch der Zukunft relevant sind, haben Universitäten auch eine zentrale Bedeutung für die Gestaltung der demographischen Zukunft. Zwar beeinflusst die Universität Potsdam keineswegs direkt die Nettoerproduktionsraten, sie bindet jedoch als attraktive Bildungsstätte junge Menschen an ihre Region und/oder zieht begabte Menschen aus anderen Regionen an, die dann nach ihrem Studium dem lokalen Arbeitsmarkt als hochqualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen („Pull-Effekte“). Angesichts der Tatsache, dass es in entwickelten Industrienationen weltweit, aber besonders in Europa, zu einem Mangel an jungen hochqualifizierten Menschen kommt, scheiden doch demographiebedingt gleichzeitig über eine bestimmte Phase überproportional viele mit Erreichen des Rentenalters aus dem Arbeitsmarkt aus, sind regionale Pull-Faktoren im Kampf um Humankapital ein wichtiger regionaler Standortfaktor. Universitäten sind somit ein Jungbrunnen für Regionen und Gesellschaften.

Nachfolgend werden die angesprochenen unterschiedlichen Effekte in ihrem Ausmaß für die Universität Potsdam kurz skizziert. Im Einzelnen sind dies:

- 1) die ökonomischen Effekte in Form von Einkommens- und Beschäftigungseffekten der Universität Potsdam und der kooperierenden wissenschaftlichen Einrichtungen,
- 2) die regional wirksamen demographischen Effekte der Universität,
- 3) die sozial- und bildungspolitisch relevanten Effekte, insbesondere der Beitrag der Universität für einen intergenerationalen sozialen Aufstieg mittels Studium und damit der Beitrag der Universität Potsdam zur Bearbeitung des Problems sozialer Ungleichheit.

Die zugrundeliegende Untersuchung beruht auf einem methodenpluralistischen Design, welches neben den mittels Dokumentenanalysen ausgewerteten Haushalts- und Finanzdaten der Universität Potsdam und des Landes Brandenburgs auch Ergebnisse aus einer qualitativen Befragung relevanter Experten, die EDV-gestützt inhaltsanalytisch ausgewertet wurden, mit einbezieht. Zudem wurden quantitative, durch die Befragung von Studierenden und Absolventen generierte Daten erhoben und ausgewertet.

Finanzierungsaspekte und regionalökonomische Effekte der Universität Potsdam

Dass Universitäten mittelbar die Wohlfahrt der Gesellschaft verbessern, indem sie Bildung für Studierende und forschungsgebundenes Wissen für alle produzieren, ist ein Allgemeinplatz. Wichtig ist dabei die Balance zwischen einem Verständnis von Bildung als Zweck an sich und von Bildung als Mittel zum Zweck. Zunächst einmal ist die Universität wie auch eingangs der Studie skizziert, eine Bildungseinrichtung, deren idealtypischer Sinn der Wissensgewinn und Bildungszuwachs einer Bevölkerung an sich ist. In der Folge wirkt sich vermehrte Bildung auch wirtschaftlich aus. Die Frage bleibt nur, welche Form der Steuerung die effizientere ist. Wenn man universitäre Bildung „nur“ als Mittel zum Zweck sieht, fällt es wesentlich leichter, die Universität einer gewissermaßen betriebswirtschaftlichen Effizienzanalyse zu unterziehen. Legt man eine solche Analyse intertemporal, also periodenübergreifend und damit zukunftsbezogen, an, zeigt sich deutlich, dass die geeignete Balance zwischen einem universitären Bildungsangebot als Selbstzweck und der Betrachtung eben dieses Angebots als Mittel zum Zweck entscheidend ist. So verbietet sich aus einer bildungstheoretischen Perspektive reine gegenwartsorientierte Zweckbetrachtung.

Die Vorhaltung des öffentlichen Guts universitäre Bildung für möglichst viele und damit die Erbringung wesentlicher Leistungen wird ermöglicht durch eine größtenteils öffentliche Finanzierung, die idealtypisch Bildung möglichst nur abhängig von der individuellen Begabung und unabhängig von der sozialen Herkunft und ökonomischen Lage für alle Schichten ermöglichen soll. Dies geschieht vor dem Hintergrund einer erhöhten Nachfrage nach Humankapital (sowohl auf Seiten der Studierenden als auch auf dem Arbeitsmarkt) und einer daraus in weiten Teilen Deutschlands resultierenden Bildungsexpansion in den letzten Jahren, der allerdings erhebliche regionale Differenzen aufweist.

Damit verknüpft ist angesichts zunehmender Ressourcenknappheit und freiwilliger Selbstbeschränkungen (Schuldenbremse) der öffentlichen Hand zunehmend der Zwang, politisch über den Umfang der finanziellen Mittel bzw. der Steuern und deren Effizienz zu diskutieren, also über den Mitteleinsatz für Universitäten bzw. ihre Finanzierung. Wie die meisten staatlichen Universitäten in Deutschland finanziert sich auch die Universität Potsdam zum größten Teil aus Landesmitteln.²

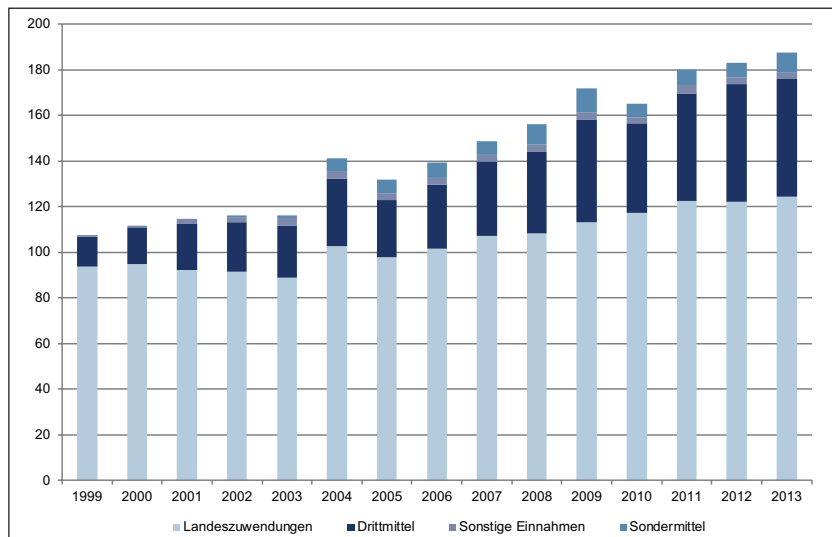
2 Eine Aufstellung der privaten Investitionen (z. B. durch die Studentenwerksbeiträge, Spenden oder die Finanzierung von Professuren) würde dieses Bild möglicherweise deutlich verändern, liegt jedoch nicht vor.

Im Jahr 2013 generierte die Universität Potsdam Einnahmen in Höhe von etwa 187 Mio. Euro, rund 124 Mio. Euro stammen vom Land Brandenburg, dazu kommen Drittmiteleinahmen von 51 Mio. Euro im Jahr 2013, Sondermittel von etwa 9 Mio. Euro und sonstige Einnahmen in Höhe von etwa 3 Mio. Euro.

Brandenburg ist bezogen auf die aufgewandten Kosten pro Studierenden das „Schlusslicht“ aller 16 Bundesländer, bezogen auf die Ausgaben pro Professor liegt das Land auf dem drittletzten Platz. Die Kosten, die an der Universität Potsdam anfallen, sind wie die Studierendenzahlen im letzten Jahrzehnt kontinuierlich angestiegen, wobei die Personalkosten den weitaus größten Ausgabenposten darstellen. Im Jahr 2013 lagen z. B. die Personalkosten bei 127 Mio. Euro und machten damit 76 % der Gesamtausgaben aus.

Im Rahmen der Finanzierungspraxis der Universität Potsdam ist allgemein die Bedeutung von Drittmitteln im Verhältnis zu den Landeszuwendungen langfristig deutlich gestiegen (vgl. Abbildung 1). Zwar steigen die vom Land Brandenburg bereitgestellten Finanzmittel in den letzten Jahren leicht an, blieben aber zu jeder Zeit hinter den Ausgaben der Universität zurück. Somit musste jedes Jahr ein Fehlbetrag universitätsintern kompensiert werden. Dabei ist zu bedenken, dass die Landesmittel, die pro Einwohner Brandenburgs an die Universität Potsdam gehen, im Vergleich zu anderen Universitäten – speziell in anderen Bundesländern, eher niedrig ausfallen. Hier wirken einerseits die Fächerstruktur (z. B. fehlt eine teure medizinische Fakultät) hinein, andererseits kompensiert die Universität die Knappheit der Ressourcen durch Überkompensationsmechanismen auf Mitarbeiterseite. Überkompensationen dieser Art verlaufen häufig in Form eines Overshooting-Effektes, in dessen Rahmen es zeitlich befristet am Anfang der Finanzlücke durch besonderes Engagement seitens der Beschäftigten zu erhöhter Leistungsfähigkeit kommt, die vorübergehend sogar in verbesserten Leistungsindikatoren mündet, mittelfristig aber in einen erwartbaren Einbruch der Leistungen führt. Ähnlich einem Motor, der irgendwann heiß läuft, wenn die zulässige Drehzahl ständig überschritten wird. Die öffentliche Hand ist somit gut beraten, die Wirkung des Mangels als zeitlich befristeter „Anreizfaktor“ nicht zu übertreiben und die Elastizität der Mitarbeiter nicht überzustrapazieren, zumal die Gefahr besteht, den Overshooting-Effekt so zu interpretieren als ob genügend Finanzmittel im „System seien“.

Abbildung 1: Einnahmen der Universität Potsdam vom Jahre 1999 bis zum Jahr 2013 (in Mio. Euro).



Quelle: Haushaltsdaten der Universität Potsdam (inflationsbereinigte Darstellung).

Die Einkommens- und Beschäftigungseffekte durch die Universität Potsdam sowie durch die kooperierenden wissenschaftlichen Einrichtungen setzen sich wie folgt zusammen:

- *Direkter Effekt:* Die direkten Einkommenseffekte bestehen aus den Personalausgaben der Universität und der kooperierenden wissenschaftlichen Einrichtungen, abzüglich des Arbeitgeberanteils an den Sozialabgaben, was dem Bruttolohn entspricht (vgl. Knappe, 2006).
- *Indirekter Effekt:* Aus dem Konsum der Mitarbeiter der Universität und der kooperierenden wissenschaftlichen Einrichtungen, den Ausgaben der Studierenden sowie den Ausgaben der Universität für Sach-, Bau- und Investitionskosten werden die Ausgaben für die Branchen Produzierendes Gewerbe, Handel, Gastgewerbe und sonstige Dienstleistung geschätzt. Dazu wurden die branchenspezifischen Anteilswerte (vgl. Knappe, 2006), die sich für die Beschäftigten, Studierenden und die Ausgaben der Universität jeweils unterscheiden, herangezogen. Durch die korrigierten Arbeitsplatzkoeffizienten (APK) können dann die indirekten Beschäftigungseffekte berechnet werden. Mit Hilfe der durchschnittlichen Löhne in den Branchen ergeben sich daraus die indirekten Einkommenseffekte.

- *Induzierte Effekte*: Analog zu Gloede, Schirmag und Schöler (1999) werden die induzierten Effekte aus den indirekten Effekten durch den Multiplikator 1,16 (siehe auch Knappe, 2006) berechnet. Dieser Multiplikator wird entsprechend der branchenspezifischen Anteilswerte gewichtet ermittelt. Die Anzahl der induzierten Beschäftigten ergibt sich durch die Division des induzierten Einkommens durch den gemittelten Bruttolohn aller Branchen.

Aus den direkten sowie den indirekten Effekten, aus dem Konsum der Mitarbeiter der Universität, dem Konsum der Studierenden und den Investitionen der Universität sowie den induzierten Effekten, die sich aus den indirekten ergeben, werden die gesamten Einkommens- bzw. Beschäftigungseffekte geschätzt (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Einkommens- und Beschäftigungseffekte der Universität Potsdam ohne kooperierende wissenschaftliche Einrichtungen.

	Einkommenseffekte		Beschäftigungseffekte in VÄ	
	Gesamt	Anteil in Brandenburg an Gesamt	Gesamt	Anteil in Brandenburg an Gesamt
Direkter Effekt	100,7 Mio. €	58,4 Mio. €	2.439	1.415
Indirekte Effekte durch die Beschäftigten	18,1 Mio. €	10,5 Mio. €	537	312
Indirekte Effekte durch die Studierenden	58,6 Mio. €	30,5 Mio. €	1.752	911
Indirekte Effekte durch die Ausgaben der Universität Potsdam	10,0 Mio. €	4,9 Mio. €	311	147
Indirekter Effekt Gesamt	87,2 Mio. €	45,9 Mio. €	2.600	1.370
Multiplikator Induzierter Effekt 1,16 (Knappe, 2006, vgl. auch Gloede, Schirmag & Schöler, 1999)		0,16	aus dem induzierten Einkommenseffekten durch Division mit dem durchschnittlichen Bruttoeinkommen über alle Branchen hinweg: 36.631 €/Jahr (vgl. Amt für Statistik Berlin Brandenburg, 2014)	
Induzierter Effekt	13,9 Mio. €	7,3 Mio. €	381	201
Gesamteffekte	201,8 Mio. €	111,7 Mio. €	5.420	2.985

Die Einkommens- und Beschäftigungseffekte lassen sich für die Universität Potsdam wie folgt zusammenfassen: Der direkte Einkommenseffekt der Universität beträgt 100,7 Mio. Euro, von denen 58,4 Mio. Euro in Brandenburg verbleiben. Die Ausgaben der Mitarbeiter der Universität, der Studierenden und der Universität erzeugen indirekte Einkommenseffekte in Höhe von 87,2 Mio. Euro, wovon 45,9 Mio. Euro in Brandenburg verbleiben.

Die induzierten Einkommenseffekte belaufen sich auf 13,9 Mio. Euro, von denen 7,3 Mio. Euro auf Brandenburg entfallen, in Stellen ausgedrückt sind dies 381 insgesamt und 201 in Brandenburg. Der gesamte Einkommenseffekt, bestehend aus dem direkten, den indirekten und den induzierten, beläuft sich auf insgesamt 201,8 Mio. Euro, davon 111,7 Mio. Euro direkt in Brandenburg.

Der gesamte Beschäftigungseffekt in Vollzeitäquivalenten beträgt 5.420 Beschäftigte, wovon mehr als die Hälfte, nämlich 2.985 Beschäftigte (Vollzeitäquivalente), in Brandenburg tätig sind. Dabei ist die Universität Potsdam selbst zunächst einmal ein großer Arbeitgeber. An der Universität Potsdam arbeiten etwa 4.500 Beschäftigte in Voll- und Teilzeit, wovon etwa 2.600 ihren ersten Wohnsitz in Brandenburg haben. Seit dem Jahr 2000 ist eine Zunahme der Stellen um 59% zu beziffern. Innerhalb der letzten drei Jahre ist eine stagnierende bzw. leicht sinkende Mitarbeiterzahl erkennbar.

Abbildung 2: Graphische Darstellung der Einkommenseffekte durch die Universität Potsdam im Land Brandenburg.

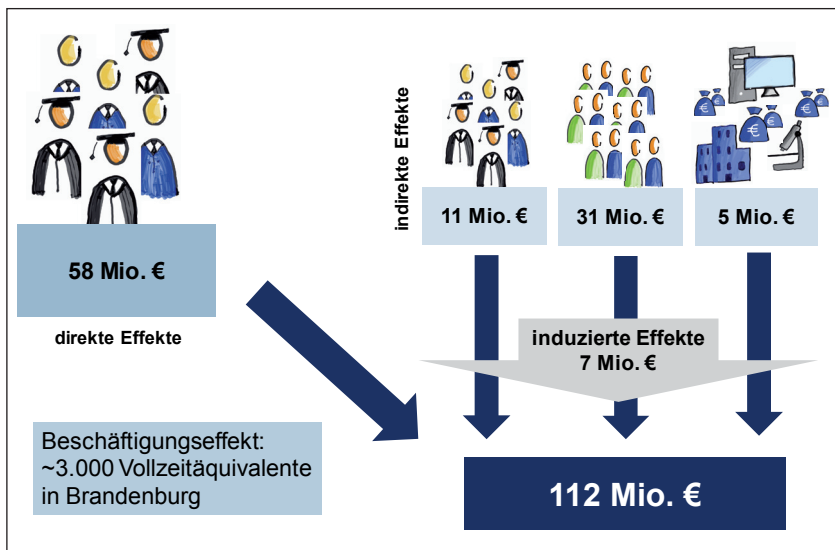


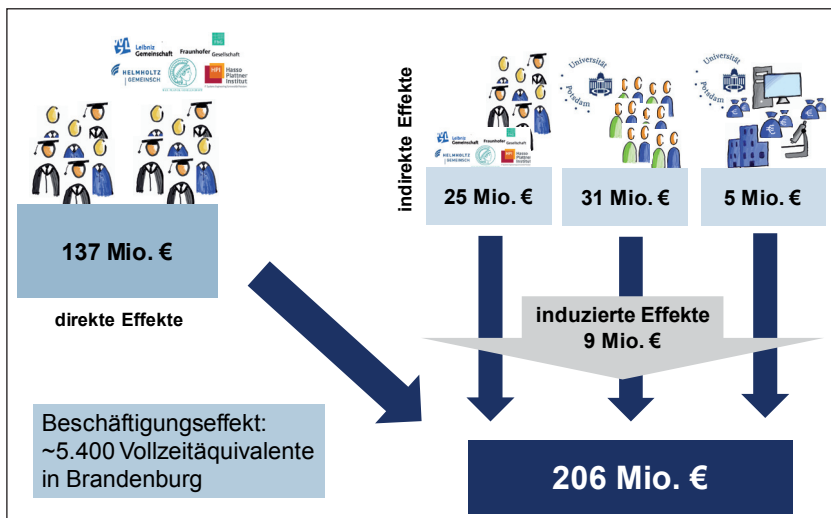
Tabelle 2: Einkommens- und Beschäftigungseffekte der kooperierenden Forschungseinrichtungen.

	Einkommenseffekte		Beschäftigungseffekte in VÄ	
	Gesamt	Anteil in Brandenburg an Gesamt	Gesamt	Anteil in Brandenburg an Gesamt
Direkter Effekt	134,7 Mio. €	78,1 Mio. €	3.322	1.927
Indirekte Effekte durch die Beschäftigten	24,2 Mio. €	14,0 Mio. €	719	417
Indirekter Effekt Gesamt	24,2 Mio. €	14,0 Mio. €	719	417
Multiplikator Induzierter Effekt 1,16 (Knappe, 2006, vgl. auch Gloede, Schirmag & Schöler, 1999)		0,16	aus dem induzierten Einkommenseffekten durch Division mit dem durchschnittlichen Bruttoeinkommen über alle Branchen hinweg: 36.631 €/Jahr (vgl. Amt für Statistik Berlin Brandenburg, 2014)	
Induzierter Effekt	3,8 Mio. €	2,2 Mio. €	106	61
Gesamteffekte	162,8 Mio. €	94,4 Mio. €	4.146	2.404

Ohne die Universität Potsdam gäbe es auch nicht die Vielzahl kooperierender Forschungseinrichtungen in ihrem Umfeld. Auch wenn diese nicht alle ausschließlich mit der Universität Potsdam kooperieren sind diese doch aufgrund der räumlichen Nähe und der engen Kooperationsmodi gewissermaßen deren natürlicher Partner. Der Gesamteffekt der kooperierenden Forschungseinrichtungen beträgt rd. 163 Mio. Euro, wovon rd. 94,5 Mio. in Brandenburg anfallen. Dazu kommen insgesamt rd. 4.150 Vollzeitäquivalente mit einem brandenburgischen Anteil von rd. 2.400 (vgl. Tabelle 2).

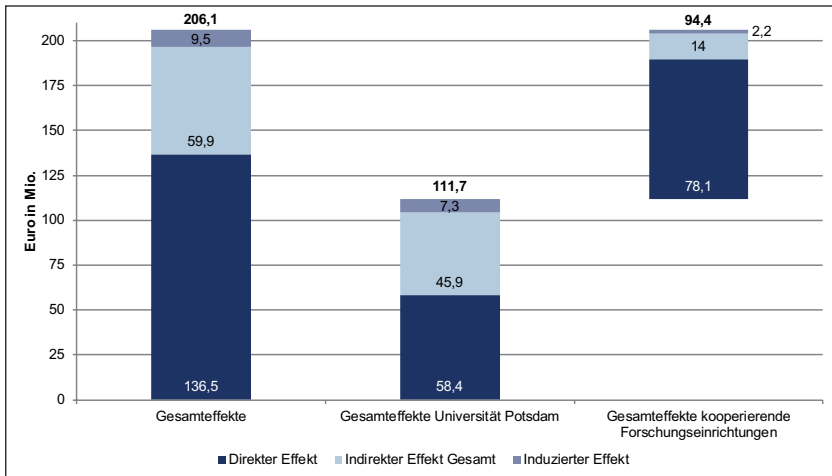
Die Universität Potsdam sorgt zusammen mit den kooperierenden Forschungseinrichtungen in ihrem Umfeld somit für einen Gesamteinkommenseffekt in Höhe von 364,6 Mio. Euro und 9.566 Beschäftigten. In Brandenburg verbleibt davon mehr als die Hälfte, nämlich 206,1 Mio. Euro Einkommen und 5.389 Beschäftigte (vgl. Abbildung 3 und 4).

Abbildung 3: Graphische Darstellung der Einkommenseffekte durch die Universität Potsdam und die kooperierenden Forschungseinrichtungen für das Land Brandenburg.



Aus 124 Mio. Landesmitteln im Jahr 2013 wird unter Nutzung von Transferzahlungen und Mitteln, die aus dem Steueraufkommen der Bundesrepublik Deutschland, der Industrie usw. stammen, durch die Universität, ihre Mitarbeiter und Studierenden ein Gesamteffekt von 201,8 Mio., wovon 111,7 Mio. als Einkommenseffekt in Brandenburg verbleiben und rd. 2.985 Vollzeitäquivalente in Brandenburg Beschäftigung finden.

Abbildung 4: Einkommenseffekte (Universität Potsdam und kooperierende Forschungseinrichtungen).



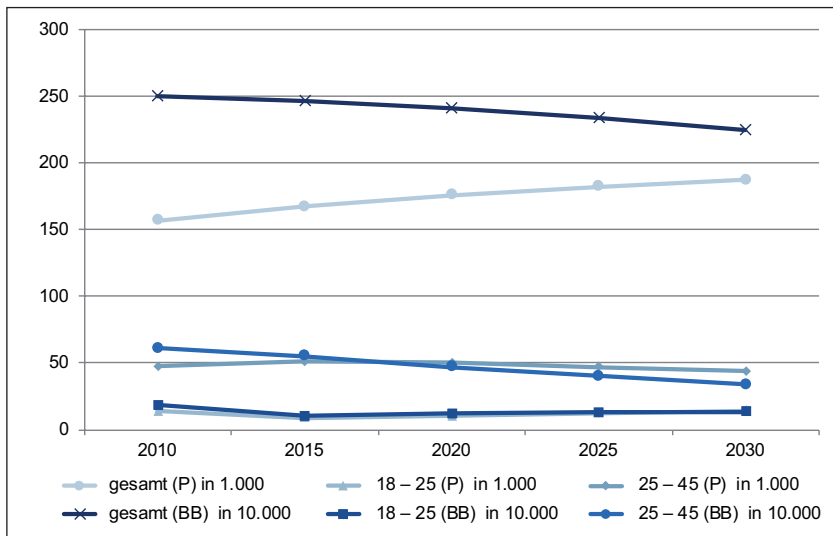
Die für Studierende kostenfreie Bereitstellung von Bildung als öffentlichem Gut ist damit für das Land Brandenburg eine „lohnende“ Investition, deren Nutzen auch aus einer rein ökonomischen Perspektive sowohl gegenwarts- als auch insbesondere zukunftsbezogen außer Frage steht. Um an dieser Stelle auf die oben gestellte Frage der volkswirtschaftlichen Effizienz eingesetzter Ressourcen im Land Brandenburg zurückzukommen, kann man in einem ersten Schritt zusammenfassen, dass es schwer fällt, sich eine Ressourcenverwendung seitens des Landes Brandenburg vorzustellen, die höheren Nutzen stiftete.

Studierende und Absolventen der Universität Potsdam

Die Universität Potsdam sorgt für einen Pull-Effekt, der junge Erwachsene in die Region zieht, die allgemein eine größere wirtschaftliche und kulturelle Dynamik mit sich bringen als eine im Vergleich im Durchschnitt wesentlich ältere Wohnbevölkerung. Im Land Brandenburg wird es in den nächsten Jahren zu einer Abnahme der Bevölkerung, gepaart mit einer vorübergehenden Zunahme der Hochbetagten, kommen. Die Stadt Potsdam mit ihrer Universität wird entgegen diesem Trend im gleichen Zeitraum voraussichtlich eher wachsen und einen positiven Wanderungssaldo für die Bevölkerungsgruppe der 18–25-Jährigen aufweisen, der wesentlich dem Zuzug von Studierenden zuzuordnen ist. Insofern wirkt die Universität Potsdam auf die Altersstruktur der Wohnbevölkerung

der Stadt Potsdam wie ein „Jungbrunnen“ (s. Abbildung 5). Ohne den Pull-Effekt der Universität würde sich die Stadt in Richtung eines „Pensionopolis“ entwickeln, also einer Stadt, in der ein überproportional hoher Anteil über 65-jähriger seine Renten in gewisser Beschaulichkeit „verlebt“. Die Folgen für die kulturelle Dynamik der Region wären sicherlich nicht positiv und zeigten sich über viele Felder in einer nachlassenden Dynamik und in pfadabhängigen Folgeprozessen, in deren Verlauf sich diese nachlassende Dynamik und die strukturelle Veränderung der Wohnbevölkerung weiter in eine unerwünschte Richtung entwickelten.

Abbildung 5: Entwicklung der Wohnbevölkerung in Brandenburg und Potsdam nach Altersgruppen.

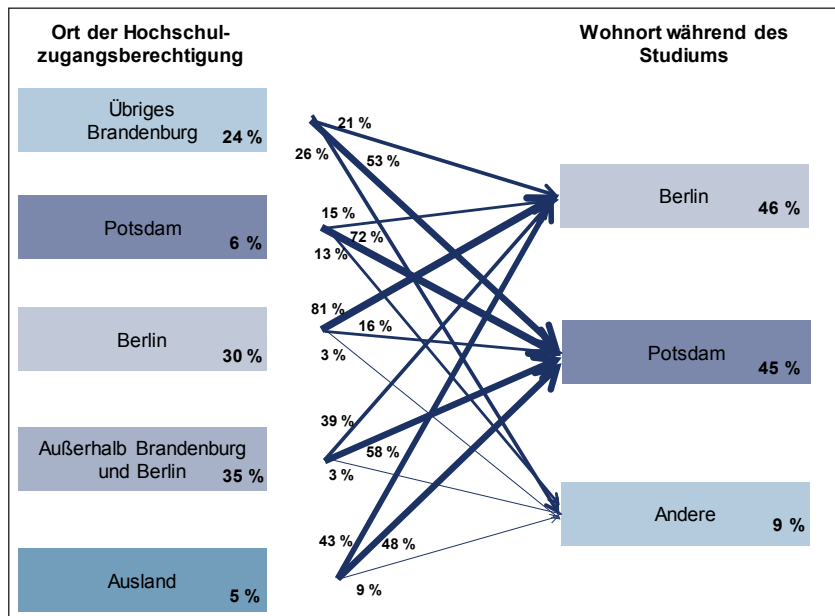


Quelle: Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2012.

Das Angebotsspektrum und die spezielle Ausrichtung von Studienfächern der Universität Potsdam erzeugen eine erhebliche studentische Nachfrage und führen gemeinsam mit der relativen Nähe des angrenzenden Berlins zu einem attraktiven Studienort sowohl für pendelnde Studierende aus Berlin als auch zu einem attraktiven Studien- und Wohnort für Studierende aus anderen Bundesländern (s. Abbildung 6). Die relativ junge Universität Potsdam, die im Jahr 2016 ihr 25-jähriges Bestehen feiert, erweist sich von daher als besonders konkurrenzfähig gegenüber anderen Anbietern in der Region. Insgesamt

stammt etwa ein Drittel der befragten Studierenden an der Universität Potsdam nicht aus Brandenburg oder Berlin und wählte die Universität aufgrund des angebotenen Fächerkanons und der Nähe zu Berlin. Ein weiteres Drittel stammt aus Brandenburg und wählte meist aus privaten Gründen den Studienort Potsdam. Berliner machen das letzte Drittel der Studierenden an der Universität Potsdam aus, die spezielle Ausrichtung der Studienfächer und die Nähe zu Berlin waren hier bei der Wahl des Studienortes ausschlaggebend. Wohnhaft waren die Studierenden unabhängig vom Herkunftsort zu fast gleichen Teilen in Potsdam (45%) und in Berlin (46%).

Abbildung 6: Übersicht: Ort der Hochschulzugangsberechtigung und Wohnort während des Studiums (n=1.815).



Die durch die zeitlich begrenzte Studienzeit hohe Stromgröße junger Studierender (etwa alle vier bis sechs Jahre werden 100% dieser Population ersetzt) aus anderen Regionen, produziert erhebliche Multiplikatoreffekte. Junge Menschen, die mit Potsdam als Universitäts- und/oder Studienort positive Erfahrungen gesammelt haben, erweisen sich über Mundpropaganda als wichtiges Instrument, um wiederum die nächste Generation junger Menschen für ein Studium in Potsdam zu begeistern, indem sie schlicht und einfach Potsdam aufgrund

eigener Erfahrungen als Studien- und/oder Wohnort empfehlen können. Da die Studierenden die Studiensituation insgesamt positiv beurteilen (s. Tabelle 4), überrascht die hohe Empfehlungsquote für Potsdam als Studienort nicht.

Die von befragten Experten als „Lebensader der Universität“ bezeichnete Zugverbindung, insbesondere nach Berlin und zwischen den Standorten der Universität, ist der für die Mobilität der Studierenden wichtigste Faktor. Um im Bild zu bleiben, ist es allerdings wichtig, dass diese Lebensader als wichtiges öffentliches Gut keine sklerotischen Veränderungen zeigt und hohe Durchlässigkeit mit Fließfähigkeit des Verkehrs und Pünktlichkeit verknüpft. Fast alle Studierenden, die in Berlin wohnen, nutzen die öffentlichen Verkehrsmittel mindestens ein Mal in der Woche, um zur Universität zu gelangen. Auf diese Weise verknüpft dieser Teil der Studierenden in der persönlichen Nutzenbilanz geschickt die Attraktivität des Studienortes Potsdam mit den niedrigeren Mieten und/oder der höheren kulturellen Attraktivität von Berlin als Wohnort. Ein tragfähiges, pünktliches und kostengünstiges System des öffentlichen Personennahverkehrs ist somit für die Universität Potsdam in hohem Maße erforderlich, da eine Störung der „Lebensader“ zu ernsthaften Problemen führte.³

Die Universität Potsdam ist darüber hinaus ein wesentlicher Aktivposten im Bemühen, soziale Ungleichheit und ihre Wirkungen auf den Erwerb von akademischen Bildungspatenten zu verringern. Sie wirkt durch die Möglichkeit eines Studiums für die Landeskinder, die zu einem hohen Anteil auch DDR-bedingt aus Elternhäusern stammen, in denen beide Elternteile kein Studium abgeschlossen haben, als aufstiegsorientierte „Bildungsleiter“ (vgl. Tabelle 1) und befördert die allgemein gewünschte Akademisierung, deren Nutzen in der Studie diskutiert wird. Damit ermöglicht die Universität Potsdam dem Bundesland Brandenburg im länderübergreifenden Vergleich nicht nur eine Verbesserung seiner eher durchschnittlichen Akademikerquote, sondern befriedigt auch den aktuell vorhandenen hohen Bedarf nach Humankapital und schafft damit wesentliche Voraussetzungen für künftig hohe Steuereinnahmen durch eine entsprechende Humankapitalrendite. Trotz positiver Entwicklungen ist hinsichtlich der Bildungsherkunft der brandenburgischen Studierenden und Absolventen aktuell darauf hinzuweisen, dass diejenigen ohne mindestens ein

3 Hier ist darauf hinzuweisen, dass die Häufigkeit der Nutzung nicht zwingend mit der Zufriedenheit mit der Nutzung gleichgesetzt werden kann. Wenn kostengünstige Alternativen fehlen, müssen öffentliche Verkehrsmittel genutzt werden, und diese Asymmetrie zwischen Anbieter und Nachfrager wird nicht selten auch auf Anbieterseite „ausgebeutet“. Insofern wäre hier eine Zufriedenheitsanalyse zu empfehlen.

Elternteil mit Fach- oder Hochschulabschluss nach wie vor unterrepräsentiert sind. Es zeigt sich, dass sich hier der gewünschte soziale Wandel nur allmählich, eben im Prozess über Generationen vollzieht, wobei mögliche Kohorteneffekte eines allgemein steigenden Bildungsniveaus zu berücksichtigen sind.

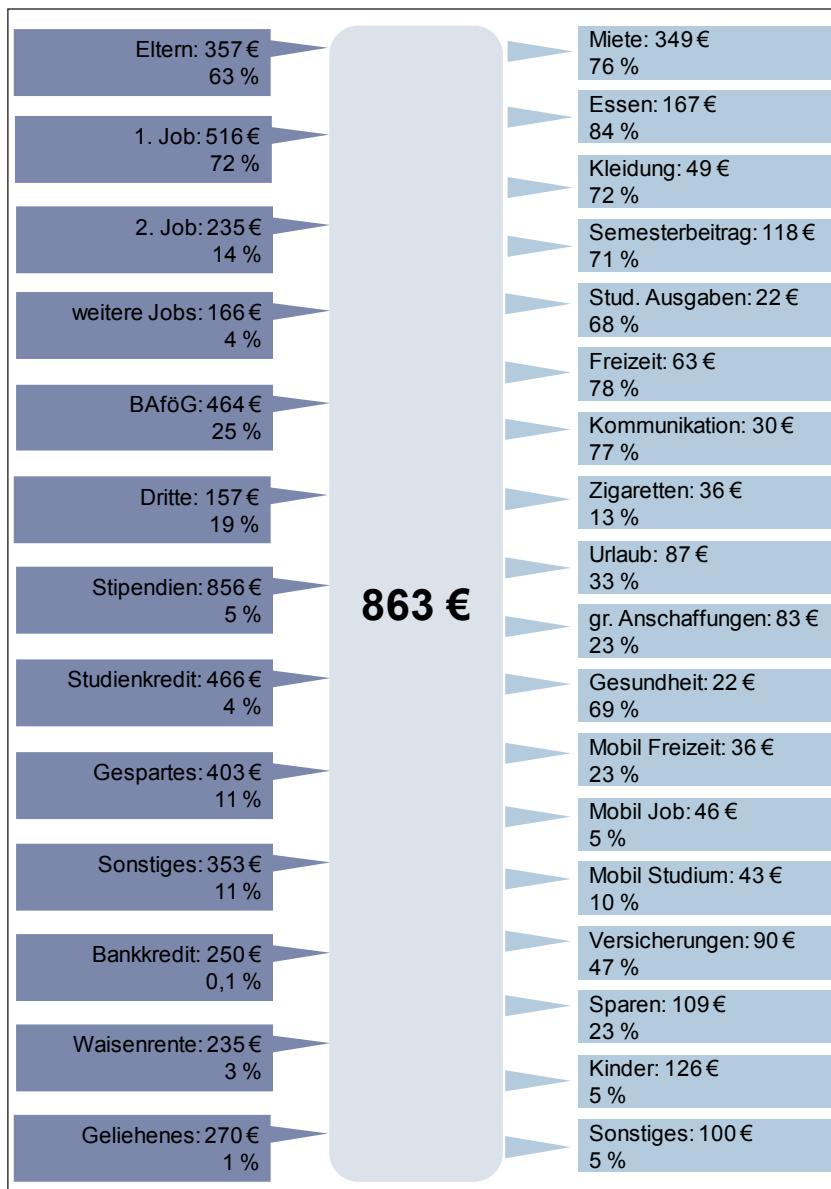
Tabelle 3: Bildungsherkunft der Studierenden nach dem Ort der Hochschulzugangsberechtigung (HZB) (n=1.758).

Ort der HZB		Elternteil Akademiker			
		Keiner	Einer	Beide	Gesamt
Berlin	Anzahl	222	156	145	523
	% innerhalb Ort HZB	42,4 %	29,8 %	27,7 %	100,0 %
Brandenburg	Anzahl	268	131	127	526
	% innerhalb Ort HZB	51,0 %	24,9 %	24,1 %	100,0 %
Anderer Ort	Anzahl	272	194	243	709
	% innerhalb Ort HZB	38,4 %	27,4 %	34,3 %	100,0 %

Die finanzielle Situation der Studierenden der Universität Potsdam ist annähernd vergleichbar mit der Situation der Studierenden aus den alten Bundesländern. Der etwas höhere Durchschnittswert des monatlich zur Verfügung stehenden Budgets bildet sicherlich teilweise den erhöhten Mietspiegel in Potsdam ab. Studierende der Universität Potsdam stehen im Mittel 863 Euro pro Monat zur Verfügung. 67% der Studierenden sind neben dem Studium erwerbstätig, 91% der Absolventen geben im Vergleich dazu an, während ihrer Studienzeit gejobbt zu haben.

Studierende arbeiten im Durchschnitt 15 Stunden in der Woche. Ältere Studierende, Studierende mit geringer Bildungsherkunft und jene aus einem Elternhaus, in dem beide Elternteile einen Hochschulabschluss erworben haben, Studierende der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, Bachelorstudierende sowie jene, die angeben, Probleme mit der Vereinbarkeit von Studium und Job zu haben, arbeiten im Durchschnitt mehr als ihre Kommilitonen. Dabei steht vor allen Dingen das Geldverdienen im Vordergrund, nur wenige wählen die Tätigkeit neben dem Studium, um eine Anstellung nach dem Studium zu finden. Die eigene Berufstätigkeit (bei 72% der Studierenden) und die Unterstützung der Eltern (63%) stellen die häufigsten Einnahmequellen dar. Den größten Anteil der Ausgaben bilden Miet- und Nebenkosten (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7: Mittlere Einnahmen und Ausgaben der Studierenden (n=1.725).



Im Durchschnitt geben alle Studierenden 52% ihrer Ausgaben (449 Euro pro Monat) in Brandenburg aus. Ältere Studierende schätzen ihre finanzielle Situation schlechter ein als jüngere. Wer in Berlin wohnt, kommt schlechter mit seinem Geld aus, was angesichts günstigerer Mieten implizit für mehr Möglichkeiten des Kulturkonsums spricht. Studierende ohne Akademiker im Elternhaus empfinden ihre finanzielle Situation signifikant schlechter als die Studierenden mit Akademiker-Elternhaus.

Die Absolventen der Universität Potsdam erinnern sich insgesamt positiv an ihre Studienzeit, sie übertreffen in ihrer positiven Einschätzung die entsprechenden Werte der Studierendenbefragung leicht. Ihre Erwartungen an das Studium erfüllten sich insgesamt und das Studium machte auch Freude (vgl. Tabelle 4). 80% der Studierenden würden die Universität Potsdam weiterempfehlen, fast 60% der Absolventen haben die Universität Potsdam bereits jemandem weiterempfohlen. Aussagen zum Land Brandenburg schätzen die Studierenden im Vergleich positiver ein als die Absolventen. Die Länder Berlin und Brandenburg werden tendenziell als gemeinsame Region wahrgenommen und Brandenburg wird attestiert, gute Voraussetzungen zur Familiengründung, einen hohen Freizeitwert und gute Verkehrsanbindungen in die Nachbarregionen zu haben.

Tabelle 4: Einschätzungen und Meinungen der Studierenden und Absolventen zu ihrem Studium.

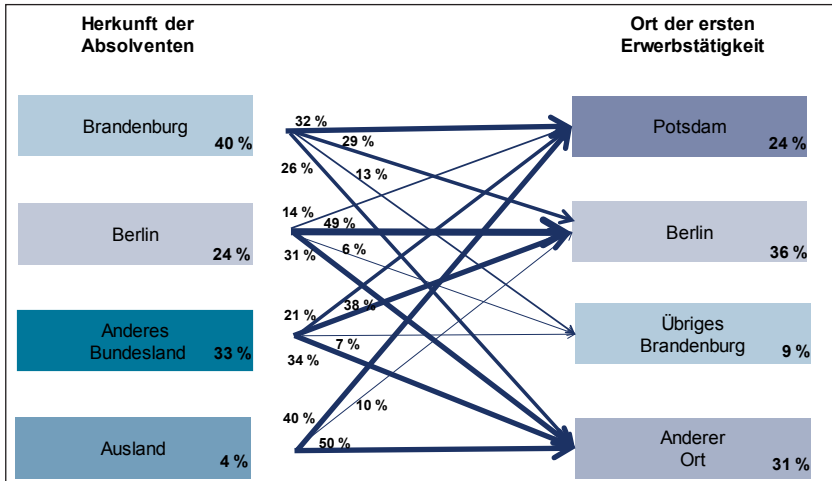
		Absolventen		Studierende	
		n	Mittelwert (SD)	n	Mittelwert (SD)
Universität	Wie zufrieden sind/waren Sie persönlich mit der Universität Potsdam?	445	7,0 (1,9)	2159	6,6 (2,1)
	Inwieweit werden/wurden Ihre persönlichen Erwartungen an die Universität Potsdam erfüllt?	444	6,8 (2,0)	2165	6,3 (2,1)
	Das Studium an der Universität Potsdam macht/machte mir alles in allem viel Freude.	445	7,4 (2,0)	2172	8,0 (1,8)
Studium	Wie zufrieden sind/waren Sie mit Ihrem Studium an der Universität Potsdam im Allgemeinen?	445	7,0 (1,8)	2165	6,7 (2,1)
	Inwieweit werden/wurden Ihre persönlichen Erwartungen an Ihr Studium an der Universität Potsdam erfüllt?	446	6,8 (2,0)	2171	6,4 (2,2)

Erhoben auf einer elfstufigen Skala von 0 „gar nicht zufrieden/erfüllt“ bis 10 „außerordentlich zufrieden/erfüllt“.

Die in Experteninterviews geäußerte Funktion eines „Personalproduzenten für die regionale Wirtschaft“, konsistent mit dem im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien verankerten Ziel der Fachkräftesicherung, erfüllt die Universität Potsdam offensichtlich und die hohe Zufriedenheit der Studierenden und Absolventen ist wesentliche Voraussetzung dafür, dass dies auch so bleibt. Etwa ein Viertel der Studierenden möchte nach Abschluss des Studiums für die erste Erwerbstätigkeit in Brandenburg bleiben, der Großteil (53 %) ist jedoch noch unentschlossen. Das Zusammenspiel aus persönlicher Bindung an die Region, vorhandenen Jobangeboten und Aufstiegschancen in Unternehmen mit im Vergleich zu anderen Bundesländern vergleichbar angepassten Löhnen wirkt sich positiv auf die Bleibeabsicht der Studierenden aus.

Konkret bleibt von den Absolventen der Universität Potsdam ein Drittel für die erste Erwerbstätigkeit in Brandenburg, wobei die Stadt Potsdam als Arbeitsort eine herausragende Rolle spielt. 36 % geben an, in Berlin die erste Anstellung gefunden zu haben. Bezogen auf die Herkunft der Absolventen zeigt sich ein gemischtes Bild für den Ort der ersten Erwerbstätigkeit (vgl. Abbildung 8). Insgesamt bleiben aber zwei Drittel der Absolventen in der Region Berlin-Brandenburg, wobei auch zwei Drittel der Studierenden aus der Region stammen, die jedoch nicht personenidentisch mit den aus Brandenburg stammenden sind. Somit bleibt die Anzahl der jungen Erwachsenen in der Region gleich, sie werden jedoch durch das Studium an der Universität Potsdam zu hoch qualifizierten Universitätsabsolventen, die für den regionalen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und es kommt zwangsläufig zu veränderten Stromgrößen bei gleichbleibendem Bestand. Damit ergeben sich interessante Impulse für die Entwicklung der Region Brandenburgs auch dadurch, dass die ehemaligen Studierenden Multiplikatoreffekte erzeugen.

Abbildung 8: Herkunft der Absolventen und Ort der ersten Erwerbstätigkeit (n=293).



25% der Absolventen durchliefen nach dem Abschluss des Studiums eine zweite Ausbildungsphase, diese Phase wurde positiv bewertet und fast die Hälfte konnte sofort eine Stelle nach dem Studium finden. Der Weg in die Berufstätigkeit verlief für einen Großteil der Absolventen durchaus positiv. Über die Hälfte der Absolventen gab an, direkt im Anschluss an das Studium eine Anstellung gefunden zu haben, nur 4% suchten länger als ein Jahr (vgl. Tabelle 5). Bei der Suchzeit gab es nur geringe Unterschiede hinsichtlich der Fakultäten (Studienfächer) und Abschlussarten der Absolventen. Bestehende Verbindungen durch Praktika und Erwerbstätigkeit während des Studiums wurden als hilfreich bei der Suche nach einem Arbeitsverhältnis empfunden (vgl. zur „Strength of Weak Ties“, Granovetter, 1973). Insgesamt ist die Suchzeit niedrig, was auf eine erfreuliche konjunkturelle Lage im Arbeitsmarkt verweist, die zusätzlich durch demographische Effekte künftig stabilisiert werden dürfte.

Tabelle 5: Suchdauer der Absolventen bis zur ersten Erwerbstätigkeit.

	Nur arbeitslos und arbeitssuchend nach Abschluss		Dauer zwischen Abschluss und Erwerbstätigkeit	
	absolute Häufigkeit	relative Häufigkeit	absolute Häufigkeit	relative Häufigkeit
Keine Suchzeit	218	72 %	168	56 %
6 Monate und weniger	58	19 %	57	19 %
Zwischen 6 Monaten und einem Jahr	13	4 %	21	7 %
Mehr als ein Jahr	12	4 %	25	8 %
Mehr als zwei Jahre	-	-	30	10 %
Gesamt	301	100 %	301	100 %

Für 28 % der befragten Absolventen war das erste Anstellungsverhältnis unbefristet, 57 % der Absolventen hatten Arbeitsverträge mit befristeter Laufzeit. Bezogen auf die unterschiedlichen Branchen arbeiteten 35 % in ihrer ersten Anstellung in sozialen und kulturellen Dienstleistungsberufen, 20 % in IT- und naturwissenschaftlichen Dienstleistungsberufen und 15 % in unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen. Zwei Drittel der Absolventen arbeitete in einer Vollzeitbeschäftigung und hatte im Mittel ein Netto-Einkommen von 1.861 Euro monatlich zur Verfügung. Einfluss auf das Netto-Einkommen haben die Arbeitszeit und der Studienabschluss, hingegen haben das Geschlecht und die Fachrichtung keinen signifikanten Einfluss. 59 % der Absolventen leisten regelmäßig Überstunden von durchschnittlich fünf Stunden pro Woche.

Fazit

Die Universität Potsdam ist für die Landesseite keineswegs ein bloßer Kostenfaktor, sondern muss landespolitisch unter investiven Aspekten und unter Beachtung ihrer Bildungs- und Demographierendite betrachtet werden. Sie ist, wenn man das Land Brandenburg als Produzent öffentlicher Güter betrachtet, als erheblicher Wirtschaftsfaktor zu betrachten, der einen klaren Mehrwert für das Land Brandenburg erwirtschaftet. Neben den direkten steuerlichen Rückflüssen durch die Beschäftigten, die Einkommens- und Beschäftigungseffekte, müssen langfristige Effekte wie die Innovationssteigerung der ortsansässigen Betriebe zusätzlich mitberücksichtigt werden. Dazu kommen im Zuge der demographischen Effekte zahlreiche kulturell belebende Impulse und wichtige Wirkungen für einen intergenerationalen Bildungsaufstieg. Die Universität Potsdam ist damit für die Sicherung von Konkurrenz- und Zukunftsfähigkeit des Landes Brandenburg und der Stadt Potsdam im nationalen und supranationalen Wettbewerb von außerordentlicher Bedeutung, sie ist für die Region Bildungsinstitution, Wirtschaftsfaktor, Jungbrunnen und Investitionsmotor zugleich.

Wenn man der Landespolitik etwas empfehlen sollte, wäre es die Verbesserung der Finanzausstattung der Universität Potsdam zumindest auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Niveau der Bundesrepublik und eine Ausweitung der Zahl der Studierenden bis zu dem Punkt, wo die Raumkapazitäten erhebliche Erweiterungen notwendig machen. Das Land Brandenburg und die Stadt Potsdam würden davon erheblich profitieren. Gleichzeitig sollte dem in qualitativen Interviews angesprochenen wachsenden Raumbedarf von Universität und kooperierenden Forschungseinrichtungen Rechnung getragen werden.

Literatur

- Bauer, E.-M. (1997). *Die Hochschule als Wirtschaftsfaktor. Eine systemorientierte und empirische Analyse universitätsbedingter Beschäftigungs-, Einkommens- und Informationseffekte – dargestellt am Beispiel der Ludwig-Maximilians-Universität München*. Münchener Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie. Regensburg: Lassleben Kallmünz.
- Emrich, E., Meyer, W. & Rampeltshammer, Luitpold. (2013). *Die Universität des Saarlandes in sozio-ökonomischer Perspektive: Ausgewählte Analysen sozialer und wirtschaftlicher Effekte*. Schriftenreihe der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes. Saarbrücken: universaar (online verfügbar).
- Gloede, K., Schirmag, T. & Schoeler, K. (1999). *Ökonomische Wirkungen der Universität Potsdam auf die Region*, Frankfurt: Peter Lang.
- Granovetter, M. (1973). The Strength of Weak Ties. *American Journal of Sociology* 78, S. 1360–1380.
- Knappe, S. (2006). Die Regionalwirksamkeit der Wissenschaftseinrichtungen in Potsdam. Eine empirische Analyse wissenschaftsbedingter Beschäftigungs-, Einkommens- und Informationseffekte. In: Institut für Geographie der Universität Potsdam (Hrsg.): *Praxis Kultur- und Sozialgeographie*, Bd. 40.
- Leusing, B. (2007). *Hochschulen als Standortfaktor. Eine empirische Analyse der regionalökonomischen Effekte der Universität Flensburg*. Flensburg: Universität Flensburg.

Eike Emrich, Freya Gassmann und Konstantin Herrmann

1 Einführung

Gliederung

1	Problemstellung und Zielsetzung des Forschungsprojekts	29
2	Geplanter Ablauf und methodisches Vorgehen	34
3	Aufbau des Buches.....	36
4	Literatur.....	39

1 Problemstellung und Zielsetzung des Forschungsprojekts

Universitäten als Institution umfassen ein normatives Bündel von Regeln, das im Wesentlichen den Umgang mit Forschung und Lehre umfasst, die beide grundgesetzlich verbrieft in ihrer Freiheit geschützt sind (Artikel 5, Abs. 3 GG). Diese institutionell verbürgte, weitreichende und von einer inneren normativen Selbstverpflichtung der Wissenschaftler zur Wahrung des Ethos der Forschung gestützte universitäre Freiheit wird gleichzeitig auf organisatorischer Ebene durch zahlreiche Abhängigkeiten beeinflusst (siehe dazu Emrich & Fröhlich, 2010). So finanziert die öffentliche Hand in Deutschland bzw. in den Bundesländern im Gegensatz etwa zu den Vereinigten Staaten von Amerika den staatlichen Betrieb der Universität, wodurch zwangsläufig durch die Ressourcenabhängigkeit erhebliche Einflüsse auch auf die angesprochene Freiheit entstehen und zudem ein ständiger Konflikt zwischen institutionellen Regelungen und Erwartungen sowie durch die Steuerung der staatlichen Ressourcenflüsse bestimmten organisatorischen Zwängen entsteht. Verschärft wird dieser Konflikt durch die zunehmende Außensteuerung der Universitäten im Zuge von Drittmittelbetonung und der Orientierung an weiteren Indikatoren (Publikationskennziffern etc.), welche scheinbar objektiv in ihrer Auswahl selbst doch ein Werturteil darstellen, das die Wahl des scheinbar objektiven Indikators bestimmt.¹

1 Für einen ironischen Beitrag zu dieser Problematik siehe Emrich & Pierdziuch (2011, 2012). Für die affirmativen Tendenzen in Evaluationsforschungen abhängig von der Nachfrage siehe Emrich (2015).

Durch das universitäre Selbstverwaltungsprinzip kommen bestimmte Universitätsleitungen im Zuge dieser nur kurz skizzierten Entwicklungen in eine sehr komplexe Situation.² Sie entwickeln sich zunehmend zu einer Art Common Agency, die gewissermaßen als Dienerin zweier Herren den organisatorischen, die Ressourcenzuflüsse bestimmenden Zwängen genügen muss. Sie hat in diesem Sinn die universitäre Funktion eines „mehr für alle“, also die Aufgabe einer Ausweitung der knappen Ressourcen in Verhandlungen mit der zuständigen staatlichen Bürokratie. Zwecks Erfüllung dieser Aufgabe wird die Universitätsleitung von den Fakultäten solidarisch unterstützt. Gleichzeitig aber wollen die Fakultäten andererseits abhängig vom Ausmaß der Solidarität der Fakultäten untereinander über möglichst große Anteile des Ressourcenzustroms verfügen. Insofern ist in den Gremien ein komplexes und variables Verhältnis zwischen Konkurrenz und Kooperation zu beobachten.

In einer solch komplexen Situation, die durch einen prinzipiell dauerhaften, sowohl intern als auch mit der öffentlichen Hand zu führenden Kampf um Ressourcen getrieben ist und in eine Art Dauerverhandlung, also ein dauerhaftes Ringen um Zustrom von außen und Verteilung im Inneren von Ressourcen mündet, werden Legitimationen bedeutsam, die es sowohl der Landespolitik erlauben, weiterhin erhebliche Mittel für Universitäten einzusetzen als es auch der Universitätsleitung ermöglichen, das gesamte Leistungsspektrum der Universität zu beleuchten. Insofern geht es hier nicht um eine gewissermaßen betriebswirtschaftliche Erfassung der Effekte einzelner Fakultäten und damit um eine nach Art einer Kosten-Leistungsrechnung durchzuführende Analyse einschließlich der notwendigen schwierigen Kostenabgrenzungen, sondern eher um die in der Öffentlichkeit wenig diskutierten sozioökonomischen und ökonomischen Effekte in einer eher makroökonomischen Perspektive. Eine betriebswirtschaftliche Kosten-Leistungsrechnung wäre schon allein wegen der schwierig zu bestimmenden Zielparameter kaum fassbar.³

-
- 2 Das Ausmaß des im Folgenden beschriebenen Problems hängt natürlich von der Art der organisatorischen Kräfteverteilung durch das Universitätsgesetz oder die Grundordnung ab und damit von den Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten im Verhältnis zwischen Universitätsleitung, den Fakultäten und dem Senat ab.
 - 3 Dazu müsste entschieden werden können, ob es beispielsweise das Ziel ist, möglichst viele Studierende zum Examen zu führen oder ob es ein Qualitätsmerkmal ist, dass möglichst viele an möglichst hohen Hürden scheitern. Im Fall von Ärzten haben die Verfasser noch nichts davon gehört, dass es ein Kriterium der Qualität sei, dass möglichst viele das Examen bestehen. Es gehört auch zur Verantwortung von Universitäten, nur jene zum Examen zu führen, die später im Beruf den Mindeststandards der täglichen Praxis genügen.

In diesem Kontext ist es für Universitäten wichtig, um die Verhandlungen auf Organisationsseite angesichts ihrer Abhängigkeit von der staatlichen Bildungsbürokratie mit wissenschaftlich gestützten Argumenten führen zu können, dass die Gewinnung dieser Argumente nicht gleichzeitig durch ökonomische Interessen getrieben wird und/oder affirmativ beeinflusst ist. Aus diesem Grund wurde das Europäische Institut für Sozioökonomie e.V., eine gemeinnützige Forschungseinrichtung, mit der Untersuchung beauftragt (<http://www.soziooekonomie.org/>). Es handelt sich dabei um eine Einrichtung, in der Soziologen, Ökonomen, Pädagogen und Sportwissenschaftler ihre Kompetenzen bündeln und sich den unterschiedlichsten Forschungsfragen widmen, unter anderem eben auch zum wiederholten Mal bildungsökonomischen und -soziologischen Fragen.

Sicherlich wäre an der Universität Potsdam selbst auch die notwendige Forschungskompetenz vorhanden, um diese Untersuchung selbst durchzuführen, es bliebe aber immer das Risiko der öffentlichen Diskussion von besonderer Betroffenheit und daraus resultierenden möglichen Verzerrungseffekten. Die gemeinnützige Struktur des Europäischen Instituts für Sozioökonomie e.V. sollte insofern ein Garant für eine von Marktinteressen losgelöste Behandlung der jeweiligen Forschungsaufträge sein, die allesamt am Ende nicht nur dem Auftraggeber wichtige objektive Erkenntnisse liefern sollen, sondern häufig auch Grundlage für weiterführende Forschungsarbeiten bilden.

Tatsächlich können Universitäten in einer theoretischen Vorabtrachtung aus mehreren Gründen wichtige ökonomische Effekte für eine Region haben und somit ein wesentlicher (regional-)ökonomischer Standortfaktor sein. Dies gilt zum einen unmittelbar durch das wirtschaftliche Potential der beschäftigten Mitarbeiter⁴ und Studierenden, die in Form privaten Konsums Nachfrageeffekte vorrangig in der Region erzeugen. Zum anderen kommen Infrastrukturinvestitionen (z. B. Baumaßnahmen) der Hochschulen sowie die bevorzugte Ansiedlung von Unternehmen aus Know-how-intensiven Branchen hinzu (Externalitäten des an den Hochschulen produzierten Wissens; vgl. Bauer, 1997, S. 26; Leusing, 2007, S. 6; Pavel, 2013; aktuell Emrich, Meyer & Rampeltshammer, 2013). Generell lässt sich festhalten, dass allein die Existenz einer Hochschule, insbesondere

Dazu kommt, dass es sich im Fall von Forschung ebenso wie im Fall spitzensportlicher und künstlerischer Leistungen um in extremen Maß ergebnisunsichere Leistungen handelt, die zudem in sehr weitem Ausmaß durch das individuelle Potential der Personen bestimmt werden und gerade deshalb nicht standardisierbar sind.

4 Der Lesbarkeit halber beschränken wir uns hier wie auch im Folgenden auf die männliche Form, die weibliche ist stets implizit einbezogen.

einer drittmittelstarken Universität mit zahlreichen An-Instituten, regionalwirtschaftlich ein bedeutender Wirtschaftsfaktor sein kann, und zwar sowohl bei kurzfristiger statischer als auch bei längerfristiger dynamischer Betrachtung. Neben direkten, indirekten und induzierten ökonomischen Effekten haben jedoch Hochschulen mittel- und langfristig auch weitere Nutzenaspekte, die für die regionale Wirtschafts- und Kulturentwicklung insbesondere unter den Bedingungen des demographischen Wandels von zentraler Bedeutung sein können. Hochschulen als attraktive Bildungsstätten binden junge Menschen an die Region und ziehen begabte Menschen aus anderen Regionen an, die zum Teil nach ihrem Studium langfristig dem lokalen Arbeitsmarkt (z. B. der Landeshauptstadt Potsdam) als hochqualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen („Pull-Effekte“). Je nach Ansehen und Strahlkraft der Hochschule, der angebotenen Studienfächer und dem Zusammenspiel mit dem regionalen wirtschaftlichen Umfeld variiert dieser „Pull-Effekt“.

Insbesondere für Regionen bzw. Bundesländer, die von der zu erwartenden negativen demographischen Entwicklung besonders betroffen sind, ist es deshalb von Bedeutung, junge Menschen für ein Studium in eine Region zu ziehen und nach Beendigung des Studiums einen möglichst hohen Anteil dieser begabten Köpfe an die Region zu binden.

Eine Herausforderung stellen in diesem Zusammenhang der Regionenbegriff bzw. die notwendigen analytischen und empirischen Abgrenzungen zwischen verschiedenen Regionen dar. Aufgrund der räumlichen Nähe zum Ballungsgebiet Berlin liegen etwa für Potsdam völlig andere Bedingungen vor wie etwa für Saarbücker bzw. das Saarland. Insofern sind die räumlichen Bedingungen der Universität Potsdam gesondert zu untersuchen und Überschneidungen mit dem Raum Berlin zu betrachten.

So stehen den regionalen und überregionalen „Pull-Effekten“ auch „Push-Effekte“ entgegen, welche aus Sicht der Region die Rendite der geleisteten Ausbildungsinvestitionen verringern, ja mittelfristig sogar abhängig vom Ausmaß her gesehen zu einer negativen Bilanz führen können. Wenn etwa in einer Region keine adäquaten Beschäftigungsmöglichkeiten für die Absolventen der Hochschule vorhanden sind oder das Lohnniveau deutlich unterdurchschnittlich liegt, kann es trotz hoher Exzellenz von Forschung und Lehre zu Abwanderungstendenzen hochqualifizierter Absolventen aus dem Bundesland kommen, welches die Kosten der Hochschule trägt.

Dies gilt insbesondere angesichts der Tatsache, dass in den letzten Jahren global der Wettbewerb um Spitzenkräfte zugenommen hat und sich dieser Wettbewerb angesichts des demographischen Wandels aller Voraussicht nach weiter verschärfen wird (Hunger, 2003). Ein solcher „brain-drain“ ist für die abgebende Region insbesondere dann prekär, wenn die im Raum aufgewachsenen Nachwuchskräfte nach einer teuren Ausbildungsphase die Region aufgrund besserer Karrierechancen dauerhaft verlassen. Eine Rückkehr findet dann nach der Suchkostentheorie nur statt, wenn sich etwa andernorts das Warten für die Studierenden auf ein noch besseres Angebot in der nächsten Periode nicht lohnt. Für Potsdam würde dies z. B. bedeuten, dass eine Abwanderung junger Absolventen nach einem Hochschulstudium aufgrund der vom Land geleisteten Ausbildungskosten (möglicherweise vom Kindergarten bis zur Universität) aus ökonomischer Sicht ausgesprochen negativ bewertet werden müsste.

Auch hier sind regionale Besonderheiten der Universität Potsdam zu berücksichtigen, die sich aus der spezifischen, an den Großraum Berlin angrenzenden Lage ergeben und die ökonomische Bilanz unmittelbar beeinflussen. Diese besondere Konstellation fördert möglicherweise durch die Marktlage und entsprechende Anreize Wohnmobilität und erzeugt unter Studierenden Pendlerströme und unter Absolventen Arbeitsmigration, die durch relativ geringe Raumüberwindungskosten (Bahn bzw. öffentlicher Nahverkehr) erleichtert werden dürfte.

Das letzte Beispiel verweist auch auf eventuell vorhandene Konflikte zwischen dem individuellen und dem kollektiven Nutzen einer Hochschulbildung: ein Hochschulabschluss an einer bestimmten Universität kann sich für die Absolventen durchaus auch dann lohnen, wenn damit eine räumliche Mobilität verbunden ist. Aufgrund der hohen Spezialisierung von Akademikern ist deren Arbeitsmarkt generell großräumiger (häufig sogar international) ausgerichtet und gerade Berufsanfänger können nicht unbedingt davon ausgehen, innerhalb des Hochschulraums eine Beschäftigung zu finden bzw. haben generell den Wunsch ihre Universitätsstadt zu verlassen. Zumindest für eine Hochschulkarriere sind Wechsel des Hochschulstandorts sogar erwünscht, vielfach sogar Grundvoraussetzung für eine Berufung zum Hochschullehrer. Dementsprechend sind räumliche Veränderungen nicht unbedingt mit Einkommenseinbußen verbunden und zumindest am Beginn der eigenen Berufskarriere überwiegen in der Regel die ökonomischen Vorteile eines Ortswechsels die Nachteile (z. B. Umzugskosten, höhere Fahrt- oder Reisekosten, Trennung von Partner und Familie). Aus Sicht des Hochschulabsolventen in Potsdam hat sich dementsprechend das Studium

bereits „gelohnt“, wenn er schnell eine adäquate Beschäftigung findet – die räumliche Anbindung könnte dabei für viele eine untergeordnete Rolle spielen. Dies ist eine empirische Frage.

Selbst hohe Investitionen in attraktive Ausbildungsangebote, die zudem bundesweit hohes Ansehen genießen, führen deshalb nicht unbedingt zu einer mittelfristigen raumbezogenen Rendite der Landesinvestitionen. Und umgekehrt kann ein vergleichsweise wenig renommiertes Angebot höheres ökonomisches Gewicht für die Region erhalten, wenn dieses Angebot sehr gut an die lokalen Bedingungen angepasst ist. Dieser kollektive Nutzen muss aber ebenso wenig zwangsläufig mit einem individuellen für die Absolventen einhergehen, wenn z. B. die zu erzielenden Einkünfte geringer als die von vergleichbaren Absolventen anderer Hochschulen und zudem ausschließlich lokal realisierbar sind (z. B. Mobilitätsbarrieren aufgrund eines niedrigen Imagefaktors von Hochschule, Region oder Ausbildungsqualität bestehen).

Die grundsätzlichen Forschungsfragen, denen sich diese Studie widmet, lassen sich in drei grundlegenden Bereichen systematisch verorten. Diese sind:

- 1) die Frage der ökonomischen Effekte in Form von Einkommens- und Beschäftigungseffekten der Universität Potsdam und der kooperierenden Forschungseinrichtungen,
- 2) die demographischen Effekte der Hochschule, sowie
- 3) die sozial- und bildungspolitisch relevante Frage, welchen Beitrag die Hochschule leistet, um einen intergenerationalen sozialen Aufstieg mittels Studium zu ermöglichen und welchen Beitrag sie damit zur Bearbeitung des Problems sozialer Ungleichheit leistet.

2 Geplanter Ablauf und methodisches Vorgehen

Generell wurden für die Studie Haushalts- und Finanzdaten des Landes Brandenburg und der Universität Potsdam ausgewertet und Daten auf der individuellen Ebene erhoben (eine ausführliche Beschreibung der durch das Projekt erhobenen Daten findet sich in Kapitel 4). Die individuellen Daten dienen durch Erfragung z. B. studentischen Konsums unter anderem auch dazu, aggregierte Makroeffekte schätzen zu können. Das Projekt unterteilte sich in mehrere Phasen.

Phase 1: Literaturstudium

Zu Beginn der Studie wurde ein intensives Literaturstudium durchgeführt, welches vor allem die zentralen Komponenten ermittelte, die bei einer Berechnung des ökonomischen Nutzens von Universitäten für eine Region beachtet werden müssen. Zur Schließung von Lücken der eigenen Erhebungen wurden soweit wie möglich sekundärstatistische Materialien gesammelt.

Phase 2: Sekundäranalysen und Experteninterviews

Zu Darstellung der Lage in Brandenburg sowie zur Heranziehung von Vergleichsdaten wurden die Daten der amtlichen Statistik sowie Mikrozensus-Daten ausgewertet. Darüber hinaus wurden Informationen über Experteninterviews qualitativ erhoben.

Phase 3: Instrumentenentwicklung

Entwicklung von zwei Fragebögen zur Befragung der Studierenden bzw. zur Befragung der Absolventen.

Phase 4: Durchführung der Studierendenbefragung (WS 2014/2015)

Befragung zum Studium und Leben der Studierenden der Universität Potsdam von Mitte Juni bis Anfang September 2015 mittels Onlinefragebogen.

Phase 5: Durchführung der Absolventenbefragung (SS 2015)

Befragung der Absolventen der Universität Potsdam zum Studienverlauf und ihrer Lebens- und Arbeitssituation von Mitte November 2015 bis Anfang Februar 2016 mittels Onlinefragebogen.

*Phase 6: Bewertung der makroökonomischen Effekte (von WS 2014/15 bis WS 2015/16)**Phase 7: Berichterstellung (WS 2015/16)*

Statistische Auswertung der erhobenen Daten und Verschriftlichung der Ergebnisse unter Einbeziehung der Daten aus der Sekundäranalyse und Expertenbefragung.

3 Aufbau des Buches

Kapitel 2 schließt an diese Einführung an. Darin wird allgemein die Universität als Standortfaktor betrachtet, zunächst wird dazu die Funktion der Universität zur Generierung wohlfahrtsfördernder Leistungen für die Gesellschaft in Form von Bildung für Studierende und forschungsgebundenem Wissen für alle diskutiert. Danach werden aufbauend auf der aktuellen Forschungslage die wirtschaftlichen Effekte von Universitäten und die unterschiedlichen Zugänge der Studien betrachtet und auf die Probleme von empirischen Regionalanalysen eingegangen. Die in den vergangenen Jahrzehnten vermehrt durchgeführten regionalökonomischen Studien zu Hochschulräumen werden aufgeführt und deren Durchführung und zentrale Ergebnisse betrachtet.

Die ökonomischen Effekte der Universität Potsdam werden von den Autoren im *dritten Kapitel* untersucht. Dazu werden die beiden bisher durchgeführten Studien zu ökonomischen Effekten der Universität Potsdam von Gloede, Schirmag und Schöler (1999) und Knappe (2006) sowohl in ihrer Methodik als auch in ihren Ergebnissen beschrieben. Anschließend werden zwecks aktueller Berechnung ökonomischer Effekte die Ein- und Ausgaben, die Entwicklung der Studierendenzahlen und der Mitarbeiter der Universität Potsdam in den letzten Jahren aufgearbeitet. Es folgt eine Erläuterung des methodischen Vorgehens zur Bestimmung der Einkommens- und Beschäftigungseffekte der Universität Potsdam und der kooperierenden Forschungseinrichtungen im brandenburgischen Umfeld. Dazu werden zunächst die direkten Einkommens- und Beschäftigungseffekte, die durch die Beschäftigten der Universität und der An-Institute entstehen, bestimmt, danach werden die indirekten Effekte durch die Beschäftigten, die Studierenden und die Ausgaben der Universität berechnet, aus denen dann die induzierten Effekte geschätzt werden. Die Gesamteffekte ergeben sich dann aus der Addition der direkten, indirekten und induzierten Effekte.

In *Kapitel 4* erläutern die Autoren einige allgemeine methodische und methodologische Grundsätze qualitativer und quantitativer Sozialforschung, auf denen die methodenpluralistische Studie aufgebaut ist. Daran anschließend wird der Ablauf der qualitativen Experten- und Unternehmensbefragung sowie der quantitativen Befragung der Studierenden und Absolventen dargestellt.

Anhand des genutzten Leitfadens wird der Gegenstand der Interviews aufgezeigt und die für die Studierenden- und Absolventenbefragung entwickelten Fragebögen detailliert dargestellt. Eine Beschreibung der Stichprobe, die Darstellung des Befragungsrücklaufs und der Vergleich mit der Grundgesamtheit schließen die Betrachtung der jeweiligen Datenerhebungen ab.

Im Anschluss daran folgt in den Kapiteln 5 bis 10 die Darstellung der regionalökonomischen Bedeutung der Studierenden und Absolventen der Universität Potsdam für Potsdam, Brandenburg und die Region. Im Einzelnen geschieht dies wie folgt. In *Kapitel 5* stellen die Autoren die Ergebnisse der qualitativen Experten- und Unternehmensbefragung dar. Nach einer kurzen Übersicht über Ablauf und Struktur der Befragung werden die qualitativen Daten zur Bedeutung der Universität und ihren regionalökonomischen Effekten beschrieben. Im Anschluss wird die Sicht der befragten Experten auf die Studierenden und Absolventen der Universität Potsdam skizziert. Untersucht wird hier die der Universität zugeschriebene Funktion als „Personalproduzent“ für die Region. Die Auswertung der Antworten zu Entwicklungspotentialen der Universität und ihrer Bedeutung im Wirtschaftsstandort Brandenburg schließt daran an. Bevor die Einschätzungen der Experten zur brandenburgischen Bildungspolitik das Kapitel abschließen, wird das variable Verhältnis von Konkurrenz und Kooperation von Berlin und Brandenburg aus Sicht der Befragten beschrieben.

Die Autoren nehmen in *Kapitel 6* die Studierenden der Universität Potsdam in den Fokus der Betrachtung. Die Bedingungen des Kommens und Bleibens und die damit verbundene demographische Rendite durch die Studierenden der Universität Potsdam werden untersucht. Nach einer theoretischen Einführung zu demografischen Entwicklungen im Land Brandenburg und der Stadt Potsdam werden die Studierendendaten hinsichtlich der Herkunft der Studierenden, den Motiven zur Wahl des Studienortes, der Bewertung des Studiums und den fördernden und hemmenden Bedingungen des Verbleibs in der Region nach Beendigung des Studiums ausgewertet.

In *Kapitel 7* werden die Zusammenhänge zwischen der Bildungsherkunft der Studierenden und dem Studium an der Universität Potsdam betrachtet. Dazu werden zunächst zentrale theoretische Richtungen diskutiert, die einen Erklärungsversuch des Bildungsverhaltens in Abhängigkeit von der sozialen Herkunft beinhalten. Die Bildungsherkunft der Studierenden der Universität Potsdam wird dann mit der Grundgesamtheit hinsichtlich der Bildungsherkunft verglichen. Inwieweit ein Zusammenhang zwischen der Bildungsherkunft der Studierenden und unterschiedlichen, mit dem Studium verbundenen Eigenschaften besteht, wird im Anschluss daran betrachtet. Die Wahl des Studienfaches, die Art des Abschlusses, die Erwerbstätigkeit während des Studiums und der Wert des Studiums sind hierbei von zentraler Bedeutung.

Mit der Darstellung der wirtschaftlichen Lage und der Beschäftigungssituation der Studierenden an der Universität Potsdam endet in *Kapitel 8* die Auswertung der Studierendendaten. Dazu wird betrachtet, ob, in welchem Umfang und wo die Studierenden nebenberuflich tätig sind, ob ein Praktikum im Studium vorgesehen ist und wie dieses gegebenenfalls beurteilt wurde. Danach wird die wirtschaftliche Lage der Studierenden im Detail untersucht. Hier ist von Bedeutung, wie viel Geld den Studierenden aus welchen Quellen zur Verfügung steht und wofür sie dieses ausgeben. Die Autoren untersuchen durch explorative Datenanalyse welche Faktoren sich positiv auf das Finanzverhalten auswirken.

In *Kapitel 9* werten die Autoren die Daten der Absolventenbefragung hinsichtlich der Herkunft der Absolventen und des Studienverlaufs sowie der Bewertung des Studienverlaufs aus. Nach einer kurzen theoretischen Diskussion methodischer Aspekte von Absolventenstudien folgen die empirischen Analysen zur Herkunft der Studierenden, den Gründen der Wahl der Universität Potsdam und dem Studienverlauf. Bevor Angaben zur zweiten Ausbildungsphase dieses Kapitel abschließen, werden im Vergleich von Studierenden- und Absolventendaten, die Finanzierung und die Zufriedenheit mit dem Studium abgebildet.

In *Kapitel 10* werden aufbauend auf Überlegungen zum Arbeitsmarkt die relevanten Aspekte bei der Entscheidung für die erste Stelle im Arbeitsmarkt analysiert. Daran anschließend wird der tatsächliche Weg der Absolventen in den Arbeitsmarkt skizziert. Die Anzahl der Bewerbungen, die Suchdauer, Schwierigkeiten und Hilfestellungen bei der Suche nach einer Erwerbstätigkeit stellen dabei die wesentlichen Variablen der Analyse dar. Angaben zum Ort, zur Branche, zum Stellenumfang, zum monatlichen Nettoeinkommen und zur Art der ersten Erwerbstätigkeit erweitern die Betrachtung, bevor die Einschätzung der derzeitigen Situation und Aussagen zur Region das Kapitel abschließen.

In *Kapitel 11* werden die zentralen Befunde dieses Buches in einer Diskussion zusammengefasst und in ihrer Relevanz gewürdigt. Darüber hinaus werden die in den Parteiprogrammen und im Koalitionsvertrag formulierten Forderungen und Vereinbarungen der brandenburgischen Parteien bzgl. der Hochschulen zusammengefasst und mit den Ergebnissen der Studie verglichen.

4 Literatur

- Assenmacher, M., Leßmann, G. & Wehrt, K. (2004). *Regionale Entwicklungsimpulse von Hochschulen. Einkommens-, Beschäftigungs- und Kapazitätseffekte der Hochschulen Anhalt und Harz (FH)*. Harzer Hochschultexte Nr. 7. Wernigerode: Hochschule Harz.
- Bauer, E.-M. (1997). *Die Hochschule als Wirtschaftsfaktor. Eine systemorientierte und empirische Analyse universitätsbedingter Beschäftigungs-, Einkommens- und Informationseffekte – dargestellt am Beispiel der Ludwig-Maximilians-Universität München*. Münchener Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie. Regensburg: Lassleben Kallmünz.
- Clermont, C. (1997). *Regionalwirtschaftliche Effekte von Wissenschaftsrichtungen. Theorie, Messkonzepte und Ergebnisse für Hamburg*. Frankfurt: Lang.
- Emrich, E. & Pierdzioch, C. (2011). *Im Biotop der Wissenschaft. Das PARK-Modell der Makroökonomie*. Saarbrücken: universaar.
- Emrich, E. & Pierdzioch, C. (2012). *Das Vademecum der Evaluologie. Neue Arten im Biotop der Wissenschaft*. Saarbrücken: universaar.
- Emrich, E. (2015). Evaluation zwischen Angebot und Nachfrage – Vom Ethos der Forschung und dessen Wirkung auf die Wissensmärkte. In: Hennefeld, V., Meyer, W., Silvestrini, A. (Hrsg.): *nachhaltige Evaluation? Auftragsforschung zwischen Praxis und Wissenschaft. Festschrift zum 60. Geburtstag von Reinhard Stockmann*. Münster und New York, S. 73–98
- Emrich, E. & Fröhlich, M. (2010). Universität in Deutschland zwischen Institution und Organisation. Reflexionen zur Idee der Universität und ihrer betrieblichen Ausgestaltung. In: *sozialersinn* 11 (1), S. 125–144.
- Emrich, E., Meyer, W. & Rampeltshammer, Luitpold. (2013). *Die Universität des Saarlandes in sozio-ökonomischer Perspektive: Ausgewählte Analysen sozialer und wirtschaftlicher Effekte*. Schriftenreihe der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes. Saarbrücken: universaar (online verfügbar).
- Emrich, E., Fröhlich, M., Nachtigall, T., Pitsch, W., Schneider J. F. & Sprenger, M. (2010). Determinanten des beruflichen Einstiegs in den Arbeitsmarkt – dargestellt an Absolventen des Saarbrücker Diplommstudiengangs Sportwissenschaft. *Leipziger Beiträge zur Sportwissenschaft*, 51(1), S. 10–34.

- Hunger, U. (2003). *Vom Brain Drain zum Brain Gain. Die Auswirkungen der Migration von Hochqualifizierten auf Abgabe- und Aufnahmeländer*. Bonn: FES.
- Krämer, S. (1992). *Die Großstadt als Wohnstandort: eine soziologische Analyse der Attraktivität großstädtischer Wohnstandorte für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen*, (Diss.), Regensburg: Roderer.
- Leusing, B. (2007). *Hochschulen als Standortfaktor. Eine empirische Analyse der regionalökonomischen Effekte der Universität Flensburg*. Flensburg: Universität Flensburg.
- Pavel, F. (2013). *Berliner Universitäten als Wirtschaftsfaktor. Die regionalökonomischen Effekte der Berliner Universitäten*. Berlin: DIW Econ.
- Pfähler, W., Clermont, C., Gabriel, C. & Hofmann, U. (1997). *Bildung und Wissenschaft als Wirtschafts- und Standortfaktor. Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Hamburger Hochschulbildungs- und Wissenschaftseinrichtungen*. Veröffentlichungen des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung Hamburg. Baden-Baden: Nomos.
- Rech, J. & Meyer, W. (2009). Wie sieht die saarländische Arbeitswelt Europa-kompetenz? In: Rampeltshammer, L. & Backes, H. (Hrsg.), *Europakompetenz entwickeln – Interregionskompetenz stärken für die Hochschule und die Arbeitswelt*. Saarbrücken: Alma Mater, S. 93–134.
- Spehl, H., Sauerborn, K., Sauer, M. & Benson, L. (2005). *Regionalwirtschaftliche Wirkungen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz. Wertschöpfungs-, Einkommens- und Beschäftigungseffekte durch Bau und Betrieb der Einrichtungen*. Trier: TAURUS-Institut.

Eike Emrich, Michael Koch, Wolfgang Meyer und Freya Gassmann

2 Universitäten als ökonomische Standortfaktoren

Gliederung

1	Die Bedeutung der Universität als Bildungseinrichtung.....	43
2	Wirtschaftliche Effekte von Universitäten.....	53
3	Empirische Regionalanalyse von Universitäten.....	59
4	Universitäre Wissensproduktion und Wissensvermittlung im Kontext wirtschaftlicher Aktivitäten.....	62
5	Die Rolle der Politik.....	65
6	Untersuchungen regionalökonomischer Effekte von Universitäten.....	66
7	Zusammenfassung.....	70
8	Literatur.....	72

1 Die Bedeutung der Universität als Bildungseinrichtung

Die Bildungsökonomie ist ein Zweig der Volkswirtschaftslehre, der vorrangig makroökonomisch Zusammenhänge zwischen Bildungssystem und Wirtschaftswachstum und mikroökonomisch individuelle Bildungsentscheidungen untersucht.¹ Schnittmengen bestehen dabei zwangsläufig zwischen Bildungsökonomie und Arbeitsmarktökonomie. Die Universität konsumiert Inputfaktoren und produziert wohlfahrtsfördernde Leistungen für die Gesellschaft. Dadurch wird auch die Effizienz der Universität trotz einer beachtlichen Heterogenität des Leistungsspektrums zum Gegenstand der Betrachtung, wobei die zentralen Leistungen einer Universität, nämlich Forschung und Lehre, gleichzeitig eng miteinander verknüpft sind und daraus wohl auch Verbundvorteile entstehen

1 Zum „private return“ von Bildungsinvestitionen siehe z. B. Boarini & Strauss, 2010; zum nach Abschlussfach und Geschlecht differenziert betrachteten „return on investment in higher education“ s. auch Wahrenburg & Weldi, 2007; vgl. auch Ammermüller & Weber, 2005.

(vgl. zur Komplexität der Institution Universität Eichhorn, 1993, S. 9, zur Komplementarität und Substitutionalität von Forschung und Lehre siehe Horstkötter, 2008, S. 20–25).

Auf Seiten der Studierenden umfasst das Studium den Prozess der Transformation und Ermächtigung zur Selbsttransformation, den man gemeinhin Bildung nennt. Das Studium ist insofern das zentrale Mittel, um Bildung zu ermöglichen (zu den Zielen von Universitäten siehe z. B. Horstkötter, 2008, S. 17 ff.). Bildung ist somit ein immaterielles und trotzdem in gewissem Sinn in der Person lager- und investitionsfähiges ökonomisches Gut, das zu seiner Produktion erheblichen Ressourceneinsatz erfordert und als Humankapital reinvestiert werden kann.²

Die zum Zweck seiner Produktion in Deutschland eingesetzten, die im internationalen Vergleich wenigen privaten Hochschulen ausgenommen, meist steuerfinanzierten physischen Ressourcen (Gebäude, Bücher, Computer, Labore, Messgeräte usw.) gehen zwangsläufig anderen Verwendungsmöglichkeiten verloren (siehe zur Schätzung von Kostenfunktionen von Universitäten Verry & Davies, 1976).

Gleiches gilt für das eingesetzte Humankapital der Professoren, Dozenten und Studierenden. Die beiden ersteren reproduzieren Humankapital in Form von qualifiziertem wissenschaftlichem Nachwuchs durch ihre Lehrtätigkeit und Ausbildungsfunktion im Sinne der beschriebenen bildungs- und arbeitsmarkt-ökonomischen Funktionen. Die Aufgaben und Leistungen des wissenschaftlichen Personals einer Universität gehen jedoch über diese Bildungstätigkeiten weit hinaus, da die über den Lebenslauf erworbenen und hochspezialisierten Kenntnisse und Fertigkeiten vor allem auch in der Grundlagenforschung und zunehmend auch in der universitären Selbstverwaltung eingesetzt werden und dadurch natürlich ebenfalls für andere Verwendungsmöglichkeiten nicht zur Verfügung stehen. Die Zeit der Studierenden und des wissenschaftlichen Personals, die diese für das Studium und die weitere akademische Qualifizierung verwenden, schließt eine alternative Nutzung ebenfalls aus und führt so zu Opportunitätskosten von Bildung, Forschung und Lehre, die zwangsläufig mit steigendem Bildungsniveau und hierdurch bedingten zusätzlichen Investitionen wachsen.³

2 Bildung in diesem Sinn könnte man als Ausprägung eines individuellen kulturellen Geschmacks und Entwicklung eigener Urteilskraft am kulturellen Objekt betrachten (vgl. Emrich & Fröhlich, 2010).

3 Dies bedeutet gleichzeitig, dass die Opportunitätskosten umso höher steigen, je länger und zeitintensiver die Bildungsphasen sind. Hinzu kommt, dass mit zeitintensiven Fächern und eventuell hohen Abbrecherquoten noch ein erhebliches Risiko des Scheiterns verbunden ist.

Auf der anderen Seite steigt der Bedarf an Qualifizierung durch die kontinuierliche Produktion von Wissen an den Universitäten und erfordert in diesem Zusammenhang eine zunehmende Spezialisierung und Differenzierung der Fachkompetenzen. Wissenschaftlicher Fortschritt kann dabei nur durch einen immer höheren Aufwand gewährleistet werden, der mit entsprechenden Folgekosten einhergeht. Einen wesentlichen Anteil dieser Kosten stellen dabei Bildungsinvestitionen im Rahmen der Hochschulaus- und -weiterbildung dar, sie beschränken sich allerdings nicht nur auf diesen Aspekt: so steigen z.B. auch die notwendigen Investitionen in technische Gerätschaften und die Aufwendungen für Kommunikation zwischen verschiedenen Forschergruppen, die nur gemeinsam bzw. im z. T. fächerübergreifenden Austausch neues Wissen generieren können. Während allerdings die Mittel für diese Forschungsaufwendungen durch zusätzliche private Finanzierungsquellen (Stiftungen, Unternehmen) zumindest ergänzend bereitgestellt werden, bleiben die Bildungsinvestitionen (insbesondere in Deutschland⁴) primär eine staatliche Aufgabe.

Die skizzierten staatlichen Kosten der Ermöglichung von Bildung geraten insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und Spargebote in den Fokus öffentlicher Diskussionen und führen zum Zwang, politisch über Art und Umfang des knappen Gutes universitärer Bildung entscheiden zu müssen. Diese Diskussionen werden primär von der Kostenseite aus geführt und dabei die Bildungsausgaben gegenüber anderen staatlichen Aufgaben kurzfristig abgewogen. Aus dem Blick gerät dabei der über Bildungsinvestitionen zu erzielende Nutzen, welcher sich häufig erst langfristig und vermittelt über den Arbeitsmarkt sowie die hieraus resultierende Nachfrage nach Humankapital ergibt. Obwohl der generelle Trend zur Höherqualifizierung der Arbeit unstrittig ist⁵, steigen aufgrund dieser Konstellation die Bildungsinvestitionen schon seit

4 Private Investitionen in das Hochschulsystem sind in Deutschland im internationalen Vergleich eher gering. z. B. werden für Studierende deutlich weniger Stipendien zur Übernahme von Studienkosten zur Verfügung gestellt als in den USA, was weitgehend durch staatliche Subventionen der Hochschulausbildung kompensiert wird (vgl. Kapitel 3).

5 Dies gilt nicht nur wie beschrieben für die Universitäten selbst, sondern für alle gesellschaftlichen Bereiche. Manche Autoren sprechen deshalb schon von der Transformation zu einer „Wissengesellschaft“ (vgl. als Überblick Börschen & Schulz-Schäffner 2003; Stehr 1994), in der Wissen und Wissensgenerierung zum zentralen Produktionsfaktor wird und speziell in den hochentwickelten Ländern deshalb Forschungseinrichtungen und akademische Qualifizierungen zunehmend zum entscheidenden Standortfaktor im globalen Wettbewerb werden. Die für die Wertschöpfung in der Phase der Industrialisierung hauptverantwortlichen arbeitsintensiven Produktionsstätten verlieren dagegen durch Automatisierung und Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer immer mehr an Bedeutung.

vielen Jahren nicht im selben Maße wie der Bildungsbedarf (Fritsch & Piontek, 2015, S. 365). Dies hat einen großen erwerbswirtschaftlichen Bildungsmarkt bzw. Markt für Weiterbildungsangebote entstehen lassen, auf dem der individuelle Bildungswunsch mit finanziellen Mitteln des Individuums direkt finanziert wird.⁶

Universitäten sehen sich angesichts der nach wie vor ergebnisunsicheren Produktion von Wissen an Universitäten zunehmendem Legitimationsdruck ausgesetzt und müssen gegenüber den mit wachsendem Sparzwang konfrontierten Landesregierungen, abgesehen von den ökonomisch gut „aufgestellten“ Ländern, den ökonomischen Nutzen von Hochschulen, insbesondere von Universitäten, betonen.⁷ Damit verschiebt sich die grundsätzliche Orientierung von der vorrangigen Generierung neuen Wissens als Wert an sich hin zur Produktion von verwertbarem Wissen, das, so die Idee, den Absolventen einerseits und den mit ihnen verbundenen Institutionen andererseits in der Zukunft die entsprechenden ökonomischen Renditen beschere soll (Schubert 2009a; 2009b). „The two major outputs of academic science are new ideas and new scientists“ und, so könnte man neben den Forschern ergänzen, vorhandene Absolventen allgemein, deren Humankapital wächst (Adams & Griliches, 1996, S. 4).

Der Faktor Arbeit ist in Volkswirtschaften keineswegs homogen. Durch die Verbesserung und/oder Vermehrung individueller Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse erhöht sich das persönliche Humankapital⁸, das im Gegensatz zu schwierig zu schützendem technischen Wissen den Charakter eines privaten Gutes hat. Die Akkumulation von Humankapital erfolgt durch die additive Verknüpfung von schulischer Bildung, Hochschulbildung und betrieblicher Aus- und Weiterbildung sowie verschiedener Kombinationen daraus, inklusive des sogenannten „learning-by-doing“. Auch wenn bedingt durch die stetige Weiterentwicklung Anpassungsqualifizierungen im „lebenslangen Lernen“ mittlerweile zum Alltag gehören, werden die Wissensgrundlagen und vor allem auch die Fertigkeiten zur schnellen Aneignung neuen Wissens während der Ausbildungsphase in jungen Jahren gelegt. Dementsprechend dient als

6 Die für die staatlichen Hochschulen zwischenzeitlich erhobenen Studiengebühren, auch eine Form der privaten Investition in Bildungen, wurden derweil wieder abgeschafft.

7 Dabei wird die politische Argumentation durch die Einführung der Schuldenbremse, die als eine Art Generalargument eingesetzt werden kann, um in unterschiedlichsten Bereichen zu sparen, begleitet.

8 Humankapital, H, ist damit neben Arbeit, A, und Kapital, K, als gesonderter Produktionsfaktor zu betrachten: $Y = T \times f(A, H, K)$.

Sozialindikator und damit als Messgröße für die Ausprägung von Humankapital, die durchschnittliche Zahl der Ausbildungsjahre (s. zur durchschnittlichen Zahl der Ausbildungsjahre im Vergleich verschiedener Nationen z. B. Bofinger, 2007). Weißhuhn und Clement (1983, S. 17, vgl. S. 29) weisen jedoch darauf hin, dass ein umfassendes Strukturmodell des Humankapitals, in dem neben den von der Humankapitaltheorie unterstellten Zusammenhängen zwischen den Variablen Schulbildung, nachschulische Bildung und Verdienst weiterhin auch familiäre und soziale Umweltbedingungen, vererbte Intelligenz und die erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten einbezogen würden (s. auch Spraul, 2006, S. 66 ff.), notwendig sei.

Unter Humankapital kann man somit die Summe der im Leben erworbenen wirtschaftlich nutzbaren Fähigkeiten, Kenntnisse und auch Verhaltensweisen der Erwerbsbevölkerung einer Volkswirtschaft fassen. Damit wird gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, dass erst die Akkumulierung von Wissen, Kenntnissen und Ausbildung einen Menschen befähigt, volkswirtschaftlich produktiv tätig zu werden und mit dem Humankapital auch dessen Produktivität steigt. Spraul (2006, S. 68, u. a. unter Bezug auf Blaug, 1970, S. IX; Edding, 1963, S. 97 und Schulz, 1963, S. 8, S. 38) unterscheidet in Anlehnung an die Auffassung von Bildungsanstrengungen sowohl als Investitions- als auch als Konsumgut drei Kategorien von Bildungsmaßnahmen, nämlich Bildungsmaßnahmen als dauerhaftes Konsumgut, als nicht-dauerhaftes Konsumgut und als Investitionsgut. Öffentliche und private Ausgaben für Erziehung, Aus- und Weiterbildung sind somit nicht nur als Investitionen in Humankapital anzusehen, sondern auch als eine für die wirtschaftliche Entwicklung dringend benötigte Investition in die Steigerung der Produktivität (s. dazu auch Kapitel 7, zur Kritik an der Auffassung, dass sich Bildungsinvestitionen zwangsläufig in höherer Produktivität niederschlagen siehe Berg, 1970, zit. nach Spraul, 2006, S. 71, und Spence, 1973).⁹

Berg (1970, zit. nach Spraul, 2006, S. 71) und Spence (1973) kommen aufgrund der Screening bzw. Signaling-Theorie zu einer kritischen Perspektive auf die Humankapitaltheorie. Die starke Variante der Signaling-Hypothese besagt, dass Schüler und Studierende mit angeborenen und familiär erworbenen

9 Aus betriebswirtschaftlicher Perspektive spricht man von *Humanvermögen* (*Human Resources*). Damit werden die Leistungspotenziale erfasst, die Arbeitnehmer einem Unternehmen im Rahmen eines Austauschverhältnisses zur Verfügung stellen. In diesem Austauschverhältnis wird die Arbeitszeit vertraglich geregelt. Das Potential des einzelnen und seine Motivation fallen unter den Begriff der Human Resources (zum Human Resource Management s. z. B. Bratton & Gold, 2007).

Eigenschaften durch Bildung lediglich wirksam gekennzeichnet werden, also das Bildungspatent als eine Art des labeling schon vorhandener Eigenschaften.¹⁰ Bildung bzw. das Bildungspatent würden damit lediglich einen obligatorischen Passagepunkt mit einer Orientierungsfunktion für den Arbeitgeber darstellen. Aufgrund der Kennzeichnungswirkung würden Bildungsinstitutionen und ihre Auswahlmechanismen damit zu einer Art von Agentur, die bestimmte Qualitäten und Eigenschaften signalisiert und dadurch mittelbar die Funktion einer Art Lebenschancenverleihagentur (zum für die Schule entwickelten Begriff der Lebenschancenverleihagentur siehe Schelsky, 1975, S. 22) gewinnt, die jeweils nur verschiedene Intensitäten der Ausprägung von Fähigkeiten signalisiert (Spraul, 2006, S. 72). Die eigentliche Bildungsperiode als Zeit zwischen Aufnahme in die Bildungsinstitution und Erwerb des Bildungspatentes würde damit irrelevant. Diese Sicht erinnert sehr an die Signaleffekte des Studiums an amerikanischen Eliteuniversitäten, weniger aber an kontinentaleuropäische Signalwirkungen eines universitären Studiums, das hinsichtlich Auswahlbedingungen und Inhalten wohl ein höheres Maß an Homogenität aufweist.

Folgt man Spraul (2006, S. 73, in Anlehnung an Layard & Psacharopoulos, 1974, S. 989 ff.) dann sprechen drei empirische Befunde gegen diese Auffassung:

- erstens übersteigt zuweilen die private Bildungsrendite von Studienabrechern die der Absolventen,
- zweitens nimmt der Effekt der investierten Bildungsjahre auf das Einkommen mit der Zahl der Berufsjahre ab, und
- drittens ist es noch keinem Testverfahren gelungen, Bildungsabschlüsse als Rekrutierungssignal zu ersetzen.

Die schwache Auffassung der Signaling-Theorie geht davon aus, dass Bildungsabschlüsse als wirksames Signal zur Reduktion von Unsicherheit produzierenden Suchkosten für Arbeitnehmer dienen, das um so wirksamer wird, je besser der Ruf der Einrichtung ist und je differenzierter Leistungen beurteilt werden können.

10 Diese Hypothese impliziert, dass das soziale System undurchlässig ist und sich die Schichtzugehörigkeit nur in seltenen Fällen ändern. Dass höhere Bildung einen Aufstieg in der sozialen Schicht ermöglicht, wird hier negiert.

Mit inflationär steigender Zahl von Bildungspatenten¹¹ dürften allerdings die Funktion der Unsicherheitsreduktion schwächer werden und die Suchkosten der Arbeitgeber wieder zunehmen.

Gerade für die exportorientierte deutsche Wirtschaft, deren Vorsprung gegenüber anderen, häufig bezogen auf die Lohnkosten kostengünstiger produzierenden Nationen primär aus dem vorhandenen Humankapital und der hieraus resultierenden höheren Produktivität resultiert, sind die staatlichen Bildungsinvestitionen von zentraler Bedeutung.¹² Entfallen diese staatlichen Investitionen, so müssen sie durch private kompensiert werden. Dies bedeutet, dass entweder die betroffenen Wirtschaftsunternehmen (also insbesondere die forschungsintensiven und auf hohes Humankapital angewiesenen Branchen) oder die Arbeitnehmer selbst (verbunden mit einer entsprechenden Renditeerwartung dieser Bildungsinvestitionen) die Kosten übernehmen müssen. Durch die steuervermittelte solidarische Übernahme der Bildungskosten durch die Gesellschaft entstehen somit gerade in diesen Bereichen Wettbewerbsvorteile, die den hohen internationalen Stellenwert der bundesdeutschen Wirtschaft begründen.

Auf kollektiver Ebene gehen aufgrund der Opportunitätskosten kurzfristig die für Bildung eingesetzten Ressourcen z.B. etwa der physischen Produktion verloren.¹³ Der aggregierte individuelle Mitteleinsatz für Bildung und damit für den Aufbau von Humankapital muss also ins Verhältnis gesetzt werden zum entgangenen Nutzen in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Dabei kommt das Problem des Zeitversatzes (time lag) zum Tragen. Durch Aus- und Weiterbildungsphasen akkumuliertes Humankapital erzeugt häufig erst mit

11 Im Zuge der Einführung der modularisierten Studiengänge wurden an den Hochschulen unterschiedlichste Titel für die Bachelor- und Masterabschlüsse eingeführt. Da (zumindest zum jetzigen Zeitpunkt) nur wenige Absolventen ihren Studiengang abgeschlossen haben, kann kein Arbeitgeber auf Erfahrungswerte bezüglich des Ausbildungspotenzials dieses Studiengangs zurückgreifen, wodurch sich die Suchkosten für ihn vergrößern.

12 Spraul (2006, S. 77) liefert in diesem Zusammenhang unter Berücksichtigung direkter und indirekter Kosten und direkter sowie indirekter Erträge für den Bildungsempfänger, die Gesellschaft und den staatlichen oder privaten Bildungsträger eine Übersicht über die unterschiedlichen Perspektiven der privaten, sozialen und institutionellen Bildungsrenditen und diskutiert die derzeit gängigen Methoden der Berechnung von Bildungsrenditen (ebd., S. 74 ff.).

13 Für das Beispiel „physische Produktion“ ist zu beachten, dass nur ein sehr kleiner Anteil der Hochschulabsolventen in diesem Bereich tätig ist und in der öffentlichen Diskussion deren Bedeutung stark überschätzt wird. Die Besonderheit der Hochschulausbildung ist dagegen in ihrer Breite zu sehen: sie betrifft alle gesellschaftlichen Bereiche und angesichts der zurückgehenden Bedeutung des Produktionssektors in Deutschland findet nur noch ein kleiner Teil der Akademiker dort eine Beschäftigung.

einer erheblichen Zeitverzögerung einen (meistens schwer der einzelnen Bildungsinvestition zuordenbaren) Nutzen – und umgekehrt sind die negativen Auswirkungen fehlender Bildungsinvestitionen bedingt durch die benötigten Ausbildungszeiten in der Regel nur mit erheblicher Zeitverzögerung zu beheben.¹⁴ Aufgrund des Umfangs des benötigten Fachwissens und der dadurch bedingten Ausbildungszeiten sind entsprechende „time lags“ bei Akademikertätigkeiten besonders lang und entsprechend schwierig zu kalkulieren.

Die z.B. für die physische Produktion eingesetzten Ressourcen haben meist direkte und unmittelbare Auswirkungen auf die Produktionsmenge und/oder deren Güte. Bildungsinvestitionen in diesem Sektor begünstigen die Diffusion neuen technischen und sonstigen Wissens und können damit positive externe Effekte haben, ihre in höherem Maße ergebnisunsichere Wirkung tritt jedoch häufig erst nach längerer Zeit ein. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist es dementsprechend eine schwierige Entscheidung, wann und in welchem Umfang Bildungsinvestitionen (insbesondere auf akademischem Niveau) erbracht werden müssen (zur Ökonomik der Universität s. Horstkötter, 2008). In einigen Branchen wird zudem nur dann in physisches Kapital und damit in die Ausweitung der Produktion investiert, wenn in ausreichender Form Humankapital vorhanden ist und über den Arbeitsmarkt verfügbar gemacht werden kann. Entsprechend erleichtert die steuerlich finanzierte Bereitstellung von Humankapital in großer Menge und Güte humankapitalintensiven Unternehmen die Investitionsentscheidung.¹⁵ Ähnliches gilt auch für den Dienstleistungssektor, weshalb alle aktuellen humankapitalbasierten endogenen Wachstumstheorien dem Humankapital langfristig einen erheblichen Einfluss auf wirtschaftliches Wachstum zurechnen.¹⁶

14 Ein aktuelles Beispiel für diese Problematik ist das Fehlen von Verwaltungsfachkräften für die Bewältigung der Asylanträge angesichts des nicht erwarteten Zustroms an Migranten im letzten Jahr. Der Bearbeitungsstau ist zu einem erheblichen Teil dem Mangel an adäquat ausgebildetem Fachpersonal geschuldet, welches angesichts des benötigten Fachwissens trotz der entsprechenden Forderungen seitens verschiedener Politikvertreter nicht kurzfristig und im benötigten Umfang bereitgestellt werden kann.

15 Auch in der Entwicklungspolitik ist derzeit ein stärkerer Wandel weg von physischen Investitionsprojekten hin zur Förderung des Humankapitalaufbaus zu verzeichnen. (vgl. Rech et al., 2015).

16 Endogene Wachstumstheorien stellen Innovationen und Humankapital in den Vordergrund. Nur über technischen Fortschritt (temporäre Monopolisten) kann die Produktivität erhöht werden und so der Konkurrenzvorteil gegenüber Konkurrenten erworben bzw. gehalten werden. Imitative Innovationen verbessern gleichzeitig die Fähigkeit der Nachahmer zur Innovation, wodurch Wachstum generiert wird. Innovationen aber sind keineswegs kostenfrei, das notwendige Wissen dazu muss produziert werden, das aus dem produzierten Wissen gewonnene Know-How muss in Form von Patenten geschützt werden können usw. (vgl. Arnold, 1997, Frenkel & Hemmer,

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Frage, welche Zuteilungskriterien den Zugang zu dem knappen Gut Bildung regeln sollen. Dabei sollten generell die Regeln der Zuteilung so gestaltet sein, dass eine Reallokation unter anderen Zuteilungsbedingungen keinen größeren Nutzen stiftet. Diese Fragen sollten im Bereich der Hochschulen und Universitäten primär durch die öffentliche Hand als hauptsächlicher Träger der Aus- und Weiterbildung beantwortet werden und im Dienste Aller (und nicht nur einzelner Interessengruppen) erfolgen.

In den letzten Jahren bestand dabei die Tendenz, durch Öffnung des Bildungssystems und die „Verschulung“ der Hochschulbildung, sowohl die Geschwindigkeit des Erlangens von Bildungstiteln zu erhöhen als auch die Zugangschancen zu erweitern. Eine inflationäre Vermehrung der Zahl von Bildungspatenten im Bildungssystem bei gleichzeitiger Regression der erforderlichen Leistungen zur Mitte, getrieben durch OECD-Statistiken und ihre bezogen auf die einzelnen Nationen unterspezifizierten Vergleiche, vermehrt qualitativ in diesem Zusammenhang das Humankapital nicht wirklich. Horstkötter (2008, S. 60, vgl. S. 56 ff.) kann beispielsweise zeigen, dass Studierende mit allgemeiner Hochschulzugangsberechtigung an der Universität Paderborn bessere Gesamtnoten haben und einen höheren Outcome aufweisen als Studierende mit Fachhochschulreife. Trotz vermehrten Inputs in Form universitärer Mehrleistungen der Universität Paderborn in Form von sogenannten Brückenkursen für die Fächer Deutsch, Englisch und Mathematik, die jeweils mit einer Prüfung abzuschließen sind, kann die tendenziell längere Studienzzeit der Studierenden mit Fachhochschulreife nicht vermieden werden. Betriebswirtschaftlich gesprochen kann der erhöhte Input das geringere Potential nicht vollständig substituieren.

Faktisch handelt es sich beim Phänomen der Ausweitung von Studierendenzahlen, unter anderem durch Ausweitung der Hochschulzugangsberechtigungen, wohl eher um ein Konkurrenzparadoxon im Sinne Stützels (vgl. Grass & Stützel 1988, S. 156 ff.).¹⁷ Angewandt auf unser Bildungsproblem können wir aufgrund

2001). Acemoglu und Robinson (2012) weisen im Sinn der Institutionenökonomik darauf hin, dass darüber hinaus für den gesellschaftlichen Wohlstand, Bürgerrechte, Eigentums- und Vertragsrechte nebst einer funktionierenden Justiz wichtig sind, kurzum: leistungsfähige Institutionen.

17 Die Konkurrenzparadoxa stammen aus der Geldtheorie (Grass & Stützel, 1988). Der Partialsatz, wonach jedes Wirtschaftssubjekt *ceteris paribus* durch Mehrausgaben seinen Kassenbestand verringert, wird gefolgt vom Satz zur Größenmechanik, der lautet: Ausgaben bei Subjekt A führen zu einer Erhöhung des Kassenbestands bei Subjekt C (und/oder D, und/oder E, ...) und der Globalsatz formuliert: Nie können alle Subjekte ihren Kassenbestand gleichzeitig verringern, bzw. gleichzeitig erhöhen.

eines hypothetischen Vergleichs mit *ceteris-paribus*-Bedingung formulieren: Ein Individuum, das formal ein akademisches Bildungspatent erwirbt, verbessert seine Chancen im Arbeitsmarkt. Beziehen wir die Situationsänderung durch die Einzelhandlung mehrerer Individuen (Abweicheffekte) mit ein, gilt dies aber nur, solange andere Individuen nicht auch ein Bildungspatent erwerben. Der Globalsatz erlaubt dann Aussagen über die Handlungen aller Betroffenen, nämlich: erwerben alle ein akademisches Bildungspatent, kann kein einzelner davon profitieren, da dessen relative Position gleich bleibt (Fahrstuhleffekt).¹⁸

Grundsätzlich muss bei der Betrachtung des Nutzens der Erhöhung der Bildung, also einer Bildungsexpansion, zwischen dem individuellen und dem Nutzen der nach Humankapital suchenden Unternehmen unterschieden werden.¹⁹ Diesen Überlegungen geht die Annahme voraus, dass eine Bildungsexpansion bzw. eine Erhöhung der Bildung auch eine qualitative Verbesserung darstellt, und es sich dabei nicht oder zumindest nicht in vollem Maße um eine reine Inflation von Bildungspatenten handelt. Individuen profitieren in der Konkurrenz mit anderen somit nicht von höheren Bildungspatenten, wenn im Rahmen einer Bildungsexpansion alle über diese höhere Bildung verfügen. Die Vermehrung der Bildung hat damit dann, wenn man ihr keinen eigenen Wert beimisst, sondern sie als kulturelles Kapital wahrnimmt, welches gegen ökonomisches Kapital auf dem Arbeitsmarkt eingetauscht werden kann, keinen erhöhten Nutzen. Vielmehr steigen für alle Individuen die Opportunitäts- und direkten Kosten, denn die Akkumulation von kulturellem Kapital setzt vor allem von ökonomischen Zwängen, das heißt von der Notwendigkeit der Beschaffung von Subsistenzmitteln, frei verfügbare Zeit voraus (vgl. Bourdieu, 1983, S. 187 f.).

Unternehmen, die nach Humankapital suchen, profitieren von einer Gesellschaft, die eine Bildungsexpansion durchlaufen hat, jedoch deutlich. Sie erhalten dort im Vergleich zu einer Gesellschaft ohne Bildungsexpansion mehr Humankapital, ohne jedoch mehr ökonomisches Kapital einsetzen zu müssen. Dies gilt natürlich

18 Setzt man nun noch voraus, dass Talentpotentiale normal verteilt sind, handelt es sich um einen typisch ruinösen Wettbewerb, der an einen Fahrstuhleffekt erinnert, in dem viele mit dem Bildungsfahrstuhl nominal eine Etage höher fahren, um auf der nächsten Etage wiederum nach Differenz zu streben und weitere tatsächlich oder vermeintlich differenzierende Bildungspatente zu erwerben. Entscheidend ist aber grundsätzlich das tatsächlich erworbene Humankapital, das nicht zwingend mit dem etikettierten Humankapital deckungsgleich sein muss.

19 In diesem Zusammenhang wäre es sicherlich auch eine interessante Frage, den gesamtgesellschaftlichen ökonomischen Nutzen zu untersuchen, darauf muss jedoch an dieser Stelle verzichtet werden.

nur auf einem Arbeitsmarkt, auf dem eine Nachfrage nach Arbeit herrscht und die Individuen in Konkurrenz zueinander stehen. Somit sind es in erster Linie die Unternehmen, die von einer Expansion profitieren.

Eine rationale bildungspolitische Steuerung der Hochschulen und Universitäten erfordert somit die Berücksichtigung einer Vielzahl von Kriterien, die lange Zeiträume mit einschließen und zumeist auch über die Zuständigkeitsbereiche einzelner Entscheider hinausgehen. Die im Folgenden vorgenommene Fokussierung auf die (kurzfristigen) wirtschaftlichen Effekte hebt dementsprechend lediglich einen unter vielen Nutzenaspekten hervor, der in den öffentlichen Diskussionen häufig übersehen wird. Die regionalökonomische Bedeutung von Hochschulen an ihrem Standort setzt sich aus einer Reihe von Faktoren zusammen und ruft lokal bestimmte Effekte hervor. Hierzu gibt es bereits eine Vielzahl empirischer Studien aus unterschiedlichen Fachrichtungen, die sich mit entsprechenden Wirkungen auseinandersetzen. Auf diese Befunde und ihre theoretischen Grundlagen wird im Folgenden näher eingegangen.

2 Wirtschaftliche Effekte von Universitäten

Zunehmend werden auch im öffentlichen Sektor Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen vorgenommen und auf Basis der Haushalts- und Finanzdaten Investitionsnotwendigkeiten oder Einsparmöglichkeiten formuliert und Möglichkeiten zur Verbesserung der Effizienz gesucht. Mittels regelmäßiger Evaluationen wird eine kontinuierliche Optimierung des Grades der Zielerreichung angestrebt, damit durch die eingesetzten Mittel die Ziele in höherem Maß realisiert sowie die intendierten und mögliche nicht-intendierte Effekte frühzeitig erkannt werden. Ein Problem dabei ist, dass der öffentliche Sektor im Gegensatz zur Privatwirtschaft nicht über eindeutig festlegbare und unstrittige Zielsetzungen verfügt, sondern stets auch auf eine normative Grundlage rekurriert, indem die Ziele politisch-normativ festgelegt werden und/oder ein bestimmter Kanon öffentlicher Aufgaben verbindlich festgelegt ist. Zwar erschließt sich meist für jeden intuitiv der Nutzen von Einrichtungen, wie öffentlichen Bibliotheken, Bildungseinrichtungen, Sport- oder Parkanlagen, dessen gesellschaftlicher Gegenwartswert kann jedoch in Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen nicht oder nur bedingt in einer vergleichbaren Form angegeben werden.²⁰ Die notwendige

20 Die Umstellung der Rechnungslegung in Gemeinden hin zur Doppik (Doppelten Buchführung in Konten) und der nunmehr kaufmännisch geführten Bücher, die ehemals rein kameralistisch in jährlicher Betrachtung geführt wurden, zeigt deutlich dieses Problem, z. B. wie bewerte ich den Buchwert eines Denkmals?

Gewichtung dieser einzelnen Aspekte unterliegt einer politischen Bewertung und ist in dieser Hinsicht notwendigerweise interessengeleitet.

Dies gilt insbesondere für die Institution Universität, die als öffentliche Bildungs- oder Wissenschaftseinrichtung betrieben wird und in der jene Studierenden qualifiziert werden, die dem künftigen, in seinen Anforderungen prinzipiell nicht bekannten Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen sollen (zu Absolventenstudien als prinzipiell problematisches Steuerungsinstrument der Arbeitsmarktrelevanz s. Emrich, Gassmann & Meyer, 2015). Im Unterschied zu anderen Bildungseinrichtungen (aber auch anderen öffentlich finanzierten Aufgaben) ist die Zahl der unmittelbaren Nutzer vergleichsweise klein, die hierfür einzusetzenden Mittel sind dagegen eher hoch. Im Vergleich zu Schulen, Bibliotheken, Sport- und Parkanlagen ist also erwartungsgemäß die Lobby für Universitäten und Hochschulen eher schwach.²¹ Hinzu kommt, dass Lobbyisten der Hochschulen häufig Vorstellungen von den Leistungen der Universität haben, die nicht mit ursprünglichen universitären Aufgaben kompatibel sind und dann nur bestimmte, ihren Interessen entsprechende Teilaspekte fördern und eine Ausrichtung der Hochschulen nach ihren eigenen Partikularinteressen anstreben.²²

Wie viel eine universitäre Qualifikation fächerspezifisch in Euro und Zeit kostet, lässt sich dabei noch relativ leicht ermitteln, doch der ökonomische und soziale Nutzen, den die universitäre Qualifikation direkt für die Unternehmen der Wirtschaft und mittelbar für die Gesellschaft im Allgemeinen bringt, also die Humankapitalrendite, ist nur schwer zu bilanzieren. Gleiches gilt für den Wissenstransfer zwischen Universität und regionalen Unternehmen oder für aktuell an der Universität entwickeltes neues Wissen, dessen künftiger Ertrag z. B. in Form aktuell patentierter Technologien unsicher bleibt und zum Zeitpunkt der Produktion des Wissens nicht vorausgesehen und beziffert werden kann (zur Produktion von Wissen allgemein s. Meyer & Emrich, 2013, S. 19–21).

21 Überspitzt formuliert hat man als Bildungsminister eigentlich nur dann öffentliche Aufmerksamkeit, wenn die neuen OECD-Statistiken erscheinen und die komparativen Leistungstabellen neu geordnet werden oder wenn ein Nobelpreis gewonnen wurde.

22 So unterstützen beispielsweise insbesondere die gegenwärtig starken Wirtschaftssektoren den Ausbau der Hochschule in den für sie ihrer Meinung nach wichtigen Tätigkeitsfeldern. Zukunftsorientierte Entwicklungen in anderen Bereichen können hierdurch behindert werden, insbesondere wenn die entsprechenden Innovationsträger noch vergleichsweise schwach und politisch weniger gut etabliert sind. Die Wirtschaftslobby für Universitäten tendiert deshalb dazu, den Status Quo zu verfestigen, den Aufbau einer Monostruktur zu befördern und eine einseitige Ausrichtung öffentlicher Hochschulen an Einzelinteressen voranzutreiben.

Zusätzlich ist die Frage der regionalen Einbindung und des damit verbundenen gesellschaftlichen Auftrags teilweise schwer abschätzbar: so erbringen beispielsweise die Universitäten und Hochschulen der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg sicherlich weit über die Grenzen ihrer Zuständigkeit hinausgehende Leistungen, von denen das Umland in besonderem Maße profitiert. Umgekehrt nutzen die Städte auch den Zuzug junger Menschen und deren Humankapital, wobei der Zuzug wesentlich durch attraktive Bildungsangebote (insbesondere auch an den Hochschulen) und das studentisch beeinflusste kulturelle Leben einer Stadt bedingt wird. Der Nahraum der Großstädte und der ländlichen Gebiete allgemein sind in diesem Zusammenhang durch den resultierenden „brain drain“ besonders stark betroffen (vgl. z. B. Behr, 2004).

Im Rahmen der oben angesprochenen Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen gewinnt die Untersuchung des direkten und mittelbaren ökonomischen Nutzens und somit die Bestimmung von Kosten und Erträgen als quantifizierbare Produktionsfaktoren an Bedeutung. Insbesondere rückt das Problem der Bewertung des ökonomischen Werts der Leistungen von Universitäten bzw. Fachhochschulen in den Fokus öffentlichen Interesses. Wie bemisst man den Wert des heute produzierten Wissens, das zwar bezüglich der Verfügungsrechte patentrechtlich geschützt werden kann, dessen künftige Bedeutsamkeit jedoch im Hier und Jetzt nur höchst unsicherheitsbehafet abgebildet werden kann (zu regionalen Spillover-Effekten im Bereich universitär produzierten Wissens s. Jaffe et al., 1993, vgl. zu Spillover-Effekten auch Breschi & Lissoni, 2001)?

Die Wirksamkeit solcher Spillover-Effekte hängt von bestimmten Rahmenbedingungen und ihrer Konzentration ab. Power und Malmberg (2008) nennen als Gründe hierfür, dass Forscher immer häufiger international und nicht regional ausgerichtet arbeiten, dass universitäre Forschungsergebnisse meist zum Zeitpunkt der Generierung weder direkt anwendbar noch regional verwertbar sind²³ und dass die zukunftsorientierten Forschungsschwerpunkte der Hochschulen in vielen Fällen nicht oder nur wenig relevant sind für die in der jeweils umliegenden Region dominierenden Wirtschaftsbereiche.

Dies ist nicht als regionalpolitische Fehlentscheidung bei der Ansiedlung von Forschungseinrichtungen anzusehen. Erstens entstehen solche Einrichtungen aufgrund der institutionellen Gegebenheiten der Hochschule und den daraus

23 Auch hier ist angesichts des wachsenden Aufwands für die Produktion neuen Wissens mit einer Vergrößerung des zeitlichen Abstands zwischen den ersten Befunden der Grundlagenforschung und ihrer Umsetzung in praktisch verwertbare und marktfähige Lösungen auszugehen.

resultierenden Gelegenheitskonstellationen eher durch die interne Logik des (globalen) Wissenschaftssystems als durch regionalökonomische oder -politische Erwägungen und Steuerungseingriffe (vgl. z. B. Jooß et al., 2011). Zweitens resultieren aus diesen Entwicklungen auf regionaler Ebene neue Handlungsoptionen und Innovationspotentiale, die sich nicht unbedingt an den existierenden und die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung dominierenden Konstellationen ausrichten müssen (siehe zu den Einflussfaktoren z. B. Hagen, 2007). Drittens sind schließlich diese Innovationspotentiale für die zukünftige Regionalentwicklung richtungsweisend und können notwendigen Modernisierungsprozessen eine entsprechende Dynamik verleihen. Regionen sind langfristig dann erfolgreich, wenn es ihnen gelingt, innovationsfördernde und gegenüber neuen Ideen offene Rahmenbedingungen und interregional ausgerichtete Netzwerke zu schaffen (siehe z. B. Fritsch et al., 1998).

Es ist insofern nicht überraschend, wenn Schubert und Kroll (2013, S. 39 f.) darauf hinweisen, dass ein Zusammenhang von Hochschulpräsenz und Innovationstätigkeit sich zwar belegen lässt, dieser sei aber insgesamt nicht so stark ausgeprägt, dass davon auszugehen ist, dass Hochschulinvestitionen allein die Konsequenzen eines fehlenden Besatzes mit innovativen Industriebetrieben auch nur mittelfristig heilen könnten. Stattdessen sei anzunehmen, dass es zur nachhaltigen Etablierung von Wachstumsregionen einer Kombination aus gezielten Hochschulinvestitionen, regionaler Technologiepolitik und praxisnaher Wirtschaftsförderung bedürfe.²⁴

Der künftige Wert insbesondere des in seinen Verfügungsrechten (noch) nicht geschützten neuen Wissens, das an Universitäten heute produziert wird, ist schwierig zu erfassen und damit seine eindeutige Abgrenzung problematisch. Insbesondere Grundlagenforschung erweist sich als im ökonomischen Sinn riskante Wette auf die Zukunft, da die künftige Relevanz der Erkenntnisse nicht eingeschätzt werden kann. Die teilweise extrem hohen Kosten der Grundlagenforschung vor allem in naturwissenschaftlich-technischen Fächern

24 Hennemann, Riebsky und Liefner (2012) weisen in diesem Kontext auf die Notwendigkeit persönlicher Kommunikation zwischen Forschern und Unternehmen in der Umgebung hin, die auch im Internetzeitalter immer noch die Basis einer fruchtbaren Kooperation darstellt. Ihren Erkenntnissen nach ist insbesondere in der Frühphase neuer Entwicklungen die unmittelbare persönliche Kommunikation häufig das entscheidende, wenn nicht einzige Mittel, um mit der regionalen Umgebung bzw. interessierten Unternehmen der Umgebung innovationsrelevantes Wissen auszutauschen. Daraus resultiert eine erstaunlich begrenzte räumliche Reichweite wissenschaftlicher Tätigkeiten ungeachtet der internationalen Orientierung vieler Wissenschaftler und grenzkostenfreier Mehrnutzbarkeit von Informationen im Internet.

steigern das Risiko der Wette auf die Zukunft deutlich und können nur durch Kooperationsverbünde wirksam gemindert werden, allerdings werden so auch die möglichen Erträge des neuen Wissens auf mehrere Partner aufgeteilt. Inwiefern die Risikotransformation durch die geplante Einrichtung von sogenannten Exzellenzclustern gemildert werden kann, ist offen, vieles spricht auch dafür, dass sich Kooperationsrenten eher dort einstellen, wo man die künftigen Erträge der Kooperation höher bewertet als die Vorteile der Entscheidungsautonomie. Dabei können Schnittmengen mit Exzellenzclustern vorliegen, müssen aber nicht. Im Sinne der Transaktionskostenökonomik findet in Exzellenzclustern sicherlich eine Konzentration von Sachkapital statt, was für die Organisationsform der Hierarchie spricht, die Humankapitalspezifität ist jedoch bezüglich der Effizienz ihrer organisierten Konzentration nur rückwirkend beurteilbar, zumal bahnbrechende wissenschaftliche Innovationen bzw. Erfindungen häufig unerwarteter Weise von Wissenschaftlern außerhalb der Exzellenzcluster gemacht werden.²⁵ Konzentrationen folgen somit in der Logik der Organisation bereits erbrachten Leistungen, haben aber als Kriterium die stets unbekanntes künftig erwarteten Leistungen. Dazu kommen Abgrenzungsprobleme der Verfügungsrechte über neue Erkenntnisse, wenn etwa Grundlagenforschung öffentlich subventioniert wird, aber Erträge aus der Verwertung jener Befunde, die sich schon kurzfristig als relevant erweisen, entweder durch private Eigentumsverfügungsrechte bestimmt sind und nachfolgend zudem noch häufiger in universitätsnahen, staatlich subventionierten Instituten marktlich verwertet werden. Damit findet dann eine Privatisierung der Erträge bei Sozialisierung der Kosten statt.

Weniger Probleme bereitet eine Betrachtung der ökonomischen Effekte von Universitäten auf der Makroebene, wo sowohl die Effekte verwertbaren neuen Wissens als auch die vielfältigen sonstigen Wirkungen von Universitäten ihren Niederschlag finden, aber wesentlich weniger Abgrenzungsprobleme bei der Erfassung mit sich bringen (Andersson et al., 2009). Zwecks Untersuchung wirtschaftlicher Effekte von Universitäten werden gegenwärtig zwei unterschiedliche Wege beschrrieben:

25 Fasst man insofern zusammen, dass die Zukunft stets ungewiss ist, wir leben eben im Hier und Jetzt, besteht bei jeder Handlung, die einen Zukunftsbezug hat, ein gewisses Risiko und/oder eine gewisse Chance. Mit Wahrscheinlichkeiten und Erwartungen versucht man das Risiko zu quantifizieren und durch wirtschaftliches Handeln einzupreisen. Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, ob Exzellenzcluster Risiken verringern und die Rendite erhöhen oder nur das Risiko für sunk costs erhöhen, steht noch aus. Generell ist aber zu befürchten, dass ähnlich wie bei der leistungsorientierten Mittelvergabe eher ein „Motivationsverdrängungseffekt“ entsteht und Anreize entgegen ihrer Ziele gesetzt werden (vgl. Kühl, 2015).

- 1) Einige Studien lassen die Kostenseite unberücksichtigt (vgl. Schubert & Kroll, 2013) und betrachten damit exklusiv den regionalökonomischen Nutzen ohne Berücksichtigung der Problematik der Vorteile eventueller alternativer Investitionen. Sie bedienen sich dabei makroökonomischer Kenngrößen, ohne eine Budgetperspektive einzuführen und betrachten exklusiv die makroökonomischen Rückflüsse im Vergleich der Bundesländer.
- 2) Andere Studien nehmen dagegen eine Budgetperspektive ein und betrachten aufbauend auf der Öffentlichen Haushaltstheorie die makroökonomischen Rückflüsse im Verhältnis zur Kostenseite, wobei die Betrachtungszeiträume das Ergebnis zwangsläufig mit bestimmen (vgl. hierzu z. B. Glückler, Panitz & Wuttke, 2015 und Emrich, Müller, Meyer & Gassmann, 2013).

Was nicht erfolgt, ist eine Betrachtung der Effizienz der Bildungsinvestitionen im Sinne der Frage: Welchen Nutzen eine Reallokation eingesetzter Ressourcen an anderer Stelle stiften würde. Die Aufnahme solcher Aspekte wird neben den erwähnten Abgrenzungsproblemen auch dadurch erschwert, dass es sich in Deutschland bei der Bereitstellung von Studienplätzen um eine öffentliche Aufgabe handelt und dementsprechend die langfristige Allokation von Bildungsinvestitionen weder aus der Sicht der Auszubildenden noch aus der Sicht der Arbeitgeber in den Fokus der Betrachtung rücken.²⁶

Prinzipiell unabhängig davon kann man jedoch eine Universität als eigenständiges Wirtschaftssubjekt betrachten, mit einem nicht unerheblichen Einfluss auf die regionale aber auch nationale Wirtschaft. Zunächst einmal ist sie Arbeitgeber für wissenschaftliches Personal und für Verwaltungs- und Serviceangestellte. Darüber hinaus tätigt sie Investitionen, die wiederum regionale, nationale und internationale Nachfrage nach Gütern produziert, und sie konsumiert Dienstleistungen, die von regionalen und überregionalen Anbietern produziert werden. All diese Aspekte führen zu makroökonomischen Effekten, die einer Messung in ähnlicher Form wie für jedes andere Unternehmen auch zugänglich sind.

26 Hinzu kommt die problematische Annahme, dass der alternative Nutzen der Region zu Gute kommen würde. Es ist allerdings viel plausibler, dass die fehlende Bereitstellung von Studienplätzen zu einer Bildungsmigration führt und die Studienwilligen in andere Regionen mit einem entsprechenden Angebot abwandern – im Hochschulbereich durchaus mit einer internationalen Komponente. Hierdurch würde ein regionaler Verzicht auf Bildungsinvestitionen nicht zu einer unmittelbaren Nutzung vorhandenen Humankapitals sondern zum (vermutlich dauerhaften) Verlust junger hochqualifizierter Menschen und damit zu einem „brain drain“ mit wiederum nur schwer kalkulierbaren zukünftigen Effekten führen (die im Wesentlichen von den Möglichkeiten der Region abhängen, die abgewanderten Hochqualifizierten zu einer Remigration zu bewegen, vgl. hierzu die Übersicht zu den Ergebnissen der Forschung zur transnationalen Migration Hochqualifizierter bei Hunger, 2003).

3 Empirische Regionalanalyse von Universitäten

Für eine umfassende Betrachtung der wirtschaftlichen Effekte ist es von Bedeutung, welchem Raum diese wirtschaftlichen Effekte zugutekommen und/oder welchem Raum sie möglicherweise Schaden zufügen. Hier setzt die Regionalwissenschaft und, in Verknüpfung mit den Wirtschaftswissenschaften, die ökonomische Geographie an. Sie versucht zu klären, wodurch sich z. B. Phänomene wie räumliche Agglomerationen ergeben (im Folgenden orientieren wir uns wesentlich an der einschlägigen Darstellung von Bröcker & Fritsch, 2012), dabei wird den Innovationen aus Forschung und Entwicklung eine besondere Bedeutung für die Wirtschaftsentwicklung in spezifischen Räumen zugesprochen.²⁷

Im Mittelpunkt solcher Betrachtungen stehen zunächst einmal allgemein die Region und die hier vorzufindenden Besonderheiten bzgl. Standort (oder Raum) und Struktur. Die räumliche Verteilung von besiedeltem Gebiet, insbesondere von Städten, wurde und wird verständlicherweise von geographischen und geologischen Besonderheiten beeinflusst. So befinden sich viele Orte entlang von Flüssen, Küsten oder in der Nähe reichhaltiger und leicht abbau- und transportierbarer Rohstoffvorkommen (Bröcker & Fritsch, 2012, S. 47), während sie in unwägbaren und rohstoffarmen Gebieten abhängig von den Kosten des Rohstoffs nur selten zu finden sind.²⁸ Im zeitlichen Verlauf führt eine standortbedingte hohe Bevölkerungsdichte, die gleichzeitig die Voraussetzung für einen entsprechenden regionalen Markt darstellt, pfadabhängig zu einer zusätzlichen Agglomeration, wodurch eng benachbarte Städte und solche mit überdurchschnittlicher Größe entstehen (wie zum Beispiel in den Niederlanden, im Ruhrgebiet oder in England entlang der Themse, mit London als Mittelpunkt). In Gebieten ohne besondere Anziehungspunkte verteilen sich die Städte gleichmäßig über die Fläche (ebd.).

27 Auch vor dem Hintergrund der Föderalismus-Debatte zwischen Land und Bund im Zusammenhang von Bildung und Forschung an Hochschulen sind diese regionalökonomischen Effekte zu bedenken.

28 Selbst die im Nationalsozialismus auf „der grünen Wiese“ geplante und 1938 als Sitz des Volkswagenwerks gebaute (Auto-)Stadt Wolfsburg hat mit dem Mittellandkanal günstige Raumüberwindungskosten für die Zulieferer vorgesehen.

Die strukturellen Faktoren beziehen sich auf die Bevölkerung, insbesondere ihre Zahl, Zusammensetzung und Qualifikation, die Wirtschaftsstruktur und die Arbeitssituation in den verschiedenen Regionen. Die untersuchten Prozesse laufen in der Regel recht träge ab, so dass sie erst im Zeitraffer bzw. über längere Zeiträume hinweg sichtbar werden und sind zudem häufig durch geographische Besonderheiten und historische Entscheidungen und Verläufe determiniert. Des Weiteren muss zwischen interregionalem und intraregionalem Wandel unterschieden werden. Während man auf interregionaler Ebene zwischen räumlicher Konzentration (z. B. entlang von Rhein und Main) und Dekonzentration (z. B. Mecklenburg-Vorpommern) unterscheidet, betrachtet man auf intraregionaler Ebene Urbanisierungs-, Suburbanisierungs- oder Reurbanisierungstendenzen von Ballungsgebieten.

Zum Zwecke regionalökonomischer Analysen gibt es verschiedene Modelle, von denen wir hier die vier zentralen vorstellen möchten (vgl. Bröcker & Fritsch, 2012, S.8 ff.):

- *Gravitationsmodell*: Dieses Modell geht vom Gravitationsgesetz Isaac Newtons aus, wonach sich zwei Körper in Abhängigkeit von Masse und Abstand mit einer gewissen Kraft gegenseitig anziehen. Übertragen auf zwei oder mehr Regionen (z. B. Stadt und Umland) bedeutet dies, dass zwischen diesen Regionen eine Beziehung besteht, die sich bspw. durch Besucher- und/oder Pendlerströme ausdrücken lässt und von der Größe sowie dem Abstand (z. B. Fahrzeit) der Regionen zueinander abhängig ist. Weitere Interaktionen lassen sich mittels Kaufkraftströmen, Besucherzahlen, Verkehrssystemauslastung oder dem Bruttoinlandsprodukt beschreiben.
- *Shift-Share-Analyse*: Dabei werden die Merkmale eines Wirtschaftsraums mit einem Referenzraum verglichen, wobei i. d. R. eine übergeordnete Gebietseinheit als Bezug gewählt wird. Der Vergleich erfolgt auf Basis unterschiedlicher Indikatoren (z. B. Beschäftigung) und erlaubt so anhand dieser letztlich normativ ausgewählten Indikatoren Aussagen über die Stärken und Schwächen der untersuchten Region zu treffen.²⁹ Unterschieden wird zwischen Regionalfaktor (die beobachtete Veränderung bzgl. eines

29 Der Vergleich erfolgt in Bezug zum Mittelwert des Referenzgebiets, das wiederum bestimmte Stärken und Schwächen aufweisen kann. So mag eine Region X gegenüber der übergeordneten Referenz A gut abschneiden, doch im Vergleich mit einer Region Y, die gleiche Indikatoren aufweist, schneidet Region X verhältnismäßig schlecht ab.

Indikators über die Zeit und im Vergleich der Regionen), Strukturfaktor (die fiktive Veränderung eines Indikators, wenn sich die vorhandenen Wirtschaftssektoren so entwickelt hätten wie im Referenzgebiet) sowie Standortfaktor als Differenz zwischen Regional- und Strukturfaktor (Restgröße).

- *Indizes der regionalen Spezialisierung und der geographischen Konzentration:* So wie sich Städte und Orte nicht gleichmäßig über den Raum verteilen, sondern sich an Flüssen, Küsten und in rohstoffreichen Gebieten ansiedeln und verdichten, so konzentrieren sich auch bestimmte Wirtschaftsaktivitäten auf Regionen, in denen solche Aktivitäten schon erfolgreich beheimatet sind und deren Konzentration sich entsprechend unter anderem aufgrund geringerer Transaktions- und Raumüberwindungskosten positiv auf die Produktion auswirken (z. B. Konzentration der deutschen Montanindustrie im Saarland und im Ruhrgebiet). Die häufig durch die Konzentration erleichterte regionale Spezialisierung führt in der Produktion bestimmter Güter und Dienste zu erheblichen komparativen Vorteilen und erleichtert einen wiederkehrend hohen Anteil von Investitionen in diesem Bereich und damit in regionale Produktionskapazitäten (Spezialisierung beschreibt die Wirtschaftsstruktur von Regionen). Von Konzentration spricht man, wenn große Anteile eines Gutes in nur wenigen Regionen produziert werden (Konzentration bezieht sich auf die Verteilung der wirtschaftlichen Aktivität im Raum). Zur Messung von Spezialisierung und Konzentration haben sich verschiedene Indizes etabliert: Der Herfindahl-Index zur Messung der Anbieter-Konzentration, der Gini-Koeffizient zur Messung der Ungleichheit der Einkommensverteilung sowie der Krugman-Index zur Messung der Differenz in den Produktionsmustern zwischen verschiedenen Regionen.
- *Räumliche Ökonometrie:* Sie sieht sich als Spezialgebiet der klassischen Ökonometrie und wendet die Annahmen zum Einfluss von verfügbaren Informationen bezüglich der Zustände in der Vergangenheit auf die Gegenwart und auf die Wechselwirkungen von innerregionalen und interregionalen Zuständen an. Räumliche Wechselwirkungen lassen sich demnach durch Korrelationen zwischen den Regionen und unterschiedliche Raumstrukturen mittels Heterogenitätsmaßen beschreiben.

4 Universitäre Wissensproduktion und Wissensvermittlung im Kontext wirtschaftlicher Aktivitäten

Für den Bereich der Wissensproduktion und -vermittlung³⁰ sind die Vorteile durch Agglomerationsprozesse beträchtlich. Dafür gibt es mehrere Gründe (vgl. Bröcker & Fritsch, 2012, S.101):

- Die Wissensproduktion ist dann besonders erfolgreich, wenn ein hohes Maß an Wissensinput gegeben ist. Etabliert sich ein großer Wissensmarkt, so profitieren alle Marktteilnehmer von der vorherrschenden Vielfalt bei standortunabhängigen, gleichbleibenden Fixkosten.
- Wissen, sofern es nicht durch Patent in den Verfügungsrechten begrenzt bzw. in der Nutzung in Form von Expertise kostenpflichtig wird, nutzt sich durch Gebrauch nicht ab und kann daher von vielen Nutzern (gleichzeitig) verwendet werden.
- Die Produktion von Wissen ist mit Unsicherheit behaftet. Durch die Agglomeration am Wissensmarkt verteilt sich die Wissensproduktion auf viele Akteure und reduziert dadurch das Risiko des Produktionsprozesses.
- Verträge am Wissensmarkt sind aufgrund der Ergebnisunsicherheit im Produktionsprozess von Wissen nur schwerlich zu kontrollieren. Dies wird mit vertrauensbasierten Kooperationssystemen kompensiert, für die die räumliche Nähe der Akteure wichtig ist (Gesetz des Wiedersehens).

Im Rahmen des Zentrum-Peripherie-Modells zeigt sich, dass sich in Abhängigkeit von den Parametern Fixkosten, Transportkosten und Nachfrage ein eindeutiges Gleichgewicht in Form einer Konzentration von Unternehmen eines bestimmten Wirtschaftssektors an einem Ort einstellt. Die Konzentration ist umso wahrscheinlicher, je höher die Fixkosten und je höher der Anteil mobiler Nachfrage und je kleiner die Transportkosten sind (Bröcker & Fritsch, 2012, S. 117). Für die Transportkosten von Informationen im Wissenschaftsbereich gilt einerseits, dass durch moderne Übertragungstechniken geschriebenes oder gesprochenes Wort sehr einfach übermittelt werden kann und die Raumüberwindungskosten daher vernachlässigbar gering sind, andererseits im Wissenschaftssektor häufig implizites (personengebundenes) sowie kompliziertes Wissen produziert und ausgetauscht wird, wodurch dem persönlichen Austausch eine hohe Wichtigkeit zukommt.

30 Wissen entfaltet sein ökonomisches Potential erst durch dessen großflächige Distribution. Denn wurde das Wissen mit Kosten X produziert, verringern sich die Kosten pro Person i, je mehr Personen das produzierte Wissen nutzen (Bröcker & Fritsch, 2012, S. 101).

Dies spricht ebenfalls für eine gewünschte Agglomeration von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen von Seiten der produzierenden Akteure, um so die Möglichkeit des „Wissens-Spillover“ zu erhöhen (ebd., S.180). In diesen Sinn ist es für die politischen Entscheidungsträger (vgl. dazu Kapitel 11), die die Wissensproduktion im Bereich Forschung und Entwicklung in ihrer Region stärken möchten, verführerisch, Hochschulen als Wissenschaftszentren anzusiedeln bzw. bestehende zu fördern, um so einen Anreiz zur Ansiedlung für innovative Unternehmen zu schaffen (ebd.).

Ein großes Problem des Transfers von Informationen ist die Nutzenbewertung des Wissens, das auf dem Markt gehandelt wird. Zum einen ist das Wissen zum Teil an bestimmte Personen gebunden und kann häufig auch nur von diesen weitergegeben werden, zum anderen muss der Informationsempfänger in der Lage sein, die übermittelte Informationen (kognitiv) zu verarbeiten und auf sein Problem übermitteln. Zum Dritten ist das Potential des erworbenen Wissens zu Beginn weder für den Informationsempfänger noch den Informationsproduzenten vollständig abschätzbar, sodass der faire Preis nicht eindeutig bestimmbar ist (ebd., S. 182). Im Zusammenhang mit Kooperationen im Bereich Forschung und Entwicklung, zum Beispiel zwischen einer Firma und einem Forschungsinstitut, treten zusätzliche Probleme auf, wodurch das Zustandekommen möglicher Kooperationen behindert wird (ebd.):

- Je spezieller das Arbeits- bzw. Forschungsfeld, umso weniger Kooperationspartner lassen sich finden und desto höher liegen die Kosten für die Suche geeigneter Partner sowie die Anbahnung der Kooperation. Des Weiteren gibt es aufgrund der seltenen Transaktionen keinen festen Marktpreis, sodass bei Vertragsabschluss diesbezüglich zusätzlicher Verhandlungsbedarf besteht (Dünne Märkte).
- Jeder Kooperationsvertrag im Bereich Forschung und Entwicklung ist zwangsläufig unvollständig, da das Ergebnis des Forschungsprozess bis zuletzt ungewiss bleibt (siehe oben). Zu Beginn kann lediglich eine unspezifische Absichtserklärung abgegeben werden mit der Möglichkeit der beteiligten Akteure, diskretionäre Spielräume zu nutzen (Problem der Spezifikation der Ergebnisse).

- Die Akteure sind nicht davor gefeit, dass Wissen aus der Kooperation an Dritte freiwillig weitergeben wird oder sie „ausspioniert“ werden, wodurch sich ein Nachteil für die Kooperation und damit für einen oder mehrere Partner ergeben kann (Problem des unkontrollierten Wissensabflusses).

Es zeigt sich zusammenfassend, dass sich die räumliche Konzentration von Kooperationspartnern positiv auf das Zustandekommen von Forschungs- und Entwicklungs-Projekten auswirken kann. Durch die räumliche Nähe wird einerseits das Problem der Dünnen Märkte kompensiert und andererseits eine bessere Kontrollmöglichkeit zwischen den Kooperationspartnern geschaffen. Die Kooperationen im Forschungs- und Entwicklungs-Bereich gehen somit über reine Marktbeziehungen hinaus. In den räumlichen Clustern konzentrieren sich im Wesentlichen Unternehmen, Hochschulen und öffentliche Forschungseinrichtungen, die gegenseitig von theoretischem Wissen, Anwendungswissen und der Infrastruktur profitieren. Den Hochschulen als Standortfaktor kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle zu, sie können für neue Unternehmen und Neuansiedlungen als Anknüpfungspunkt dienen. Ein gängiges Maß, um die Innovationskraft einer Region zu messen, liegt in der Patentanzahl pro Kopf. Nach Carlino, Chatterjee und Hunt (2006) wird das Patentaufkommen durch die Beschäftigungsdichte und einen hohen Marktwettbewerb positiv beeinflusst. Außerdem ist eine mittelgroße Bevölkerungsdichte (weniger als 1 Mio. Bewohner) von Vorteil (ebd.).

Kooperationsbeziehungen in regionalen Innovationsclustern können durch unterschiedliche Ansätze (z. B. Netzwerkansatz, Milieuansatz, TripleHelix, usw.) beschrieben werden, die auch in anderen Kontexten angewendet werden. Alle weisen darauf hin, dass die Nähe und der so ermöglichte persönliche Kontakt von großer Bedeutung sind. Allerdings besteht bei engen Netzwerken auch die Gefahr, dass sich informelle Strukturen verfestigen, die für die Innovationsaktivitäten hinderlich sein könnten. Des Weiteren ist auch eine Einbindung in globale Wissensströme nötig, um einen Lock-in-Effekt durch redundante Selbstreferenz zu vermeiden (Bröcker & Fritsch, 2012, S. 192).

5 Die Rolle der Politik

Nachdem in manchen Regionen Deutschlands der Produktions- und Industriesektor gegenüber etwa dem Dienstleistungssektor an Bedeutung verliert, muss die Politik neue Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Stärkung der Regionen überlegen und anstoßen. Zukunftsgerichtet ist die Verbesserung der hochschulinduzierten regionalen Innovationsaktivitäten sinnvoll, damit die örtlichen Unternehmen und Einrichtungen den Entwicklungen ihrer Branchen folgen und so wettbewerbsfähig bleiben.

Die Politik kann dabei potentiell mit zwei Hebeln die Innovationsleistung stimulieren. Der erste Hebel setzt bei der Ausstattung der Institutionen in einer Region an. Von der öffentlichen Hand gezielt eingesetzte Mittel sollten in die Ansiedlung und den Ausbau von Hochschulen oder anderen öffentlichen Forschungseinrichtungen fließen (Bröcker & Fritsch, 2012, S. 194), um so private Ressourcen, z. B. durch die Ansiedlung von Forschungs- und Entwicklungsstandorten privater Unternehmen, zu attrahieren. Ob und in wie weit sich die öffentlichen Investitionen zur regionalen Innovationsförderung schlussendlich auszahlen, ist jedoch nicht zuverlässig zu bestimmen und falls es mehrere Institutionen in der Region gibt, nicht alleine auf eine spezifische zurückzuführen. Auf alle Fälle ist mit einer zeitlichen Wirkungsverzögerung zu rechnen, sodass sich gegenwärtige Investitionen erst mit zeitlicher Verzögerung auszahlen.³¹

Direkt an den bestehenden Institutionen setzt der zweite Hebel zur Verbesserung der Kooperation der Institutionen an. Damit wird einerseits garantiert, dass der regionale Spillover von Wissen einsetzt, der für die weitere Forschung und Entwicklung entscheidend ist und sicherstellt, dass die Region an den Innovationen partizipieren kann. Andererseits wird gewährleistet, dass die Region an andere Standorte angebunden bleibt und mit diesen ein gegenseitiger Transfer von Know-How, Produkten und Personal stattfindet (ebd.).

Großen Nutzen zieht die Region insbesondere dann aus Investitionen in Forschung und Entwicklung, wenn die lokalen Unternehmen in besonderer Weise von den Innovationen der angesiedelten Forschungseinrichtungen profitieren. Wandert dieses Wissen hingegen ab, weil die regionalen Unternehmen als potentieller Wissensabnehmer dieses nicht nutzen, so bleiben viele Chancen

31 Für politische Entscheidungsträger, die sich für Investitionen in den öffentlichen Forschungs- und Entwicklungs-Bereich stark machen, sind mit dieser Unsicherheit entsprechende Gefahren verbunden. Wenn die geleisteten Förderungen in den Institutionen ohne Wirkung versinken, so wird die Wählerschaft dies entsprechend quittieren.

der regionalen Innovationssysteme ungenutzt. Der Gestaltungsprozess der regionalen Forschungslandschaft ist daher sehr komplex und sollte in seiner Entwicklung nicht all zu sehr eingeschränkt werden. Versuchen politische Vertreter bspw. besonders prestigeträchtige Forschungsbereiche anzulocken, die jedoch nicht zu der regionalen Infrastruktur passen, so wird nur ein Teil des möglichen Potentials aus den Innovationssystemen wirksam (vgl. ebd., S. 197).

6 Untersuchungen regionalökonomischer Effekte von Universitäten

Meyer und Emrich (2013) haben in Anlehnung an Blume und Fromm (1999), Glorius und Schultz (2002), Stoetzer und Krähmer (2007) sowie mit Hilfe eigener Ergänzungen eine Zusammenstellung geliefert, die regionalökonomische Studien aus rund fünfzig Jahren für insgesamt 40 Hochschulräume in Deutschland, Österreich und der Schweiz enthält und hier durch zwischenzeitlich durchgeführte weitere Studien ergänzt wird (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Übersicht über regionalökonomische Studien zu Universitäten in Deutschland.

Ort	Hochschule	Jahr	Autoren
Göttingen	Universität Göttingen	1966	Woll
	Universität Göttingen	1976	Baer
Stuttgart	Universität Stuttgart	1976	Becker, Heinemann-Knoch & Weber
Aachen	TH Aachen	1977	Brösse & Emde
Gießen	Justus-Liebig-Universität Gießen	1977	Leib
Osnabrück	Universität Osnabrück	1977	Eickholtz & Rathje
Kaiserslautern	TU Kaiserslautern	1978	Ganser
Darmstadt	TH Darmstadt	1978	Knepel & Poser
Kaiserslautern	TU Kaiserslautern ²	1978	Engelbrech, Küppers & Sonntag
Saarbrücken	Universität des Saarlandes ⁵	1978	Engelbrech, Küppers & Sonntag
Bayreuth	Universität Bayreuth	1979	Wahl, Meier & Weber
Konstanz	Universität Konstanz	1979	Fürst
Münster	Hochschulen in Münster	1979	Willauschus
Heidelberg	Universität Heidelberg	1981	Gormsen
Gießen	Justus-Liebig-Universität Gießen	1982	Giese, Aberle & Kaufmann
	FH Ostfriesland	1984	Haude
Oldenburg	Universität Oldenburg	1984	Scheele & Schmidt



Siegen	Universität GH Siegen	1988	Clapham & Grote
Augsburg	Universität Augsburg	1990	Pfaff & Becker
Passau	Universität Passau	1990	Kleinhenz
Bremen	Universität Bremen	1992	Schäfer & Leithäuser
Konstanz	Universität Konstanz	1995	Oser & Schröder
Freiburg	Albert-Ludwigs-Universität Freiburg	1995	Drude
Stuttgart	Universität Stuttgart	1996	Bürgel, Binder & Schultheiß
Bielefeld	Universität Bielefeld	1996	Niermann
Ilmenau	TU Ilmenau	1996	Voigt
Rostock	Universität Rostock	1996	Knödler & Tivig
Hamburg	Universität Hamburg	1997	Clermont
Berlin	Hochschulen in Berlin	1997	Geppert & Vesper
Hamburg	Universitäten und Forschungseinrichtungen in Hamburg	1997	Pfähler et al.
München	Universität München	1997	Bauer
Regensburg	Universität Regensburg	1997	Oberhofer
Bremen	Universität Bremen	1998	Miller & Schäfer
Kaiserslautern	TU Kaiserslautern	1998	Feser & Flieger
Chemnitz	TU Chemnitz	1998	Jurczek
Greifswald	Universität Greifswald	1998	Hecht
Trier	Universität Trier	1998	Benson
Bremen	Hochschulen und Institute Bremens	1999	Pfähler et al.
	Universität und Fachhochschulen in Mecklenburg-Vorpommern	1999	Bandelin; Bandelin et al.
Freiberg	TU Bergakademie Freiberg	1999	Höppner, Brezinski & Seidelmann
Kassel	Universität GH Kassel	1999	Blume & Fromm
		2000	
Lüneburg	Universität Lüneburg	1999	Pimat
Potsdam	Universität Potsdam	1999	Gloede, Schirmag & Schöler
Regensburg	Universität Regensburg	2000	Beißinger et al.
Berlin	Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Berlin	2001	Baumgartner & Seidel
Krefeld/Mönchengladbach	FH Niederrhein	2001	Hamm & Wenke
Halle	Martin-Luther-Universität Halle	2002	Glorius & Schultz
Frankfurt	J.W. Goethe Universität Frankfurt	2002	Bathelt & Schamp
▶▶▶			

Halle	Universität und Forschungseinrichtungen in Halle, Merseburg und Wittenberg	2002	Franz, Rosenfeld & Roth
Magdeburg	Otto-von-Guericke-Universität; FH Magdeburg-Stendal	2003,a	Rosner & Weimann
Kaiserslautern	TU Kaiserslautern ³	2005	Spehl u. a.
Trier	Universität Trier ⁶	2005	Spehl u. a.
Mainz	Universität Mainz ⁴	2005	Spehl u. a.
Sachsen-Anhalt	FH Anhalt, FH Harz	2005	Assenmacher, Leßmann & Wehrt
Potsdam	Universität und Forschungseinrichtungen in Potsdam	2006	Knappe
Luzern	Universität Luzern	2006	Strauf & Behrendt
Basel	Universität Basel	2007	Haisch & Schneider-Sliwa
Flensburg	Universität Flensburg	2007	Leusing
Jena	FH Jena; Friedrich-Schiller Universität; Universitätsklinikum; Studentenwerk Jena-Weimar ¹	2009	Krähmer & Stoetzer
	Universität Luzern	2010	Strauf
Bamberg	Universität Bamberg	2010	Nowak
	Universität GH Kassel	2011	Beckenbach, Daskalakis & Hofmann
Passau	Universität Passau	2011	Moosmüller
Darmstadt	TU Darmstadt	2012	Mathes
Wien	Universität Wien	2012	Musil
Berlin	Hochschulen in Berlin	2013	Pavel
Saarbrücken	Universität des Saarlandes	2013	Emrich, Meyer & Rampeltshammer
Deutschland	Hochschulen generell	2013	Schubert & Kroll
Gießen	Universität Gießen	2014	Bredl, Liefner, Teichert & Winker
Heidelberg	Landesuniversitäten Baden Württemberg	2015	Glückler, Panitz & Wuttke

Erweiterte Fassung in Anlehnung an Meyer & Emrich, 2013, S. 22 f.

1 getrennt für jede der Einrichtungen bewertet, 2 gemeinsam mit Saarbrücken 3 mit Mainz u. Trier, 4 mit TU Kaiserslautern u. Trier, 5 mit TU Kaiserslautern

In der Tendenz berichten sämtliche Studien von erheblichen nachfragewirksamen Effekten der Universitäten (meist handelt es sich bei den untersuchten Hochschulen um Universitäten) und ihrer Studierenden, die allesamt auf positiven, jedoch in der Höhe durchaus unterschiedliche Multiplikatoreffekte basieren. Insbesondere einige neuere Befunde sollen in Erweiterung und zwecks Aktualisierung von Meyer und Emrich (2013) skizziert werden. Glückler, Panitz und Wuttke (2015) berichten

in ihrer Untersuchung der wirtschaftlichen Effekte der Landesuniversitäten in Baden-Württemberg beispielsweise im Jahr 2012 von Bruttoausgaben des Landes von insgesamt ca. 3 Mrd. Euro. Dazu kommen Ausgaben in Höhe von 1,6 Mrd. Euro durch die rund 160.000 Studierenden.

Nachfragewirksam werden von diesen insgesamt 4,6 Mrd. Euro Ausgaben 2,4 Mrd. Euro, woraus letztlich ein Gesamteffekt der Bruttowertschöpfung von ca. 3,7 Mrd. Euro resultiert. Insgesamt 63.313 Arbeitsplätze und damit 1,2 Prozent des Arbeitsmarktes des Landes Baden-Württemberg erweisen sich damit als universitätsinduziert.

Wörtlich heißt es zusammenfassend (ebd., S. 339 f.):

„Unter Hinzurechnung der Ausgaben im Gesundheitswesen ist der Gesamteffekt der Wertschöpfungswirkung der Landesuniversitäten inklusive der Nachfrage im Gesundheitssystem zirka 1,9-mal größer als die eingesetzten Landesmittel in Höhe von 2.045 Mio. Euro bzw. 2,3-mal größer als der Nettomitteleinsatz des Landes [in Höhe von 1.679 Mio. Euro].“

Auch für Straßburg und die Region Elsass konnte die Funktion von Hochschulen als ein wichtiger Wirtschaftsfaktor (für Straßburg vgl. Gagnol & Héraud, 2001, für die Region des Elsass vgl. Héraud & Rafanomezantsoa, 2001) nachgewiesen werden. Investive Tätigkeit, Ausgaben für Personal und Sachleistungen bringen dort in Kombination mit studentischem Konsum erhebliche ökonomische Effekte.

Emrich, Müller, Meyer und Gassmann (2013) kommen am Beispiel der Universität des Saarlandes ebenfalls zu positiven wirtschaftlichen Effekten mit einem Multiplikatoreffekt vom rd. 1,7-fachen des Nettomitteleinsatzes des Landes, dazu kommen erhebliche demographische und bildungsbezogene Effekte.

Schubert und Kroll (2013) untersuchen am Modell ökonomische Effekte von Hochschulaktivitäten auf die regionalen Wirtschaftsstrukturen. Insbesondere betrachten sie das BIP pro Kopf, die Arbeitslosenquote, das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen und das regionale Patentaufkommen. „Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass positive Wirkungen der regionalen Hochschulaktivitäten vor allen Dingen auf das BIP, die Arbeitslosenquote sowie die Patentaufkommen (gemessen durch die Anmeldungen am Europäischen Patentamt) aufgezeigt werden können.“ (ebd. S. 4, vgl. 4–6).

Bredl, Liefner, Teichert und Winker (2014) zeigen für die Gustav-Liebig-Universität Gießen und die Technische Hochschule Mittelhessen, Standort Gießen erhebliche unmittelbare Effekte auf die regionale Umgebung. Darüber hinaus

berichten sie Effekte auf die demographische Entwicklung (vgl. dazu für das Saarland Gassmann, Emrich & Meyer, 2013, S. 207 ff.)³², die regionale Akkumulation von Humankapital, auf Unternehmensgründungsaktivitäten und auf „weiche“ Standortfaktoren. Zusammenfassend resümieren Bredl, Liefner, Teichert und Winker (2014, S. 1), dass „selbst bei einer relativ kleinen Hochschulregion mit entsprechend ausgeprägten Verflechtungen nach außen – die unmittelbaren und mittelbaren Effekte am Standort das Volumen der eingesetzten öffentlichen Mittel deutlich übersteigen.“

7 Zusammenfassung

Universitäten erzeugen wohlfahrtsfördernde Leistungen für die Gesellschaft, indem sie Bildung für Studierende und forschungsgebundenes Wissen für alle produzieren. Die Erbringung dieser Leistungen wird ermöglicht durch eine größtenteils öffentliche Finanzierung, die insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und Spargelände in den Fokus der Öffentlichkeit gerät. Daraus resultiert angesichts zunehmender Ressourcenknappheit und freiwilliger Selbstbeschränkungen (Schuldenbremse) der Zwang, politisch über Art und Umfang der Mittelzuweisungen zu diskutieren. Dies geschieht vor dem Hintergrund einer erhöhten Nachfrage nach Humankapital (sowohl auf Seiten der Studierenden und dem Arbeitsmarkt) und der Bildungsexpansion in den letzten Jahren.

Universitäten deren Finanzierung nicht gesichert ist, können ihren Bildungsauftrag nicht erfüllen und es kommt zwangsläufig zu einem Wegzug der potentiell studierwilligen Individuen und im Zeitverlauf auch der Unternehmen, wenn diese ihre Nachfrage nach gut ausgebildeten Arbeitskräften nicht durch eine erhöhte Mobilitätsbereitschaft der Arbeitnehmer ausgleichen können. Neben dem Nutzen durch Bildung und Forschung haben Universitäten und Hochschulen zudem eine regionalökonomische Bedeutung an ihrem Standort, wobei sich immer das Problem der regionalen Eingrenzung ergibt. Nachdem in manchen

32 In jüngerer Vergangenheit kam es zu im Rahmen der Untersuchung regional-ökonomischer Effekte von Hochschulabsolventen auch zu Untersuchungen der Klebe- und Anziehungskräfte von Universitäten im ländlichen Raum. Kratz und Lenz (2015, für das Saarland vgl. Gassmann, Emrich & Meyer, 2015) untersuchten an bayerischen Hochschulen inwieweit ländliche Regionen von Hochschulabsolventen eher verlassen werden als städtische Regionen und inwieweit sich dabei Fachhochschul- und Universitätsabsolventen im Abwanderungsverhalten unterscheiden. Letztere wandern demnach in höherem Maß ab als Fachhochschulabsolventen und generell sind die hohen Abwanderungszahlen für die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Regionen, wo die Hochqualifizierten eine wichtige Rolle für die Schätzung wirtschaftlicher Effekte spielen, problematisch.

Regionen Deutschlands der Produktions- und Industriesektor gegenüber etwa dem Dienstleistungssektor an Bedeutung verliert, muss die Politik neue Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Stärkung der Region überlegen um Innovationsleistung zu stimulieren.

Die Betrachtung des direkten und mittelbaren ökonomischen Nutzens im Sinne regionalökonomischer Effekte ist nur im Vergleich mit der Berechnung des ökonomischen Nutzens von Wissen, dessen künftige Verwertungsmöglichkeit häufig ungewiss ist, möglich. Zwecks Untersuchung wirtschaftlicher Effekte von Universitäten werden dabei gegenwärtig zwei unterschiedliche Wege beschritten. Zum einen lassen einige Studien die Kostenseite unberücksichtigt und betrachten exklusiv die makroökonomischen Rückflüsse im Vergleich der Bundesländer. Andere Studien nehmen dagegen eine Budgetperspektive ein und betrachten die makroökonomischen Rückflüsse im Verhältnis zur Kostenseite.

Ein wichtiger Faktor bei der Untersuchung des regional-ökonomischen Effekts sind die Besonderheiten des Standorts und der Struktur. Standorte werden durch geographische Besonderheiten und geologische Besonderheiten beeinflusst, während die Struktur sich durch unterschiedliche Bevölkerungszusammensetzungen, die Wirtschaftsstruktur und die Arbeitssituation in den verschiedenen Regionen differenziert, so kann sich die räumliche Konzentration von Kooperationspartnern positiv auf das Zustandekommen von Forschungs- und Entwicklungs-Projekten auswirken und umgekehrt.

In den vergangenen fünfzig Jahren wurden an insgesamt 40 Hochschulräumen in Deutschland, Österreich und der Schweiz regionalökonomische Studien durchgeführt. Insgesamt berichten alle Studien von erheblichen nachfragewirksamen Effekten der Universitäten und ihrer Studierenden, die allesamt in positive, jedoch in der Höhe durchaus unterschiedliche Multiplikatoreffekten münden. Dabei ist nicht zu übersehen, dass die methodischen Zugänge durchaus variieren und dass Multiplikatoreffekte, Wertschöpfungseffekte, Humankapitalrenditen usw. nicht immer einheitlich errechnet werden.

8 Literatur

- Acemoglu, A. & Robinson, J. A. (2012). *Why nations fail: The origins of power, prosperity, and poverty*. New York: Crown Business.
- Adams, J. & Griliches, Z. (1996). Measuring science. An exploration. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America*, 93(23), 12664–12670. Online verfügbar unter: <http://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC34120/>.
- Ammermüller A. & Weber, A. M. (2005). *Educational attainment and returns to education in Germany: an analysis by subject of degree, gender and region*. ZEW Discussion Papers 05–17, ZEW – Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.
- Andersson, R., Quigley, J. M. & Wilhelmson, M. (2009). Urbanization, productivity, and innovation: Evidence from investment in higher education. In: *Journal of Urban Economics*, 66(1), S. 2–15.
- Arnold, L. (1997). *Wachstumstheorie*. München: Verlag Vahlen.
- Assenmacher, M., Leßmann, G. & Wehrt, K. (2004). *Regionale Entwicklungsimpulse von Hochschulen – Einkommens-, Beschäftigungs- und Kapazitätseffekte der Hochschulen Anhalt und Harz (FH)*. In: Harzer Hochschultexte. Wernigerode: Hochschule Harz, Hochschule für angewandte Wissenschaften.
- Baer, P. (1976). Die ökonomische Bedeutung der Universität Göttingen für Göttingen und Umgebung. In: *Neues Archiv für Niedersachsen*, 25, S. 305–314.
- Bandelin, J. (1999). Der Beitrag der Universitäten und Fachhochschulen zur regionalen Wirtschaftsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. In: *Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturforchung 13*. Rostock: Universität Rostock.
- Bandelin, J., Braun, G. & Hosa, E. (1999). *Der Beitrag der Universitäten und Fachhochschulen zur regionalen Wirtschaftsentwicklung in Mecklenburg Vorpommern*. Rostock.
- Bathelt, H. & Schamp, E. W. (2002). *Die Universität in der Region – Ökonomische Wirkungen der Johann Wolfgang Goethe-Universität in der Rhein-Main-Region*. Frankfurter Wirtschafts- und Sozialgeographische Schriften. Frankfurt.

- Bauer, E. M. (1997). *Die Hochschule als Wirtschaftsfaktor – Eine systemorientierte und empirische Analyse universitätsbedingter Beschäftigungs-, Einkommens- und Informationseffekte – dargestellt am Beispiel der Ludwig-Maximilians-Universität München*: Kallmünz/Regensburg.
- Baumgartner, H. J. & Seidel, B. (2001). Berliner Ausgaben für Wissenschaft und Forschung: Kräftige Impulse für die Stadt. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), *Wochenbericht des DIW Berlin 39/01*. Berlin.
- Beckenbach, F., Daskalakis, M. & Hofmann, D. (2011). Die ökonomische Bedeutung der Universität Kassel für die Region Nordhessen. In: *40 Jahre Universität Kassel*, S. 22–25. Kassel: Kassel University Press.
- Becker, R., Heinemann-Knoch, M. & Weber, R. (1976). *Zur Rolle einer Universität in Stadt und Region. Universität als regionaler Wirtschaftsfaktor. Mobilität von Hochschulabsolventen, Verhalten von Hochschulangehörigen im Reproduktionsbereich*. In: Texte und Daten zur Hochschulplanung. Stuttgart: Verlag Dokumentation.
- Behr, A. (2004). Universitäts- sowie Forschungs- und Entwicklungsstandorte als Faktoren der stadtreionalen Entwicklung. In: U. Matthiesen (Hrsg.), *Stadtregion und Wissen. Analysen und Plädoyers für eine wissenschaftsbasierte Stadtpolitik*. S. 223–250. Wiesbaden.
- Beißinger, T., Büsse, O. & Möller, J. (2000). Die Wechselbeziehung von Universität und Wirtschaft in einer dynamischen Region – eine Untersuchung am Beispiel der Universität Regensburg, In: G. Braun & E. Voigt (Hrsg.), *Regionale Innovationspotentiale von Universitäten (Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturforchung), Heft 15*, S. 41–65.
- Benson, L. (1998). *Regionalwirtschaftliche Effekte der Universität Trier – Eine Untersuchung der Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft während der Leistungserstellungsphase (Materialien zur Planung, Bd. 6)*. Trier.
- Blaug, M. (1970). *Economics of education: selected readings*. Harmondsworth: Penguin.
- Blume, L. & Fromm, O. (1999). Regionale Ausgabeneffekte von Hochschulen. In: *Raumforschung und Raumordnung 57 Jg (5/6)*, S. 418–431.
- Blume, L. & Fromm, O. (2000). Regionalökonomische Bedeutung von Hochschulen – Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Universität Gesamthochschule Kassel. In: H. Hübner (Hrsg.), *Kassler Wirtschaft- und Verwaltungswissenschaft, Bd. 11*. Wiesbaden.

- Boarini, R. & Strauss, H. (2010). *What is the private return to tertiary education? New Evidence from 21 OECD Countries. OECD Journal: Economic Studies. Vol. 2010.*
- Bofinger, P. (2007). *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre [2. Aufl.]*. München: Pearson.
- Bourdieu, P. (1983). Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, R.: *Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2*, S. 183–198.
- Böschchen, S., Schulz-Schaeffner, I. (2003). *Wissenschaft in der Wissensgesellschaft*. Westdeutscher Verlag: Opladen.
- Bratton, J. & Gold, J. (2007). *Human resource management: theory and practice. [4th ed.]*. New York: Palgrave.
- Bredl, S., Liefner, I., Teichert, C. & Winker, P. (2014). Effekte der Hochschulen am Standort Gießen aus regionalökonomischer Sicht. In: *Joint Discussion Paper Series in Economics by the Universities of Aachen, Gießen, Göttingen, Kassel, Marburg, Siegen, No. 33*.
- Brenke, K. (2012). Ingenieure in Deutschland. Keine Knappheit abzusehen. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), *Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 11*. Berlin.
- Breschi, S. & Lissoni, F. (2001). Knowledge spillovers and local innovation systems: A critical survey. In: *Industrial and Corporate Change 10*, S. 975–1005.
- Brösse, U. & Emde, J. (1977). Die regionalwirtschaftlichen Auswirkungen der Ausgaben der Technischen Hochschule Aachen. In: *Informationen zur Raumentwicklung 3–4*, S. 283–291.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2010). *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009. 19. Sozialerhebung des deutschen Studentenwerks, durchgeführt durch H-I-S Hochschulinformationssystem*. Bonn und Berlin. Online verfügbar unter: <http://www.studentenwerke.de/se/2010/Hauptbericht19SE.pdf>, Zugriff am 23.08.2013.
- Bürgel, H. D., Binder, M. & Schultheiß, R. (1996). *Die Universität Stuttgart als Wirtschaftsfaktor für die Region*. Stuttgart.

- Clermont, C. (1997). Regionalwirtschaftliche Effekte von Wissenschaftseinrichtungen – Theorie, Messkonzepte und Ergebnisse für Hamburg. In: *Europäische Hochschulschriften – Reihe V: Volks- und Betriebswirtschaft, Vol. 2180*. Frankfurt.
- Deutsches Studentenwerk (2013). *20. Sozialerhebung des deutschen Studentenwerks*. Online verfügbar unter: <http://www.studentenwerke.de/main/default.asp?id=02401>, Zugriff am 24.08.2013.
- Drude, M. (1995). *Die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Wirtschaftsfaktor für die Region*. Freiburg.
- Edding, F. (1963). *Ökonomie des Bildungswesens*. Freiburg im Breisgau: Rombach.
- Eichhorn, P. (1993). Ansätze zur Modernisierung öffentlicher Verwaltungen am Beispiel der Universitäten. Informationsmanagement und Datenverarbeitung in der Universitätsverwaltung. In: *Arbeitsgruppe Fortbildung im Sprecherkreis der Hochschulkanzler*, S. 7–23.
- Eickholtz, G. & Rathje, D. (1977). *Die Ausgaben der Hochschuleinrichtungen und ihrer Studierenden in Osnabrück – eine empirische Untersuchung*. Osnabrück.
- Emrich, E., Gassmann, F. & Meyer, W. (2015). Kritische Reflexion nationaler und internationaler Absolventenstudien. In: F. Gassmann, E. Emrich, W. Meyer & L. Rampeltshammer (Hrsg.), *Was kommt nach dem Studium an der Universität des Saarlandes? Empirische Befunde einer fächerübergreifenden Absolventenstudie*, S. 9–72. Saarbrücken: universaar.
- Emrich, E., Meyer, W. & Rampeltshammer, L. (2013). *Die Universität des Saarlandes in sozio-ökonomischer Perspektive*. Saarbrücken: universaar.
- Emrich, E., Müller, A., Meyer, W. & Gassmann, F. (2013). Saarländische Bildungsinvestitionen und regionalökonomische Effekte der Universität des Saarlandes. In: E. Emrich, W. Meyer & L. Rampeltshammer (Hrsg.), *Die Universität des Saarlandes in sozio-ökonomischer Perspektive*, S. 71–102. Saarbrücken: universaar.
- Emrich, E.; Fröhlich, M. (2010). Universität in Deutschland zwischen Institution und Organisation. Reflexionen zur Idee der Universität und ihrer betrieblichen Ausgestaltung. In: *sozialersinn II* (1), S. 125–144.
- Engelbrech, G., Küppers, G. & Sonntag, J. (1978). Regionale Wirkungen von Hochschulen. In: *Schriftenreihe „Raumordnung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bd. 25*. Bonn.

- Feser, H. D. & Flieger, W. (1998). Regionalökonomische Wirkungen der Universität Kaiserslautern. In: *Arbeitspapiere zu Hochschulfragen und Hochschulcontrolling H. 12*. Kaiserslautern.
- Franz, P., Rosenfeld, M.T.W. & Roth, D. (2002). *Was bringt die Wissenschaft für die Wirtschaft in einer Region? Empirische Ergebnisse zu den Nachfrageeffekten und Hypothesen über mögliche Angebotseffekte der Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle. Diskussionspapier N3*. 163. Halle: Institut für Wirtschaftsforschung.
- Frenkel, M. & Hemmer, H.-R. (2001). *Grundlagen der Wachstumstheorie*. München: Verlag Vahlen.
- Fritsch, M. & Piontek, M. (2015). Die Hochschullandschaft im demographischen Wandel – Entwicklungstrends und Handlungsalternativen. In: *Raumforschung und Raumordnung*, 73, S. 357–368.
- Fritsch, M., Koschatzky, K., Schätzl, L. & Sternberg, R. (1998). Regionale Innovationspotentiale und innovative Netzwerke. In: *Raumforschung und Raumordnung*, 56, S. 243–252.
- Fürst, D. (1979). Die Universität als Wirtschaftsfaktor einer Region. Die wirtschaftliche Bedeutung der Universität Konstanz für die Bodenseeregion. In: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen* 16/61, S. 50–59.
- Gagnol, L. & Héraud, J.-A. (2001). Impact économique régional d'un pôle universitaire: application au cas strasbourgeois In: *Working Papers of BETA Nr. 2001–11*. Strasbourg: Bureau d'Economie Théorique et Appliquée, Université de Strasbourg.
- Ganser, K. (1978). Die regionale Bedeutung einer neu gegründeten Hochschule. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), *Wirkungsanalysen und Erfolgskontrolle in der Raumplanung. Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 154*, S. 135–151. Hannover.
- Gassmann, F., Emrich, E. & Meyer, W. (2013). Bedingungen des Kommens und Bleibens der Studierenden der Universität. In: E. Emrich, W. Meyer & L. Rampeltshammer (Hrsg.), *Die Universität des Saarlandes in sozio-ökonomischer Perspektive*, S. 207–240. Saarbrücken: universaar.
- Geppert, K. & Vesper, D. (1997). *Zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Berliner Hochschulen*. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Giese, E., Aberle, G. & Kaufmann, L. (1982). Wechselwirkungen zwischen Hochschule und Hochschulregion. In: *Fallstudie Justus-Liebig-Universität Gießen, Bd. II: Die ökonomischen Verflechtungen zwischen Universität und Region*. Gießen.

- Gloede, K., Schirmag, T. & Schoeler, K. (1999). *Ökonomische Wirkungen der Universität Potsdam auf die Region*. Frankfurt: Peter Lang.
- Glorius, B. & Schultz, A. (2002). Die Martin-Luther Universität als regionaler Wirtschaftsfaktor. In: *Hallesche Diskussionsbeiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeographie, H. 1*. Halle.
- Glückler, J., Panitz, R. & Wuttke, C. (2015). Die wirtschaftliche Wirkung der Universitäten im Land Baden-Württemberg. In: *Raumforschung und Raumordnung, 73*, S. 327–342.
- Gormsen, E. (1981). Heidelberg und der Rhein-Neckar-Raum. In: W. Fricke & E. Gormsen (Hrsg.): *Sammlung sozial- und stadtgeographischer Studien*. Heidelberg: Geographisches Institut der Universität.
- Grass, R.-D. & Stützel, W. (1988). *Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung auch für Fachfremde*. München: Franz Vahlen.
- Hagen, M. (2007). Universitärer Wissenstransfer als Instrument der Regionalentwicklung. In: S. Bieker, B. Frommer, F. Othengrafen & S. Wilske (Hrsg.), *Räumliche Planung im Wandel – Welche Instrumente haben Zukunft?*, S. 78–88. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung.
- Haisch, T. & Schneider-Sliwa, R. (2007). Regionalwirtschaftliche und steuerliche Effekte der Universität Basel. In: *Basler Stadt- und Regionalforschung, Band 29*. Basel.
- Hamm, R. & Wenke, M. (2001). Regionalwirtschaftliche Effekte der Fachhochschule Niederrhein – Nachfrage- und angebotsseitige Impulse, Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft. In: *Schriften und Materialien zur Regionalforschung H. 10*. Essen: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Haude, G. (1984). Regionaleffekte von Fachhochschulen. Eine Untersuchung über die möglichen und tatsächlichen Beiträge von Fachhochschulen zur regionalen Entwicklung. In: *Beiträge des Instituts für Verwaltungsforschung und Regionalwissenschaft, Bd. 1*. Oldenburg: Universität Oldenburg.
- Hecht, M. (1998). Innovationspotentiale in der Region: die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Universität Greifswald. In: G. Braun & E. Voigt (Hrsg.), *Regionale Innovationspotentiale von Universitäten. Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturforschung, Heft 15*, S. 135–150.

- Hennemann, S., Rybski D. & Liefner, I. (2012). The myth of global science collaboration. Collaboration patterns in epistemic communities. In: *Journal of Informetrics* 6 (2), S. 217–225, Verfügbar unter <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1751157711001088>, Zugriff am 10.06.2015.
- Héraud, J.-A. & Rafanomezantsoa, T. (2011). *L'impact territorial des universités: le cas de l'Alsace. l'Association de prospective rhénane*. Strasbourg: Néothèque.
- Höppner, T., Brezinski, H. & Seidelmann, P. (1999). Die TU Bergakademie Freiberg als Wirtschafts- und Standortsfaktor. In: *Arbeitspapier 11 der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften*.
- Horstkötter, A. (2008). *Ökonomik der Universität. Ein produktionstheoretischer Ansatz* (Zugleich Diss. Münster 2007). Marburg: Tectum.
- Hunger, U. (2003). *Vom Brain Drain zum Brain Gain. Die Auswirkungen der Migration von Hochqualifizierten auf Abgabe- und Aufnahmeländer*. Bonn: Wirtschafts- und sozialpolitischen Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung Abteilung Arbeit und Sozialpolitik.
- Jaffe, A. B., Traitenberg, M. & Henderson, R. (1993). Geographic localization of knowledge spillovers as evidenced by patent. In: *The Quarterly Journal of Economics* 108 (3), S. 577–598.
- Joß, C., Welter, F., Richert, A. & Jeschke, S. (2011). Steigerung der Innovationsfähigkeit in Deutschland – die Rolle interdisziplinärer Forschungsnetzwerke. In: J. Jeschke, I. Isenhardt, F. Hees & S. Trantow (Hrsg.), *Enabling Innovation. Innovationsfähigkeit – deutsche und internationale Perspektiven*. S. 309–322. Heidelberg: Springer.
- Jurczek, P. (1998). Regionalwirksamkeit der Technischen Universität Chemnitz. In: TU Chemnitz, Philosophische Fakultät (Hrsg.), *Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, H. 32*. Chemnitz.
- Kleinhenz, G. (1990). *Die Universität – Auswirkungen auf die Stadt Passau und das Umland*. Passau.
- Knappe, S. (2006). Die Regionalwirksamkeit der Wissenschaftseinrichtungen in Potsdam. Eine empirische Analyse wissenschaftsbedingter Beschäftigungs-, Einkommens- und Informationseffekte. In: Institut für Geographie der Universität Potsdam (Hrsg.), *Praxis Kultur- und Sozialgeographie, Bd. 40*. Potsdam.

- Knepel, H. & Poser, G. (1978). Regionalwirtschaftliche Bedeutung der Technischen Hochschule Darmstadt. Analyse der Sachmittel und Personalausgaben. In: *THD Schriftenreihe Wissenschaft und Technik 13*. Darmstadt.
- Knödler, R. & Tivig, T. (1996). Die Universität als regionaler Wirtschaftsfaktor. In: *Thünen-Reihe angewandter Volkswirtschaftstheorie, Arbeitspapier Nr. 3*. Rostock.
- Krähmer, C. & Stoetzer, M.W. (2009). *Die Nachfrageeffekte der Hochschulen in Jena. Eine regionalökonomische Analyse der Einkommens- und Beschäftigungswirkungen*. Jena: Universität Jena.
- Kratz, F. & Lenz, T. (2015). Regional-ökonomische Effekte von Hochschulabsolventen. In: *Beiträge zur Hochschulforschung 37* (2), S. 8–27.
- Kühl, S. (2015). Motivationsverdrängungseffekt. Die perverse Wirkung von Leistungsanreizen in der Wissenschaft. In: *Universität Bielefeld Organisationssoziologie Working Paper 2/2015*. Online verfügbar unter http://www.uni-bielefeld.de/soz/forschung/orgsoz/Stefan_Kuehl/pdf/Kuehl-Stefan-Working-Paper-2_2015-Motivationsverdrangungseffekt-17.09.15.pdf, Zugriff am 12.12.2015.
- Layard, R. & Psacharopoulos, G. (1974). The screening hypothesis and the returns of education. In: *Journal of Political Economy*, 82 (5), S. 985–998.
- Leib, J. (1977). Der kommunal- und regionalwirtschaftliche Einfluss der Universität am Beispiel Gießen und Nord-Hessen. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, 3–4. Bonn.
- Leusing, B. (2007). *Hochschulen als Standortfaktor. Eine empirische Analyse der regionalökonomischen Effekte der Universität Flensburg, Discussion Paper Nr. 15*. Flensburg: Universität Flensburg.
- Mathes, A. (2012). *Wirtschaftsstandort TU Darmstadt. Die ökonomische Bedeutung der TU Darmstadt*. Berlin: DIW Econ.
- Meyer, W. & Emrich, E. (2013). Universitäten als ökonomische Standortfaktoren – Ein Überblick. In: E. Emrich, W. Meyer & L. Rampeltshammer (Hrsg.), *Die Universität des Saarlandes in sozio-ökonomischer Perspektive*, S. 17–56. Saarbrücken: universaar.
- Miller, J. & Schäfer, H. (1998). Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Universität Bremen. In: Institut für Konjunktur- und Strukturforschung (Hrsg.): *Schriftenreihe des Instituts für Konjunktur- und Strukturforschung*. Bremen.

- Moosmüller, G. (2011). *Wertschöpfungsanalyse Universität Passau – Direkte und indirekte regionale Wertschöpfungseffekte durch die Konsumausgaben der Mitarbeiterinnen und Studierenden der Universität Passau*. Passau: Centrum für Marktforschung, Universität Passau.
- Musil, R. (2012). *Universität und Stadt: Die Wertschöpfungseffekte der Universität Wien für die Stadt Wien*. Wien: Institut für Stadt- und Regionalforschung, Österreichische Akademie der Wissenschaften.
- Niermann, U. (1996). Wirtschaftsfaktor Universität – Eine Input-Output-orientierte Analyse am Beispiel der Universität Bielefeld. In: J. Frohn (Hrsg.), *Empirische Wirtschaftsordnung und Ökonometrie, Bd. 2*. Münster.
- Nowak, C. (2010). Die ökonomische Bedeutung der Universität. Eine exemplarische Darstellung anhand der Ausgaben Bamberger Studierender. In: *uni.vers 14*, S. 51–54.
- Oberhofer, W. (1997). Die Universität als Wirtschaftsfaktor. In: J. Möller & W. Oberhofer (Hrsg.), *Universität und Region: Studium, Struktur, Standort*, S. 95–132. Regensburg.
- Oser, U. & Schröder, E. (1995). *Die Universität Konstanz als Wirtschaftsfaktor für die Region*. Konstanz: Center for International Labour Economics.
- Pavel, F. (2013). *Berliner Universitäten als Wirtschaftsfaktor. Die regional-ökonomischen Effekte der Berliner Universitäten*. Berlin: DIW Econ.
- Pfaff, M. & Becker, W. (1990). *Universität und Wirtschaftsstruktur: Zur Kommunal- und Regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Universität Augsburg, Projektbericht*. Augsburg.
- Pfähler, W., Bönte, W., Gabriel, C. & Kettner, A. (1999). *Wirtschaftsfaktor Bildung und Wissenschaft – Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Hochschulbildungs- und Wissenschaftseinrichtungen in Bremen*. Frankfurt a. Main.
- Pfähler, W., Clermont, C., Gabriel, C. & Hofmann, U. (1997). *Bildung und Wissenschaft als Wirtschafts- und Standortfaktor. Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Hamburger Hochschulbildungs- und Wissenschaftseinrichtungen*. Baden-Baden.
- Pimat, A. (1999). *Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Universität Lüneburg. Diplomarbeit*. Lüneburg: Universität Lüneburg.
- Power, D. & Malmberg, A. (2008). The contribution of universities to innovation and economic development: in what sense a regional problem? In: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society, 1*, S. 233–245.

- Rech, J., Meyer W. & Meyer, C. (2015). *Processes for coordinating business activities, ODA and civil society operations: the status quo and options for improvement, Global Value FP 7 Project, Deliverable 2.2 – Policy Paper*. Vienna, Saarbrücken: WU and UdS. Online verfügbar unter [http://www.global-value.eu/pdf/intranet/documents/D2%202%20Policy%20 Paper_final.pdf](http://www.global-value.eu/pdf/intranet/documents/D2%202%20Policy%20Paper_final.pdf), Zugriff am 23.02.2016.
- Rosner, U. & Weimann, J. (2003). *Die ökonomischen Effekte der Hochschulausgaben des Landes Sachsen-Anhalt. Teil I: Direkte monetäre Effekte der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)*. Magdeburg: Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.
- Rosner, U. & Weimann, J. (2003a). *Die ökonomischen Effekte der Hochschulausgaben des Landes Sachsen-Anhalt. Teil II: Fiskalische Humankapital- und Kapazitätseffekte der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)*. Magdeburg: Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.
- Schäfer, H. & Leithäuser, G. (1992). *Die wirtschaftliche Bedeutung der Universität Bremen für die Region*. Bremen: Institut für Konjunktur und Strukturforchung der Universität Bremen.
- Scheele, U. & Schmidt, H. (1984). Regionale Wirkungen der Universität Oldenburg für die Region. In: Webler, W. D. (Hrsg.): *Hochschule und Region – Wechselwirkungen*, S. 77–94. Weinheim/Basel.
- Schelsky, H. (1975). *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend*. Frankfurt am Main: Ullstein.
- Schubert, T. (2009a). Empirical observations on New Public Management to increase efficiency in public research – Boon or bane?, In: *Research Policy*, 38, S. 1225–1234.
- Schubert, T. (2009b). *New Public Management and Deutschen Hochschulen: Strukturen, Verbreitung, Effekte*. Stuttgart: Fraunhofer IRB Verlag.
- Schubert, T. & Kroll, H. (2013). *Endbericht zum Projekt „Hochschulen als regionaler Wirtschaftsfaktor“*. Im Auftrag von Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Karlsruhe: Fraunhofer ISI.
- Schulz, T. W. (1963): *The economic value of education*. News York: John Wiley.

- Spehl, H., Feser, H. D., Schulze, P. M. u. a. (2005). *Regionalwirtschaftliche Wirkungen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz. Wertschöpfungs-, Einkommens- und Beschäftigungseffekte durch Bau und Betrieb der Einrichtungen (TAURUS-Institut an der Universität Trier; Lehrstuhl VWL und Wirtschaftspolitik I TU Kaiserslautern und Institut für Statistik und Ökonometrie Johannes-Gutenberg-Universität Mainz)*. Trier: Universität Trier.
- Spehl, H., Feser, H. D., Schulze, P. M. u. a. (2007). *Regionalwirtschaftliche Wirkungen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz. Phase II: Effekte wissenschaftlicher Einrichtungen auf Humankapital, Gründungen, Wissens- und Technologietransfer sowie Wachstum und Innovation (TAURUS-Institut an der Universität Trier; Lehrstuhl VWL und Wirtschaftspolitik I TU Kaiserslautern und Institut für Statistik und Ökonometrie Johannes-Gutenberg-Universität Mainz)*. Trier: Universität Trier.
- Spence, M. A. (1973). Job market signalling. In: *The Quarterly Journal of Economics* 87 (3), S. 355–374.
- Spraul, K. (2006). *Bildungsrendite als Zielgröße für das Hochschulmanagement*. (zugleich Diss. Mannheim 2006). Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Stehr, N. (1994). *Knowledge Societies*. London: Sage Publications Ltd.
- Stoetzer, M. W. & Krähmer, C. (2007). Regionale Nachfrageeffekte der Hochschulen – Methodische Probleme und Ergebnisse empirischer Untersuchungen für die Bundesrepublik Deutschland. In: *Jenaer Beiträge zur Wirtschaftsforschung H. 6*. Jena: FH Jena, Fachbereich Betriebswirtschaft.
- Strauf, S. (2010). *Regionalwirtschaftliche Effekte der Hochschule Luzern für die Zentralschweizer Kantone (Kurzgutachten)*. St. Gallen: Universität St. Gallen.
- Strauf, S. & Behrendt, H. (2006). *Regionalwirtschaftliche Effekte der Hochschulen im Kanton Luzern*. St. Gallen: Universität St. Gallen.
- Verry, D. & Davies, B. (1976). *University cost and output*. Amsterdam: Elsevier.
- Voigt, E. (1996). Die Universität als Wirtschaftsfaktor am Beispiel der TU Ilmenau – Eine regionalökonomische Analyse. In: *Raumforschung und Raumordnung Bd. 54* (4), S. 283–289.

- v. Wahl, D., Maier, J. & Weber, J. (1979). *Zur Raumwirksamkeit der Universität Bayreuth: Auswirkungen einer staatlichen Rauminvestition im peripher gelegenen, sogenannten ländlichen Raum*. Bayreuth: Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie und Regionalplanung, Universität Bayreuth.
- Wahrenburg, M. & Weldi, M. (2007). *Return on investment in higher education evidence for different subjects, degrees and gender in Germany. Discussion Paper*. Frankfurt: Goethe Universität Frankfurt.
- Weißhuhn, G. & Clement, W. (1983). Qualifikations- und Verdienststrukturen in der Bundesrepublik Deutschland 1974–1978: Eine Humankapitalanalyse. In: Clement, W., Tessaring, M. & Weißhuhn, G. (Hrsg.), *Ausbildung und Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 11–164. Nürnberg.
- Willauschus, A. (1979). *Wirtschaftliche Verflechtungen zwischen Hochschulen und Stadt. Eine empirische Analyse am Beispiel der Stadt Münster und ihren Hochschulen*. Baden.
- Woll, A. (1966). *Die wirtschaftliche und fiskalische Bedeutung der Universität für die Stadt. Schriften der Justus-Liebig-Universität, Bd. 5*. Gießen: W. Schmitz Verlag.

Eike Emrich, Michael Koch, Freya Gassmann und Wolfgang Meyer

3 Brandenburgische Bildungsinvestitionen und regionalökonomische Effekte der Universität Potsdam

Gliederung

1	Regionalökonomische Effekte der Universität Potsdam – bisheriger Forschungsstand.....	86
2	Brandenburgische Bildungsinvestitionen im Vergleich	94
3	Einnahmen und Ausgaben der Universität Potsdam	98
4	Die Untersuchung sozioökonomischer Effekte der Universität Potsdam	108
5	Methodische Anmerkungen zur Untersuchung regionalökonomischer Effekte der Universität Potsdam	111
6	Regionalökonomische Effekte der Universität Potsdam.....	115
6.1	Einkommens- und Beschäftigungseffekte durch die Mitarbeiter der Universität Potsdam und durch die kooperierenden Forschungseinrichtungen	116
6.2	Einkommens- und Beschäftigungseffekte durch die Studierenden der Universität Potsdam	119
6.3	Einkommens- und Beschäftigungseffekte durch die Ausgaben der Universität Potsdam.....	120
6.4	Gesamte Einkommens- und Beschäftigungseffekte.....	121
7	Zusammenfassung.....	124
8	Literatur.....	128

1 Regionalökonomische Effekte der Universität Potsdam – bisheriger Forschungsstand

Gloede, Schirmag und Schöler (1999) untersuchten die ökonomischen Wirkungen der Universität Potsdam auf die Stadt und das Umland, während Knappe (2006) in ihrer Studie zusätzlich auch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Potsdam betrachtet und neben den rein ökonomischen Größen auch Informationseffekte berücksichtigt. Die Untersuchung von Gloede, Schirmag und Schöler (1999) beruht auf einer quantitativen Analyse der Daten, die sie durch schriftliche Befragungen der Studierenden und der Mitarbeiter sowie durch die Begutachtung des vorhandenen Datenmaterials der Universität und des Studentenwerks gewinnen konnten. Sie schätzten die direkten, indirekten und induzierten Nachfrage-, Einkommens- und Beschäftigungseffekte, welche von der Universität Potsdam ausgehen und in der Stadt und dem Umland wirken.

In ihrer Mitarbeiterbefragung wurden alle haupt- und nebenberuflich Beschäftigten sowie die Auszubildenden der Universität Potsdam befragt. Der Rücklauf lag bei rund 18%. Die Daten wurden nach vier Beschäftigungsgruppen, von denen eine hohe interne Homogenität und eine externe Heterogenität gegenüber den übrigen Gruppen angenommen wird (Professoren, wissenschaftliche Angestellte, Bibliothek und Verwaltung sowie EDV und Technik), ausgewertet (ebd.).¹

Daneben wurden die Studierenden befragt. Von den im Wintersemester 1996/1997 eingeschriebenen 6.525 Vollzeitstudierenden, erhielten 5.000 Studierende einen Fragebogen, wovon 1.104 antworteten (22,1%). Die Studierenden wurden anschließend in vier Cluster eingeteilt, welche die Wohn- und Lebenssituation der Studierenden in der jeweiligen Gruppe charakterisieren. Diese empirisch gewonnenen Cluster sind²:

- „Die Potsdamer“ (93 Studierende, 8,5%). Sie wohnen in einer eigenen Wohnung in Potsdam, im Durchschnitt sind sie 24 Jahre alt und sie studieren im sechsten bis siebten Semester. Ihr durchschnittliches Monatseinkommen beträgt 1.390 DM (Median: 1.250 DM) und wird von der Hälfte der Studierenden in diesem Cluster durch Erwerbstätigkeit mit einem wöchentlichen Umfang von mehr als 14 Stunden erwirtschaftet.

1 Um gruppenspezifische Unterschiede im Rücklauf auszugleichen, wurde eine Gewichtung der Daten vorgenommen. Darüber hinaus wurden vier Regionen nach Postleitzahlen gegeneinander abgegrenzt, um die regionalökonomischen Effekte für Potsdam und Umland von anderen Regionen, insbesondere Berlin, abzugrenzen.

2 Die Einkommensdaten werden dem Jahr der Erhebung gemäß noch in DM aufgeführt.

- „Die Elternbewohner“ (202 Studierende, 18,4%). Sie sind im Durchschnitt 21 Jahre alt und leben im elterlichen Haushalt in Potsdam, Berlin oder dem Potsdamer Umland. Sie sind im Schnitt im dritten Semester und haben ein durchschnittliches Monatseinkommen von 680 DM (Median: 660 DM). Mehr als die Hälfte von ihnen arbeitet regelmäßig, und zwar durchschnittlich 11 Stunden pro Woche.
- „Die Studentenheimer“ (619 Studierende, 56,5%). Sie wohnen in Studentenwohnheimen in Potsdam, sind im Schnitt 22 Jahre alt und studieren im fünften Semester. Ihnen steht ein durchschnittliches Monatseinkommen von 922 DM (Median: 920 DM) zur Verfügung, wobei die Hälfte der Gruppe regelmäßig 12 Stunden pro Woche arbeitet, zwei Drittel arbeiten gelegentlich, aber mindestens einmal im Jahr.
- „Die Berliner“ (181 Studierende, 16,5%). Sie sind durchschnittlich 24 Jahre alt und im fünften Semester, wohnen vornehmlich in Berlin in einer eigenen Wohnung oder einer Wohngemeinschaft und pendeln zum Studium nach Potsdam. Ihr durchschnittliches Einkommen beläuft sich auf 1.350 DM (Median: 1200 DM) und 59% dieser Gruppe arbeiten regelmäßig, und zwar im Schnitt rund 13,5 Stunden pro Woche.

Die Nachfrageeffekte der Mitarbeiter und Studierender sowie der Institutionen Universität und Studentenwerk belaufen sich auf insgesamt ca. 235,9 Mio. DM pro Jahr. Dabei summieren sich die Ausgaben der Studierenden auf 101,1 Mio. DM, die der Mitarbeiter auf 63,3 Mio. DM. Universität und Studentenwerk generieren zusammen weitere 70 Mio. DM. Der größte Nachfrageeffekt besteht mit 86,6 Mio. DM in Potsdam plus weiteren 28,1 Mio. DM im Potsdamer Umland exklusive Berlin. In Berlin werden 63,6 Mio. DM veräußert.³

Die Einkommenseffekte sind in direkte und indirekte Effekte untergliedert:

Direkte Einkommen bestehen aus den Gehältern der Angestellten der Universität und des Studentenwerks in Höhe von 71,9 Mio. DM pro Jahr.

3 Hinzu kommen Ausgaben in anderen Regionen (37,9 Mio. DM) und solche ohne Regionszugehörigkeit (19,6 Mio. DM).

- Indirekte Einkommenseffekte kommen durch die Studierenden, die Universität und das Studentenwerk zustande. Dafür wird angenommen, dass in jedem investierten Betrag ein durchschnittlicher Lohnkostenanteil von 15% enthalten ist, der einem Arbeitnehmer zugute kommt. Somit werden etwa 29,5 Mio. DM an indirektem Einkommen generiert, davon 15,2 Mio. DM durch Studierenden, 12,7 Mio. DM durch die Universität und 1,6 Mio. DM durch das Studentenwerk.
- Hinzu kommen die weiteren indirekten Effekte von 17,7 Mio. DM, die durch einen Multiplikatoreffekt zustande kommen. So investiert der Arbeitnehmer, der zuvor von dem indirekten Einkommen profitiert, in der Folge wiederum Geld, wovon im nächsten Schritt wieder ein Einkommenseffekt ausgeht usw. Für die Universität Potsdam nehmen die Autoren einen Einkommensmultiplikator von 1,17 an, der auf die direkten Einkommenseffekte angewendet wird.
- Aus der Gesamtheit der regionalen Einkommenseffekte lassen sich die Beschäftigungseffekte berechnen:
- Da wären zunächst die 2.005 direkten Mitarbeiter der Universität und des Studentenwerks zu nennen.
- Hinzu kommen die Arbeitsplätze aus dem indirekten Beschäftigungseffekt. Dafür wird auf Grundlage des Berichts des Statistischen Bundesamts (1997, Heft 8, S. 587) angenommen, dass das jährliche Bruttoeinkommen in der Region Potsdam zwischen 60.000 und 65.000 DM liegt. Unter Berücksichtigung der Einkommenseffekte ergibt sich daraus ein indirekter Beschäftigungseffekt von 476 zusätzlichen Arbeitsplätzen.
- Hinzu kommen weitere 267 Arbeitsplätze, die durch die induzierten Einkommenseffekte entstehen.

Somit gehen die Autoren von einem Gesamtbeschäftigungseffekt von 2.748 Personen aus, die direkt, indirekt oder induziert durch die Universität Potsdam entstehen.

Knappe (2006) unterscheidet zwischen Leistungserstellung und Leistungsverwertung der Wissenschaftseinrichtungen. Die Leistungserstellung spiegelt sich in den Nachfrageeffekten wieder, also in den Umsatz-, Einkommens- und Beschäftigungseffekten, wie sie bereits von Gloede, Schirmag und Schöler (1999) untersucht wurden (s. oben). Hinzu kommen die Angebotseffekte, die dadurch entstehen, dass die Wissenschaftseinrichtungen Aus- und Weiterbildungen anbieten

und dadurch Humankapital schaffen sowie Wissen bzw., allgemeiner gesprochen, Informationen produzieren, was in beiden Fällen von Unternehmen und sonstigen Institutionen genutzt werden kann. Dabei werden drei Wissenstransferformen unterschieden, nämlich Informations-, Personal- sowie Technologie- und Forschungstransfer, die zu regionalökonomischen Effekten führen, u. a. zur Stärkung des Innovationspotentials, der Verbesserung der Humankapitalausstattung, zur Etablierung von Netzwerken und/oder zu Arbeitmarkteffekten (vgl. ebd. S. 19, Abb. 4). Davon profitieren sowohl die Unternehmen und Institutionen, die das Angebot von Informationen, Personal und Forschung bzw. Technologien nachfragen, als auch die Wissenschaftseinrichtung selbst, die auf Drittmittel und Anwendungsmöglichkeiten für ihre Forschungen hoffen können.

Zunächst betrachtet Knappe (2006) die regionalökonomischen Nachfrageeffekte, die von den universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf die Stadt Potsdam und die umliegende Regionen ausgehen, konkret, ob und inwieweit der angebotene Wissenstransfer für die Institutionen der Region von Vorteil sind und somit als Standortfaktor bezeichnet werden kann. Dafür werden insbesondere die Netzwerke in der Region zwischen Forschungseinrichtung und Wirtschaftsunternehmen betrachtet. Möglich ist auch, dass das produzierte Wissen in einem Transfer mit überregionalen Institutionen ausgetauscht wird und regional angesiedelte Unternehmen nur geringfügig profitieren, insbesondere weil die Mehrzahl der Potsdamer Unternehmen wenige Mitarbeiter (bis zu 20) beschäftigen, jedoch ein positiver Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und Häufigkeit von Wissenstransfers besteht (vgl. Hamm & Wenke, 2002).

Insgesamt 24 Einrichtungen (Universität und Studentenwerk Potsdam, fünf An-Institute, zwei Max-Planck-Institute, ein Fraunhofer-Institut, zwei Institute der Helmholtz-Gemeinschaft, drei Einrichtungen der Leibniz-Wissenschaftsgemeinschaft, sowie fünf Institute, die verschiedenen Ministerien unterstehen) wurden in der Untersuchung berücksichtigt, wobei fünf Einrichtungen keine aktuellen Zahlen zur Verfügung stellten und daher nicht weiter berücksichtigt werden konnten. Damit konnten 4.700 Mitarbeiter für die Untersuchung angeschrieben werden (2.422 an der Universität und im Studentenwerk, 2278 an außeruniversitären Forschungseinrichtungen), von denen insgesamt 306 (6,8%) antworteten (126 an der Universität, was 5,6% aller dortigen Beschäftigten entspricht, 180 bzw. 7,9% an außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die Mitarbeiter des Studentenwerks konnten wegen nicht vorhandenen E-Mail-Accounts nicht angeschrieben werden. Unter den 306 Antwortenden ist das

wissenschaftliche Personal mit 61,4% in der Stichprobe vertreten (+0,8% Abweichung gegenüber der Grundgesamtheit, 38,6% der Mitarbeiter haben ihren Wohnsitz in Potsdam, 39% in der Grundgesamtheit). Im Rahmen der Studentenbefragung konnte ein Rücklauf von 682 Fragebögen (3,9%) generiert werden.

Knappe (2006) nimmt an, dass der Rücklauf repräsentativ ist, da sich die Angaben bzgl. Wohnsitzes und monatlichen Einnahmen mit den Ergebnissen der 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks decken (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2003). Demnach leben 57,5% (-3,4%) in Potsdam und 8,2% im Umland (+4,5%). Aus Berlin kommen 31,4% (+1,6%) und aus den übrigen Regionen 2,9% (-2,7%).

Um die Angebotseffekte zu bestimmen, wurden Professoren der Universität Potsdam, die Abteilungsleiter der außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie regionale Unternehmen nach den Netzwerkstrukturen zwischen den Institutionen befragt. Unter der Annahme, dass hauptsächlich die technischen, landwirtschaftlichen, natur- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten für die Unternehmen als Kooperationspartner von Interesse sind, beschränkt sich die Autorin auf die Untersuchung der mathematisch-naturwissenschaftlichen sowie wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereiche.

Von 105 angeschriebenen Professoren antworteten 36 (34,3%). In den außeruniversitären Forschungseinrichtungen antworteten 12 der 15 Verwaltungsleiter (80%) sowie jeweils 3 der Abteilungsleiter des Deutschen Institut für Ernährungsforschung (DIfE, Rücklaufquote 42,9%) bzw. des Astrophysikalischen Instituts Potsdam (AIP, Rücklaufquote 50%).

Von den 9.030 ansässigen Unternehmen in der Region Potsdam (Unternehmensregister der IHK Potsdam, 2005) wurden 315 Unternehmen angeschrieben, 51 Unternehmen (16,2%) davon nahmen an der Befragung teil. 48 der befragten Unternehmen beschäftigten weniger als 20 Beschäftigte. Daher können die Ergebnisse dieser Teilstudie nach Meinung der Autorin nicht als repräsentativ betrachtet werden.

Potsdam hat im Vergleich zum Land Brandenburg eine hohe Einwohnerdichte (786 Einwohner/qkm) und im Deutschlandvergleich ein überdurchschnittliches Bildungsniveau (vgl. dazu auch Kapitel 7). 89.500 Erwerbstätige haben ihren Arbeitsplatz in Potsdam, von denen 38.000 nach Potsdam pendeln. Demgegenüber stehen 23.666 Einwohner, die zum Arbeiten in andere Regionen pendeln.

Die meisten (90,4%) der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten im Dienstleistungs- und Verwaltungssektor, während die Beschäftigung im produzierenden Gewerbe zurückgeht. Weiterhin ist die Medienbranche mit mehr als 3.000 Beschäftigten bei den in Babelsberg ansässigen Filmstudios und deren angegliederten Branchen ein wichtiger Wirtschaftszweig in Potsdam sowie die Bereiche IT, Telekommunikation und Biotechnologie.

Die Nachfrageeffekte umfassen Ausgaben für Personal, Baumaßnahmen sowie die Sach- und Investitionsausgaben.

- Zu den Personalkosten: Diese betragen ca. 141 Mio. Euro und umfassen Kosten für 4.700 Beschäftigte, womit die Universität (69,50 Mio. Euro Personalkosten) zusammen mit dem Studentenwerk (4,92 Mio. Euro) und den Forschungseinrichtungen (66,56 Mio. Euro) zu den größten Arbeitgebern in Potsdam gehört.⁴
- Zu den Baumaßnahmen: In diesem Bereich wurden 2005 seitens der Universität 25,41 Mio. Euro und seitens des Studentenwerks 3,06 Mio. Euro investiert, wobei diese Ausgaben über die Zeit variabel sind und nicht in den Haushaltsmitteln der Universität zu finden sind, sondern in den Haushaltsplänen des Landeshochbauamts Brandenburgs. Für die Baumaßnahmen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen kann Knappe (2006) kein Datenmaterial zur Verfügung stellen.
- Zu den Sach- und Investitionsausgaben: Diese belaufen sich im Jahr 2005 auf 64,78 Mio. Euro, davon etwa zwei Drittel (41.667.176 Mio. Euro) Sachkosten und ein Drittel (23.117.287 Mio. Euro) für Investitionen.⁵

4 Über die Personalausgaben lassen sich unter Berücksichtigung der Sozialabgaben der Arbeitgeber sowie der Steuern, der Beiträge zur Sozialversicherung und der Sparquoten der Arbeitnehmer die tatsächlich zum Konsum zur Verfügung stehenden Mittel der Beschäftigten berechnen. Unter der Annahme von monatlichen Ausgaben von 1.225,11 Euro pro beschäftigter Person und Monat und insgesamt 4.700 Beschäftigten an der Universität und den Forschungseinrichtungen ergeben sich Gesamtausgaben des Personals von 69,1 Mio. Euro in 2005.

5 Die Universität Potsdam investiert 11,61 Mio. Euro für Sachausgaben, die Forschungseinrichtungen 30,06 Mio. Euro. Bezogen auf die Investitionsausgaben sind es 594.600 Euro im Falle der Universität und 22,52 Mio. Euro im Fall der Forschungseinrichtungen. Hinzu kommen 5,88 Mio. Euro Sach- und Investitionsausgaben des Studentenwerks.

Insgesamt summieren sich die Ausgaben von Universität, Studentenwerk und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf insgesamt 240,13 Mio. Euro, dabei sind die Baumaßnahmen der Forschungseinrichtungen noch nicht berücksichtigt.

Hinzu kommen außerdem die Ausgaben der Beschäftigten und Studierenden. Die Analyse der Ausgabensituation der Studierenden bezieht sich auf Daten, die in der Befragung der Studierenden erhoben wurden. Deren Einkommen setzt sich aus unterschiedlichen Geldquellen, z. B. BAföG, Stipendien, Zuwendungen von Partnern oder Eltern und Selbstverdienstem zusammen und beträgt im Schnitt ca. 630 Euro pro Monat. Diesen Einnahmen stehen durchschnittliche Ausgaben von ca. 494 Euro pro Person pro Monat gegenüber. Durch Extrapolierung errechnen sich daraus Ausgaben der Studierenden in Höhe von 104,11 Mio. Euro in 2005. Somit summiert sich der Nachfrageeffekt der Universität, des Studentenwerks und den Forschungseinrichtungen, zusammen mit den Ausgaben der Mitarbeiter und den Studierenden auf 413,34 Mio. Euro auf.

Natürlich verbleiben nicht alle Ausgaben in der Stadt Potsdam oder im Umland, aber doch der Großteil der Bau-, Sach- und Investitionsausgaben, die an der Universität getätigt werden. Auch die Mitarbeiter (40,4%) und Studierenden (50,7%) verausgaben den größten Teil ihres Einkommens in Potsdam. Im räumlich nahen Berlin wird dagegen ein hoher Anteil der Freizeitausgaben getätigt (Mitarbeiter: 46,7%, Studierende: 46%).

Zusammenfassend betrachtet verbleiben damit insgesamt verausgabte 48 Mio. Euro aus Wissenschaftseinrichtungen, sowie 53 Mio. Euro von Studierenden in Potsdam. Der durch die Ausgaben implizierte Konsum von Gütern und Dienstleistungen führt in Potsdam, aber auch in den übrigen Gebieten zu einer gesteigerten Beschäftigung, um der Nachfrage zu genügen.

Für die Sach- und Investitionsausgaben, sowie für die Bau-, Personal- und studentischen Ausgaben wird der indirekte Beschäftigungseffekt mit Hilfe der branchenspezifischen Arbeitsplatzkoeffizienten, der sich aus den Umsatz- und Beschäftigungsangaben des Landes Brandenburg ableitet, berechnet. Allein der Nachfrageeffekt von 100,41 Mio. Euro aus studentischen Ausgaben führt in einer ersten Runde zu insgesamt 1.009 Arbeitsplätzen, die wiederum ein jährliches Bruttoeinkommen von 21,3 Mio. Euro umfassen. Um alle Wirkungsrunden zu berücksichtigen, greift Knappe (2006) auf eine Multiplikatoranalyse zurück. Hierfür berechnet sie in Anlehnung an Assenmacher, Leßmann und Wehrt (2004) mit Hilfe (1) der marginalen Konsumquote, (2) der direkten und (3) indirekten Steuerquote, (4) der Transferquote und (5) der Importquote einen Multiplikatorwert

von 1,43. Daraus lässt sich abschließend ein induzierter Einkommenseffekt von 43,42 Mio. Euro berechnen, der in der Folge zu weiteren 1.180 Arbeitsplätzen führt.

Knappe (2006) untersucht auch die Angebotseffekte der Universität und der übrigen Wissenschaftseinrichtungen, also insbesondere die Bereitstellung von Wissen, auch in Form von Absolventen als zukünftige Arbeitskräfte. Um insgesamt den Wissenstransfer von der Universität in die umliegende Wirtschaft zu fördern bzw. zu koordinieren, gibt es Organisationen, die sich in Potsdam bzw. Brandenburg um diesen Transfer bemühen (z. B. Potsdam Transfer – Zentrale wissenschaftliche Einrichtung für Gründung, Innovation, Wissens- und Technologietransfer, oder UP TRANSFER – Gesellschaft für Wissens- und Technologietransfer mbH). Weiterhin soll die Region Potsdam als attraktiver Standort für Unternehmensneu- und Ausgründungen (Spin-Offs) dargestellt werden, eine Aufgabe, in die u. a. die ZukunftsAgentur Brandenburg (ZAB) oder das Brandenburgische Institut für Existenzgründung und Mittelstandsförderung (BIEM) involviert sind.

Knappe (2006) konnte in diesem Kontext insgesamt 279 Unternehmen ermitteln, die in unterschiedlicher Weise mit der Universität oder den außeruniversitären Forschungseinrichtungen kooperieren. Die Zusammenarbeit kommt aus Unternehmenssicht dann zustande, wenn bereits Kontakte zu der Wissenschaftseinrichtung bestehen (31,1 % der Nennungen) sowie aufgrund der fachlichen Ausrichtung bzw. Kompetenz (jeweils 17,2 %). Auch aus Sicht der Wissenschaftseinrichtungen sind bereits bestehende Kontakte die wesentliche Voraussetzung für die Anbahnung von Kooperationen (dies sehen 38,1 % der Befragten an der Universität und 36,8 % bei den Forschungseinrichtungen so), gefolgt von der fachlichen Ausrichtung der Unternehmen (16,7 % bzw. 26,3 %). Dabei sind insbesondere die großen Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitern aktiv (sie stellen 56,3 % aller Kooperationen), während kleine Unternehmen nach eigenen Angaben insbesondere wegen der fehlenden Manpower keine Kooperationen realisieren. Für viele Unternehmen der Region sind außerdem die Ausrichtungen der Forschungseinrichtungen oftmals nicht von Relevanz für ihre Tätigkeiten. Dies zeigt sich auch daran, dass die kooperierenden Unternehmen im restlichen Deutschland (32,7 %) bzw. im Ausland (34,8 %) ihren Sitz haben.

Insgesamt 26 Kooperationen bestehen mit dem öffentlichen und gemeinnützigen Sektor in Potsdam und Umgebung. Als Begründung kann hier die Forschungsausrichtung auf geisteswissenschaftliche Gebiete angeführt werden, die eher dem öffentlichen bzw. gemeinnützigen Sektor dienen als Wirtschaftsunternehmen.

2 Brandenburgische Bildungsinvestitionen im Vergleich

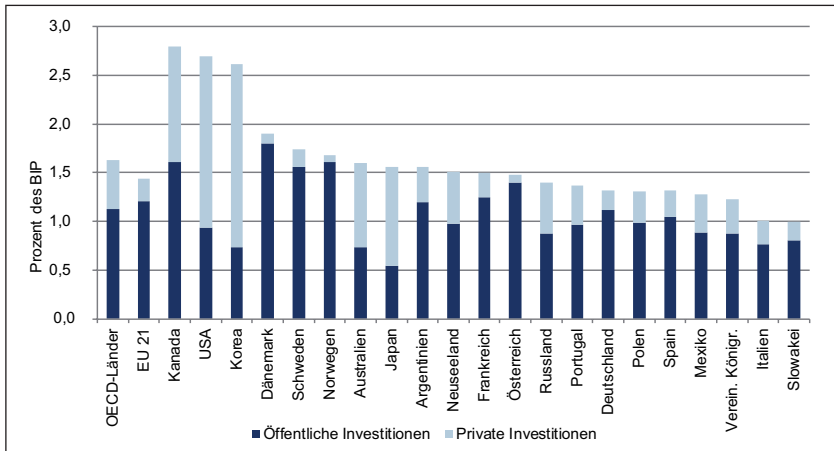
Angesichts der hohen regionalökonomischen und politischen Bedeutung von Universitäten, Fachhochschulen und kooperierenden Forschungseinrichtungen kann es nicht überraschen, dass viele Nationen einen erheblichen Anteil ihres Bruttosozialproduktes in den Auf- und Ausbau sowie Unterhalt von Universitäten und Fachhochschulen⁶ investieren.

Im Durchschnitt beträgt der Anteil des Bruttosozialproduktes, der für höhere Bildung aufgewendet wird, in den OECD-Ländern 1,6% und in der EU (21 Staaten) im Jahr 2011 insgesamt 1,4%. In der EU gibt es dabei ein deutliches Nord-Süd-Gefälle. Während skandinavische Länder teilweise mehr als 1,7% des BIP in den tertiären Bildungssektor investieren, fallen die Investitionen in Ost- (Polen: 1,4%, Slowakei: 1%) und in Südeuropa (Italien: 1%, Spanien: 1,3%) deutlich niedriger aus. Deutschland liegt 2011 mit einem Anteil von 1,3% auf gleichem Niveau mit Polen und Spanien und damit deutlich unter dem Durchschnitt der 21 EU-Staaten (1,4%) (vgl. Abbildung 1).

Neben den teilweise erheblichen Unterschieden zwischen den Ländern im prozentualen Anteil des für Hochschulen aufgewandten Bruttoinlandsprodukts zeigen sich auch erhebliche Differenzen im Anteil privater und öffentlicher Investitionen (s. Abbildung 1). Nordamerikanische, kanadische und koreanische Hochschulen, die einen deutlich höheren Anteil des BIP ihres Landes zur Verfügung haben, weisen zusätzlich einen wesentlich höheren Finanzierungsanteil aus privaten Investitionen auf, während etwa die skandinavischen Staaten bis auf 0,1 bis 0,2 Prozent ihre Hochschulen fast ausschließlich aus öffentlichen Mitteln finanzieren. In den mitteleuropäischen Staaten Frankreich, Österreich und auch Deutschland findet die Finanzierung ebenfalls bis auf geringe Anteile fast ausschließlich aus öffentlichen Mitteln statt. In der Summe öffentlicher und privater Investitionen zählt Deutschland somit zu den Ländern mit vergleichsweise geringen Investitionen in höhere Bildung.

6 Obwohl Universitäten keine Schulen sind und von daher die Zusammenfassung von Fachhochschulen und Universitäten unter dem Oberbegriff Hochschulen problematisch ist, wird der Sammelbegriff im Folgenden, den bisherigen Konventionen folgend, übernommen.

Abbildung 1: Öffentliche und private Investitionen in Hochschulen 2011.

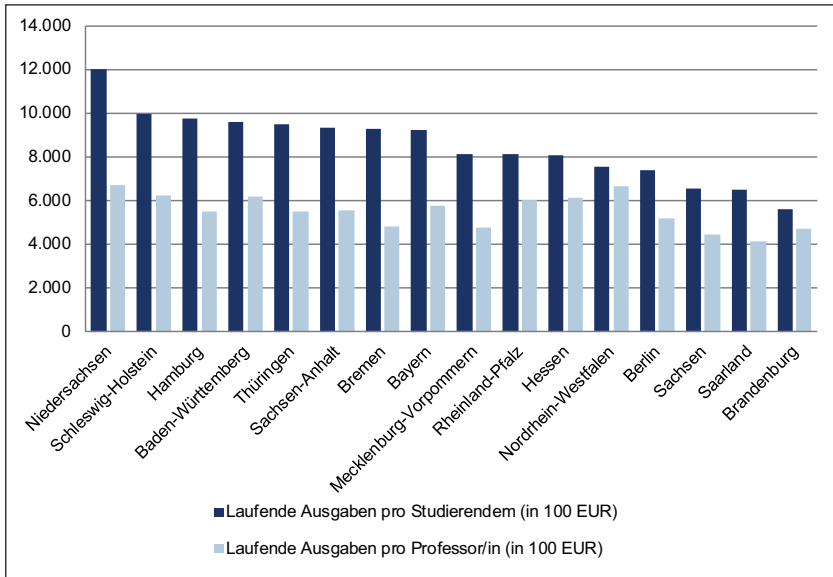


Quelle: OECD, 2014, eigene Darstellung.

Im Vergleich der 16 Bundesländer investierte Brandenburg im Jahr 2013 weniger Geld pro Studierenden als alle anderen Bundesländer, nämlich im Mittel 5.600 Euro, während zum Vergleich die investierten Mittel in benachbarten Niedersachsen mit 12.000 Euro mehr als doppelt so hoch sind (vgl. Abbildung 2). Dabei ist zu beachten, dass der Mittelwert der Aufwendungen pro Studierenden nicht uneingeschränkt vergleichbar ist, da er wesentlich von den angebotenen Fächern abhängt. Die Fächer Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zählen zu den preiswertesten und Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften zu den teureren Fächern (Statistisches Bundesamt, 2013, S. 37 und 43). In Brandenburg gibt es im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern keine staatliche Universität mit einer medizinischen Fakultät, wodurch zumindest ein Teil der Unterschiede in der Höhe der Finanzierung zu erklären ist.

Bezogen auf die Investitionen pro Professor liegt Brandenburg auf dem drittletzten Platz vor Sachsen und dem Saarland (vgl. Abbildung 2). Zwar sind im Vergleich zu Berlin, Sachsen und Sachsen-Anhalt die Ausgaben Brandenburgs für den tertiären Bereich in den letzten Jahren gestiegen, sie bleiben jedoch in der Steilheit des Anstiegs hinter dem des Mittelwerts der Hochschulausgaben der Bundesländer insgesamt zurück. Hierdurch verfestigt sich der Rückstand bezüglich der finanziellen Aufwendungen für Hochschulbildung und die Lücke vergrößert sich kontinuierlich (vgl. Abbildung 3).⁷

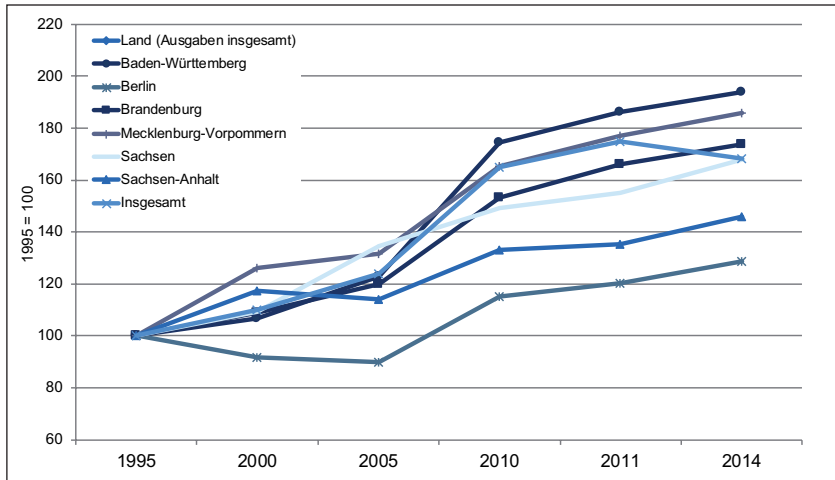
Abbildung 2: Investitionen an den Universitäten der Bundesländer pro Studierenden und pro Professor im Jahr 2010 in 100 Euro.



Quelle: Statistisches Bundesamt (2013 a, S. 36, 38).

7 Hinzu kommt, dass auch in Berlin aufgrund der prekären Finanzlage der Stadt die Hochschulinvestitionen deutlich und im Ländervergleich sogar überproportional zurückgefahren wurden und dementsprechend eine regionale Kompensation durch die Agglomeration in Berlin nicht erfolgt.

Abbildung 3: Relative Entwicklung der Hochschulausgaben in Deutschland 1995–2011 in %.

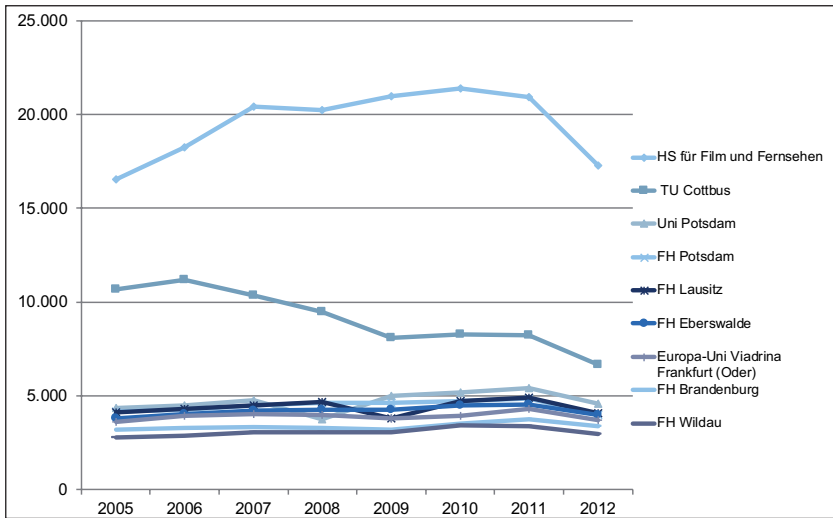


Quelle: Statistisches Bundesamt, 2013 b.

Vergleicht man die Hochschulen in Brandenburg bzgl. der mittleren jährlichen Ausgaben pro Studierenden pro Jahr über die Zeit, erhält man eine relativ homogene Gruppe, bestehend aus der Universität Potsdam, den Fachhochschulen Potsdam, Lausitz, Eberswalde, Brandenburg, Wildau und der Europa-Universität in Frankfurt (Oder). Bei allen liegen die jährlichen Aufwendungen zwischen 2.800 und 4.400 Euro pro Studierenden, wobei ein über die Zeit tendenzieller Anstieg zu verzeichnen ist. Deutlich darüber liegen die mittleren jährlichen Investitionen pro Studierenden an der TU Cottbus (10.662 Euro in 2005) und an der Hochschule für Film und Fernsehen (16.529 Euro), was im Falle der TU insbesondere mit den dort gelehrt, kostenintensiveren Fächern zusammenhängen dürfte.⁸

8 Welche Ursachen im Fall der Hochschule für Film und Fernsehen für die vergleichsweise hohen Pro-Kopf-Investitionen verantwortlich sind, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Möglicherweise sind hier Kombinationen aus fehlender Nachfrage, ausbleibenden Skaleneffekte durch notwendigerweise extrem kleine Gruppen und/oder sehr geräte- und damit kostenintensiven Studiengängen wirksam.

Abbildung 4: Kosten pro Studierenden in Euro nach Hochschulen in Brandenburg.



Quelle: Land Brandenburg, Haushaltsplan (inflationsbereinigte Darstellung).

3 Einnahmen und Ausgaben der Universität Potsdam

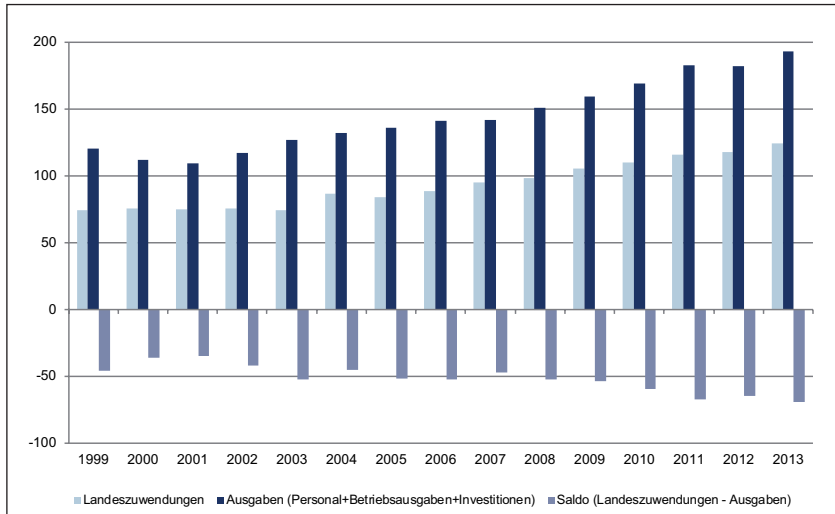
Daten zu Einnahmen und Ausgaben der Universität Potsdam wurden von der Universität zur Verfügung gestellt. Um einen Vergleich einzelner Zeitpunkte zu ermöglichen, wurden die Werte mit dem Bezugsjahr 2013 inflationsbereinigt. Bei näherer Betrachtung der Ausgaben für Hochschulen auf Länderebene existieren zwei unterschiedliche Auffassungen:

Einerseits werden die für die Hochschulen getätigten öffentlichen Ausgaben über die Grundmittel gemessen, darunter werden jene Hochschulausgaben verstanden, die der Träger den Hochschulen aus eigenen Mitteln (also Mittel aus Landeseinnahmen) für laufende Zwecke zur Verfügung stellt (Statistisches Bundesamt, 2016).⁹ Abbildung 5 ist zu entnehmen, wie sich die Finanzierung

9 „Hierbei handelt es sich um den Teil der Hochschulausgaben, den der Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Laufende Ausgaben (Grundmittel) werden ermittelt, indem zu den Ausgaben der Hochschulen für laufende Zwecke (Personalausgaben und laufende Sachausgaben) unterstellte Sozialbeiträge (Zusetzungen für die Altersversorgung und Krankenbehandlung) des verbeamteten Hochschulpersonals addiert und die Einnahmen subtrahiert werden. Darüber hinaus werden noch die Mieten und Pachten abgezogen. Die laufenden Ausgaben

der Universität Potsdam bei solcher Betrachtung der grundmittelbezogenen Finanzierung über die Jahre 1999 bis 2013 darstellt. So zeigt die Differenz zwischen Landesmitteln und den Ausgaben für laufende Zwecke der Universität Potsdam für das Jahr 2013 einen deutlichen Anstieg.¹⁰

Abbildung 5: Grundmittelbezogene Relation von Landeszuwendungen zu Ausgaben (Personalausgaben, Betriebsausgaben und Investitionen) in Mio. Euro.



Quelle: Haushaltsdaten der Universität Potsdam.

Andererseits ist eine solche Abgrenzung in anderen Ländern nicht üblich. Deshalb wird nachfolgend die von der OECD präferierte Sichtweise vorgestellt und die Einnahmensituation der Universität Potsdam inklusive Drittmittel und sonstigen Einnahmen zur Analyse herangezogen. Wie die meisten staatlichen Universitäten in Deutschland finanziert sich auch die Universität Potsdam zum größten Teil aus Landesmitteln.¹¹ Diese sind von 1999 bis 2003 auf einem gleichbleibenden

(Grundmittel) enthalten keine Investitionsausgaben.“ (Statistisches Bundesamt, 2016).

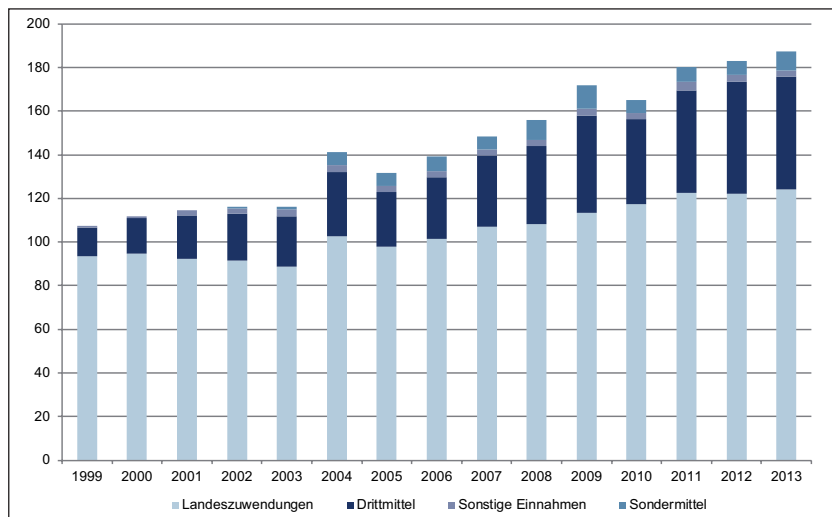
10 Für die Jahre 2014–2016 gab es zum Zeitpunkt der Erstellung der Studie nur Finanzansätze, keine Ist-Zahlen. Deshalb endet die Betrachtung mit 2013.

11 Eine Aufstellung der privaten Investitionen (z. B. durch die Studentenwerksbeiträge, Spenden oder die Finanzierung von Professuren) würde dieses Bild möglicherweise deutlich verändern, liegt aber bis dato nicht vor.

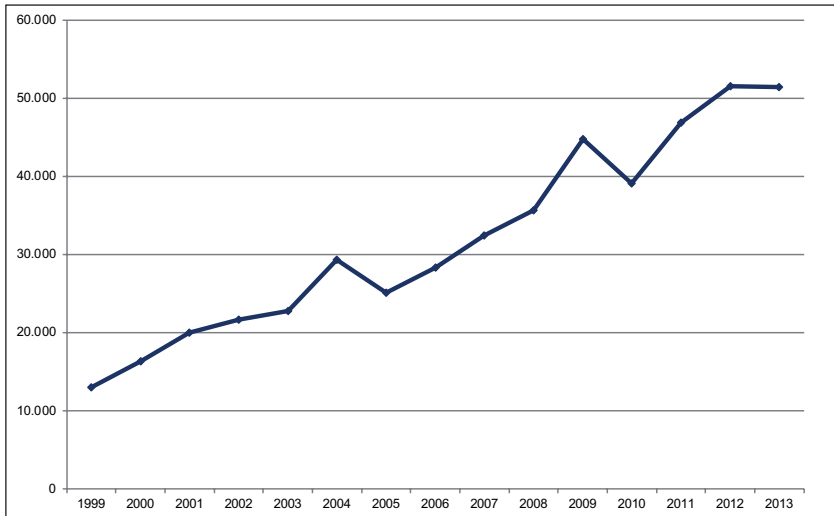
Niveau, steigen seitdem aber an. 2004 lagen sie zum ersten Mal über 100 Mio. Euro. Die Drittmittelleinnahmen steigen über denselben Zeitraum von 13 Mio. Euro (1999) auf 51 Mio. Euro in 2013. Dabei ist die jährliche Zunahme fast linear, mit zwei Ausnahmen: im Jahr 2004 wurden 6,5 Mio. Euro mehr an Drittmitteln eingeworben als im Vorjahr und im Jahr 2009 etwa 9 Mio. Euro mehr als im vorangegangenen Jahr. 2005 und 2010, also in den Jahren nach den jeweiligen starken Anstiegen, sinken die Drittmittelleinnahmen allerdings jeweils deutlich (vgl. Abbildung 6). Ab 2002 werden der Universität Potsdam Sondermittel gewährt, die in den ersten zwei Jahren an der Millionen-Marke liegen und im Rahmen des Studienplatzverweigerungsprogramm gewährt werden. Ab 2004 bewegen sich die Sondermittel zwischen 5 Mio. Euro und 11 Mio. Euro pro Jahr.

Insgesamt fällt auf, dass im Zuge genereller Veränderungen der Finanzierungspraxis der Universitäten die Bedeutung von Drittmitteln im Verhältnis zu den Landeszuwendungen langfristig deutlich gestiegen ist. Interessant wäre eine Transaktionskostenanalyse, aus der zu entnehmen wäre, wieviel Zeit insgesamt für das Schreiben von Anträgen zur Bewilligung von Drittmitteln investiert wird, wieviele Anträge genehmigt werden und wieviel Zeit man damit zumindest in solchen Disziplinen der Forschung und Lehre entzieht, die nicht auf Labore und Großgeräte angewiesen sind.

Abbildung 6: Einnahmen der Universität Potsdam vom Jahre 1999 bis zum Jahr 2013 in Mio. Euro



Quelle: Haushaltsdaten der Universität Potsdam, inflationsbereinigte Darstellung.

Abbildung 7: Entwicklung des Drittmittelaufkommens der Universität Potsdam von 1999 bis 2013 in Mio. Euro.

Quelle: Haushaltsdaten der Universität Potsdam, inflationsbereinigte Darstellung.

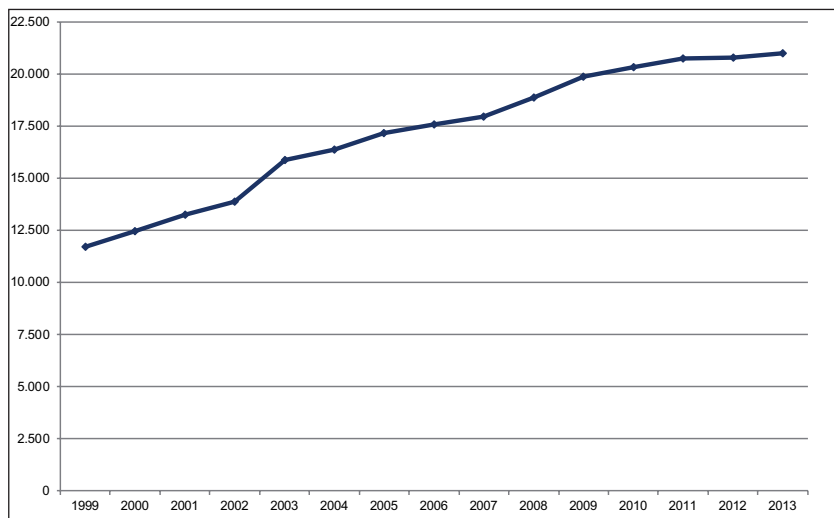
Vom Jahr 1999 bis zum Jahr 2013 erhöht sich die Anzahl der Studierenden um etwa 80 % (vgl. Abbildung 8). Während seitens des Landes für jeden Studierenden und jeden neu hinzukommenden Studierenden ein Betrag zusätzlich an die Universität fließt, steigen verständlicherweise gleichzeitig auch die Kosten, die der Universität mit jedem neuen Studierenden entstehen. Dabei kommt es zwar anfangs zu Elastizitäten, indem etwa Seminarveranstaltungen, die im Gegensatz zu Vorlesungen nicht weitgehend grenzkostenfrei mehrnutzbar sind, in der Zahl der Teilnehmer bis ans erlaubte Maximum und manchmal durch Initiative des Lehrenden auch darüber hinaus aufgefüllt werden. Irgendwann aber sind diese Anpassungsmöglichkeiten erschöpft und angesichts weiter steigender Studierendenzahlen kommt es dann zu Sprungeffekten in den Kosten, wenn etwa die Zahl der Seminare erhöht werden muss (zur Zahl der Studierenden vgl. Abbildung 8).

Im Falle der Universität Potsdam steigen die Kosten im Laufe der betrachteten 14 Jahre um 52 % auf 167 Mio. Euro in 2013 (vgl. Abbildung 9), mit einem geringeren Anstieg von 41 % bei den Personalkosten, was für eine erhebliche Elastizität des Angebots der Lehrenden spricht, die den Spardruck zumindest

anfangs überkompensieren im Sinne eines Overshooting-Effekt. Dieser Effekt kompensiert, dass in dieser Zeit die Landesmittel nicht in gleichem Maße steigen, nämlich nur mit 33 %. Umgelegt auf die Studierenden bedeutet dies einen pro Kopf bezogenen Kostenrückgang von 15 %, wobei die Personalkosten um 21 % pro Studierendem sinken. Die Landesmittel gehen mit 25 % jedoch deutlich stärker zurück (vgl. Abbildung 9).

Diesem Finanzdelta liegt im Prinzip ein einfacher Mechanismus zugrunde. Im Rahmen einer landesspezifischen Haushaltsplanung werden Mittel für die Universitäten in einer Höhe eingeplant, die den jährlich wachsenden Studierendenzahlen nicht in vollem Umfang Rechnung tragen. Insofern hinken die jährlichen Haushaltsdaten mit einem jährlichen Verzug ($t-1$) dem realen Bedarf hinterher, was zu der Finanzlücke bzw. dem entsprechenden Delta in den pro Kopf bezogenen Einnahmen führt.

Abbildung 8: Anzahl der immatrikulierten Studentinnen und Studenten an der Universität Potsdam von 1998 bis 2013.



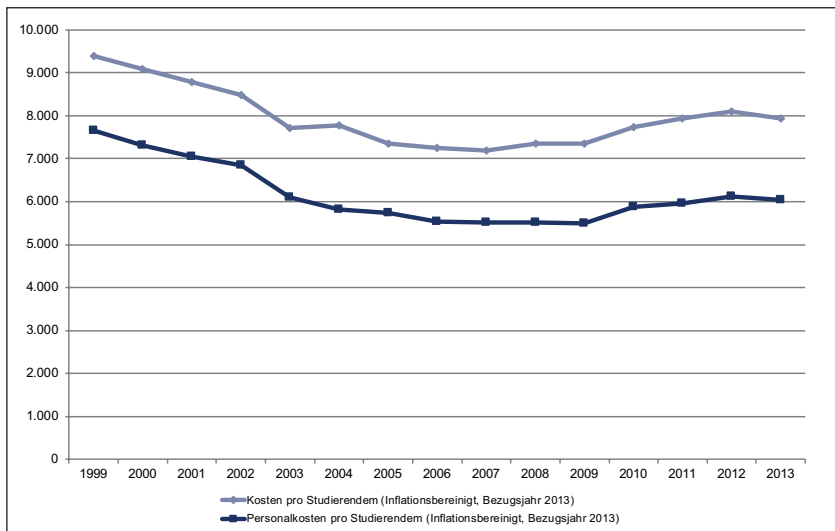
Absolut betragen die Kosten pro Studierendem im Jahr 1999 9.300 Euro pro Jahr. Die entsprechenden anteiligen Personalkosten belaufen sich auf 7.700 Euro.¹² Von diesem Niveau ausgehend, sinken die Kosten bzw. Personalkosten

¹² Vergleicht man diese Zahlen mit jenen von z. B. der Universität des Saarlandes (vgl. Emrich, Müller, Gassmann & Meyer, 2013), dann fällt auf, dass die Kosten der Universität Potsdam

zusätzlich bis zum Jahr 2005 auf 7.300 bzw. 5.700 Euro pro Jahr und Studierendem, da die Anzahl der Studierenden proportional stärker steigt als es die Kosten im gleichen Zeitraum tun. In den darauffolgenden Jahren bleiben die Kosten pro Studierendem auf diesem Niveau und liegen erst 2010 wieder auf bzw. über dem Niveau von 2004.

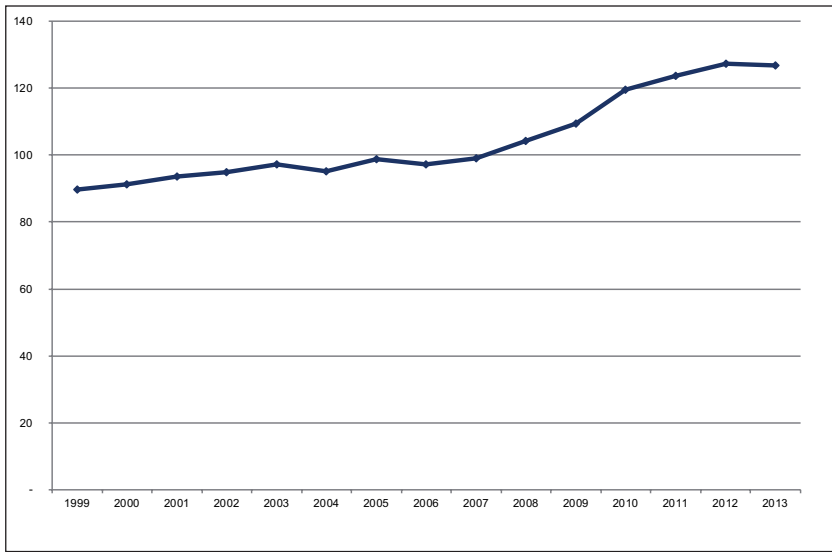
Insbesondere zwischen 2007 und 2010 steigen die Personalkosten deutlich an und liegen dann zum ersten Mal über 120 Mio. Euro.

Abbildung 9: Kosten und Personalausgaben pro Studierendem der Universität Potsdam in den Jahren 1999 bis 2013.



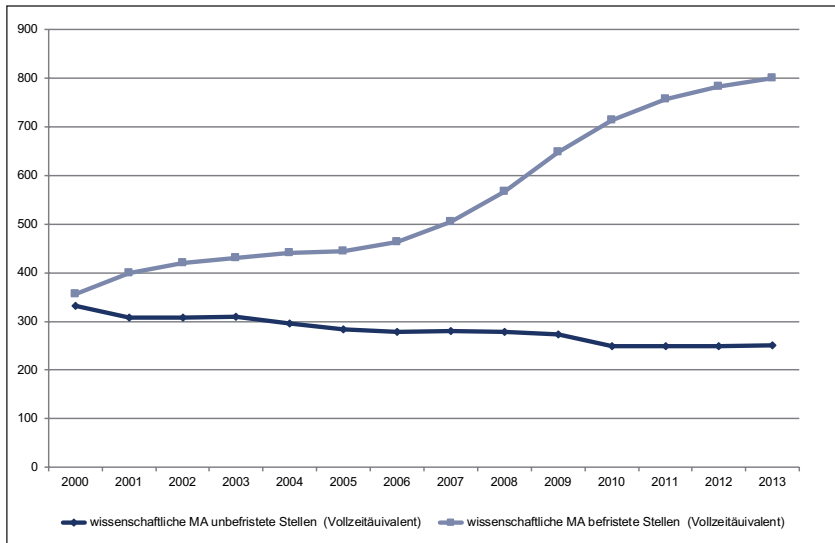
deutlich geringer sind. Hier wirkt sich offensichtlich wieder der schon oben angesprochene Kanon der unterschiedlich kostenintensiven Fächer aus.

Abbildung 10: Personalausgaben in der Universität Potsdam in Millionen Euro von 1999 bis 2013.



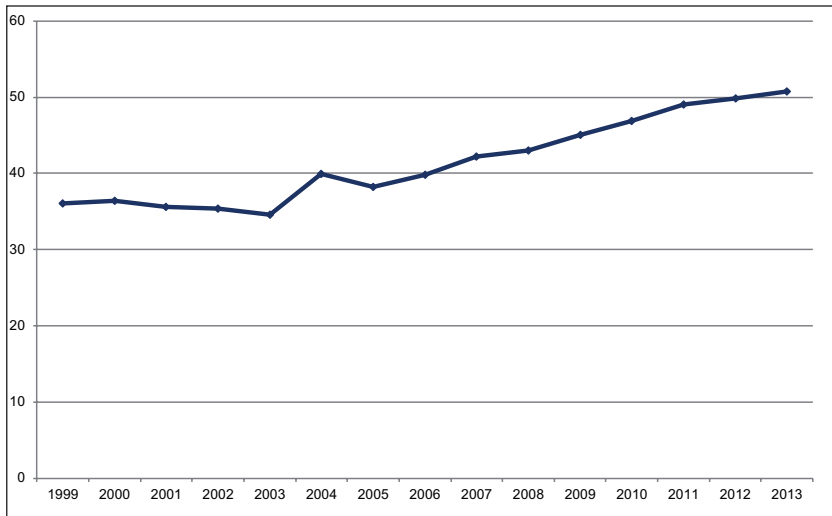
Quelle: Haushaltsdaten der Universität Potsdam, inflationsbereinigte Darstellung.

Ein weiterer Mechanismus neben der Überkompensation durch die Lehrenden um die systematische Minderzuweisung in den Finanzmitteln pro Kopf zu bewältigen, liegt in der Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen. Im Jahr 2000 waren an der Universität Potsdam etwa ebenso viele befristete (356 Vollzeitäquivalente) wie unbefristete (331) Mitarbeiter angestellt. Doch während die Anzahl der unbefristeten Angestellten bis 2013 um ein Viertel schrumpft, mit den stärksten Rückgängen in 2004 (-15 Mitarbeiter) und 2010 (-23 Mitarbeiter), steigt die Zahl der befristeten Mitarbeiter im gleichen Zeitraum auf 800 (vgl. Abbildung 11). Während im Jahr 2000 noch ein Verhältnis von ca. 1:1 zwischen befristeten und unbefristeten Stellen vorliegt, kommen in 2013 auf jede unbefristete Anstellung ca. drei befristete Mitarbeiter. Dabei scheint insbesondere der zweite starke Rückgang an unbefristeten Angestellten mit einer forcierten Einstellung von befristeten Mitarbeitern vorweggenommen worden zu sein, der sich zu einem großen Teil aus der Finanzierung über Drittmittel begründen lässt.

Abbildung 11: Verhältnis von befristeten zu unbefristeten Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter vom Jahr 2000 bis 2013.

Bei Betrachtung der Landesmittel pro Einwohner für die Universität Potsdam muss berücksichtigt werden, dass das Land Brandenburg mehrere Universitäten und Fachhochschulen hat und deshalb die Landesmittel pro Einwohner und pro Hochschule möglicherweise geringer ausfallen als in Bundesländern, die etwa nur eine Universität haben (vgl. das Saarland, wo es neben einigen Hochschulen nur eine Universität gibt, Emrich, Müller, Meyer & Gassmann, 2013, oder Bremen).

So wendet das Land Brandenburg im Jahr 1999 insgesamt 36 Euro je Einwohner für die Universität Potsdam auf, 2013 sind es inflationsbereinigt etwa 51 Euro. Die höheren Werte resultieren einerseits aus den zusätzlichen Landesmitteln, die im Laufe der Jahre an die Universität Potsdam fließen, andererseits aus dem Einwohnerrückgang von ca. 150.000 Personen in Brandenburg von 1999 bis 2013.

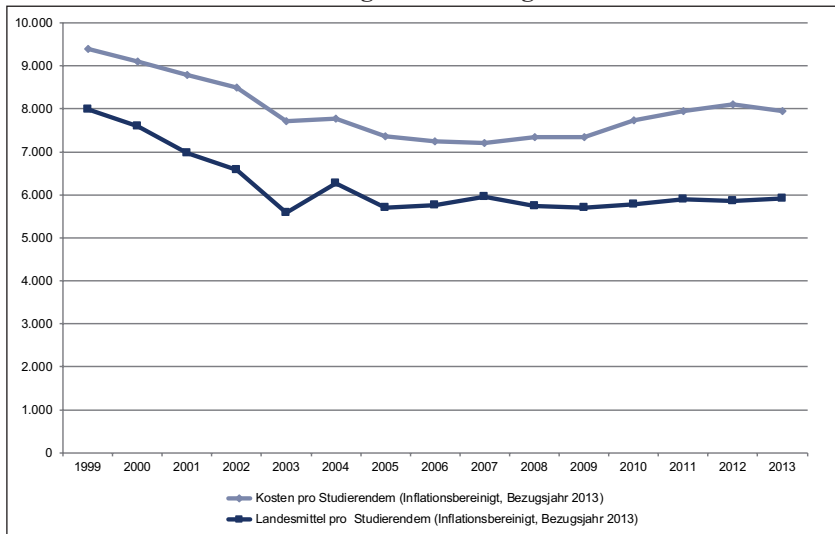
Abbildung 12: Zuwendungen Brandenburgs pro Einwohner.

Quelle: Bevölkerungsanzahl Brandenburg: Statistisches Bundesamt, inflationsbereinigte Darstellung.

In Abbildung 13 sind zum einen die Kosten pro Studierenden, zum anderen die Landesmittel pro Studierenden an der Universität Potsdam über die Zeit abgetragen. Es zeigt sich, dass die Universität jedes Jahr einen Teil der studentischen Kosten (zw. 1200 und 2200 Euro pro Jahr) selbst kompensieren muss. Sinken die Kosten pro Studierenden, folgen die zugestandenen Landesmittel diesem Trend direkt. Dies ist interessant, da der Landeshaushalt für mindestens ein Jahr im Voraus geplant wird und daher noch nicht bzw. nur im Groben bekannt sein kann, wie viele Studierende zukünftig immatrikuliert sind. Denkbar ist allerdings auch, dass zwischen Haushaltsplanung und Zulassungspraxis keine oder eine wegen der wohl unvermeidbaren Zeitinkonsistenzprobleme eine unzureichende Abstimmung stattfindet.

In 2004 liegen die Landesmittel pro Studierenden (im Vergleich zu den übrigen Jahren) ungewöhnlich hoch. Im gleichen Jahr kehrt sich auch der Trend zu sinkenden Kosten um. Die geringste Differenz zwischen Kosten und Landesmittel pro Studierenden gab es 2007. Seitdem bewegen sich die gewährten Gelder des Landes auf gleichbleibendem Niveau, während die Kosten pro Studierenden nach einer fünfjährigen Phase mit niedrigen Kosten wieder ansteigen. Daraus resultiert eine nun permanent hohe Kosten-Mittel-Differenz.

Abbildung 13: Kosten pro Studierenden und Zuwendungen Brandenburgs pro Student vom Jahr 1999 bis zum Jahr 2013, inflationsbereinigte Darstellung.



Zusammengefasst zeigt sich, dass die Kosten, die an der Universität Potsdam anfallen, im Verlauf der betrachteten Jahre von 1999 bis 2013 kontinuierlich steigen. Gleichfalls steigen die Finanzmittel von Seiten des Landes Brandenburg, bleiben aber zu jeder Zeit unter den Ausgaben der Universität zurück, wodurch jedes Jahr ein Defizit bleibt. Dies kann auch nicht durch die übrigen Einnahmen der Universität, wie Drittmittel, Sondermittel und sonstige Gelder gedeckt werden, sondern muss durch die Universität, und das heißt in erster Linie durch die Lehrenden und Teile der Verwaltung, kompensiert werden.

Durch die wachsenden Studierendenzahlen fallen dabei die Kosten pro Studierenden im Zeitverlauf anfänglich, steigen jedoch in den letzten Jahren wieder an. Die insgesamt durch eine steigende Zahl von Studierenden steigenden Kosten können also nicht mehr durch Kompensationsmaßnahmen bzw. eine erhebliche Angebotselastizität kompensiert werden. Dabei sind die Landesmittel, die pro Einwohner von Brandenburg an die Universität Potsdam überwiesen werden, im Vergleich zu anderen Universitäten – speziell in anderen Bundesländern eher niedrig. Zum einen liegt dies an den Fächern, die an der Universität Potsdam gelehrt werden und die eher zu den sogenannten „günstigeren“ Fächern zählen und wohl auch daran, dass in Brandenburg noch andere Hochschulen an den Landesmitteln partizipieren.

Eher ungünstig hat sich das Verhältnis von befristeten und unbefristeten Angestellten der Universität entwickelt. 1999 waren etwa ebenso viele Mitarbeiter in einem befristeten Angestelltenverhältnis beschäftigt wie in einem unbefristeten. Doch bis 2013 hat sich dieses Verhältnis verschoben, sodass nun auf jede unbefristete Stelle drei befristete Mitarbeiter kommen.

4 Die Untersuchung sozioökonomischer Effekte der Universität Potsdam

Stoetzer und Krähmer (2007, S. 8 ff.) nennen drei konzeptionelle Grundprobleme, die zwecks regionalökonomischer Effekte von Hochschulen zunächst zu lösen sind:

- 1) Definition des Untersuchungsgegenstandes und dessen Abgrenzung in institutioneller, zeitlicher und räumlicher Hinsicht,
- 2) Datenbeschaffung für die Untersuchung von Nachfrageeffekten,
- 3) Referenzsituation zur Bewertung regionaler Einkommens- und Arbeitsplatzeffekte.

Die räumliche Abgrenzung ist für die Universität Potsdam durchaus nicht unproblematisch, da sie an den Großraum Berlin grenzt und wesentliche Wanderungsbewegungen sowohl auf der Seite der Mitarbeiter als auch auf Seite der Studierenden der Universität in der Vergangenheit belegt werden konnten und auch aktuell stattfinden. Bezüglich der institutionellen Angrenzung sind eine Reihe von angegliederten Instituten zu berücksichtigen, „... die ursächlich mit der Existenz der Hochschule verbunden sind“ (Stoetzer & Krähmer 2007, S. 9). Die Universität unterscheidet auf ihrer Homepage zusätzlich zwischen An-Instituten und kooperierenden außeruniversitären Einrichtungen (<https://www.uni-potsdam.de/forschung/kooperationen-partnerschaften.html>, Zugriff am 18.08.2015). Letztere sind teilweise in Potsdam und in unmittelbarer Nachbarschaft zur Universität angesiedelt, sodass davon auszugehen ist, dass die Nähe zur Universität einen Standortfaktor darstellt. Die übrigen Einrichtungen (grau unterlegt) befinden sich nicht in Universitätsnähe bzw. weisen in ihrer Tätigkeit keinen unmittelbaren wissenschaftlichen Bezug auf (z. B. die ZukunftsAgentur Brandenburg). Hierzu zählen im Fall der Universität Potsdam folgende Institute mit folgenden Mitarbeiterzahlen (vgl. Tabellen 1 und 2)¹³.

13 Bis auf die ersten beiden Institute, das Abraham Geiger Kolleg und die Akademie für Psychotherapie und Interventionsforschung, die die Mitarbeiterzahlen auf Anfrage direkt meldeten, stammen die Mitarbeiterzahlen der anderen Institute von den entsprechenden Internetauftritten.

Tabelle 1: Kooperierende An-Institute.¹⁴

An-Institute ¹⁴	Mitarbeiter ¹⁵
Abraham Geiger Kolleg	6,25
Die Akademie für Psychotherapie und Interventionsforschung, Ambulanz für Kinder und Jugendliche, Ausbildung zum Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten	9
Evangelisches Institut für Kirchenrecht	10
Hasso-Platter-Institut	58
Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung	14
Johannes-Overath-Institut e. V.	kein Internetauftritt
Kanonistisches Institut	4
Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien	11
Institut zur Weiterqualifizierung im Bildungsbereich an der Universität Potsdam (WiB e.V.)	6
Zacharias Frankel College	18

Viele dieser Einrichtungen arbeiten als selbständige Organisationen oder Firmen und sind dementsprechend nicht dem Universitätshaushalt unmittelbar zugeordnet, haben aber aufgrund der getätigten Investitionen und des dort beschäftigten Personals erhebliche wirtschaftliche Effekte. Allerdings muss ihr Einfluss teilweise geschätzt werden, da genaue Angaben zu den einzelnen Haushalten fehlen.

14 Vgl. <https://www.uni-potsdam.de/forschung/kooperationen-partnerschaften/an-institute.html> (Zugriff am 18.08.2015).

15 Die Mitarbeiterzahlen wurden über die Internetauftritte der An-Institute und kooperierenden außeruniversitären Einrichtungen ermittelt.

Tabelle 2: Kooperierende außeruniversitäre Einrichtungen.

Kooperierende außeruniversitäre Einrichtungen ¹⁶	Mitarbeiter ¹⁷	Aufwand ¹⁸
Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, Forschungsstelle Potsdam	115	6 Mio. €
Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung – BAM	Nicht in Potsdam	
Deutsches Elektronen-Synchrotron Hamburg (DESY)	Nicht in Potsdam	
Deutsches Elektronen-Synchrotron, Institut für Hochenergiephysik Zeuthen	Nicht in Potsdam	
Deutsches Institut für Ernährungsforschung Potsdam – Rehbrücke	358	23 Mio. €
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)	Nicht in Potsdam	
Einstein Forum Potsdam	Kein universitärer Bezug	
Fraunhofer-Institut für Angewandte Polymerforschung (IAP), Golm	195	16,8 Mio. €
Fraunhofer-Institut für Zelltherapie und Immunologie/ Institutsteil Bioanalytik und Bioprozesse (IZI-BB)	150	28 Mio. €
Fraunhofer-Institut für offene Kommunikationssysteme (FOKUS)	Nicht in Potsdam	
Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH	850	73,1 Mio. € ¹⁹
Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie (ehemals BESSY)	Nicht in Potsdam	
Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie (ehemals Hahn-Meitner-Institut Berlin)	Nicht in Potsdam	
Helmholtz-Zentrum Potsdam Deutsches GeoForschungsZentrum – GFZ	1180	59,1 Mio. €
Helmholtz Zentrum für Umweltforschung UFZ	Nicht in Potsdam	
Institut für Dünnschichttechnologie und Mikrosensorik e.V. (IDM)	20	k.A.
Leibniz-Institut für Regionalforschung und Strukturplanung (IRS)	Nicht in Potsdam	
Leibniz-Institut für Astrophysik Potsdam (AIP)	211	k.A.
Leibniz-Institut für Agrartechnik Potsdam-Bornim e.V. (ATB)	234	



16 Vgl. <https://www.uni-potsdam.de/forschung/kooperationen-partnerschaften/ausseruniversitaere-einrichtungen.html> (Zugriff am 18.08.2015).

17 Die Mitarbeiterzahlen wurden über die Internetauftritte der An-Institute und kooperierenden außeruniversitären Einrichtungen ermittelt.

18 Der Aufwand wurde den Haushaltsangaben der Institute entnommen (falls diese über die Internetauftritte zugänglich waren). Angaben ohne Drittmittel.

19 Der Etat kommt an mehreren Standorten zusammen, nicht nur in Potsdam.

Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e. V. Müncheberg	Nicht in Potsdam
Leibniz-Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau	146
Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei – IGB	Nicht in Potsdam
Leibniz-Institut für innovative Mikroelektronik – IHP ²⁰	k.A.
Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung – IZW	Nicht in Potsdam
Max-Planck-Institut für Gravitationsphysik (Albert-Einstein-Institut)	106
Max-Planck-Institut für Kolloid- und Grenzflächenforschung	358
Max-Planck-Institut für molekulare Pflanzenphysiologie	360
Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung	320
Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr	90
Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg	Kein universitärer Bezug
Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V	Kein universitärer Bezug
Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam	157
ZukunftAgentur Brandenburg GmbH	Kein universitärer Bezug
SUMME	4850

5 Methodische Anmerkungen zur Untersuchung regionalökonomischer Effekte der Universität Potsdam

In der Literatur sind zur Berechnung ökonomischer Effekte zwei unterschiedliche Verfahren zu finden, erstens die Multiplikatoranalyse und zweitens die Input-Output-Analyse. Mit Hilfe der Multiplikatoranalyse werden Umsatz-, Wertschöpfungs-, Einkommens- und Beschäftigungseffekte bestimmt, mit Hilfe der Input-Output-Analyse werden Umsatz-, Wertschöpfungs-, Einkommens- und Beschäftigungseffekte für einzelne Wirtschaftssektoren untersucht (vgl.

20 Das Joint Lab „Entwurf von Drahtlosen und Eingebetteten Systemen“ wurde 2015 zusammen mit dem Institut für Informatik und Computational Science (IFI) der Universität Potsdam gegründet. Zur Förderung einer engen Kooperation betreibt das IHP gemeinsam mit dem IFI Büro- und Laborräume in einem Neubau direkt neben dem Gebäude des Instituts für Informatik. Das Hardwarelabor wird für Lehre und Forschung durch Studierende, Mitarbeiter des IHPs und Mitarbeiter des Instituts für Informatik genutzt; insbesondere aber von Studierenden die in gemeinsamen Projekten mit dem IHP arbeiten. <http://www.ihp-microelectronics.com/de/joint-labs/universitaet-potsdam/uebersicht.html>.

Pavel 2013, 19 ff.). Für die hier vorliegende Studie haben wir uns aufgrund der mittels Befragung der Studierenden ermittelten empirischen Befunde zum studentischen Konsum (s. Kapitel 8) sowie der verfügbaren Finanzinformationen der Universität Potsdam für die Multiplikatoranalyse entschieden, in deren Rahmen die Gesamtumsatzeffekte basierend auf den ermittelten Werten der ersten Runde durch Addition der Folgeeffekte, die durch einen Multiplikator geschätzt werden, zu berechnen sind.²¹

Die theoretisch unendlich langen Wirkungskunden weisen faktisch einen Grenzwert auf, der erheblich streuen kann. Für das Bundesland Rheinland Pfalz ergaben sich etwa in verschiedenen Studien Multiplikatoreffekte im Mittel 1,37 (für einzelne Regionen) und 1,63 (für das Bundesland Rheinland-Pfalz, s. Meyer & Emrich, 2013, S.40). Der Begriff Multiplikatoreffekt erfasst hier das Verhältnis zwischen der Summe aller direkten und indirekten Effekte und den in den eingehenden Umsätzen und besagt, dass aus einem in der ersten Runde eingesetzten Euro am Ende aller Wirkungsketten 1,63 Euro für Rheinland-Pfalz werden.²² Für die Untersuchung der Universität Potsdam wurde in früheren Untersuchungen ein Multiplikatoreffekt zur Berechnung der induzierten Effekte von 1,16 in 1998 und 1,17 in 2005 ermittelt (vgl. die Untersuchungen von Gloede, Schirmag & Schöler, 1999, sowie Knappe, 2006).²³

Regionale Multiplikatoren zur Quantifizierung der Einkommens- und Beschäftigungseffekte setzen sich aus folgenden Komponenten zusammen (vgl. z. B. Assenmacher, Leßmann und Wehrt, 2004, S. 14 ff.): dem Konsum privater Haushalte, den Investitionen privater Unternehmen, dem Konsum und den Investitionen öffentlicher Haushalte und dem Nachfrageüberschuss aller übrigen Regionen. Die Nachfrage richtet sich auf die zu Marktpreisen angebotenen Güter.

21 Emrich, Müller, Meyer und Gassmann (2013, S. 88) merken hierzu an: „Theoretisch ergibt sich so eine unendliche Folgekette an weiteren indirekten Effekten. Sie entsteht durch permanente Wiederverausgabung der in der ersten Runde ermittelten Umsätze. Diesen theoretisch unendlichen Wiederverausgabungsketten steht jedoch faktisch mit jeder neuen Verausgabungsrunde eine Reduzierung der erneut verausgabten Mittel entgegen.“

22 Vgl. Spehl et al., (2005).

23 Gloede, Schirmag und Schöler (1999, S.70) schreiben bezüglich des Multiplikators: „Mit einer Höhe von 1,17 rangiert der bestimmte Multiplikator am unteren Ende des aufgezeigten Spektrums und ist daher als eine eher vorsichtige (konservative) Schätzung zu verstehen. [...] Unabhängig aber davon, ob ein Multiplikator in seiner konkreten Höhe gerechtfertigt erscheinen mag oder nicht, muß kritisch angemerkt werden, daß eine Validierung des jeweiligen Wertes praktisch kaum möglich ist, da kein exaktes empirisches Kontrollkriterium verfügbar bzw. nur unter erheblichen Aufwand berechenbar ist.“

Den Unternehmen kommen jedoch nur die um die darin enthaltenen Steuern bereinigten Erlöse zugute. Mit dem ermittelten Multiplikator lassen sich dann Einkommenseffekte schätzen, die durch die in einer Region wirksame Nachfrage und das entstandene zusätzliche Einkommen in nachfolgenden Stufen durch Dritte wiederum nachfragewirksam und somit einkommenserhöhend verausgabt wird. Der Multiplikator ist dabei umso höher, je höher die Konsumquote der privaten Haushalte ist. Er steigt auch mit wachsender Transferquote, da diese Transfers das verfügbare Einkommen erhöhen. Die regionalen Multiplikatoreffekte werden umso geringer ausfallen, je mehr Nachfrage durch direkte und indirekte Steuern (einschließlich Sozialabgaben) versickert oder durch eine hohe Importquote in anderen Regionen Wirkung entfaltet.

Im Folgenden wird zunächst die Herangehensweise zur Bestimmung der direkten Einkommens- und Beschäftigungseffekte für Brandenburg²⁴ durch die Mitarbeiter der Universität und der kooperierenden Forschungseinrichtungen beschrieben. Aus den Ausgaben, die die Mitarbeiter und Studierenden tätigen, sowie die Sach- und Investitionsausgaben, werden dann die indirekten Effekte berechnet, aus denen nachfolgend die induzierten über einen Multiplikator berechnet werden:

Direkter Effekt:

- Die direkten Einkommenseffekte bestehen aus den Personalausgaben der Universität einerseits und der kooperierenden Forschungseinrichtungen²⁵ andererseits, abzüglich des Arbeitgeberanteils an den Sozialabgaben, was dem Bruttolohn entspricht (vgl. Knappe 2006).

Indirekter Effekt:

- Aus dem Einkommen der Mitarbeiter der Universität und der kooperierenden Forschungseinrichtungen wird der getätigte Konsum ermittelt, woraus die Ausgaben für die Bereiche Produzierendes Gewerbe, Handel, Gastgewerbe und sonstige Dienstleistung berechnet werden. Dazu

24 In Teilkapitel 6 werden die Effekte für das Land Brandenburg geschätzt, Gloede, Schirmag und Schöler (1999) sowie Knappe (2006) berechneten die Effekte für die Stadt Potsdam, weshalb die Ergebnisse nicht direkt miteinander vergleichbar sind.

25 Hierbei ist anzumerken, dass die Daten weniger exakt sind, da die meisten kooperierenden Forschungseinrichtungen keine Daten zur Verfügung gestellt haben. Mit eigenen Recherchen konnten die Mitarbeiterzahlen und zum Teil Haushaltsdaten über die Homepages, wenn auch mit Unsicherheiten behaftet was den Beschäftigungsumfang der ausgewiesenen Stellen betrifft, erfasst werden (vgl. Tabelle 1 und 2). Wo wir keine gesondert ausgewiesenen Haushaltsdaten zur Verfügung, hatten, wurden die Personalkosten der Mitarbeiter mit mittleren Kostensätzen orientiert an den Personalausgaben der Universität geschätzt.

werden die von Knappe (2006) ermittelten Anteilswerte herangezogen. Durch die korrigierten Arbeitsplatzkoeffizienten (APK) (vgl. Tabelle 3), können dann die indirekten Beschäftigungseffekte durch die Mitarbeiter berechnet werden. Mit Hilfe der durchschnittlichen Löhne in den Branchen (vgl. Tabelle 3) werden dann die direkten Einkommenseffekte berechnet.

- Aus den Ausgaben der Studierenden der Universität Potsdam innerhalb Brandenburgs, die sich aus den Befragungsdaten ergaben, wurden analog zu den Mitarbeitern zunächst die Ausgaben in den Branchen berechnet, dazu wurden die Anteilsangaben aus Knappe (2006) herangezogen. Mittels der Arbeitsplatzkoeffizienten wurden dann aus den branchenspezifischen Ausgaben die Beschäftigungseffekte ermittelt, aus denen sich wiederum die Einkommenseffekte ergeben.
- Aus Sach-, Bau- und Investitionskosten der Universität wurden nach den Anteilswerten in Knappe (2006) die Ausgaben in den einzelnen Branchen geschätzt. Wie bei den indirekten Effekten durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Studierenden wurden über die Arbeitsplatzkoeffizienten die Beschäftigungseffekte und daraus die Einkommenseffekte durch die Ausgaben der Universität berechnet. Hinzu kämen eigentlich noch die Sach-, Bau- und Investitionskosten der kooperierenden Forschungseinrichtungen. Diese lagen jedoch nicht vor und konnten auch nicht geschätzt werden, da anzunehmen ist, dass sich die Ausgaben nicht identisch zu denen der Universität verhalten, da Universitäten Lehre und Forschung vereinen.

Induzierte Effekte:

- Danach wird der für Brandenburg relevante induzierte Beschäftigungs- und Einkommenseffekt berechnet, um die Ausgaben der Universität, des Personals und der Studierenden in den verschiedenen Wirkungsrunden abzubilden. Nach Gloede, Schirmag und Schöler (1999) werden diese aus den indirekten Effekten durch den Multiplikator mit 1,16 (siehe auch Knappe, 2006) berechnet.

Parallel zu den Berechnungen für Potsdam werden die entsprechenden Schätzungen für die nicht brandenburgische Umgebung vorgenommen. Dabei wäre es interessant, im Gegenzug die entsprechenden Effekte von Berliner Universitäten für Potsdam und brandenburgische Umgebung gegen zu rechnen. Mit dem von uns erhobenen empirischen Datenmaterial ist dies jedoch nicht möglich.

Tabelle 3: Branchenspezifische Arbeitsplatzkoeffizienten nach Knappe 2006, inflationsbereinigt.

	APK Knappe, 2006	APK (inflationsb. mit 1,1706)	Bruttoeinkommen nach Branchen in Brandenburg 2014 (Amt für Statistik Berlin Brandenburg, 2014)
Produzierendes Ge- werbe	125.389,14 €	146.783,72 €	35.330,00 €
Handel	149.098,73 €	174.538,77 €	30.160,00 €
Gastgewerbe	55.442,78 €	64.902,73 €	20.845,00 €
Dienstleistungen	82.548,14 €	96.632,95 €	37.261,00 €
Baugewerbe	74.025,46 €	86.656,09 €	28.919,00 €

Zusammenfassend werden also die Einkommens- und Beschäftigungseffekte wie folgt berechnet:

- Aus den Effekten durch die Beschäftigung der Mitarbeiter der Universität ergeben sich die direkten Effekte.
- Die indirekten Effekte berechnen sich aus den konsumbedingten Beschäftigungs- und Einkommenseffekten durch die Mitarbeiter, durch die Studierenden und die Universität.
- Die induzierten Effekte berechnen sich aus den indirekten Effekten mittels der Multiplikatorenanalyse.
- Die Anzahl der induzierten Beschäftigten ergibt sich durch die Division des induzierten Einkommens durch den gemittelten Bruttolohn der Branchen.
- Addiert man alle Effekte ergibt sich der Gesamteffekt der Universität Potsdam für das Land Brandenburg.
- Gleiche Überlegungen ergeben sich für die kooperierenden Forschungseinrichtungen sowie deren Mitarbeiter.

6 Regionalökonomische Effekte der Universität Potsdam

Im Folgenden werden zunächst die direkten und indirekten Einkommens- und Beschäftigungseffekte durch die Mitarbeiter der Universität und der kooperierenden Forschungseinrichtungen berechnet, danach werden die indirekten Effekte durch die Studierenden und durch die Ausgaben der Universität ermittelt. Anschließend werden aus den addierten indirekten Effekten die induzierten Einkommens- und Beschäftigungseffekte geschätzt.

6.1 Einkommens- und Beschäftigungseffekte durch die Mitarbeiter der Universität Potsdam und durch die kooperierenden Forschungseinrichtungen

Als Basis für die Berechnung dienen die Personalkosten der Universität Potsdam, die im Jahr 2013 insgesamt 126,8 Mio. Euro betragen, sowie die Anzahl der Mitarbeiter der kooperierenden Forschungseinrichtungen. Nach den homepage-gestützten Recherchen (vgl. Tabelle 1 und 2) waren dies etwa 4.986 im Jahr 2015. Da die Personalausgaben der kooperierenden Forschungseinrichtungen nicht genau beziffert vorlagen, wurden zunächst die Vollzeit-Äquivalente geschätzt. Aus den Daten der Universität ist bekannt, dass das Verhältnis Teilzeit zu Vollzeit etwa zwei zu eins beträgt, multipliziert mit dem durchschnittlichen Personalkosten der Universität ergibt dies Personalkosten für die kooperierenden Forschungseinrichtungen in Höhe von 172,7 Mio. Euro.²⁶

Tabelle 4: Personalkosten der Universität Potsdam pro Jahr.

Personalkosten der Universität pro Jahr	126.814.000,00 €
Minus Arbeitgeberanteil an den Sozialabgaben: 12 % Beamte mit 10 % Abgaben, 88 % mit 22 % Abgaben	26.072.958,40 €
Bruttolohn pro Jahr	100.741.041,60 €
Minus 17,3 % Steuern Statistisches Bundesamt (2015)	17.428.200,20 €
Minus 16,2 % Arbeitnehmeranteil an den Sozialabgaben, Statistisches Bundesamt (2015)	16.320.048,74 €
Nettoeinkommen der Beschäftigten pro Jahr (Anteil an Personalkosten) (53 %)	66.992.792,66 €
Konsumquote 91,25 % (analog zu Knappe, 2006)	61.130.923,31 €

In mehreren Schritten lässt sich dann aus den Personalkosten das Nettoeinkommen bestimmen, welches den Mitarbeitern der Universität und der kooperierenden Forschungseinrichtungen ausgezahlt wird und für ihren Konsum zur Verfügung steht (vgl. Tabelle 4 und Tabelle 5). Der Differenzbetrag zwischen den Personalkosten und dem Nettoeinkommen besteht aus dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil der Sozialabgaben sowie den Lohnsteuern. Der Bruttolohn der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität beträgt rund 100,7 Mio.

26 $3.321,77$ Vollzeit-Äquivalente aus $(4.986 \cdot 0,33) + (4.986 \cdot 0,67 \cdot 0,5)$, wobei der erste Teil die Vollzeitstellen und der zweite die Teilzeitstellen einbezieht und angenommen wird, dass es sich zum größten Teil um Halbtagsstellen handelt.

Die durchschnittlichen Lohnkosten pro Mitarbeiter der Universität ergeben sich aus Personalkosten über 126,8 Mio. Euro, dividiert durch 2.438,9 Vollzeitäquivalente. Sie betragen somit 51.996 Euro pro Vollzeitäquivalent.

Euro, der der kooperierenden Forschungseinrichtungen 134,7 Mio. Euro. Das Personal der Universität und der kooperierenden Forschungseinrichtungen konsumiert jährlich Waren und Dienstleistungen im Wert von 61,1 Mio. Euro bzw. 81,8 Mio. Euro.

Die zu leistende Lohnsteuer verringert als direkter steuerlicher Rückfluss, in dem die personalwirksamen Drittmittel bereits berücksichtigt sind, die jährlichen Kosten des Landes Brandenburg am Haushalt der Universität aufgrund direkt gezahlter Lohnsteuern von Mitarbeitern mit Wohnsitz in Brandenburg und Umgebung um rd. 10,1 Mio. Euro. Für das Personal der kooperierenden Forschungseinrichtungen beläuft sich dieser Betrag auf jährlich 13,5 Mio. Euro.

Tabelle 5: Personalkosten der kooperierenden Forschungseinrichtungen pro Jahr.

Personalkosten der kooperierenden Forschungseinrichtungen pro Jahr	172.720.242,16 €
Minus Arbeitgeberanteil an den Sozialabgaben: 12 % Beamte mit 10 % Abgaben, 88 % mit 22 % Abgaben	37.998.453,27 €
Bruttolohn pro Jahr	134.721.788,88 €
Minus 17,3 % Steuern, Statistisches Bundesamt (2015)	23.306.869,48 €
Minus 16,2 % Arbeitnehmeranteil an den Sozialabgaben, Statistisches Bundesamt (2015)	21.824.929,80 €
Nettoeinkommen der Beschäftigten pro Jahr (Anteil an Personalkosten) (52 %)	89.589.989,61 €
Konsumquote 91,25 % (analog zu Knappe, 2006)	81.750.865,52 €

Knappe (2006) befragte die Mitarbeiter der Universität und kooperierenden Forschungseinrichtungen zu ihren Ausgaben in den einzelnen Branchen. Auf diese Angaben wird im Folgenden zurückgegriffen, da für die aktuelle Berechnung der ökonomischen Effekte keine bereichsspezifischen Befragungsdaten vorliegen und im Konsumverhalten keine größeren Verschiebungen zu erwarten sind. Daher wurden die Anteilswerte nach den Branchen berechnet, aus diesen ergeben sich dann die Ausgaben der Befragten nach Branchen (nicht dargestellt). Mittels der in Tabelle 4 aufgeführten Arbeitsplatzkoeffizienten kann dann die Anzahl der Beschäftigten nach Branchen geschätzt werden. Durch die Ausgaben der Beschäftigten der Universität können insgesamt 537 Personen beschäftigt werden, durch die Ausgaben des Personals der kooperierenden Forschungseinrichtungen sind es 719, wovon 312 bzw. 417 in Brandenburg tätig sind.

Tabelle 6: Direkte und indirekte Effekte der Beschäftigten der Universität Potsdam.²⁷

Gesamteffekt der Beschäftigten	Universität Potsdam	
	Gesamt	Anteil in Brandenburg an Gesamt: 58 %
Direkter Beschäftigungseffekt	2438,9 VÄ 4479 Stellen	1414,6 VÄ 2598 Stellen
Direkter Einkommenseffekt	100.741.041,60 €	58.429.804,13 €
Bruttoeinkommen der Beschäftigten pro Jahr		
Nettoeinkommen der Beschäftigten pro Jahr	66.992.792,66 €	38.855.819,75 €
Konsum der Beschäftigten pro Jahr	61.130.923,31 €	35.455.935,52 €
Indirekte Effekte		
Produzierendes Gewerbe (3 %)*	12,49 VÄ 441.415,90 €	7,25 VÄ 256.021,22 €
Handel (38 %)*	133,09 VÄ 4.014.061,20 €	77,19 VÄ 2.328.155,49 €
Gastgewerbe (6 %)*	56,51 VÄ 1.178.015,90 €	32,78 VÄ 683.249,22 €
Sonstige Dienstleistung (58 %)*	335,28 VÄ 12.492.981,11 €	194,46 VÄ 7.245.929,04 €
Baugewerbe (0 %)*	0,0 VÄ 0,0 €	0,0 VÄ 0,0 €
Indirekte Beschäftigungswirkung	537,38 VÄ	311,68 VÄ
Indirekter Einkommenseffekt	18.126.474,10 €	10.513.354,98 €

*Die Anteilswerte wurden aus den branchenspezifischen Ausgaben der Beschäftigten auf Basis der Daten von Knappe (2006) berechnet.

Aus der Anzahl der Beschäftigten in den Branchen können die spezifischen Einkommenseffekte über die durchschnittlichen Bruttolöhne berechnet werden (vgl. Tabelle 3). So liegt der Gesamteffekt der Beschäftigten der Universität bei 18,1 und 24,2 Mio. Euro bei den Beschäftigten der kooperierenden Forschungseinrichtungen, wovon 10,5 bzw. 14,1 Mio. direkt in Brandenburg anfallen.

27 VÄ: Vollzeitäquivalente.

Tabelle 7: Direkte und indirekte Effekte der Beschäftigten der kooperierenden Forschungseinrichtungen.

Gesamteffekt der Beschäftigten	kooperierenden Forschungseinrichtungen	
	Gesamt	Anteil in Brandenburg an Gesamt: 58 %
Direkter Beschäftigungseffekt	3321,8 VÄ 4986 Stellen	1926,6 VÄ 2892 Stellen
Direkter Einkommenseffekt Bruttoeinkommen der Beschäftigten pro Jahr	134.721.788,88 €	78.138.637,55 €
Nettoeinkommen der Beschäftigten pro Jahr	89.589.989,61 €	51.962.193,97 €
Konsum der Beschäftigten pro Jahr	81.750.865,52 €	47.415.502,00 €
Indirekte Effekte		
Produzierendes Gewerbe (3 %)*	16,71 VÄ 590.308,96 €	9,69 VÄ 342.379,19 €
Handel (38 %)*	177,99 VÄ 5.368.035,67 €	103,23 VÄ 3.113.460,69 €
Gastgewerbe (6 %)*	75,58 VÄ 1.575.369,94 €	43,83 VÄ 913.714,57 €
Sonstige Dienstleistung (58 %)*	448,38 VÄ 16.706.962,10 €	260,06 VÄ 9.690.038,02 €
Baugewerbe (0 %)*	0,0 VÄ 0,0 €	0,0 VÄ 0,0 €
Indirekte Beschäftigungswirkung	718,65 VÄ	416,81 VÄ
Indirekter Einkommenseffekt	24.240.676,67 €	14.059.592,47 €

*Die Anteilswerte wurden aus den branchenspezifischen Ausgaben der Beschäftigten auf Basis der Daten von Knappe (2006) berechnet.

6.2 Einkommens- und Beschäftigungseffekte durch die Studierenden der Universität Potsdam

Auf Studierendenseite beruhen die Berechnungen auf den Angaben, die im Rahmen der Studierendenbefragung 2015 erhoben wurden. Im Mittel stehen den Studierenden 863 Euro pro Monat zur Verfügung, die sie, von einem mittleren Sparbetrag von 109 Euro abgesehen, auch verausgaben. In Brandenburg verbleiben davon im Mittel 450 Euro aller getätigten Ausgaben, und zwar unabhängig vom Wohnort. Auf alle Studierenden und ein Jahr betrachtet, entspricht dies Ausgaben in Höhe von 199,3 Mio. Euro insgesamt bzw. 103,6 Mio. Euro für Brandenburg (vgl. Tabelle 8). Äquivalent zu dem Vorgehen bei den Beschäftigten wurden auch hier die Anteilswerte aus den Angaben von Knappe übernommen und damit die branchenspezifischen Ausgaben (nicht berichtet)

berechnet, daraus wurden durch die Arbeitsplatzkoeffizienten (vgl. Tabelle 3) und daraus die Einkommenseffekte ermittelt. Für die Studierenden ergeben sich so Beschäftigungseffekte (in Vollzeitäquivalenten gemessen) in Höhe von 1752, wovon 911 in Brandenburg tätig anfallen, als Einkommenseffekt entspricht dies 58,7 Mio. Euro insgesamt und in Brandenburg 30,5 Mio. Euro.

Tabelle 8: Indirekte Einkommens- und Beschäftigungseffekte durch die Ausgaben der Studierenden der Universität Potsdam.

	Gesamt	Anteil in Brandenburg an Gesamt: 52 %
Ausgaben der Studierenden pro Jahr (2014)	199.311.576,00 €	103.672.043,28 €
Indirekte Effekte		
Produzierendes Gewerbe (2 %)*	27,37 VÄ 967.100,12 €	14,24 VÄ 503.037,74 €
Handel (39 %)*	450,63 VÄ 13.590.903,99 €	234,39 VÄ 7.069.317,37 €
Gastgewerbe (7 %)*	202,35 VÄ 4.217.893,16 €	105,25 VÄ 2.193.939,82 €
Sonstige Dienstleistung (52 %)*	4171,16 VÄ 39.912.353,87 €	557,16 VÄ 20.760.436,30 €
Baugewerbe (0 %)*	0,0 VÄ 0,0 €	0,0 VÄ 0,0 €
Indirekte Beschäftigungswirkung	1.751,50 VÄ	911,04 VÄ
Indirekter Einkommenseffekt	58.688.251,14 €	30.526.731,23 €

* Die Anteilswerte wurden aus den branchenspezifischen Ausgaben der Studierenden auf Basis der Daten von Knappe (2006) berechnet.

6.3 Einkommens- und Beschäftigungseffekte durch die Ausgaben der Universität Potsdam

Die Ausgaben der Universität betragen rund 43,3 Mio. Euro, nach den Angaben von Knappe werden davon etwa 47% in Brandenburg verausgabt, was 20,3 Mio. Euro entspricht. Analog zu der Berechnung der indirekten Effekte aus den Ausgaben der Beschäftigten und der Studierenden wurden zunächst die Ausgaben aufgeschlüsselt nach den Anteilswerten bei Knappe (2006). Aus den branchenspezifischen Ausgaben wurden dann über Arbeitsplatzkoeffizienten (vgl. Tabelle 3) die Beschäftigten für jede Branche berechnet, aus denen sich durch die durchschnittlichen Bruttolöhne dann die Einkommenseffekte ergeben. Insgesamt lassen sich so aus den Ausgaben der Universität 311 Stellen

ermitteln, wovon sich 147 in Brandenburg befinden, dies entspricht einem Einkommenseffekt von insgesamt 10,4 Mio. Euro, von denen 4,9 Mio. Euro in Brandenburg anfallen. Zu beachten ist, dass eigentlich noch die Ausgaben der kooperierenden Forschungseinrichtungen addiert werden müssten, für diese liegen jedoch, wie bereits ausgeführt, nur unzureichende Angaben vor und auch eine Schätzung wäre mit einer zu großen Unsicherheit verbunden, daher wird an dieser Stelle darauf verzichtet. Daraus folgt dass die Effekte der Universität in einem nicht unerheblichen Maße unterschätzt werden.

Tabelle 9: Sach-, Investitions- und Bauausgaben der Universität.

	Gesamt	Anteil in Brandenburg an Gesamt: 24,5 %
Ausgaben der Universität pro Jahr	43.310.914,13 €	20.287.676,73 €
Sach- und Investitionsausgaben	41.373.322,97 €	19.050.013,91 €
Bauausgaben	1.937.591,96 €	1.237.622,82 €
Indirekte Effekte		
Produzierendes Gewerbe (21,1 %)*	62,01 VÄ 2.190.830,82 €	28,55 VÄ 1.008.750,44 €
Handel (37,3 %)*	128,00 VÄ 3.860.589,28 €	58,94 VÄ 1.777.577,29 €
Gastgewerbe (0 %)*	0,0 VÄ 0,0 €	0,0 VÄ 0,0 €
Sonstige Dienstleistung (35 %)*	97,40 VÄ 3.629.258,51 €	45,42 VÄ 1.692.379,36 €
Baugewerbe (6,6 %)*	23,55 VÄ 681.229,22 €	14,2 VÄ 410.523,14 €
Indirekte Beschäftigungswirkung	310,97 VÄ	147,11 VÄ
Indirekter Einkommenseffekt	10.361.907,82 €	4.889.230,23 €

* Die Anteilswerte wurden aus den branchenspezifischen Ausgaben der Studierenden auf Basis der Daten von Knappe (2006) berechnet.

6.4 Gesamte Einkommens- und Beschäftigungseffekte

Aus den direkten Effekten sowie den indirekten Effekten, aus den Ausgaben der Mitarbeiter der Universität, den Ausgaben der Studierenden und denen der Universität sowie den induzierten Effekten ergeben sich die gesamten Einkommens- bzw. Beschäftigungseffekte der Universität Potsdam (vgl. Tabelle 10). Hinzu kommen die direkten, indirekten und induzierten Effekte bei den Beschäftigten der kooperierenden Forschungseinrichtungen, die, ebenso aufsummiert, den gesamten Einkommens- und Beschäftigungseffekt dieser Einrichtungen ausmachen.

Tabelle 10: Einkommens- und Beschäftigungseffekte der Universität Potsdam.

	Einkommenseffekte		Beschäftigungseffekte in VÄ	
	Gesamt	Anteil in Brandenburg an Gesamt	Gesamt	Anteil in Brandenburg an Gesamt
Direkter Effekt	100.741.041,60 €	58.429.804,13 €	2.438,9	3.341,2
Indirekte Effekte durch die Beschäftigten	18.126.474,10 €	10.513.354,98 €	537,38	311,68
Indirekte Effekte durch die Studierenden	58.688.251,14 €	30.526.731,23 €	1.751,50	911,0
Indirekte Effekte durch die Ausgaben der Universität Potsdam	10.361.907,82 €	4.889.230,23 €	310,97	127,7
Indirekter Effekt Gesamt	87.176.633,06 €	45.919.316,44 €	2.599,85	1.369,83
Multiplikator Induzierter Effekt 1,16 (Knappe, 2006, vgl. auch Gloede, Schirmag & Schöler, 1999)		0,16	aus dem induzierten Einkommenseffekten durch Division mit dem durchschnittlichen Bruttoeinkommen über alle Branchen hinweg: 36.631 €/Jahr (vgl. Amt für Statistik Berlin Brandenburg, 2014)	
Induzierter Effekt	13.948.261,29 €	7.347.090,63 €	380,78	200,57
Gesamteffekte	201.865.935,95 €	111.696.211,20 €	5.419,50	2.985,0

Die induzierten Einkommenseffekte werden auf Basis des Multiplikators in Höhe von 1,16 von Knappe (2006) berechnet. Der induzierte Beschäftigungseffekt ergibt sich dann aus der Division des induzierten Einkommenseffekts durch den durchschnittlichen Bruttolohn in Brandenburg über alle Branchen (vgl. Amt für Statistik Berlin Brandenburg, 2014). Der induzierte Einkommenseffekt der Universität beträgt 13,9 Mio. Euro, wobei 7,3 Mio. Euro auf Brandenburg entfallen, in Stellen ausgedrückt sind diese 381 insgesamt und 201 in Brandenburg (Tabelle 10). Für die kooperierenden Forschungseinrichtungen ergibt sich ein induzierter Einkommenseffekt von 3,9 Mio. Euro gesamt und 2,2 Mio. Euro in Brandenburg, woraus sich der Beschäftigungseffekt von 105,9 insgesamt und von 61,4 für Brandenburg errechnet (Tabelle 11).

Der gesamte Einkommenseffekt der Universität, bestehend aus dem direkten, dem indirekten und dem induzierten, beläuft sich auf insgesamt 201,9 Mio. Euro und 111,7 Mio. Euro in Brandenburg, der gesamte Beschäftigungseffekt in Vollzeitäquivalenten beträgt 5.420 Beschäftigte insgesamt, wovon mehr als die Hälfte, nämlich 2.985 Vollzeitäquivalente, in Brandenburg tätig sind.

Tabelle 11: Einkommens- und Beschäftigungseffekte der kooperierenden Forschungseinrichtungen.

	Einkommenseffekte		Beschäftigungseffekte in VÄ	
	Gesamt	Anteil in Brandenburg an Gesamt	Gesamt	Anteil in Brandenburg an Gesamt
Direkter Effekt	134.721.788,88 €	78.138.637,55 €	3.321,8	1.926,6
Indirekte Effekte durch die Beschäftigten	24.240.676,67 €	14.059.592,47 €	718,65	416,81
Indirekter Effekt Gesamt	24.240.676,67 €	14.059.592,47 €	718,65	416,81
Multiplikator Induzierter Effekt 1,16 (Knappe, 2006, vgl. auch Gloede, Schirmag & Schöler, 1999)		0,16		aus dem induzierten Einkommenseffekten durch Division mit dem durchschn. Bruttoeinkommen über alle Branchen hinweg: 36.631 €/Jahr (vgl. Amt für Statistik Berlin Brandenburg, 2014)
Induzierter Effekt	3.878.508,27 €	2.249.534,80 €	105,88	61,41
Gesamteffekte	162.840.973,82 €	94.447.764,82 €	4.146,33	2.403,82

Der gesamte Einkommenseffekt der kooperierenden Forschungseinrichtungen beläuft sich auf insgesamt 162,8 Mio. Euro und 94,4 Mio. Euro in Brandenburg. Daraus ergibt sich der Beschäftigungseffekt von 4.146,3 Stellen, wovon 2.403,8 Stellen auf Brandenburg entfallen.

7 Zusammenfassung

Die hier durchgeführte Analyse der ökonomischen Wirkung der Universität Potsdam auf die Stadt und das Umland ist die dritte Untersuchung dieser Art nach Gloede, Schirmag und Schöler im Jahr 1999 und Knappe 2006. In allen Untersuchungen ergibt sich der ökonomische Gesamteffekt als Summe aus dem direkten Nachfrageeffekt der von der Universität, deren Angestellten und den Studierenden ausgeht, und den Effekten der weiteren Wirkungskunden, in denen die Ausgaben der Vorrunde wiederum zu Beschäftigung und somit Einkommen führt. Nach Gloede, Schirmag und Schöler (1999) generierten die Mitarbeiter und die Studierenden, sowie die Institutionen Universität und Studentenwerk einen Nachfrageeffekt von 235,9 Mio. DM pro Jahr (entspricht unbereinigten 120,63 Mio. Euro; 1DM = 0,511292 €), bei einem direkten Einkommenseffekt durch Gehälter der Angestellten der Universität und des Studentenwerks von 71,9 Mio. DM (= 36,76 Mio. €) pro Jahr und einem Gesamtbeschäftigungseffekt von 2.748 Personen. Kooperierende Forschungseinrichtungen im Umfeld der Universität wurden bei Gloede und Kollegen (1999) nicht berücksichtigt. Knappe (2006) betrachtet zusätzlich die Ausgaben der kooperierenden Forschungseinrichtungen. Zusammen mit den Ausgaben der Universität, dem Studentenwerk und den Studierenden ergibt dies einen Betrag von 413,34 Mio. Euro in 2005, wovon 48 Mio. Euro (Wissenschaftseinrichtungen) bzw. 53 Mio. Euro (Studierende) in Potsdam verbleiben. Der durch die Ausgaben getragene Konsum von Gütern und Dienstleistungen führt in Potsdam, aber auch in den übrigen Gebieten zu einer gesteigerten Beschäftigung, um der Nachfrage zu genügen. Allein der Nachfrageeffekt von 100,41 Mio. Euro aus studentischen Ausgaben führt in einer ersten Runde zu insgesamt 1.009 Arbeitsplätzen, die wiederum ein jährliches Bruttoeinkommen von 21,3 Mio. Euro umfassen, daraus ergibt sich ein induzierter Einkommenseffekt von 43,42 Mio. Euro, der in der Folge zu weiteren 1.180 Arbeitsplätzen führen.

Zum heutigen Zeitpunkt stellt sich die Situation wie folgt dar:

Die Länder investieren einen erheblichen Anteil ihres Bruttosozialproduktes in den Auf- und Ausbau sowie Unterhalt von Universitäten und Fachhochschulen. Deutschland gibt mit 1,3% des Bruttosozialprodukts weniger aus als die OECD-Staaten mit 1,6% im Mittel, wobei die skandinavischen Länder anteilig rund 30% mehr ausgeben.

Im Vergleich der 16 Bundesländer investierte Brandenburg im Jahr 2013 pro Studierendem weniger Geld als alle anderen Bundesländer, nämlich im Mittel 5.600 Euro, während zum Vergleich die investierten Mittel im benachbarten Niedersachsen mit 12.000 Euro mehr als doppelt so hoch waren, bezogen auf die Investitionen pro Professor lag Brandenburg auf dem drittletzten Platz vor Sachsen und dem Saarland. Die Ausgaben steigen in Brandenburg im Verhältnis zu Berlin, Sachsen und Sachsen-Anhalt stärker, bleiben jedoch in der Steilheit des Anstiegs hinter dem des Mittelwerts der Hochschulausgaben der Bundesländer zurück, wodurch sich der Rückstand verfestigt. Im Vergleich der Ausgaben innerhalb des Landes Brandenburg fällt auf, dass die Universität Potsdam, die Fachhochschulen Potsdam, Lausitz, Eberswalde, Brandenburg, Wildau und die Europa-Universität in Frankfurt (Oder) jährliche Aufwendungen zwischen 2.800 Euro und 4.400 Euro pro Studierendem aufweisen, die Ausgaben der TU Cottbus und der Hochschule für Film und Fernsehen deutlich darüber liegen.

Die Universität Potsdam finanziert sich wie alle staatlichen Universitäten in Deutschland, zum größten Teil aus Landesmitteln (über 120 Mio. Euro), aus Drittmitteln (über 50 Mio. Euro), Sondermitteln und sonstigen Einnahmequellen. Im Verhältnis stiegen die Drittmiteleinahmen anteilig an den Landeszuwendungen an.

In den letzten zehn Jahren seit 2005 ist die Universität Potsdam erneut gewachsen. Insbesondere die Studierendenzahl hat sich um ca. 1.700 auf 19.246 Studierende erhöht. Die Beschäftigtenzahl ist mit 2.438 Mitarbeitern (Vollzeitäquivalenten) hingegen nahezu gleich geblieben (+ 64 Mitarbeiter). Im Vergleich zu 1999 hat sich die Anzahl der Studierenden hingegen fast verfünffacht, während sich die Kosten noch nicht einmal verdoppelten, was sich ebenfalls an den Kosten pro Studierenden erkennen lässt, die stetig zurück gingen. Dies ließ sich wahrscheinlich durch eine Überkompensation durch die Lehrenden sowie die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen erklären. Während das Verhältnis zwischen befristeten und unbefristeten Stellen im Jahr 2000 bei ca. 1:1 lag, kommen in 2013 auf jede unbefristete Anstellung ca. drei befristete Mitarbeiter. Im Zuge der Erhöhung der Landeszuwendungen und dem Rückgang der Bevölkerung in Brandenburg steigen die Kosten pro Einwohner für die Universität Potsdam an.

Die Gesamtkosten der Universität betragen 2015 ca. 170 Mio. Euro, die für Personal (126,8 Mio. Euro), Sachmittel (39,7 Mio. Euro) sowie Investitionen (1,7 Mio. Euro, sowie Baumaßnahmen, 1,9 Mio. Euro) aufgewendet werden. Im Vergleich zu den Einnahmen aus Landesmitteln bleibt ein Saldo von ca. 69 Mio. Euro, welches nicht komplett durch die Dritt- und Sondermittel gedeckt

werden kann. Auf Seiten der kooperierenden Forschungseinrichtungen fallen Personalkosten in Höhe von 172,7 Mio. Euro an, während die Bau-, Sach- und Investitionsausgaben nicht angegeben werden können.

Den Kosten der Universität und kooperierenden Forschungseinrichtungen stehen die Konsumausgaben der Mitarbeiter sowie der Studierenden gegenüber, die in Potsdam, Brandenburg und anderen Regionen die Güternachfrage erhöhen und so für Beschäftigung und Einkommen sorgen. Ausgehend von den Personalkosten wird zunächst der Nettolohn der Beschäftigten bestimmt, wovon ein Anteil von ca. 91 % für den Konsum aufgewendet wird. Aus 126,8 Mio. Euro Personalkosten der Universität werden somit 61,1 Mio. Euro Konsumausgaben durch deren Beschäftigte. Für die kooperierenden Forschungseinrichtungen sind es 81,8 Mio. Euro für den Konsum aus 172,7 Mio. Euro Personalkosten. Hinzu kommen die Ausgaben der Studierenden von 199,3 Mio. Euro pro Jahr, aber auch die oben genannten Bau-, Sach- und Investitionsausgaben der Universität in Höhe von 43,3 Mio. Euro sind nachfragerrelevant.

Diese Ausgaben der Universität Potsdam führen in der nächsten Wirkungsrunde zu einem Beschäftigungseffekt von insgesamt 2.600, wovon 1.370 Beschäftigte in Brandenburg tätig sind. Durch die Ausgaben der kooperierenden Forschungseinrichtungen kommen zusätzliche 719 insgesamt und 417 in Brandenburg hinzu (vgl. Tabelle 10 und Tabelle 11). Der korrespondierende Einkommenseffekt der Universität Potsdam beträgt 87,2 Mio. Euro respektive 45,9 Mio. Euro für Brandenburg und auf Seiten der kooperierenden Forschungseinrichtungen 24,2 Mio. Euro bzw. 14 Mio. Euro in Brandenburg. Der induzierte Einkommenseffekt der darauffolgenden Wirkungsrounden wird mittels Multiplikator (1,16 aus Knappe, 2006) abgeschätzt und beträgt für Universität und kooperierende Forschungseinrichtungen gemeinsam 17,8 Mio. Euro (in Brandenburg: 9,6 Mio. Euro). Dies entspricht einem Beschäftigungseffekt von 487 (in Brandenburg: 262) (vgl. Tabelle 10 und Tabelle 11).

Die Universität Potsdam sorgt zusammen mit den kooperierenden Forschungseinrichtungen in ihrem Umfeld somit für einen Gesamteinkommenseffekt in Höhe von 364,7 Mio. Euro und bei 9.566 Beschäftigten. In Brandenburg verbleibt davon mehr als die Hälfte: 206,1 Mio. Euro Einkommen und 5.389 Beschäftigte.

Vor diesem Hintergrund wird klar, dass die Universität Potsdam auf Landesseite nicht nur Kosten produziert, sondern auch als einflussreicher Wirtschaftsfaktor zu betrachten ist, der aus den nominalen Landesmitteln in Höhe von 124,3 Mio. Euro in 2013 zusammen mit den kooperierenden Forschungseinrichtungen

einen ökonomischen Effekt von etwa Faktor 3 erwirtschaftet. Hierbei gilt es zu beachten, dass in allen Fällen steuerliche Rückflüsse an das Land erfolgen, wodurch sich die Landesmittel real verringern. Hingegen sind auf Seiten der kooperierenden Forschungseinrichtungen noch keine Bau-, Sach- und Investitionskosten berücksichtigt. Bei dieser Betrachtung bleiben zudem langfristige Effekte, wie bspw. die Innovationssteigerung der ortsansässigen Betriebe und das Patentaufkommen unberücksichtigt. Eine Quantifizierung dieses zusätzlichen Effektes der Universität ist entsprechend schwierig. In der politischen Debatte stehen somit (scheinbar) klar abgrenzbare Kosten des Landes erheblichen Einkommens- und Beschäftigungseffekten gegenüber, zu dem noch erhebliche, in der Höhe jedoch nicht exakt bezifferbare Innovationseffekte hinzukommen.

8 Literatur

- Amt für Statistik Berlin Brandenburg (2014). *Bruttojahresverdienste in Brandenburg*. Online verfügbar unter: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/BasisZeitreiheGrafik/Bas-Verdiensterhebung.asp?Ptyp=300&Sageb=62003&creg=BBB&anzwer=>, Zugriff am 29.03.2016.
- Assenmacher, M., Leßmann, G. & Wehrt, K. (2004). Regionale Entwicklungsimpulse von Hochschulen – Einkommens-, Beschäftigungs- und Kapazitätseffekte der Hochschulen Anhalt und Harz (FH). In *Harzer Hochschultexte*. Wernigerode: Hochschule Harz, Hochschule für angewandte Wissenschaften.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2010). Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009. 19. Sozialerhebung des deutschen Studentenwerks, durchgeführt durch H-I-S Hochschulinformationssystem. Bonn und Berlin. Online verfügbar unter: <http://www.studentenwerke.de/se/2010/Hauptbericht-19SE.pdf>, Zugriff am 23.08.2013.
- Clapman, R. & Grote, B. (1988). Beiträge der Universität – Gesamthochschule Siegen für die Wirtschaft der Region. In: *Diskussionsbeiträge zu Ökonomie des technischen Fortschritts*: Siegen.
- Emrich, E., Müller, A., Meyer, W. & Gassmann, F. (2013). Saarländische Bildungsinvestitionen und regionalökonomische Effekte der Universität des Saarlandes. In: E. Emrich, W. Meyer & L. Rampeltshammer (Hrsg.): *Die Universität des Saarlandes in sozio-ökonomischer Perspektive*, S. 71–102. Saarbrücken: universaar.
- Gloede, K., Schirmag, T. & Schoeler, K. (1999). *Ökonomische Wirkungen der Universität Potsdam auf die Region*, Frankfurt: Peter Lang.
- Knappe, S. (2006). Die Regionalwirksamkeit der Wissenschaftseinrichtungen in Potsdam. Eine empirische Analyse wissenschaftsbedingter Beschäftigungs-, Einkommens- und Informationseffekte. In: Institut für Geographie der Universität Potsdam (Hrsg.): *Praxis Kultur- und Sozialgeographie*, Bd. 40.
- Land Brandenburg (n.d). *Haushaltsplan*, Band VI, Einzelplan 06, Ministerium für Wissenschaft Forschung und Kultur. Online verfügbar unter <http://www.mdf.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.353812.de>, Zugriff am 29.02.2016.

- Meyer, W. & Emrich, E. (2013). Universitäten als ökonomische Standortfaktoren – Ein Überblick. In: E. Emrich, W. Meyer & L. Rampeltshammer (Hrsg.): *Die Universität des Saarlandes in sozio-ökonomischer Perspektive*, S. 17–56. Saarbrücken: universaar.
- OECD (2014). *Education at a Glance 2014: OECD Indicators. Indicators by chapter. Indicator B2: What proportion of national wealth is spent on education?* Paris: OECD Publishing. Verfügbar unter <http://www.oecd.org/edu/education-at-a-glance-2014-indicators-by-chapter.htm>, Zugriff am 08.12.2014.
- Spehl, H., Feser, H. D., Schulze, P. M. u. a. (2005). *Regionalwirtschaftliche Wirkungen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz. Wertschöpfungs-, Einkommens- und Beschäftigungseffekte durch Bau und Betrieb der Einrichtungen* (TAURUS-Institut an der Universität Trier, Lehrstuhl VWL und Wirtschaftspolitik I TU Kaiserslautern und Institut für Statistik und Ökonometrie Johannes-Gutenberg-Universität Mainz), Universität Trier: Trier.
- Statistisches Bundesamt. (n.d.). *Entwicklung der Einwohnerzahl in Brandenburg von 1961 bis 2014 (in 1.000)*, Online verfügbar unter <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/155142/umfrage/entwicklung-der-bevoelkerung-von-brandenburg-seit-1961/>, Zugriff am 21.11.2015.
- Statistisches Bundesamt (2013a). *Hochschulen auf einen Blick. Ausgabe 2013*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (2013b). *Finanzen der Hochschulen*. Fachserie 11 Reihe 4.5 – 2013. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (2015). *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*, Fachserie 18 Reihe 1.5 – 2015. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (2016). *Glossar: Laufende Ausgaben (Grundmittel)*, Online verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/BildungKulturfinanzen/Glossar/Laufende_Ausgaben.html, Zugriff am 28.01.2016.

Freya Gassmann, Konstantin Herrmann und Eike Emrich

4 Die qualitativen und quantitativen Datenerhebungsmethoden im Projekt

Gliederung

1	Einleitung.....	131
2	Qualitative und quantitative Befragung von Unternehmen, Studierenden und Absolventen.....	133
2.1	Qualitative Experten- und Unternehmensbefragung.....	133
2.2	Quantitative Studierendenbefragung.....	136
2.2.1	Inhalt und Ablauf der Befragung.....	136
2.2.2	Stichprobe, Rücklauf und Vergleich mit der Grundgesamtheit	138
2.3	Quantitative Absolventenbefragung.....	140
2.3.1	Inhalt und Ablauf der Befragung.....	140
2.3.2	Stichprobe, Rücklauf und Vergleich mit der Grundgesamtheit	143
3	Literatur.....	146

1 Einleitung

In diesem Kapitel werden zunächst einige allgemeine Grundsätze qualitativer und quantitativer Sozialforschung skizziert, die in dieser methodenpluralistischen Studie in Anlehnung an einschlägige Vorgängerstudien (vgl. Gassmann, Meyer, Emrich, Knoll & Staub-Ney, 2013) Beachtung finden. Im Anschluss daran wird das Design der qualitativen Befragung von Auskunftspersonen aus dem Umfeld der Universität und auch der quantitativen Befragung der Studierenden und Absolventen der Universität Potsdam erläutert. Das zum Einsatz kommende Verfahren zur Berechnung der regionalökonomischen Effekte wurde im Kontext der Kapitel 2 und 3 erläutert, um die komplexe Berechnungsmethodik im Zusammenhang mit der Diskussion der ökonomischen Effekte besser verdeutlichen zu können.

Insgesamt wird ein Methodenmix aus qualitativen und quantitativen Datenerhebungs- und Datenauswertungsmethoden angewandt. Die mündlichen Interviews sollen die subjektive Sicht der Befragten zur Thematik aufzeigen und durch ihren teils explorativen Charakter das Untersuchungsfeld öffnen. Der Strukturierungsgrad kann dabei von mittel bis niedrig je nach Interviewpartner variieren (Schnell, Hill & Esser, 2008, S. 323) und findet seinen Ausdruck in der Vorstrukturierung des Leitfadens. Hier wurde ein mittlerer Strukturierungsgrad gewählt, der als „roter Faden“ dient und den Ablauf der Kommunikation zwischen Interviewer und Interviewtem grob strukturiert, aber durchaus auch das notwendige Eingehen auf individuelle Einlassungen des Befragten erlaubt. Für einen reibungslosen Ablauf der Interviews sind methodische Regeln zu beachten, von denen hier nur einige wenige exemplarisch benannt werden sollen (vgl. z. B. Gläser & Laudel 2010, S. 111 ff.). So sollen z. B. an Anfang und Ende des Interviews leicht zu beantwortende, eine freundliche Atmosphäre begünstigende Fragen gestellt werden, um das „Eis zu Beginn der Befragung zu brechen“ und das Interview in entspannter Atmosphäre zu beenden und keine unangenehmen Erinnerungen zu hinterlassen.

Im Fall der quantitativen Befragungsmethoden wird den Befragten ein standardisierter Schlüsselreiz in Form einer schriftlich operationalisierten Frage dargeboten. Standardisierte schriftliche Verfahren sind daher notwendiger Weise im Gegensatz zu qualitativen Methoden als hoch strukturiert einzustufen (z. B. Mummendey, 1987). In die soziale Situation dieses äußerst ökonomischen Untersuchungsverfahrens wirkt jedoch eine prinzipielle Asymmetrie zwischen Fragesteller und Befragtem hinein, da der Befragte nur innerhalb bestimmter Antwortvorgaben wählen und sich somit in seinen Antwortmöglichkeiten als eingeeengt empfinden kann; man denke nur an den Extremfall einer Befragung im Fall eines Formulars. Nur in der Kategorie „Sonstige“ oder in offenen Textfeldern werden in standardisierten Instrumenten variierende Sichtweisen und Ergänzungen usw. zugelassen.

Der Rücklauf, also der Anteil der Antwortenden bezogen auf eine Grundgesamtheit oder die aus einer Grundgesamtheit gezogene Stichprobe, ist für schriftliche Befragungen von besonderem Stellenwert. Wenn die Vermutung besteht, dass sich die antwortenden Befragten von den potentiell nicht antwortenden Befragten in wichtigen Punkten des Antwortverhaltens systematisch unterscheiden, kann dieser Verzerrung nur durch einen möglichst umfassenden und verzerrungsfreien Rücklauf entgegengewirkt werden (Bortz und Döring, 2006). Um generell die

Rücklaufquote zu erhöhen, sollten die Befragten in angemessener Form über die Untersuchung informiert werden und gegebenenfalls Anreize geschaffen werden, um die Teilnahmewahrscheinlichkeit der ausgewählten Personengruppierung zu erhöhen (zur Total Design Method zwecks Rücklaufverbesserung s. Dillman, 1978).

2 Qualitative und quantitative Befragung von Unternehmen, Studierenden und Absolventen

Aufgrund positiver Erfahrungen im Rahmen von Studien mit ähnlicher Zielstellung wurde daran festgehalten, im Sinne des Methodenpluralismus neben der quantitativen Befragung der Studierenden und Absolventen der Universität Potsdam auch Experten aus Politik, Verbänden, Kultur und Wirtschaft qualitativ zu befragen. Für die qualitativen Expertengespräche wurde zunächst ein Leitfaden für die mittel strukturierten Interviews erstellt, mit dessen Hilfe insgesamt 18 Vertreter aus Politik (2), Kultur (1), Verbänden (6) und Wirtschaft (9) befragt wurden. Darüber hinaus erfolgte eine Kurzbefragung von drei Unternehmen in der Innenstadt Potsdams zur Untersuchung der Bedeutung, die sie Studierenden für ihr Unternehmen beimessen.

Im Folgenden werden die Auswahlprozesse und Themenschwerpunkte der Befragungen erläutert sowie Aufbau und Inhalte der genutzten Instrumente dargestellt.

2.1 Qualitative Experten- und Unternehmensbefragung

Im Frühjahr 2015 wurden exponierte Vertreter aus Politik, Kultur, Verbänden und Wirtschaft anhand einer Partnerliste der Universität Potsdam ausgewählt. Auswahlkriterium war die Erwartung, dass die ausgewählten Vertreter aufgrund ihrer beruflichen Positionen eine spezifische Kenntnis des Handlungsfeldes haben bzw. zu den potentiellen Abnehmern von Absolventen gehören und in der Region beheimatet sind oder berufsbedingt besondere Kenntnis davon haben. Zu dieser Gruppierung gehörten insbesondere Personen, die erweitert, die aufgrund ihrer thematischen Verknüpfung mit der Universität wichtige Informationen zur Bedeutung der Universität Potsdam für den regionalen Raum beisteuern können sollten. Speziell wurden Vertreter solcher Unternehmen ausgewählt, die zum einen zum Wirtschaftsraum in der Region und möglichst auch zum Nachbarland Berlin Auskunft geben können, zum anderen solche Unternehmen, die aufgrund

ihres Spezialisierungsgrads vermutlich viele Akademiker beschäftigen. Die Kontaktaufnahme mit den Vertretern erfolgte sowohl schriftlich per E-Mail als auch mündlich per Telefon. Mit Zustimmung der Befragten wurden die von einem geschulten Interviewer durchgeführten Interviews auf Tonband aufgenommen und anschließend unter Wahrung der Anonymität transkribiert. Die leitfadengestützten Interviews dauerten zwischen 26 und 81 Minuten. Die inhaltsanalytische Auswertung der Daten wurde mithilfe der qualitativen Datenanalysesoftware MAXQDA 12 durchgeführt. Anhand des Leitfadens der Befragung wurde ein Codesystem erstellt, dem die jeweiligen Aussagen der Befragten zugeordnet wurden.

Gegenstand der Interviews waren die subjektiven Einschätzungen, Haltungen und Sichtweisen der ausgewählten Befragungspersonen zur Universität Potsdam und ihren vermuteten regional-ökonomischen Effekten. Nach einer kurzen Einführung in die Thematik und Darstellung des Studienziels wurden die Befragten gebeten, anzugeben, welche Bedeutung sie der Universität Potsdam im Allgemeinen für die Region und im Speziellen für ihre Branche beimessen. Daran schlossen sich Fragen zu ihren Erwartungen an die Universität und ihre Einrichtungen sowie zu bestehenden Kooperationen oder inhaltlichen Verbindungen mit der Universität an.

Im zweiten Block stand die Universität als Personalproduzent im Fokus. Inwiefern die Universität für den regionalen Arbeitsmarkt ausbildet und welche Rolle Studierende und Absolventen in den Unternehmen oder im Rahmen der unternehmerischen Strategien der Befragten spielen, wurde vorab erfragt. Die Unterschiede zwischen Fachhochschule und Universität sollten dabei genauso betrachtet werden, wie die durch den Bolognaprozess veränderten Studienabschlüsse und deren Akzeptanz im Arbeitsmarkt sowie die mit Absolventen neuer Abschlüsse gemachten Erfahrungen.

Im dritten Block wurde die Region selbst in den Fokus gerückt. Die Experten wurden gebeten, den regionalen Wirtschafts- und Bildungsraum zu beurteilen und seine Chancen und Risiken, kurzum seine Möglichkeiten, gegen das Nachbarland Berlin abzugrenzen. Ein Szenario, in dem die Uni wächst oder sich verkleinern muss, diente dazu, die Bedeutung, die die Universität für die Experten hat, klarer herauszuarbeiten. Darüber hinaus sollten die Befragten das Image der Region beurteilen (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Themen der Leitfadeninterviews.

<p>Zur Universität allgemein</p> <p>Erwartungen der Unternehmen an die Universität Potsdam Bedeutung der Universität Potsdam für das eigene Unternehmen</p> <p>Kooperationen zwischen Unternehmen und Universität:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bedeutung der Kooperation für das Unternehmen • Karrieremessen, Hochschulmarketing • Einschätzung der Kommunikation von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft • Zusammenarbeit mit einem Unternehmensverband <p>Ausbildung an der Universität</p> <p><u>Studierende</u></p> <p>Künftige Beschäftigung von Studierenden der Universität Potsdam (aus Unternehmenssicht)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bindung von Studierenden durch Praxissemester • Betreuung von Abschlussarbeiten von Studierenden der Universität Potsdam <p>Beschäftigung von Studierenden aus anderen Universitäten oder Fachhochschulen im jeweiligen Unternehmen</p> <p>Erwartungen an die Studierenden der Universität Potsdam bzgl. Fachrichtung, Kenntnisse, Schlüsselkompetenzen oder Praxiserfahrungen</p> <p><u>Absolventen</u></p> <p>Erwartungen an die Absolventen der Universität Potsdam (aus Unternehmenssicht)? Notwendige Eigenschaften von Absolventen, um im jeweiligen Unternehmen erfolgreich arbeiten zu können</p> <p>Gewünschte fachliche Kenntnisse, Unterschied zur beruflichen Ausbildung Gewünschte theoretische Kenntnisse (analytisches Denken, Kreativität etc.) im Vergleich zur Bedeutung von Praxiserfahrungen</p> <p>Bedeutung von Soft Skills (interkulturelle Kompetenz und Sprachen)</p> <p>Welche Aspekte spielen eine Rolle für die Auswahl von Arbeitnehmern (Lücken im Lebenslauf, Regelstudienzeit, Soziale Faktoren)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nachfrage nach speziellen Fächern • Abschluss der Absolventen (Diplom, Bachelor, Master, Promotion) <p>Akzeptanz für Bachelor/Master</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bewertung des Bologna Prozesses für das Unternehmen <p>Unterschied zwischen Absolventen der Universität und Fachhochschule</p> <p>Region</p> <p>Leistung der Universität Potsdam für die Region Ansiedlung von Unternehmen aufgrund der Hochschullandschaft Bedeutung/Stellung der Universität Potsdam für Brandenburg Überregionale Bedeutung Universität Potsdam Universität Potsdam als Aushängeschild für die Stadt/Region Studierende als Wirtschaftsfaktor</p> <ul style="list-style-type: none"> • Studierende als Konsumenten in der Region • Wohnungsmarkt in Potsdam <p>Verhältnis zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg</p> <ul style="list-style-type: none"> • Konkurrenz um Personal? • Konkurrenz um Studierende zwischen den Universitäten <p>Fachkräftemangel in der Region Image der Region</p> <ul style="list-style-type: none"> • Image der Region Potsdam (trennbar von Berlin) • Image von Brandenburg <p>Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Fachhochschulen und Universitäten</p>

In allen leitfadengestützten Interviews wurde versucht, in der sozialen Situation der Befragung Asymmetrien zwischen Interviewer und Interviewtem auf ein Minimum zu reduzieren und deshalb grundsätzlich eine subjektbezogene Perspektive gewählt. Alle Befragten hatten so die Chance, ausreichend zu jedem Punkt Stellung zu beziehen und ohne rigide Bindung an die Abfolge der Fragen antworten zu müssen, damit der Redefluss nicht gestört wurde.

2.2 Quantitative Studierendenbefragung

Alle Studierenden der Universität Potsdam, die zum Zeitpunkt der Befragung immatrikuliert waren, wurden zur Teilnahme an der Onlinebefragung eingeladen. Der Fragebogen enthielt Fragen zum Studium, dessen Bewertung, zur Wohn- und Arbeitssituation und zu den Erwartungen an die eigene Zukunft sowie Fragen zur Einschätzung des Landes Brandenburgs und der Stadt Potsdam.

2.2.1 Inhalt und Ablauf der Befragung

Von Mitte Juni bis Anfang September 2015 wurde die Onlinebefragung der Studierenden durchgeführt. Alle immatrikulierten Studierenden wurden per E-Mail durch das Studierendensekretariat der Universität Potsdam¹ zur Teilnahme an der Befragung über eine persönliche Ansprache eingeladen und insgesamt zweimal an die Befragung erinnert, darüber hinaus wurden 50 Plakate an zentralen Punkten innerhalb der Universität aufgehängt, um auf die per E-Mail verschickten Einladungen zur Mitwirkung an der Befragung aufmerksam zu machen.

Der Onlinezugang zur Befragung wurde durch ein Passwort geschützt, sodass nur Empfänger der E-Mail auf den Fragebogen Zugriff hatten. Angeschrieben wurden die Studierenden auf Basis der E-Mail-Adresse, die im Dezernat für Studienangelegenheiten der Universität Potsdam hinterlegt war. Als Anreiz zur Beantwortung des Fragebogens wurden unter allen Teilnehmern, die den Fragebogen vollständig ausgefüllt hatten, zehn Amazon-Gutscheine im Wert von je 50 Euro verlost. Der lange Befragungszeitraum ergab sich, um zu verhindern, dass die Befragung nur in der Prüfungszeit oder den Semesterferien der Studierenden stattfand und es so zu unerwünschten Selektionseffekten gekommen wäre.

1 An dieser Stelle möchten sich die Autoren bei den Mitarbeitern des Dezernats für Studienangelegenheiten, Frau Dr. Sabina Bieber und Herrn Michael Mihahn, für die wertvolle Unterstützung bedanken.

Im Onlinefragebogen wurden die Studierenden zu ihrem derzeitigen Studium an der Universität Potsdam, zu ihren Gründen für die Wahl des Studienorts Potsdam, zur Zufriedenheit mit dem Studium, zu ihren Erwartungen an das Studium und ihrer beruflichen Zukunft befragt. Hinzu kamen Fragen zur Wohnsituation und zur Mobilität der Studierenden sowie Fragen über ihre Erwerbstätigkeit neben dem Studium und zur Vereinbarkeit von Studium, Arbeit und Freizeit. Einnahmen und Ausgaben der Studierenden stellten einen weiteren wichtigen Teil der quantitativen Befragung dar. Aufgeschlüsselt nach Einzelposten und mit ortsgebundener Angabe wurden die Ausgaben und Einnahmen pro Monat erhoben. Um die Erwerbserfahrungen der Studierenden umfassend zu betrachten, wurden auch ausgeübte Praktika mit in die Befragung eingeschlossen. Im Sinne der Triangulation kann so ein Vergleich mit den Angaben aus den Leitfadenterviews zur Absicherung der Ergebnisse gezogen werden. Vor Beantwortung des sozio-demographischen Fragenkomplexes am Ende des Fragebogens wurden die Studierenden gebeten, Angaben zu ihrer Bleibeabsicht nach dem Studium zu machen (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Themenbereiche der quantitativen Befragung der Studierenden der Universität Potsdam.

Studium an der Universität

- Studienbeginn, Studienfach, Abschlussart, Vergleich mit anderen Universitäten
- Zufriedenheit, Erwartungen, Probleme mit Studium und Universität
- Gründe für die Wahl der Universität Potsdam als Studienort

Leben der Studierenden

- Wohnsitz, Wohnform, Mobilität
- Praktika
- Stellenwert des Studiums
- Freizeittätigkeiten

Erwerbstätigkeit

- Vereinbarkeit mit Studium, Zeitmanagement, Probleme
- Art, Stundenanzahl, Häufigkeit, Regelmäßigkeit, Zugang

Finanzen

- Herkunft der Einnahmen
- Ausgaben (Wofür wird das Geld wo ausgegeben? Kostenübernahme durch Dritte?)
- Finanzielle Notlagen

Erwartungen für die Zukunft

- Verbleib in Brandenburg vs. andere Zielregion
- Gründe, Einfluss von Gehalt, Berufswünsche, Kontakte zu Unternehmen

Image

- Zuschreibungen Berlin, Brandenburg und Potsdam

Zur Person

- Ort der Hochschulzugangsberechtigung (HZB)
- Demografische Variablen (Alter, Geschlecht, Familienstand, Schul- und Berufsbildung der Eltern)

2.2.2 Stichprobe, Rücklauf und Vergleich mit der Grundgesamtheit

Zur Teilnahme an der Studierendenbefragung wurden alle Studierenden der Universität Potsdam des Sommersemesters 2015 per Mail eingeladen. Die erzielte Rücklaufquote mit etwa 10 % ist mit anderen Studierendenbefragungen vergleichbar. Der Vergleich der Verteilung einzelner Variablen im erhobenen Datensatz mit der Verteilung der Grundgesamtheit soll mögliche Verzerrungen im Datensatz erkennbar machen (siehe Tabelle 3 und Tabelle 4).

Tatsächlich ist der Anteil der weiblichen Studierenden an der Universität Potsdam mit rund 58 % generell etwas höher als der der männlichen Studierenden, dieser Unterschied spiegelt sich auch in der Verteilung der erhobenen Daten wider. Gleichzeitig ist, wie häufig in quantitativen Befragungen, eine leichte Unterrepräsentiertheit der Männer zu erkennen (vgl. z. B. Sax, Gilmartin,

Bryant, 2003). Bezogen auf den Ort, an dem die Hochschulzugangsberechtigung erlangt wurde, sind die Studierenden aus Brandenburg im Datensatz leicht überrepräsentiert. Die Neuimmatrikulierten sind im Datensatz ebenfalls etwas überrepräsentiert.

Tabelle 3: Vergleich der Studierendenbefragung mit der Grundgesamtheit mittels ausgewählter Merkmale.

	Studierende der Universität Potsdam (Stand SS 2015)		Befragung Studierende	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Gesamt	18.961	100,0 %	1.811	100,0 %
Männlich	7.885	41,6 %	618	34,1 %
Weiblich	11.076	58,4 %	1.193	65,9 %
HZB in Brandenburg	5.071	26,7 %	546	30 %
Neu-/Erstimmatrikulierte	539	2,8 %	85	4,7 %

Der Vergleich der Fakultätszugehörigkeit der Studierenden im Datensatz mit der Grundgesamtheit zeigt nur geringe Unterschiede. Studierende der Juristischen Fakultät beteiligten sich etwas seltener an der Befragung, ihr Anteil ist um etwa fünf Prozentpunkte geringer als in der Grundgesamtheit. Im Vergleich dazu sind die Studierenden der Humanwissenschaftlichen Fakultät leicht überrepräsentiert. Es ist davon auszugehen, dass trotz der leichten Unterschiede in den Verteilungen die Zugehörigkeit der Studierenden zu den einzelnen Fakultäten ohne größere Verzerrungen abgebildet werden kann (s. Tabelle 4). Insgesamt sind die Unterschiede im Rücklauf bezogen auf die in Tabelle 3 und 4 vorgenommenen Vergleiche statistisch als nicht bedeutsam einzustufen.

Tabelle 4: Vergleich der Fakultätszugehörigkeit der Studierenden im Datensatz mit der Grundgesamtheit.

Fakultät	Studierende der Universität Potsdam (Stand SS 2015)		Befragung Studierende	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Juristische Fakultät	2.178	11,5 %	141	6,2 %
Philosophische Fakultät	5.242	27,6 %	558	24,4 %
Humanwissenschaftliche Fakultät	3.073	16,2 %	450	19,7 %
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät	3.474	18,3 %	459	17,8 %
Mathematisch- und Naturwissenschaftliche Fakultät	4.994	26,3 %	603	26,3 %
Sonstige	-	-	79	3,4 %
Gesamt	18.961	100 %	2.290	100 %

Der Vergleich der Kennzahlen zwischen der Stichprobe und der Grundgesamtheit ergab keine größeren Abweichungen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Auswertungen valide sind. Die erhobenen Daten aus der Studierendenbefragung werden in den Kapiteln 6, 7 und 8 ausgewertet.

2.3 Quantitative Absolventenbefragung

Die Absolventinnen und Absolventen² der Universität Potsdam wurden ebenfalls dazu eingeladen, an einer Online-Befragung teilzunehmen und Fragen zu Ihrem Studienverlauf, dessen Bewertung, zu ihrer Lebens- und Arbeitssituation, ihren Erwartungen an die Zukunft sowie zu ihrer Einschätzung des Landes Brandenburgs zu beantworten.

2.3.1 Inhalt und Ablauf der Befragung

Die Absolventenbefragung fand vom 16.11.2015 bis zum 06.02.2016 mittels standardisierter Onlinebefragung statt. Der lange Befragungszeitraum begründete sich zum einen mit den Weihnachtsferien und dem Jahreswechsel, aufgrund dessen zu vermuten war, dass solche Anfragen liegen bleiben könnten, zum anderen mit der Schwierigkeit der Kontaktaufnahme mit den Absolventen der Universität

2 Im Folgenden wird aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung nur die männliche Form verwendet. Es sind jedoch stets Personen männlichen und weiblichen Geschlechts gleichermaßen gemeint.

Potsdam. Da die Gesetzgebung des Landes Brandenburgs der Universität Potsdam bzw. allen Behörden, Einrichtungen und sonstigen öffentlichen Stellen des Landes die Verarbeitung personenbezogener Daten untersagt, war es nicht möglich, die Absolventen direkt über ihre Wohnanschriften zu kontaktieren. Das Gesetz will den Einzelnen davor schützen, dass er durch die Verarbeitung oder Weitergabe seiner Daten durch öffentliche Stellen in unzulässiger Weise in seinem Grundrecht der Selbstbestimmung über Preisgabe und Verwendung seiner Daten beeinträchtigt wird (vgl. § 1; § 2; § 28 des brandenburgischen Datenschutzgesetzes). Aufgrund dieser Einschränkung konnten in einem ersten Zugang nur die Absolventen per E-Mail kontaktiert werden, die sich freiwillig im Alumni-Portal der Universität Potsdam registriert hatten. Das Alumni-Portal lädt alle ehemaligen Studierenden dazu ein, sich zu registrieren, um auch noch nach ihrem Studium in Kontakt mit der Universität zu bleiben und die Angebote des Absolventenprogramms nutzen zu können (Alumni-Programm, 2016). Rund 6.000 Alumni sind in diesem Portal registriert. Mit Hilfe eines Aufrufs und zwei weiterer Erinnerungsschreiben wurden die Alumni auf die Umfrage hingewiesen. Neben dem Alumni-Portal³ wurden in einem zweiten Zugang die sozialen Netzwerke der Universität Potsdam genutzt, um eine möglichst große Stichprobe zu generieren, unter anderem wurden Bekanntmachungen bei Facebook, Twitter, Xing und LinkedIn sowie eine Erinnerung an die Befragung geschaltet. Zur Erhöhung der Responserate wurden auch hier unter allen Teilnehmern zehn Amazon-Gutscheine im Wert von je 50 Euro verlost. Da teils sehr detaillierte Informationen zum Studium und der Zeit nach dem Studium erfragt wurden, richtete sich die Befragung nur an Absolventen, die nach dem 01.01.2007 ihren Abschluss an der Universität Potsdam erworben haben.

Der Absolventenfragebogen war in mehrere Teile unterteilt, die einen idealtypischen chronologischen Verlauf von Studium und Eintritt in das Erwerbsleben nachzeichnen⁴ (vgl. Tabelle 5). Im Einzelnen wurden die Absolventen zu ihrem Studium an der Universität Potsdam befragt, wie sie das Studium rückblickend

3 An dieser Stelle möchten sich die Autoren bei den Mitarbeitern des Alumni-Portals, Herrn Eric Makswit und Frau Janny Armbruster, und den Mitarbeitern der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der Universität Potsdam, nämlich Frau Silvana Seppä und Frau Silke Engel sowie Herrn Christoh Beier, für die Unterstützung bedanken.

4 Bei der Erstellung des Fragebogens orientierten sich die Autoren an den Fragebögen folgender Studien: HIS; KOAB (INCHER-Kassel) und Reflex (Schweizer Hochschulabsolventenbefragung), vgl. dazu Emrich, Meyer & Rampeltshammer (2013) und Gassmann, Emrich, Meyer & Rampeltshammer (2015).

bewerten und ob sie anderen Studierwilligen dort ein Studium empfehlen würden. Anschließend folgten Fragen zu praktischen Ausbildungsphasen, wie sie für Lehrer oder Juristen vorgesehen sind, darauf Fragen zum Eintritt in den Arbeitsmarkt sowie danach, welche Arbeitsverhältnisse die Absolventen seit dem Abschluss der Ausbildung eingegangen sind. Absolventen, die bislang noch nicht in den Arbeitsmarkt eingetreten und solche die zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslos waren, wurden nach ihren Gründen für die Arbeitslosigkeit und nach wichtigen Aspekten der Arbeitssuche gefragt. Daran schloss sich die Erhebung der Einschätzung der derzeitigen beruflichen Situation und der kurz- oder langfristigen Zukunftsplanung an. Es folgte die Bitte um Einschätzungen zur Region als möglichem Arbeitsort und zu den beruflichen Möglichkeiten, bevor der übliche sozio-demografische Fragenkomplex die Befragung abschloss.

Tabelle 5: Themen der quantitativen Befragung der Absolventen der Universität Potsdam.

Studienverlauf

- Studienberechtigung, Studienfach, Studienabschluss, Abschlussnote,
- Weiteres Studium an anderen Hochschulen, Auslandssemester, Studienunterbrechungen
- Bewertung des Studiums, Schwierigkeiten und Erwartungen
- Studienfinanzierung, Erwerbstätigkeit, Praktika
- Verbleib in Brandenburg nach dem Studium und Gründe des Verbleibs/Abwanderung

Berufseinstieg

- Referendariat, Vikariat, Anerkennung-/Berufspraktikum
- Anzahl der Bewerbungen, Dauer bis zum Berufseinstieg, Schwierigkeiten

Arbeitsmarkt

- Anstellungsart, Arbeitszeit, Einkommen, Ort der Anstellung, Branche, Position, Betriebsgröße, Zufriedenheit, Eingewöhnung, Kündigung (je Anstellung seit Studienabschluss)
- Arbeitslosigkeit (Gründe, Schwierigkeiten, Kriterien)
- Einschätzung der derzeitigen beruflichen Situation (Kompetenzniveau, Work-Life-Balance, Entscheidungen wieder so treffen?)

Image

- Bewertung der Region Berlin-Brandenburg

Zur Person

- Sozio-demografische Variablen (Alter, Geschlecht, Familienstand, Schul- und Berufsbildung der Eltern und des Partners)

2.3.2 Stichprobe, Rücklauf und Vergleich mit der Grundgesamtheit

In Zusammenarbeit mit dem Alumni-Portal und der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit wurde versucht, eine weite Verbreitung des Befragungsinstruments herzustellen. Da der Universität aufgrund rechtlicher Auflagen keine Kontaktdaten vorliegen, mussten die Absolventen auf diesem Wege kontaktiert werden. Insgesamt nahmen 532 Personen an der Befragung teil, von denen 352 die Befragung vollständig abschlossen. Zwischen 2007 und dem Start der Befragung erwarben etwa 25.000 Absolventen ihren Abschluss an der Universität Potsdam (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Anzahl der Absolventinnen und Absolventen der einzelnen Fakultäten der Universität Potsdam seit 2007.

Fakultät	Absolventen der Universität Potsdam								
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015 Gesamt
Juristische Fakultät	-	207	-	190	174	171	223	240	- 1205
Philosophische Fakultät	-	632	-	908	944	997	1204	1080	- 5765
Humanwissenschaftliche Fakultät	-	282	-	425	503	575	630	474	- 2889
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät	-	481	-	663	785	662	759	756	- 4106
Mathematisch- und Naturwissenschaftliche Fakultät	-	720	-	850	928	1006	1015	1053	- 5572
Gesamt	2.044*	2.322	2.679*	3.036	3.334	3.411	3.831	3.603	3.002** 27.262

* Schätzwert, da keine Daten vorliegen (Mittelwert aus dem Jahr zuvor und danach).

** Schätzwert, da noch keine Daten bis November 2015 vorlagen.

Der Rücklauf betrug damit weniger als 2% und lässt sich durch die fehlenden Kontaktdaten der Absolventen erklären. Berücksichtigt man, dass die befragten Personen im Datensatz mehrere Abschlüsse an der Universität Potsdam erlangt haben können, verbessert sich das Verhältnis des Rücklaufs zur Grundgesamtheit, da hier die Köpfe und nicht die Abschlussprüfungen gezählt wurden. Trotz des quantitativ unbefriedigenden Rücklaufs kann der Datensatz die Verteilung der Absolventen auf die fünf Fakultäten der Universität Potsdam zufriedenstellend abbilden (vgl. Tabelle 7). Lediglich die Absolventen der Philosophischen Fakultät sind leicht unter-, die der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät leicht überrepräsentiert.

Tabelle 7: Vergleich der Fakultätszugehörigkeit der Absolventen im Datensatz mit der Grundgesamtheit.

Fakultät	Absolventen der Universität Potsdam		Befragung der Absolventen	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Juristische Fakultät	1.205	6,2 %	24	5,1 %
Philosophische Fakultät	5.765	29,5 %	117	24,7 %
Humanwissenschaftliche Fakultät	2.889	14,8 %	63	13,3 %
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät	4.106	21,0 %	137	28,9 %
Mathematisch- und Naturwissenschaftliche Fakultät	5.572	28,5 %	130	27,4 %
Andere	-	-	3	0,6 %
Gesamt	19.537*	100 %	474	100 %

*Anzahl der Absolventen aus den Jahren 2008, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014.

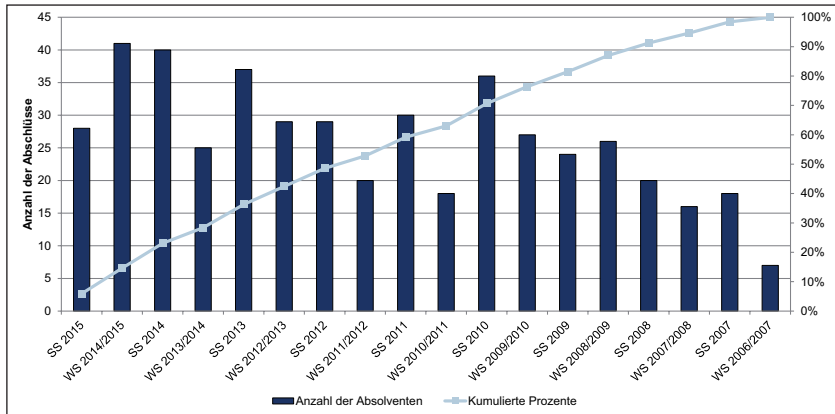
Beim Vergleich des Rücklaufs der Befragung mit der Grundgesamtheit in Bezug auf den Ort der Hochschulzugangsberechtigung (HZB), sind die Absolventen aus Berlin und dem Ausland leicht unterrepräsentiert (vgl. Tabelle 8). Die Absolventen, die ihre HZB außerhalb von Brandenburg und Berlin erworben haben, sind im Datensatz etwas stärker vertreten (plus 6 Prozentpunkte) als es in der Grundgesamtheit der Fall ist. Für die Auswertung ergeben sich hierbei keine Schwierigkeiten, da diese Gruppe von besonderem Interesse bei der Betrachtung der sozioökonomischen Effekte der Universität Potsdam ist.

Tabelle 8: Vergleich der Anzahl der Absolventen der Universität Potsdam im Datensatz mit der Grundgesamtheit in Abhängigkeit vom Ort der Hochschulzugangsberechtigung (HZB).

Ort der HZB	Absolventen der Universität Potsdam					Befragung der Absolventen	
	2012	2013	2014	Gesamt	Anteil	Anzahl	Anteil
Brandenburg	1.094	1.233	1.075	3.402	31,4 %	192	36,9 %
Berlin	1.043	1.203	1.081	3.327	30,7 %	130	25,0 %
anderes Bundesland	917	1.053	1.000	2.970	27,4 %	179	34,4 %
Ausland	212	218	283	713	6,6 %	20	3,8 %
keine Angabe	145	124	164	433	3,9 %	-	-
Gesamt	3.411	3.831	3.603	10.845	100 %	521	100 %

Neben der Fakultät, an der die Absolventen ihren Abschluss ableigten, und dem Ort der Hochschulzugangsberechtigung soll zum Abgleich des Rücklaufs auch der Zeitpunkt des Erwerbs des Studienabschlusses dargestellt werden (vgl. Abbildung 1). Da sich die Bitte um Teilnahme an der Befragung nur an Absolventen richtete, die nach dem 01.01.2007 ihren Abschluss an der Universität Potsdam erworben haben, beschränkt sich der Rücklauf auch nur auf diesen Zeitraum. Insgesamt lässt sich feststellen, dass ein zufriedenstellender Rücklauf aus allen Prüfungsjahren zu verzeichnen ist. Die Abnahme in den weiter zurückliegenden Jahren ist angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten einer erfolgreichen Kontaktierung mit fortschreitendem zeitlichem Abstand zum Zeitpunkt des Abschlusses erklärbar. 25% der Absolventen aus dem Datensatz legten ihre letzte Prüfungsleistung nach dem Wintersemester 2013/14 ab, die Hälfte der Befragten innerhalb der letzten drei Jahre. In Anbetracht der steigenden Zahl der Absolventen verläuft der Rücklauf aus der Befragung parallel zur Entwicklung der Zahl erfolgreich abgeschlossener letzter Prüfungsleistungen an der Universität Potsdam.

Abbildung 1: Zeitpunkt der letzten Prüfungsleistung der Absolventen im Datensatz; Anzahl je Semester und Kumulierte Prozent aller Antwortenden.



Der Vergleich zwischen den erhobenen Daten sowie der Grundgesamtheit in den zur Verfügung stehenden Kennzahlen ergab keine größeren Abweichungen. Daher sollen die zur Verfügung stehenden Daten in Kapitel 9 und 10 trotz des geringen Rücklaufes ausgewertet werden. Insgesamt ist jedoch aufgrund der geringen Rücklaufquote mit einem höheren Stichprobenfehler zu rechnen, weshalb die Ergebnisse mit einer gewissen Vorsicht betrachtet werden müssen.

3 Literatur

- Alumni-Programm. (2016). *Ein lebenslanges Netzwerk*. Online verfügbar unter: <https://www.uni-potsdam.de/alumni/index.html>, Zugriff am 07.03.2016.
- Bortz, J. & Döring, N. (2006). *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler* (4., überarbeitete Auflage). Heidelberg: Springer.
- Brandenburgisches Datenschutzgesetz. (2015). *Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten im Land Brandenburg* (Brandenburgisches Datenschutzgesetz – BbgDSG). Online verfügbar unter: http://bravors.brandenburg.de/gesetze/bbgdsg_2015, Zugriff am 19.02.2016.
- Dillman, D. A. (1978). *Mail and Telephone Surveys. The Total Design Method*. John Wiley & Sons: New York, Chichester, Brisbane, Toronto, Singapore.
- Emrich, E., Meyer, W. & Rampeltshammer, L. (Hrsg. 2013). *Die Universität des Saarlandes in sozio-ökonomischer Perspektive. Ausgewählte Analysen sozialer und wirtschaftlicher Effekte*. universaar: Saarbrücken.
- Gassmann, F., Emrich, E., Meyer, W. & Rampeltshammer, L. (Hrsg. 2015). *Was kommt nach dem Studium an der Universität des Saarlandes? Empirische Befunde einer fächerübergreifenden Absolventenstudie*. Universaar: Saarbrücken.
- Gläser, J. & Laudel, G. (2010). *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*. 4. Auflage. Wiesbaden. VS Verlag.
- Mummendey, H. D. (1987). *Die Fragebogen-Methode*. Göttingen, Toronto, Zürich: Hogrefe.
- Sax, L., Gilmartin, S. & Bryant, A. (2003). Assessing response rates and non-response bias in web and paper surveys. *Research in Higher Education*, 44, 4, S. 409–432.
- Scheuch, E. K. (1973). Das Interview in der Sozialforschung. In König, R. (Hrsg.). *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Bd. 2, Erster Teil. S. 66–190, Stuttgart: Enke Verlag.
- Schnell, R.; Hill, P. B. & Esser, E. (2008). *Methoden der empirischen Sozialforschung* (8. unveränderte Auflage). München & Wien: Oldenbourg Verlag.
- Weber, M. (1980 [1921]). *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. 5. Auflage. Tübingen: Mohr.

Konstantin Herrmann, Eike Emrich und Freya Gassmann

5 Die Universität Potsdam, ihre Studierenden, Absolventinnen und Absolventen aus der Sicht von Wirtschaft, Verbänden und Politik – Ergebnisse qualitativer Interviews

Gliederung

1	Einleitung	150
2	Die Bedeutung der Universität und ihre regionalökonomischen Effekte	151
3	Studierende und Absolventen der Universität Potsdam aus Sicht befragter Experten.....	159
	3.1 Studierende als Arbeitskräfte.....	159
	3.2 Fähigkeiten der Absolventen	160
	3.3 Auswahl der Absolventen durch die Unternehmen.....	162
4	Probleme und Entwicklungspotentiale der Universität Potsdam aus Befragtersicht	164
	4.1 Kooperationen zwischen Unternehmen und Universität.....	169
	4.2 Die Bewertung der Passungsfähigkeit von gezielten Hochschulinvestitionen, regionaler Technologiepolitik und praxisnaher Wirtschaftsförderung	175
	4.3 Brandenburg und Berlin – zwischen Konkurrenz und Kooperation	181
	4.4 Kulturelle Effekte der Universität Potsdam – Zum Image der Stadt Berlin, des Landes Brandenburg und der Stadt Potsdam.....	184
5	Die Bewertung brandenburgischer Bildungspolitik	188
6	Unterschiede zwischen Universität und Fachhochschule	189
7	Zusammenfassung.....	192
8	Literatur.....	195
9	Anhang	195

1 Einleitung

Um die Bedeutung der Universität Potsdam aus Sicht der Wirtschaft, Industrie, Kultur und Politik zu untersuchen, wurden qualitative Interviews mit Experten aus Wirtschaft, Verbänden und Politik geführt. Erfragt wurden die subjektiven Einschätzungen, Haltungen und Sichtweisen zur Universität Potsdam und ihren regionalökonomischen Effekten, wobei wir davon ausgehen, dass die Zugehörigkeit zu bestimmten Bezugsgruppierungen auch eine Tendenz zur gruppierungsspezifischen Homogenität von Interessen und Sichtweisen mit sich bringt und sich in der Tendenz der Aussagen widerspiegeln kann, was gleichzeitig zu einer erhöhten Sensibilität in der Auswertung und Interpretation der Aussagen mahnt.

Im Frühjahr 2015 wurden insgesamt 18 leitfadengestützte Interviews mit Vertretern von Unternehmen (U), Verbänden (V), Kultur (K) und Politik (P) aus der Region Brandenburg/Berlin durchgeführt. Die von einem qualifizierten Institutsmitarbeiter geführten Leitfadeninterviews wurden mit einem Tonbandgerät aufgezeichnet und dauerten zwischen 26 Minuten im Minimum und 81 im Maximum. Die Interviewpartner (zur Zusammensetzung der Stichprobe s. Tabelle 1) wurden durch telefonische Kontaktaufnahme oder per Email für eine Mitarbeit gewonnen. Die Auswahl der Unternehmen orientierte sich an dem Partnerkreis der Universität Potsdam.

Tabelle 1: Zusammensetzung der Stichprobe.

Stichprobenstruktur		Befragungsdauer	
		Min. – Max. in Minuten	Durchschnitt in Minuten
Unternehmen	U1-U9	26:00 – 61:00	41,3
Verbände	V1-V6	49:00 – 81:00	63,8
Politik	P1+P2	58:00 – 60:00	59,0
Kultur	K1-K3	2:00 – 26:00	11,0

Die im Rahmen der Leitfadeninterviews jeweils behandelten Themenschwerpunkte waren:

- die Bedeutung der Universität für das regionale Umfeld,
- die Funktion der Universität als Innovationsmotor und Produzent relevanten Wissens,
- die Bedeutung der Universität für den regionalen und angrenzenden Arbeitsmarkt, insbesondere für die Entwicklung und Bindung hochqualifizierter Fachkräfte in der Region,

- die Bedeutung der Universität Potsdam als Nachfrage stimulierender Wirtschaftsfaktor,
- Potentiale und Chancen der Studierenden sowie deren Wirkung als belebender Kulturfaktor,
- das Verhältnis zwischen der Universität Potsdam und den Berliner Universitäten,
- Probleme und Entwicklungspotentiale der Universität Potsdam,
- das Image der Universität Potsdam im Kontext des Landes Brandenburg und
- die hochschulbezogene Bildungspolitik Brandenburgs.

Die Antworten wurden unter Wahrung der Anonymität der Befragten transkribiert, danach erstellten und diskutierten zwei Mitarbeiter unter Zuhilfenahme des Leitfadens ein Codesystem. Mit Hilfe des Auswertungsprogramms MAXQDA 10 wurden dann nachfolgend alle Interviews EDV-gestützt inhaltsanalytisch auf Basis des Codesystems ausgewertet (vgl. Kuckartz 2010; Kuckartz, Dresing, Rädiker & Stefer 2008, Codesystems s. Tabelle A1 im Anhang dieses Kapitels). Die Darstellung und Interpretation der Ergebnisse folgt inhaltlich systematisch den Suchbegriffen und gruppiert typische Aussagen jeweils um die Suchbegriffe (nähere Informationen zur Methode vgl. Kapitel 4).

2 Die Bedeutung der Universität und ihre regionalökonomischen Effekte

„Potsdam ist schon der wichtigste Wissenschaftsstandort im Land Brandenburg und die Perle darin ist die Uni Potsdam.“ (V1)

Alle befragten Experten sehen in der Universität Potsdam einen wichtigen, wenn nicht den entscheidenden Standortfaktor für das Land Brandenburg und die Region Potsdam. Allein durch die hohe Anzahl der Studierenden sei die Universität Potsdam *„in Brandenburg (...) ganz klar Primus inter pares“* (V1) im Vergleich verschiedener Hochschulen und mit den Forschungseinrichtungen, die sich um die Universität herum angesiedelt haben, steige die Attraktivität der Universität weiter. Im Rahmen der Forschungseinrichtungen wird insbesondere das Hasso-Plattner-Institut als *„Juwel“* (V2) hervorgehoben, das nicht nur landesweite Relevanz besitze, sondern auch weiteres Entwicklungspotential in sich birge.

Die Universität Potsdam fördere insgesamt *„die Kreativität, die jungen Menschen, die Dynamik“* (U1) in der Region und sei ein wichtiger Grund dafür, dass sich der Standort *„als attraktiver Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort positioniert“* (U5). Investitionen in die Universität könne, ja müsse man damit *„als wesentliches Standbein der Stadt Potsdam und des ganzen Landes“* (P2) sehen, daraus *„entstehen Ideen, Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze“* (V5), die wiederum die Attraktivität der Region erhöhten und die nach Ansicht der Experten unbedingt weiter zu fördern sind.

Im Vergleich mit den großen traditionellen Universitätsstandorten Deutschlands, *„wir denken an Göttingen, an Tübingen, an Heidelberg, auch an Münster“* (P1), seien jedoch auch umweltbedingte Nachteile für die Universität Potsdam zu verzeichnen, denn *„das sind Städte, die haben auch mehr Studierende, aber da ist auch die ganze Universität, auch viel stärker in der Stadt verwurzelt“* (P1).

Eine solch lange Tradition hat die Universität Potsdam nicht aufzuweisen und damit ist die Akkumulierung von Reputationskapital im Vergleich niedriger einzuschätzen. Unabhängig davon, ob eine Universität eine Tradition habe oder nicht, sei allerdings grundsätzlich nicht zu verkennen *„dass eine Universität auch immer wichtig ist, für das kulturell-geistige Leben einer Stadt, einer Region“* (V4) und dieses zeige sich auch im Fall der Universität Potsdam. Letztlich finde durch die Universität Potsdam eine Aufwertung von Stadtteilen statt, insbesondere *„durch ihre vielen Standorte in der Stadt“* (U1); dafür stehe exemplarisch der Bereich *„am Neuen Palais“* (U1), für den erstaunlich sei, was dort *„für Leben entsteht und automatisch an Infrastruktur entsteht. Was da nicht sein würde, wenn da nur Museen wären, das ist toll. Und das könnte in dieser Größe kaum ein anderes Unternehmen darstellen“* (U1).

Lediglich ein Befragter aus dem Bereich der Politik beurteilt die „Strahlkraft“ des „Juwels“ der Universität Potsdam aufgrund der Konkurrenzlage zu den angrenzenden Universitäten Berlins etwas eingeschränkt und einige Experten aus den Verbänden schreiben der Brandenburgischen Technischen Universität in Cottbus/Senftenberg im Vergleich höhere regionalökonomische Wirkungen für die dortige Region zu:

„Ich glaube, dass der Stellenwert der Uni Potsdam in der Region viel, viel geringer ist, als der Stellenwert der Universität in Cottbus. Da spielt einfach so eine Universität eine ganz andere Rolle als hier.“ (P1)

Der Grund dafür liege in der Vielfalt der Einrichtungen in Potsdam und der Nähe zu Berlin begründet.

„Eine Hochschule wie Cottbus kann weiter strahlen, weil da eben nichts die Strahlung ablenkt. Weil da nichts ist. Potsdam kann natürlich nie so hell als Uni strahlen (...). Insofern strahlt es natürlich eher nach Westen und Süden und Brandenburg hinein, als nach Osten. Da ist sozusagen die dicke Wand und die dicke Wand heißt Berlin.“ (V4)

An anderen Hochschulstandorten, *„steht die ganze Stadt auf den Barrikaden, um ihre Universität zu verteidigen. Ich weiß nicht, ob man so etwas in Potsdam auch kriegen würde. Dafür ist die Universität so in der Stadt nicht wichtig genug“ (P1)*, lautet die Einschätzung.

Dass insgesamt die Hochschulen in Brandenburg eine bestimmte Ausrichtung haben und für ihr unmittelbares Umfeld von Bedeutung sind, ist für die Verbandsexperten kein Zufall:¹

„da ist ja damals eine sehr bewusste hochschulpolitische Entscheidung nach der Wende getroffen worden, dass man Hochschulen, also Fachhochschulen, damals, Universitäten, ganz bewusst an bestimmte Orte gesetzt hat, um dort Standortfaktoren zu schaffen. Und genauso funktioniert das jetzt auch. Cottbus, von den Fusionssachen mal abgesehen, Cottbus/Senfenberg bedient den südbrandenburgischen Teil, den sächsischen Teil, ein Stück weit. Die Fachhochschule Brandenburg, den westbrandenburger Teil, vielleicht noch ein bisschen den Norden. Gut Eberswalde ist dann zu klein. Aber Wildau sozusagen den östlichen Teil, nach Berlin rein. Die Viadrina hat auch eine Sonderstellung, so ein Stück weit. Da ist ganz bewusst eine Aufteilung auf Regionen vorgenommen worden.“ (V2)

Auch für die Experten aus dem Bereich der Verbände steht in der Gesamtbetrachtung die besondere überregionale Bedeutung der Universität Potsdam, trotz der Konkurrenz durch andere Hochschulen, außer Frage. So diene sie insbesondere als Produzent hochqualifizierter Fachkräfte, *„die Universität Potsdam bildet am Ende auch für den Arbeitsmarkt aus“ (V5)*. Gleichzeitig sei sie ein Magnet für junge Leute, die dann *„mal einen Fuß in der Tür Brandenburg haben“ (V1)* und im Sinne eines *„Klebeeffektes“ (V1)* in der Region gehalten werden können. So seien die Fachbereiche und Forschungseinrichtungen der Universität Potsdam

1 Denkbar ist, dass die befragten Verbandsvertreter mit dieser Einschätzung auch implizit ihren eigenen wirksam gewordenen Einfluss auf die Wissenschaftspolitik positiv bewerten.

in höherem Maße mit dem Land Brandenburg verbunden als vergleichsweise diejenigen der großen Universitäten in Berlin mit ihrem Umfeld. *„Wenn ich in Berlin sitze, dann sind mir die Probleme der Uckermark ganz weit entfernt. Und wenn ich in Potsdam sitze nicht“* (V4).

Wichtige Säulen in der universitären Qualifikation seien die *„Verwaltungswissenschaften, [die] spielen da traditionell eine große Rolle. Die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung und pädagogische Ausbildung ist immer eine große Säule der Universität Potsdam gewesen“* (V1) und unterstreiche damit den Stellenwert der Universität für die Region und das Land Brandenburg. Hinzu kommt das Hasso-Plattner-Institut, das *„spielt [im internationalen Vergleich; die Verf.] in der ersten Liga mit“* (V1). Einigkeit besteht für die befragten Experten darüber, dass die Universität Potsdam, *„als Ausbildungsstätte eine besondere Funktion [einnimmt; die Verf.], um das Thema Fachkräftesicherung im Land Brandenburg langfristig zu sichern“* (V5). Sie eröffne nicht nur einen potentiellen *„Pool von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“* (U2), sie sei auch ein *„attraktiver Rekrutierungskanal“* (U6) und in Verbindung mit den Fachhochschulen sei es insgesamt *„eine bunte Mischung aus den Absolventen, die hier entstehen“* (U1). Insbesondere die Lehrerausbildung an der Universität Potsdam sei für das Land Brandenburg extrem bedeutsam, denn *„Lehrkräfte zum Beispiel bilden nur Universitäten aus. Und wie ist das dicht dran an diesem Land“* (P1). Damit hat die Universität Potsdam *„einen sehr starken Bezug in die Schulpolitik hinein und in den öffentlichen Dienst hinein“* (V2), da auch die Verwaltungswissenschaften ein wichtiger Faktor sind.

Unternehmens- und deren Verbandsvertreter sehen somit die Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte an der Universität, den Wissenstransfer in die Wirtschaft, das Netzwerk mit der Universität und die Studierenden in ihrer Funktion als Kunden und Zielgruppe sowie als kulturelle Bereicherung als bedeutsamste universitäre Leistungen mit Relevanz für regionale Unternehmen und die Region. Dabei sei es auffällig, *„wie offen und aktiv sie [Mitarbeiter der Universität; die Verf.] auf die regionale Wirtschaft zugehen“* (V1). Insbesondere die Produktion von wertbarem Wissen sehen Unternehmensvertreter als wesentliches Erzeugnis der Universität Potsdam, das sie gerne stärker in den Unternehmensalltag einfließen lassen würden. *„Und so etwas kann man mit der Universität Potsdam ja auch aufbauen. Einfach mal zu gucken, einfach um Know-how zu sammeln“* (U7). Die Unternehmensvertreter möchten, *„einfach am Zeitgeschehen der Entwicklung im Bereich der Betriebswirtschaft auch mal ein bisschen teilhaben“* (U3).

Eine Universität wirke im Idealfall positiv auf die Region und die ansässigen Unternehmen, sie ermögliche Innovationsprozesse und steigere die Verknüpfung von verschiedensten Einrichtungen in der Region. Das sind „*vielen kleine bunte Dinge, die dann ein fruchtbares Netzwerk entstehen lassen*“ (U1). Und wenn man als Unternehmen „*eng gekoppelt ist, an den Erfolg der Region, sind das eher Dinge, die für uns dann positiv sind*“ (U5). Viele Ausführungen beziehen sich auf Unternehmen, die in hohem Maße vom Output der Universität profitieren. Nur wenige Befragte geben an „*relativ wenig damit zu tun*“ (U9) zu haben.

Die institutionellen Regelungen der Kooperation sind unterschiedlich. In einigen Fällen sind die Leitlinien einer Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft in „*Kooperationsvereinbarungen*“ (V1) schriftlich fixiert worden. In anderen Fällen ist „*die Erwartung (...) vielleicht die Zeit*“ (U4), die sich die Universität nehmen sollte, um interessante Projekte zu starten. Die Arbeitsweise der Universität, so wünscht sich ein Experte, soll „*inhaltlich offen*“ (P2) sein und beim Zeitmanagement „*muss man Etappen*“ (P2) setzen, damit am Ende verwertbare Ergebnisse erzielt werden könnten. Für die gesamte Region verspricht man sich jedoch unabhängig von der formalen Regelung der Kooperationen sehr viel von den Leistungen der Universität.

„Natürlich versprechen wir uns auch noch weitere Mehrwerte von Hochschulen. Es gibt zum Beispiel eine Initiative, (...) um nachhaltige Existenzgründungen, Unternehmensgründungen, die letztendlich Arbeitsplätze schaffen, hervorzubringen.“ (V5)

Dabei hegt man seitens der Politik die Erwartung, dass sich die Forschungsthemen auch an den Herausforderungen orientieren, die das Land Brandenburg zu bewältigen hat. Seien es die Energiewende, die medizinische Versorgung auf dem Land oder die zunehmende Landflucht. „*Das sind so Forschungsthemen, die ich mir wünsche, auch von der Uni. Und die es vielleicht auch gibt, die aber nicht ankommen*“ (P2).

Abhängig vom Unternehmen und dem jeweiligen Schwerpunkt würden „*die Leute von der Uni Potsdam [also die Absolventen, die Verf.] mit Kuschhand*“ (U1) genommen. Da Studierende zum Teil schon als Werkstudierende oder Praktikanten eingesetzt werden, ist „*der Einsatz in Brandenburgischen Unternehmen sofort möglich (...), das ist überhaupt kein Problem*“ (V1). Zu bedenken sei dabei allerdings, dass sich diese enge Beziehung zwischen Wirtschaft und Universität auf einen relativ klar umgrenzten regional umgrenzten Bereich erstreckt:

„Man kann fast mit einem Zirkel einen 20–30, 50 Kilometerkreis um jede Hochschule ziehen und da funktioniert das und darüber hinaus nicht. Und das geht Cottbus genauso wie Potsdam.“ (V2)

Ein Experte verweist auf die Probleme der Bindung von Absolventen aus verschiedenen Herkunftsregionen in Potsdam und Umgebung und konstatiert, dass *„die mentale Verankerung und die Aussicht, anschließend dann in Brandenburg berufstätig zu werden, ist, sagen wir mal, von vorne herein nicht gegeben“* sei (V1). Der Verbandsvertreter sieht hier insbesondere die Unternehmen in der Pflicht. Diese sollten sich besser präsentieren und aktiver auf die Absolventen zugehen, um die Karrieremöglichkeiten im Land Brandenburg aufzuzeigen und so Absolventen zu gewinnen.

Das Studienfach und die erworbene Qualifikation der Absolventen werden in diesem Kontext als wichtige differenzierende Einflussfaktoren betrachtet, wenn es darum geht, die Möglichkeiten abzuschätzen, in der Region einen entsprechenden Arbeitsplatz zu finden und sich längerfristig zu binden: *„Ich habe oder hätte Probleme zu identifizieren, was unsere geistes- und sozialwissenschaftlichen Absolventen der Universität Potsdam in Brandenburg machen sollten“* (V2). Die Industrie und Wirtschaft im Land Brandenburg suche Arbeitskräfte mit speziellen Qualifikationen,

„(...) gerade für unseren Bereich, Metall- und Elektroindustrie und Chemieindustrie. Da sind natürlich diese technischen Studiengänge im Fokus. Und die bietet konsequenter Weise natürlich die Universität so nicht. So dass sie schon ein wichtiger Player ist, aber jetzt nicht das zentrale Recruiting, der zentrale Recruitingort. Für spezielle betriebswirtschaftliche Bereiche schon. Für etliche naturwissenschaftliche Bereiche auch, aber dort steht sie, aus meiner Sichtweise, so ein bisschen im Schatten zu den naturwissenschaftlichen Feldern, beispielsweise der Humboldt Universität.“ (V2)

Eine weitere Schwierigkeit sei, dass die Universität *„mit dem Akademikeroutput, den sie da haben, entsprechend, vielleicht nicht bei den KMUs [kleine und mittlere Unternehmen, die Verf.] ankommen“* (V3). Die Wirtschaftsstruktur in Brandenburg sei intensiv durch Kleinteiligkeit geprägt und der Bedarf an Forschungs- und Entwicklungsbereichen sei überschaubar. *„Das eben, wie eine Uni halt, wenig menschliches Potential für Klein- und Mittelstand produziert“* (U1) wird es von einem Unternehmensvertreter beschrieben. Die im Schnitt geringe Unternehmensgröße führe zudem dazu, dass Absolventen sich gegen eine Anstellung in Brandenburg entschieden, da teilweise die Aufstiegschancen

fehlten, die es jedoch in Unternehmen gebe, die etwa in Berlin ihren Firmensitz haben. *„Die Leute gehen eben zu SAP und Oracle [US-amerikanischer Soft- und Hardwarehersteller; die Verf.] oder eben zu den großen Softwareberatern. Aber die wenigsten bleiben.“* (U1)

Andererseits führe die strategische Planung bei der Wahl des Unternehmensstandortes häufig dazu, dass eine Universität als positiver Ansiedlungsgrund gesehen werden könne. *„Natürlich macht, ich sage mal, die Verfügbarkeit von Fachkräften und akademischen Fachkräften insbesondere den Standort attraktiv“* (V3). Im Falle der Universität Potsdam gehen die Meinungen der Experten zur Bedeutung der Universität Potsdam als Ansiedlungsgrund auseinander. Zum einen dürfe die Nähe und Anbindung nach Berlin und seinen Universitäten einschließlich der damit verbundenen Konkurrenz nicht verkannt werden. Zum anderen seien aber auch viele Forschungseinrichtungen in Potsdam ansässig. Das Zusammenspiel von Universität und Forschungseinrichtungen ist von daher von besonderem Interesse für die Unternehmen und es ist *„schwer zu sagen, dass liegt jetzt zu so oder so viel Prozent an dem Vorhandensein der Universität und so oder so viel Prozent am Forschungsinstitut“* (P1).

Die bekannteste kooperierende Forschungseinrichtung, das Hasso-Plattner-Institut, Sorge allein schon für Interessenten am Standort Potsdam. *„Ich glaube aufgrund des HPI, sind ein paar IT-Firmen“* (V2), wie SAP nach Potsdam gekommen. Insgesamt profitiert die IT-Branche von der Nähe zwischen der Uni und den anderen Forschungsinstituten.

„Also ein Oracle und ein SAP, die siedeln sich ja eben an, wegen einer Hochschule und weil ganz klar ist, wenn wir mal größere Projekte machen, dann haben wir die Exzellenz vor dem Haus. Und ich glaube, da entsteht dann ein Sog, und der führt dann zur Ansiedlung.“ (U1)

Die *„Kreativität, die jungen Menschen, die Dynamik“* (U1) werden insbesondere als wichtige und langfristig gewinnbringende Faktoren aufgezeigt. Ausgründungen aus der Universität ließen sich häufig im Umkreis der Universitätsstandorte nieder und in Potsdam sei zu erkennen, *„dass der Ruf nach mehr Raum auch da ist“* (V5), da sich der Wissenschaftsstandort immer weiter vergrößere.

Was, bezüglich der Ansiedlungen, in Potsdam gelte, könne auch auf andere Standorte in Brandenburg übertragen werden.

„Da ist dann wiederum Cottbus schon fast eine Großstadt. Wenn ich dann so Dinge wie Eberswalde oder weiß ich was sehe, da spielen die Hochschulen noch mal eine ganz andere Rolle. Auch generell als Arbeitgeber. Im Sinne von, was kommt noch als Randdienstleistung automatisch mit. Und was siedelt sich da noch für Industrie an. Das sieht man zwar schon in Wildau. Was sozusagen im Dunstkreis an Technologieunternehmen entstanden ist.“ (U1)

Die Universität Potsdam profitiere auch davon, dass die verkehrsmäßige Anbindung nach Berlin gut ist und dass sie ihren Sitz in der Landeshauptstadt Brandenburgs habe. Darüber hinaus ziehe sie einen erheblichen Nutzen von den Forschungseinrichtungen im Umfeld. Welcher dieser Faktoren dann wie stark für die Unternehmen ins Gewicht fällt, ist an dieser Stelle nicht eindeutig zu klären. Der Standort scheint attraktiv und wird sich aus Befragtensicht wahrscheinlich weiter vergrößern. Darüber hinaus stellt die Universität Potsdam, also ihre Mitarbeiter und, vor allen Dingen, die Studierenden, für die Region einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar, dessen Effekte durch die enge Nähe zu Berlin beeinflusst werden.

Beispielsweise scheint für Studierende das Wohnen in Potsdam eher nicht erschwinglich zu sein. Die Mieten sind sehr hoch und Potsdam gleichzeitig sehr beliebt als Wohnort. Insofern überrascht es nicht, wenn es heißt, dass man da *„eigentlich auch gar keinen Wohnraum“* finde (P1), wobei man eigentlich präzisieren müsste: für Studierende bezahlbaren Wohnraum. Unabhängig von diesen Problemen im studentischen Wohnungsmarkt gehen einige Experten davon aus, dass Studierenden trotz ihres eher geringen monatlichen Budgets ein erheblicher Wirtschaftsfaktor in Potsdam sind: *„Das ist ein Wirtschaftsfaktor, auch für die Kneipen. Für alles, was man so kaufen kann“* (P2). *„Wenn die Studenten nicht da wären, oder die jungen Leute nicht da wären, dann könnte man auf der Brandenburger Straße, auf der Einkaufsmeile da drüben, oder auch diese ganzn Kneipenvielfalt oder Gaststättenvielfalt, die könnte sich Potsdam sonst gar nicht leisten“* (U7). Studentenclubs, Kleidung und der Konsum im Einzelhandel werden genannt, aber *„natürlich in Minimaus“* (U3).

Für einen Experten sind die Studierenden die direkteste Form der Wirtschaftsförderung. Zum einen kämen vielleicht Angehörige dieser in die Stadt und würden einkaufen, zum anderen führt es die Studierenden *„irgendwann in die weite Welt raus und die tragen natürlich den Gedanken von Potsdam, der Schönheit von Potsdam in ihrem Herzen und bringen das einfach weiter“* (U9).

Die Befragung einiger Gastronomen in der Stadt verstärkt den Eindruck, die Studierenden seien unter ihren Gästen durchaus in nennenswerter Zahl vertreten, *„ein Drittel sind bestimmt Studenten, die zu uns kommen und man merkt es schon“* (K3). Andere, sicher nicht unabhängig vom Zuschnitt der Gastronomie und der Preisstruktur, berichten, dass ihre Kundschaft nicht unbedingt aus Studierenden besteht und dass sie nicht merken würden, wenn keine Universität in Potsdam wäre. In Potsdam könne man nicht sicher sein, ob diese Nähe der Studierenden zu ihrem Universitätsstandort in dieser Form gegeben ist. Viele pendelten von Berlin aus an die Universität und die Stadt Potsdam sei in ihrer Geschichte, den Schlössern, Seen und Parks auch eher auf Touristen ausgerichtet. Studierende, so ein Gastronomievertreter, säßen lange und konsumieren wenig. Zudem seien die Preise der Studentenkneipen für andere Gastronomen nicht haltbar. Die Innenstadt Potsdams ist wohl *„eher auf den Tagestouristen ausgelegt, als auf den Studenten“* (V1) und der *„Wirtschaftsfaktor Student“* sei daher in Potsdam *„vernachlässigbar“* (V1).

3 Studierende und Absolventen der Universität Potsdam aus Sicht befragter Experten

Alle Befragten sind sich einig, dass die Studierenden das Leben der Stadt Potsdam prägen und entscheidend am kulturellen und sozialen Angebot mitwirken. Die Bedeutung einer Universität für die regionale Wirtschaft und Kultur lässt sich somit nicht auf die Produktion von jungen Arbeitskräften für den regionalen Arbeitsmarkt reduzieren, dennoch wird diese Funktion der Universität Potsdam von den befragten Experten mit Nachdruck zugeschrieben.

3.1 Studierende als Arbeitskräfte

In verschiedenen Bereichen der Gastronomie und Kultur herrschen Arbeitsbedingungen, die in hohem Maße mit den zeitlich flexiblen Möglichkeiten der Studierenden zusammenpassen. *„Weil, in der Gastro ist es so, dass bei uns es schlecht einschätzbar ist, wann, wo, wie Veranstaltungen sind. Also kann man schon machen, aber die sind meistens in den Abendstunden und dann auch oft in der Woche und das passt für die Studenten oft ganz gut“* (K1). *„Da ist man froh, wenn man einen Studenten hat, der über 18 ist, der auch noch ein bisschen Selbstverantwortung mit an den Tag legt“* (K3).

Während des Studiums gehören Studierende darüber hinaus zu einer beliebten Arbeitnehmergruppe vieler Unternehmen. Sie seien *„meistens motivierter, als wenn man sich sonst einen zum Kopieren besorgt, denken mehr mit und haben halt ein gewisses Eigeninteresse an dem, was hier gemacht wird“* (V4). Ein Studierender im Unternehmen, ob er fest angestellt ist, als Praktikant Erfahrungen sammelt oder in einem Projekt seine Abschlussarbeit schreibt, helfe in vielerlei Hinsicht weiter. Erst mal eingearbeitet, *„dann nehmen die uns auch Arbeit ab“* (K1), können etwas, *„was eine schöne Ergänzung ist, zu dem was die Leute hier so können“* (V4), und können durch ihren unvoreingenommenen Blick *„Lücken aufdecken, die über Jahre irgendwo aufgetreten sind“* (K1).

Die Vergabe von Abschlussarbeiten oder Praktikumsplätzen nehmen die Unternehmen gerne als *„Trockenschwimmen“* (V5), das heißt, dieser Zeitraum bietet die Möglichkeit einander früh kennenzulernen und nach dieser Testphase eine mögliche weitere Anstellung in Betracht zu ziehen. *„Betriebswirtschaftlich gesehen ist es natürlich immer ein Investment, von dem man sich wünscht, dass es sich lohnt, für beide“* (U4). Zudem würden die Ergebnisse aus Abschlussarbeiten genutzt, um Prozesse innerhalb des Unternehmens zu optimieren. *„Wir haben schon Leute gehabt, die in dem Bereich Controlling dann Systeme für uns erarbeitet haben und darüber eine Hausarbeit geschrieben haben, eine Bachelorarbeit. Wo wir gesagt haben, das ist wichtig, dass wir begleitet haben, wo wir anschließend auch gesagt haben, ist in Ordnung, setzen wir um, Punkt“* (U9).

Nicht nur die Unternehmen profitieren somit von einer Zusammenarbeit, auch die Studierenden können *„den Inhalt ihrer Abschlussarbeiten in einem Umfeld oder unter Rahmenbedingungen erarbeiten (...), der ihnen gleichzeitig noch ein praktisches Gegengewicht zur theoretischen Vorbildung geben. Das finde ich super“* (U6).

Experten, die noch keine Erfahrungen mit Studierenden im Betrieb gemacht haben, stehen einer Beschäftigung von Studierenden offen gegenüber und können sich gut vorstellen, Projektaufträge oder Abschlussarbeiten in Kooperation mit Studierenden der Universität durchzuführen.

3.2 Fähigkeiten der Absolventen

Die Diskussion darüber, welche Fähigkeiten universitäre Absolventen mitbringen müssen, um den regionalen Unternehmen als Arbeitskraft zu dienen, wird vielfältig geführt. Dabei wird die universitäre Ausbildung zumeist mit der Ausbildung an einer Fachhochschule verglichen, woraus sich bei der Be-

fragung der Experten eine fast schon klassisch zu nennende Debatte über die vergleichende Gewichtung von Theorie und Praxis im Vergleich des Studiums an einer Fachhochschule bzw. Universität ergibt.

Die Lehrinhalte der Fachhochschule werden als „*praxisnäher*“ (V1) und die Absolventen als „*Praktiker*“ (P1) bezeichnet. Für einen Unternehmer bringt der Fachhochschulabsolvent „*wirklich neues anwendbares Wissen mit*“ (U1), die Absolventen der Uni seien im Vergleich „*besser beim Hinterfragen*“ (U1). Absolventen der Universität werden Eigenschaften zugesprochen, die sich auf deren tiefere theoretische Kenntnis, ausgeprägte analytische Denkweise und Abstraktionsfähigkeit beziehen, wodurch universitäre Absolventen eher „*eine gewisse geistige Reife*“ (V3) zeigten und besser wüssten, „*wie man strukturiert an Probleme heran geht und diese abarbeitet*“ (V3). Für die Unternehmen und Vertreter der Wirtschaft sind darüber hinaus „*die Ideen*“ (U1) und das „*Know-how*“ (U3) der universitären Absolventen von besonderer Bedeutung:

„das andere ist natürlich auch, ich muss ja auch Möglichkeiten finden, wie ich das im betrieblichen Alltag über IT-Systeme, über Steuerungsfunktionen, so umsetze, dass letztlich auch von den praktisch Verantwortlichen gelebt werden kann. Und die auch einen Support bekommen, mit dem sie umgehen können. Und dass ist so der Mehrwert, wo ich denke, dass jemand, der von der Universität kommt, sollte er gelernt haben, da anders drauf zu gucken, da anders ran zu gehen an so ein Thema.“ (U3)

Weitere wichtige Eigenschaften von Studierenden seien die Selbstständigkeit und das Durchsetzungsvermögen. Absolventen von Universitäten seien besonders dazu befähigt, sich neue Themen „*selbst zu erschließen*“ (U7), zu „*abstrahieren*“ (U3), „*sich los[zu]lösen von dem operativen Problem*“ (U3) und im Unternehmen unvoreingenommen Fragestellungen zu bearbeiten. Dieser Prozess wird von einem Experten stellvertretend bildhaft beschrieben:

Vorrangig universitäre Studierende bringen „*das theoretische Rüstzeug mit, das Ganze [Bewältigung komplexer Aufgaben, die Verf.] zu tun. Und auf die spezifische Aufgabe werden sie ja bei uns letztendlich trainiert*“ (V5), d. h. die Absolventen werden in der Anfangsphase auf die in jeweiligen Unternehmen vorliegenden speziellen Aufgaben vorbereitet. Zumeist sind Absolventen der Universität Eckpfeiler der Entwicklung und Forschung in Unternehmen und bezüglich der Fähigkeiten ist es „*nicht so, dass die Unternehmen zu uns kommen würden und sagen, das ist alles viel zu weit weg von den Anforderungen, die ich brauche*“ (V1). Universitäre Absolventen können durch ihre fachlichen Kenntnisse und

Kreativität innovative Ideen entwickeln. *„Weil mich dann auch wieder begeistert, was Studenten mit ihren Ideen dann so bringen und welchen Impact die dann teilweise haben können. Weil die einfach so ganz andere Dinge denken“* (U1).

Auf der anderen Seite treten in zahlenmäßig sehr kleinen Unternehmen auch kritische Stimmen bezüglich des Einsatzes in der Praxis sowie der Bezahlung auf:

„Die Jungs von der Uni kommen und die Mädels natürlich auch, kommen mit einem sehr gesunden Selbstbewusstsein, was sie aufgrund ihres Masters oder Bachelors verlangen können. Dass kann auch durchaus so sein. Aber erstens ist es nicht erwirtschaftbar in Unternehmensgrößen wie unseren. Und zweitens ist das, was sie können, eben nicht zum Beispiel für so eine sehr praktische Produktentwicklung geeignet. Die können dir bestimmte Dinge sehr gut theoretisch erarbeiten und auswerten und erfassen und konzeptionieren. Aber ich muss hier jeden Monat ein laufendes Produkt an den Start bringen.“ (U1)

Von daher ist für einige befragte, abhängig von der Ausrichtung des Unternehmens, auch Praxisbezug innerhalb des Studiums wichtig. Sie stellen fest, *„dass Praxisbezug ein Stück weit für ein Bachelorstudium an einer Universität auch zwingend erforderlich ist“* (V2). Der Vorteil einer Verbindung aus Theorie und Praxis wird darin gesehen, dass *„immer wenn die Anwendung mal mitgedacht ist, dann wird auch die Theorie besser durchdrungen“* (V6).

Dazu kommt, dass der Arbeitsstil der jungen Menschen von der Universität zuweilen von Besonderheiten geprägt ist und der *„muss nicht unbedingt immer in das Unternehmen passen“* (U1). Das ist aber *„nix, wo ich jetzt sage, da müsst ihr euch ändern. Das ist dann einfach so“* (U1), es ist also letztendlich eine Frage der Passungsfähigkeit.

3.3 Auswahl der Absolventen durch die Unternehmen

Absolventen der Universität haben sich in ihrem Studium fachliche Kenntnisse angeeignet und weitere wertvolle Eigenschaften erworben bzw. ausgeprägt, die auf dem Arbeitsmarkt notwendig sind und nachgefragt werden. Die Auswahl der Bewerber für eine Stelle in einem Unternehmen unterliegt so verschiedensten Kriterien, die hier, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, dargestellt werden sollen, nämlich etwa Bedeutung von Noten, Stringenz des Lebenslaufs, Einhalten der Regelstudienzeit, Auslandserfahrungen etc. Mit dem Bewusstsein, dass jedes Unternehmen andere Ansprüche an das Personal stellt und zudem die jeweiligen

branchenspezifischen Anforderungen zu beachten sind, sollen die Expertenmeinungen eingeordnet werden.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Unternehmen versuchen, den besten Bewerber für eine offene Stelle auszuwählen, die Auswahlkriterien sind jedoch durchaus heterogen. So können das Bauchgefühl des Personalchefs und interessante Unregelmäßigkeiten im Karriereverlauf genauso ausschlaggebend sein, wie gute Noten, Praxiserfahrungen und geradlinige Lebensläufe. Dementsprechend ist für einen der Experten klar, dass ein „perfekter“ Bewerber *„ein Studium schnell abschließt und das schnell und erfolgreich abschließt. Weil wenn er das schafft, für sich selber das hin zu kriegen, dann kann er das auch umsetzen in der Aufgabe“* (U3). Andere Experten sind nicht so strikt in ihrer Einschätzung. Gerade die Frage nach der Abschlussnote wird teilweise als *„nicht so wichtig“* (V4) eingeschätzt, sie *„gibt natürlich einem Arbeitgeber, wie bisher, Hinweise. Aber alleine darauf verlassen wir uns nicht“* (V5). Es ist ein Pluspunkt bei dem Auswahlverfahren und Unternehmen freuen sich *„über gute Universitätsnoten, aber es ist tatsächlich nicht das Non-plus-Ultra“* (U4).

Der Lebenslauf des Bewerbers und die darin enthaltenen Angaben werden häufig als Indikatoren seiner Persönlichkeit herangezogen. Dabei zeigt sich, dass eine verlängerte Studienzeit nicht unbedingt ein negatives Zeichen für den potentiellen Arbeitgeber darstellen muss, der Grund für die Verlängerung ist dabei entscheidend. *„Bei mir würde jemand nicht gleich rausfliegen, wenn er mal die Studienrichtung ändert. Wenn er es natürlich vier Mal tut, dann wird es schwierig“* (U1). Ähnlich sieht es der Großteil der Experten für den gesamten Lebenslauf, wie das folgende Beispiel zeigt:

„Ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn was schiefgegangen ist. Die Frage ist, wie ist er wieder aufgestanden, wie ist er mit der Situation umgegangen. Wenn ich das erkennen kann, dass er aus der Situation was gemacht hat, dann finde ich das total gut. Weil auch im täglichen Arbeiten werden Fehler gemacht.“ (V5)

Für eine gestandene Persönlichkeit wird *„ein bisschen zick-zack“* (U6) im Lebenslauf akzeptiert, weil eine eigene Geschichte zu *„einer anderen Form von Lebensqualität oder Selbstwahrnehmung führt“* (U4). *„Das kann ja alles ein sehr guter Weg sein, der auch zu einer runden Biographie, nicht geradlinigen Biographie hinterher führt. Unsere Erfahrung ist eben eher, das sind die interessanteren Leute, als die, die so gerade durchlaufen, durch alles“* (P1). Dabei sollte jedoch nicht der Eindruck aufkommen, dass den Bewerbern alles verziehen wird, die Lebensläufe sollten *„irgendwie stringent“* (V5) sein, da die Unternehmen bei

hohen Bewerberzahlen nach bestimmten Kriterien aussortieren. Da kann *„eine sehr lange Studienzeit (...) schon ein Ausschlusskriterium sein“* (V6).

Als weiteres Auswahlkriterium werden die Praxiserfahrung und die absolvierten Praktika gesehen, die offensichtlich eine besondere Signalwirkung für die Motivation der Absolventen haben. Die Absolventen sollen zeigen, *„dass sie in bestimmten Freiphasen etwas tun für ihren weiteren Lebensweg. Stichwort Praktika“* (V5). Ein absolviertes Praktikum kann als Einstieg in die Berufswelt gesehen werden, *„das ist ja das sich einfinden in den Unternehmensalltag“* (V6), man bekommt *„ein Gefühl für einen Arbeitsalltag, für einen Unternehmensrhythmus“* (U4). Und es kann dazu beitragen, dass ein Unternehmen *„keine Sorge [hat, die Verf.] Absolventen einzustellen, die wirklich zwei, drei Praktika gemacht haben, während der Zeit des Studiums“* (U4).

Nach einem Gespräch mit dem Absolventen entscheiden einige Experten *„viel nach Bauchgefühl“* (V4) und lassen sich davon leiten, wie der Bewerber in das bestehende Team passt. Es kann bei den Qualitäten des Absolventen insofern entscheidend sein, ob er das Team sinnvoll ergänzt und wie gut die Person in das soziale Gefüge der Gruppe hineinpasst. Zum Faktor soziale Kompetenz soll eine Aussage exemplarisch aufgeführt werden:

„Für uns steht im Vordergrund immer der Mensch, weil wir glauben, wenn man einen Kandidaten einstellt, in dem wir ein großes Potential sehen, der dazu noch ein angenehmer Mensch ist, der gleiche oder sehr ähnliche Werte vertritt wie wir, dann bekommt man dem fachlich alles beigebracht.“ (U6)

4 Probleme und Entwicklungspotentiale der Universität Potsdam aus Befragtersicht

Übereinstimmend kommen die Experten bei der Frage, was die Arbeit der Universität im höchsten Maße behindert, zu einem gleichlautenden Urteil: nämlich die als durchgängig unzureichend eingeschätzte Finanzierung durch das Land. *„Wenn man die Kriterien, Kosten pro Studienplatz, oder Finanzmittel pro Studienplatz oder pro Professor und so weiter, ansetzt, ist Brandenburg unterfinanziert. Keine Frage“* (V2).

Aus der Politik heraus wird das bestätigt:

„Die Frage nach der Finanzierung, die wir hier ja immer wieder diskutieren, dass das Land in allen möglichen Rankings, ob es jetzt Finanzierung der Hochschulen gemessen am BIP oder gemessen an der Einwohnerzahl

oder gemessen an der Zahl der Studierenden, ist es immer wieder so, dass Brandenburg die rote Laterne hat. Seit vielen, vielen Jahren. Brandenburg ist auch als Land mit seinen Hochschulen sehr, sehr schlecht umgegangen und die Hochschulen haben sich das auch bieten lassen.“ (P1)

Ein weiteres Dilemma, mit dem die Universität umgehen muss, ist die räumliche Enge. Es gibt aus Expertensicht nicht ausreichend Räumlichkeiten „*Potsdam als neu gegründete Universität hat viel zu wenig eigenen Raum*“ (V4), Bauland für neue Projekte und Ansiedlungen.

„Wir erleben es sehr stark in Golm, wo es großes Interesse gibt, den Standort da auch im Sinne eines international orientierten Wissenschaftsstandortes, mit entsprechenden Spin-Offs weiterzuentwickeln. Wo die alt eingesessenen Golmer auch nur bedingt davon begeistert sind.“ (V1)

Die Verteilung der Standorte der Universität am Stadtrand verringert die Präsenz der Uni innerhalb der Stadt und lässt die Bahnverbindung zur „*Lebensader der Universität Potsdam*“ (V1) werden.

Das fehlende Bauland und die hohen Mietpreise führen nach Aussage der Experten dazu, dass viele Studierende aus Berlin nach Potsdam zur Universität pendeln. Wie sich dieses Verhältnis darstellt und welche Probleme daraus resultieren können, soll in dem Abschnitt 4.2 zum Verhältnis von Berlin und Brandenburg näher betrachtet werden.

In der zugeschriebenen Funktion als „Produzent“ hochqualifizierter Absolventen und damit potentieller Arbeitskräfte ist für die Universität auch die zukünftige Ausrichtung von strategischer Bedeutung, wenn sie weiterhin ihre Absolventen mit den für den Arbeitsmarkt nötigen Eigenschaften ausstatten möchte. Notwendig dafür wird in gewissen Grenzen eine spezifische Ausrichtung in den Fachbereichen, ohne dabei die Freiheit in Forschung und Lehre aus den Augen zu verlieren. Die Verbindung von Studium und Praxis wird deshalb von den befragten Experten als wichtigste Aufgabe der Universität gesehen.

„Dass da Unternehmensvertreter sehr eng mit der Wissenschaft und mit der Lehre verzahnen sollen, damit auch den Studenten auch möglicherweise zeitnah, ein berufliches Betätigungsfeld bekommen“ (U8).

„Da so ein bisschen in das Studium noch ein bisschen mehr Praxisbezug reinzubringen“ (U7), wäre ein Ansatz, wobei die Bemühungen seitens der Uni schon von den Experten honoriert werden würden.

Weiter sollte verstärkt werden, die Studierenden „frühzeitig [zu; die Verf.] sensibilisieren, was muss ich eigentlich alles können und wissen“ (V5), um später in dem Unternehmen zu arbeiten, welches ihren Vorstellungen entspricht. Da die Absolventen der Uni teilweise als „Alleinkämpfer“ (K1) bezeichnet werden, wird ihnen vorgeworfen dass ihre „soziale Kompetenz gar nicht so geschult“ (K1) ist, wie es wünschenswert wäre. Auf die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Fachbereichen sollte verstärkt Wert gelegt werden, da es für den heutigen Berufsalltag wichtig ist, „in interdisziplinären oder transdisziplinären Team zusammenzuarbeiten zu können. Und das auch zu tun. Das sind ja auch die Erfolgsfelder“ (V6). Mit den derzeitigen Studierenden und Absolventen der Universität befindet sich, nach Meinung einiger Experten, eine neue Generation auf dem Weg in den Arbeitsmarkt, die ein anderes Wertesystem vertritt und veränderte Vorstellungen vom Beruf und andere Einstellungen zu hierarchischen Strukturen mitbringt. Deshalb sollte die Universität auf die Studierenden einwirken, wie diese Stellungnahme zeigen soll:

„Das ist eine Generation von Leuten, ein gewisser Zyklus, dass man sich darauf einstellt und sagt, wie vermittele ich denen, dass sie zur Wirtschaft kommen und dort tatsächlich auch nicht eine Konfrontation herbeigeführt wird, von den verschiedenen Welten. Das müsste aus meiner Sicht so eine Hochschule leisten. Da entsprechende Skills zu vermitteln. Aber trotzdem sich im Wesentlichen treu zu bleiben. Das habe ich ja vorhin schon gesagt, man kann jetzt nicht die Rahmenpläne alle neu stricken, sondern immer zu gucken, wo ist der Bedarf im Allgemeinen und nicht isoliert.“ (V3)

Sind die Eigenschaften der Absolventen von großer Bedeutung im Unternehmen, spielen die Fachbereiche eine herausragende Rolle hinsichtlich der zukünftigen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Strahlkraft der Region. Bei der Debatte um die Festlegung von Schwerpunkten in Forschung und Lehre soll darauf hingewiesen werden, dass die genannten Vorschläge nur als Anregung dienen sollen und nicht die Freiheit von Forschung und Lehre zu begrenzen versuchen. Themen, die die Region betreffen, liegen den Experten besonders am Herzen und stellen eine Chance für das Bundesland dar, sich zu positionieren. Zum Beispiel beim Thema Energiewende. Da liegt das Land Brandenburg „auf Rang zwei, bei der Nutzung der Windenergie, von allen 16 Bundesländern. Haben aber, dadurch, dass wir so am Anfang sind, also so vor geprescht sind, dann auch zuerst die Probleme damit. Also die Probleme in der Bevölkerungsakzeptanz. Die Probleme der Speicherung oder der Ableitung der Energie. Und dafür müssen Konzepte gefunden werden, ja“ (P2).

Ein anderes Thema ist die demografische Entwicklung und Landflucht, die auch in Brandenburg nicht vernachlässigbar ist. Wie soll man mit der Metropolisierung und den verlassenen Gemeinden umgehen?

„An der Stelle fehlen den Städten, aus meiner Sicht, vernünftige Konzepte in den Ländern, wie geht man mit der ganzen Thematik jetzt um?“ (U3)

Weitere Themen sind die Mobilität *„Also man braucht andere Verkehrskonzepte für diese Gegend. Ganz wichtiges Forschungsgebiet, denke ich. Mobilität erreichen“* (P2) und die medizinische Versorgung der Bevölkerung *„Das Thema Altenpflege, das Thema Krankenhausversorgung. Die Menschen werden immer älter, das braucht eine ganz andere medizinische Versorgung“* (U3). Neben diesen für die Region bedeutsamen Themen wird der Bereich Existenzgründung benannt. Um hier weiterhin gut aufgestellt zu sein, empfiehlt sich, *„dieses Entrepreneurship überhaupt in der Lehre zu verankern und diesen Weg als Karriereweg stärker in das Bewusstsein der Studierenden zu rücken“* (V6).

Grundsätzlich stimmen die Experten darin überein, dass man Vorsicht vor zu voreiligen Veränderungen walten lassen sollte. *„Aber nun ist eben die Frage, müssen wir gleich in diesen Bereich, weil da, in Führungszeichen, eine neue Sau durchs Dorf getrieben wird, da irgendwo aktiv werden“* (V3). Herrscht hier wirklich Veränderungsbedarf vor, oder ist die Ausrichtung der Einrichtungen in Brandenburg zielführend. Dafür spricht, dass *„diese Fächer oder die einzelnen Fachbereiche, die sind aus der Historie entwickelt und die haben so ihren Anspruch. Und das ist, glaube ich, in der Hochschullandschaft in Brandenburg ein guter Mix geworden“* (V5). Ein Experte spricht an, dass Bildungsplanung nur in wenigen Fällen zum gewünschten Erfolg geführt hat und man sollte sich, *„stärker als heute an der Nachfrage ausrichten. Allerdings sehe ich, dass das Grenzen hat“* (V4).

Wenn eine Universität wächst, führt dies zu einer Magnetwirkung für die Region und zu einer Erhöhung der Dichte der Wirtschaftsansiedlungen in ihrem Umfeld. Wenn die Universität jedoch gezwungen ist, sich aufgrund fehlender finanzieller Möglichkeiten zu verkleinern, kann dies sich auch auf die Region auswirken. Viele Experten sehen in einer größeren Universität einen Vorteil, *„größer ist auch in jedem Fall auch von Vorteil“* (V3) und die Chance noch attraktiver für die Wirtschaft zu sein, *„die Uni ist ein Wirtschaftsfaktor und das zieht auch weitere Leute an“* (U7). *„Um so eine Hochschule siedeln sich dann ja auch schon innovative Unternehmen an“* (U3), dies wird von einem Experten als *„gewisse Sogwirkung“* (V1) umschrieben. Potsdam würde als

„Stadt attraktiver werden“ (P1) und das Kulturangebot hätte die Möglichkeit, sich auszuweiten, „weil mehr Interesse da ist“ (K1). Ein Experte stellt fest, dass sich eine Vergrößerung der Universität auch rechnen würde, da das Interesse der Wirtschaft an der Uni steigt. „Das heißt, man muss investieren in die Uni, damit sie irgendwann nicht mehr so viel Geld kostet“ (P2).

Dabei sollte solch eine Entscheidung „bedarfsgerecht sein“ (V3) und Bevölkerungsentwicklungen berücksichtigen. Die Qualität der Ausbildung sollte an erster Stelle stehen, nicht die Quantität, „dass man auch da einen gewissen Standard aufrechterhält“ (V3). Eine Ausweitung der Universität solle nicht dem Selbstzweck dienen, sondern den vorhandenen Markt bzw. die Nachfrage in diesem Markt bedienen. Ein Experte schildert, dass mit jedem „zusätzlichen Euro eine deutlich gestiegene Erwartung verbunden ist. Und die Frage ist, ob man das mit den Systemen, so wie man das bisher macht, tatsächlich auch erreichen kann“ (V5). Welche Fachrichtungen bei einer Vergrößerung eine Aufwertung erhalten sollen, könne mit den Kernzielen, die die Universität verfolgt, abgeglichen werden.

Ein „Schrumpfungskurs“ (V2) sei derzeit nicht zu erkennen, aber einzelne Experten sind dennoch offen, über eine Verkleinerung der Uni nachzudenken. Auf die Universität zu verzichten, kommt für die Experten jedoch nicht in Frage, „die Uni muss es geben“ (P2). Wenn sich das Budget der Universität Potsdam verringern würde, dann wäre es für den Wissenschaftsraum „in jedem Falle ein Verlust. Und zwar, weil Kooperationspartner fehlen und weil Wettbewerb fehlt“ (V4). Des Weiteren wäre aus Sicht der Experten ein Rückgang der Innovationsfähigkeit zu erwarten, da aus den Universitäten vieles hervor geht, was bei Kürzungen verloren gehen würde „und dazu gehören auch die Start-Ups. Und da passiert eben so viel und wenn die Uni zurückgeht, würde das auch alles zurückgehen“ (U7). Weiter sieht ein Experte im Fall des Rückgangs bzw. Rückbaus im Bereich der Lehrerausbildung „katastrophale Folgen für Brandenburg“ (P1).

Betrachtet man die Fächer, die an der Universität Potsdam angeboten werden, im Gesamtbild der Universitäten in der Region, kann darüber diskutiert werden, ob es notwendig ist, alle Fachbereiche weiterhin anzubieten. Ein Experte ist überzeugt, dass diese verschiedenen Standorte „auch bewusst so gesetzt wurden. Und dann muss auch an den jeweiligen Standorten, den Fächerkanon, der notwendig ist, gerade so BWL, auch den Fächerkanon geben“ (V2). Anders sieht es dieser Experte:

„Also ich finde, man kann es durchaus in Frage stellen. Brauchen wir alles in Brandenburg, was es in Berlin auch gibt. Nein, das finde ich nicht. Eigentlich brauchen wir es nicht.“ (P1)

Dabei ist zu unterscheiden, ob kleiner immer schlechter bedeutet oder ob es eine Chance bietet, in *„der Qualität und der Differenzierung des speziellen Angebotes größer zu sein. Das heißt nicht, dass ich finde, die Uni Potsdam könnte auch ruhig ein Fünftel davon sein, was sie heute ist“ (P1)*. Dass die Effekte auf den Wirtschaftsraum durch eine Verkleinerung der Universität geringer werden, *„das ist nicht unbedingt bewiesen. Ich meine, wenn man sich effizienter ausrichtet, und das kann jede Einrichtung, da gibt es immer Luft, dann können solche Dinge auch zum Teil aufgefangen werden“ (V5)*. Interessant ist dieser Kommentar auch vor dem Hintergrund der relativen Unterfinanzierung der Universität Potsdam.

Alles in allem erkennen die Experten die hohe Bedeutung der Universität Potsdam für die Region. Sie sind sich jedoch nicht über die Folgen einer Verkleinerung oder Vergrößerung der Universität einig. Der Erhalt der Universität wird jedoch grundsätzlich nicht in Frage gestellt, auch wenn die Universitäten in Berlin ein breites Fächerspektrum anbieten. Die Universität Potsdam sollte sich in ihrer jungen Geschichte weiter profilieren und sollte sich dabei auch als *„Teamplayer“ (V1)* im Verbund mit den anderen Hochschulen des Landes sehen.

4.1 Kooperationen zwischen Unternehmen und Universität

So breit gefächert wie das Studienangebot und die Forschungsrichtungen an der Universität Potsdam, ist auch die Möglichkeit von Kooperationen von Unternehmen, Verbänden und Politik mit der Universität. Aushängeschilder der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft an der Universität Potsdam sind nach Angaben der Experten der *„Partnerkreis Industrie und Wirtschaft“* und die *„UP-Transfer GmbH“*. Ziele dieser Einrichtungen sind es, *„die Universität auch besser [in der Wirtschaft zu; die Verf.] verankern“ (V2)*, *„um tatsächlich das auch mal alles bekannter zu machen, welche Kompetenzen (...), hier vor Ort“ (V3)* sind. Im besten Falle sorgen solche Ansprechpartner und Institutionen dafür, *„dass sich Wirtschaft und Universität befruchten“ (U5)*, damit *„entsprechende wirtschaftliche Impulse gesetzt werden, für die Region“ (U5)*.

Karrieremessen und der Career-Service sind weitere Maßnahmen, bei denen regionale Unternehmen auf die Universität und deren Studierenden treffen. Dabei haben die Unternehmen die Möglichkeit, sich zu präsentieren und bekannter zu machen sowie gleichzeitig potentielle Mitarbeiter zu gewinnen. Ein ausgegebenes Ziel solcher Messen fasst ein Experte so zusammen:

„Lasst uns die Leute in der Region halten.“ (V2)

Darüber hinaus sind in der Clusterentwicklung im Land Brandenburg, *„auch sehr, sehr viele Wissenschaftler der Universität Potsdam mit dabei“ (V1)*. Eine Auflistung der Themen, die die Experten benennen, verdeutlicht die Fülle der Anknüpfungspunkte von Wirtschaft und Wissenschaft:

Themen

- Partnerkreis Industrie und Wirtschaft
- UP-Transfer GmbH
- Absolventenmessen
- Design-Thinking (Hasso-Plattner-Institut)
- Telemedizinprojekt mit Charité
- Patentverwertungsagentur
- Existenzgründung
- Cross-over Innovation
- Industrie 4.0
- Brandenburger Innovationsfachkräfte
- Campus der Generationen
- Wissens- und Technologietransfer
- Nutzung der Infrastruktur

Die Bandbreite der Kooperationsmöglichkeiten zeigt, dass sowohl die Universität als auch die An-Institute und kooperierenden Forschungseinrichtungen attraktive Partner sind. Die Kooperationen beleben sowohl die Ausgründungen aus der Universität als auch die Bindung von Hochschulabsolventen in der Region. Sie bringen frisches Wissen in die Betriebe und erstrecken sich über weite Teile Brandenburgs. Kooperationspartner der Universität zu sein, heißt gleichzeitig für Unternehmen, Verbände oder Politik nicht in jedem Fall die

gleiche Intensität der Zusammenarbeit, zumal Unternehmen daran interessiert sein müssen, gewinnorientiert mit Partnern zusammenzuarbeiten. Zwischen Verbänden und Politik kommt es ebenfalls zu vielfältigen Kooperationen mit wechselnden Partnern und von unterschiedlicher Dauer.

Die Bedeutung der Kooperationen mit der Universität reicht von der Sichtweise, die *„Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam ist eine Selbstverständlichkeit“* (V1) bis hin zu *„direkt Kontakte zur Universität haben wir nicht wirklich“* (K1). Dabei ist zu berücksichtigen, dass vereinzelte Akteure keine größeren inhaltlichen Schnittmengen zwischen Universität und ihrer Organisation bzw. ihrem Unternehmen sehen und deshalb eher auf andere Kooperationspartner zurückgreifen: *„Was dann eben oft besser funktioniert, für die alltägliche Arbeit, sind halt die Fachhochschulen“* (U1).

Da die Kooperationen höchst unterschiedliche Inhalte umfassen und auf verschiedene Art und Weise geführt werden, verwundert es nicht, dass auch die Experten die Bedeutung verschiedener Bereiche differenziert betrachten. Für einen ist die *„Netzwerkbildung, Career-Service (...) ein ganz wichtiges Thema“* (V2), ein anderer ist begeistert von den Kooperationen zwischen Forschungseinrichtungen und Universität, *„weil die Universitäten davon profitieren, was in den Forschungseinrichtungen passiert und umgekehrt, diese Forschungseinrichtungen auch Nachwuchs ranholen können. Das sind so spannende Sachen“* (P1). Ein weiterer Experte sieht den Stellenwert der Kooperation für sein Unternehmen bzw. den Partnerkreis darin, dadurch *„der Universität hier den Rücken zu stärken, auch in der Verhandlungssituation mit der Politik“* (U7) insbesondere bezüglich der Finanzen.

Im Fall der Zusammenarbeit von zwei Partnern, die Ressourcen (z. B. Zeit und Geld) in einer Kooperation zusammenlegen, sollte unter dem Strich eine Verbesserung gegenüber einer nicht kooperativen Situation erreicht werden, wenn sie auf Dauer Bestand haben soll. Die Universität wird auch dahingehend als attraktiver Partner verstanden, dass sich Unternehmen *„davon auch einen Imagegewinn versprechen“* (V5). Experten sehen in der Zusammenarbeit *„auch ein Stück weit eine Plattform für uns, um uns auch darstellen zu können“* (U7). Die Präsentation des eigenen Unternehmens zielt alles in allem darauf ab, qualifiziertes Personal zu gewinnen. *„Im Idealfall ist es ein Kooperationspartner, aus dem sich Personal ergeben kann“* (U4).

Der Transfer von Wissen in die Wirtschaftsunternehmen ist ein weiterer Gewinn aus der Beziehung von Universität und Wirtschaft, *„da kommt man noch mal zu neuen Erkenntnissen. Das wäre zum Beispiel ein Thema, wo ich sagen würde, das wäre ein echter Mehrwert“* (U3). Weiter nimmt ein Experte wahr, dass die Universität *„relativ viele Gründungsvorhaben“* anstößt (U6), die zum einen *„in Summe einen positiven Impuls“* (U5) für die Region ausstrahlen und zum anderen *„auch für Massenmärkte und riesig skalierende Unternehmen der Grundstein“* (U6) sein könnte.

Die Erträge, die aus der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft hervorgehen, werden von den Experten als sehr gut bewertet. Auf Seiten der Universität werden die Studierenden als Profiteure wahrgenommen, da diese einen erleichterten Übergang von Studium in den Beruf schaffen. Die Experten stellten das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Wissenschaft überwiegend als das klassische *„Geben-und-Nehmen“* (U4) für beide Seiten mehr oder minder gleichermaßen dar. Zwar haben Unternehmen und Universitäten generell ungleiche Ziele, da es sich um grundlegend unterschiedliche Organisationsformen handelt, was von einem Verbandsvertreter so beschrieben wird: *„Die Hochschule denkt anders und tickt anders als es ein Unternehmen tut“* (V3) und aus diesem Grund birgt die Kooperation zwischen der Wirtschaft und der Wissenschaft Konfliktpotentiale, nichtsdestotrotz äußern sich die Experten in weiten Teilen sehr zufrieden über die Zusammenarbeit mit Universitätsangehörigen.

Die Einstellung der Universität wird als grundsätzlich offen gegenüber der Wirtschaft und Industrie beschrieben und *„eine[r] Hochschulleitung [die] mit Leidenschaft“* (V1) Kooperationen befürwortet und fördert, geschildert. Ebenso werden die Verantwortlichen an den Lehrstühlen als durchweg an Kooperationen interessiert beschrieben, *„wenn du Projektideen hast, wie gesagt, kriegst du ein offenes Ohr. Und da wird auch untereinander vermittelt“* (U1). Auch die Kontaktstellen *„sind sehr engagiert und machen und tun“* (U3), obwohl sie nach Meinung eines weiteren Experten nicht ohne Probleme arbeiten können. *„Das Problem liegt woanders, das liegt eher in der Ausstattung dieser Schnittstellen“* (V6), die durch befristete Verträge *„regelmäßig ein[en] Know-how Abfluss“* (V6) kompensieren müssen.

Mehrere Experten sind sich einig, dass auch seitens der Unternehmen mehr getan werden müsste, um neue Kooperationen zu initiieren und gegenwärtige zu fördern. Dabei wird auf die bestehende Unternehmensstruktur verwiesen. *„Viele [Unternehmen; die Verf.] sind dann kleinteilig und sind dann so in ihrem*

Tagesgeschäft gefangen, dass man da nicht unbedingt auf offene Ohren stößt“ (V3). Eine Verstetigung der Kooperationen in den Arbeitsalltag stellt für die Unternehmen eine schwierige Aufgabe dar:

„Die sind sehr engagiert und machen und tun. Ich glaube einfach, man muss, aber das liegt auch ein bisschen an uns, da will ich jetzt nicht der Hochschule den schwarzen Peter zuschieben, weil wir haben in den letzten Jahren auch sehr viele Umstrukturierungs- und Wachstumsprozesse gemacht.“ (U3)

Neben den vielen positiven Stimmen, wird die Kontaktaufnahme mit der Universität vereinzelt als teilweise unüberwindbares Hindernis erachtet. *„Und tatsächlich ist die Kontaktaufnahme direkt zu den Ansprechpartnern zu 0% erfolgreich gewesen“ (U4). Der Vergleich zum „Elfenbeinturm“ (V3) wird von den Experten bemüht, die Universität und die Professoren sperren sich demnach teilweise gegen Einflüsse von außen und machen somit die Kontaktaufnahme bzw. Kooperation unmöglich. Als Gründe für diesen Umstand führen die befragten Experten an, dass Universitäten „Konstrukte (...) [darstellen, die; die Verf.] wahnsinnig groß und schwierig zu organisieren“ (U4) sind, als weiteren Indikator für eine erfolgreiche Kooperation wird die Unternehmensgröße benannt: „Kleine und mittelständige Unternehmen haben es sehr, sehr schwer. Dort die richtigen Ansprechpartner zu finden. Und aus Sicht der Hochschulen ist es umgekehrt genauso“ (U6).*

Als hemmende Faktoren für eine gute Kooperation werden *„Vorbehalte und Berührungspängste“ (V3)* seitens der Unternehmen vermutet, da es *„aktuell unglaublich schwierig [ist; die Verf.], Kontakt zu Hochschulen herzustellen, sodass wirklich was herauskommt“ (U6)*. Bei der Suche nach Gründen wird die distanzierte Haltung der Universitätsangehörigen benannt, dass *„man uns vielleicht nicht ganz so dicht ranlässt, wie ich bereit wäre zu gehen“ (V4)*, dass einige Lehrstuhlinhaber *„eine gewisse ablehnende Haltung in Hinblick auf eine verwertungsorientierte Ausrichtung von Hochschulen haben“ (V1)* oder, dass *„das Angebot seitens der Uni noch nicht wirklich ausgereift“ (U3)* ist. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass einige Projekte ihre Arbeit erst vor kurzer Zeit aufgenommen haben.

Viele Experten sehen auch die regionale Wirtschaft in der Pflicht. Die Offenheit der Unternehmen und die eigene Aktivität ist ein Thema, *„was die Unternehmen sträflich vernachlässigen, im Moment“ (V2)*, es wird gefordert, dass sich die Unternehmen an den Hochschulen und der Universität präsentieren und ihre Jobmöglichkeiten vorstellen. In einer Umfrage, die die Zusammenarbeit von

Wissenschaft und Unternehmen abbildet, die einer der Experten durchführte, „*muss man einfach feststellen, viele nutzen dieses Potential nur sehr bedingt*“ (V3). Begründet werden kann diese Tatsache mit der Vergangenheit des Landes Brandenburg und der noch jungen Universität Potsdam, die erst seit rund 25 Jahre in ihrer heutigen Form besteht, „*sodass die Wirtschaft die Uni Potsdam noch nicht in vollem Umfang erkannt hat. Und dadurch noch nicht in vollem Umfang nutzt und auch noch nicht in vollem Umfang fördert. Da gibt es Potentiale*“ (P2).

Oder in den strukturellen Unterschieden:

„*Der Hauptpunkt, und daran werden wir auch nichts ändern können, es ist halt Bürokratie. Also die Geschwindigkeit. Ein Unternehmer hat halt eine andere Geschwindigkeit. Das ist, sagen wir mal, da haste in der Hochschule Faktor zwei und in der öffentlichen Hand dann Faktor vier. Aber da musst du auch mit klar kommen. Das weißt du. Und wenn die dann vielleicht noch mit EU-Geldern handeln, dann hast du Faktor acht. Das ist zwar dann manchmal schade, gerade wenn du dann eine wirklich tolle Idee hast.*“ (U1)

Die Unternehmen auf der anderen Seite sind in ihren Alltagsgeschäften gefangen, haben zudem weitere Kooperationspartner und können daher nicht alle Ressourcen auf die Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam verwenden. Das Unternehmen ist dann „*auch personell gar nicht so aufgestellt, dass wir wirklich den Kontakt so intensiv suchen können, dass wir da wirklich was absaugen können*“ (U3).

Ein Experte unternimmt für das Scheitern von Kooperationen folgenden globalen Erklärungsversuch:

„*Man kann da weder pauschal sagen, es liegt an den Unis, noch wird man sagen können, es liegt an den Unternehmern. Sondern einfach, es ist die kulturelle Basis für diesen Austausch nicht geschaffen. Es ist nicht normal, es ist nicht gelernt. Und es fehlen entsprechende Foren und Kanäle.*“ (U6)

Neben der Debatte um das Zusammenfinden von Wissenschaft und Wirtschaft, gaben die Experten weitere Anregungen für Kooperationen mit der Universität. Der Bereich von Existenzgründungen steht dabei wiederholt im Fokus.

Ein Gewinn wäre es, „*wenn potentielle Gründer mit einem ausgeprägten wirtschaftlichen Verständnis und entsprechender Erfahrung, sich mit Tecis [Technikern; die Verf.] aus der Hochschule besser zusammenfinden könnten. Um tolle Sachen zu machen. Das ist aus meiner Sicht weiter förderungswürdig, als es aktuell gehandhabt wird*“ (U6). Daran anknüpfend sollte die Universität

nach Ansicht eines Experten die Reichweite ihrer Aktivitäten ausdehnen. Berlin sollte als „*Start-Up Metropole*“ (V2) mehr miteinbezogen werden. Hier „*findet Potsdam (...) zu wenig statt. Jetzt kann man nicht auf allen Hochzeiten tanzen, aber eine der Empfehlungen der Universität Potsdam, oder für die Universität Potsdam, ist ganz sicher auch Berlin zu bespielen*“ (V2).

Von einem Experten wird die Art der Kooperation zwischen Universität und Unternehmen hinterfragt, „*dementsprechend glaube ich halt, dass die klassische Kooperation da nicht so richtig dran ist*“ (U4). Bei Karrieremessen fühlen sich kleinere Unternehmen verloren, in der Organisation von Veranstaltungen fehlen teilweise die erwünschten Fakten. Daher sieht dieser Experte, „*dass es nicht nur offizielle Unternehmenskooperationen sind*“ (U4), sondern, gerade für Studierende ein Gewinn entsteht, wenn Vertreter von Unternehmen sich Zeit nehmen, um Fragen zu beantworten:

„Ich glaube es geht eben genau darum, dass sich das Unternehmen die Zeit nimmt und bereit dazu ist und zu sagen, ich setze mich jetzt hier drei Stunden hin und ihr könnt mich alles fragen, was ihr wollt. Und dann können wir gucken, ob es interessant ist, oder nicht. Weil ich glaube, dass das so ein bisschen ist, was genau diese „Generation Set“ benötigt [gemeint ist Generation Y, geboren in den achtzigern; die Verf.], die ausgebildet werden möchte.“ (U4)

Die Experten stellen zusammenfassend trotz vereinzelter kritischer Stimmen der Universität Potsdam mit ihren Anlaufstellen insgesamt ein gutes Zeugnis für die Zusammenarbeit mit der Industrie und Wirtschaft aus. Es scheint allerdings, dass eine gewisse Unternehmensgröße für eine Kooperation vorhanden sein muss, weshalb es einigen Unternehmen der Region Brandenburg und Berlin schwerfällt, Kooperationen mit der Universität zu entwickeln und zu pflegen.

4.2 Die Bewertung der Passungsfähigkeit von gezielten Hochschulinvestitionen, regionaler Technologiepolitik und praxisnaher Wirtschaftsförderung

Das Land Brandenburg umschließt geografisch die Bundeshauptstadt Berlin und wird in vielerlei Hinsicht als attraktiver Wirtschaftsstandort bewertet. Dabei ist die vorherrschende Unternehmenskultur „*nicht wirklich geprägt (...) von großen Unternehmen*“ (V2), „*eher wenig Großindustrie*“ (U3), „*die großen Unternehmen sind eigentlich dünn gesät*“ (U7) und es fällt dem einen oder anderen Experten schwer, große Unternehmen zu nennen, ein „*strahlendes, größeres Unternehmen,*

was sozusagen nicht aus dem Speckgürtel kommt. Das wird schwierig“ (V4). Das direkte Umland Berlins, also auch Teile Brandenburgs, stellen das wohl attraktivste Ansiedlungsgebiet für Unternehmen dar. So seien die Flächen für große Produktionen und Hallen in Berlin selbst nicht vorhanden, „deswegen haben sich viele Unternehmen auch um Berlin, ich sage mal innerhalb des Autobahnringes, so wie Rolls Royce oder MTU oder Mercedes Benz“ (V3) angesiedelt.

Grundsätzlich ist die Unternehmensstruktur in Brandenburg damit „von sehr viel kleineren, mittelständischen Unternehmen“ (V2) geprägt, die beschäftigen „in der Regel fünf bis zehn Mitarbeiter. 90% unserer [der Brandenburger; die Verf.] Unternehmen sind so strukturiert“ (V3). Bei dieser Art von Unternehmen, findet man die Themen „Innovation, Forschung und Entwicklung“ (V3) nicht vornehmlich und häufig findet die Entwicklungsarbeit anderenorts statt, die Unternehmen der Region werden als produktionsorientiert eher also als „verlängerte Werkbänke“ (U7) angesehen. Nach den Experten ist nach der Wiedervereinigung ein Mittelstand, „wie man ihn aus den alten Bundesland kannte und der sich über Jahrzehnte entwickeln konnte, hier nicht in dem Umfang“ (V3) vorhanden.

Welche Branchen und Bereiche in Brandenburg besonders wichtig sind, können die Experten nicht genau benennen, „hier gibt es ja keine spezifischen Industriezweige, die für Brandenburg typisch wären“ (U3). Diese Aussage ist nicht gleichbedeutend damit, dass Brandenburg keine nennenswerten Wirtschaftszweige besitzt.

„Wir haben großes Handwerk, wir haben viel Fertigung, im Sinne von zuliefernder Fertigung, sei es von irgendwelchen Elektrobauteilen oder über Kleinmechanik oder so. Wir haben Dienstleistungen. Es ist auf jeden Fall eine sehr bunte Mischung, auch von den Größen her.“ (U1)

Im Vergleich mit Berlin sehen Experten die Region Brandenburg als landwirtschaftlich geprägtes „Ferienland“ (U5) an, andererseits gibt es eine intensive Dienstleistungsbranche, industriell geprägte Kohleregionen und auch eine dem Namen nach bekannte Medienwirtschaft. „Es gibt auch zum Beispiel das Thema Landwirtschaft, das ist extrem stark.“ (U5) und „nicht zu vernachlässigen [ist; die Verf.], was irgendwie mit Tourismus zusammenhängt und Gastronomie“ (U1). Hinzu kommen „sehr viele Rechtsanwälte, Notare, eher so verwaltende Tätigkeiten, im weitesten Sinne, in der Region“ (U3) und „manche Teile Brandenburgs sind ausgesprochene Kohleregionen“ (V3). In den letzten Jahren hat sich die Region um Potsdam/Babelsberg einen Namen in der Medienwirtschaft und IT-Branche gemacht. Bei „über 1000 Arbeitsplätze(n) in der gesamten Stadt, nur von IT“ (U1)

ist der Begriff „*Silicon Sanssouci*“ (U1) etwas, das nach außen hin an Bedeutung gewinnt. Große Softwareunternehmen haben sich angesiedelt. „*Wir haben ebay. Wir haben Oracle. Wir haben SAP Innovationcenter und und und.*“ (V3) und „*Es gibt das Thema neue Energien (...). Es gibt den Bereich Logistik, es gibt viele andere Branchen, die hier sehr gut funktionieren*“ (U5). Dazu kommt „*Eine Menge neuer Ansiedlungen*“ (U7), die die Universität von sich aus hervorbringt, da „*jedes Jahr so 30–40 startups*“ (U7) aus der Universität hervorgehen.

Die Universität Potsdam wird wiederholt als wichtiger Personallieferant für die Region bei der Debatte um die Sicherung von Fachkräften und dem Mangel an qualifiziertem Personal von Experten genannt. Dabei ist die Frage nach dem tatsächlichen Mangel an Fachkräften von den Experten nicht eindeutig zu beantworten. Einige sehen, bedingt durch die demografische Entwicklung, eine Flut an offenen Stellen auf das Land zukommen:

„*In den nächsten fünf Jahren scheiden 18.000 Leute aus. Das ist Fakt. Zum anderen gibt es einen hohen Prozentsatz an Nachfolgern, also viele Unternehmen sind nach der Wende gegründet worden, von Leuten, die da so um die 40 Jahre waren, die so Mitte 40 waren, die jetzt so langsam in den Ruhestand kommen und Nachfolger suchen. Das wird auch ein großes Problem. Das ist aber alles nicht durch Hochschulabsolventen zu lösen.*“ (V2)

Andere können in ihrem eigenen Unternehmen derzeit keine Veränderungen feststellen und sehen in der Debatte noch wenig Handlungsbedarf. „*Wir haben aber keinen Fachkräftemangel in dem Sinne*“ (U5). Nicht selten zeigt sich ein gewisses Maß an Unschlüssigkeit, was von dem Begriff „*Fachkräftemangel*“ überhaupt zu halten ist, denn „*es gibt Menschen, die sagen Fachkräftemangel ist Quatsch, der existiert eigentlich gar nicht. Woran liegt das. Also ich würde mir das ungern anmaßen, dazu Ideen zu äußern*“ (U4).

Unterschieden wird jedoch zwischen akademischen Fachkräften und Lehrberufen bzw. nicht-akademischen Fachpersonal. Der Mangel an Fachkräften „*bei den Hochschulen und akademischen Berufen, bestand heute und nach meinem Verständnis, noch nicht ganz so*“ (V3) da, die Hochschulen auch „*ein Stück weit Schwierigkeiten*“ (V3) haben, „*ihre Absolventen da in entsprechende Jobs zu bringen*“ (V3). Insofern sei kein Ansturm auf die Absolventen der Universität zu erkennen, „*es ist eher so ein Nachfragelüftchen*“ (V3). Die Personalabteilungen der Firmen suchen also nicht zwangsläufig nach Absolventen, sondern im besten Fall nach „*Young Professionals, die drei, fünf Jahre Berufserfahrung haben*“ (V2), die dann bestehende Personallücken in höherem Maße ausfüllen können.

Der benannte Fachkräftemangel fände eher im Bereich des Handwerks statt, „also die klagen halt über Fachkräftemangel“ (U1). So können in einigen Branchen Ausbildungsplätze nicht besetzt werden, „in Pflegeberufen oder im Gastronomiebereich, dass man sagt, da finden wir keine Lehrlinge mehr und Auszubildende“ (V3). Für die Unternehmen resultiert daraus ein entsprechender Anpassungsdruck, „dass man da sehr entgegenkommend sein muss“ (V3). Deshalb wird der Versuch unternommen durch Anreize, wie Firmenwagen etc., *Lehrlinge auf das Unternehmen aufmerksam zu machen. Allerdings werde dem* „jetzt entgegengewirkt. Und zwar durch diese OSZ [Oberstufenzentren; die Verf.] und Türöffnerprojekte“ (P2). Dabei haben die Schüler die Möglichkeit, während der Schulzeit mit Unternehmen in Kontakt zu treten und erste praktische Erfahrungen zu sammeln. Dabei sind regionale Unterschiede beobachtbar, denn „es fällt den Potsdamer Unternehmen auch leichter, als dem Landesschnitt wiederum“ (U1). Offensichtlich wirken hier die Attraktivität der Stadt und der Nähe zu Berlin anreizverstärkend.

Das Problem der Bindung von akademischen Fachkräften im Land Brandenburg wird auch des Öfteren angesprochen und darauf hingewiesen, dass hier deutliche Unterschiede zwischen Berlin, dem Umland von Berlin und dem restlichen Brandenburg bestehen.

„Fachkräfte ins ländliche Brandenburg zu ziehen, mit der Vorstellung, weil die Lebens- und Wohnqualität da so hoch ist, das halte ich für einen Kampf gegen Windmühlen.“ (U6)

Leicht ironisch wird ein Trend bezweifelt, ins ländliche Brandenburg gehen zu wollen „dass es der Traum von vielen jungen Menschen ist, na klar, da gehe ich wieder raus aufs Land, da gehe ich jetzt eben nicht mehr einkaufen, wann ich möchte. Habe ich selten gehört. Vielleicht nie“ (U4). Allerdings sei das Land Brandenburg mit diesem Bindungsproblem nicht alleine. Obwohl es attraktive Gründe für junge Menschen gebe, ein Jobangebot anzunehmen, scheitert man anscheinend doch auch häufig. „Das gelingt in anderen ländlichen Regionen auch nicht“ (P1).

An dieser Stelle steht die Universität Potsdam erneut im Fokus der Betrachtung, da einige Experten der Meinung sind, dass „jemand, der schon in Potsdam studiert, für den ist es vielleicht eher denkbar, nach Oranienburg zu ziehen und da einen Job zu machen“ (V4). Oder „dass der, der in Potsdam studiert hat, wahrscheinlich mit der Situation in Perleberg besser zurechtkommt, als jemand aus München“ (P2).

Gelingt es der Universität, eine Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft aufzubauen, die gewöhnlich mit der Kommunikation zwischen Universitäts- und Wirtschaftsvertretern beginnt, dann können auf Basis dieses Kontakts zwischen Unternehmen und Studierenden „die regionalen Einbindungen stattfinden“ (P2) in deren Folge sich der Studierende in der Region verankert fühlt. Neben der Kommunikation werden Anreize wie „Begrüßungsgeld“ (P2) oder die Bereitstellung von Räumlichkeiten genannt. Zudem müsse man sich, um Personen mit Bindung an das Land in die Zielregionen zu bekommen, besonders intensiv um Rückkehrer bemühen, „die vor Jahren vielleicht irgendwo hin gegangen sind, (...). Da wirbt man jetzt, dass die Fachkräfte zurückkommen“ (V3).

Nach verbreiteter Ansicht sind die Beteiligten im Land Brandenburg und der Stadt Potsdam hinsichtlich der Sicherung von Fachkräften sehr aktiv. „Der Wille, die jungen Leute hier zu halten, ist einfach enorm“ (U1). Dabei werden die derzeitigen Bindungsquoten durchaus kritisch eingeschätzt:

„Drei Viertel der Absolventen, so ist die aktuelle Zahl, verlassen das Land. Was aber auch damit zu tun hat, dass drei Viertel der Studierenden gar nicht aus Brandenburg kommt. Also ein Großteil aus Berlin, ein Großteil aus anderen Bundesländern und gerade auch so die Viadrina und Cottbus auch ein Großteil ausländischer Studenten.“ (V2)

Wiederholt wird die Notwendigkeit intensiverer Kommunikation zwischen Universitäts- und Wirtschaftsvertretern unter Einbeziehung der Absolventen angesprochen. Vor allem wird bemängelt, dass häufig die Jobchancen in Brandenburg nicht bekannt seien. Insbesondere die Unternehmen werden hier in der „Bringschuld“ gesehen: „Das ist aber eine Aufgabe der Unternehmen, sich da deutlich besser zu präsentieren und zu positionieren“ (V2). Die Unternehmen müssten besser verstehen, dass sie in einem Wettbewerb mit anderen Unternehmen um Absolventen stehen und dass sie dabei mit anderen Bundesländern konkurrieren. Im Umkehrschluss heißt das, dass anknüpfend an die bereits skizzierten Argumente von besonderen anreizgesteuerten Bindungsaktivitäten attraktive Bedingungen geschaffen werden und angemessene Löhne gezahlt werden müssen, damit die jungen Menschen eher in der Region bleiben.

Die bereits angesprochene Frage, wie vielen Absolventen das Land Brandenburg aktuell Jobs bietet, wird wiederholt angesprochen, allerdings in der Folge klarer diskutiert. Zum einen wird die Aussage in der Tendenz eher bejaht, „dass uns der Nachwuchs fehlt und das Land Brandenburg nicht in der Lage ist, für den Nachwuchs zu sorgen. Das betraf aber sowohl Auszubildende, als auch

Studierende, die dann im Beruf in die einzelnen Betriebe kommen“ (P2). Neben diesem allgemeinen Mangel wird auch auf bestimmte Berufsfelder bezogen ein Überangebot an Arbeitskräften bzw. ein Mangel an Jobangeboten konstatiert:

„Wir haben die Jobs auch nicht in der Breite. Das muss man auch sagen. Auch gerade für die Studiengänge, die an der Universität sind, sind die so nicht da. Also braucht es auch so eine gewisse, wenn man in der Region bleiben will, eine gewisse Flexibilität, was das Berufsbild angeht.“ (V2)

Ein erhöhtes Maß an Flexibilität von Absolventen bezüglich der von ihnen favorisierten Branchen lässt sich allerdings nur erwarten, solange sie in anderen Bundesländern nicht auf entsprechende Nachfrage nach ihrer Arbeitskraft in favorisierten Branchen treffen. Letztlich kann die Diskussion um die Sicherung von Fachkräften und einen eventuell aktuell und/oder künftig bestehenden Fachkräftemangel nicht eindeutig geklärt werden.

Zwecks spezifischerer Abschätzung des künftigen Bedarfs wurde deshalb weiter gefragt, wie schnell offene Stellen in Unternehmen besetzt werden können. Die Bandbreite bei der Anzahl von Akademikern im eigenen Unternehmen benennen die Experten von 100% bis hin zu einem einzigen Akademiker im Unternehmen. Ein grundsätzlicher, in seinem künftigen Ausmaß jedoch von Konjunktur und Altersstruktur der derzeitigen Mitarbeiter abhängiger Bedarf an qualifiziertem akademischem Personal ist also durchaus gegeben. Insbesondere der Faktor Altersstruktur wird von einigen Unternehmen unterstrichen. Die vorhandene *„Altersquote“* (V5) führt dann dazu, dass ein *„Verjüngungsprozess eingeleitet wird, um Nachwuchs zu sichern“* (V5). Dennoch sind die Befragten vorsichtig in der Aussage, ob diese Personen zwingend von der Universität in Potsdam ausgebildet werden müssen und ob der Bedarf in der Region den Fachrichtungen der Universität entspricht.

Im Bereich der spezifischen, auf die Interessen des Landes Brandenburg abgestimmten Lehrerausbildung und den Verwaltungswissenschaften stellt sich diese Frage allerdings weniger als etwa in der Versorgung der ansässigen Unternehmen mit Personal. Als Beispiel wurde die Absolventenmesse genannt, bei der *„war dann der Eindruck, alles schön, aber das passt einfach von den Ausbildungsschwerpunkten nicht. Weil die Fächer dann nicht unbedingt zu den Bedarfen passten, die die Unternehmen jetzt konkret angemeldet haben“* (V1). Dabei scheint man in bestimmten Branchen *„mit den Fachhochschulen oder der BTU in Cottbus/Senftenberg“* (V1) intensiver im Gespräch zu sein, *„wo wir auch mehr Ansatzpunkte sehen, um Unternehmen auch mit den Verantwortlichen in der Hochschule zusammen zu bringen“* (V1). Geschuldet ist dieser Umstand,

der Unternehmensstruktur in Brandenburg, *„also für das kleine, mittelgroße brandenburgische Unternehmen ist eher die Fachhochschule der erste Adressat, wenn sie Leute suchen“* (U1).

Bei größeren Unternehmen sei der Prozess, innerhalb dessen sie ihre offenen Stellen mit Absolventen der Universität besetzen, derzeit ohne große Probleme zu bewältigen, jedoch ist die Entwicklung in der Zukunft noch nicht absehbar: *„Also wir bekommen die Leute hier, die wir brauchen, im Moment“* (U7).

4.3 Brandenburg und Berlin – zwischen Konkurrenz und Kooperation

Die Zusammenarbeit der Bundesländer Brandenburg und Berlin im Bereich Wirtschaft, Universität und Bildung wurde ebenfalls erfragt. Dabei wurde das variable Verhältnis von Konkurrenz oder Kooperation besonders häufig diskutiert. *„Es ist inzwischen Kooperation“* (P2) versichert ein Experte aus der Politik. In der Vergangenheit habe man Fehler gemacht, aber jetzt verstünden sich die Länder *„als Hauptstadtregion“* (V3) mit gemeinsamem Wirtschaftsraum, *„der gerade im globalen Wettbewerb“* (V3) für beide Akteure nur von Vorteil sein kann. Der Anspruch, *„nach außen hin als eine Region aufzutreten“* (V1) entsteht daraus, dass die Stärke der Region *„in der Summe beider Teile“* (V3) liegt.

Dass beide Seiten von einer Zusammenarbeit profitieren, liegt unter anderem daran, dass Brandenburg *„Rückzugsräume bietet“* (P1) und die *„Versorgung dieser Hauptstadt mittendrin, auch super interessant ist und [man; die Verf.] dessen Potential [des Versorgungsprozesses; die Verf.] noch längst nicht ausgeschöpft hat“* (P1). Hier ist nicht nur die Versorgung von Nahrungsmitteln gemeint, sondern auch die Energieversorgung der Stadt.

Die Verflechtung der Regionen wird insbesondere dann deutlich, wenn die Landesgrenzen keine Bedeutung mehr für den Einzelnen haben. *„Die Masse der Leute, die hier Geld verdient, tut dieses Geldverdienen in Berlin“* (U3). Diese Personen stammen meist aus Regionen, die im S-Bahn Bereich liegen. Das zeigt, dass *„das Umland von Berlin“* (P2) ganz nah dran ist. *„Da kann man Grenzen gar nicht mehr ganz ausmachen“* (P2).

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht gibt es länderübergreifend

„eine gemeinsame Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg, wo wir vereinbart haben, dass wir bei fünf dieser Cluster, von denen ich da eben berichtet habe, alle Dinge gemeinsam machen. Da gehört IKT Medien-Kreativwirtschaft dazu, da gehört die Gesundheitswirtschaft mit dazu, die

Energietechnik gehört mit dazu. Das ganze Thema Verkehr, Mobilität und Logistik gehört dazu und Optik.“ (V1)

Somit kann man sagen, „dass Unternehmen diese Landesgrenzen nicht kennen“ (V2) und sich die Standortentscheidung nicht vordergründig nach dem eventuell unterschiedlichen Ausmaß an Förderung bzw. Subventionen richtet. Brandenburg bietet in diesem Kontext den „Unternehmen auch eine gewisse Fläche“ (V3) und mit Hilfe eines ausgebauten Öffentlichen Nahverkehrs liefert Berlin die nötigen Arbeitskräfte. „Dass es da eine Symbiose“ (V3) gibt, wird in der folgenden Stellungnahme deutlich:

„Also als Beispiel die Logistikbranche hier in der Region hat sicher auch davon partizipiert, dass in Berlin auch sehr viele Internetfirmen sind, die dann gegenseitig dann sozusagen positiv aufeinander wirken.“ (U5)

Pendlerstatistiken zeigen die Verbundenheit der Länder, „ich glaube 75 % aller Potsdamer pendeln nach Berlin und andersherum“ (U1).

Bei „95 % Kooperation und 5 % Konkurrenz“ (V1) wird bei Ansiedlungen stets auch intensiv auf das eigene Land geguckt, „trotzdem freuen wir uns über jeden einzelnen Arbeitsplatz und Ansiedlung, die hier gelingen kann“ (V5).

So problemlos es bei dem Thema Wirtschaft zu sein scheint, eine Kooperation zwischen den Bundesländern zu verankern, ist es aus Sicht der Befragten im Bereich der Bildung und Wissenschaft nicht. „Da gibt es so viele Eitelkeiten, da ist keiner bereit, auf den anderen zu gucken“ (P1) konstatiert ein Experte. Dennoch gäbe es viele Ansatzpunkte und das „Ziel ist es auch, einen gemeinsamen Bildungsraum zu sehen“ (V2), wobei der Versuch, einen länderübergreifenden Bildungsraum zu etablieren, insbesondere mit der „Person Günther zusammen [-hängt, die Verf.], der vorher auch in Berlin bei der Hochschule war“ (V1) und der selbstbewusst versucht, den „Schulterschluss“ (V1) zu initiieren, wobei die Universität Potsdam in diesem Verbund „so ein bisschen im Schatten zu FU und HU“ (V2) steht, aber nichts desto trotz Teil einer respektablen Ansiedlung von wissenschaftlichen Einrichtungen in einer Region ist:

„Berlin-Brandenburg, also dieser Speckgürtel, ist die zweitgrößte Anhäufung von Wissenschaftsinstitutionen und Wissenschaftlern in Deutschland.“ (V4)

In den Kooperationen sind unterschiedliche Gewichtungen im Verhältnis von Kooperation und Konkurrenz zu beobachten, z. B. „wenn es um das konkrete Einwerben eines Drittmittelprojektes geht“ (V4), dann sind die Universitäten

in jedem Fall Konkurrenten, aber bei Großprojekten, wo man in Konkurrenz mit anderen Standorten ist, da füllen die Partner gegenseitig Lücken auf und profitieren voneinander und stellen eher Kooperationspartner dar.

Weitere Spannungslinien entstehen, da alle Hochschulen bemüht sind, „gute Studenten zu haben, einen guten Ruf zu haben, gute Professoren anzulocken“ (U3), um die man zumindest im Fall der Professoren intensiv konkurriert. Für einen Experten entsteht aus diesem Spannungsverhältnis auch die Frage, „wie sehr muss man in seiner eigenen Struktur und Hochschulentwicklungsplanung darauf Rücksicht nehmen, was im Umfeld passiert?“ (V4). Richtet sich die Universität in dem Falle nach den Hochschulen in Berlin aus oder orientiert man sich an den Einrichtungen im Land Brandenburg?

Dabei tut es der Universität Potsdam manchmal in diesem Konkurrenzverhältnis „ein bisschen weh“ (V1), „im Schatten der drei Berliner großen Universitäten“ (V2) zu stehen. Die FU Berlin, TU Berlin und Humboldt Universität sind „viel, viel größer und haben natürlich auch ganz andere finanzielle Möglichkeiten“ (U7), da kann die Universität Potsdam anhand der Zahlen nicht mithalten.

Die Universität Potsdam, die im Rahmen des Konkurrenzverhältnisses mit dem Netzwerk in Berlin und dem dortigen „Mikrokosmos“ (U4) konkurriert, sollte sich stattdessen „durch bestimmte Besonderheiten positionieren. Dazu gehört das HPI, aber dazu gehört auch das Thema Gründung, ganz bestimmt“ (V2). Das Hasso-Plattner-Institut, als eine der vielen kooperierenden Forschungseinrichtungen der Universität Potsdam, „ist eine sensationelle Kombination aus privaten Engagement und der Verknüpfung mit der Informatik der Universität“ (V2). „Das Hasso-Plattner hat für mich einen elitären Namen“ (U4) und sei für die Universität Potsdam bedeutungsschwer, da es „eine herausragende Bedeutung für die Technologieentwicklung und Design-Thinking“ (V5) hat. Es sucht, nach Angaben der Experten, deutschlandweit seines gleichen und sollte von der Universität noch in höherem Maße genutzt werden.

Hinzu kommen weitere Eigenschaften, die dazu führen, dass die Universität Potsdam „renommiert“ (V6) ist und als „attraktive(r) Partner“ (V6) von Berlin wahrgenommen wird. So wurde sie als „aktivste Hochschule“ (V5) ausgezeichnet und dies tut dem Wettbewerb der Hochschulen in der Region gut, ja, es ist geradezu eine Bereicherung der Konkurrenz, „dass hier ein junger frischer Neuling in den Markt eingetreten ist“ (V4), der „nicht unbedingt ein Schattendasein“ (U8) führen will.

Berlin und Brandenburg konkurrieren auch bezüglich des Wohnortes von Studierenden, die Studierenden der Universität Potsdam selbst scheinen in keinem Fall einen gravierenden Unterschied zwischen Berlin und Brandenburg als Wohnort zu machen und nehmen die Landesgrenzen kaum wahr. Es gibt viele, „die in Berlin wohnen und in Potsdam studieren“ (P2). Das kann daran liegen, dass die Wege kurz sind, „die Anbindung ist vom Grundsatz her so, als ob sie in Berlin wohnen“ (U7) oder das sind die Studierenden, die „einen Studienplatz in Berlin haben wollten, aber keine bekommen haben. Dann ziehen sie nach Berlin und studieren in Brandenburg“ (P1). Die Chance, die Studierenden nach Potsdam zu locken, verringert sich drastisch, da kaum bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht und sich die Studierenden solch hohe Mietpreise kaum leisten können. „Sie haben keine Vorstellung, was in Potsdam zum Teil für Mieten aufgerufen werden“ (U8).

4.4 Kulturelle Effekte der Universität Potsdam – Zum Image der Stadt Berlin, des Landes Brandenburg und der Stadt Potsdam

Berlin und Brandenburg arbeiten in vielen Bereichen zusammen. Dennoch weisen beide Partner Eigenschaften auf, die ihre Eigenständigkeit unterstreichen. Was die befragten Experten mit Berlin, Potsdam und Brandenburg jeweils verbinden, ist für die Analyse des gemeinsamen Wirtschafts- und Wissenschaftsraums bedeutsam: „Berlin kennt jeder; Berlin ist inzwischen hip“ (U9). Die Hauptstadt der Bundesrepublik hat in den letzten Jahren einen enormen Imagegewinn erlebt, auch in wirtschaftlicher Hinsicht scheinen sich viele Dinge zu verändern. Dabei fällt den Experten auf, dass ein wahrer „Hype auf die Stadt“ stattfindet. Berlin wird „in den Medien vielfältig als Gründermetropole dargestellt“ (U6), es herrscht eine Art „Goldgräberstimmung“ (U6) vor, und viele Unternehmen „kommen da hin und Unternehmen wie Google und Co. eröffnen da Dependancen“ (V3). Am Standort Berlin wird weniger auf die Produktion von Gütern gesetzt, „aber Forschung und Entwicklung ist hier ein ganz wichtiger Standort. Das liegt auch an den Kooperationsmöglichkeiten mit Wissenschaftseinrichtungen“ (V6). Die Wirtschaftsstruktur erweist sich als:

„Kleinteilig und technologieorientiert. Mit einem hohen Anteil an High-Tech-Unternehmen, die aber unterdurchschnittlich groß sind. Also die Spitzentechnologie ist übermäßig vertreten, aber gerade bei den, vor allem bei den kleinen Unternehmen.“ (V6)

Dabei ergänzen sich die Eigenschaften der Stadt sehr gut mit dem Faktum, dass renommierte Universitäten vor Ort ihren Sitz haben. Die „gute Lebens- und Wohnqualität“ (U6) lockt hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem In- und Ausland in die Stadt. Berlin ist „bunt (...) und auch so sozial dabei“ (U6), hat „Kultur und Infrastruktur“ (V2) und „glänzt doch nach außen“ (P2). Hinzu kommt, dass drei große Universitäten in der Stadt beheimatet sind, die alle dazu beitragen:

„dass Berlin diese Bevölkerungsentwicklung hat, die sie hat. Weil ganz viele für das Studium aus dem gesamten Bundesgebiet und überhaupt auch aus dem Ausland, wir haben ja auch einen hohen Anteil an ausländischen Studierenden, nach Berlin kommen. Viele bleiben eben auch hier. Das führt dazu, dass Berlin eine wachsende Stadt ist.“ (V6)

Von der „Hauptstadt der Welt“ (K1), können das Land Brandenburg und die Unternehmen dort nur profitieren. Im Bereich Tourismus hängen sich die Anbieter ran und sagen, „in Potsdam rasten, in Berlin ausrasten“ (U9). Allgemein sprechen Experten davon, dass die Nähe zu Berlin „ganz wichtig in Brandenburg“ (U2) ist, und „letztlich ist diese Metropole in der Mitte, einfach schon, auch aus unserer Sicht, eine der größten Stärken, die Brandenburg zu bieten hat“ (V1). Brandenburg wird dabei nicht isoliert wahrgenommen, „in der Außenwelt, sondern es wird Berlin-Brandenburg wahrgenommen“ (V2). Der Versuch, eine Fusion der beiden Bundesländer vorzunehmen, ist an einem Bürgerentscheid gescheitert und wird derzeit nicht wieder diskutiert. Zwei Experten formulieren es so, „das Thema Länderehe ist erst mal nicht so präsent“ (V3) bzw. drastischer „die Länderfusion ist tot“ (P1). Dies ist angesichts der geschilderten positiven Spillover-Effekte möglicherweise auch wenig problematisch.

Brandenburg als eigenständiges Bundesland hat nach Ansicht der Experten kein eindeutiges Imageprofil. Es werden Stimmen laut, die der Meinung sind, „das Image ist toll“ (U7), weil es Brandenburg „sehr gut gelungen ist, positive Beispiele zu zeigen. Wenn man sich zum Beispiel das Ranking der stark wachsenden Landkreise anguckt, da sind regelmäßig welche bei uns hier in der Region dabei“ (U5). Niemand verleugnet, dass Brandenburg im Vergleich der Wirtschaftskraft mit anderen Bundesländern schlechter abschneidet, aber „wenn es um Dynamikwerte oder dieses geht, ist ja Brandenburg ja durchaus, (...) Sieger gewesen in Deutschland“ (V2). Eine große Wissenslücke von dem, was in Brandenburg alles vorherrscht, scheint dennoch zu bestehen und „das Problem Brandenburgs ist eigentlich, dass es kaum ein Image hat“ (V1). Wobei nach den Experten nicht zu unterschätzen sei, „wie modern [die; die Verf.] Industrie in Brandenburg vielfach auch ist“ (V1).

Brandenburg lebt von seiner Kultur, „und zwar Kultur jetzt im Sinne von Landschaft, touristisch, Kultur im künstlerischen Sinne und auch Kultur im Umgang der Menschen miteinander“ (P2) und seiner Natur, „diese Landschaft ist eine der wahrscheinlich wundervollsten Landschaftsstreifen in ganz Europa. Als Naherholungsgebiet, dass man innerhalb von anderthalb, zwei Stunden gefühlt tausend Seen erreichen kann“ (U6). Die Brandenburger sind „nicht so schnell, aber dafür tiefgründiger“ (P2) und das „Preis-Leistungsverhältnis stimmt in weiten Teilen“ (V3).

Die Kehrseite von diesen Eigenschaften ist, junge Menschen „wollen Sachen erleben, da ziehen sie nicht freiwillig nach Brandenburg“ (U9) und Brandenburg ist „noch zu wenig entdeckt worden von der Wirtschaft“ (P2). In Punkten wie der Landflucht und dem demografischen Wandel wird dann Brandenburg ein „schwieriges Image“ (V4) zugeschrieben,

„Gewisse Örtlichkeiten, die es heute in der Uckermark gibt, oder so. Die werden in 30–40 Jahren vielleicht so nicht mehr bestehen, möglicherweise.“ (V3)

Und ein Experte geht soweit, zu sagen, „Brandenburg ist eine relativ traurige Veranstaltung“ (U3). Umso weiter man sich von Berlin entfernt, „da kommt Leere. Da kommt nix, da sind kleine Dörfchen, runtergekommene Örtchen, die wirklich vor sich hin krebzen und nicht wissen, wie sie vorankommen sollen. Wo die jungen Leute alle wegziehen“ (U3). Unternehmen bekommen dann Schwierigkeiten, wenn sie auf hohe Mitarbeiterzahlen angewiesen sind, denn „je mehr Humankapital notwendig für den Job, umso schwieriger ist es jemanden davon zu überzeugen, in einem Unternehmen zu arbeiten, was nicht mehr in Fahrdistanz zu Berlin liegt“ (V4). Was die Qualität der Arbeitnehmer anbetrifft, sieht ein Experte große Schwierigkeiten für das Land Brandenburg. „Extrem unterdurchschnittliche Performance hier. Quantitativ und qualitativ. Ganz schwieriges Thema“ (U3). Mit dieser Einschätzung steht er aber unter den Experten alleine dar.

Obwohl die Expertenmeinungen weit auseinander gehen, scheint man mit Brandenburg insgesamt einen mehrheitlich in der Kombination mit dem Großraum Berlin als attraktiv eingeschätzten Mix aus Natur, Kultur und gesundem Selbstbewusstsein zu verbinden. Das Land scheint sein vollständiges Potential noch nicht ausgeschöpft zu haben und muss daran arbeiten, die vorhandenen Probleme anzugehen. Mobilität und die Zusammenarbeit mit Berlin sollten weiter im Fokus stehen, genauso wie die Wirtschaftsförderung und die Brillanz im Tourismusbereich.

„Es ist Berlin, Speckgürtel und Bundesland. Die drei Aufteilungen.“ (U4)

Die Landeshauptstadt Potsdam, nimmt „*nochmals eine gesonderte Rolle*“ (U4) innerhalb Brandenburgs ein und wird von vielen Experten als „*sehr attraktiv*“ (U5) beschrieben. Potsdam ist „*offen, bunt, aber gleichzeitig auch wohlhabend*“ (U2). Die Architektur, die Schlösser und Seen, der historisch geprägte Stadtkern sorgen dafür, dass „*die Mitte dann eher auf den Tagestouristen ausgelegt, als auf den Studenten*“ (V1) ist. Ein Experte wünscht der Stadt und der Universität, dass „*wenn man an Potsdam denkt, auch Universität mitdenkt*“ (V2).

Neben der kulturellen Wirkungen „*hast du eben mit Potsdam eine Marke, speziell vielleicht auch noch Babelsberg, du musst da weltweit das nicht erklären. Auch neben einer Großstadt wie Berlin. Das ist auf jeden Fall ein großes Plus*“ (U1). Zwar beheimatet Potsdam „*relativ wenig eigene Industrieansiedlung, wenig eigene größere Firmen oder Verwaltungszentralen*“ (U3), dennoch gehört die Region um Potsdam zu den Gebieten im Umland von Berlin, „*die unheimlich prosperieren*“ (U3). Die Stadt Potsdam „*boomt*“ (U7) hinsichtlich der „*wissenschaftlichen Institute. Fraunhofer, Klimaforschung, um mal ein paar bekannte zu nennen*“ (U7).

Die positiven Eigenschaften der Stadt werden in diesem Zitat nochmals zusammengefasst:

„*Man hat die Vorzüge der Stadt, mit allen Möglichkeiten. Vom Einkaufen über Gastronomie und so weiter. Und gut zu leben, aber man kann gleichermaßen auch im ländlichen Raum arbeiten und wohnen möglicherweise. Hat dann entsprechend die Vorzüge im Grünen zu wohnen.*“ (V3)

„*Potsdam generell krankt so ein bisschen am eigenen Erfolg*“ (U1), die Schattenseiten der Stadt werden von den Experten dem positiven Eindruck gegenübergestellt. Soziale Themen wie „*Mietpreise*“ (U1) und „*Kitaplätze*“ (U1) liegen diesem Experten am Herzen. Aus seiner Sicht findet ein Verdrängungswettbewerb auf dem Wohnungsmarkt statt, der es für Studierende schwer macht, bezahlbaren Wohnraum zu beziehen. Durch den Tagestouristen und die Berufspendler nach und aus Berlin, ist die Stadt am Abend „*mehr oder minder wie ausgestorben*“ (U3). Das könnte sich negativ auf die Gastronomie und das Kulturprogramm der Stadt auswirken. Auf die Kultur bezogen, werden die Potsdamer als bodenständig beschrieben, „*du hast natürlich auch viele Freigeister*“ (K1), aber um Kultur zu genießen ist es „*eher selten [der Fall, dass der Potsdamer; die Verf.] nach Berlin fährt*“ (K1).

Abschließend sieht ein Experte in die Zukunft und regt ein mögliches Szenario für die Stadt Potsdam an:

„Denken wir mal 50 Jahre weiter, dann könnte auch Potsdam ein Stadtteil von Berlin sein, oder mehrere Stadtteile von Berlin darstellen. Keiner weiß es. So nehme ich Potsdam eigentlich wahr.“ (U6)

5 Die Bewertung brandenburgischer Bildungspolitik

Die Kommunikation über Bildungspolitik und die Kommunikation mit der Landespolitik sind immanenter Bestandteil der Arbeit von Universitäten. Trotz institutionell verbürgter Freiheit von Forschung und Lehre sind Universitäten allgemein organisatorisch vom jeweiligen Bundesland als zentralem Geldgeber abhängig und die Bundesländer verhalten sich zunehmend wie Unternehmer und erwarten einen regionalen Nutzen aus der Finanzierung der Universitäten, so auch in Potsdam.

Wie die Zusammenarbeit zwischen dem Land Brandenburg, der Stadt und der Universität Potsdam bei unterschiedlichen Themen funktioniert, haben die befragten Experten bewertet. Ein Thema von herausragender Bedeutung, das in allen Interviews angesprochen wurde, ist die Finanzierung der Universität. Die Zusammenarbeit von Unternehmen mit der Universität soll den Druck auf die Regierung erhöhen, da *„die Entgelte, die sie [die Universität Potsdam; die Verf.] von der Politik bekommt, pro einzelnen Studenten, ist, sage ich mal, mager oder sehr überschaubar“* seien (U7). *„Für mich ein Unding“* (ebd.). Hier ist *„die Politik in Brandenburg gelinde gesagt, nicht immer ein unterstützender Faktor“* (V4).

Bezüglich der Verankerung der Universität in der Stadt durch ausreichend Räumlichkeiten gibt es einem Experten folgend

„unterschiedliche partikulare Interessen (...). Es gibt viele Kräfte in Potsdam, die Potsdam stark als Wohnstandort sehen und als touristischen Standort sehen. Und wenn man auch mal sieht, welche Preise für erschlossene Flächen kann ich erzielen, wenn ich dort hochwertigen Wohnungsbau ermögliche, da sind andere Preise möglich, als für Gewerbeflächen oder für hochschulnahe Flächen oder Studentenwohnheime. Von daher gibt es da durchaus berechnete ökonomische Interessen.“ (V1)

Im Bereich der Wirtschaftsförderung liegt es auf der Hand, dass Politik und Fördereinrichtungen „an einem Strang ziehen“ (V1). Dennoch kommen auch andere Stimmen auf, die feststellen, dass die „Landesregierung, die Stadt, interagieren auch schon immer ein bisschen schwierig miteinander“ (U3) und sind dabei „auch sehr wenig wirtschaftsaffin“ (U3).

Die Sicherung von Fachkräften spielt übereinstimmend in der Region nicht nur für die ansässigen Unternehmen eine große Rolle, sondern auch für die Politik.

„Die Politik versucht natürlich das auf verschiedene Art zu unterstützen und das machen sie gut. Es gibt super Förderprogramme, die das Binden von jungen Leuten hier unterstützen und das auch entsprechend lukrativ für kleine Unternehmen macht. Es gibt da auch genügend Ansatzpunkte, wo man sich als interessierter Unternehmer hinwenden kann. Wo man Gehör findet und wo auch Dinge entsprechend geändert werden.“ (U1)

Beim Transfer von Forschungsergebnissen gesteht ein Experte aus der Politik ein, dass „es ein sehr festes Reglement [gibt; die Verf.], wo vielleicht die Verwaltung den Inhalt bestimmt und das darf nicht passieren“ (P2). Gewünscht wird von der Politik „auf Seite der Universität (...) manchmal mehr Akzeptanz der Politiker“ (P2).

Insgesamt zeigt sich eine deutliche Spannungslinie zwischen dem Auftrag des Landes, unter Wahrung von Freiheit von Forschung und Lehre angemessen finanzierte Forschungs- und Bildungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass sich dieses „Investment“ für das Land Brandenburg auch „rechnet“. Deutlich wird in Ansätzen ein Selbstverständnis der Landespolitik erkennbar, an die ja vom Souverän im Rahmen einer Wahl Autorität delegiert wird, das mehr einem Unternehmer im Stimmenmarkt, denn einem Agenten des Souveräns entspricht.

6 Unterschiede zwischen Universität und Fachhochschule

Die Experten sehen durchaus Unterschiede zwischen den Hochschuleinrichtungen im Land Brandenburg. Die Ausbildung, die ihren Schwerpunkt auf unterschiedlich gewichtete Kombinationen von Theorie und Praxis legt, ist für die Experten ein Kriterium zur Unterscheidung. Auf der einen Seite die „universitäre Ausrichtung des Studiums und eine wissenschaftliche[n] Ausrichtung“ (V2) und auf der anderen eine, „sehr praktisch, zwar wissenschaftliche, aber praktisch orientierte Ausbildung der Fachhochschulen“ (V2).

Neben den unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen im Bereich der Wissenschaft bzw. der Forschung und damit der methodischen Kompetenz an Universitäten und Fachhochschulen liegt der Schwerpunkt der Fachhochschulen offensichtlich stärker in der „praktisch orientierten Ausbildung“. Die Berührungspunkte mit der regionalen Wirtschaft kennzeichnen ein weiteres Unterscheidungsmerkmal zwischen den Einrichtungen, die Universität ist demnach offensichtlich aufgrund ihrer grundsätzliche internationaleren Ausrichtung nicht so spezifisch an den Unternehmen im Land orientiert. Nach Aussage einiger Experten muss sie das aber auch nicht, da nur die Fachhochschulen spezifische, stark gegenwartsorientierte Standorte und Ausrichtungen aufweisen, die aus landesspezifischen strategischen Überlegungen heraus so entstanden sind, wie sie heute vorherrschen.

Die universitär und fachhochschulspezifisch unterschiedlich entwickelten und elaborierten Forschungsfelder und der Transfer des Wissens in die regionalen Unternehmen ist das Eine. Das Andere sind die Absolventen, die in unterschiedlichem Maße zum jeweiligen Unternehmen passen. Gründe sieht ein Experte darin, „weil die universitäre Ausbildung einfach wahrscheinlich eine zu theoretische Grundausslegung hat, als das sie einem kleinen mittelständigen Unternehmen wie uns, helfen könnte. Dass die Leute eben nicht so praxisorientiert sind, wie die von der FH“ (U1). Die Unternehmer Brandenburgs benötigen weniger Personal für Entwicklung und Forschung, eher Fachkräfte, die „sehr schnell auch praktische Themen in der Produktion und Fertigung“ (V2) angehen können. Da profitieren Absolventen der Fachhochschulen von ihrer Ausbildung.

Betrachtet man die Abschlüsse, die an den Einrichtungen erreicht werden können, sieht zwar einer der Experten keine Unterschiede mehr zwischen der Ausbildung an der Universität und an Fachhochschulen, „ein Bachelor ist ein Bachelor und ein Master ist ein Master“ (U8) und nennt die Bologna-Reform als ausschlaggebenden Grund für diese Entwicklung. „Die Fachhochschulen haben massiv davon profitiert“ (V2). Früher konnte klar unterschieden werden, wer einen Abschluss an der Universität gemacht hat und was man von dem jeweiligen Bewerber erwarten konnte. Heute ist es für den Personalverantwortlichen nicht mehr so leicht, er kann „auf den ersten Blick diese Unterscheidung zwischen dem Bachelor an einer Hochschule und an einer Universität nicht mehr erkennen“ (V2). Die Landschaft der Abschlüsse und Bezeichnungen ist „bunter geworden“ (V2), die Abnehmer wissen nicht genau, „wo muss ich die einordnen, von ihrer Wertigkeit her“ (V3).

Gleichzeitig führt dies zu einer Homogenisierung von Abschlüssen, deren jeweilige Spezifika nicht mehr so klar erkennbar sind. Auch das Diplom scheint für die Experten keine große Rolle mehr zu spielen, sie sehen das derzeitige Problem im Bachelorabschluss, dem sie keine Berufsbefähigung zusprechen.

„In vielen Bereichen ist aber der Bachelor nicht viel wert. Da nützt er zu wenig. Also man muss den Master aufsatteln.“ (P2)

Jedoch bewerten sie insgesamt die Möglichkeiten, die das neue System birgt, als Vorteil, da *„konsekutiv durchstudieren“* (V2) nicht notwendig ist und die Möglichkeit besteht, andere Schwerpunkte zu setzen, zudem sprechen die Experten von einer *„europäische[n] Durchlässigkeit“* (P1).

Die Befragten stellen mehrheitlich zwischen Fachhochschulen und Universität klare Unterschiede fest. Welche Einrichtung die höhere Bedeutung für das Land Brandenburg hat, dazu haben die Experten, je nach Unternehmen, Branche oder Region eine durchaus differenzierte Meinung. Die Experten scheinen insgesamt zufrieden mit der Hochschullandschaft und weisen darauf hin, dass die finanziellen Aufwendungen für die Hochschulen zu gering sind und sich die Einrichtungen gegen die Politik wehren sollten. In diesem Problemfeld sollten Universitäten und Fachhochschulen zusammenarbeiten, *„weil man sie [die Einrichtungen; die Verf.] schwächt, in ihrer Stellung gegenüber der Landesregierung“* (P1), wenn jeder für sich alleine agiert.

Die Bologna-Reform hat ein *„sauberes System“* (V2) abgelöst und erschwert den Unternehmen zum Teil die Personalentscheidung. Die Fachhochschulen haben von der Umstellung profitiert. Nichtsdestotrotz bleiben deutliche Unterschiede zwischen Fachhochschulen und Universitäten, wobei erstere aktuelles praktisches Anwendungswissen und letztere abstrakte Lösungsmuster auf Basis hoch entwickelter methodischer Kompetenzen vermitteln. Allerdings führt die formale Gleichwertigkeit von Bachelorabschlüssen offensichtlich zu einem scheinbaren Vorteil für Fachhochschulabsolventen, die auf den ersten Blick formal gleichwertig erscheinen, gleichzeitig aber erschwert sie auch die Auswahl der Bewerber für Unternehmen und verwischt tatsächlich vorhandene Differenzen.

7 Zusammenfassung

Ein Bündel von Erwartungen an die Universität Potsdam, sei es dass sie junge Menschen in der Region binden, Innovationen in Gang bringen, sich an den strukturellen Problemen des Landes Brandenburg orientieren (Energiewende, medizinische Versorgung, zunehmende Landflucht) und Know-how schneller zu den Unternehmen bringen solle, lässt sich aus den Interviews „herausfiltern“. Neben diesen Erwartungen an die Universität haben die Unternehmen weitere Erwartungen an die Studierenden und Absolventen als Arbeitskräfte und an die Universität als Arbeitgeber, der durch Existenz- und Unternehmensgründungen selbst Arbeitsplätze generiert.

Die Universität Potsdam stellt nach den Beschreibungen der Experten einen wichtigen, wenn nicht sogar herausragenden Wirtschaftsfaktor und Motor für die wirtschaftliche Entwicklung in bzw. für die Region dar, sie bildet Personal für den regionalen Arbeitsmarkt aus, sie ist Ansiedlungsgrund für Unternehmen und einer der größten Arbeitgeber in der Region und durch Angestellte und Studierende ein Wirtschaftsfaktor für sich. Die Erwartungen seitens der Wirtschaft und Politik beschränken sich nicht ausschließlich auf die Produktion von verwertbarem Wissen und die Funktion im Sinne der „Produktion hochqualifizierter Arbeitskräfte“.

So stellt die Universität Potsdam aus Sicht der Befragten eines der zentralen „Aushängeschilder“ des Landes Brandenburgs dar. Die Universität ist in der Lage, verschiedene Einrichtungen in der Region miteinander zu verknüpfen und für innovative Ideen und Lösungen zu sorgen, für die jedoch auch die Anschlusskapazitäten auf Unternehmensseite vorhanden sein müssen. Vor allem in Verbindung mit anderen Forschungseinrichtungen werde der Standort für Ansiedlungen von Unternehmen und Instituten attraktiv, womit letztlich Kooperationsrenten zwischen Universität und Unternehmen angesprochen sind. Die Existenz- und Unternehmensausgründungen, die aus der Universität heraus entstehen, verstärken dabei die positiven Impulse, die von der Gründung auf die Region ausgehen.

Allerdings weist das Land Brandenburg eine eher kleinteilige Wirtschaftsstruktur auf, die von Unternehmen geprägt ist, die häufig fünf bis zehn Mitarbeiter haben. Für eine neu zu besetzende Stelle sind für manche Unternehmen in bestimmten Branchen Absolventen einer Fachhochschule von größerem Interesse, da diesen eine höhere Praxisorientierung zugesprochen wird.

In Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie in der Informatik, also auch im Bereich hoch kreativer und variabler Problemlösungen, aber auch in den Verwaltungswissenschaften und der Lehrerausbildung kann nur die Universität Potsdam den Bedarf des Landes und der Region decken. Neben der Passungsfähigkeit scheint insbesondere die Kommunikation zwischen Universität und Unternehmen entscheidend, um den Spillover-Effekt des an Universitäten erzeugten Know-hows zu nutzen und um ein wirksames Signalling bezüglich des Bedarfs an spezifischem Humankapital zu betreiben. Letztlich benennen die befragten Auskunftspersonen somit sowohl Spillover-Effekte von universitärem Wissen auf die Innovationskraft regionaler Unternehmen als auch Arbeitmarkteffekte im Sinne der Nachfrage nach besonders qualifizierten Arbeitskräften, die eben auch in Unternehmen gebunden werden könnten, die im innovativen Speckgürtel der Universität ansässig würden, weil dort eben genügend hochqualifiziertes Humankapital bereitsteht.

Größere Unternehmen haben ihren Sitz häufiger in Berlin und bieten zumeist höhere Aufstiegschancen. Den Beitrag, den die Universität Potsdam zur Fachkräftesicherung leistet, schmälert das nur wenig, da sie die erste Kontaktstelle von Studierenden mit der Region darstellt. Hier ist die Aktivität der Unternehmen gefragt, die in der Masse das Potential der Universität noch nicht erkannt haben, geschweige denn ausschöpfen. Zudem sollte sich auch die Stadt Potsdam aktiv um die Studierenden bemühen. Bezahlbarer Wohnraum und kulturelle Angebote könnten die Attraktivität der Stadt weiter steigern.

Findet eine Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft statt, dann wird beiden Seiten Offenheit und Bereitschaft zugesprochen. Für kleinere Unternehmen erscheint es ungleich schwerer, einen passenden Ansprechpartner zu finden. Durch den Partnerkreis Industrie und Wirtschaft ist die Universität Potsdam den ersten Schritt auf die Wirtschaft zugegangen, der durchweg positiv beurteilt wurde. Die Universität sollte sich allerdings keinesfalls als reinen Dienstleister für die Region und das Land betrachten, da die Freiheit in Lehre und Forschung zentral für die Entwicklung neuer Ideen und Technologien ist.

Den Absolventen der Universität Potsdam wird bescheinigt, dass sie sich aufgrund ihrer methodischen Kompetenz in hohem Maße selbstständig Themen erschließen können und offensichtlich im Rahmen ihres Studiums dazu befähigt wurden, sich selbst permanent zu transformieren. Methodische Kompetenz, die erlernte strukturierte und systematische, an Problemlösungen orientierte Arbeitsweise und die fachlichen Kenntnisse befähigen sie dazu, sich vom operativen

Geschäft loszulösen und neue Lösungswege zu entwickeln. Das erworbene theoretische Rüstzeug wird für die Lösung spezifischer Aufgaben und Probleme angewandt und hilft, komplexe Abläufe zu optimieren. Damit bildet die Universität hochqualifiziertes Fachpersonal für den regionalen Arbeitsmarkt aus. Insbesondere Unternehmen, die mit Studierenden zusammenarbeiten, ihnen Praktikumsplätze bieten oder Abschlussarbeiten betreuen, haben die Chance, Akademiker frühzeitig zu binden, was sie zum Teil auch aktiv tun.

Die Studierenden, die in Potsdam leben, tragen im Sinne einer kulturellen Belebung erheblich zur kulturellen Vielfalt der Stadt bei. Der demografischen Entwicklung im Land Brandenburg wirkt die Universität dahingehend entgegen, dass sie junge Menschen in die Region bringt, die künftig als potentieller Arbeitnehmer in Frage kommen. Für eine erfolgreiche Bindung der Studierenden ist die Verflechtung der Region mit Berlin und dessen Ausstrahleffekt zu beachten. Viele Studierende und Mitarbeiter der Universität Potsdam leben in Berlin und pendeln täglich zwischen den Ländergrenzen hin und her, wie auch viele Studierende aus Berlin nach Potsdam pendeln (vgl. Kapitel 6).

Die Universität Potsdam scheint zusammenfassend die Rolle des frischen, unbekümmerten und erfolgreichen „jungen Neulings“ in der Bildungslandschaft Berlin-Brandenburg eingenommen zu haben. Bei Großprojekten wird die Kooperation mit den Berliner Universitäten vorangetrieben und gleichzeitig am eigenen Profil gearbeitet, um nicht im Schatten der Universitäten Berlins zu stehen. Das Hasso-Plattner-Institut und die Transfergesellschaften sind in diesem Zusammenhang Einrichtungen, die dem Image der Universität und der Region einen Schub vermitteln.

Für die Zukunft wird von Seiten der befragten Experten gefordert, dass die Universität Potsdam auch künftig an ihrer Profilierung arbeiten, die Etablierung in der Stadt Potsdam vorantreiben und die Möglichkeit bekommen soll, sich räumlich zu erweitern.

Kurz zusammengefasst wird die Universität Potsdam von den Experten als bedeutender Wirtschaftsfaktor und Wirtschaftsförderer in der Region bewertet, der weitere Unterstützung, insbesondere einen erweiterten finanziellen Spielraum, benötigt. Eine bessere Passungsfähigkeit von wirkungsvoller anreizgesteuerter Industrieansiedlungspolitik und verbesserter Kommunikation wird die regionalökonomischen Effekte erhöhen. Neben der Produktion von akademisch gut ausgebildeten Absolventen und deren Bindung prägt die Universität auch das Image der Region und ist damit neben einem bedeutenden Arbeitgeber auch

entscheidender Impulsgeber für das Land. Innerhalb der Metropolregion ist sie ein offener Kooperationspartner für die Unternehmen in der Region und belebt durch ihre Studierenden den Kulturraum Potsdam, zudem werden ihr positive demographische Effekte zugeschrieben.

8 Literatur

- Kuckartz, U. (2010). *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kuckartz, U., Dresing, T., Rädiker, S. & Stefer, C. (2008). *Qualitative Evaluation. Der Einstieg in die Praxis*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.

9 Anhang

Tabelle A1: Codesystem in Stichworten für die Auswertung der qualitativen Interviews mit der Anzahl der Vergabe.

Liste der Codes: Codesystem	
	989
Universität allgemein	0
Konkurrenz/andere Universitäten	8
Probleme der Universität	11
Bedeutung	0
Für die Region	17
Für das Unternehmen	23
Erwartungen	0
Erwartungen des Unternehmens	12
Allgemeine Erwartungen	7
Kooperationen	0
Potentiale in/für Kooperation	32
Zufriedenheit mit Kooperation	23
Unternehmensverband	3
Art der Kooperation	10
Politik	12
Themen	25
Partnerkreis/UP-Transfer	18
Career-Service/Karrieremessen	14
Stellenwert der Kooperation	9
Nutzen der Kooperation	13
weitere Kooperationspartner	12



Ausbildung an der Universität	0
Absolventen	0
Eigenschaften des Absolventen	10
Art des Abschlusses Bachelor vs. Master	1
Fachliche Kenntnisse	4
Theoretische Kenntnisse/Analytisches Denken	9
Praxiserfahrungen	10
Unterschied Universität und Fachhochschule	5
Sprachen	1
Auslandserfahrungen	0
Auswahl des Absolventen	6
Praxiserfahrung	10
Weitere Faktoren	9
Auslandsaufenthalt	7
Lebenslauf	7
Regelstudienzeit	5
Abschlussnoten	8
Schwerpunkte im Studium	5
Soziale Faktoren	11
In Zukunft wichtig	0
Uni Potsdam allgemein	20
Eigenschaften	8
Fächer/Fachbereiche	28
offene Stellen	12
Bedarf in eigenem Unternehmen	13
Bedarf in der Region	2
Studierende	0
Art der Beschäftigung	3
Abschlussarbeiten	7
Praxissemester/Praktika	4
Weitere Anstellungen	4
Erwartungen an Studierende	7
Engagement in Zukunft	8
Region	0
Wirtschaftsstruktur Brandenburg	21
Szenario	2
Uni größer	11
Uni kleiner	13
Unterschiede FH und Uni	33
Bolognareform	9



Image der Region	2
Universität Potsdam	27
Berlin	26
Potsdam	50
Brandenburg	49
Fachkräftemangel	6
Sicherung der Fachkräfte	33
nicht akademischer Bereich	6
akademischer Bereich	6
Verhältnis Berlin Brandenburg	0
Absolventen	7
Studenten	17
Allgemein	24
Wirtschaft	16
Bildung/Uni	22
Student als Wirtschaftsfaktor	26
Stellung der Uni	0
Allgemeiner Stellenwert	33
Im Vergleich zu Berlin	17
Leistung der Uni	1
Absolventen produzieren	33
Ansiedlungsgrund für Unternehmen	24

Die Studierenden der Universität Potsdam

Freya Gassmann, Konstantin Herrmann und Eike Emrich

6 Bedingungen des Kommens und Bleibens – die demographische Rendite durch die Studierenden der Universität Potsdam

Gliederung

1	Einleitung und theoretischer Rahmen	201
2	Empirische Ergebnisse	207
	2.1 Regionale Herkunft der Studierenden	207
	2.2 Gründe für ein Studium an der Universität Potsdam	209
	2.3 Durch die Studierenden genutzte Verkehrsmittel	211
	2.4 Bewertung der Universität Potsdam durch die Studierenden	213
	2.5 Verbleib in Brandenburg nach dem Studium	221
3	Fazit	227
4	Literatur	229

1 Einleitung und theoretischer Rahmen

Der demographische Wandel in der Bundesrepublik und seine mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden Folgen werden seit vielen Jahren diskutiert. Generell ist für diese Diskussion festzuhalten, dass Veränderungen im Bevölkerungsbestand und in der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung vergleichsweise gut prognostiziert werden können, soweit – wie in der Bundesrepublik Deutschland seit der Nachkriegszeit Naturkatastrophen, Hungersnöte und Kriege, also exogene Schocks, auszuschließen sind (vgl. zu den verwendeten Analyse- und Prognoseverfahren Mueller, Nauck & Diekmann, 2000). Kriege außerhalb Deutschlands können im Sinne exogener Schocks unter bestimmten Bedingungen die Immigration verändern. „Die im Jahr 2015 rapide angestiegene Zuwanderung Schutzsuchender ist eine solche Sonderentwicklung. Gegenwärtig kann sie [in den Vorausberechnungen] noch nicht adäquat berücksichtigt werden.“ (Statistisches Bundesamt 2016, Ergänzung durch die Verf.).

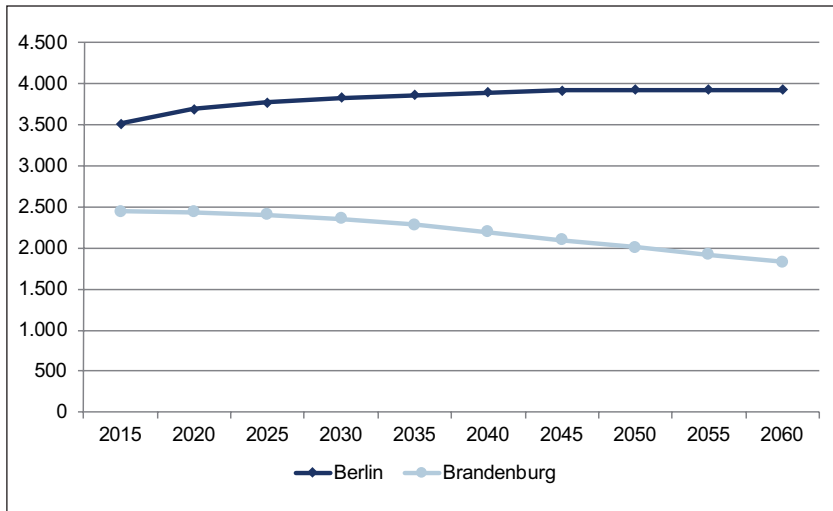
Solche Entwicklungen im Sinne schwarzer Schwäne (Taleb, 2010) sind prinzipiell nicht vorhersehbar, um jedoch im Rahmen der Vorausberechnungen die unterschiedlichsten Entwicklungen möglichst weit abzudecken, führte das Statistische Bundesamt die aktuelle 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung in Anlehnung an die bisherigen Vorausberechnungen jeweils in unterschiedlichen Varianten und Modellberechnungen durch (ebd.).

In der Vergangenheit zeichnete die Entwicklung der Bevölkerungszahlen in Deutschland ein heterogenes Bild für die einzelnen Bundesländer (Bundesministerium des Inneren, 2012, S. 37). So kam es in allen ost-deutschen Bundesländern in einem unterschiedlichen Maß zu einem Rückgang der Bevölkerung, wobei dieser in Brandenburg mit 2 % im Jahr 2010 im Verhältnis zu den anderen ost-deutschen Bundesländern geringer ausfiel (ebd.). Nichtsdestotrotz wird Brandenburg nach den Zahlen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung im Jahr 2060 etwa ein Drittel seiner Bevölkerung bezogen auf das Jahr 2010 verloren haben. Sachsen, das Saarland und Mecklenburg-Vorpommern wird es nach diesen Berechnungen ähnlich treffen und nur Thüringen und Sachsen-Anhalt werden mit 41 % bzw. 42 % einen höheren Rückgang haben (ebd., S. 38).¹

Nach der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (vgl. Abbildung 1) wird die Wohnbevölkerung in Brandenburg bis zum Jahr 2060 von 2,4 auf 1,8 Millionen, also um 618.000 sinken. In Berlin dagegen wird die Bevölkerung voraussichtlich von 3,4 auf 3,9 Millionen ansteigen.

1 Nach diesen Ergebnissen werden alle Bundesländer einen Rückgang der Bevölkerung zu verzeichnen haben, im Durchschnitt um etwa 21 %. Der Rückgang wird in Hamburg mit 6 % am geringsten ausfallen, Bremen, Bayern, Berlin und Baden-Württemberg werden zwischen 14 % und 16 % verlieren, die übrigen zwischen 19 % und 22 %. Die öffentlichen Diskussionen werden allesamt derzeit unter der Perspektive der Rückgänge der Wohnbevölkerung bei gleichzeitig steigendem mittleren Lebensalter geführt und die daraus für eine bestimmte Phase bezogenen Anpassungsprobleme hervorgehoben. Ebenso könnte man die Debatte unter das Motto stellen, weniger sind mehr (vgl. Hondrich, 2007), und überlegen, wie man durch gesteigertes Humankapital und u. a. dadurch erleichterte Produktivitätssteigerungen mit weniger Menschen ein höheres Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftet. Aber auch dann würden Universitäten mit einem relativ hohen Anteil junger Menschen mit hohem Humankapital einen Wettbewerbsvorteil darstellen.

Abbildung 1: Geschätzte Entwicklung der Wohnbevölkerung (in 1.000 Personen) in Berlin und Brandenburg bis zum Jahr 2060.

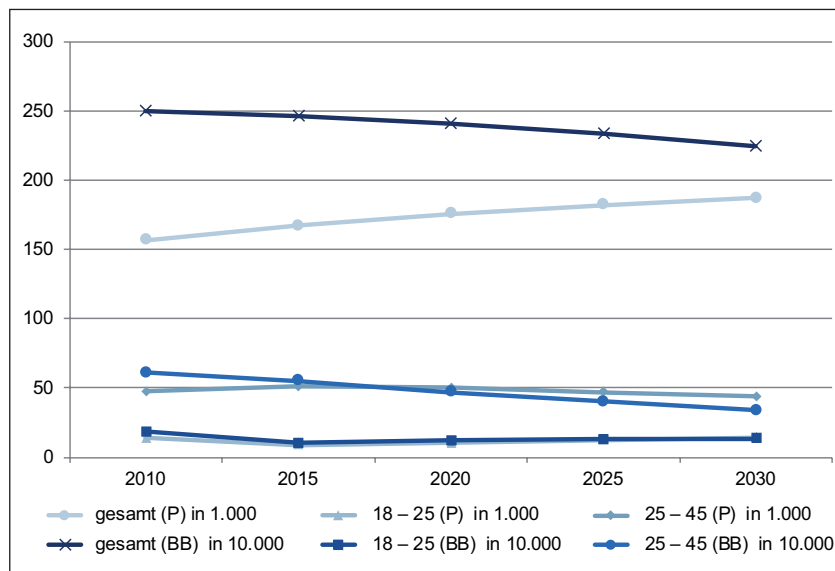


Quelle: GENESIS Onlinedatenbank, Variante: Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung (G1-L1-W2).

Innerhalb der Bundesländer, die nach der Bevölkerungsprognose des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung keineswegs homogene Gebiete darstellen, zeigen sich deutliche regionale Unterschiede. Innerhalb Brandenburgs kommt es insgesamt betrachtet zu einer deutlichen Abnahme der Bevölkerung, gepaart mit einer vorübergehenden Zunahme der Hochbetagten. Die Stadt Potsdam ist jedoch von diesem Trend ausgeschlossen und wird innerhalb des Speckgürtels Berlin bis 2025 voraussichtlich eher wachsen (Bundesministerium des Inneren 2012, S. 40), und zwar von 156.000 im Jahr 2010 auf 187.000 im Jahr 2030 (vgl. Abbildung 2).

Dieser regionale Wachstumseffekt ist sowohl durch die Zunahme der über 65-Jährigen als auch der unter 18-Jährigen zu erklären. Die Anzahl der 18 bis 25-Jährigen nimmt bis ca. 2020 zunächst ab und bleibt dann bis 2030 relativ konstant. In Brandenburg nimmt insgesamt die Bevölkerung der 25- bis 45-Jährigen sowie der 45- bis 65-Jährigen im Vergleich zu Potsdam noch etwas deutlicher ab.

Abbildung 2: Entwicklung der Wohnbevölkerung in Brandenburg und Potsdam nach Altersgruppen.

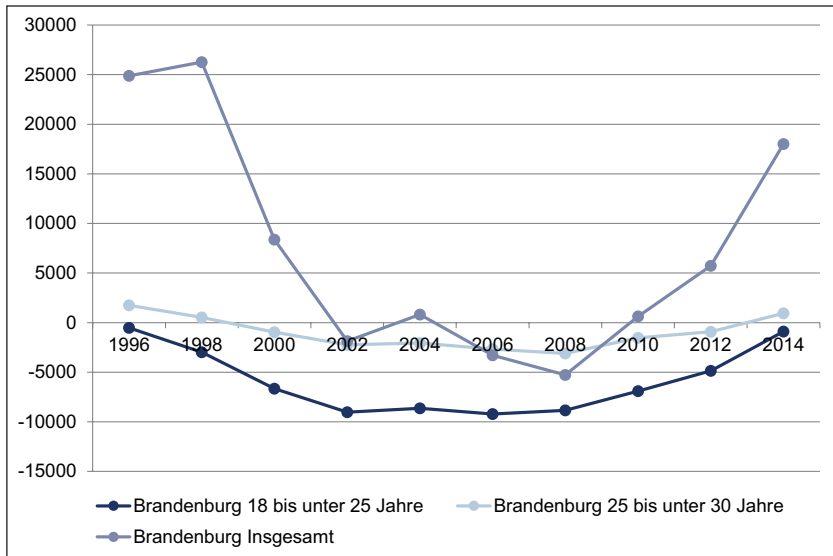


Quelle: Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2012.

Veränderungen in Bevölkerungskennziffern sind grundsätzlich bestimmt durch Geburten und Todesfälle, des Weiteren durch Faktoren der horizontalen Mobilität, also Fort- und Zuzüge in Wohngemeinden innerhalb Brandenburgs und über die Landesgrenze hinweg. Für die Jahre 1996 bis 2014 liegen entsprechende Zahlen über die Fort- und Zuzüge nach Altersgruppen sowohl für das Land Brandenburg als auch für die Stadt Potsdam vor, aus denen sich landesbezogen der Wanderungssaldo errechnen lässt.

Für Brandenburg zeigt sich insgesamt für die Jahre 2002 bis 2010 im Vergleich zu den Jahren 1996, 1998 und 2014 ein stärkerer negativer Saldo (vgl. Abbildung 3). Aufgrund von Ausbildungs- und Arbeitsplatzentscheidungen sind jüngere Erwachsene in der Regel mobiler als ältere Menschen. In Brandenburg ergibt sich für die Gruppe der 18- bis 25-Jährigen eine negative Bilanz, hier zogen mehr Menschen weg als altersgleiche hinzuzogen. In der Gruppe der 25 bis 30-Jährigen ist der Saldo insgesamt relativ ausgeglichen, wobei in den Jahren von 2000 bis 2012 etwas mehr weg- als zuzogen (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Wanderungssaldo (in Personen) nach Altersgruppen in Brandenburg für die Jahre 1996 bis 2014.



Quelle: Regionalstatistik Tabelle 182-41-4, eigene Berechnung und Darstellung.

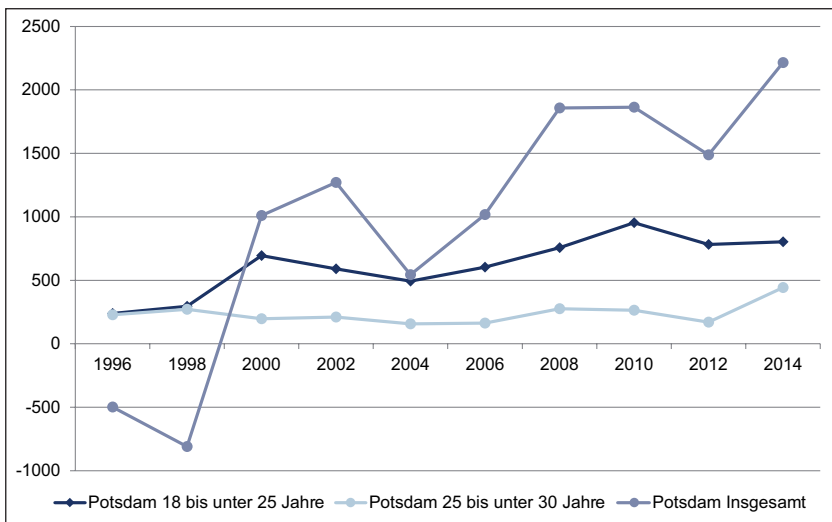
Ein anderes Bild zeigt sich für den gleichen Zeitraum in der Hauptstadt Brandenburgs, wo seit dem neuen Jahrtausend die Zuzüge deutlich überwiegen. Wie auch andere ostdeutsche Städte hat es Potsdam nach schwierigen Jahren direkt nach der Wende (vgl. Sulpina, Damm & Klingholz, 2016) geschafft, ihre Attraktivität zurück zu gewinnen und verzeichnet einen starken Zuwachs in der Bevölkerung. Nach Zahlen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (2015) stieg die Bevölkerungszahl vom Tiefstwert nach der Wende im Jahr 1999 (139.695 Einwohner) auf 162.425 Einwohner im Jahr 2014 an. Auch innerhalb der beiden Gruppen der 18- bis 25-Jährigen und der 25- bis 30-Jährigen überwiegen die Zuzüge sichtbar, wobei dieser Effekt für die 18- bis 25-Jährigen größer ist (vgl. Abbildung 4).

Bezogen auf die Zu- und Abwanderung junger Erwachsenen haben Universitäten einen regional übergreifenden und regionalen Pulleffekt und damit einen negativen Einfluss auf den Wanderungssaldo umliegender Regionen, ein Effekt, der durch die höhere Mobilität möglich wird, die den Studierenden generell zugeschrieben wird (Fritsch & Piontek, 2014). Komplementär dazu nimmt die Anzahl der jungen Erwachsenen in den nächsten Jahren im ländlichen Raum

ab. Auch diese Bewegung beruht auf dem Einfluss, den Universitäten für die Raum- und Regionalplanung verschiedener Regionen haben, wobei der Effekt durch bisher anwachsende Anteile von Studierenden an der entsprechenden studierfähigen Wohnbevölkerung gesteigert wird.

Insgesamt sehen Fritsch und Piontek (2014) die Studierendenzahlen losgelöst von der Bevölkerungsentwicklung der jeweiligen Region. Das heißt durch die steigende Mobilität der Studierenden konnten vor allem ostdeutsche Flächenländer den Effekt der schrumpfenden Bevölkerung über den Zuzug von Studierenden in die Universitätsstädte kompensieren (vgl. Eck et al., 2015; Fritsch & Piontek, 2014; Sulpina et al., 2016). Die Region um die Stadt Potsdam wird dabei als wachsender Raum eingestuft, bei dem von einem Bevölkerungszuwachs bis 2030 von 2,5% bis 7,5% ausgegangen wird (Fritsch & Piontek, 2014).

Abbildung 4: Wanderungssaldo (in Personen) nach Altersgruppen in Potsdam für die Jahre 1996 bis 2014.



Quelle: Regionalstatistik Tabelle 182-41-4, eigene Berechnung und Darstellung.

Die Mobilität der Studierenden bzw. der Studienanfänger wird in der Literatur auf verschiedene Faktoren zurückgeführt. Zum einen können Studienangebot und Fachinteresse bei der Wahl der Universität entscheidend sein (vgl. Heine, 2008; Willich, Buck, Heine & Sommer, 2011), zum anderen sind persönliche Faktoren wie Heimatnähe oder das soziale Umfeld relevant (vgl. Lischka,

Herrmann & Falkenhagen, 2010), wobei in der empirischen Realität individuell unterschiedlich gewichtete Kombinationen beider Faktorenbündel wohl eher die Regel sein werden. Variierende Studiengebühren waren in der Vergangenheit ebenfalls ein Entscheidungsgrund.

Ist die Wahl auf eine Universität gefallen, so lässt sich der angestrebte Endzustand der Wahl nicht in allen Fällen realisieren. Im Wintersemester 09/10 geben insgesamt 72 % der Studierenden an, an ihrer jeweiligen Wunschuniversität eingeschrieben zu sein (Willich et al., 2011).² Blickt man in diesem Zusammenhang auf Wanderungsunterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern, so zeigt sich für das WS 07/08 eine stärkere Abwanderung der Studienberechtigten aus den neuen in die alten Bundesländer als umgekehrt (Heine, 2008).

Bei solchen Wanderungszahlen ist zu beachten, dass eine große Anzahl der Studierenden in den direkten Nachbarländern zu studieren beginnt. Gerade für das Land Brandenburg gilt dies, da Berlin als geografisches Zentrum viele Studierende anzieht (ebd.). Neuere Zahlen zeigen, dass in den ostdeutschen Flächenländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen weniger als die Hälfte der Studierenden an ihrem Heimatort studieren (KMK, 2014).

Den Abwanderungszahlen stehen in Brandenburg sehr hohe Zuwanderungszahlen entgegen. Betrachtet man die Relation der zugewanderten Studienanfänger an der Gesamtzahl der Studienanfänger im Land, so zeigt sich, dass in Brandenburg Studienanfänger zu 75 % in einem anderen Bundesland ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben (KMK, 2014). Insgesamt wird Brandenburg durch die Kultusministerkonferenz (2014) als stark austauschendes Land mit negativem Wanderungssaldo bezeichnet.

2 Empirische Ergebnisse

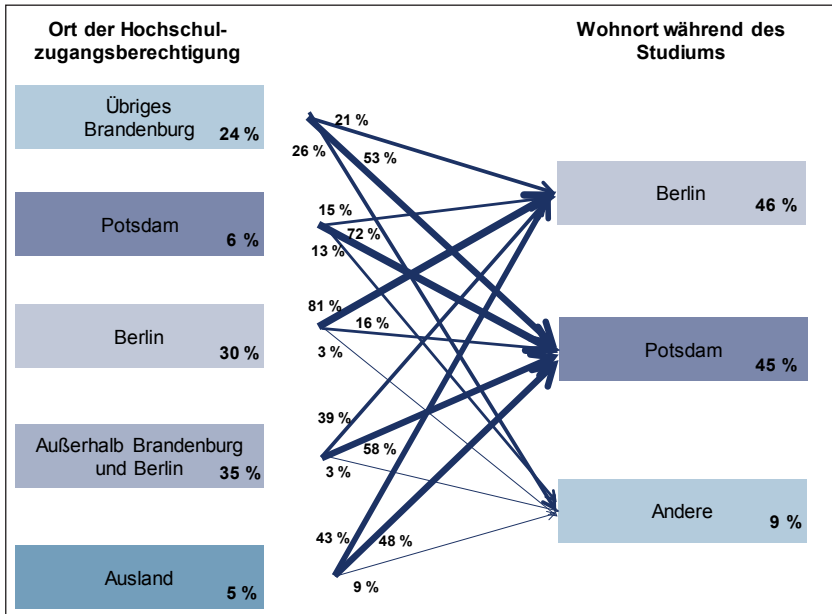
2.1 Regionale Herkunft der Studierenden

Das Thema des demografischen Wandels wurde auch in den Experteninterviews thematisiert (vgl. Kapitel 5), so geben Unternehmen an, immer *„mehr die demografische Entwicklung, die sich auch in so manchen Zahlen niederschlägt“* zu bemerken. So liegt die Bedeutung der Universität Potsdam zum einen darin,

2 Bezogen auf die Wanderung bleiben zwei Drittel der Studierenden sesshaft in der Region, in der sie ihre Hochschulzugangsberechtigung erhalten haben (KMK, 2014).

die Landeskinder in Brandenburg zu halten und zu qualifizieren, zum anderen darin, einen Pull-Effekt entstehen zu lassen, wodurch junge, hochqualifizierte Erwachsene in die Region kommen, um zu klären, ob die Universität Potsdam diesen Erwartungen gerecht werden kann, soll ein Blick auf die Herkunft und den Wohnort der Studierenden geworfen werden (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5: Übersicht Ort der Hochschulzugangsberechtigung und Wohnort während des Studiums (n=1.815).



Die Befunde zeigen eine Dreiteilung in der regionalen Herkunft der Studierenden an der Universität Potsdam. 30% der Befragten erwarben ihre Hochschulzugangsberechtigung in Potsdam oder dem übrigen Brandenburg, 30% im Nachbarland Berlin und etwas mehr als ein Drittel (35%) der Studierenden stammt von außerhalb Brandenburgs und Berlins. Somit sorgt die Universität Potsdam für einen starken Zuzug von Personen im Alter von 18–25 Jahren (vgl. auch Abbildung 4). Dieser Befund ist konsistent mit den Aussagen der befragten Experten aus Politik, Wirtschaft und Verbänden, die die Wichtigkeit der jungen Erwachsenen für die Region Potsdam herausgestellt hatten, so fördere die Universität Potsdam „die Kreativität, die jungen Menschen, die Dynamik“ (U1) in der Region (s. dazu auch Kapitel 5).

Es bleibt zu prüfen, ob die Zugezogenen auch in der Region wohnhaft werden, oder ob, wie in den Experteninterviews ausgeführt, der Wohnort möglicherweise nicht Potsdam ist und die Vermutung aus qualitativen Interviews zutrifft, dass *„die meisten (...) dann doch aus Berlin heraus [pendeln; die Verf.]“*. Generell wohnt knapp eine Hälfte der Studierenden in Potsdam und die andere in Berlin, rund 9% der Studierenden gab an, an einem anderen Ort während des Studiums zu leben. Der Verdacht, dass die meisten Studierenden der Universität Potsdam aus Berlin pendeln, ist somit nicht zutreffend (s. zu dieser Vermutung Kapitel 5). Jedoch bleibt der Großteil der Berliner auch als Studierender der Universität Potsdam in Berlin wohnhaft (81%). Gleiches gilt für Potsdam, 72% der Befragten, die in Potsdam ihre Hochschulzugangsberechtigung erhalten haben, wohnen auch weiterhin dort. Aus dem übrigen Brandenburg ziehen 53% zum Studium nach Potsdam und 21% nach Berlin. Interessant ist gerade die Gruppe der Studierenden, die nicht aus der Region stammen. Von ihnen geben 39% Berlin als ihren derzeitigen Wohnort an und 58% benennen Potsdam als ihren Wohnort, was ein weiteres Indiz für den von der Universität Potsdam ausgehenden Pull-Effekt darstellt. Trotz der Konkurrenz von Berlin und dem geringen Angebot an bezahlbarem Wohnraum in Potsdam (vgl. Märkische Allgemeine Zeitung, 2015) schafft es die Universität Potsdam, junge Erwachsene in der Region zu halten und aus anderen Regionen anzuziehen, was die Ansicht einiger interviewter Experten (vgl. Kapitel 5), dass viele Studierende der Universität Potsdam in Berlin leben, korrigiert.

2.2 Gründe für ein Studium an der Universität Potsdam

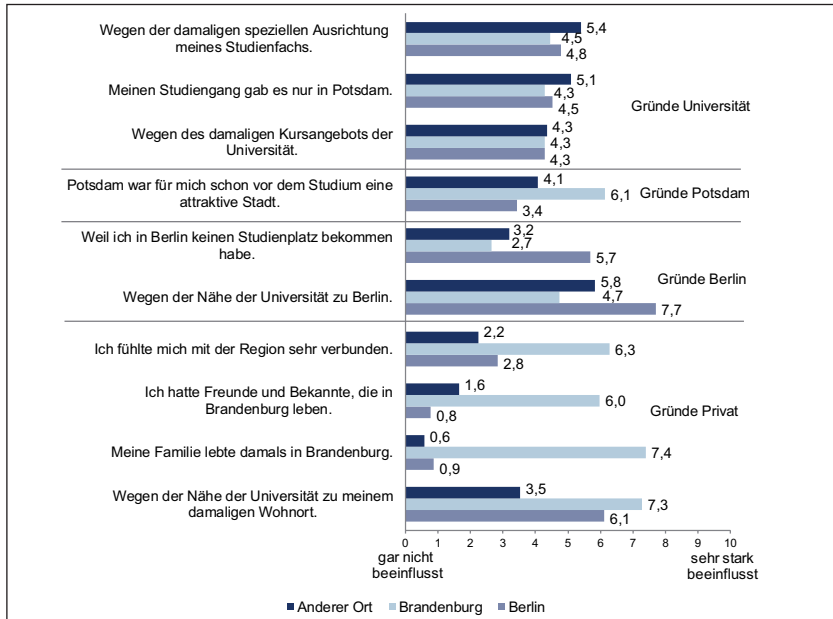
Eine weitere Aussage, der Experteninterviews ist, dass vorrangig Studierende, *„die von woanders hergekommen sind und die einen Studienplatz in Berlin haben wollten, aber keinen bekommen haben“*, die Universität Potsdam wählten (s. Kapitel 5). Gefragt nach den Gründen für die Wahl der Universität Potsdam sollten die Befragten auf einer Skala von 0 „gar nicht beeinflusst“ bis 10 „sehr stark beeinflusst“ angeben, welche Faktoren entscheidend für ihre Wahl waren (vgl. Abbildung 6). Studierende, die weder in Berlin, noch in Brandenburg ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, wurden bei ihrer Wahl am stärksten von der Nähe der Universität Potsdam zu Berlin beeinflusst (5,8). Das ist jedoch nicht gleichbedeutend mit der Aussage, dass sie in Berlin keinen Studienplatz erhalten haben, da dieser Grund einen Wert von rund 3 erhielt, lediglich 15% der befragten Studierenden vergaben für diese Frage den Wert 10 „sehr stark beeinflusst“, diese Studierenden wählten die Universität Potsdam

wohl deshalb, weil sie keinen Platz in Berlin fanden. Die Wahl des Studienorts war insgesamt fast genauso durch fachliche Gründe beeinflusst wie die spezielle Ausrichtung des Studienfaches (5,4) oder die Tatsache, dass der Studiengang nur an der Universität Potsdam angeboten wurde (5,1) wie durch die Nähe zu Berlin (5,8).

Für Studierende, die aus Berlin stammen, spielt die Nähe zum Heimatort (6,1) und damit zu Berlin (7,7) die wichtigste Rolle bei ihrer Wahl für die Universität Potsdam. Die von den Experten vermutete Wahl der Universität Potsdam als zweite Präferenz ist bei dieser Befragtengruppe tendenziell zu beobachten, da mit 5,7 ein hoher Wert für den Grund angegeben wurde, dass kein Studienplatz in Berlin zur Verfügung stand. Hier vergaben 35% den Wert 10 und wählten damit die Universität Potsdam, da sie keinen Studienplatz in Berlin fanden. Fachliche und universitäre Gründe spielen zwar eine geringere Rolle bei der Studienortwahl, sollten aber nicht vernachlässigt werden, wie Werte von 4,5 für die spezielle Ausrichtung des Studienfachs, 4,3 für das Kursangebot und 4,5, weil es den Studiengang nur in Potsdam gab, zeigen.

Private Gründe sind für die Studierenden aus Brandenburg ausschlaggebend, die Universität Potsdam zu wählen, insbesondere ist es die Nähe zum Heimatort (7,3) und zur Familie (7,4). Freunde und Bekannte, die auch in Brandenburg leben (6,0) sind ebenso Grund für die Wahl von Potsdam als Studienort wie die gefühlte Verbundenheit mit der Region (6,3). Die Attraktivität der Stadt Potsdam (6,2) fließt als Argument ebenfalls in die Wahl mit ein. Fachliche und universitäre Gründe beeinflussen die Wahl weniger stark.

Abbildung 6: Gründe für die Wahl der Universität Potsdam im Vergleich der Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Berlin, Brandenburg oder einem anderen Ort erhalten haben (n=268 bis 550; je nach Item und Ort der HZB).



Erhoben auf einer Skala von 0 „gar nicht beeinflusst“ bis 10 „sehr stark beeinflusst“.

2.3 Durch die Studierenden genutzte Verkehrsmittel

Die Bahn wurde von befragten Experten als „*Lebensader der Universität*“ bezeichnet, was so zu verstehen ist, dass wenn Züge beispielsweise aufgrund von Streiks oder witterungsbedingt ausfallen, Veranstaltungen an der Universität nicht stattfinden (s. Kapitel 5). Das gut ausgebaute Nahverkehrssystem sorgt insofern für die Mobilität der Studierenden aus Berlin und der Umgebung. Zur Erhebung der genutzten Verkehrsmittel wurden die Studierenden gebeten, Angaben auf einer Skala von „täglich, fast täglich, einmal in der Woche, ein bis dreimal im Monat, weniger als einmal im Monat, seltener bis nie“ zu machen, wie häufig sie mit dem Fahrrad, zu Fuß, mit dem eigenen Kfz, bei jemandem mitfahren oder durch öffentliche Verkehrsmittel zur Uni kommen. Darüber hinaus wurden die Studierenden gefragt, falls sie eine der Möglichkeiten nutzen, wie viele Minuten für diesen Weg zur Universität benötigt werden.

Nahezu alle Studierenden, die während des Studiums ihren Wohnsitz in Berlin haben, nutzen wenigstens einmal in der Woche die öffentlichen Verkehrsmittel (94%), um nach Potsdam zu gelangen, 52% davon sogar täglich (vgl. Tabelle 1). Die Dauer des Weges beträgt dabei im Mittel 61 Minuten. Von 68% der Studierenden aus Potsdam werden die öffentlichen Verkehrsmittel wenigstens einmal pro Woche genutzt, die Studierenden benötigen dabei im Durchschnitt 22 Minuten für die Wege.

Das Fahrrad nutzen in Potsdam lebende Studierende zu mehr als der Hälfte wenigstens einmal pro Woche, um die Universität zu erreichen. Studierende, die weder in Berlin noch in Potsdam wohnen, nutzen neben den öffentlichen Verkehrsmitteln (81% wenigstens einmal pro Woche) auch das eigene Kfz um zum Studienort zu gelangen, 26% nutzen es wenigstens einmal pro Woche, um im Durchschnitt in 51 Minuten zur Universität zu gelangen.

Die Aussagen der Experten, wonach die öffentlichen Verkehrsmittel von einer besonderen Bedeutung sind (s. Kapitel 5), werden durch die Angaben der Studierenden bestätigt. Studierende, die nicht in Potsdam wohnhaft sind, nutzen in hohem Maße die Möglichkeiten der öffentlichen Verkehrsmittel und weichen eher auf das eigene Kfz als Alternative aus. Studierende, die in Potsdam wohnen, nutzen ungleich häufiger die Möglichkeit, mit dem Fahrrad oder zu Fuß zur Universität zu kommen als Studierende aus Berlin oder einem anderen Ort. Dies lässt sich mit dem geringeren zeitlichen Aufwand begründen.

Tabelle 1: Genutzte Verkehrsmittel, um vom Wohnort an die Universität Potsdam zu gelangen.

Verkehrsmittel		Wohnort		
		Berlin	Potsdam	anderer Ort
Öffentliche Verkehrsmittel	Anteil mind. einmal pro Woche (n)	94 % (966)	68 % (921)	81 % (204)
	Mittelwert der Dauer in Minuten (SD)	61 (21)	22 (14)	70 (43)
	Median der Dauer in Minuten	60	20	60
	N Angaben für die Dauer	952	791	187
Fahrrad	Anteil mind. einmal pro Woche (n)	5 % (888)	51 % (912)	11 % (191)
	Mittelwert der Dauer in Minuten (SD)	93 (61)	21 (14)	248 (1129)
	Median der Dauer in Minuten	90	20	55
	N Angaben für die Dauer	131	656	40
Zu Fuß	Anteil mind. einmal pro Woche (n)	2 % (873)	26 % (892)	4 % (189)
	Mittelwert der Dauer in Minuten (SD)	165 (252)	24 (25)	1430 (4307)
	Median der Dauer in Minuten	20	15	30
	N Angaben für die Dauer	19	425	11
Eigenes Kfz	Anteil mind. einmal pro Woche (n)	8 % (883)	10 % (885)	26 % (199)
	Mittelwert der Dauer in Minuten (SD)	47 (18)	15 (14)	52 (44)
	Median der Dauer in Minuten	45	12	45
	N Angaben für die Dauer	260	236	123

2.4 Bewertung der Universität Potsdam durch die Studierenden

Einschätzungen und Meinungen der Studierenden zu ihrem aktuellen Studium und den Studienbedingungen an der Universität Potsdam wurden auf einer elfstufigen Skala abgefragt (vgl. Tabelle 2). Werte, die oberhalb eines Wertes von fünf liegen, können als tendenziell positiv, Werte darunter tendenziell als negativ gewertet werden. Befunde zur Zufriedenheit der Studierenden mit dem Studium und der Universität helfen, um vollzogene Studienwechsel oder den erwarteten Nutzen des Studiums für das spätere Berufsleben einschätzen zu können.

Tabelle 2: Einschätzungen und Meinungen der Studierenden zu ihrem aktuellen Studium.

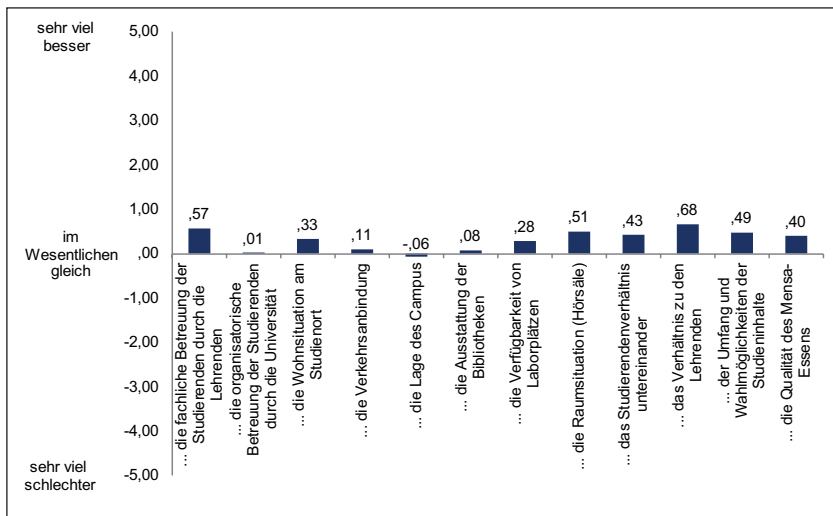
		n	Mittelwert (SD)
Universität	Inwieweit werden Ihre persönlichen Erwartungen an die Universität Potsdam erfüllt? (0 „gar nicht erfüllt“ bis 10 „außerordentlich erfüllt“)	2.165	6,3 (2,1)
	Wie zufrieden sind Sie persönlich mit der Universität Potsdam? (0 „gar nicht zufrieden“ bis 10 „außerordentlich zufrieden“)	2.159	6,6 (2,1)
Studium	Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Studium an der Universität Potsdam? (0 „gar nicht zufrieden“ bis 10 „außerordentlich zufrieden“)	2.165	6,7 (2,1)
	Inwieweit werden Ihre persönlichen Erwartungen an Ihr Studium an der Universität Potsdam erfüllt? (0 „gar nicht erfüllt“ bis 10 „voll und ganz erfüllt“)	2.171	6,4 (2,2)
Freude an Wissen	Wie viel Freude bereitet Ihnen Ihr Studium an der Universität Potsdam? (0 „gar keine Freude“ bis 10 „außerordentlich viel Freude“)	2.172	6,6 (2,2)
	Wie viel Freude bereitet Ihnen der Erwerb neuen Wissens unabhängig von seiner Verwertbarkeit nach dem Studium? (0 „gar keine Freude“ bis 10 „außerordentlich viel Freude“)	2.172	8,0 (1,8)
Berufsorientierung	Für wie nützlich halten Sie allgemein die Inhalte Ihres Studiums für Ihr späteres Berufsleben? (0 „gar nicht nützlich“ bis 10 „sehr nützlich“)	2.163	6,1 (2,4)
	Wie stark sollte Ihrer Meinung nach die Berufsorientierung im Universitätsstudium sein? (0 „gar nicht berufsorientiert“ bis 10 „sehr berufsorientiert“)	2.166	7,4 (2,3)

Die Studierenden der Universität Potsdam sind sowohl mit dem Studium (6,7) an ihrer Universität als auch mit der Universität (6,6) insgesamt zufrieden. Ihre Erwartungen an die Universität Potsdam allgemein erfüllen sich (6,3) in etwa in gleichem Maße wie die Erwartungen an ihr Studium (6,4). Der Erwerb neuen Wissens, auch ohne direkte Verwertbarkeit, findet die höchste Zustimmung (8,0). Für die Studierenden scheint damit die Freude am Wissenserwerb im Vordergrund zu stehen während die Freude am Studium im Allgemeinen geringer eingeschätzt wird (6,6). Die Nützlichkeit der Inhalte im Studium wird mit der geringsten Zustimmung beantwortet (6,1), während konsistent dazu die Berufsorientierung im Studium in hohem Maße als notwendig erachtet wird (7,4).

Einen Vergleich zwischen verschiedenen Universitäten können nur jene Studierenden ziehen, die bereits an anderen Universitäten oder Hochschulen eingeschrieben waren. Bis auf die Lage des Campus wurden von ihnen alle Items gleich oder besser als bei ihrer vorherigen Universität oder Hochschule eingestuft,

was allerdings auch auf einen Justification of Efforts-Effekt hinweisen kann. Wer schon einmal die Mühen eines Wechsels auf sich genommen hat, kann wohl eher nur schwer eine mögliche Fehlentscheidung eingestehen. Also bewertet er möglicherweise die neue Universität, zu der er wechselte, tendenziell etwas besser. Insgesamt zeigen die Ergebnisse keine große Abweichung zwischen den verschiedenen Studienorten und den vorherrschenden Bedingungen. Tendenziell besser wird allerdings das Verhältnis zu den Lehrenden und die fachliche Betreuung der Studierenden durch die Lehrenden eingestuft (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7: Vergleich der Studienbedingungen mit anderer Universität oder Hochschule (n = 695 bis 185; je nach Item).



Erhoben auf einer elfstufigen Skala mit -5 „sehr viel schlechter“, 0 „im Wesentlichen gleich“ und +5 „sehr viel besser“.

Um ein möglichst umfassendes Bild über die Zufriedenheit und Probleme der Studierenden zu erhalten, müssten Daten von Studienabbrechern der Universität Potsdam in die Betrachtung einfließen, die als Vergleichsfolie genutzt werden könnten. Die Befragung von Abbrechern stellt jedoch sowohl aufgrund der schwierigen Erreichbarkeit als auch aufgrund der fehlenden Motivation zur Beantwortung eines Fragebogens ein schwieriges Unterfangen dar. Einen Hinweis auf Probleme oder Schwierigkeiten während des Studiums können jedoch die Ergebnisse in Tabelle 3 liefern. Die Items der Frage wurden von den Studierenden auf einer Skala von 0 „überhaupt keine Schwierigkeiten“ bis 10 „sehr große Schwierigkeiten“ bewertet.

Tabelle 3: Empfundene Schwierigkeiten der Studierenden im Studienverlauf.

Hatten oder haben Sie konkret Schwierigkeiten mit folgenden Aspekten?	Mittelwert	Standardabweichung	n
Leistungsanforderungen im Studium	3,8	2,7	2.147
Orientierung im Studiensystem	3,7	2,8	2.152
fachliche Betreuung durch Hochschullehrer	3,2	2,6	2.151
Qualität des Bildungsangebots	3,1	2,4	2.147
Umfang des Bildungsangebots	3,0	2,5	2.144
Kontakt zu Hochschullehrern	2,9	2,6	2.157
Erweiterung der Sprachkenntnisse	2,9	2,8	2.129
Kontakt zu ausländischen Studierenden	2,7	3,0	2.124
Kontakt zur Bevölkerung (nicht universitär)	2,7	3,1	2.137
Erweiterung der Fachkenntnisse	2,6	2,3	2.154
Orientierung in der Hochschule	2,5	2,5	2.155
Kontakt zu brandenburgischen Studierenden	2,2	2,8	2.146
Kontakt zu deutschen, nicht brandenburgischen Studierenden	1,9	2,6	2.144

Erhoben auf einer elfstufigen Skala von 0 „überhaupt keine Schwierigkeiten“ bis 10 „sehr große Schwierigkeiten“.

Alle abgefragten Aspekte erreichten Werte weit unterhalb des Wertes fünf. Damit gibt es über alle Studierenden hinweg nur wenige Aspekte, die für die Studierenden ein großes Hindernis im Studienverlauf darstellen. Die Leistungsanforderung im Studium (3,8) erreichen den höchsten Wert, darauf folgt die Orientierung im Studiensystem (3,7). Es kann hierbei vermutet werden, dass gerade Studienanfänger in diesen Bereichen Probleme aufweisen, die durch einen gesteigerten Erfahrungsschatz in höheren Semestern ausgeglichen werden können. Ob neben der Bildungsherkunft auch die Anzahl der Hochschulsemester und/oder die Fachrichtung entscheidend für die Einschätzung der Schwierigkeiten mit den Leistungsanforderungen im Studium sind, soll durch eine lineare Regression überprüft werden (vgl. Tabelle 4).

Im ersten Modell wird der Einfluss der persönlichen Eigenschaften der Studierenden auf die Einschätzung der Leistungsanforderungen im Studium geprüft. Es zeigt sich, dass Studentinnen eher angeben, Schwierigkeiten zu haben, der Unterschied beläuft sich auf etwa einen halben Punkt auf der elfstufigen Skala. Studierende mit einem Elternteil mit Hochschulabschluss geben etwas weniger Schwierigkeiten mit den Leistungsanforderungen im Studium an als Studierende ohne Akademiker im Elternhaus. Man könnte annehmen, dass die lange Fahrtzeit für Studierende, die aus Berlin pendeln, eine größere Belastung darstellt, die sich dann wiederum in Schwierigkeiten in der Bewältigung des

Studiums niederschlägt. Nach den Ergebnissen der linearen Regression zeigen sich jedoch keine signifikanten Unterschiede zwischen Studierenden, die in Potsdam wohnen und solchen, die in Berlin leben. Persönliche Probleme unabhängig vom Studium wirken sich auch auf die Bewertung des Studiums aus, Studierende, die angeben, nicht unter persönlichen Problemen zu leiden, geben signifikant geringere Schwierigkeiten mit den Leistungsanforderungen an als Studierende, die häufiger mit persönlichen Problemen zu kämpfen haben. Das R^2 von Modell 1 weist mit rund 5% auf eine relativ geringe Erklärungskraft hin.

Im zweiten Modell werden zusätzlich Angaben zum Studium sowie die Einnahmen des Studierenden integriert. Die Anzahl an Hochschulsemestern hat keinen signifikanten Einfluss auf die wahrgenommene Schwierigkeit mit den Leistungsanforderungen im Studium. Jedoch zeigen sich bzgl. der Abschlussart signifikante Ergebnisse, Studierende im Masterstudium und Promovierende haben weniger Schwierigkeiten als Studierende im Bachelorstudium. Dies könnte zum einen damit zusammenhängen, dass im Zuge bewältigter Krisen und Schwierigkeiten weitere Schwierigkeiten als weniger belastend empfunden werden, also Masterstudierende durch ihre vorherigen Erfahrungen im Bachelorstudium besser zurecht kommen. Es könnte allerdings auch auf einen Selektionseffekt hinweisen, wonach Studierende, die im Bachelorstudium Schwierigkeiten mit den Leistungsanforderungen hatten, ihr Studium abgebrochen und/oder kein Masterstudium angeschlossen haben. Eine Kombination aus den beiden Erklärungsansätzen kann als wahrscheinlich gewertet werden. Bzgl. der Fakultätszugehörigkeit zeigen sich lediglich signifikante Ergebnisse für Studierende der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät im Vergleich mit den Studierenden der Philosophischen, der Humanwissenschaftlichen und der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Die Höhe der Einnahmen, also das monatliche Budget, steht nicht in Zusammenhang mit der Einschätzung der Leistungsanforderungen. Das Regressionsmodell kann etwa 12% der Unterschiede der Angaben zu Schwierigkeiten in den Leistungsanforderungen erklären. Ob Studierende neben ihrem Studium arbeiten, hat keinen Einfluss auf die Einschätzungen der Leistungsanforderungen, inwieweit jedoch die Ausgestaltung der Erwerbstätigkeiten einen Einfluss hat, soll im folgenden Modell überprüft werden.

Studierende, die Probleme mit der Vereinbarkeit von Studium und Job haben, geben auch höhere Schwierigkeiten mit den Leistungsanforderungen an. Darüber hinaus haben Studierenden, die vermuten, dass sie bessere Noten hätten, wenn sie nicht arbeiten würden, auch mehr Schwierigkeiten mit den Leistungsanforderungen im Studium. Die Arbeitszeit hat keinen direkten Effekt auf die Einschätzung der Schwierigkeiten mit den Leistungsanforderungen. Im Vergleich zu Modell 2 kann, wenn man die Einschätzung der Studierenden zur Vereinbarkeit von Job und Studium integriert, eine erheblich höhere Varianzaufklärung erreicht werden. Die Erklärungskraft beträgt bei Modell 3 insgesamt 20%.³

Nach der linearen Regression geben Studentinnen, Bachelorstudierende, Studierende mit persönlichen Problemen, mit einer geringeren Bildungsherkunft, Studierende der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät sowie Studierende, die Probleme mit der Vereinbarkeit von Studium und Job haben, in einem höheren Maße an, Schwierigkeiten mit den Leistungsanforderungen im Studium zu haben.

3 Für die gleiche Population beträgt die Erklärungskraft ohne die beiden Variablen rund 14%.

Tabelle 4: Lineares Regressionsmodell der Schwierigkeit im Studium, Item „Leistungsanforderungen im Studium“ mit der elfstufigen Skala von 0 „überhaupt keine Schwierigkeiten“ bis 10 „sehr große Schwierigkeiten“.

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
	Alle	Alle	Erwerbstätigen
Geschlecht			
Weiblich	Ref.	Ref.	Ref.
Männlich	-0,541*** (-3,57)	-0,494** (-3,26)	-0,407* (-2,27)
Bildungsherkunft			
Kein Elternteil Akademiker	Ref.	Ref.	Ref.
Ein Elternteil Akademiker	-0,220* (-2,22)	-0,221* (-2,30)	-0,355** (-3,12)
Beide Eltern Akademiker	0,102 (1,02)	0,104 (1,08)	0,224+ (1,96)
Wohnort			
Potsdam	Ref.	Ref.	Ref.
Berlin	-0,0844 (-0,56)	-0,0435 (-0,29)	-0,130 (-0,73)
Anderer	0,582* (2,31)	0,451+ (1,84)	0,627* (2,14)
Persönliche Probleme			
Ja, häufiger	Ref.	Ref.	Ref.
Ja, phasenweise	-0,326 (-1,36)	-0,305 (-1,32)	-0,208 (-0,76)
Nein	-1,116*** (-4,72)	-1,122*** (-4,86)	-0,727** (-2,61)
Hochschulsemester		-0,0179 (-1,11)	-0,0247 (-1,31)
Fakultät			
Mathematisch- und Naturwissenschaftliche Fakultät		Ref.	Ref.
Juristische Fakultät		-0,688 (-0,52)	-0,719 (-0,57)
Philosophische Fakultät		-0,903*** (-4,54)	-0,887*** (-3,69)
Humanwissenschaftliche Fakultät		-0,482* (-2,31)	-0,672** (-2,67)
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät		-0,629** (-3,02)	-0,496* (-1,98)
Hasso-Plattner-Institut		-1,693 (-1,61)	-1,120 (-0,92)
Andere		-0,686 (-1,59)	-0,450 (-0,90)



Angestrebter Abschluss			
Bachelor		Ref.	Ref.
Master		-0,727*** (-4,54)	-0,662*** (-3,58)
Diplom		-0,741 (-1,05)	0,713 (0,90)
Magister		-1,176 (-1,26)	-1,609+ (-1,80)
Promotion		-2,038*** (-6,48)	-1,370** (-3,30)
Staatsexamen		0,422 (0,33)	0,697 (0,58)
Einnahmen in Euro		-8,44e-112 (-1,43)	-0,000606** (-2,65)
Erwerbstätigkeit		0,127 (0,84)	
Vereinbarkeit Studium Arbeit			
Ja, meistens schon.			Ref.
Manchmal ja und manchmal nein.			0,510** (2,62)
Nein, meistens nicht.			1,149*** (3,62)
Wenn ich nicht arbeiten würde, dann hätte ich bessere Noten.			0,137*** (5,38)
Konstante	4,673*** (20,35)	4,986*** (3,75)	4,215** (3,25)
N	1362	1362	855
R ²	0,049	0,121	0,210
Adjustiertes R ²	0,044	0,107	0,188

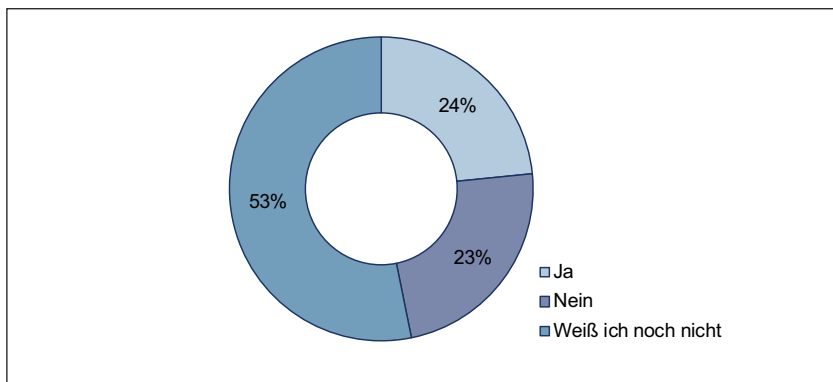
t-Test in Klammern, + $p < 0,10$, * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$

Abschließend kann konstatiert werden, dass die Studierenden ihre Universität und die Studienbedingungen generell positiv bewerten. Von Studierenden, die eine Vergleichsperspektive durch ein Studium an einer anderen Hochschule haben, werden die Bedingungen an der Universität Potsdam tendenziell besser bewertet, und zwar in den Bereichen, die die Qualität und Betreuung betreffen. Trotz der insgesamt guten Bewertung geben die Daten auch Hinweise auf weitere Optimierungsmöglichkeiten.

2.5 Verbleib in Brandenburg nach dem Studium

Die Universität Potsdam gilt als Produzent hochqualifizierten Personals für die im Land ansässigen Unternehmen, so schätzen es die Experten aus dem Umfeld der Universität ein, „die Universität Potsdam bildet am Ende auch für den Arbeitsmarkt aus“. Die Hoffnung richtet sich dabei gerade auf junge Erwachsene, die durch das Studium an der Universität schon mal „einen Fuß in der Tür“ haben, um auch in Brandenburg sesshaft zu werden.

Abbildung 8: Bleibeabsicht in Brandenburg (Potsdam eingeschlossen) nach Abschluss des Studiums (n = 1.837).



Ob der gewünschte „Klebeffekt“ eintritt, kann an dieser Stelle nicht abschließend geklärt werden (s. Kapitel 10 und 11 zur Auswertung der Absolventendaten), dennoch zeigt sich, dass die Studierenden am Ende des Studiums zu großen Teilen noch unentschlossen sind, wo sie nach Abschluss ihre berufliche und persönliche Laufbahn fortsetzen werden (vgl. Abbildung 8). 24 % der befragten Studierenden möchten nach dem Studium in Brandenburg arbeiten, 23 % sehen ihre Zukunft nicht in Brandenburg. In etwa 20 % der Fälle, die ihre Zukunft nicht in Brandenburg sehen, möchten die Studierenden an ihren Heimatort zurück, 23 % möchten ins Ausland, 21 % an einen anderen Ort und 36 % haben noch kein konkretes Ziel.

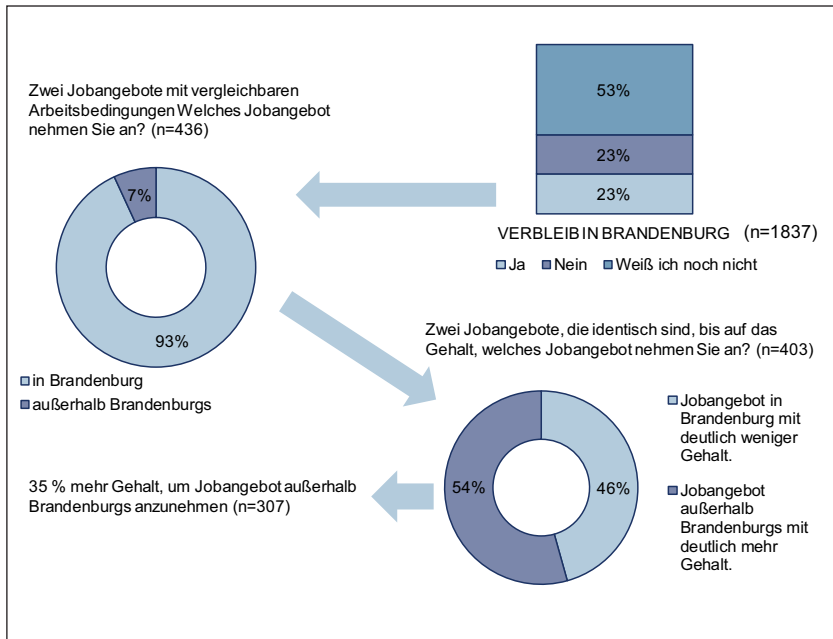
Die größte Anzahl der Studierenden weiß jedoch noch nicht genau, wo sie im Anschluss an ihr Studium arbeiten möchte (53%). Die Hälfte der aktuell Studierenden ist damit noch unentschlossen und könnte theoretisch für einen Verbleib im Land gewonnen werden. Die Unternehmen in der Region könnten

hier ansetzen, um „*Fachkräftesicherung*“, wie in den Experteninterviews geäußert, zu betreiben. Die Zusammenarbeit von Universität und Wirtschaft hat in den letzten Jahren zwar nach Auskunft der befragten Experten deutliche Fortschritte gemacht, jedoch hat „*die Wirtschaft die Uni Potsdam noch nicht in vollem Umfang erkannt*“. Die Akteure in Potsdam seien insgesamt sehr bemüht, den Zustrom junger Menschen durch Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Familienfreundlichkeit sowie eine Willkommenskultur weiter zu entwickeln, ein weiterer Ausbau der Zusammenarbeit wird aber trotz erster Erfolge gefordert (Staemmler & Tiefenbach, 2015). An dieser Stelle kann nicht bestätigt werden, dass ein Großteil der Studierenden nach ihrem Studium das Land Brandenburg definitiv verlassen will (wie Blankennagel, 2016, die Situation beschrieb), es liegt viel mehr daran, die Unentschlossenen an das Land zu binden.

Im Folgenden sollen die weiteren Angaben jener Studierenden, die den Wunsch haben, in Brandenburg zu arbeiten (vgl. Abbildung 9) und derjenigen, die außerhalb Brandenburgs arbeiten möchten (vgl. Abbildung 10), getrennt betrachtet werden.

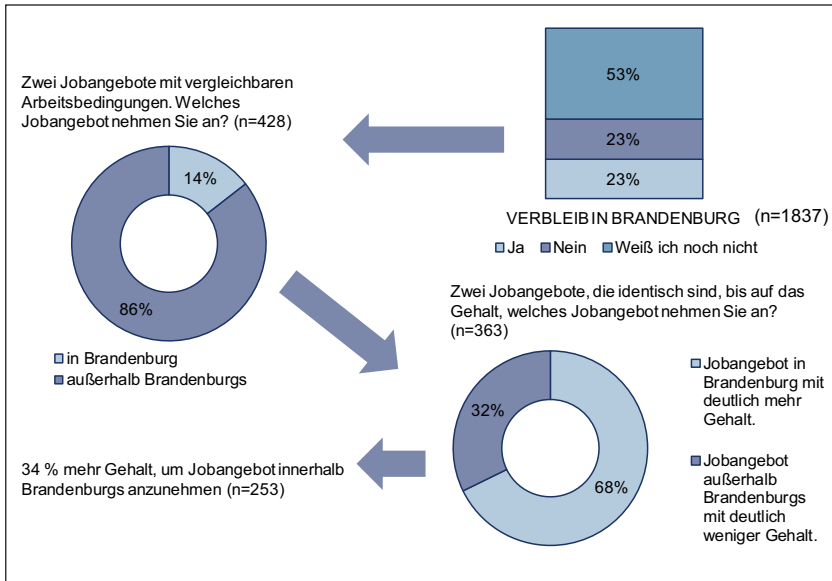
Die Studierenden wurden im Anschluss an die Frage, ob sie nach ihrem Abschluss in Brandenburg arbeiten möchten, zu den Bedingungen des Berufseinstiegs befragt. Von denjenigen, die angaben in Brandenburg bleiben zu wollen, würden 93 % ein Jobangebot in Brandenburg annehmen. Von dieser Gruppe würden sogar 46 % in Brandenburg bleiben, um dort zu arbeiten, selbst wenn sie ein besser bezahltes Angebot an einem anderen Ort bekommen würden. 20 % derjenigen gaben an, in Brandenburg zu bleiben, unabhängig von dem Gehalt. Die Studierenden, die in Brandenburg bleiben möchten, würden ab einem im Durchschnitt um 35 % (30 % Median) höheren Gehalt Brandenburg verlassen, um ein Jobangebot außerhalb anzunehmen. Es zeigt sich somit in dieser Gruppe eine enge Verbundenheit mit der Region, also ein erhebliches Bindungsgefühl, welches von den Unternehmen genutzt werden könnte. Die Studierenden sind bereit, zugunsten eines Verbleibs in der Region auf erhebliche ökonomische Einkommensvorteile andernorts zu verzichten. Gezielte Ansprache und angemessene Löhne eröffnen angesichts der engen Verbundenheit mit der Region durchaus erfreuliche Bindungschancen für die Unternehmen bzw. potentiellen Arbeitgeber in der Region (vgl. Abbildung 9).

Abbildung 9: Wahl des Jobangebots derjenigen, die in Brandenburg arbeiten wollen, nach Gehaltszahlung.



Studierenden, die nach ihrem Studium nicht in Brandenburg arbeiten wollen, wurden spiegelbildlich die gleichen Fragen gestellt. Erstaunlich ist, dass 14 % derjenigen ein konkretes Jobangebot aus Brandenburg annehmen würden, wenn es vorhanden wäre, von den verbleibenden 86 % geben 24 % an, nicht in Brandenburg zu bleiben, unabhängig vom Gehalt und/oder auch unabhängig davon, ob ein Jobangebot vorliegt. Das Gehalt ist dennoch für viele Befragte ausschlaggebend. 68 % jener, die einen Job außerhalb Brandenburgs präferieren, würden in Brandenburg bleiben, wenn das Gehalt deutlich höher ist als an einem anderen Ort. Das Gehalt müsste dabei im Mittel um 34 % (Median = 28 %) steigen, um diese Personengruppe in Brandenburg zu halten (vgl. Abbildung 10).

Abbildung 10: Wahl des Jobangebots je nach Gehaltszahlung derjenigen, die außerhalb Brandenburgs arbeiten wollen (n=363).



Nach dieser deskriptiven Darstellung soll ein logistisches Regressionsmodell deutlicher zeigen, welche Gründe für die Entscheidung, in Brandenburg bleiben zu wollen, bedeutsam werden (vgl. Tabelle 5). In das multivariate Modell wurden die demographischen Variablen Geschlecht (binär), das Alter (metrisch), der Familienstand (in Kategorien mit der Referenzkategorie „ledig“) und der Ort der Hochschulzugangsberechtigung als Indikator für die Herkunft (in Kategorien mit der Referenzkategorie „HZB in Brandenburg“) aufgenommen. Zudem enthält das multivariate Modell eine Variable zum Studienfach der Studierenden. Da die differenzierte Aufnahme der Fächer für das Modell zu umfangreich ist, wurden die Studienfächer den Fakultäten zugeordnet.

Zur Untersuchung der Bleibeabsicht der Studierenden in Brandenburg nach dem Studium wurden die Variablen in mehreren Modellen blockweise eingerechnet, die untereinander vergleichbar sind. Für die Bewertung des Gesamtmodells ist das Cox und Snell Pseudo-R² und das Nagelkerke Pseudo-R² angegeben. In Modell 1 gingen zunächst die Variablen Geschlecht und Alter ein. Hierbei zeigt sich, dass das Alter einen signifikanten Einfluss auf die Bleibeabsicht der

Studierenden hat. Die Wahrscheinlichkeit, dass Studierende nach ihrem Studium in Brandenburg bleiben, nimmt mit steigendem Alter zu. Das Geschlecht hat auf die Bleibeabsicht der Studierenden keinen signifikanten Einfluss, Studentinnen und Studenten unterscheiden sich demnach nicht in ihrem Wunsch, in Brandenburg bleiben zu wollen. Erklärbar ist dieser Befund damit, dass ältere Studierende, möglicherweise vermittelt über erste partnerschaftliche oder familiäre Bindungen, in höherem Maße mit der Region verbunden sind und die Bleibeabsicht dadurch positiv beeinflusst wird.

Durch Hinzunahme weiterer Variablen soll diese erste Annahme überprüft werden. Im zweiten Modell ist der Familienstand enthalten, es zeigt sich, wie bereits vermutet, dass Studierende, die in einer festen Partnerschaft leben oder sogar verheiratet sind, geringere Absichten haben, nach Beendigung des Studiums Brandenburg zu verlassen als ledige Studierende.

Durch die Einbeziehung des Ortes der Hochschulzugangsberechtigung steigt der Erklärungswert des dritten Modells. Die Wahrscheinlichkeit, dass Studierende aus Berlin oder einem anderen Ort außerhalb Brandenburgs nach Abschluss des Studiums in Brandenburg bleiben, ist signifikant geringer, als für Studierende, die aus Brandenburg stammen. Somit nehmen die demographischen Variablen Alter, Familienstand und Herkunftsort Einfluss auf die Bleibeabsicht der Studierenden.

Da neben den privaten Faktoren auch die berufliche Perspektive eine entscheidende Rolle bei der Bleibeabsicht der Studierenden spielt, soll das Studienfach der Studierenden in das vierte Modell aufgenommen werden. Ob für alle Studienfächer ein entsprechender Arbeitsmarkt in Brandenburg gegeben ist, wurde in den Experteninterviews teilweise angezweifelt *„Ich habe oder hätte Probleme zu identifizieren, was unsere geistes- und sozialwissenschaftlichen Absolventen der Universität Potsdam in Brandenburg machen sollten“*. Die Studierenden der Juristischen Fakultät sollen für dieses Modell als Referenzkategorie gelten. Für Studierende der Humanwissenschaftlichen Fakultät und auch der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät ist die Wahrscheinlichkeit signifikant höher in Brandenburg bleiben zu wollen als für die Studierenden der Juristischen Fakultät. Im Vergleich zu den anderen Fakultäten besteht kein signifikanter Unterschied in der Bleibeabsicht der Studierenden. Dass diese Ergebnisse eine fehlende berufliche Perspektive der Studierenden widerspiegeln, kann an dieser Stelle nicht abschließend bestätigt werden, es sind bislang keine Tendenzen dahingehend zu erkennen.

Tabelle 5: Absicht in Brandenburg zu bleiben, logistische Regression.

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Männlich	-0,149 (0,168)	-0,089 (0,172)	-0,280 (0,200)	-0,132 (0,213)
Alter	0,058** (0,019)	0,034+ (0,020)	0,047* (0,023)	0,044+ (0,023)
Familienstand				
Ledig		Ref.	Ref.	Ref.
feste Partnerschaft		0,576** (0,168)	0,716*** (0,197)	0,689** (0,202)
verheiratet		1,199** (0,347)	1,429*** (0,388)	1,312** (0,403)
geschieden		21,197 (28336,2)	21,301 (24774,8)	20,930 (24748,8)
verwitwet		-20,911 (40193,0)	-20,000 (40193,0)	-20,599 (40193,00)
Ort Hochschulzugangsberechtigung				
HZB Brandenburg			Ref.	Ref.
HZB Berlin			-2,336*** (0,242)	-2,331*** (0,250)
HZB anderer Ort			-2,474*** (0,231)	-2,412*** (0,239)
Fakultät				
Juristische Fakultät				Ref.
Philosophische Fakultät				0,694 (0,511)
Humanwissenschaftliche Fakultät				1,412** (0,514)
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät				0,225 (0,520)
Mathematisch- und Naturwissenschaftliche Fakultät				1,190* (0,508)
Hasso-Plattner-Institut				-0,906 (0,876)
Andere				0,297 (1,242)
Konstante	-1,434** (0,485)	-1,177** (0,511)	0,050 (0,582)	-0,738 (0,724)
N	650	650	650	650
Cox und Snell R ²	0,016	0,051	0,269	0,304
Nagelkerkes R ²	0,021	0,067	0,359	0,405

Standardfehler der Koeffizienten in Klammern; + $p < 0,10$, * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$

3 Fazit

Die Universität Potsdam wird in den qualitativen Interviews als „Perle“ Potsdams bewertet. Ihre Bedeutung für den demografischen Wandel im Land Brandenburg bzw. in der Landeshauptstadt Potsdam ist als sehr hoch einzuschätzen, zumal dem Land Brandenburg insgesamt in den nächsten Jahrzehnten eine schrumpfende Bevölkerung, gepaart mit einer Zunahme der Hochbetagten bevorsteht. Dieser Trend gilt zu großen Teilen für die peripheren Räume, kleinere Gemeinden und Orte, in der Landeshauptstadt Potsdam und dem Berliner Umland hingegen lässt sich der Trend nicht beobachten. Dort ist ein positives Wanderungssaldo zu erwarten, der im Falle von Potsdam auch auf die Universität Potsdam zurückzuführen ist.

Die zunehmende Attraktivität der Stadt Potsdam mit vorhandenem Arbeits- und Bildungsangeboten hat dafür gesorgt, dass seit dem Mauerfall wieder deutliche Wanderungsgewinne zu verzeichnen sind und mehr junge Menschen ihren Wohnsitz in der Stadt suchen. Die Universität führt nicht nur bezogen auf Landeskinder zum Zuzug der 18–25 Jährigen nach Potsdam, sondern auch über die Landesgrenzen hinweg sind modern ausgestattete Universitäten und ein gutes Dozenten-Studenten-Verhältnis ein Magnet für junge Erwachsene. Im Sinne eines Pull-Effekts gelingt es der Universität Bildungswanderer an die Stadt zu binden.

In diesem Wettbewerb um Studierende steht der Universitätsstandort Potsdam in Konkurrenz zur Bundeshauptstadt Berlin. Bei der Wahl der Universität Potsdam ist die Nähe zu Berlin für viele der Studierenden ein wichtiger Aspekt, persönliche Verbundenheit mit der Region und die fachliche Ausrichtung der Universität sind ebenfalls bedeutsam. Studierende, die nicht aus der Region Berlin-Brandenburg stammen, wählen Potsdam in demselben Maße als Wohnort, wie sie es im Fall Berlins tun. Für die Studierenden stellen die öffentlichen Verkehrsmittel, insbesondere für die Studierenden, die in Berlin leben, einen äußerst wichtigen Faktor der Mobilität dar. Über 80 % aller Studierenden nutzen mindestens einmal pro Woche die öffentlichen Verkehrsmittel, um zur Universität zu gelangen.

Ein großer Anteil der Studierenden ist mit dem Studium an der Universität Potsdam zufrieden und ihre Erwartungen an Studium und Hochschule haben sich in den meisten Fällen erfüllt. Im Durchschnitt ergeben sich insgesamt nur geringe Schwierigkeiten für die Studierenden angesichts der Bewältigung ihres Studiums, wobei sich der höchste Schwierigkeitswert für die Leistungsanforderungen im Studium zeigt. Wie schwierig die Leistungsanforderungen bewertet werden,

hängt neben der Fakultät, in der studiert wird, vom Geschlecht, persönlichen Problemen, der Abschlussart und der Vereinbarkeit von Studium und Job und auch von der Bildungsherkunft der Studierenden ab, hier werden die in Kapitel 7 diskutierten Einflussfaktoren erneut wirksam.

Nach Beendigung des Studiums ist es wichtig für die Region, die Studierenden in den heimischen Arbeitsmarkt zu integrieren und nicht an andere Bundesländer zu verlieren. Im Gegensatz zu vielen kleineren Universitätsstandorten in Ostdeutschland gelingt es Potsdam auch in der Gruppe der Berufseinsteiger im Alter von 25–35 Jahren einen positiven Wanderungssaldo zu erzeugen und so gegen den Trend anzukämpfen, wonach Berufseinsteiger eher westliche Bundesländer aufgrund von besseren beruflichen Aussichten als Startpunkt für ihre Karriere auswählen.

Der Großteil der Studierenden ist während des Studiums noch unentschlossen, an welchem Ort sie ihre berufliche Zukunft planen. Diese Unentschlossenheit könnten sich die brandenburgischen Unternehmen weiter zu Nutze machen und frühzeitig den Kontakt zur Universität und ihren Studierenden suchen, um noch mehr junge, gut ausgebildete Erwachsene in der Region zu halten. Mit zunehmenden Alter, einer festen Partnerschaft und der regionalen Verbundenheit nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass die Studierenden nach dem Abschluss an der Universität in der Region bleiben. Das Zusammenspiel aus persönlicher Bindung an die Region, vorhandenen Jobangeboten und Aufstiegschancen in Unternehmen sowie im Vergleich mit anderen Bundesländern angepassten Löhnen kann die positive Entwicklung weiter begünstigen.

4 Literatur

- Amt für Statistik Berlin Brandenburg (2012). *Bevölkerungsprognose des Landes Brandenburg 2011 bis 2030, unregelmäßig. A I 8*. Online verfügbar unter: https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/statistiken/statistik_sb.asp?sag eb=12015&PTyp=700&creg=BB&anzwer=6&bok=1&bbok=1, Zugriff am 24.01.2016
- Amt für Statistik Berlin Brandenburg. (2015). *Bevölkerung im Land Brandenburg von 1991 bis 2014 nach Kreisfreien Städten, Landkreisen und Gemeinden*. Online verfügbar unter: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/produkte/produkte-langereihen.asp>, Zugriff am 11.03.2016.
- Bundesministerium des Inneren (2012). *Demographiebericht*. Online verfügbar unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2012/demografiebericht.pdf?__blob=publicationFile, Zugriff am 18.01.2016.
- Blankennagel, J. (2016). Wer in Brandenburg studiert, will in Berlin arbeiten. *Berliner Zeitung, Hochschulen 14.01.2016*. Online verfügbar unter: <http://www.berliner-zeitung.de/brandenburg/hochschulen-wer-in-brandenburg-studiert--will-in-berlin-arbeiten,10809312,33515890.html>, Zugriff am 23.02.2016
- Eck, A., Gralka, S., & Heller, J. (2015). Neue Herausforderungen im Hochschulbereich Ostdeutschland?! Eine Bestandsaufnahme der demographischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. *ifo Dresden berichtet*, (2), S. 7–16.
- Fritsch, M., & Piontek, D. K. M. (2015). Die Hochschullandschaft im demographischen Wandel–Entwicklungstrends und Handlungsalternativen. *Raumforschung und Raumordnung*, 73(5), S. 357–368.
- Hondrich, K. O. (2007). *Weniger sind mehr: Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist*. Frankfurt am Main: Campus.
- Heine, C. (2008). *Studienanfänger in den alten und neuen Ländern: Gründe der Hochschulwahl und Bewertungen der Hochschulregionen West- und Ostdeutschland*. HIS-Projektbericht. Online verfügbar unter: http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/HIS_Studienanfänger_Hochschulwahl_heine2008.pdf, Zugriff am 06.01.2016.
- Kultusministerkonferenz. (2014). *Die Mobilität der Studienanfänger und Studierenden in Deutschland von 1992 bis 2012*. Dokumentation Nr. 203. Online verfügbar unter: http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Dokumentationen/Mobilitaet_2014_Text.pdf, Zugriff am 06.01.2016.

- Lischka, I., Herrmann, V., & Falkenhagen, T. (2010). Mobilität der Studierenden. In P. Pasternack (Hrsg.) *Relativ prosperierend – Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen: Die mitteldeutsche Region und ihre Hochschulen*, S. 255–302. Leipzig: Akademische Verlagsanstalt.
- Märkische Allgemeine Zeitung. (2015). Die Stadt der Uni-Pendler. *Märkische Allgemeine, Potsdamer Tageszeitung* vom 26.08.2015, S. 2.
- Müller, U., Nauck, B., & Diekmann, A. (2000). *Handbuch der Demografie* (Bd. 1: Modelle und Methoden; Bd. 2: Anwendungen).
- Staemmler, J. & Tiefenbacher, U. (2015). *Wissen messen. Regionen gestalten. Science Scorecard. Analyse Wissenschaftsstadt Potsdam*. Gesellschaft für Wirtschaftsstatistik mbH Stifterverband.
- Statistisches Bundesamt (2016). *Alterung der Bevölkerung durch aktuell hohe Zuwanderung nicht umkehrbar*. Pressemitteilung Nr. 021 vom 20.01.2016. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/01/PD16_021_12421.html, Zugriff am 13.03.2016.
- Sulpina, M., Damm, T. & Klingholz, R. (2016). *Im Osten auf Wanderschaft – Wie Umzüge die demografische Landkarte zwischen Rügen und Erzgebirge verändern*. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Online verfügbar unter: http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Im_Osten_auf_Wanderschaft/BI_WanderungOst_online.pdf, Zugriff am 13.02.2016.
- Taleb, N.N. (2010). *Der Schwarze Schwan: Die Macht höchst unwahrscheinlicher Ereignisse*. München: dtv.
- Willich, J., Buck, D., Heine, C. & Sommer, D. (2011). *Studienanfänger im Wintersemester 2009/10 – Wege zum Studium, Studien- und Hochschulwahl, Situation bei Studienbeginn*. HIS:Forum Hochschule (6). Online verfügbar unter: http://www.dzhw.eu/pdf/pub_fh/fh-201106.pdf, Zugriff am 06.01.2016.

Konstantin Herrmann, Eike Emrich und Freya Gassmann

7 Die Bildungsherkunft der Studierenden der Universität Potsdam und deren Auswirkungen auf das Studium

Gliederung

1	Einleitung und theoretischer Rahmen	233
1.1	Bildungsentscheidung nach der sozialen Herkunft	234
1.2	Bildungsentscheidungen aus ökonomischen Gesichtspunkten	242
2	Empirische Ergebnisse an der Universität Potsdam.....	245
2.1	Bildungsherkunft der Studierenden.....	245
2.2	Regionale Herkunft und Bildungsherkunft	248
2.3	Studienfach und Bildungsherkunft.....	251
2.4	Abschlussart und Bildungsherkunft	253
2.5	Erwerbstätigkeit der Studierenden und Bildungsherkunft	255
2.6	Wert des Studiums und Bildungsherkunft.....	258
3	Fazit.....	263
4	Literatur.....	264

1 Einleitung und theoretischer Rahmen

Der Einfluss der sozialen Herkunft auf den Zugang zum Studium sowie den Studienverlauf und -erfolg ist seit langem bekannt und wurde häufig empirisch belegt (stellvertretend für viele vgl. u. a. die früheren Belege von Dahrendorf, 1965; Fröhlich, 1974; Carnap und Edding, 1962; Blossfeld 1993). Dahrendorf machte als Gründe für die relative Unterrepräsentation von Arbeiterkindern an Universitäten 1965 zum einen eine gering entwickelte Bildungsfreundlichkeit der Arbeiterkinder aus und diskutierte zum anderen das Ausmaß der Arbeiterfreundlichkeit der Bildungseinrichtungen. In diesem Zusammenhang werden

als Bildungsaufsteiger in einer intergenerationalen Perspektive jene Studierende bezeichnet, deren Eltern keine gymnasiale Schulbildung absolvieren und nicht studiert hatten.¹

Bis heute stellt man die Bildungschancen von Arbeiterkindern bzw. Nicht-akademiker-Kindern sogenannten Akademikerkindern gegenüber. Auch nach aktuelleren Forschungsbefunden haben Arbeiterkinder immer noch geringere Chancen das Abitur zu erlangen als Akademikerkinder. Aber auch dann, wenn Arbeiterkinder die Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, können sich noch herkunftsbedingte schichtspezifische Unterschiede in der Einstellung zum Studium oder der Wahl des Studienfachs zwischen Studierenden aus Elternhäusern mit unterschiedlichem Bildungsniveau finden lassen. Auf diese Unterschiede haben bereits Bourdieu und Passeron (1971, S. 19 ff.) hingewiesen. Sie betreffen bis heute aktuelle Fragen der akademischen Integration, der Studienmotivation sowie Aspekte möglicher Irritierungen durch die Studienorganisation usw.

1.1 Bildungsentscheidung nach der sozialen Herkunft

Im Folgenden sollen vier zentrale theoretische Richtungen zur Erklärung unterschiedlichen Bildungsverhaltens diskutiert werden. Neben dem Wisconsin Modell werden Überlegungen von Bourdieu und die Wert-Erwartungstheorie sowie das Frame Selection Modell, welches die teils gegensätzlichen theoretische Mechanismen integriert, herangezogen.

Das Wisconsin Modell geht auf Sewell, Haller und Portes (1969) zurück. Sie betrachteten die Bildungsentscheidung männlicher High-School Absolventen Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre in Wisconsin, USA. Deren Bildungsentscheidung und damit die spätere berufliche Position hängen demnach stark von den Einstellungen und Werten zu Bildung, also der Bildungsaspiration ab. Die Bildungsentscheidung einer Person wird zum einen von der der Eltern beeinflusst, aber auch von der Einstellung signifikant anderer Personen, die der Person als Vorbild dienen oder mit ihr ihre Erwartungen kommunizieren, was wiederum von der sozialen Herkunft beeinflusst wird. Insofern kommt es zu typischen, sich selbst verstärkenden Prozessen, innerhalb der die für die

1 Dabei unterstellt man implizit, dass das Absolvieren des heutigen Gymnasiums mit dem Absolvieren des Gymnasiums eine oder mehrere Generation zuvor gleichzusetzen ist. Dagegen sprechen die erhöhte Gymnasialquote unter der Annahme normalverteilter Begabung (sofern die Intelligenz der Bevölkerung im Mittel nicht dramatisch gewachsen ist) und die verringerte Quote der Abbrecher im Gymnasium (vgl. dazu auch Neumann et al., 2012).

sozialen Verkehrskreise einer Person typischen Bildungsabschlüsse kommuniziert und überproportional häufig durch Nachahmung und Ansteckung zugleich reproduziert werden. Die schulische Leistung ist dabei zwar von der kognitiven Leistungsfähigkeit abhängig, hat jedoch lediglich einen Einfluss auf die Aspiration und nicht direkt auf die Entscheidung selbst (ebd., S. 85). Demnach würden Personen mit einer hohen sozialen Herkunft deutlich häufiger eine sehr hohe Bildungsaspiration auch dann ausprägen, wenn die Leistungsfähigkeit bisher nicht im nötigen Ausmaß vorhanden ist, und sich demzufolge dann auch mit hoher Wahrscheinlichkeit für die höhere Bildung entscheiden. Von außen betrachtet führt somit die Sicherheit der sozialen Lage in Verbindung mit der positiven Bewertung von höherer Bildung zu erhöhter Risiko- und damit Investitionsbereitschaft.

Gründe für die Reproduktion sozialer Ungleichheit² sind auch in Bourdieus Überlegungen (1983) zur sozialen „Vererbung“ des unterschiedlich ausgeprägten elterlichen Kapitals an die Kinder zu finden. Durch die Vererbung von sozialem, kulturellem und ökonomischem Kapital haben Arbeiterkinder und Akademikerkinder jeweils unterschiedliche, mit höheren Kapitalverfügbarkeiten steigende Chancen im Bildungssystem, einen hohen Bildungsabschluss zu erlangen, wodurch es zur Reproduktion sozialer Ungleichheit kommt. Damit ist die Fähigkeit oder Begabung eines Individuums nach Bourdieu keine genuin psychologische Kategorie, sondern als soziologische Tatsache auch das Resultat einer Interaktion von individuellen Merkmalen und den Merkmalen der sozialen Struktur, die Menschen in ihrem Handeln beständig neu erzeugen und die wiederum auf sie zurückwirken und somit „(...) das Produkt einer Investition von Zeit und kulturellem Kapital“ sind (ebd., S. 186).

Bourdieu unterscheidet dabei drei Arten kulturellen Kapitals: inkorporiertes, objektiviertes und institutionalisiertes Kulturkapital. Das inkorporierte Kulturkapital stellt sich als im Habitus verankerte, körpergebundene bzw. sich in der Haltung des Individuums materialisierende Form der Bildung dar, es wird gewissermaßen körperlich in Auftreten, Haltung, Sprechen, Wortwahl usw. sichtbar. Dieses inkorporierte Kulturkapital kann vornehmlich durch die Investition der eigenen Zeit erworben werden, wobei die Investition in ihrer Wirkung abhängig von äußeren Bedingungen ist. Wie viel inkorporiertes

2 Unter sozialer Ungleichheit sind unterschiedliche Möglichkeiten von Individuen zur gesellschaftlichen Teilhabe, bedingt durch ungleiche Verteilung materieller oder immaterieller Ressourcen zu verstehen (vgl. Lexikon zur Soziologie, 2007, S. 686).

Kulturkapital man erwerben kann, hängt demnach damit zusammen, wie viel Zeit man dafür einsetzen kann und will und damit davon, inwieweit man von ökonomischen Zwängen befreit ist sowie vom Anregungspotential der sozialen Umgebung und Verkehrskreise.

Überträgt man das auf Studierende, ist ihr Erwerb von Bildung von sozial vererbten Interessen und damit einhergehenden Kompetenzen abhängig sowie davon, wie viel freie Zeit ihnen dafür von der Familie zur Verfügung gestellt wird (ebd., S. 187 f.), also ob sie beispielsweise neben dem Gymnasium bzw. neben dem Studium jobben müssen. Es hängt aber auch davon ab, in welchem intellektuellen Anregungsmilieu sie diese Zeit verbringen und welchen sozial vermittelten kulturellen Geschmack etwa in Kunst, Literatur, Musik, Film, Gastronomie, Kleidung usw. sie jeweils ausprägen. Es sei hier daran erinnert, dass Bildung im klassischen Sinn nicht nur die Befähigung eines Individuums zur Entwicklung eigener Urteilskraft beinhaltet, sondern eben auch die Ausprägung eines eigenen Geschmacks in Kunst, Literatur, Malerei usw. Dieser ist aber in seiner Differenziertheit der Ausprägung gebunden an die Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln. Damit wird unter anderem die freie oder subventionierte Zugänglichkeit zu Museen, Büchereien usw. begründet.

Die zweite Sorte des Kulturkapitals, das objektivierte kulturelle Kapital z. B. in Form von Büchern ist „materiell übertragbar, auf dem Weg über seinen materiellen Träger“ (ebd., S. 188) und bestimmt in seiner öffentlichen (z. B. Museen und öffentliche Bibliotheken) sowie privaten (z. B. Hausbibliotheken, Musikinstrumente) Verfügbarkeit zwangsläufig auch die Möglichkeit, kulturellen Geschmack auszubilden und Erfahrungen zu sammeln.

Die dritte Art des kulturellen Kapitals ist das institutionalisierte Kulturkapital, welches die „Objektivierung von inkorporiertem Kulturkapital in Form von Bildungstiteln (...)“ (ebd., S. 189) darstellt, also beispielsweise der Abschluss an einer Universität.³ Man denke etwa an die Symbolkraft der Doktorurkunde an der Wand im Büro eines Arztes oder Rechtsanwaltes, womit tatsächlich materielle Vorteile einhergehen können, wenn besonders knappe Bildungspatente (z. B. Doktorwürden) aufgrund ihres Signalwerts im Markt gegen höhere Einkommen getauscht werden.

3 Die Reproduktion von sozialer Ungleichheit erfolgt vornehmlich über ökonomisches Kapital, sie kann jedoch auch dann, wenn die offizielle Übertragung von ökonomischem Kapital verhindert wird, aufrechterhalten werden, da die Kapitalsorten in begrenztem Umfang im generalisierten Tausch gegenseitig tauschfähig sind. Desto stärker etwa die Übertragung von ökonomischem Kapital unterbunden wird, desto bedeutsamer wird die Übertragung des kulturellen Kapital zur Produktion der „feinen Unterschiede“ (ebd., S. 198).

In seinen Arbeiten geht Bourdieu in erster Linie auf primäre Herkunftseffekte ein, also solche Unterschiede, die durch unterschiedliche Leistungen, welche wiederum beeinflusst von unterschiedlichen familiären und sozialen Lebensräumen sind, zustande kommen (vgl. Boudon 1974, S. 29), kaum dagegen auf sekundäre Herkunftseffekte, die durch unterschiedliche Bildungsentscheidungen verursacht werden. Diese sekundären Effekte werden theoretisch unter anderem von Erikson und Jonsson (1999, S. 9 f. und 13 f.) sowie von Esser⁴ diskutiert (1999, S. 265).

Essers Modell der rationalen Bildungsentscheidung betrachtet den Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule oder den „Verbleib“ auf der Hauptschule. Dazu werden angelehnt an die subjektive Wert-Erwartungstheorie zwei *expected utilities* (EU-Gewichte) erstellt, die den Wert des antizipierten Ereignisses bzw. Zustands und die Wahrscheinlichkeit des Eintritts erfassen. Nach Esser kann dieses Modell auf alle weiteren Bildungsentscheidungen übertragen werden, weshalb es hier vorgestellt wird (ebd., S. 266).

Nach Esser wird die Bildungsentscheidung vom antizipierten Ertrag der höheren Bildung (U), dem drohenden Statusverlust (-SV)⁵ und den Kosten (C) der höheren Bildung beeinflusst. Die beiden Wahrscheinlichkeiten, dass es zum erwarteten Ertrag kommt (p) und die Wahrscheinlichkeit, dass der Statusverlust einsetzt (c), gehen im Sinn der Werterwartungstheorie ins Modell mit ein. Daraus ergeben sich dann für die Hauptschule (An) und die weiterführende Schule (Ab) folgende EU-Gewichte (ebd., S. 267), wobei p die Wahrscheinlichkeit für und 1-p die Gegenwahrscheinlichkeit für den Eintritt antizipierter Nutzenerwartungen abbilden:

$$EU(An) = c \cdot (-SV) \text{ und } EU = p \cdot U + (1 - p) \cdot c \cdot (-SV) - C$$

Für die Entscheidung für die Variante Hauptschule ist also der drohende Statusverlust, multipliziert mit der Wahrscheinlichkeit, dass dieser Verlust auch tatsächlich einsetzt, von Bedeutung. Für den Nutzen der weiterführenden

4 Essers Grundmodell der Bildungsentscheidung ist innerhalb seines Buches eigentlich nur eines von drei beispielhaften Anwendungen der Wert-Erwartungstheorie.

5 Der drohende Statusverlust setzt zwangsläufig voraus, dass der Entscheider im komparativen Vergleich mit der altersgleichen Population kalkuliert, wie viele sich für eine aufstiegsorientierte Bildungsentscheidung entscheiden. Je inflationärer die Entscheidung für höhere Bildung erfolgt, umso sicherer wird der antizipierte Statusverlust eintreten, wenn man sich an diesem Wettbewerb nicht beteiligt. Daraus kann man auch unschwer ableiten, dass die Inflationierung wachsende Geschäftsfelder für Bildungsanbieter erschließt. Gleichzeitig sind diejenigen, die die Entscheidung zu höherer Bildung nicht getroffen haben, von einer besonders intensiven künftigen Statusdeprivation betroffen.

Schule wird die Wahrscheinlichkeit, dass die höhere Bildung zum Erfolg führt, multipliziert mit dem Ertrag. Dazu wird addiert: die Gegenwahrscheinlichkeit, dass der Ertrag nicht einsetzt, mal die Wahrscheinlichkeit, dass der Statusverlust einsetzt, multipliziert mit dem Statusverlust, minus die Kosten.⁶

Von entscheidender Bedeutung ist der Vergleich der beiden Alternativen. Die höhere Bildung wird nur dann gewählt, wenn ihr antizipierter Nutzen größer ist als der Nutzen der Alternative Hauptschule. Wenn man diese Ungleichung vereinfacht, ergibt sich:

$$U + c \cdot SV > \frac{C}{p}$$

(ebd., S. 269). Sobald diese Ungleichung gilt, wird die höhere Bildung gewählt.

Um jedoch Schichtunterschiede mit diesem Modell zu erklären, benötigt man wie bei Erikson und Jonsson Brückenhypothesen, denn erst durch die Variierung der Erwartungswerte in den Alternativen können schichtspezifische Bildungsentscheidungen erklärt werden. Nach Esser sind es die Wahrscheinlichkeiten p und c sowie der Statusverlust (SV), die zwischen den Schichten überzufällig variieren. Die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Abschlusses ist für Kinder der mittleren Schicht höher als für Kinder der unteren Schicht.⁷ Die Wahrscheinlichkeit des Statusverlusts ist für die untere Schicht 0 und die Höhe des Statusverlusts ist ebenfalls 0, da die untere Schicht keinen hohen sozialen Status hat und kann ihn daher auch nicht verlieren. Die mittlere Schicht dagegen verfügt über einen entsprechenden Status und kann durchaus künftige Einbußen um $-SV$ befürchten, die umso schwerer wiegen, je mehr ein allgemeiner Fahrstuhleffekt⁸ in der Bildung beobachtbar wird, weil dann die sozialen Differenzierungsgewinne ausbleiben. Die Wahrscheinlichkeit beträgt 1, wenn auf die hohe Bildung verzichtet wird. Der Ertrag und die Kosten sind für beide Klassen gleich. Nach Esser wären Belege für die Variation von U über die Klassen notwendig (ebd., S. 268).

6 Die Einführung der Kosten setzt gleichzeitig die Existenz einer Budgetbegrenzung voraus.

7 Nur der Präzision halber möchten wir darauf hinweisen, dass es sich im Fall von Kindern und Jugendlichen stets um einen abgeleiteten Status handelt.

8 Wie bereits angesprochen, berücksichtigen die Überlegungen von Esser zum Statusverlust nicht, dass es in den letzten Jahren zu einer Inflation von Bildungspatenten gekommen ist (vgl. Becker, 2000, S. 460). Schließt man diese Überlegungen mit ein, wäre für die Kinder aus Elternhäusern mit niedriger Bildung der Besuch der Hauptschule ebenfalls aufgrund der Inflation ein Statusverlust.

Für die untere Schicht würde sich somit eine Ungleichung von

$$U > \frac{C}{p_{(klein)}}$$

ergeben und für die mittlere Schicht ergibt sich:

$$U + SV > \frac{C}{p_{(groß)}}$$

Wenn man nur die Bildungsmotivationen betrachtet, besteht die Motivation der unteren Schicht aus: U und die Motivation der mittleren Schicht aus $U + SV$. Da U eine Konstante ist, ist die Bildungsmotivation der mittleren Schicht also um den Betrag des drohenden Statusverlusts höher. Also desto höher der antizipierte Statusverlust, desto höher die Bildungsmotivation. Das Investitionsrisiko ist bei der unteren Schicht sehr groß, da p klein ist und bei der mittleren Schicht sehr klein, da p sehr groß ist.

Überträgt man dies auf die Bildungsentscheidung von Abiturienten, ob sie ein Studium an einer Universität beginnen oder nicht, ergeben sich für die Abiturienten aus Elternhäusern mit nicht akademischem Hintergrund und akademischen Elternhäusern identische Zusammenhänge. Für Abiturienten aus Elternhäusern mit nicht-akademischem Hintergrund ist demnach die Wahrscheinlichkeit, dass die Bildung zum erwarteten Ertrag führt, kleiner, als für Abiturienten aus einem akademischen Elternhaus (Investitionsrisiko). Darüber hinaus würden die Kinder von Akademikern aus ihrer Perspektive einen Statusverlust relativ zur Bildung ihrer Eltern erleiden, wenn sie keinen Hochschulabschluss erwerben. Demnach wäre die Bildungsmotivation ($U + SV$) für diese Abiturienten immer genau um SV höher als die Bildungsmotivation für Abiturienten aus Elternhäusern ohne akademischen Hintergrund. Unter der Annahme gleicher Begabung ist somit damit zu rechnen, dass Abiturienten aus Elternhäusern mit einer hohen Bildung sich eher für das Studium und Abiturienten mit einem niedrigen Bildungshintergrund sich eher gegen ein Studium entscheiden. Wenn man hier jedoch wieder die Überlegung der Inflation von Bildungspatenten mit einbezieht, wäre der Statusverlust für Abiturienten aus Elternhäusern ohne akademischen Hintergrund sicherlich niedriger als für Abiturienten, deren Eltern Akademiker sind, jedoch größer als 0.

Die Frame Selection Theorie (vgl. Esser, 2001 und Kroneberg, 2005; zur Kritik an der Theorie Braun und Gautschi, 2011, S. 301 f.) geht davon aus, dass die „subjektive Definition der Situation“ „durch die Selektion eines kulturellen

Bezugsrahmens, durch das sog. Framing“, abläuft (Esser, 2001). Demnach wägen Akteure nicht direkt die Mittel und Kosten für bestimmte Bedingungen ab, sondern ordnen zunächst die Situation anhand im Gedächtnis „gespeicherter Muster“ ein (ebd., S. 261). Nach der Definition der Situation überprüft der Akteur, ob für diese Situation bereits Modelle, sogenannte Skripte, für das Handeln zur Verfügung stehen, aus denen eine Handlung gewählt wird. Aus dem Repertoire von Frames und danach aus Skripten erfolgt, wie bei der oben bereits diskutierten Wert-Erwartungstheorie, eine Abschätzung des erwarteten Nutzens (ebd., S. 270 f.).

Kroneberg, Stocké und Yaish (2006) ziehen diesen theoretischen Ansatz zur Erklärung von Bildungsungleichheiten heran und integrieren das normative Wisconsin-Modell in die subjektive Wert-Erwartungstheorie. Demnach unterscheiden sich Personen mit einem hohen und niedrigen Bildungskapital darin, welche Art des Handlungsskripts sie wählen. So würden Personen mit einer hohen Bildungsaspiration für ihre Kinder die höhere Bildung wählen, auch wenn die Erfolgswahrscheinlichkeit gering ist, was nach der Wert-Erwartungstheorie nicht möglich wäre, bei ihnen überwiegt somit die aus Bildungswerten abgeleitete Norm für hohe Bildung (ebd.). Da eine hohe Bildungsaspiration in der Regel mit einem hohen kulturellen Kapital einhergeht (Brückenhypothese), kann dieser theoretische Ansatz die Reproduktion von Bildungsunterschieden erklären. Andererseits könnte eine hohe Bildungsaspiration, die getrieben wird durch eine Norm für hohe Bildung, auch ohne hohes kulturelles Kapital wirksam werden. Die Bildungserfolge bestimmter asiatischer Einwanderungsgruppierungen in Deutschland legen diesen Schluss nahe.

Nach Bourdieu und Passeron (1971, S. 19 ff.) ist auch die Wahl des Studienfachs abhängig von der bildungsbezogenen Herkunft eines jungen Menschen. Diese Wahl führt, bezogen auf das Finden einer Erwerbstätigkeit, zu konjunkturell bedingter Erwerbslosigkeit und, bezogen auf Verdienstmöglichkeiten, zu unterschiedlichen Chancen und Risiken (Glocker und Storck 2012, S. 7). Indirekt kommt es so zu Ungleichheiten für die Kinder aus einem Nicht-Akademiker-Elternhaus innerhalb der Gruppe der Akademiker bzw. zu einem verminderten Aufstieg. Zudem verfügen Studierende aus bildungsferneren Schichten in geringerem Maße über Sicherheiten und Selbstverständlichkeiten hinsichtlich des Studiums (vgl. Bargel & Bargel, 2012).

Konsistent zu diesen Überlegungen führten Isserstedt et al. (2010, S. 99 ff.) innerhalb der 19. Sozialerhebung eine Sonderauswertung des Mikrozensus 2002 durch und stellten einen deutlichen Einfluss des väterlichen Berufs auf die Studierneigung der Kinder fest. Unter den 19- bis 24-Jährigen Studierenden ergab sich eine spezifische Reihenfolge der Studierneigung abhängig vom väterlichen Beruf in der Reihenfolge Angestellter (Studierneigung der Kinder: 37%), Selbständiger (61 %) und Beamte (67%). Noch stärker als der elterliche Beruf wirkt sich die Frage eines Hochschulabschlusses des Vaters aus. Hat der Vater einen Hochschulabschluss oder nicht, variieren die Zahlen wie folgt:

- Vater ohne Hochschulabschluss: Studierquote der Kinder: 26 %, Selbständiger ohne Hochschulabschluss: Studierquote der Kinder: 47 %, Beamte ohne Hochschulabschluss: Studierquote der Kinder: 43 %.
- Vater mit Hochschulabschluss ergibt sich folgendes Bild: Studierquote der Kinder: 64 %, Selbständiger mit Hochschulabschluss: Studierquote der Kinder: 87 %, Beamte mit Hochschulabschluss: Studierquote der Kinder: 84 %.

Middendorff, Apolinarski, Poskowsky, Kanduaalla und Netz (2012, S. 89) zeigen im Zeitverlauf, dass die Studierenden an deutschen Hochschulen hinsichtlich ihrer sozialen Herkunft heute homogener sind, als sie es noch vor 30 Jahren waren. So hatten 1985 insgesamt 8 % eine hohe, 20 % einer gehobene, 43 % eine mittlere und 29 % eine niedrige Bildungsherkunft.⁹ Heute hat sich der Anteil der Studierenden mit einer niedrigen Bildungsherkunft auf 9 % reduziert und der Anteil derer mit einer höheren Bildungsherkunft auf 22 % erhöht. Der Anteil der Studierendenschaft mit einer mittleren und einer gehobenen Bildungsherkunft hat sich im Vergleich zu 1985 mit 41 % und 28 % nur leicht verändert.

Zwischen Fachhochschulen und Universitäten zeigen sich gerade in Bezug auf die Gruppe der Studierenden mit einer hohen Bildungsherkunft deutliche Differenzen. Während dieser Anteil an Fachhochschulen im Jahr 2012 bei 13 % lag, ist er an Universitäten mit 27 % mehr als doppelt so hoch (ebd., S. 95). Die generelle Erhöhung des Anteils der Studierenden mit einer hohen Bildungsherkunft hängt wahrscheinlich mit der Erhöhung des Akademikeranteils der Frauen sowie der Verringerung des Anteils der Frauen ohne Berufsausbildung in den

9 Wobei hohe Bildungsherkunft bedeutet, dass beide Elternteile einen akademischen Abschluss inne haben, gehobene Bildungsherkunft, dass einer von beiden Akademiker ist, mittlere Bildungsherkunft, dass beide einen nicht-akademischen Berufsabschluss haben und niedrige Bildungsherkunft, dass nur einer von beiden einen Berufsabschluss vorweisen kann, der jedoch nicht akademisch ist.

letzten Jahrzehnten zusammen. Möglicherweise liegt hier der nicht intendierte Effekt einer beständigen öffentlichen Kommunikation des Wertes akademischer Bildung vor, der aufgrund der oben geschilderten Mechanismen die wenigen nicht Studierwilligen aus höheren Schichten eher zum Studium bringt zwecks Nachteilevermeidung, während sie potentielle Studierende aus unteren Schichten aufgrund der eher niedrigen Bildungsaspiration relativ gesehen weniger erreicht.

1.2 Bildungsentscheidungen aus ökonomischen Gesichtspunkten

Neben der unterschiedlichen Beteiligung von Studierenden nach der Bildungsherkunft können ökonomische Faktoren bei der Entscheidung für oder gegen ein Hochschulstudium herangezogen werden. Der zusätzliche Bildungsabschluss generiert, folgt man der Humankapitaltheorie (Becker, 1993), eine gesteigerte Arbeitsmarktproduktivität. Das Grundmodell von Becker lautet:

$$E_t = r \cdot x \cdot H_t$$

mit Arbeitseinkommen, E_t , Humankapital, H_t , Ertragsrate des Humankapitals, r . Eine Veränderung des Humankapitalbestands, H_t , wird wie folgt erfasst:

$$\Delta H_t = f(t_h) - \delta \cdot H_{t-1}$$

mit Produktivität, f , Bildungszeit, t_h , Humankapitalbestand der Vorperiode, $H_t - 1$ und Abschreibung, d .

Die Opportunitätskosten eines Bildungsjahres, $r \cdot H_t$, sind damit umso geringer und damit die Ausbildungsnachfrage umso höher, je länger der Auszahlungszeitraum für die Erträge von Humankapitalinvestitionen ist, je produktiver insgesamt die Bildungszeit (höherwertige Abschlüsse und Qualifikationen) und je geringer die zeitliche Diskontierungsrate ausfallen, während die Abschreibungsrate ohne größeren Einfluss bleibt. Investitionen in Humankapital lohnen sich also nur dann, wenn die Rendite des Abschlusses die zusätzlichen Kosten übersteigt (Mertens, 2013).¹⁰

Mincer (1974) hat die Überlegungen Beckers weiterentwickelt und Humankapitalrenditen hinsichtlich ihrer empirischen Erfassbarkeit spezifiziert und

10 Zur Screening- und Signalling-Theorie siehe Arrow (1962) und Spence (1974). Demnach ist die Produktivität der Beschäftigten nicht beobachtbar, gerade deshalb aber sind schulische Leistungen bzw. Bildungspatente als Signale an die Arbeitgeber wichtig. Für empirische Tests der Theorie siehe zum Vergleich von Bildungsrenditen abgeschlossener Bildungsmaßnahmen (Layard & Psacharopoulos, 1974), zu Effekten längerer und kürzerer Studiendauern (Groot & Osterbeek, 1994).

eine grundlegende Einkommensfunktion entwickelt mit einer konstanten Bildungsrendite, r , der Einkommenserzielungskapazität, E_t , dem Anteil von der Einkommenskapazität, der für Investitionen in Humankapital verwendet wird, K_t , und E_0 , das die Einkommenskapazität bei Einschulung erfasst.

$$E_t = E_0 \cdot \exp\left(\int_0^t r \cdot K_\tau d\tau\right) \quad (1)$$

In einer zweiten Einkommensfunktion erfasst Mincer das tatsächlich erzielte Einkommen, das sich als Anteil von $1 - K_t$ an der Einkommenserzielungskapazität des Individuums beschreiben lässt:

$$y_t = (1 - K_t) \cdot E_t \quad (2)$$

Während der Schulzeit und auch während des Studiums investiert das Individuum seine gesamte Einkommenserzielungskapazität in die Bildung, also ist $K_t = 1$.

Die Einkommenserzielungskapazität am Ende der Schul-/Studienzeit zum Zeitpunkt s beträgt somit

$$E_s = E_0 \cdot e^{rs} \quad (3)$$

In einer dritten Einkommensfunktion arbeitet Mincer heraus, dass wenn nach dem Bildungsabschluss weitere Investitionen in Humankapital unterbleiben, die Einkommenserzielungskapazität dem tatsächlichen Einkommen entspricht, somit gilt:

$E_s = y_s = E_0 e^{rs}$ bzw. in logarithmierter Form

$$\ln E_s = \ln y_s = \ln E_0 + r \cdot s \quad (4)$$

In der vierten Einkommensfunktion kann man in Anlehnung an Mincer annehmen, dass über den beruflichen Lebenszyklus ein (linear) abnehmender Anteil von Einkommenserzielungskapazität für Investitionen in Humankapital eingesetzt wird.

$$K_x = k_0 \cdot \frac{k_0}{n} \cdot x \quad (5)$$

Der Anteil k_0 wird für jedes Berufsjahr, n , soweit reduziert, dass am Ende der Berufstätigkeit die Humankapitalinvestitionen 0 betragen. Daraus ergibt sich:

$$E_x = E_s \cdot \exp\left(\int_0^x \left(k_0 - r \cdot \frac{k_0}{n} \cdot \tau\right) d\tau\right) = E_s \cdot \exp\left(k_0 \cdot x - \frac{r \cdot k_0}{2n} \cdot x^2\right) \quad (6)$$

Unter Verwendung von Formel (2) ergibt sich:

$$E_x = y_x = (1 - k_x) \cdot E_x \text{ bzw. in logarithmierter Form}$$

$$\ln y_x = \ln(1 - k_x) + \ln E_x \quad (7)$$

Das Logarithmieren von Gleichung (6) und Einsetzen in Gleichung (7) führt zur fünften Einkommensfunktion Mincers:

$$\ln y_x = \ln(1 - k_x) + \ln E_s + k_0 \cdot x - \frac{r \cdot k_0}{2u} \cdot x^2 \quad (8)$$

Nach Einsetzen der logarithmierten Gleichung (4) in Gleichung (8) ergibt sich in einer sechsten Einkommensfunktion

$$\ln y_x = \ln(1 - k_x) + \ln E_0 + r \cdot s + k_0 \cdot x - \frac{r \cdot k_0}{2u} \cdot x^2 \quad (9)$$

Daraus entwickelt Mincer dann die bekannte Einkommensfunktion:

$$\ln y = \beta_0 + \beta_1 \cdot s + \beta_2 \cdot x + \beta_3 \cdot x^2 + \mu \quad (10)$$

mit der Störvariablen, μ , während β_1 als Regressionskoeffizient die Bildungsdauer abbildet (Bildungszeit minus sechs Lebensjahre [Einschulungsalter]) und für die Bildungsrendite steht. β_2 und β_3 stehen als positive und negative Regressionskoeffizienten für die Berufserfahrung (Lebensalter minus 6 Lebensjahre minus Bildungsdauer).

Trotz erheblicher Kritik an den Mincerschen Einkommensfunktionen, so werden etwa Unterschiede in den individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten und auch die unterschiedliche Qualität des Humankapitals nicht berücksichtigt, zudem werden Bildungsrenditen der Einfachheit halber als konstant angenommen, wird deutlich, dass die notwendigerweise zu investierende Zeit, das Bindeglied zwischen dem ökonomischen und kulturellen Kapital darstellt. Die Zeit des Studiums kann nicht dazu genutzt werden, in einem festen Job eigene finanzielle Mittel zu generieren und die völlige Unabhängigkeit vom Elternhaus zu erlangen. Daher ist die Entscheidung, ein Hochschulstudium zu beginnen, auch damit verbunden, ob diese erneute Bildungsphase finanziell abgesichert ist.

In Kapitel 8 wurden die erhobenen Einnahmen und Ausgaben der Studierenden dargestellt und auch, in welchem Maß Kosten des Studiums von Dritten übernommen werden bzw. ob die Eltern das Studium finanziell unterstützen. Inwieweit die Unterstützung der Studierenden aus dem Elternhaus durch die Bildungsherkunft der Eltern begünstigt wird, soll daher ebenfalls untersucht werden. Eine höhere Erwerbstätigkeit von Studierenden ohne akademisches Elternhaus wird in der Literatur angenommen (vgl. Bargel & Bargel, 2012, dazu

schon früh Becker & Chiswick, 1966). Daran anknüpfend wird nachfolgend zunächst deskriptiv der Zusammenhang der Bildungsherkunft der Eltern mit unterschiedlichen, mit dem Studium verbundenen Eigenschaften der Studierenden betrachtet. Daran schließt sich die Untersuchung der von Bourdieu und Passeron beschriebenen Unterschiede in Bezug auf die Herkunft und Studienfachwahl sowie zur Abschlussart an. Es folgen die Analyse des Zusammenhangs zwischen regionaler Herkunft und Bildungsherkunft der Studierenden sowie des Zusammenhangs zwischen institutionalisiertem Kulturkapital der Eltern mit der Einschätzung des Studiums als Investition aus Sicht der Studierenden.

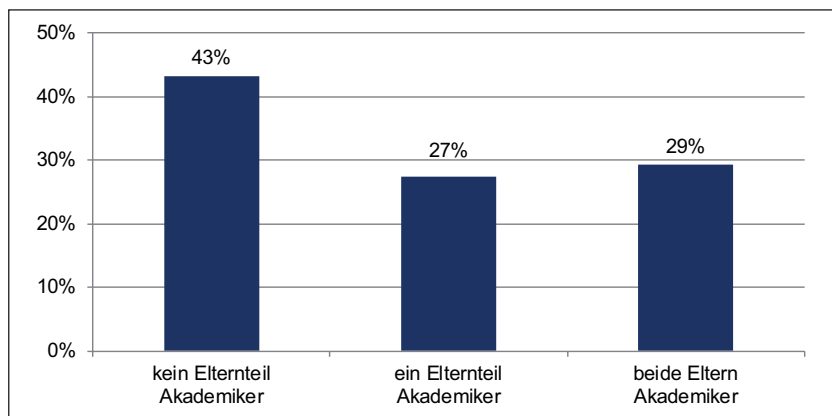
2 Empirische Ergebnisse an der Universität Potsdam

In Anlehnung an Dahrendorf, der, wie oben dargestellt, zwischen Akademiker- und Nicht-Akademikerkindern unterschieden hat, nehmen wir im Folgenden eine Dreiteilung nach der Bildungsherkunft der Studierenden vor (keiner, einer oder beide Elternteile mit Hochschulabschluss).

2.1 Bildungsherkunft der Studierenden

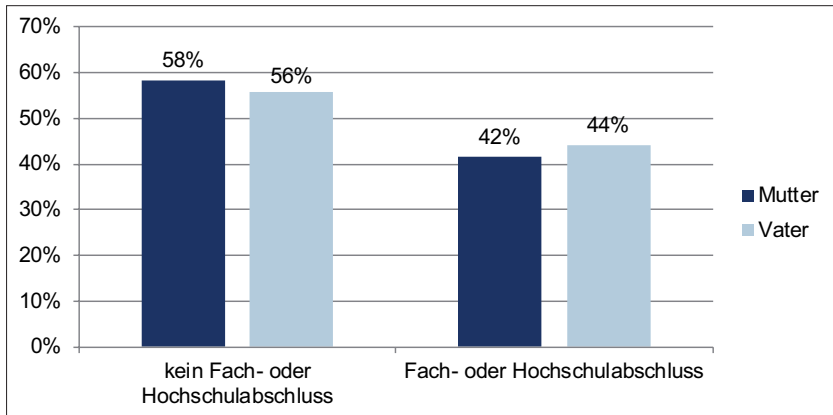
In rund 43 % der Fälle hat weder der Vater noch die Mutter eines untersuchten Studierenden einen Hochschulabschluss, 27% haben ein Elternteil mit einem Hochschulabschluss und für 29% trifft dies auf beide zu (vgl. Abbildung 1). Im Vergleich zur Bildungsherkunft in Deutschland ist dieser Anteil von 43 % etwas niedriger als im Bundesdurchschnitt im Jahr 2012 (vgl. Middendorff et al. 2013, S. 89).¹¹ Die Bildungsherkunft der Studierenden der Universität Potsdam ist damit insgesamt etwas höher als im Bundesdurchschnitt.

11 Die 50% ergeben sich wenn die 9% Studierenden aus Elternhäuser mit einer niedrigen Bildungsherkunft sowie die 41% mit mittlerer Bildungsherkunft addiert werden (vgl. Middendorff, 2012, S. 89).

Abbildung 1: Bildungsherkunft der Studierenden (n = 1.764).

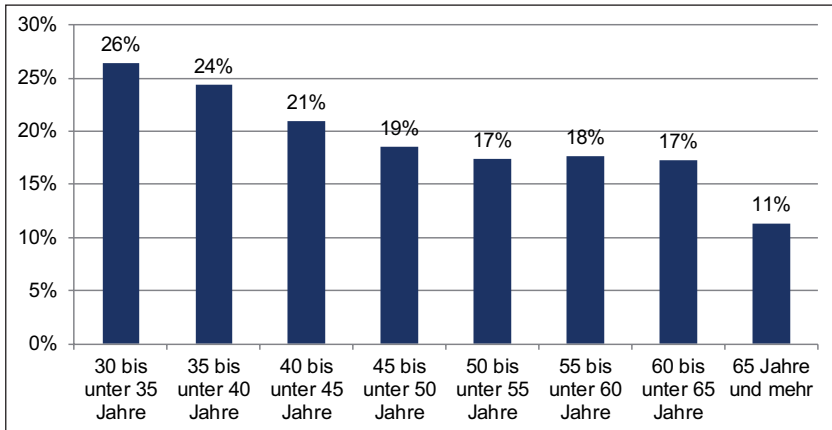
Die Schulbildung des Vaters wurde in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts meist als ausschlaggebend für den Schulbesuch des Kindes angesehen und hatte damals einen höheren Einfluss als das Einkommen des Haushaltes für die Bildungslaufbahn der Kinder (vgl. Fröhlich, 1974). In aktuelleren multivariaten Modellen zeigt sich, dass beim Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule für die Schulleistung sowohl der Bildung als auch dem sozialen Status der Mutter eine höhere Bedeutung als dem des Vaters zukommt (vgl. z. B. Stocké 2009, S. 269 f.). Ob sich dieses Bild auch im Fall der befragten Studierenden der Universität Potsdam bestätigt, soll die Auswertung der Bildungsabschlüsse der Elternteile zeigen (vgl. Abbildung 2).

Die Mehrheit der Mütter der Studierenden (58%) hat genau wie mehrheitlich die Väter (56%) keinen Fach- oder Hochschulabschluss. Insgesamt zeigen sich im aggregierten Vergleich kaum Unterschiede zwischen der Bildung der Väter und Mütter der Studierenden. Wie in Abbildung 1 zu sehen ist herrscht in der Herkunftsfamilie eher eine Bildungshomogamie, d. h. die Studierenden stammen eher aus Elternhäusern, in denen entweder beide Elternteile keine akademische Bildung oder beide eine akademische Bildung haben. In 12% der Fälle ist die Mutter Akademikerin, der Vater jedoch nicht und in 15% ist der Vater Akademiker und die Mutter nicht.

Abbildung 2: Bildungsherkunft der Studierenden getrennt nach Mutter (n=1.779) und Vater (n=1.769).

Um die Bildung der Eltern mit der Bildung der deutschen Bevölkerung in dieser Altersgruppe vergleichen zu können, ist es notwendig, Schätzannahmen zum Alter der Eltern zu treffen, da dieses nicht erhoben wurde. Die befragten Studierenden sind im Schnitt etwa 25 Jahre, wenn man nun annimmt, dass die Eltern der Studierenden bei der Geburt ihrer Kinder 25 bis 35 Jahre alt waren, sind die Eltern heute etwa 50 bis 60 Jahre alt. In dieser Alterskohorte ergibt sich für die gesamte deutsche Bevölkerung ein Akademikeranteil von etwa 17% bis 18% (vgl. Abbildung 3). Demnach sind die Kinder aus Nicht-Akademikerfamilien unterrepräsentiert, als Gründe kommen die in den theoretischen Ausführungen genannten unterschiedlichen Bildungsentscheidungen oder fehlende ökonomischen Ressourcen in Betracht.

Abbildung 3: Anteil der Personen, die einen Bachelor-, Master-, Diplom- oder Promotionsabschluss haben, nach Altersgruppen für das Jahr 2014.



Quelle: GENESIS Tabelle 12211-0041, Mikrozensus, eigene Berechnung und Darstellung.

2.2 Regionale Herkunft und Bildungsherkunft

Die Akademikerquote in Brandenburg entspricht etwa mit 15 % dem Bundesdurchschnitt von 16 %. In Berlin dagegen, aus dem ein Großteil der Studierenden stammt (vgl. Kapitel 6), liegt die Akademikerquote mit 26 % deutlich darüber (vgl. Tabelle 1). Daher ist es nicht erstaunlich, dass Studierende aus Berlin mit 42 % seltener aus einem Elternhaus ohne akademischen Bildungshintergrund stammen, als Studierende aus Brandenburg stammen. Dort beträgt der entsprechende Anteil 51 %.

30 % der Studierenden aus Berlin geben an, dass ein Elternteil und 28 % geben an, dass beide Elternteile einen Hochschulabschluss haben. Bei 25 % der Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Brandenburg erlangt haben, hat ein Elternteil einen akademischen Abschluss und bei 24 % sind beide Elternteile Akademiker. Eine andere Ausprägung der Bildungsherkunft ist bei Studierenden zu erkennen, die nicht aus Berlin oder Brandenburg kommen. Zwar stammen auch hier die meisten Studierenden aus nichtakademischen Elternhäusern (38 %), jedoch ist im Verhältnis zu den anderen Herkunftsregionen hier mit 34 %, der höchste Anteil an Elternhäusern zu verzeichnen, in denen beide Eltern Akademiker sind (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 1: Anteil der Akademiker unter der deutschen Bevölkerung ab 15 Jahren nach Bundesländern für das Jahr 2014.

Bundesländer	Akademikerquote
Berlin	26 %
Hamburg	24 %
Hessen	18 %
Bremen	17 %
Baden-Württemberg	17 %
Bayern	16 %
Bundesdurchschnitt	16 %
Sachsen	16 %
Brandenburg	15 %
Nordrhein-Westfalen	14 %
Schleswig-Holstein	14 %
Rheinland-Pfalz	14 %
Niedersachsen	14 %
Thüringen	13 %
Mecklenburg-Vorpommern	13 %
Sachsen-Anhalt	12 %
Saarland	12 %

Quelle: GENESIS Tabelle 12211-0043, Mikrozensus, eigene Berechnung und Darstellung.

Für den Unterschied zum Bundesdurchschnitt im Anteil der nicht-akademischen Elternhäuser ist somit der hohe Anteil der Studierenden, die aus anderen Bundesländern sowie aus Berlin für die Aufnahme ihres Studiums nach Potsdam kommen, verantwortlich (vgl. Tabelle 2). Die Studierenden, die ihre HZB in Brandenburg erworben haben, stammen hingegen in Übereinstimmung mit dem Bundesdurchschnitt (vgl. Middendorff, 2012, S. 89) etwa zur Hälfte aus nicht-akademischen Elternhäusern.

Tabelle 2: Bildungsherkunft der Studierenden nach dem Ort der Hochschulzugangsberechtigung (HZB) (n = 1.758).

	Ort der HZB	Elternteil Akademiker			Gesamt
		Keiner	Einer	Beide	
Berlin	Anzahl	222	156	145	523
	% innerhalb Ort HZB	42,4 %	29,8 %	27,7 %	100,0 %
Brandenburg	Anzahl	268	131	127	526
	% innerhalb Ort HZB	51,0 %	24,9 %	24,1 %	100,0 %
Anderer Ort	Anzahl	272	194	243	709
	% innerhalb Ort HZB	38,4 %	27,4 %	34,3 %	100,0 %

In Berlin und Brandenburg haben 62 % bzw. 61 % der Mütter der Studierenden der Uni Potsdam kein Fach- oder Hochschulstudium abgeschlossen (vgl. Tabelle 3). Geringer ist dieser Anteil bei den Studierenden, die nicht aus der Region kommen (53 %). Im Vergleich mit den Abschlüssen der Väter sind keine größeren Unterschiede festzustellen (vgl. Tabelle 4), nur unterscheiden sich hier die Angaben je nach Herkunft stärker. Außerhalb Berlins oder Brandenburgs ist das Verhältnis der Väter mit und ohne Abschluss an einer Fach- oder Hochschule ausgeglichen. Die größte Abweichung ist bei den Vätern der Studierenden aus Brandenburg zu erkennen. Hier geben 66 % an, dass der Vater keinen Fach- oder Hochschulabschluss besitzt.

Tabelle 3: Hochschulabschluss der Mutter nach Ort der Hochschulzugangsberechtigung (HZB) (n=1.773).

Ort der HZB	Mutter			Gesamt
		kein Fach- oder Hochschulabschluss	Fach- oder Hochschulabschluss	
Berlin	Anzahl	328	201	529
	% innerhalb Ort der HZB	62,0 %	38,0 %	100,0 %
Brandenburg	Anzahl	326	205	531
	% innerhalb Ort der HZB	61,4 %	38,6 %	100,0 %
Anderer Ort	Anzahl	381	332	713
	% innerhalb Ort der HZB	53,4 %	46,6 %	100,0 %

Tabelle 4: Hochschulabschluss des Vaters, nach Ort der Hochschulzugangsberechtigung (HZB) (n = 1.763).

Ort der HZB	Vater	kein Fach- oder Hochschulabschluss		Fach- oder Hochschulabschluss		Gesamt
		Anzahl	%	Anzahl	%	
Berlin	Anzahl	279		247		526
	% innerhalb Ort der HZB	53,0 %		47,0 %		100,0 %
Brandenburg	Anzahl	347		180		527
	% innerhalb Ort der HZB	65,8 %		34,2 %		100,0 %
Anderer Ort	Anzahl	358		352		710
	% innerhalb Ort der HZB	50,4 %		49,6 %		100,0 %
Gesamt	Anzahl	984		779		1763
	% innerhalb Ort der HZB	55,8 %		44,2 %		100,0 %

Damit vollziehen vor allem die Studierenden aus Brandenburg, von denen die meisten Studierenden aus Elternhäusern ohne Akademiker stammen und auch die einzeln betrachteten Elternteile die geringsten Anteile an Fach- oder Hochschulabschlüssen aufweisen, einen Bildungsaufstieg durch ihr Studium an der Universität Potsdam.

Inwieweit die Unterstützung aus dem Elternhaus mit der Bildungsherkunft der Eltern zusammenhängt, wird indirekt über den Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit der Studierenden und Bildungsherkunft der Studierenden geprüft. Dabei nehmen wir eine höhere Erwerbstätigkeit von Studierenden ohne akademisches Elternhaus (wie bereits oben ausgeführt) an (vgl. Bargel & Bargel, 2012).

2.3 Studienfach und Bildungsherkunft

Die Studierenden wurden gebeten, das Studienfach anzugeben, in dem Sie derzeit immatrikuliert sind. Anschließend erfolgte die Zuordnung der Studienfächer zu den fünf Fakultäten der Universität Potsdam. Die Wahl des Studienfaches wird in der Literatur (vgl. Bargel & Bargel, 2010; Bourdieu & Passeron, 1971) häufig in Zusammenhang mit der sozialen Herkunft gebracht. Die in Tabelle 5 dargestellte Auswertung zeigt die Fakultätszugehörigkeit der Studierenden in Abhängigkeit von der Bildungsherkunft. Die Daten zeigen nur geringe Unterschiede im Vergleich mit der Bildungsherkunft. In Tabelle 5 sind sowohl Zeilen- als auch Spaltenprozentage dargestellt, um sowohl die Zustromperspektive (Zeilenprozentage), d. h. welchen Studiengang bzw. welche Fakultät wählen

Studierende beispielsweise aus einem Elternhaus ohne Akademiker, als auch die Abstromperspektive (Spaltenprozent) zu verdeutlichen. Die Abstromperspektive gibt an, aus welchem Elternhaus bezogen auf den Bildungsgrad beispielsweise die Studierenden der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät stammen. Wenn man die Daten betrachtet, erkennt man, dass Studierende ohne akademisches Elternhaus etwas häufiger die Humanwissenschaftliche Fakultät wählten (21%), als es für Studierende mit einem Elternteil als Akademiker (18%) zu erkennen ist. An der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät dreht sich dieses Bild um, hier ist ein größerer Anteil der Studierenden mit einem Elternteil als Akademiker eingeschrieben (22%), als es bei Studierenden ohne Elternteil mit akademischem Abschluss der Fall ist (19%). Sowohl Studierende, die keinen Akademiker (28%), einen Akademiker (28%) oder aber zwei Akademiker (27%) unter ihren Eltern angaben, schreiben sich am häufigsten in der Mathematisch- und Naturwissenschaftlichen Fakultät ein. Insgesamt wird deutlich, dass der größte Anteil der Studierenden an den Fakultäten aus einem Elternhaus ohne Akademiker stammt. Den höchsten Anteil nimmt diese Gruppe von Studierenden an der Humanwissenschaftlichen Fakultät (47%) ein. An der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät ist der Anteil von Studierenden mit einem akademischen Elternteil am höchsten (30%) und an der Juristischen Fakultät der Anteil unter den Studierenden bei denen beide Elternteile einen Hochschulabschluss haben (33%).

Ein Sicherheitsmotiv in der Wahl des Studiengangs, wie es von Bargel und Bargel (2010) beschrieben wird, lässt sich für die Studierenden der Universität Potsdam nicht ausmachen. Studierende der Juristischen Fakultät unterscheiden sich in ihrer Bildungsherkunft nicht von denen der anderen Fakultäten.

Tabelle 5: Zugehörigkeit zu den Fakultäten der Universität Potsdam nach Bildungsherkunft (n=1.726).

Studiengang der Fakultät zugeordnet	Eltern: Anzahl Akademiker				Gesamt
		Keiner	Einer	Beide	
Juristische Fakultät	Anzahl	43	26	34	103
	Zustrom in%	41,7 %	25,2 %	33,0 %	100,0 %
	Abstrom in%	5,7 %	5,5 %	6,7 %	6,0 %
Philosophische Fakultät	Anzahl	180	115	118	413
	Zustrom in%	43,6 %	27,8 %	28,6 %	100,0 %
	Abstrom in%	24,0 %	24,4 %	23,4 %	23,9 %
Humanwissenschaftliche Fakultät	Anzahl	158	83	99	340
	Zustrom in%	46,5 %	24,4 %	29,1 %	100,0 %
	Abstrom in%	21,1 %	17,6 %	19,6 %	19,7 %
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät	Anzahl	144	103	95	342
	Zustrom in%	42,1 %	30,1 %	27,8 %	100,0 %
	Abstrom in%	19,2 %	21,8 %	18,8 %	19,8 %
Mathematisch- und Naturwissenschaftliche Fakultät	Anzahl	208	130	134	472
	Zustrom in%	44,1 %	27,5 %	28,4 %	100,0 %
	Abstrom in%	27,8 %	27,5 %	26,5 %	27,3 %
Gesamt	Anzahl	749	472	505	1.726
	Zustrom in%	43,4 %	27,3 %	29,3 %	100,0 %
	Abstrom in%	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %

Chi² nach Pearson = 17,3 p = 0,138; Cramer-V = 0,071

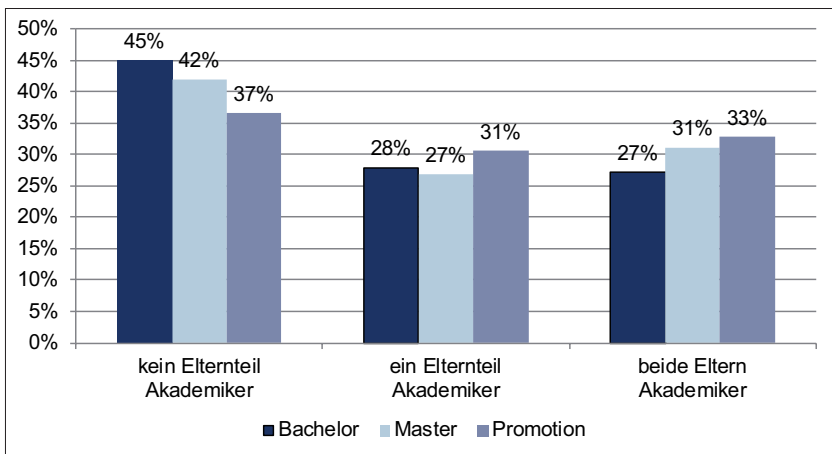
2.4 Abschlussart und Bildungsherkunft

Folgt man der Theorie, dass die Investition in ein Studium unter gesicherten finanziellen Umständen des Elternhauses leichter möglich ist (vgl. Bourdieu, 1983, Bargel & Bargel, 2010) und dass die Investition umso schwieriger zu realisieren sein wird, desto länger die erwartete Studiendauer ist, dann müssten Masterabschlüsse oder eine Promotion häufiger von Studierenden angestrebt werden, die durch ihre Herkunft ökonomisch abgesichert sind (vgl. Bourdieu, 1983). Eine Tendenz dazu spiegelt sich in den Daten der befragten Studierenden der Universität Potsdam wider (vgl. Abbildung 4). Von Studierenden, die aus einem Elternhaus ohne Akademiker stammen, geben 54 % an, derzeit einen Bachelorabschluss als Studienabschluss anzustreben, 38 % sind derzeit im Masterstudium und 6 % arbeiten an einer Promotion. Diese Verhältnisse unterscheiden sich von dem der Studierenden mit einem Akademiker im Elternhaus. Dort streben 53 % derzeit

einen Bachelorabschluss an, 39% einen Masterabschluss und 9% eine Promotion. Noch stärker weichen die Zahlen bei Studierenden ab, bei denen beide Eltern über einen Hochschulabschluss verfügen. 48% streben einen Bachelorabschluss an, 41% einen Masterabschluss und 9% eine Promotion. Damit lässt sich tendenziell bestätigen, dass die Bildungsherkunft einen Einfluss auf die Abschlussart nimmt.

Bezogen auf den angestrebten Abschluss zeigt sich, dass die Studierenden ohne akademisches Elternhaus den größten Anteil der Studierenden in allen Abschlüssen ausmachen. Jedoch wird das Verhältnis mit zunehmender Studiendauer ausgeglichener. So sind 45% der Befragten mit einem angestrebten Bachelorabschluss aus einem Elternhaus ohne Akademiker, 28% haben ein Elternhaus mit einem Elternteil als Akademiker und 27% eins mit beiden Eltern als Akademiker. Bei den Masterstudierenden sind 42% ohne akademisches Elternhaus, 27% haben ein und 31% zwei akademische Elternteile. Diese Tendenz setzt sich unter den Promotionsstudierenden fort. Studierende mit geringem elterlichem Bildungshintergrund (kein akademisches Elternhaus) machen einen Anteil von 37% der Promotionsstudierenden aus. 31% dieser Studierendengruppe haben ein bzw. 33% zwei Elternteile mit Hochschulabschluss.

Abbildung 4: Der angestrebte Abschluss der Studierenden nach Bildungsherkunft (n=1.764).

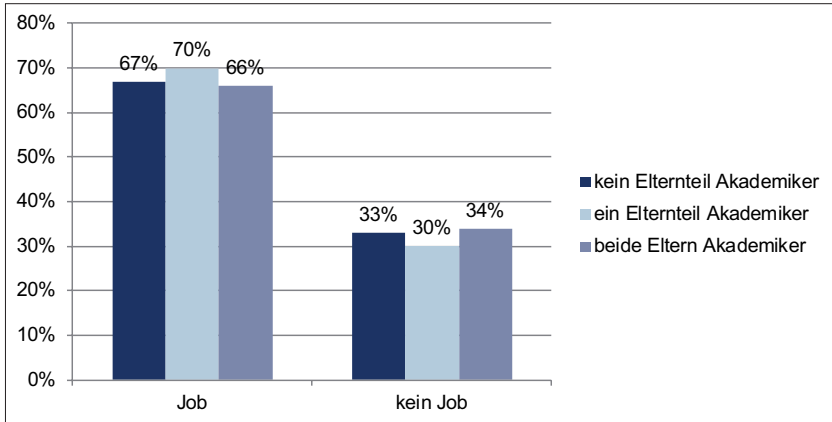


(Die Abschlüsse Magister, Diplom und Staatsexamen wurden aufgrund der geringen Fallzahlen nicht mit in die Grafik aufgenommen).

2.5 Erwerbstätigkeit der Studierenden und Bildungsherkunft

Von den befragten Studierenden der Universität Potsdam gehen insgesamt etwa zwei Drittel einer nebenberuflichen Erwerbstätigkeit nach. Dabei scheint es nur geringfügige Unterschiede in der Bildungsherkunft zu geben. Studierende ohne (67 %) oder mit einem (70 %) Elternteil mit Hochschulabschluss gehen nur tendenziell häufiger einer Erwerbstätigkeit nach, als Studierende, deren Eltern beide Akademiker sind (66 %) (vgl. Abbildung 5). Die Annahme, dass sich die Stundenanzahl der Erwerbstätigkeit pro Woche in den Gruppen signifikant unterscheidet (vgl. Bargel & Bargel, 2012), kann beibehalten werden, auch wenn die Unterschiede gering sind. Studierende, deren Eltern keinen akademischen Abschluss haben, gaben mit durchschnittlich 16 Arbeitsstunden pro Woche den höchsten Wert an. Studierende mit beiden Elternteilen als Akademiker arbeiten pro Woche durchschnittlich 15 Stunden. Etwas geringer ist der Wert für Studierende mit einem akademischen Elternteil (14 Stunden pro Woche). Für die Berechnung der Stundenanzahl wurden die Arbeitsstunden der Studierenden in allen von ihnen angegebenen Erwerbstätigkeiten berücksichtigt. Es besteht dabei ein signifikanter Unterschied zwischen den drei Gruppen ($F(2, 1177) = 3,75$, $p = 0,024$). Der Unterschied zwischen den Arbeitsstunden der Studierenden ohne Elternteil mit Hochschulabschluss und den Studierenden, deren Eltern beide Akademiker sind, ist gering und nicht signifikant. Beide Gruppen arbeiten fast zwei volle Arbeitstage pro Woche nebenberuflich zum Studium. Die geringere Arbeitszeit der Studierenden mit einem Elternteil als Akademiker unterscheidet sich signifikant von der Arbeitszeit der Studierenden ohne Elternteil mit Hochschulabschluss ($p = 0,021$).

Abbildung 5: Erwerbstätigkeit der Studierenden nach Bildungsherkunft (n=1.756).



Auf einer elfstufigen Skala von 0 „gar nicht wichtig“ bis 10 „sehr wichtig“ schätzten die Studierenden ein, was ihnen im Rahmen der nebenberuflichen Erwerbstätigkeit wichtig ist. Der Aspekt „Geld verdienen“ erreichte dabei mit 8,6 den höchsten Wert (vgl. Tabelle 5), immerhin rund 59% der Studierenden aus Nicht-Akademikerhaushalten, 56% der Studierenden aus Elternhäusern mit einem akademischen Elternteil und 54% der Studierenden mit zwei akademischen Elternteilen vergaben, gaben hier den Wert 10 und unterstrichen damit, dass ihnen Geld verdienen bei einem Job sehr wichtig ist. Damit zeigen sich nur geringfügige Unterschiede nach Bildungsherkunft, so zeigt sich auch anhand der Durchschnittswerte, dass den Studierenden ohne Elternteil mit Hochschulabschluss das Geld verdienen tendenziell etwas wichtiger (8,8) ist als denen, deren Elternhaus nur aus Akademikern besteht (8,4). Die Studierenden scheinen damit in Kauf zu nehmen, dass ihnen zeitliche Kapazitäten für das Studium fehlen bzw. nutzen freie Kapazitäten, die ihr Studium lässt. Die Schwierigkeiten, die mit der nebenberuflichen Erwerbstätigkeit einhergehen, wurden an anderer Stelle schon eingehend betrachtet. Die Studierenden sollten dabei auf einer elfstufigen Skala von 0 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 10 „stimme voll und ganz zu“ ihre Schwierigkeiten mit ihrem Job und die Auswirkungen auf das Studium einschätzen. Zumeist ist es die Freizeit, die der Arbeit weichen muss. Probleme mit den Anforderungen des Studiums und einer verlängerten Studienzeit werden weniger thematisiert. Auch in dieser Hinsicht unterscheiden sich

die Gruppen nach Elternhaus nur geringfügig. Tendenziell geben Studierende aus einem Elternhaus ohne Akademiker höhere Werte an als die Studierenden mit einem oder beiden Elternteile(n) als Akademiker. Bei der Frage nach einer verlängerten Studienzzeit unterscheiden sich die Werte zwischen den Gruppen nicht signifikant (kein Akademiker=5,2; ein Akademiker=4,9; beide Akademiker=5,1). Hinsichtlich verschlechterter Noten durch die Erwerbstätigkeit kann ein signifikanter Unterschied zwischen den Gruppen festgestellt werden ($p=0,013$). Studierende aus einem Elternhaus ohne Hochschulabschluss geben bei diesem Item einen durchschnittlichen Wert von 5,2 an, der sich sowohl von dem der Studierenden mit einem Elternteil mit Hochschulabschluss (4,6; $p=0,049$), als auch von dem der Studierenden mit zwei Akademikern im Elternhaus (4,5; $p=0,029$) zwar signifikant unterscheidet, aber mit nur geringer Effektstärke.

Es sollte nicht vergessen werden, dass sich durch die Erwerbstätigkeit teilweise erst das Studium ermöglichen lässt. Zudem kann durch eine nebenberufliche Tätigkeit auch das Humankapital steigen, da es zur Erleichterung des Einstiegs in die Berufstätigkeit genutzt werden kann (vgl. Mertens, 2013). Neben dem Verdienst sollten die Studierenden noch andere Aspekte der Erwerbstätigkeit beurteilen. „Etwas Neues zu lernen“ wurde mit einem durchschnittlichen Wert von 7,1 als zweiter wichtigster Aspekt benannt. Hier ist ein gegenläufiges Ergebnis im Vergleich zum „Geld verdienen“ zu erkennen. Studierende, deren Eltern beide Akademiker sind, schätzen diesen Aspekt tendenziell höher ein (7,3) als Studierende der anderen Gruppen (7,0) (vgl. Tabelle 5). Insgesamt am geringsten eingestuft wurde der Aspekt „durch diesen Job eine Arbeitsstelle nach dem Studium zu erhalten“ (4,8). Auch hier sind nur geringe Unterschiede zwischen den Gruppen zu erkennen.

Tabelle 6: Was ist den Studierenden bei ihrer nebenberuflichen Tätigkeit wichtig, nach Bildungsherkunft der Studierenden.

Was ist wichtig bei der Arbeit?		Kein Elternteil Akademiker	Ein Elternteil Akademiker	Beide Eltern Akademiker	Gesamt
...Geld zu verdienen	Mittelwert	8,8	8,6	8,5	8,6
	SD	1,9	2,2	2,1	2,1
	n	525	355	360	1434
...etwas Neues zu lernen	Mittelwert	7,0	7,0	7,3	7,1
	SD	2,8	2,5	2,6	2,7
	n	523	354	359	1430
...Praxiserfahrungen für die Zukunft zu sammeln	Mittelwert	6,9	6,8	7,2	7,0
	SD	3,3	3,3	3,0	3,2
	n	523	352	357	1428
...schnell Erlerntes in der Praxis anzuwenden	Mittelwert	6,2	5,9	6,2	6,1
	SD	3,2	3,2	3,1	3,2
	n	520	354	356	1425
...Kontakte für das spätere Berufsleben zu knüpfen	Mittelwert	6,1	5,7	6,2	6,0
	SD	3,3	3,3	3,3	3,3
	n	524	352	358	1428
...durch diesen Job eine Arbeitsstelle nach dem Studium zu erhalten	Mittelwert	4,8	4,5	4,9	4,8
	SD	3,6	3,7	3,6	3,7
	n	519	351	358	1417
...sonstiges	Mittelwert	2,3	2,4	2,6	2,4
	SD	3,3	3,4	3,6	3,4
	n	56	46	44	163

Erhoben auf einer Skala von 0 „gar nicht wichtig“ bis 10 „sehr wichtig“.

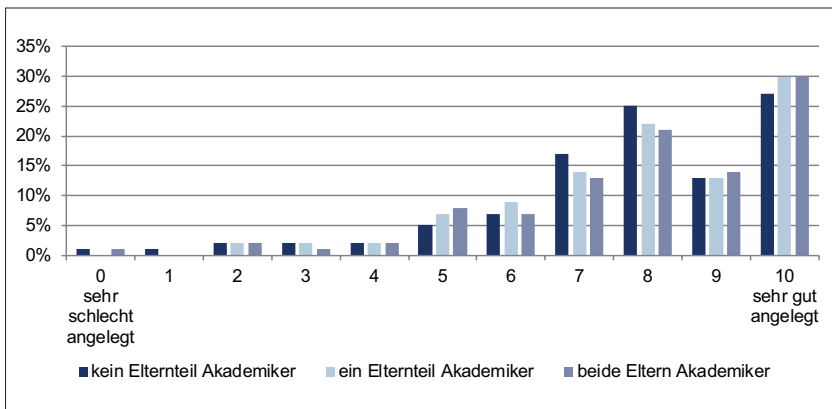
2.6 Wert des Studiums und Bildungsherkunft

Der Einschätzung der Studierenden nach ist das Geld, welches in ein Studium investiert wird, gut angelegt (vgl. Abbildung 6), da sie diese Frage auf einer elfstufigen Skala mit einem mittleren Wert von 7,9 einordnen. Unterschiede bezüglich der Bildungsherkunft auf die Einschätzung der Investition sind nicht auszumachen. Wie in den vorherigen Punkten kann kaum ein Unterschied beobachtet werden. Studierende mit einem oder beiden Elternteilen mit Hochschulabschluss bewerten die Investition mit 7,9 nahezu identisch mit Studierenden aus einem Elternhaus ohne Akademiker (7,8). Dass der Nutzen bzw. die Erträge des Studiums von den Studierenden gleich beurteilt werden,

konnten auch Bargel und Bargel (2012) feststellen. Die Bildungsmotivation, die nach den Überlegungen von Esser schichtspezifisch differiert, unterscheidet sich unter solchen, die eine Entscheidung zugunsten des Studiums getroffen haben, kaum.

Die Entscheidung nach dem Abitur einen weiteren Bildungsabschluss zu erlangen, wird durch die Humankapitaltheorie gestützt (Becker, 1993) und als rationale Investitionsentscheidung für die einzelne Person betrachtet. Zu erwarten sind höhere Bildungsrenditen, die sich je nach Studienfach unterscheiden. Der erzielte Abschluss und nicht die damit korrelierte Zahl der Bildungsjahre erscheinen bedeutsam. Gerade durch das Abschlusszertifikat macht der Absolvent somit seine Produktivitätseigenschaften für den Arbeitsmarkt im Sinne des oben angesprochenen Signalling erkennbar (vgl. Schubert et al., 2012). Neben den persönlichen Bildungsrenditen bestehen auch fiskalische Bildungsrenditen, die durch höhere Steuereinnahmen entstehen, die die Absolventen durch ihr erhöhtes Einkommen zahlen (ebd.). Es kann davon ausgegangen werden, dass Studierende so im Lebenszyklus ihre erhaltenen Bildungsleistungen mehr als zurückzahlen.

Abbildung 6: Einschätzung der Studierenden, ob das Geld, das in das Studium investiert wurde, gut angelegt sei, nach Bildungsherkunft.



Erhoben auf einer Skala von 0 „sehr schlecht angelegt“ bis 10 „sehr gut angelegt“ (n = 1.752).

Das Risiko, dass den Investitionen in das Studium am Ende kein Ertrag gegenübersteht, sollte bei der Analyse der Studierendendaten nicht vernachlässigt werden. Für Studierende aus einem Haushalt ohne Akademiker ist das Investitionsrisiko

höher als bei Studierenden aus anderen Elternhäusern, da davon ausgegangen werden kann, dass die Wahrscheinlichkeit des Studienerfolgs geringer ist (vgl. Esser, 1999). Um diese Überlegung zu überprüfen, sollen die Faktoren, die zu einem Abbruch des Studiums führen können, mit in die Betrachtung einfließen und entlang der Dreiteilung, kein, ein und beide Elternteile mit Hochschulabschluss, in ihrem Einfluss geprüft werden.

Einen möglichen Studienabbruch aufgrund Geldmangels schätzten die Studierenden auf einer elfstufigen Skala von 0 „sehr unwahrscheinlich“ bis 10 „sehr wahrscheinlich“ ein. Die Studierenden ohne Akademiker im Elternhaus geben mit einem durchschnittlichen Wert von 2,35 die höchsten Wahrscheinlichkeiten an, aufgrund von finanzieller Not ihr Studium nicht abschließen zu können. Studierende mit einem Elternteil mit einem Hochschulabschluss geben einen durchschnittlichen Wert von 1,63 an. Dieser Wert unterscheidet sich signifikant von dem Wert derer mit geringer Bildungsherkunft ($p=0,000$). Studierende aus einem Elternhaus mit zwei Akademikern schätzen die Wahrscheinlichkeit eines Studienabbruchs aufgrund finanzieller Schwierigkeiten mit einem Wert von 1,3 am geringsten ein, auch hier ist der Unterschied zur Gruppe ohne akademisches Elternhaus signifikant ($p=0,000$). Die durchschnittlichen Werte sind allgemein sehr gering, sodass festgehalten werden kann, dass die Studierenden insgesamt ein geringes Risiko dafür sehen, ihr Studium aufgrund von finanzieller Not beenden zu müssen. Somit unterstützen die Unterschiede die These von Esser (1999), wonach ein erhöhtes Investitionsrisiko in der Gruppe von Studierenden aus einem Elternhaus ohne Akademiker vorherrscht bzw. von den Betroffenen entsprechend bewertet wird.

Die Einbindung in die Hochschule und der gewählte Studienbereich, der Zugang zu Angeboten und die unterschiedliche Unterstützung zwecks Studienbewältigung sind nach Bargel und Bargel (2010) Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit an Universitäten. Welche Belastungen durch das Studium entstehen, sollten die Studierenden auf einer elfstufigen Skala von 0 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 10 „stimme voll und ganz zu“ beurteilen (vgl. Tabelle 6). Die Befragten konnten in diesem Fragekomplex auch die Antwortmöglichkeit „Kann ich nicht beurteilen“ auswählen, wodurch eine unterschiedliche Fallzahl je Item entsteht. Um zu prüfen, ob soziale Ungleichheit die Einschätzung von Belastungen während des Studiums beeinflusst, werden die Studierenden nach ihrer Bildungsherkunft getrennt betrachtet.

Die stärkste Zustimmung erreichte bei diesem Fragenblock das Item „Der Prüfungsstress ist im Studium sehr belastend“, mit einem durchschnittlichen Wert von 7,2. Dabei besteht ein geringer, signifikanter Unterschied zwischen den Gruppen

($p=0,008$). Studierende aus einem Elternhaus mit zwei Akademikern schätzen den Prüfungsstress weniger belastend ein als Studierende ohne Akademiker im Elternhaus ($p=0,005$). Studierende mit einem Elternteil mit Hochschulabschluss liegen mit einem Wert von 7,2 zwischen den beiden erstgenannten Gruppen (vgl. Tabelle 7) und unterscheiden sich nicht signifikant von diesen. Generelle Zustimmung erhält das Item „Das Studium hat höchste Priorität in meinem Leben“ mit einem Wert von 5,7, die Gruppen unterscheiden sich nur geringfügig und nicht signifikant. Obwohl die Priorität in allen Gruppen auf einem ähnlichen Niveau eingeschätzt wird, unterscheidet sich die Wahrnehmung bezüglich der zur Verfügung stehenden Freizeit. Die Zustimmung zu dem Item „Ich habe ausreichend viel Freizeit auch im Semester“ ist unter Studierenden aus einem Elternhaus ohne Akademiker am geringsten (4,1). Der Unterschied zu den anderen Gruppen ist dabei signifikant. Studierende mit einem Elternteil ($p=0,028$) und beiden Elternteilen mit Hochschulabschluss ($p=0,001$) geben signifikant höhere Werte der Zustimmung an. Mit der fehlenden Freizeit geht anscheinend auch der „Verzicht auf viele Dinge“ einher, da sich bei diesem Item ein ähnliches Bild zeigt. Studierende ohne Elternteil mit Hochschulabschluss verzichten signifikant häufiger auf Dinge, als Studierende mit zwei Akademikern als Eltern ($p=0,001$). Das von Bourdieu (1983) benannte soziale, kulturelle und ökonomische Kapital, das Akademikerkindern in höherem Maße zur Verfügung steht, hat auch unter den Studierenden der Universität Potsdam Einfluss auf die Bewältigung der Anforderungen innerhalb des Studiums. Anhand des Items 1 „Es gelingt mir, einen guten Ausgleich zwischen belastenden und erholsamen Tätigkeiten in meinem Leben zu erreichen“ und dem Item 2 „Ich bin zufrieden mit meiner Balance zwischen Studium und Freizeit“ lassen sich solche Tendenzen ablesen. Studierende ohne akademisches Elternhaus stimmen diesen Items in signifikant geringerem Maße zu als Studierende mit zwei Akademikern im Elternhaus (Item 1 $p=0,001$; Item 2 $p=0,000$), auch für die Gruppe mit einem Elternteil mit Hochschulabschluss sind die Werte signifikant geringer (Item 2 $p=0,010$).

Dass die Bildungsherkunft einen Einfluss auf den Umgang mit den Anforderungen des Studiums ausübt, konnte anhand der Daten aufgezeigt werden. Die Studierenden mit einem oder beiden Elternteilen unterscheiden sich untereinander kaum. Hinsichtlich der Gruppe der Studierenden ohne Akademiker im Elternhaus treten jedoch bei mehreren Items signifikante Unterschiede auf. Die Abweichungen in den Mittelwerten sind nicht stark, aber bestätigen tendenziell die getroffenen theoretischen Annahmen (vgl. Bargel & Bargel, 2010; Esser, 1999; Bourdieu, 1983).

Tabelle 7: Belastungen durch das Studium nach Bildungsherkunft.

Belastung durch das Studium		Kein Elternteil Akademiker	Ein Elternteil Akademiker	Beide Eltern Akademiker	Gesamt
Der Prüfungsstress ist im Studium sehr belastend.	Mittelwert	7,4 ^{kb}	7,2	7,0	7,2
	SD	2,5	2,6	2,7	2,6
	n	745	467	499	1919
Ich habe ausreichend viel Freizeit auch im Semester.	Mittelwert	4,1 ^{eb}	4,5	4,7	4,4
	SD	2,9	3,0	3,1	3,0
	n	755	477	515	1958
Die vorlesungsfreie Zeit nutze ich immer, um für mein Studium zu lernen.	Mittelwert	4,6 ^{kb}	4,3	4,0	4,4
	SD	3,1	3,2	3,1	3,1
	n	738	470	499	1908
Ich studiere möglichst schnell, um danach rasch Geld zu verdienen.	Mittelwert	4,0	3,8	3,7	3,9
	SD	3,3	3,3	3,2	3,2
	n	747	466	503	1915
Aktuell verzichte ich auf viele Dinge, um mein Studium schnell abzuschließen.	Mittelwert	4,9 ^{kb}	4,6	4,2	4,7
	SD	3,4	3,3	3,2	3,3
	n	746	471	502	1919
In erster Linie studiere ich, weil es mir Freude macht.	Mittelwert	6,0	6,1	6,1	6,1
	SD	2,8	2,8	2,8	2,8
	n	753	473	514	1954
Es gelingt mir, einen guten Ausgleich zwischen belastenden und erholsamen Tätigkeiten in meinem Leben zu erreichen.	Mittelwert	5,1 ^{kb}	5,5	5,7	5,4
	SD	2,7	2,8	2,7	2,8
	n	758	474	512	1954
Mir ist es wichtig, jetzt gut zu leben, wie es in Zukunft ist, werde ich dann sehen.	Mittelwert	4,6	4,9	4,9	4,7
	SD	3,0	3,0	3,1	3,0
	n	746	465	504	1916
Mein Studium hat höchste Priorität in meinem Leben.	Mittelwert	5,7	5,8	5,6	5,7
	SD	2,8	2,7	2,7	2,8
	n	761	476	513	1957
Ich bin zufrieden mit meiner Balance zwischen Studium und Freizeit.	Mittelwert	4,6 ^{eb}	5,1	5,3	4,9
	SD	2,9	3,0	2,8	2,9
	n	757	476	513	1957
Die Motivation meiner Kommilitonen, ihr Studium schnell und gut zu beenden, ist sehr hoch.	Mittelwert	5,8	5,7	5,8	5,7
	SD	2,7	2,6	2,8	2,8
	n	667	425	456	1731
Die Studenzeit ist die schönste Zeit im Leben.	Mittelwert	5,6	5,5	5,9	5,6
	SD	3,1	3,1	3,0	3,1
	n	682	421	447	1727

^{kb} $p < 0,05$ in Bezug auf Gruppe „beide Eltern Akademiker“, ^{eb} $p < 0,05$ in Bezug auf Gruppen „ein Elternteil Akademiker“ und „beide Eltern Akademiker“.

Erhoben auf einer Skala von 0 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 10 „stimme voll und ganz zu“.

3 Fazit

Die Chancen im heutigen Bildungssystem sind beeinflusst von der sozialen Herkunft, obwohl mehr Bildungsaufsteiger zu verzeichnen sind als noch vor einigen Jahren. Die Bildungsentscheidung ist geprägt vom Risiko des Statusverlustes, der Wahrscheinlichkeit des Ertrages bzw. vom Investitionsrisiko. Studierenden aus bildungsferneren Schichten steht als persönliche Ressource weniger soziales und ökonomisches Kapital zur Verfügung als dies für Studierende mit einem akademischen Elternhaus der Fall ist. Die Einschätzung, das Studium aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln abbrechen zu müssen, ist unter Studierenden der Universität Potsdam, die aus einem Elternhaus ohne Akademiker stammen, zwar höher ausgeprägt, wird aber von allen Studierenden insgesamt als eher unwahrscheinlich eingeschätzt.

Schwierigkeiten im Studium werden eher von Nicht-Akademikerkindern berichtet, was bedeutet, dass die im Studium zwangsläufig vielfach auftretenden Krisen in unterschiedlicher Schärfe und damit mit unterschiedlicher Belastungsintensität wahrgenommen werden. Studierende ohne höhere Bildungsherkunft arbeiten neben dem Studium tendenziell mehr Stunden pro Woche als ihre Kommilitonen und sehen im Rahmen der Arbeit in höherem Maße den finanziellen Ertrag als entscheidend an. Den negativen Einfluss auf Studiendauer und Abschlussnote, den die Erwerbstätigkeit auf das Studium nimmt, schätzen sie stärker ein als Studierende ohne höhere Bildungsherkunft, wobei der Unterschied relativ gering ist.

Die Investition in das Studium wird von allen Studierenden positiv beurteilt, es ergeben sich keine signifikanten Unterschiede bei der Betrachtung des Nutzens bzw. Ertrags des Studiums zwischen Studierenden mit oder ohne Akademiker im Elternhaus. Alles in allem liegt die Universität Potsdam hinsichtlich der Bildungsherkunft der Studierenden über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Studierende, die von außerhalb Berlin-Brandenburgs kommen, bewirken diesen Effekt, da diese Studierenden zu einem höheren Anteil aus einem akademischen Elternhaus stammen als dies für Studierende aus Berlin oder Brandenburg der Fall ist. Den Landeskindern bietet die Universität somit die Chance auf einen Bildungsaufstieg und ermöglicht dem Bundesland damit im länderübergreifenden Vergleich eine Verbesserung in der Akademikerquote.

4 Literatur

- Arrow, K. (1962). Economic welfare and the allocation of resources for invention. In: Universities-National Bureau Committee for Economic Research, Committee on Economic Growth of the Social Science Research Council (Hrsg.). *The rate and direction of inventive activity: Economic and social factors* (S. 609–626). Princeton University Press.
- Bargel, H. & Bargel, T. (2012). Ungleichheiten und Benachteiligungen im Hochschulstudium aufgrund der sozialen Herkunft der Studierenden (S. 113–141). In: Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.). *Expertisen für die Hochschule der Zukunft. Demokratische und soziale Hochschule*. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt.
- Becker, G. S. (1993). *Human Capital. A theoretical and empirical analysis with special reference to education*, 3rd ed. Chicago: The University of Chicago Press.
- Becker, G. S., & Chiswick, B. R. (1966). Education and the distribution of earnings. *The American Economic Review*, 56(1/2), S. 358–369.
- Becker, R. (2000). Bildungsexpansion und Bildungsbeteiligung. Oder: Warum immer mehr Schulpflichtige das Gymnasium besuchen. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 3, S. 447–479.
- Blossfeld, H.-P. (1993). Changes in educational opportunities in the Federal Republic of Germany. A Longitudinal study of cohorts born between 1916 and 1965. In: *Persistent Inequality*, von Hans-Peter Blossfeld und Yossi Shavit, S. 51–74. Boulder: Westview Press.
- Boudon, R. (1974). „Basic mechanisms generating inequality of educational opportunity.“ In: *Education, opportunity and social inequality: Changing prospects in western society*, von Roumond Boudon, S. 21–39. John Wiley & Sons Inc.
- Bourdieu, P. (1983). Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, R.: *Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt*, Sonderband 2, S. 183–198.
- Bourdieu, P. (1988). *Homo academicus* (französ. 1984). Suhrkamp-Verlag, Frankfurt a. M.
- Bourdieu, P. & Passeron, J.-C. (1971). *Die Illusion der Chancengleichheit : Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs*. Stuttgart: Klett.

- Braun, N. & Gautschi, T. (2011). *Rational-Choice-Theorie*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Carnap, R. von & Edding, F. (1962). *Der relative Schulbesuch in den Ländern der Bundesrepublik 1952–1960*. Frankfurt am Main: Hochschule für Internationale Pädagogik.
- Dahrendorf, R. (1965). *Arbeiterkinder an deutschen Universitäten*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Esser, H. (1999). *Soziologie Spezielle Grundlagen*. Band 1: Situationslogik und Handeln. Frankfurt/New York: Campus.
- Esser, H. (2001). *Soziologie Spezielle Grundlagen*. Band 6: Sinn und Kultur, Frankfurt/New York: Campus.
- Erikson, R. & Jonsson, J. O. (1999). Explaining class inequality: The Swedish test case. In: *Can Education be equalized? The Swedish case in comparative perspective*, von Robert Erikson und Jan O. Jonsson, Boulder: Westview Press, S. 1–63.
- Fröhlich, D. (1974). Arbeit, Beruf und Bildungsverhalten. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*. 7, 4, S. 315–329.
- Groot, W. & Oosterbeek, H. (1994). Earnings Effects of different components of schooling: Human Capital versus screening. *The Review of Economics and Statistics* 76, S. 317–321.
- Kroneberg, C. (2005). Die Definition der Situation und die variable Rationalität der Akteure. Ein allgemeines Modell des Handelns. *Zeitschrift für Soziologie*, 34, 5, S. 344–363.
- Kroneberg, C., Stocké, V. & Yaish, M. (2006). Norms or rationality? The rescue of Jews, electoral participation, and educational decisions. Sonderforschungsbereich 504, Working Paper 06–09. Mannheim: University of Mannheim.
- Layard, R., & Psacharopoulos, G. (1974). The screening hypothesis and the returns to education. *Journal of political economy*, 82(5), S. 985–998.
- Mertens, A. (2013). Studium und Erwerbstätigkeit. Beiträge zur Hochschulforschung, 4, S. 34–53.
- Mincer, J. (1974): *Schooling, experience and earnings*. NBER. New York.

- Schubert, T., Baier, E., Hufnagl, M., Meyer, N., Schricke, E., & Stahlecker, T. (2012). *Endbericht zur Metastudie Wirtschaftsfaktor Hochschule*. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Fraunhofer ISI. Online verfügbar unter: http://www.stifterverband.de/pdf/wirtschaftsfaktor_hochschule.pdf, Zugriff am 06.01.2016.
- Sewell, W., & Haller, A., & Portes, A. (1969). The educational and early occupational attainment process. *American sociological review* (34) 1, S. 82–92.
- Spence, M. (1974). Competitive and optimal responses to signals: An analysis of efficiency and distribution. *Journal of Economic theory*, 7(3), S. 296–332.
- Stocké, V. (2009). Adaptivität oder Konformität? Die Bedeutung der Bezugsgruppe und der Leistungsrealität der Kinder für die Entwicklung elterlicher Bildungsaspirationen am Ende der Grundschulzeit. In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, Sonderheft 12 Bildungsentscheidungen, S. 257–281.

Eike Emrich, Freya Gassmann und Konstantin Herrmann

8 Die wirtschaftliche Lage und die Beschäftigungssituation der Studierenden an der Universität Potsdam

Gliederung

1	Einleitung und theoretischer Hintergrund	269
2	Analyse der Erwerbserfahrungen der Studierenden.....	271
	2.1 Nebenberufliche Tätigkeiten	271
	2.2 Praktika im Studium.....	279
	2.3 Betrachtung der wirtschaftlichen Lage der Studierenden	282
	2.4 Operationalisierung von Einnahmen und Ausgaben	282
	2.5 Einnahmen und Ausgaben der Studierenden der Universität Potsdam	283
3	Fazit.....	292
4	Literatur.....	294

1 Einleitung und theoretischer Hintergrund¹

Studentische Entscheidungen für die Aufnahme eines Studiums und die Finanzierung dieser Entscheidung können in die ökonomischen Überlegungen zum Lebenszyklusmodell, welches die Forschung zu intertemporalen Allokationsentscheidungen entscheidend geprägt hat, eingebettet werden. Bildung, Erwerbstätigkeit und Verrentung werden so in eine idealtypische Abfolge gestellt.

1 Die folgenden theoretischen Ausarbeitungen lehnen sich inhaltlich an dem Kapitel „Die wirtschaftliche Lage und die Beschäftigungssituation saarländischer Studierender: Bildungsinvestitionen und Konsumverhalten der Studierenden“ von Gassmann, Emrich und Meyer (2013) an, wurden jedoch in einigen Punkten erweitert, in anderen überarbeitet.

Während die permanente Einkommenshypothese von Friedman von einem quasi unendlichen Zeithorizont ausgeht, teilt die Lebenszyklustheorie die Lebenszeit in drei Abschnitte – „Verschuldung, Tilgung/Sparen und Entsparen“ (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, 2010, S. 16). Die im Ideal völlig gleichmäßigen Konsumausgaben ergeben Spar- und Entsparvorgänge, wodurch es nach der strengen Lebenszyklustheorie zu einer Kreditaufnahme am Lebensanfang, darauffolgend zu einer langen Phase der Ersparnis und mit Eintritt in die Rente zu einem Entsparen kommt (Börsch-Suspan & Essig, 2002). Demgemäß verteilen die Individuen ihren durch ihre Budgetrestriktion begrenzten Konsum so, dass die Summe der mit der konstanten Zeitpräferenz diskontierten Periodennutzen (=Lebensnutzen) maximiert wird (Normann & Langer, 2002).

Die Humankapitaltheorie, die sich inhaltlich an das Lebenszyklusmodell anschließt, geht davon aus, dass es durch die Investition in Humankapital (z. B. durch ein Studium) gewöhnlich in der Phase des Verschuldens (man denke an Bafögkredite, Kredite zur Zahlung von Studiengebühren oder die Investition der Eltern) im späteren Zeitverlauf zu einer tatsächlichen, lebenszykluswirksamen Produktivitätssteigerung kommt, die sich durch ein im Verhältnis höheres Einkommen zeigt, die in der Gesamtsumme des Gehalts über die Lebensjahre hinweg zu einer höheren Entlohnung führt (Becker, 1993; zu Renditen von Humankapital vgl. Psacharopoulos & Patrinos, 2004).

Gegen diesen angenommenen Zusammenhang werden vor allem zwei Kritikpunkte vorgebracht: Die „Ability-Hypothese“ und die sogenannte „sorting hypothesis“, wobei hier nur auf letztere näher eingegangen wird. Während die Ability-Hypothese davon ausgeht, dass es letztlich nur auf Talent und Begabung im Arbeitsmarkt ankommt und davon die Erträge abhängen, geht die sorting-hypothese davon aus, dass die „Bildung“ eines Individuum extern eine hohe Produktivität signalisiert und damit auf die durch Bildung erworbenen, nicht direkt sichtbaren Qualitäten und Kompetenzen hinweist, aber nicht die Produktivität per se steigert (Brown & Sessions, 2004). Unabhängig davon, ob Bildung nun Mittel oder Zweck ist, scheint nach Brown und Sessions (2004, S. 59) diese Frage auf individueller Ebene redundant: „Regardless of whether schooling sorts or augments productivity, it certainly enhances lifetime earnings and, as such, represents a good investment for individual workers. Whether or not schooling is a good investment for society is less clear.“

Damit sind Investitionen in Humankapital, in Form von Bildung, ihrer Struktur nach grundsätzlich auf die Zukunft gerichtete Investitionen (vgl. dazu auch Kapitel 7). Wie sich Erwerbserfahrungen konkret auf das zukünftige Gehalt der Studierenden auswirken, kann an dieser Stelle nicht untersucht werden. Im Folgenden soll jedoch betrachtet werden, in welcher Art und Weise die Studierenden am Arbeitsmarkt durch nebenberufliche Tätigkeiten und Praktika partizipieren und wie sie so in ihre Erwerbserfahrung, also ihr spezifisches Humankapital, investieren. Danach soll die wirtschaftliche Lage der Studierenden untersucht werden. Die absolute Vielzahl der Studierenden befindet sich nach der Lebenszyklusthese während ihres Studium in der Phase der Verschuldung und Investition in ihr Humankapital, das daraus resultierende Finanzverhalten soll dann im späteren Verlauf des Kapitels beschrieben werden.

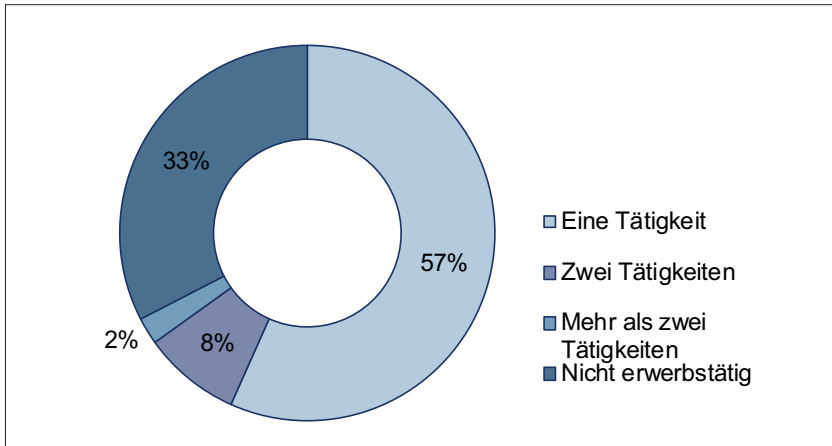
2 Analyse der Erwerbserfahrungen der Studierenden

In diesem Kapitel werden die Berufstätigkeit und die Durchführung von Praktika seitens der Studierenden dargestellt. Dabei stehen Motive und Organisation, danach die wirtschaftliche Lage der Studierenden im Fokus der Betrachtung.

2.1 Nebenberufliche Tätigkeiten

Zwei Drittel der befragten Studierenden geben an, neben dem Studium einer bezahlten Erwerbstätigkeit nachzugehen. Im Einzelnen gehen 57 % der Studierenden einer Tätigkeit nach, 8 % arbeiten neben dem Studium in zwei verschiedenen nebenberuflichen Tätigkeiten und 2 % in mehr als zwei (vgl. Abbildung 1). Etwa 33 % der Studierenden arbeiten nicht neben dem Studium, diese leben größtenteils bei ihren Eltern.²

2 Es zeigt sich dabei, dass Kosten für die Miete oder Nahrungsmittel zu hohen Anteilen von Dritten übernommen werden. 70 % derer, die bei den Eltern wohnen, sind nicht an den Mietkosten beteiligt und 40 % aus dieser Gruppe müssen nicht selbst für Versorgung mit Nahrungsmitteln aufkommen. Wenn die Studierenden mit ihrer eigenen Familie zusammenleben, dann übernimmt bei mehr als einem Viertel ein Dritter die Mietkosten.

Abbildung 1: Anzahl der Tätigkeiten neben dem Studium (n=2.112).

In der nebenberuflichen Tätigkeit arbeiten die Studierenden im Mittel etwa 15 Stunden in der Woche neben ihrem Studium. Ein Viertel davon arbeitet neun Stunden oder weniger, 50% arbeiten bis zu zwölf Stunden (vgl. Tabelle 1) und 14% der befragten Studierenden geben an, neben ihrem Studium mehr als 20 Stunden, als also mehr als halbtags, in der Woche zu arbeiten. Die Verteilung der geleisteten Wochenstunden in der nebenberuflichen Tätigkeit ist damit rechtsschief.

Tabelle 1: Arbeitsstunden in der nebenberuflichen Tätigkeit.

	n	Mittelwert	SD	Modus	1. Quartil	Median	3. Quartil
Arbeitsstunden	1381	15,1	11,0	10	9	12	20

Um die Einflussfaktoren festzustellen, die damit in Zusammenhang stehen, in welchem Studierende erwerbstätig sind, wurde eine lineare Regression auf die abhängige Variable Arbeitsstunden pro Woche gerechnet (vgl. Tabelle 2). Integriert wurden die bivariate Variable Geschlecht, das Lebensalter in Jahren, die Bildungsherkunft, der Wohnort, die Anzahl der Hochschulsemeister, die kategoriale Variable der Fakultätszugehörigkeit sowie die Abschlussart und Einschätzung der Studierenden zur Vereinbarkeit von Studium und Job. Die Variablen wurden nacheinander dem Modell hinzugefügt, um so die Veränderungen im Erklärungswert beobachten zu können.

Modell 1 enthält zunächst Eigenschaften der Studierenden, es zeigt sich, dass das Geschlecht keinen Einfluss auf die Zahl der Arbeitsstunden hat, männliche und weibliche Studierende arbeiten in gleichem Maße neben dem Studium. Bezüglich des Alters lässt sich hingegen ein signifikanter Effekt beobachten. Mit zunehmendem Alter steigt die Anzahl der Arbeitsstunden an. Die Bildungsherkunft hat ebenfalls einen Einfluss auf den Umfang der Erwerbstätigkeit, Studierende mit einem Elternteil mit Hochschulabschluss arbeiten signifikant weniger als Studierende ohne hohe Bildungsherkunft. Interessanterweise arbeiten Studierende, deren Elternteile beide Akademiker sind, nicht weniger Stunden als Studierende aus Elternhäusern ohne akademische Bildung. Der Wohnort hat keinen signifikanten Einfluss auf die Arbeitszeit. Dieses Modell mit den beiden signifikanten Variablen Alter und Bildungsherkunft kann rund 15% der Unterschiede im Umfang der Erwerbstätigkeit erklären.

In das zweite Modell wurden zusätzlich die Fakultätszugehörigkeit und die Art des angestrebten Abschlusses integriert. Als Referenzkategorie wurden die Studierenden der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät ausgewählt. Zwischen den Studierenden der Juristischen Fakultät und denen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät gibt es keinen signifikanten Unterschied. Hingegen arbeiten Studierende der Philosophischen Fakultät, der Humanwissenschaftlichen Fakultät und der Mathematisch- und Naturwissenschaftlichen Fakultät signifikant weniger als Studierende der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät.

Der angestrebte Abschluss hat ebenfalls einen Einfluss auf die Arbeitszeit. Masterstudierende, arbeiten im Schnitt etwa eine Stunde weniger als Bachelorstudierende, Magisterstudierende und Promotionsstudierende dagegen deutlich mehr als Bachelorstudierende, im Schnitt sind es jeweils über elf Stunden pro Woche. Neben der Art des Abschlusses hat auch die Anzahl der Semester einen Einfluss, Studierende höheren Semesters arbeiten in der Regel etwas mehr.

Modell 3 enthält zusätzlich noch die Angaben der Studierenden zur Vereinbarkeit von Studium und Job. Studierende die Probleme mit der Vereinbarkeit von Studium und Job haben, arbeiten im Schnitt etwa drei Stunden mehr pro Woche als Studierende, die keine Probleme angeben. Das Modell erklärt etwa ein Drittel der Unterschiede in der Anzahl der Stunden, die die Studierenden in der Woche neben ihrem Studium arbeiten.

Tabelle 2: Lineares Regressionsmodell der Arbeitszeit der Studierenden in ihrer nebenberuflichen Tätigkeit.

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Geschlecht			
weiblich	Ref.	Ref.	Ref.
männlich	0,0591 (0,10)	-0,636 (-1,05)	-0,381 (-0,65)
Alter in Jahren	0,858*** (12,04)	0,653*** (8,42)	0,570*** (7,46)
Bildungsherkunft			
Kein Elternteil Akademiker	Ref.	Ref.	Ref.
Ein Elternteil Akademiker	-1,525* (-2,14)	-2,318*** (-3,42)	-2,027** (-3,08)
Beide Eltern Akademiker	-0,0906 (-0,13)	-0,477 (-0,71)	-0,220 (-0,34)
Wohnort			
Potsdam	Ref.	Ref.	Ref.
Berlin	-0,0817 (-0,13)	0,293 (0,49)	-0,0596 (-0,10)
Anderer	0,198 (0,19)	0,513 (0,51)	0,0551 (0,06)
Fachsemester		0,204* (2,41)	0,199* (2,42)
Fakultät			
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät		Ref.	Ref.
Juristische Fakultät		2,748 (0,79)	2,118 (0,63)
Philosophische Fakultät		-3,337*** (-4,12)	-3,244*** (-4,11)
Humanwissenschaftliche Fakultät		-2,846*** (-3,37)	-2,772*** (-3,36)
Mathematisch- und Naturwissenschaftliche Fakultät		-3,363*** (-4,03)	-3,335*** (-4,12)
Andere		-5,661 (-1,41)	-4,521 (-1,15)
Hasso-Plattner-Institut		-1,861 (-1,09)	-1,721 (-1,04)
Angestrebter Abschluss			
Bachelor		Ref.	Ref.
Master		-1,416* (-2,37)	-1,020+ (-1,75)
Diplom		-4,052 (-1,47)	-3,788 (-1,42)



Magister		10,73**	11,08**
		(2,81)	(2,99)
Promotion		12,01***	12,58***
		(8,94)	(9,60)
Staatsexamen		-4,625	-3,605
		(-1,42)	(-1,13)
<hr/>			
Vereinbarkeit Studium Arbeit			
Ja, meistens schon.			Ref.
Manchmal ja und manchmal nein.			2,389***
			(3,82)
Nein, meistens nicht.			3,080**
			(2,91)
Wenn ich nicht arbeiten würde, dann hätte ich bessere Noten.			0,286***
			(3,47)
<hr/>			
Konstante	-7,456***	-0,556	-1,446
	(-3,91)	(-0,28)	(-0,74)
<hr/>			
N	842	825	825
R ²	0,159	0,284	0,328
Adjusted R ²	0,153	0,268	0,311
<hr/>			

t-Test in Klammern, + $p < 0,10$, * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$

Das Ausmaß der Erwerbstätigkeit hängt damit insgesamt vom Alter, der Bildungsherkunft, dem Studienfach, dem Abschluss sowie der Beurteilung der Vereinbarkeit von Studium und Job ab: ältere Studierende, Studierende mit geringer Bildungsherkunft und aus einem Elternhaus, in dem beide Elternteile einen Hochschulabschluss haben, Studierende der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, Bachelorstudierende sowie jene, die angeben Probleme bei der Vereinbarkeit von Studium und Job zu haben, arbeiten im Durchschnitt mehr als ihre Kommilitonen.

Die Arbeitszeit der Studierenden teilt sich insgesamt unterschiedlich auf die Woche auf, zwei Drittel der Studierenden gehen ihrer Tätigkeit mehrmals in der Woche nach. Lediglich 9% der Befragten arbeiten täglich, nur an einen Tag in der Woche arbeiten 15% der Studierenden (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Häufigkeit der Tätigkeiten neben dem Studium.

	absolute Häufigkeit	relative Häufigkeit
täglich	138	9,6 %
mehrmals in der Woche	954	66,1 %
einmal in der Woche	218	15,1 %
ein bis dreimal im Monat	95	6,6 %
seltener	39	2,7 %
Gesamt	1.444	100,0 %

In den meisten Fällen gehen die erwerbstätigen Studierenden (70,2%) ihrer Arbeit sowohl während der Vorlesungszeit als auch in der vorlesungsfreien Zeit nach und arbeiten damit unabhängig von den Belastungen im Studium, wobei möglicherweise der Umfang der Erwerbstätigkeit in den unterschiedlichen Zeiträumen differiert. Rund 12% arbeiten durchgängig während der Vorlesungszeit und etwa genauso viele nur phasenweise während der beiden Zeiträume (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Regelmäßigkeit der nebenberuflichen Tätigkeit in und außerhalb der Semesterzeiten.

Phase	absolute Häufigkeit	relative Häufigkeit
Durchgängig während der Vorlesungszeit und vorlesungsfreien Zeit	995	70,2 %
Durchgängig während der Vorlesungszeit	165	11,6 %
Durchgängig während der vorlesungsfreien Zeit	80	5,6 %
Phasenweise während der Vorlesungszeit und vorlesungsfreien Zeit	177	12,5 %
Gesamt	1.417	100,0 %

Auf welchem Weg die Studierenden zu ihrer Erwerbstätigkeit während des Studiums kommen, wurde ebenfalls erhoben. Etwa ein Drittel der erwerbstätigen Studierenden findet ihre Stelle über eine Bewerbung auf eine Stellenanzeige. Jeweils ein Fünftel bewirbt sich initiativ oder nutzt ein soziales Netzwerk und bekommt einen Job über Freunde und Bekannte. 12% geben an, über Professoren oder Dozenten zu einer Anstellung gekommen zu sein und bei 7% der Befragten führen Kontakte über die Eltern und die Familie zu einer Tätigkeit (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Zugang zur nebenberuflichen Tätigkeit (Mehrfachantworten möglich).

Zugang zur Tätigkeit	absolute Häufigkeit	% der Befragten (n = 1.557)	% der Antworten
Bewerbung auf Ausschreibung	537	35 %	33 %
Initiativbewerbung	326	21 %	20 %
Persönliche Kontakte über Freunde und Bekannte	326	21 %	20 %
Kontakte über Professoren und Dozenten	194	13 %	12 %
Persönliche Kontakte über die Eltern und Familie	118	8 %	7 %
Sonstiges	148	10 %	9 %
Gesamt	1.649		100 %

Welchen Stellenwert verschiedene Faktoren für die Arbeit der Studierenden der Universität Potsdam haben, wurde auf einer elfstufigen Skala von 0 „gar nicht wichtig“ bis 10 „sehr wichtig“ abgefragt. Die Antwort „Geld zu verdienen“, hat mit einem Wert von 8,6 die höchste Bedeutung für die Studierenden, darauf folgen „etwas Neues lernen“ (7,1) und „Praxiserfahrungen für die Zukunft zu sammeln“ (7,0). Die nebenberufliche Tätigkeit als Möglichkeit, um „Kontakte für das spätere Berufsleben zu knüpfen“ sehen die Studierenden für sich persönlich als weniger bedeutsam an (6,0). Die geringste Zustimmung (4,8) erhält der Faktor „eine Arbeitsstelle nach meinem Studium finden“ (vgl. Tabelle 6). Hier zeigt sich, dass für Studierende das Geld der entscheidende Faktor für die Aufnahme einer nebenberuflichen Tätigkeit ist und nicht die Aussicht auf eine Anstellung nach Beendigung des Studiums, wobei Studierende höheren Semesters sowie Masterstudierende im Vergleich zu Bachelorstudierenden hier tendenziell höhere Werte angeben.

Tabelle 6: Was ist den Studierenden wichtig bei der Arbeit.

Faktoren	n	Mittelwert	Standard- abweichung	Median	Minimum	Maximum
Geld zu verdienen	1.434	8,6	2,1	10	0	10
etwas Neues zu lernen	1.430	7,1	2,7	8	0	10
Praxiserfahrungen für die Zukunft zu sammeln	1.428	7,0	3,2	8	0	10
Erlertes schnell in der Praxis anzuwenden	1.425	6,1	3,2	7	0	10
Kontakte für das spätere Berufsleben zu knüpfen	1.428	6,0	3,3	7	0	10
eine Arbeitsstelle nach meinem Studium zu finden	1.417	4,8	3,7	5	0	10

Tabelle 7 zeigt die Ergebnisse zur Einschätzung des Verhältnisses von Arbeit, Studium und Freizeit. Die Studierenden wurden gebeten, sieben Aussagen auf einer elfstufigen Skala zwischen 0 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 10 „stimme voll und ganz zu“ zu bewerten. Die stärkste Zustimmung erhielt die Aussage „Wenn ich nicht arbeiten würde, dann hätte ich mehr Freizeit“ (8,2). Der Job nimmt den Studierenden zwar die Zeit für Freizeitaktivitäten, scheint aber weniger Einfluss auf ihre Studiendauer und Studienleistung zu haben. Sowohl die Annahme, dass man ohne Arbeit das Studium schneller abschließen würde (5,1), als auch die Annahme, bessere Noten zu erhalten ohne die Belastung des Jobs (4,8), finden geringere Zustimmungswerte. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich die Studierenden durch ihre nebenberufliche Tätigkeit überfordert fühlen, da für diese Aussage die stärkste Ablehnung zu verzeichnen ist (1,8). Generell haben die Studierenden mehrheitlich anscheinend das passende Verhältnis von Arbeit und Studium für sich gefunden.

Bei manchen ergeben sich jedoch, wie in der linearen Regression in Kapitel 6 zu erkennen, Schwierigkeiten mit den Leistungsanforderungen im Studium, sodass jene Studierende, die Probleme mit der Vereinbarkeit von Tätigkeit und Studium haben, auch eher nicht mit den Leistungsanforderungen zurechtkommen.

Tabelle 7: Einschätzungen zum Verhältnis von beruflicher Tätigkeit, Studium und Freizeit (Skala von 0 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 10 „stimme voll und ganz zu“).

Faktoren	n	Mittelwert	Standard- abweichung	Median	Minimum	Maximum
Wenn ich nicht arbeiten würde, dann hätte ich mehr Freizeit.	1.389	8,2	2,6	10	0	10
Wenn ich in meinem Job mehr arbeiten würde, bräuchte ich länger für mein Studium.	1.315	6,6	3,6	8	0	10
Wenn ich in meinem Job mehr arbeiten würde, wären meine Noten schlechter.	1.248	6,0	3,5	7	0	10
Wenn ich nicht arbeiten würde, dann würde ich mein Studium schneller abschließen.	1.339	5,1	4,1	5	0	10
Wenn ich nicht arbeiten würde, dann hätte ich bessere Noten.	1.281	4,8	3,7	5	0	10
Mein Job hat die höchste Priorität in meinem Leben.	1.385	1,8	2,5	1	0	10
Mein/meine Jobs überfordert/n mich.	1.377	1,8	2,5	1	0	10

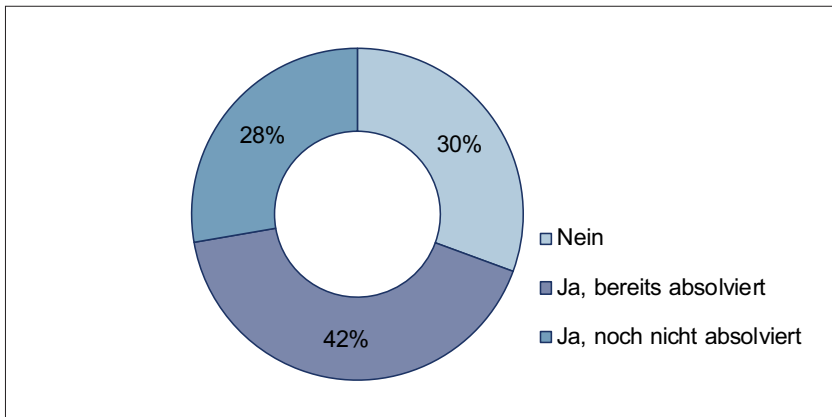
2.2 Praktika im Studium

Ein anderes Verhältnis von Theorie und Praxis in der inhaltlichen Ausrichtung des Studiums wird am häufigsten von Vertretern aus der Wirtschaft angemahnt, insbesondere wird gefordert, „*dass Praxisbezug ein Stück weit für ein Bachelorstudium an einer Universität auch zwingend erforderlich ist*“. Der Universität wird unterstellt, sie bilde Theoretiker aus, die zu weit weg sind von der Praxis. Fachhochschulen hätten eine „praktisch orientierte Ausbildung“ und die Absolventen können „*sehr schnell auch praktische Themen in der Produktion und Fertigung*“ (V2) angehen.

Dem steht entgegen, dass 70% der Studierenden angeben, dass in ihrem derzeitigen Studiengang ein verpflichtendes Praktikum Bestandteil der Prüfungsanforderungen sei (vgl. Abbildung 2). Nach der Bologna-Reform müssen im Grunde fast alle

Studierenden ein verpflichtendes Praktikum absolvieren, daher ist die Zahl von lediglich 70% eigentlich zu gering. Studierende, die angeben, kein Pflichtpraktikum besuchen zu müssen, waren vor allem in den Bachelorstudiengängen zu finden und studierten erst in den ersten Semestern. Daher ist davon auszugehen, dass auch die 30%, die zum Befragungszeitpunkt noch keine Aussagen zu einem Praktikum machten, während ihres Studiums noch ein Pflichtpraktikum absolvieren werden. Die Studierenden kommen in den meisten Fällen durch eine erfolgreiche Bewerbung (36%) oder durch Zuweisung seitens der Uni bzw. des Fachgebietes (22%) in ihre Praktikumsseinrichtung.

Abbildung 2: Pflichtpraktikum im Studium (n=2.010).



Die Bedeutung von Praktika für die spätere Aufnahme einer Erwerbstätigkeit für den Eintritt in den Arbeitsmarkt wurde in arbeits- und organisationspsychologischen Untersuchungen aufgezeigt, demnach zählten „Praktika bei renommierten Unternehmen“ zu einem der wichtigsten Kriterien bei der Bewertung der Bewerbungsunterlagen (Stock, 2006, S. 27). Eine der Erwartungen an die Durchführung von Praktika beruht auf der Annahme, dass sich Schlüsselkompetenzen verbessern, daher wurden die Studierenden angelehnt an den europäischen Referenzrahmen (Generaldirektion Bildung und Kultur, 2006) gefragt, ob sich Schlüsselkompetenzen verbessert haben und wenn ja welche.

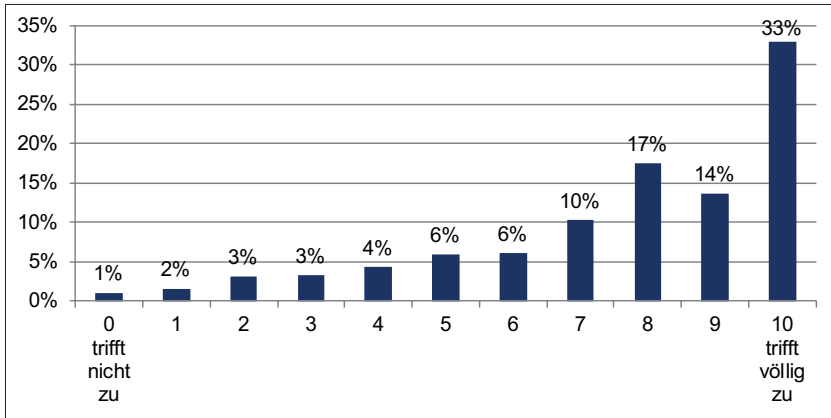
Der europäische Referenzrahmen unterscheidet insgesamt acht Kompetenzen: 1. Muttersprachliche Kompetenz, 2. Fremdsprachliche Kompetenz, 3. Mathematische Kompetenz und grundlegende naturwissenschaftlich-technische Kompetenz, 4. Computerkompetenz, 5. Lernkompetenz, 6. Soziale Kompetenz und Bürgerkompetenz, 7. Eigeninitiative und unternehmerische Kompetenz und 8. Kulturbewusstsein und kulturelle Ausdrucksfähigkeit.

Etwa die Hälfte der Studierenden, die ihr Pflichtpraktikum bereits absolviert hatten, gab an, dass sich danach in der Selbstwahrnehmung verschiedene Schlüsselkompetenzen verbessert haben. Vor allem die soziale und Bürgerkompetenz wird demzufolge durch ein Praktikum gefördert (26%), etwa ein Fünftel der Studierenden nannte Eigeninitiative und unternehmerische Kompetenz. Seltener stellten die Studierenden eine Verbesserung in der Lern-, Computer-, fremdsprachlichen oder mathematischen und grundlegend naturwissenschaftlich-technischen Kompetenz fest (vgl. Tabelle 8).

Tabelle 8: Vermittlung von Schlüsselkompetenzen (nach dem europäischen Referenzrahmen) im Praktikum.

Schlüsselkompetenz	absolute Häufigkeit	relative Häufigkeit in %
Soziale Kompetenz und Bürgerkompetenz	310	26 %
Eigeninitiative und unternehmerische Kompetenz	229	19 %
Lernkompetenz	122	10 %
Computerkompetenz	113	9 %
Mathematische und grundlegende naturwiss.-technische Kompetenz	100	8 %
Fremdsprachliche Kompetenz	99	8 %
Kulturbewusstsein und kulturelle Ausdrucksfähigkeit	98	8 %
Muttersprachliche Kompetenz	70	6 %
Sonstige	57	5 %
Total	1.198	100 %

Unabhängig von der Vermittlung von Schlüsselkompetenzen wird der Praxisbezug innerhalb des Praktikums als adäquat eingestuft, auf einer Skala von 0 „trifft nicht zu“ bis 10 „trifft völlig zu“ bewerteten die Studierenden den Praxisbezug mit dem Wert von 7,7 als vorhanden. Für ein Drittel der Befragten trifft der adäquate Praxisbezug im Praktikum völlig zu. Weniger als den Skalenpunkt fünf gaben nur 13% der Befragten an (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Beurteilung des Praxisbezugs im Praktikum (n=812).

2.3 Betrachtung der wirtschaftlichen Lage der Studierenden

Die wirtschaftliche Lage der Studierenden wird im Folgenden dargestellt. Zunächst wird die Operationalisierung der Einnahmen und Ausgaben beschrieben. Wie hoch der Anteil der Ausgaben ist, den die Studierenden in Brandenburg tätigen, fließt ebenso in die Analyse ein wie die Einordnung der zur Verfügung stehenden Finanzen im Vergleich mit anderen Regionen und den staatlichen Unterstützungsleistungen. Die Betrachtung schließt mit einer Analyse der subjektiven Einschätzung der Studierenden ihrer finanziellen Situation.

2.4 Operationalisierung von Einnahmen und Ausgaben

Die Studierenden der Universität Potsdam wurden gebeten, die Herkunft bzw. Quelle ihrer Einnahmen zu benennen. Die finanzielle Unterstützung durch die Eltern, das Einkommen durch eine oder mehrere nebenberufliche Tätigkeiten, der Bezug von BAföG oder andere Quellen (vgl. Abbildung 4) standen zur Auswahl. Den Studierenden wurde als Hilfestellung bei der Eingabe eine Gesamtsumme der einzelnen Einnahmen angezeigt, damit sie ihre Angaben überprüfen konnten. Die monatlichen Ausgaben wurden erhoben, indem Kosten der Studierenden für Miete, Essen, Kleidung, studienbezogene Ausgaben, Freizeitaktivitäten, Urlaub oder andere Anschaffungen (vgl. Abbildung 4) abgefragt wurden. Ob der jeweilige Kostenbetrag von den Studierenden selbst oder aber von Dritten übernommen wird und wie viel Prozent von den Ausgaben in Brandenburg getätigt wurden, waren weitere Angaben, um die die Studierenden gebeten wurden.

2.5 Einnahmen und Ausgaben der Studierenden der Universität Potsdam

Auf der Ausgabenseite geben die Studierenden der Universität Potsdam im Monat 863 Euro aus, auf der Einnahmenseite ergibt sich ein monatlicher Betrag von rund 884 Euro (vgl. Tabelle 9).

Tabelle 9: Berechnete Werte aus den Einnahmen und Ausgaben zu den Einzelposten der Studierenden.

Angaben Finanzen	n	Mittelwert	SD	Median	min	max
Ausgaben Gesamt	1.725	863,11 €	673,32	790 €	20	17.771
Einnahmen Summe	950	884,36 €	776,31	800 €	30	17.400

Im bundesdeutschen Vergleich liegen die Studierenden der Universität Potsdam mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln nah am Durchschnittswert für die alten Bundesländer im Jahr 2012, der deutlich über dem Wert liegt, der für die neuen Bundesländer erhoben wurde (vgl. Tabelle 10).

Tabelle 10: Durchschnittliche Einnahmen der Studierenden nach der 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.

Mittelwert	2006		2009		2012		Studierenden- de der UP
	alte Länder	neue Länder	alte Länder	neue Länder	alte Länder	neue Länder	
	788 €	685 €	832 €	722 €	881 €	778 €	863 €

Um die Einnahmen und Ausgaben der Studierenden einschätzen zu können, soll ein Vergleich der finanziellen Situation der Studierenden mit den Regelsätzen der Unterstützungsleistungen (nach den Sozialgesetzbuch) für Erwachsene (gültig ab 01.01.2015) herangezogen werden. Für den Vergleich wurden die Kosten für Unterkunft und Heizung dabei von den Gesamtausgaben abgezogen. Den Studierenden der Universität Potsdam steht unabhängig von ihrer Wohnform ein monatliches Einkommen zur Verfügung, das über dem Regelbedarf des Sozialgesetzbuches liegt (vgl. Tabelle 11).

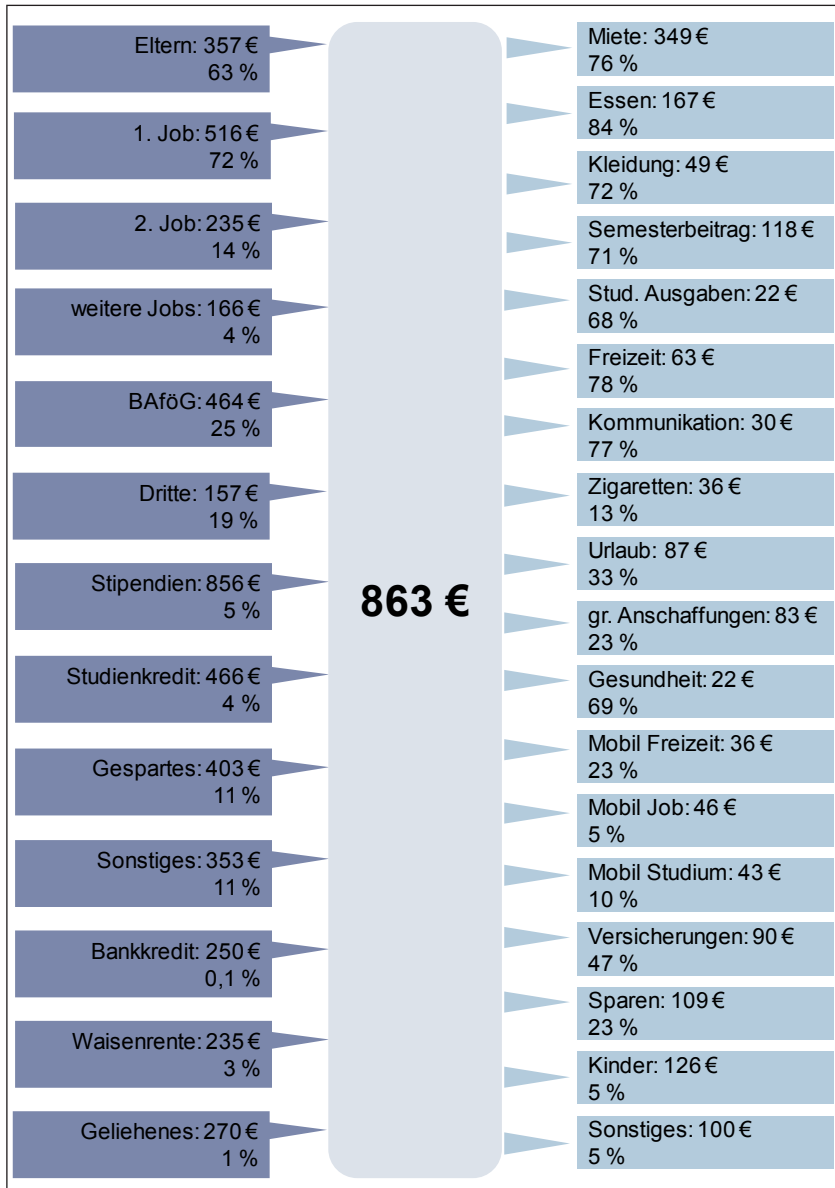
Tabelle 11: Ausgaben im Vergleich zu den Regelbedarfsstufen nach SGB (gültig ab 01.01.2015).

	n	Mittelwert Ausgaben	n	Mittelwert ohne Miete	Regelbedarfsstufen	Betrag
Ich wohne alleine.	345	954,03 €	326	605,64 €	Regelbedarfsstufe 1	399 €
In einer WG.	509	819,73 €	498	532,41 €		
Ich wohne bei meinen Eltern bzw. bei einem Elternteil.	227	415,92 €	100	460,35 €	Regelbedarfsstufe 3	320 €
Ich wohne mit meinem/r Partner/in zusammen.	457	922,77 €	430	591,68 €	Regelbedarfsstufe 2	360 €
Ich wohne mit meiner eigenen Familie (eigene Kinder) zusammen.	101	1368,98 €	91	864,54 €		
Gesamt	1.725	863,11 €	1.526	593,91 €		

Abbildung 4 gibt einen Überblick über die Einnahmen und Ausgaben der Studierenden der Universität Potsdam. Die dargestellten Beträge stellen die Mittelwerte der jeweiligen Posten dar. Der Prozentwert darunter gibt an, wie viel Prozent der befragten Studierenden überhaupt Einnahmen oder Ausgaben im jeweiligen Bereich (z. B. Miete) haben.

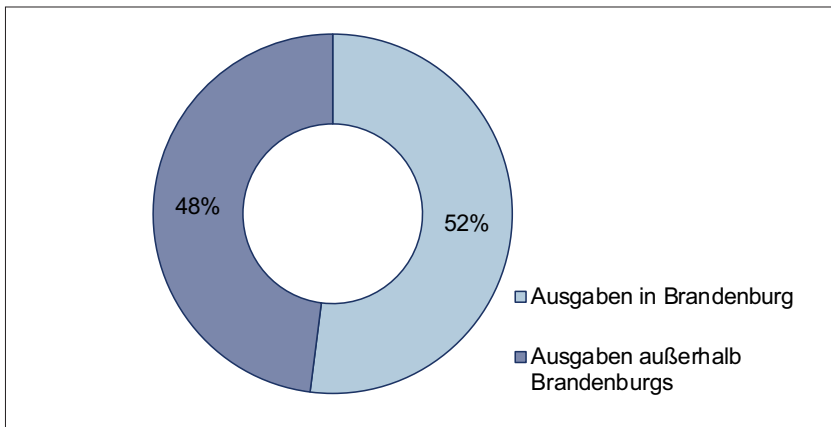
63 % der Studierenden der Universität Potsdam erhalten eine finanzielle Unterstützung von den Eltern, wobei der durchschnittliche Betrag bei 357 Euro liegt. Einnahmen von durchschnittlich 516 Euro werden durch den 1. Job von 72 % der Befragten erwirtschaftet, im Rahmen der zweiten Erwerbstätigkeit wird weniger Geld verdient und wie bereits dargestellt, gehen deutlich weniger Studierende einer zweiten Erwerbstätigkeit nach. BAföG erhalten 25 % und zwar in Höhe von 464 Euro. Nach Middendorf (2013) wurden im Jahr 2012 in der Bundesrepublik 32 % der Studierenden mit durchschnittlich 443 Euro BAföG unterstützt. Damit liegt die Förderungsquote an der Universität Potsdam unter dem bundesdeutschen Durchschnitt, in der Höhe hingegen leicht darüber. Nur ein geringer Prozentsatz der Befragten generiert Einnahmen durch einen Studienkredit, Bankkredit, Geliehenes, Waisenrente oder ein Stipendium. Öffentliche Transferleistungen wie das BAföG oder Stipendien haben somit für die Studierenden der Universität Potsdam einen geringeren Anteil an der Studienfinanzierung als die privaten Transferleistungen durch Eltern, Verwandte die Auflösung eigens angesparter Reserven (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Mittlere Einnahmen und Ausgaben der Studierenden (n=1.725).



Die Ausgaben der Studierenden umfassen eine größere Anzahl an Posten. Mietkosten sind mit Abstand die höchste finanzielle Belastung, die die Studierenden der Universität Potsdam tragen müssen (trifft auf 76 % der Studierenden zu). Durchschnittlich 349 Euro geben sie für Miete und Nebenkosten aus. Für Ernährung, die auch den Mensabesuch einschließt, müssen 84 % der Studierenden selbst aufkommen und benötigen dafür im Durchschnitt 167 Euro im Monat. Ausgaben, die in einem Bezug zum Studium stehen, belaufen sich auf rund 118 Euro Semesterbeitrag³, der von 71 % selbst gezahlt wird. 68 % der Studierenden haben weitere studienbezogene Ausgaben, die sich auf monatlich 22 Euro belaufen. Kleidung (49 Euro; 72 %), Freizeitaktivitäten (63 Euro; 78 %), Kommunikation (30 Euro; 77 %) und gesundheitsbezogene Ausgaben (22 Euro; 69 %) sind weitere Ausgaben, die dem Großteil der Studierenden monatlich anfallen. Etwa ein Viertel der Befragten gibt an, Geld sparen zu können.

Abbildung 5: Anteil der Gesamtausgaben, die innerhalb und außerhalb Brandenburgs getätigt werden (n = 1.353).



Da nicht alle Studierenden der Universität Potsdam auch dort leben (vgl. Kapitel 6), etwa die Hälfte wohnt in Berlin, tätigen die Studierenden nicht alle Ausgaben direkt in Potsdam, sondern auch in der engeren Umgebung Potsdams in Brandenburg. Etwa 52 % ihres Geldes geben die Studierenden so in Brandenburg

3 Dieser Betrag beschreibt den Mittelwert der monatlichen Ausgaben für den Semesterbeitrag, der Median liegt bei 50 Euro. Es kann davon ausgegangen werden, dass die monatliche Abfrage zu Schwierigkeiten bei der Beantwortung geführt hat. Der Semesterbeitrag der Universität Potsdam im Sommersemester 2015 lag bei 272,81 Euro im Semester.

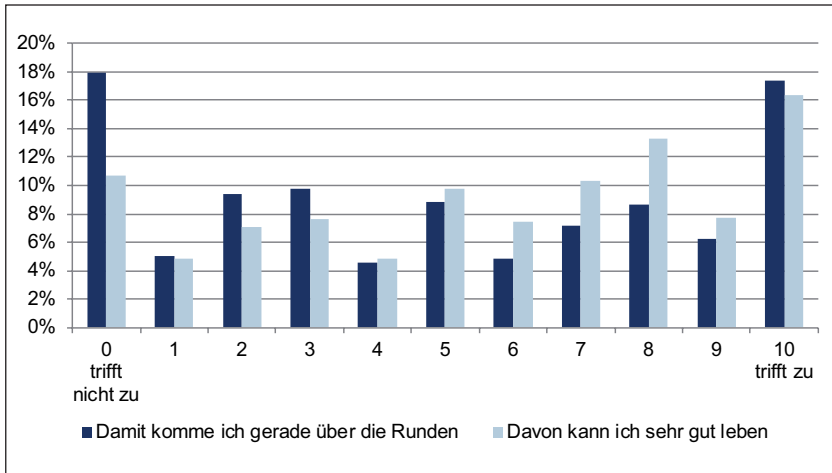
aus (vgl. Abbildung 5), das ergibt einen monatlichen Betrag von durchschnittlich 448,94 Euro, den jeder Studierende im Land Brandenburg verausgabt, wobei sich hier natürlich eine hohe, durch den Wohnort bedingte Varianz ergibt (vgl. Tabelle 10). Inwieweit sich dieser Betrag auf die sozioökonomische Bedeutung der Universität Potsdam auswirkt, wurde in Kapitel 3 dargestellt.

Tabelle 12: Ausgaben in Brandenburg pro Studierenden in Euro.

	n	M	SD	Median
Ausgaben in Brandenburg	1.353	448,90 €	394,1	400 €

Unabhängig von der absoluten Summe sollten die Studierenden zwei Aussagen zu ihrer finanziellen Situation jeweils auf einer Skala von 0 „trifft nicht zu“ bis 10 „trifft zu“ einschätzen. Im Mittel vergaben die Studierenden den Wert 5,7, was einer leichten Zustimmung entspricht. Damit gerade über die Runden zu kommen, schätzen die Studierenden durchschnittlich mit einem Wert von 5,0 ein. Wie in Abbildung 6 zu sehen ist, ist die Streuung insgesamt relativ hoch, gerade an den Skalenextrempunkten zeigt sich eine hohe Varianz zwischen den Einschätzungen der Studierenden: auf der einen Seite empfinden es 16% als völlig zutreffend, dass sie von dem zur Verfügung stehenden Geld sehr gut leben können, auf der anderen Seite ordnen 11% diese Aussage als nicht zutreffend ein. Die Aussage „Damit komme ich gerade über die Runden“ empfinden 17% als absolut zutreffend, jedoch 18% als absolut nicht zutreffend (vgl. Abbildung 6). Die Studierenden kommen somit zwar im Schnitt ganz gut mit ihrem Geld aus, jedoch ist deutlich zu erkennen, dass sich die Studierenden in zwei Lager spalten, eine Gruppe kommt sehr gut zurecht, während die andere erhebliche finanzielle Probleme hat.

Abbildung 6: Angabe der Studierenden, wie gut sie mit dem zur Verfügung stehenden Geld auskommen (n = 1876; n = 1891).



Einen Abbruch des Studiums aufgrund finanzieller Probleme werten die Studierenden auf einer elfstufigen Skala von 0 „sehr unwahrscheinlich“ bis 10 „sehr wahrscheinlich“ insgesamt im Durchschnitt mit 2,9 als eher unwahrscheinlich und nur etwa 11 % der Studierenden gaben Werte an, die höher als 5 waren.

Ein Erklärungsversuch bezüglich der Faktoren, die für die Einschätzungen der finanziellen Situation bedeutsam sind, soll mit Hilfe eines multivariaten linearen Regressionsmodells (vgl. Tabelle 13) unternommen werden. In das erste Modell fließen zunächst Kontrollvariablen ein, die den Einfluss auf die Beurteilung der finanziellen Situation beschreiben sollen (Geschlechts, des Alters, des Wohnorts, der Wohnform und der Fakultätszugehörigkeit der Studierenden).

Im Unterschied zu weiblichen Studierenden kommen Männer signifikant weniger gut mit dem zur Verfügung stehenden Geld aus. Alter hat ebenfalls einen signifikanten negativen Effekt, mit zunehmendem Alter geben die Studierenden der Universität Potsdam an, schlechter mit dem zur Verfügung stehenden Geld auszukommen. Das ist nicht überraschend und lässt sich größtenteils auf die mit dem Lebensalter steigenden Ansprüche an die Lebensverhältnisse bzw. die veränderten Konsumgewohnheiten der Personen zurückführen. Studierende, die in Berlin oder außerhalb Brandenburgs leben, geben an, signifikant schlechter von ihrem Geld leben zu können, als es in Brandenburg lebende Studierende

beurteilen. Die Wohnform, also ob Studierende noch bei den Eltern, in einer Wohngemeinschaft, alleine oder mit einem Partner leben, hat im ersten Modell nur geringen Einfluss auf die Bewertung der Einkommenssituation der Studierenden, unter Kontrolle der Variablen Einkommen verändern sich die Schätzungen für diesen Effekt. Studierende die in einer Wohngemeinschaft oder bei ihren Eltern leben, kommen mit ihrem Geld besser aus, als Studierende die alleine leben. Studierende der Philosophischen und Humanwissenschaftlichen Fakultät geben an, mit ihrer finanziellen Situation schlechter zurecht zu kommen, als Studierende der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, dieser Effekt ist auch noch bedeutsam unter Kontrolle der Höhe des Einkommens.

Dem zweiten Modell wurde die Variable Bildungsherkunft hinzugefügt. Studierende aus einem Elternhaus, in dem beide Eltern einen Hochschulabschluss besitzen, kommen signifikant besser mit dem zur Verfügung stehenden Geld aus als Studierende ohne oder mit akademischen Elternteil. Erklärbar wird dieses Ergebnis, da ein Einkommensunterschied je nach Elternhaus zu vermuten ist und somit die finanzielle Unterstützung der Studierenden höchst unterschiedlich sein kann. Die subjektiv wahrgenommene größere Möglichkeit eines Rückgriffs auf die Einkommen der Eltern kann einen beruhigenden Effekt bezüglich der Bewertung der eigenen Einkommenssituation entstehen lassen, möglicherweise wird Studierenden aus Elternhäusern mit einem akademischen Hintergrund auch häufiger nebenbei Geld zugesteckt, welches aber in der Abfrage vergessen wurde anzugeben, so dass die Gruppe dieser Studierenden in Wirklichkeit mehr Geld zur Verfügung hat. Welchen Einfluss das monatliche Einkommen auf die Einschätzung der finanziellen Situation nimmt, soll im dritten Modell überprüft werden.

Tabelle 13: Lineares Regressionsmodell zur Einschätzung der finanziellen Situation der Studierenden. Item „Auskommen Geld – Davon kann ich gut leben“ auf einer elfstufigen Skala von 0 „trifft nicht zu“ bis 10 „trifft zu“.

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5
Männlich	-0,394+ (-0,055)	-0,406* (-0,057)	-0,371+ (-0,052)	-0,380+ (-0,053)	-0,360+ (-0,051)
Alter	-0,143*** (-0,188)	-0,141*** (-0,185)	-0,189*** (-0,248)	-0,183*** (-0,240)	-0,185*** (-0,242)
Wohnort					
Brandenburg	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
Berlin	-0,761*** (-0,113)	-0,791*** (-0,117)	-0,856*** (-0,127)	-0,833*** (-0,123)	-0,744*** (-0,110)
Anderer	-0,889* (-0,078)	-0,878* (-0,077)	-0,918** (-0,080)	-0,905** (-0,079)	-0,926** (-0,081)
Wohnform					
Alleine wohnend	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
In einer WG wohnend	0,501+ (0,068)	0,467+ (0,064)	0,580** (0,079)	0,591** (0,081)	0,677** (0,092)
Bei den Eltern wohnend	0,398 (0,042)	0,453 (0,048)	1,034** (0,109)	1,035** (0,109)	1,002** (0,106)
Mit einem Partner zusammen wohnend	0,311 (0,041)	0,285 (0,037)	0,300 (0,039)	0,329 (0,043)	0,290 (0,038)
Mit der eigenen Familie zusammen wohnend	-0,064 (-0,004)	-0,093 (-0,006)	-0,524 (-0,035)	-0,705 (-0,048)	-0,595 (-0,040)
Andere Wohnformen	0,087 (0,005)	0,077 (0,004)	0,298 (0,016)	0,250 (0,014)	0,338 (0,018)
Fakultät					
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
Juristische Fakultät	-0,510 (-0,034)	-0,479 (-0,032)	-0,450 (-0,030)	-0,560 (-0,038)	-0,612 (-0,041)
Philosophische Fakultät	-0,714* (-0,091)	-0,729** (-0,092)	-0,699** (-0,089)	-0,728** (-0,092)	-0,694** (-0,088)
Humanwissenschaftliche Fakultät	-0,544+ (-0,065)	-0,570+ (-0,068)	-0,472 (-0,057)	-0,490+ (-0,059)	-0,490+ (-0,059)
Mathematisch- und Naturwissenschaftliche Fakultät	-0,411 (-0,055)	-0,440 (-0,059)	-0,296 (-0,039)	-0,385 (-0,051)	-0,350 (-0,047)
Hasso-Plattner-Institut	0,617 (0,030)	0,442 (0,021)	0,457 (0,022)	0,451 (0,022)	0,460 (0,022)
Andere	0,287 (0,006)	0,388 (0,008)	0,373 (0,008)	0,282 (0,006)	0,264 (0,005)



Bildungsherkunft					
Beide Eltern Akademiker	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	
Ein Elternteil Akademiker	-0,552** (-0,073)	-0,516** (-0,068)	-0,479+ (-0,063)	-0,540** (-0,072)	
Kein Elternteil Akademiker	-0,751** (-0,111)	-0,672** (-0,099)	-0,651** (-0,096)	-0,730** (-0,108)	
Einnahmen in 100 Euro		0,135*** (0,196)	0,141*** (0,205)	0,140*** (0,204)	
Nebenberufliche Erwerbstätigkeit			-0,527** (-0,073)	-0,501** (-0,069)	
Übersicht Finanzen					
Finanzen immer im Blick					Ref.
Finanzen meistens im Blick					-0,861*** (-0,128)
Finanzen selten im Blick					-1,407*** (-0,101)
Finanzen nie im Blick					-2,011** (-0,067)
Konstante	9,707***	10,177***	10,097***	9,727***	10,289***
N	1.256	1.256	1.256	1.256	1.256
R ²	0,076	0,084	0,111	0,115	0,137
korrigiertes R ²	0,065	0,072	0,098	0,102	0,122

Beta-Koeffizient in Klammern; + $p < 0,10$, * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$

Modell 3 zeigt, dass durch die Hinzunahme der Variable Einkommen die Varianzklärung des Modells deutlich erhöht wird (Steigerung von 8,4 % auf 11,1 %) und damit die Beurteilung der Studierenden bezüglich des Auskommens mit dem Geld am stärksten beeinflusst. Mit steigendem monatlichem Einkommen geben die Studierenden an, besser von dem Geld leben zu können. Wie aus der Zufriedenheitsforschung bekannt, ist der Zusammenhang zwischen objektiven Einkommensdaten und subjektiven Bewertungen jedoch nicht sonderlich stark (u.a. weil Informationen über zeitliche Entwicklungen und die von den Befragten benutzten Vergleichswerte fehlen, vgl. z. B. Headey, Hampel & Meyer 1990). Die Erweiterung des Modells durch die Variable Einkommen führt zu einer leichten Verringerung des Effektes, den die Bildungsherkunft ausmacht.

Studierende, die neben dem Studium erwerbstätig sind, geben an, schlechter von ihrem Geld leben zu können, als Nichterwerbstätige. Dieses Ergebnis des vierten Modells erscheint zunächst kontraintuitiv, da man davon ausgehen sollte, dass Studierenden, die einen Job haben, auch mehr Geld zur Verfügung steht. Da die Höhe des Einkommens in Modell 4 konstant gehalten wird, deutet der

negative Effekt darauf hin, dass Studierende aus finanziellen Gründen heraus einer Tätigkeit neben dem Studium nachgehen (vgl. auch Tabelle 6) und das subjektive Gefühl bestehen bleibt, dass sie mit dem zur Verfügung stehenden Geld nicht auskommen.

Die Hinzunahme der Variable zum Überblick der Studierenden über ihre Finanzen ergibt für das Modell 5 eine deutliche Verbesserung der Varianzklärung. Die Erklärungskraft des Gesamtmodells liegt bei etwa 14 %. Somit können 14 % der Varianz der Angaben der Studierenden durch die beschriebenen unabhängigen Variablen im Modell erklärt werden. Ein signifikanter Unterschied im Auskommen mit dem zur Verfügung stehenden Geld ergibt sich zwischen Studierenden, die ihre Finanzen immer im Blick haben und denen, die einen geringeren Überblick über ihre Finanzen angaben. Unabhängig vom Einkommen und der Absicherung durch die Eltern geben Studierende, die ihre Finanzen immer im Blick haben, im Mittel einen um etwa eins höheren Wert auf der elfstufigen Skala an, als Studierende, die ihre Finanzen selten im Blick haben. Um zwei Punkte höher ist der Wert gegenüber Studierenden, die ihre Finanzen nie im Blick haben.

Zusammenfassend geben ältere Studierende an, schlechter von ihrem Geld leben zu können als jüngere. Im Vergleich zu Studierenden, die in Berlin wohnhaft sind, kommen Studierende mit Wohnort in Brandenburg besser mit ihrem Geld aus. Wenn Studierende noch bei den Eltern oder in einer Wohngemeinschaft wohnen, ist ihre subjektive Einschätzung bezüglich ihrer finanziellen Situation besser, als wenn sie alleine wohnen. Studierende der Philosophischen Fakultät kommen schlechter mit ihren finanziellen Mitteln aus als Studierende der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Die Bildungsherkunft hat ebenfalls einen Einfluss, Studierende mit einer hohen Bildungsherkunft empfinden ihre finanzielle Situation signifikant besser als Studierende mit einer niedrigeren Bildungsherkunft.

3 Fazit

Ein Großteil der Studierenden der Universität Potsdam nutzt die Zeit neben dem Studium, um einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und so neben dem Studium spezifisches Humankapitel durch erste Erfahrungen im Erwerbsleben zu erhalten und Geld zu verdienen. Die 66 % erwerbstätigen Studierenden arbeiten im Schnitt neben ihrem Studium etwa 15 Stunden pro Woche, wobei das Ausmaß der Erwerbstätigkeit vom Alter, der Bildungsherkunft, dem Studienfach, dem angestrebten Abschluss sowie der Einschätzung der Vereinbarkeit von Studium

und Job abhängen. Für 70% der Studierenden ist die Erwerbstätigkeit regelmäßig, sie arbeiten sowohl während des Semesters als auch in den Semesterferien. Die Motivation der Studierenden für die Aufnahmen einer Tätigkeit liegt in erster Linie darin, Geld zu verdienen, etwas Neues zu lernen sowie Praxiserfahrungen für die Zukunft zu sammeln. Die befragten Studierenden, die ihr Pflichtpraktikum bereits absolviert haben, gaben im Durchschnitt hohe Werte für dessen Praxisadäquatheit an.

Den Studierenden steht im Schnitt etwa 863 Euro für ihre Ausgaben zur Verfügung. Sie haben damit in etwa so viel Geld wie die Studierenden im Jahr 2012 in den alten Bundesländern und 85 Euro mehr als die Studierenden in den neuen Bundesländern ebenfalls im Jahr 2012. Insgesamt steht ihnen auch deutlich mehr Geld zur Verfügung als Personen, die Geld nach den Regelbedarfsstufen erhalten, die zu vergleichenden Analysen herangezogen wurden. Die wichtigsten Einnahmequellen für Studierende der Universität Potsdam sind die finanzielle Unterstützung durch die Eltern (63% der Befragten erhalten diese) und die Erwerbstätigkeit neben dem Studium (72%). Ein Viertel, und damit weniger als der Bundesdurchschnitt der Studierenden, erhält BAföG, das in der Höhe jedoch über dem bundesweiten Durchschnitt liegt. Den größten Anteil der Ausgaben machen mit durchschnittlich 349 Euro monatlich die Miet- und Nebenkosten aus. Obwohl etwa die Hälfte der Studierenden in Berlin lebt (vgl. Kapitel 6), tätigen die Studierenden insgesamt rund 52% ihrer Ausgaben in Brandenburg, das sind pro Studierendem etwa 450 Euro. Da davon auszugehen ist, dass Studierende, die in Brandenburg leben, auch nach Berlin zum Einkaufen fahren oder im Ausland Urlaub machen, geben, die aus Berlin pendelnden Studierenden somit auch in einem erheblichen Maße Geld in Brandenburg aus (vgl. Kapitel 3).

Bezüglich der Einschätzung ihrer finanziellen Möglichkeiten spaltet sich die Studierendenschaft in zwei Lager, etwas weniger als 20% gaben an, mit ihrem Geld nicht auszukommen und etwa genauso viele gaben an, sehr gut mit ihrem Geld zurecht zu kommen. Die Einschätzung der finanziellen Situation hängt vom Alter, dem Wohnort, wie die Studierenden wohnen, dem Studienfach, der Bildungsherkunft und natürlich von der Höhe der Einnahmen ab.

4 Literatur

- Becker, G. S. (1993). *Human capital. A theoretical and empirical analysis with special reference to education*, 3rd ed. Chicago: The University of Chicago Press.
- Börsch-Suspan, A. & Essig, L. (2002). *Sparen in Deutschland. Ergebnisse der ersten SAVE-Studie*. Köln: Deutsches Institut für Altersvorsorge.
- Brown, S. & Sessions, J. (2004). Signalling and Screening. In: Johnes, G. & Johnes, J. *International handbook on the economics of education*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing Ltd.
- Chimi, Carl J. & Russell, David L. (2009). The Likert Scale: A proposal for improvement using quasi-continuous variables. *Proc ISECON*, 26, S. 1–10.
- Glass, Gene V., Peckham, Percy, D., Sanders, James R. (1972). Consequences of failure to meet assumptions underlying the analyses of variance and covariance, *Review of Educational Research*, 42, S. 237–288.
- Headey, B., Hampel J. & Meyer W. (1990). *The Relationship between objective and subjective indicators: A reciprocal causation model linking changes in income, income satisfaction and life satisfaction*. Frankfurt/Mannheim: Sfb-3-Arbeitspapier Nr. 332.
- Lubke, Gitta H. & Muthen, Bengt O. (2004). Applying multigroup confirmatory factor models for continuous outcomes to Likert Scale data complicates meaningful group comparisons. *Structural Equation Modeling*, 11, S. 514–534.
- Middendorf, E., Apolinarski, B., Poskowsky, J., Kandulla, M., & Netz, N. (2013). Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2012. 20. *Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS-Institut für Hochschulforschung*. Bonn, Berlin: BMBF.
- Normann, M., Langer, T. (2002). Altersvorsorge, Konsumwunsch und mangelnde Selbstdisziplin: Zur Relevanz deskriptiver Theorien für die Gestaltung von Altersvorsorgeprodukten, *Zeitschrift für Betriebswirtschaft*, 72, S. 1297–1323.
- Psacharopoulos, G. & Patrinos H. A. (2004). Human capital and rates of return. In G. Johnes & J. Johnes (eds), *International Handbook on the Economics of Education* S. 1–57, UK: Edward Elgar.

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (2010). *Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte*. Endbericht-Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen. Essen: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Die Absolventinnen und Absolventen der Universität Potsdam

Konstantin Herrmann, Freya Gassmann und Eike Emrich

9 Herkunft, Verlauf und Bewertung des Studiums der Absolventinnen und Absolventen der Universität Potsdam

Gliederung

1	Einleitung.....	299
2	Empirische Analysen.....	300
2.1	Herkunft der Absolventen	300
2.2	Gründe für die Wahl der Universität Potsdam	303
2.3	Verlauf des Studiums.....	304
2.4	Finanzierung des Studiums	306
2.5	Zufriedenheit mit dem Studium an der Universität Potsdam und dessen Bewertung in der Retrospektive	308
3	Fazit.....	315
4	Literatur.....	317

1 Einleitung¹

Seit den 1990er Jahren wurde an deutschen Universitäten vermehrt die Frage gestellt, wie es den Absolventen nach ihrem Studium ergeht. Nach Janson (2008, S. 65) führten etwa 65 % der deutschen Hochschulen im Zeitraum von 2000 bis 2005 Absolventenstudien durch. In den letzten Jahren stieg diese Zahl weiter an (vgl. Koepernik & Wolter, 2010, S. 63). Im Zuge der angestiegenen Zahlen hochschulinterner und hochschulübergreifender Absolventenstudien sprechen Lenz et al. (2010, S. 11) sogar schon von einem Information-„Overkill“.²

-
- 1 Hier wird nur knapp auf die Entwicklung von Absolventenstudien in Deutschland eingegangen, eine umfangreiche kritische Reflektion nationaler und internationaler Absolventenstudien findet sich in Emrich, Gassmann & Meyer (2015).
 - 2 Universitäten und Hochschulen werden durch die häufige Durchführung von Absolventenstudien geradezu dazu gezwungen, selbst solche durchzuführen, um über beständige Studienreformen die Marktgängigkeit ihrer Studiengänge zu erhalten bzw. zu verbessern (vgl. Emrich, Gassmann & Meyer 2015).

Absolventenstudien reichen inhaltlich von bloßen „Sachstandsmessungen“ bis hin zu umfassenden Untersuchungsprojekten mit langfristiger Ausrichtung und systematischer Mehrfachmessung zur Nachzeichnung von Entwicklungen. Methodisch haben Absolventenstudien, wenn Sie Daten zum Studium erfassen und die Absolventen um eine Bewertung des Studiums bitten, wie alle Studien mit retrospektiven Elementen mit Verzerrungsproblemen zu kämpfen. So kann es dazu kommen, dass Aspekte falsch erinnert werden, die Einschätzung durch aktuelle Gegebenheiten verzerrt wird oder nur besonders gute oder besonders schlechte Faktoren in Erinnerung bleiben.

Ein zentrales Ergebnis der Absolventenstudien in den letzten Jahren ist, dass Absolventen von Universitäten einen guten und raschen Einstieg in den Arbeitsmarkt finden und eher nicht in prekären Beschäftigungsverhältnisse landen bei insgesamt relativ geringen regionalen Unterschieden (vgl. Emrich, Gassmann & Meyer, 2015, S. 26 ff).

Im Folgenden sollen die Daten der Absolventen der Universität Potsdam ausgewertet werden. An der Befragung nahmen insgesamt 532 Personen teil, der geringe Rücklauf ist auf die Problematik bei der Kontaktierung zurückzuführen (vgl. Kapitel 4). Die zur Verfügung stehenden Daten sollen, soweit es die Zellenbesetzung zulässt, ausgewertet werden. Insgesamt ist jedoch aufgrund der geringen Rücklaufquote mit einem höheren Stichprobenfehler zu rechnen, weshalb die Ergebnisse mit einer gewissen Vorsicht betrachtet werden müssen.

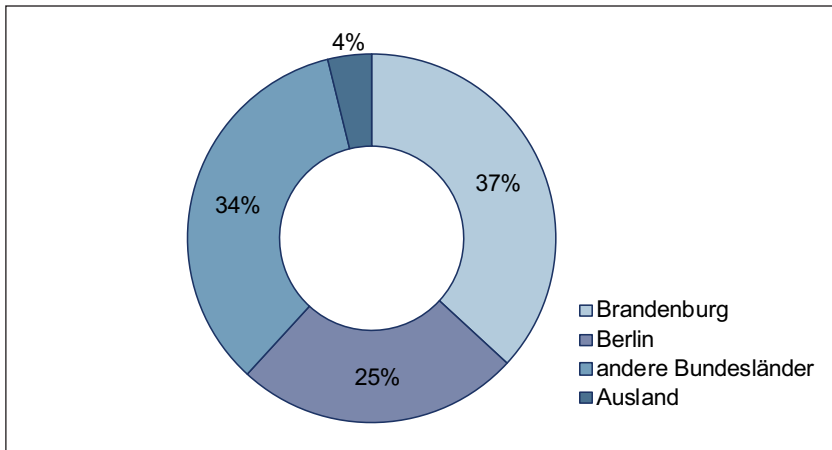
2 Empirische Analysen

2.1 Herkunft der Absolventen

Die befragten Absolventen der Universität Potsdam erhielten ihre Hochschulzugangsberechtigung zu 37% in Brandenburg, zu 25% in Berlin und 34% der Absolventen erwarben ihre Hochschulreife außerhalb Berlin-Brandenburgs. 4% haben im Ausland ihre Hochschulreife erworben (vgl. Abbildung 1).

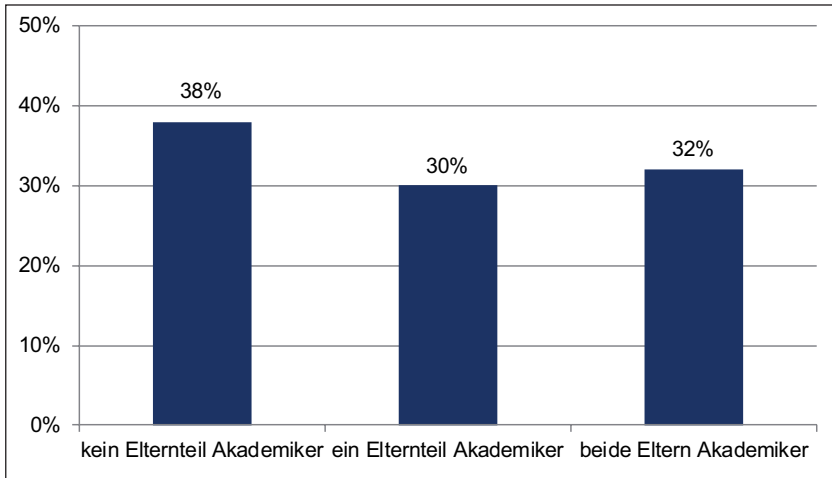
Für die befragten Studierenden ergab sich eine ähnliche Zusammensetzung: zu je 30% stammten sie aus Brandenburg und Berlin, 35% kamen von außerhalb Brandenburgs und 5% aus dem Ausland (vgl. Kapitel 6, im Vergleich wurden etwas mehr Absolventen aus Brandenburg befragt und etwas weniger aus Berlin, zum Vergleich mit der Grundgesamtheit vgl. Kapitel 4).

Abbildung 1: Ort der Hochschulzugangsberechtigung der Absolventen (n=521).



Die Absolventen hatten eine Abiturdurchschnittsnote von 2,1 (SD=0,59; min=1,0 max=3,6; n=516) und nahezu alle hatten eine allgemeine Hochschulreife erworben (98 %). Jeweils 1 % der Absolventen gab die Fachhochschulreife bzw. die fachgebundene Hochschulreife an. Einige Absolventen (14 %) schlossen vor dem Studienbeginn eine berufliche Ausbildung ab. In den offenen Aussagen finden sich darunter Ausbildungsberufe, aber auch Universitätsabschlüsse sowie Abschlüsse an Fachhochschulen und Fachakademien.

Wie schon für die Studierenden ermittelt stammen auch die Absolventen eher aus Elternhäusern mit einer hohen Bildung. (vgl. Abbildung 2). Im Einzelnen kommen 38 % der Absolventen aus einem Elternhaus ohne Akademiker, 30 % geben an, dass ein Elternteil einen Fach- oder Hochschulabschluss besitzt und bei 32 % der befragten Absolventen sind beide Elternteile Akademiker. Diese Ergebnisse decken sich in ihrer Verteilung weitestgehend mit den Daten der Studierenden der Universität Potsdam (vgl. Kapitel 7).

Abbildung 2: Bildungsherkunft der Absolventen (n=337).

Die Gegenüberstellung von Bildungsherkunft und Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung deutet darauf hin, dass Absolventen, die in einem anderen Bundesland als Berlin oder Brandenburg ihre Hochschulzugangsberechtigung erhalten haben, zu größeren Teilen aus Elternhäusern ohne Akademiker (42%) stammen (vgl. Tabelle 1) und einen geringeren Anteil (26%) an Elternhäuser aufweisen, in denen beide Eltern einen Fach- oder Hochschulabschluss haben. Dieses Ergebnis ist gegenläufig zu den Ergebnissen aus der Studierendenbefragung (vgl. Kapitel 7). Bei 35% der Absolventen aus Berlin sind beide Eltern Akademiker, bei Absolventen aus Brandenburg sind es 33%.

Tabelle 1: Bildungsherkunft der Absolventen nach Ort der Hochschulzugangsberechtigung (HZB) (n=336).

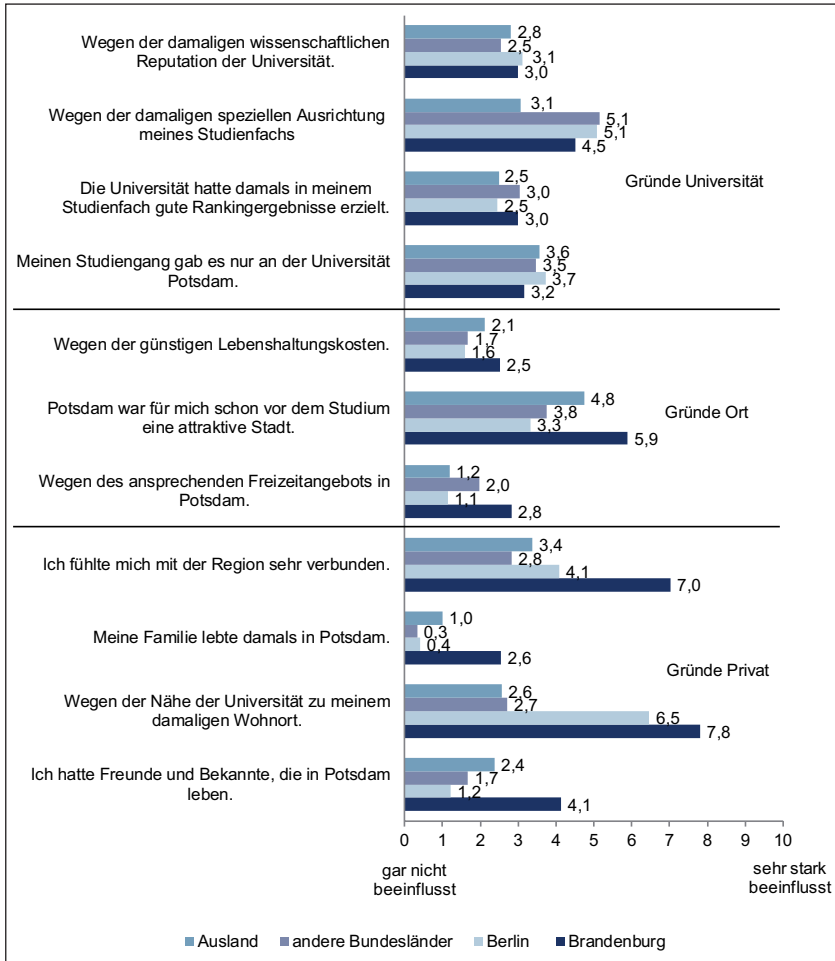
Ort HZB		Bildungsherkunft			Gesamt
		Kein Elternteil Akademiker	Ein Elternteil Akademiker	Beide Eltern Akademiker	
Brandenburg	Anzahl	48	37	41	126
	% innerhalb HZB	38 %	29 %	33 %	100 %
Berlin	Anzahl	29	26	30	85
	% innerhalb HZB	34 %	31 %	35 %	100 %
Anderes Bundesland	Anzahl	47	35	29	111
	% innerhalb HZB	42 %	32 %	26 %	100 %
Ausland	Anzahl	4	2	8	14
	% innerhalb HZB	29 %	14 %	57 %	100 %

2.2 Gründe für die Wahl der Universität Potsdam

Inwiefern die Absolventen bei ihrer Wahl der Universität Potsdam von verschiedenen persönlichen oder fachlichen Gründen beeinflusst wurden, sollte auf einer elfstufigen Skala von 0 „gar nicht stark“ bis 10 „sehr stark“ eingeschätzt werden (vgl. Abbildung 3). Wie in der Abbildung zu erkennen ist, unterscheiden sich die Absolventen, wie auch schon die Studierenden, nach ihrer Herkunft. Absolventen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Brandenburg erworben haben, nennen in hohem Maße private Gründe für ihre Wahl der Universität Potsdam. Sie fühlten sich sehr mit der Region verbunden (7,0) und legten viel Wert auf die Nähe der Universität zu ihrem damaligen Wohnort (7,8). Zudem beeinflusste die Attraktivität der Stadt Potsdam die Absolventen bei der Wahl ihres Studienortes (5,9).

Neben privaten Gründen, der Nähe zum Heimatort (6,5) und der Verbundenheit mit der Region (4,1) nannten Absolventen aus Berlin die damalige spezielle Ausrichtung der Universität Potsdam als Grund, der die Wahl des Studienortes beeinflusst hat (5,1). Absolventen, die ihr Abitur außerhalb Berlins und Brandenburgs machten, beeinflusste am stärksten die spezielle Ausrichtung der Universität (5,1) und die Attraktivität der Stadt Potsdam (3,8).

Abbildung 3: Gründe für die Wahl der Universität Potsdam nach Ort der Hochschulzugangsberechtigung (HZB).



Erhoben auf einer elfstufigen Skala von 0 „gar nicht stark“ bis 10 „sehr stark“ (je nach Item und Gruppe n = 16 bis 168).

2.3 Verlauf des Studiums

Da sich die Befragung nur an Absolventen richtete, die nach dem 01.01.2007 ihre letzte Prüfungsleistung an der Universität Potsdam ablegten, schlossen alle Befragten ihr Studium nach diesem Datum ab. 25% der befragten Absolventen

legten ihre letzte Prüfungsleistung nach dem Wintersemester 2013/14 ab, die Hälfte der Befragten innerhalb der letzten drei Jahre (vgl. Kapitel 4). Die Absolventen gaben im Mittel an, 11 Fachsemester für ihren Studienabschluss benötigt zu haben. 17% benötigten mehr als 14 Fachsemester bis zum Abschluss ihres Studiums an der Universität Potsdam (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Histogramm der Studiendauer der Absolventen (n=463).

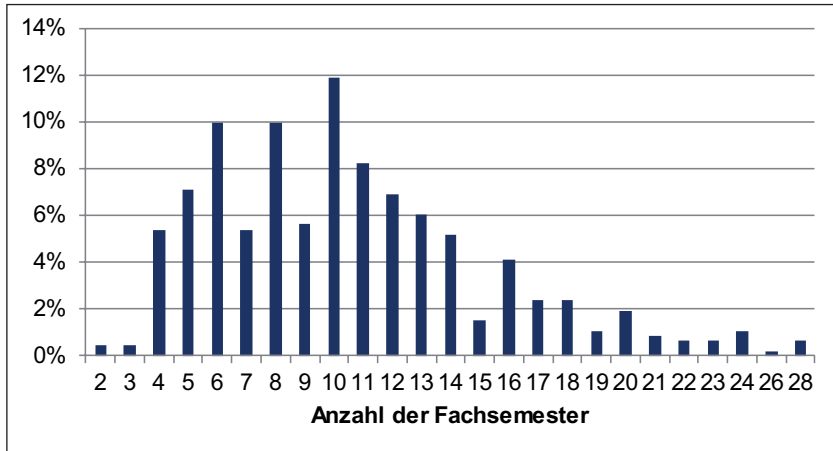


Tabelle 2 enthält die deskriptiven Kennzahlen differenziert nach den Abschlussarten. Um festzustellen, ob die Unterschiede in den Mittelwerten signifikant sind, wurde eine Varianzanalyse zu Gruppenunterschieden (ANOVA) mit anschließenden Post-hoc-Tests berechnet. Insgesamt sind signifikante Differenzen über alle Gruppen hinweg vorhanden ($F(5, 451) = 51,619$, $p = 0,000$). Bachelorabsolventen benötigten im Schnitt etwa 7,5 Semester, Masterabsolventen mit 7,2 etwa genauso lange, die Differenz ist nicht signifikant ($p = 0,990$), empirisch lässt sich hier also der festgelegte Unterschied in der Regelstudienzeit nicht feststellen.

Absolventen mit einem Magister als Hochschulabschluss benötigen die meisten Fachsemester bis zum Studienabschluss (14,7) und studierten damit signifikant länger als Absolventen mit Diplom ($p = 0,000$) oder Staatsexamen ($p = 0,018$). Zwischen den Diplomabsolventen und Absolventen mit Staatsexamen besteht kein signifikanter Unterschied in der Anzahl der Fachsemester.

Bei fast allen befragten Absolventen handelte es sich um ein Vollzeitstudium (97%), das nicht berufsbegleitend (97%) absolviert wurde.

Tabelle 2: Anzahl der Fachsemester, nach Abschlussart.

Abschlussart	Anzahl der Fachsemester					
	n	Mittelwert	SD	Median	Min.	Max.
Bachelor	80	7,5	2,3	7	2	19
Master	106	7,2	3,3	6	3	18
Diplom	127	12,4	3,7	12	4	28
Magister	85	14,7	4,8	14	4	28
Staatsexamen	26	11,9	5,2	10	6	28
Promotion	33	11,2	5,1	10	4	24
Gesamt	463	10,6	4,8	10	2	28

2.4 Finanzierung des Studiums

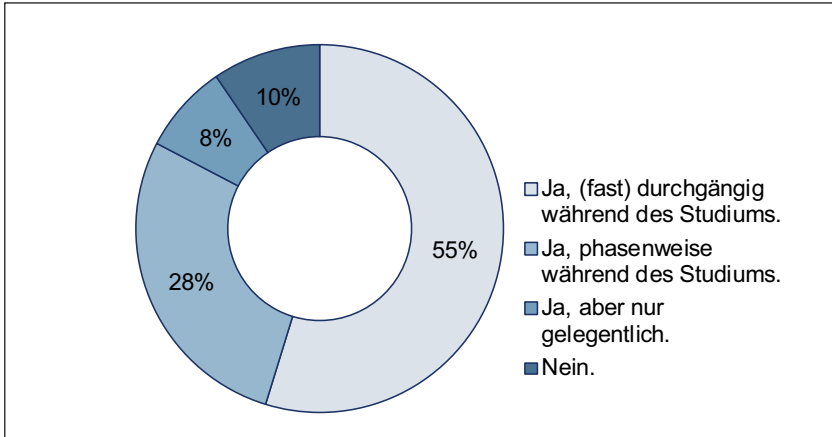
Um zu erfassen, wie die Absolventen ihr Studium finanzierten, wurden sie gebeten, prozentual zu den einzelnen Posten Eltern, Jobben, BAföG, Gespartes, Dritte (Großeltern, Partner etc.) und Sonstiges anzugeben, in welchem Umfang diese zur Finanzierung ihres Studiums beitrugen (vgl. Tabelle 3). Hauptsächlich finanzierten die Absolventen ihr Studium durch Jobben (84%) und mit Hilfe der Eltern (77%), etwas mehr als ein Drittel der Absolventen erhielten BAföG, rund ein Fünftel der Absolventen nutzen Ersparnisse oder erhielten Geld durch Großeltern, Verwandte oder den Partner zur Finanzierung des Studiums, 15% nutzten andere Finanzströme zur Studienfinanzierung. Wenn die Absolventen durch einen eigenen Job Geld verdienen, konnten sie davon im Durchschnitt etwa 40% ihrer Einnahmen decken. Bei ehemaligen Studierenden, die durch die Eltern unterstützt wurden, machte das Geld der Eltern etwa 46% der Gesamtkosten aus. BAföG-Empfänger konnten durch die Förderungssumme 35% ihrer Ausgaben finanzieren. Geld von Dritten oder Ersparnisse trugen mit 8% bzw. 9% in einem deutlich geringeren Ausmaß zur Finanzierung bei. Sonstige Einnahmequellen machten im Schnitt für diejenigen, bei denen diese vorlagen, etwa 21% der gesamten Einnahmen aus. Selbst verdientes Geld, Unterstützung durch die Eltern und BAföG gehören damit zu den Quellen, die am meisten zu den Gesamtkosten beitragen. Nichtsdestotrotz nutzten die Absolventen in der Regel mehrere Quellen um ihr Studium zu finanzieren, die Einnahmequellen stellen sich somit eher heterogen dar.

In der Studierendenbefragung gaben 58% an, finanzielle Unterstützung von ihren Eltern zu erhalten, 64% generierten Einnahmen über ihre Berufstätigkeit neben dem Studium, 21% bezogen BAföG, 15% erhielten Geld von Dritten und 9% nutzten Gespartes (vgl. Kapitel 8). Die Angaben der Absolventen und der Studierenden bezüglich der Finanzierung durch die Eltern unterscheiden sich damit deutlich. Im Verhältnis zu den Absolventen wohnen die Studierenden zu einem relativ hohen Anteil in eigenen Wohnungen, auch stammen sie eher aus Berlin.

Tabelle 3: Finanzierung des Studiums der Absolventen.

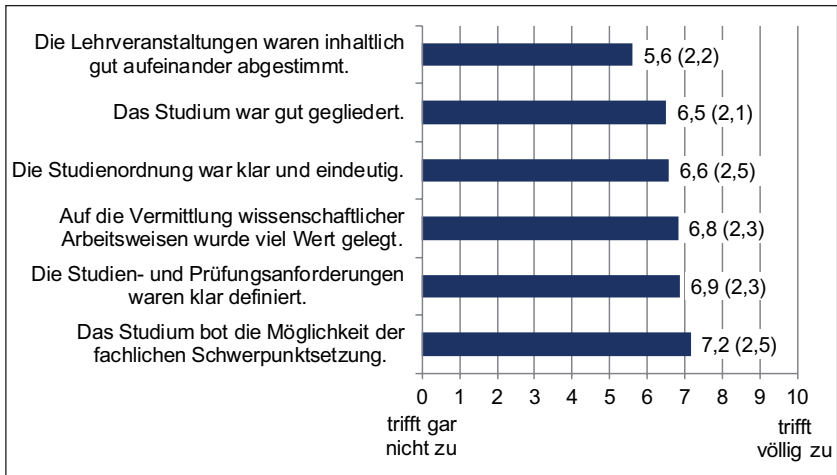
Finanzierung Studium	Anteil erhalten in %	Anteil in %			
			n	Mittelwert	SD
Jobben	84,4	398	39,8	25,2	35
Eltern	77,4	393	45,9	30,6	50
BAföG	37,1	221	35,1	29,4	30
Dritte (Großeltern, Partner etc.)	21,3	161	8,4	14,7	5
Gespartes	20,0	153	9,4	14,9	5
Sonstiges	15,2	134	21,3	31,8	5

Die Angaben von Studierenden und Absolventen können zwar nicht direkt miteinander verglichen werden, da die Absolventen über ihre komplette Studienzeit berichten und die Studierenden ihre aktuelle Situation beschreiben, jedoch lässt sich ablesen, dass die Absolventen tendenziell häufiger neben ihrem Studium arbeiteten, als es die derzeitigen Studierenden tun (vgl. Abbildung 5 und Kapitel 8). Nur 9% gaben an, dass sie während des Studiums nicht erwerbstätig waren, bei den aktuell Studierenden sind es 33%, die zum Zeitpunkt der Befragung keiner Tätigkeit nachgingen. Dass die veränderte Studienstruktur im Rahmen der Bologna-Reformen die Ausübung der Erwerbstätigkeit während des Studiums einschränkt, lässt sich an dieser Stelle nur vermuten.

Abbildung 5: Erwerbstätigkeit neben dem Studium (n=473).

2.5 Zufriedenheit mit dem Studium an der Universität Potsdam und dessen Bewertung in der Retrospektive

Die Absolventen wurden gebeten, das Studium an der Universität Potsdam zu beurteilen. Dazu sollten sie auf einer elfstufigen Skala von 0 „trifft gar nicht zu“ bis 10 „trifft völlig zu“ angeben, inwieweit sie verschiedenen Aussagen zustimmen (vgl. Abbildung 6). Stärkste Zustimmung erhielt die Möglichkeit der fachlichen Schwerpunktsetzung mit einem Wert von 7,2. Etwa genauso stark war die Zustimmung dazu, dass Studien- und Prüfungsanforderungen klar definiert waren und viel Wert wurde auf die Vermittlung wissenschaftlicher Arbeitsweisen gelegt. In geringerem Maße bestätigten die Absolventen, dass die Lehrveranstaltungen inhaltlich gut aufeinander aufgebaut waren (5,6).

Abbildung 6: Aussagen das Studium an der Universität Potsdam betreffend.

Erhoben auf einer elfstufigen Skala von 0 „trifft gar nicht zu“ bis 10 „trifft völlig zu“ (je nach Item n=441 bis 444), abgebildet sind Mittelwerte und Standardabweichung.

Insgesamt waren die Absolventen mit der Universität allgemein (7,0) und auch persönlich (7,0) zufrieden, wie es die Beurteilung auf der elfstufigen Skala zeigt (vgl. Tabelle 4). Ihre allgemeinen Erwartungen an das Studium an der Universität Potsdam erfüllten sich im selben Maße (6,8) wie ihre persönlichen Erwartungen (6,8). Die höchsten Zustimmungswerte (7,4) erhielt die Freude am Studium. Die Absolventen scheinen sich somit insgesamt positiv an ihre Studienzeit zu erinnern und übertreffen in ihrer Einschätzung die positiven Werte der Studierendenbefragung leicht.

Tabelle 4: Einschätzungen der Absolventen zu ihrem Studium.

		n	Mittelwert (SD)
Universität	Wie zufrieden waren Sie mit Ihrem Studium an der Universität Potsdam im Allgemeinen?	445	7,0 (1,8)
	Inwieweit wurden Ihre persönlichen Erwartungen an die Universität Potsdam erfüllt?	444	6,8 (2,0)
Studium	Das Studium an der Universität Potsdam machte mir alles in allem viel Freude.	445	7,4 (2,0)
	Wie zufrieden waren Sie persönlich mit der Universität Potsdam?	445	7,0 (1,9)
	Inwieweit wurden Ihre persönlichen Erwartungen an Ihr Studium an der Universität Potsdam erfüllt?	446	6,8 (2,0)

Erhoben auf einer elfstufigen Skala von 0 „gar nicht“ bis 10 „in sehr hohem Maße“.

Verbesserungsbedarf sehen die Absolventen in der Praxisorientierung innerhalb ihres Studiums, da eine Diskrepanz zwischen empfundener Berufsorientierung im Studium (4,1) und benötigter Berufsorientierung im Studium (7,3) zu erkennen ist (vgl. Tabelle 5). Die Nützlichkeit des Studiums wird dennoch im Durchschnitt positiv eingeschätzt (5,8).

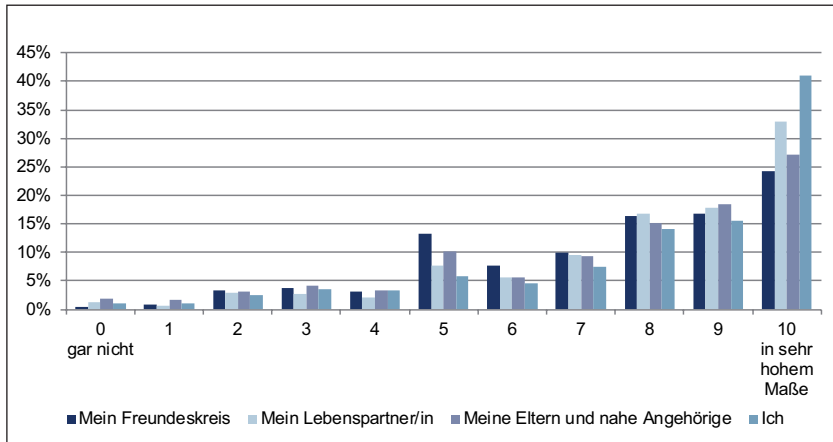
Tabelle 5: Ausmaß der Berufsorientierung des Studiums an der Universität Potsdam aus Sicht der Absolventen.

	n	Mittelwert (SD)
Wie stark war die Berufsorientierung in Ihrem Studium ausgeprägt?	448	4,1 (2,7)
Wie stark hätte die Berufsorientierung aus Ihrer Sicht in Ihrem Studium ausgeprägt sein sollen?	448	7,3 (2,1)
Wie nützlich schätzen Sie allgemein die Inhalte Ihres Studiums für Ihr jetziges Berufsleben ein?	445	5,8 (2,5)

Erhoben auf einer elfstufigen Skala von 0 „gar nicht stark/nützlich“ bis 10 „sehr stark/nützlich“.

Um die Beurteilung des Studiums abzuschließen, wurden die Absolventen gebeten, aus eigener Sicht, aber auch aus wahrgenommener Perspektive von Eltern, Freunden und Partner einzuschätzen, inwieweit sie die Entscheidung für ein Studium aus heutiger Sicht für richtig erachten. Dazu sollte die Einschätzung auf einer elfstufigen Skala von 0 „gar nicht“ bis 10 „in sehr hohem Maße“ abgegeben werden (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7: Bewertung, in welchem Maße die Absolventen bzw. andere ihr Studium aus heutiger Sicht für die richtige Entscheidung halten (je nach Item n=335 bis 446).

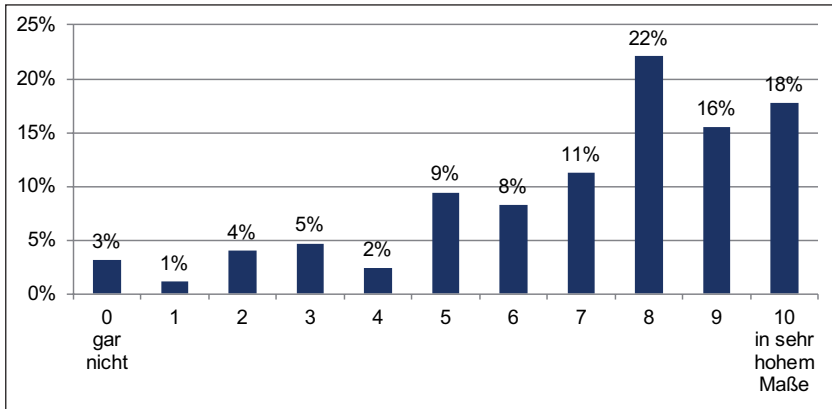


Erhoben auf einer elfstufigen Skala von 0 „gar nicht“ bis 10 „in einem sehr hohen Maße“.

Über alle Gruppen ist zu erkennen, dass Werte unter 5 in einem sehr geringem Maße angegeben wurden. Sie machten in keiner Gruppe mehr als 15% der Angaben aus. Die Absolventen selbst halten ihre Entscheidung auch aus heutiger Sicht für richtig (durchschnittlicher Wert 8,0), 41% gaben an, in sehr hohem Maße davon überzeugt zu sein, die richtige Wahl getroffen zu haben. Auch die Lebenspartner scheinen dieses Urteil zu fällen (7,9), hier wurde der Wert 10 von 33% der Befragten angegeben. Etwas kritischer sehen sowohl der Freundeskreis (7,4) als auch die Eltern und nahe Angehörige (7,4) nach Auskunft der Absolventen die Wahl des Studiums, halten sie dennoch für richtig.

Weiterhin wurden die Absolventen gebeten anzugeben (elfstufige Skala von 0 „gar nicht“ bis 10 „in sehr hohem Maße“), ob sie sich nach heutigem Wissensstand wieder für ein Studium an der Universität Potsdam entscheiden würden (vgl. Abbildung 8). Das Ergebnis zeigt deutlich, dass die Studierenden auch aus heutiger Sicht wieder mit einem Studium an der Universität Potsdam beginnen würden. Nur 15% geben Werte von eins bis vier an. Mehr als die Hälfte der Absolventen vergab Werte von sieben bis zehn, und signalisierte damit eine hohe Zufriedenheit mit ihrer Wahl des Studienortes. Etwa 60% der Absolventen gaben sogar an, die Universität Potsdam bereits aktiv jemandem für ein Studium oder einen Studienaufenthalt empfohlen zu haben.

Abbildung 8: Angabe inwieweit sich die Absolventen mit dem heutigem Wissensstand wieder für ein Studium an der Universität Potsdam entscheiden würden (n=444).



Erhoben auf einer elfstufigen Skala von 0 „gar nicht“ bis 10 „in einem sehr hohen Maße“.

2.6 Praktische Ausbildungsphase

In verschiedenen Studiengängen (z. B. Rechtswissenschaft oder Lehramtstudiengänge) ist es notwendig, dem Studium eine zweite, praktische Ausbildungsphase anzuschließen. Etwa ein Viertel der befragten Absolventen gab an, dass für ihren weiteren beruflichen Werdegang ein Referendariat, Vikariat, Berufspraktikum o. ä. nötig sei (vgl. Tabelle 6). 11% haben diese Phase bereits abgeschlossen, 7% durchlaufen diese Phase zum Zeitpunkt der Befragung und 8% steht diese zweite Ausbildungsphase nach eigenen Angaben noch bevor.

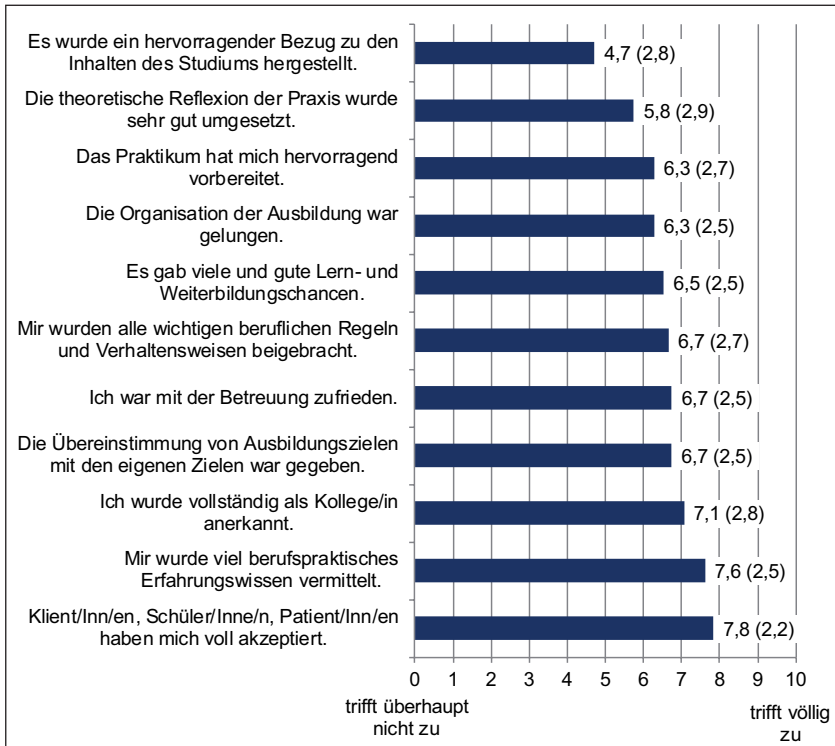
Tabelle 6: Anteil der Personen, die eine zweite Ausbildungsphase durchlaufen haben.

Ist für Ihren angestrebten Beruf eine weitere praktische Ausbildungsstufe (z. B. Referendariat, Vikariat, Anerkennungs-/Berufspraktikum) vorgesehen?		
	absolute Häufigkeit	relative Häufigkeit
Nein	332	74,4 %
Ja, aber habe noch nicht damit begonnen.	35	7,8 %
Ja, ich habe schon damit begonnen	32	7,2 %
Ja, ich habe sie schon abgeschlossen.	47	10,5 %
Gesamt	446	100 %

Im Durchschnitt warteten die Absolventen, die eine weitere praktische Ausbildungsphase durchliefen, 4,8 (SD=7,9) Monate auf einen Platz für diese Phase. 42% konnten direkt nach Abschluss ihres Studiums mit ihrer praktischen Ausbildungsphase beginnen, länger als ein Jahr warteten 8% der Absolventen.

Um einen Platz zu erhalten, schrieben etwas mehr als die Hälfte der befragten Absolventen zwei oder weniger Bewerbungen, 16% mussten mehr als zehn Bewerbungen verschicken. Die Erfahrungen, die die Absolventen in der zweiten Ausbildungsphase gemacht haben oder gerade machen, sind größtenteils positiv. Auf einer elfstufigen Skala von 0 „trifft überhaupt nicht zu“ bis 10 „trifft völlig zu“ wird für ein Item ein durch ein durchschnittlicher Wert unter fünf angegeben (vgl. Abbildung 9). Der Bezug zu den Inhalten des Studiums wurde aus Befragtersicht nur geringfügig in der praktischen Ausbildungsphase hergestellt (4,7). Bezüglich der Akzeptanz durch Kollegen (7,1) und Klienten/Schülern/Patienten (7,8), haben die Absolventen hingegen sehr positive Erfahrungen machen können. Die Vermittlung von berufspraktischem Wissen erfolgte in hohem Maße (7,6) und der Großteil war mit der Betreuung zufrieden (6,7). Die Organisation der Ausbildung war gelungen (6,3) und die zweite Ausbildungsphase diente durchaus als Vorbereitung für den Berufsalltag (6,3).

Abbildung 9: Bewertung einzelner Aspekte der praktischen Ausbildungsphase von Personen, die sie gerade durchlaufen oder bereits durchlaufen haben.



Erhoben auf einer elfstufigen Skala von 0 „trifft überhaupt nicht zu“ bis 10 „trifft völlig zu“ (je nach Item n=67 bis 70), abgebildet sind Mittelwerte und Standardabweichung

3 Fazit

Insbesondere in den letzten 25 Jahren wurden an deutschen Universitäten und Hochschulen vermehrt Absolventenstudien durchgeführt. Damit ist in der Regel das Interesse von Forschern und den Universitäten verbunden, herauszufinden, wie Absolventen ihr Studium im Nachhinein bewerten und wie für sie der Einstieg ins Berufsleben verlief.

Unter den Absolventen der Universität Potsdam stammte ein deutlich kleinerer Anteil aus Berlin als vergleichsweise unter den befragten Studierenden (vgl. Kapitel 6). Dies deutet darauf hin, dass das deutliche Wachstums der Universität Potsdam mit einem relativ vermehrten Zuwachs Studierender aus Berlin einherging. Bezüglich der Bildungsherkunft ergaben sich keine größeren Unterschiede zwischen den Absolventen und den Studierenden, hier zeigt sich erneut die in Kapitel 7 diskutierte Vererbung von Bildungsunterschieden. Ebenso wie die Studierenden wählten die aus Brandenburg stammenden Absolventen die Universität vor allem aus privaten Gründen, insbesondere aufgrund der Verbindung mit der Region und der Nähe zum damaligen Wohnort. Absolventen, die aus Berlin stammten, nannten ebenfalls häufig die Nähe zum Heimatort sowie die Verbundenheit mit der Region, Absolventen von außerhalb Berlins und Brandenburgs kamen vor allem aufgrund der speziellen Ausrichtung der Universität.

Für das Studium benötigten die Absolventen rund 11 Semester. Absolventen mit einem Magisterabschluss benötigen die meisten Fachsemester bis zum Studienabschluss und studierten damit signifikant länger als Absolventen mit Diplom oder Staatsexamen. Im Gegensatz zu den Studierenden wurden die Absolventen in einem höheren Ausmaß von ihren Eltern unterstützt, zudem erwirtschafteten Absolventen einen höheren Anteil zur Finanzierung ihres Studiums durch eigene Tätigkeit als die aktuell Studierenden.

Die Absolventen waren vor allem mit der Möglichkeit zur fachlichen Schwerpunktsetzung zufrieden, auch die Studien- und Prüfungsanforderungen waren klar definiert, insgesamt waren die Absolventen mit der Universität allgemein und auch persönlich zufrieden, ihre allgemeinen Erwartungen an das Studium an der Universität Potsdam wurden erfüllt. Die Absolventen bewerteten aus ihrer persönlichen Sicht, der des Partners, der Eltern und des Umfeldes, die Wahl von Potsdam als Studienort im Nachhinein als positiv. Die Absolventen würden sich auch heute nochmals für ein Studium an der Universität Potsdam entscheiden und erinnern sich somit insgesamt sehr positiv an ihre Studienzeit zurück.

Etwa ein Viertel der befragten Absolventen musste oder muss noch eine praktische Ausbildungsphase absolvieren. Jene, die diese bereits abgeschlossen haben, warteten etwas weniger als ein halbes Jahr auf einen Platz. Die Erfahrungen, die die Absolventen in der zweiten Ausbildungsphase gemacht haben oder gerade machen, sind größtenteils positiv, sie wurden von Kollegen, Klienten, Schülern und Patienten akzeptiert, ihnen wurde nach eigenen Angaben berufspraktisches Wissen vermittelt und die praktische Ausbildungsphase diente als Vorbereitung für den Berufsalltag. Wie Absolventen den Einstieg in den Beruf schaffen, ist Gegenstand von Kapitel 10.

4 Literatur

- Emrich, E., Gassmann, F. & Meyer, W. (2015). Kritische Reflektion nationaler und internationaler Absolventenstudien. In: Gassmann, F., Emrich, E., Meyer, W. & Rampeltshammer, L. (Hrsg.) *Was kommt nach dem Studium an der Universität des Saarlandes? Empirische Befunde einer fächerübergreifenden Absolventenstudie*. Saarbrücken: universaar, S. 9–72.
- Janson, K. (2015). Die Bedeutung von Absolventenstudien für die Hochschulentwicklung. Zusammenfassung einer empirischen Studie. In: Flöther, C. & Krücken, G. (Hrsg.) *Generation Hochschulabschluss: Vielfältige Perspektiven auf Studium und Berufseinstieg Analysen aus der Absolventenforschung*, Münster: Waxmann, S. 131–150.
- Koepf, C. & Wolter, A. (2010). *Studium und Beruf*. Hans-Boeckler-Stiftung, Arbeitspapier, Demokratische und Soziale Hochschule, Nr. 210. Düsseldorf.
- Lenz, K., Wolter, A., Reiche, C., Fuhrmann, M., Frohwieser, D. & Otto, M. (2010). *Studium und Berufseinstieg. Ergebnisse der ersten Sächsischen Absolventenstudie* (2.Aufl.) Dresden: Technische Universität Dresden & Sächsisches Kompetenzzentrum für Bildungs- und Hochschulplanung.

Freya Gassmann, Eike Emrich und Konstantin Herrmann

10 Die Absolventen der Universität Potsdam: Einstieg in die Erwerbstätigkeit und das Image von Brandenburg

Gliederung

1	Einleitung.....	320
2	Empirische Analysen.....	321
	2.1 Wege nach dem Studium.....	321
	2.2 Bedingungen des Berufseinstiegs.....	322
	2.3 Hilfreiche Bedingungen für den Einstieg.....	327
	2.4 Ort der ersten Erwerbstätigkeit.....	329
	2.5 Art der ersten Erwerbstätigkeit.....	332
	2.6 Aufgetretene Probleme und studienadäquate Beschäftigung in der ersten Erwerbstätigkeit.....	335
	2.7 Arbeitszeit in der ersten Erwerbstätigkeit	337
	2.8 Nettoverdienst in der ersten Erwerbstätigkeit	339
	2.9 Zufriedenheit mit der ersten Erwerbstätigkeit.....	342
	2.10 Dauer der ersten Erwerbstätigkeit.....	343
	2.11 Einschätzung der derzeitigen beruflichen Situation.....	344
	2.12 Region Brandenburg	348
3	Fazit.....	350
4	Literatur.....	352

1 Einleitung

Im Folgenden soll der Übergang vom Studium in den Beruf der Absolventen der Universität Potsdam von 2007 bis heute betrachtet werden. Üblicherweise erfolgt dieser Übergang in den Arbeitsmarkt im biografischen Verlauf abhängig von der Bildungsbiographie in einer relativ weiten Altersspanne von etwa 16 bis 28 Jahren, die allerdings im Fall von Universitätsabsolventen zeitlich meist zwischen rd. 23 (Bachelorabsolventen) und rd. 26 Jahren (Masterabsolventen) liegt.

In Arbeitsmärkten trifft allgemein das Arbeitsangebot von Haushalten, also arbeitsuchenden Absolventen, auf die Arbeitsnachfrage im Arbeitsmarkt. Ist das Arbeitsangebot größer als die Arbeitsnachfrage und kommt es zu keinen Ausgleichsmechanismen (sinkende Löhne etc.), entsteht Arbeitslosigkeit. Verhält es sich umgekehrt und steigt die Nachfrage über das Angebot, kehrt sich die Asymmetrie um und wird sowohl das Angebot für den Arbeitssuchenden umfangreicher als auch seine Verhandlungsposition besser.

Suchtheoretisch sind zwei zentrale Aspekte für Hochschulabsolventen bedeutsam (vgl. das frühe Modell von McCall, 1970, für das zeitperiodenübergreifende Optimierungsproblem siehe Dixit & Pindyck, 1994).¹ Zunächst einmal sind dies die Wartezeit bis zur Annahme der ersten Stelle und die damit verbundenen Einstiegsbedingungen. Unterschiedliche Arbeitsangebote eröffnen unterschiedliche Verdienstmöglichkeiten und Karrierechancen. Insofern bringt zwangsläufig die Annahme eines konkreten Arbeitsangebotes Opportunitätskosten in Form entgangener Chancen anderer Jobangebote mit sich. Wichtig wird hier der sogenannte optimale Reservationslohn, also jener Lohn, der angibt, wie hoch die Verdienstmöglichkeiten sein müssen, damit es sich lohnt, ein Angebot anzunehmen.

Wartezeit kostet Geld und das Kalkül muss lauten, dass die Annahme eines Angebots so lange verzögert werden kann, wie die Höhe des Gehaltes des nächsten Angebotes über die kommenden Perioden ein höheres Gehalt über den Lebenszyklus ermöglicht unter Berücksichtigung der Einkommen alternativer künftiger Angebote. Insofern müsste die Wartezeit mit der Unsicherheit über die künftige Einkommensentwicklung korreliert sein. Vorausgesetzt, es kommen regelmäßig Stellenangebote, die für den Absolventen interessant sind, ist es

1 Für detailliertere Betrachtungen der Arbeitsmarktforschung siehe z. B. Franz (2006), und Boeri & van Ours (2008). Für eine Darstellung der mathematischen Grundlagen siehe Ljungquist & Sargent (2004, Kap. 4).

also bedeutsam, wie lange er trotz alternativer Angebote wartete und somit, wann er welches Angebot und unter welchen Bedingungen annimmt, wenn er sein Einkommen über die Lebenszeit maximieren will. Auf dieses kann er aber nur warten, wenn die Unsicherheit darüber, dass er ein neues besseres Angebot erhält, gering ist.²

Daneben ist der Einstieg in den Arbeitsmarkt zwangsläufig von konjunkturellen Faktoren bestimmt: ohne freie Position kein Arbeitsangebot. Im Fall ausgeschriebener Positionen sind im zeitlichen Verlauf des Bewerbungsprozesses mehrere Aspekte bedeutsam. Zunächst einmal muss der Absolvent von der ausgeschriebenen Position wissen. Die Kenntnis darum kann er sich selbst unter Inkaufnahme von Suchkosten beschaffen z. B. durch aufmerksames Studium von Stellenanzeigen in Tageszeitungen, im Internet usw. Er kann aber auch Kenntnis von freien Stellen durch Dritte erlangen, womit Netzwerke bzw. Sozialkontakte wichtig werden. Dabei scheint im Sinne von Granovetter (1973) eine hohe Zahl schwacher sozialer Kontakte (strength of weak ties) wichtiger zu sein als eine vergleichsweise niedrige Zahl intensiver Kontakte (zur Wirkung sozialer Kontakte als Weg aus der Arbeitslosigkeit s. Brand, 2006). Nicht zu unterschätzen ist unabhängig von beiden Aspekten die Wirkung des Faktors Zufall und Glück, also etwa zur rechten Zeit am richtigen Ort zu sein.

2 Empirische Analysen

Nachfolgend werden wesentliche Aspekte des Einstiegs der Absolventen der Universität Potsdam in den Arbeitsmarkt untersucht.

2.1 Wege nach dem Studium

Etwa 20% der Absolventen der Universität Potsdam gaben an, nach ihrem Studium an der Universität Potsdam ein weiteres Studium aufgenommen zu haben. Von diesen studiert etwa ein Drittel noch, zwei Drittel haben dieses Studium bereits abgeschlossen. Um die Wege der Absolventen der Universität Potsdam vom Studium in das Berufsleben nachzuvollziehen und besser verstehen zu können, wurden die Befragten gebeten, für jede Phase nach ihrem Studium anzugeben, was sie in welchem Zeitraum gemacht haben. Die meisten Absolventen fanden

2 Mittelfristig bedeutsam ist auch die Branche, deren Angebot er wählt, und damit letztlich der weitere Karrierepfad. Passt die Branche, muss er künftig zwecks Annahme eines besseren Angebots bzw. Erhöhung seines Einkommens nur noch den Arbeitgeber in der Branche wechseln und nicht mehr Branche und Arbeitgeber. Dies bedeutet, dass er sein branchenspezifisches Humankapital besser nutzen kann.

direkt nach ihrem Studium eine Erwerbstätigkeit (vgl. Tabelle 1). Lediglich ein Fünftel der Befragten gab an, nach dem Studium eine Arbeitsstelle gesucht zu haben, etwa 9% waren arbeitslos gemeldet und 10% machten ein Praktikum nach ihrem Abschluss. Ein weiteres Zehntel der Absolventen machte im Anschluss an das Studium Urlaub oder ging auf Reisen. Zu beachten ist, dass es den Befragten ermöglicht wurde, Mehrfachantworten zu geben, daher kann es zu Überschneidungen in der Angabe verschiedener Tätigkeiten innerhalb der Phasen kommen.

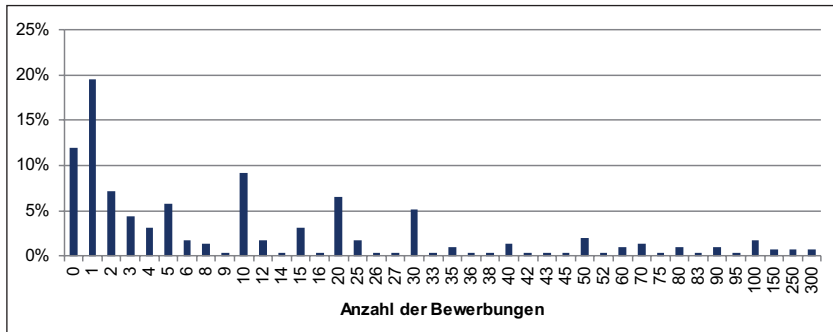
Tabelle 1: Was machten die Absolventen in der ersten Phase nach ihrem Studium?

	absolute Häufigkeit	relative Häufigkeit
Erwerbstätig	182	43 %
Arbeitssuche	90	21 %
Arbeitslos	39	9 %
Praktikum	42	10 %
Urlaub/Reisen	41	10 %
Promotion	39	9 %
Elternzeit	17	4 %
Referendariat	14	3 %
Hausfrau/Hausmann	3	1 %
Sonstiges	69	16 %
Gesamt	421	

2.2 Bedingungen des Berufseinstiegs

Die Zahl der geschriebenen Bewerbungen kann als grober Indikator für die Wartezeit genutzt werden. 31% der Befragten benötigten demnach keine oder nur eine Bewerbung, um ihre erste Stelle zu finden. Die Hälfte schrieb nicht mehr als fünf Bewerbungen, immerhin ein Viertel musste 20 oder mehr Bewerbungen schreiben (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Anzahl der Bewerbungen, die die Absolventen für ihre erste Arbeitsstelle einreichten (n=293).



Die Anzahl der Bewerbungen, die die Absolventen schrieben, variieren nach ihrem Fach, wobei die Varianz, wie auch schon in Abbildung 1 zu sehen ist, relativ hoch ist. In jeder der Gruppen musste etwa ein Viertel höchstens eine Bewerbung schreiben, eine Ausnahme bildet die Juristische Fakultät, dort waren für dieses Viertel zwei Bewerbungen notwendig.

Die Studierenden der Juristischen Fakultät schrieben im Schnitt etwa 12 Bewerbungen, die der Philosophischen Fakultät 16, der Humanwissenschaftlichen Fakultät mit acht am wenigsten, in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät waren es 24 und innerhalb der Mathematisch- und Naturwissenschaftlichen Fakultät mit 26 am meisten (Tabelle 2).

Tabelle 2: Anzahl der Bewerbungen nach Fakultät, zu der der Studiengang gehört.

Fakultät	n	Mittelwert	Standard- abweichung	1. Quartil	Median	3.Quartil
Juristische Fakultät	16	11,7	23,9	2	5,5	10
Philosophische Fakultät	68	16,4	35,6	1	3,5	20
Humanwissenschaftliche Fakultät	35	7,9	13,2	1	2	10
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät	93	23,8	36,8	1	10	30
Mathematisch- und Naturwissenschaftliche Fakultät	78	25,8	52,7	1	8,5	25
Total	290	20,0	39,4	1	5	20

Die Anzahl der Bewerbung kann nicht nur als grober Indikator für die Wartezeit, sondern auch als ein Indikator dafür, wie erfolgreich die Absolventen bei der Suche nach der ersten Stelle waren, gewertet werden. Eine weitere interessante Kennzahl in diesem Zusammenhang ist die Dauer der Arbeitssuche bzw. Arbeitslosigkeit. Es zeigt sich, dass es dem Großteil der Absolventen nicht allzu schwer gefallen ist, eine Anstellung nach Abschluss ihres Studiums zu finden. 72 % geben an, dass sie ohne eine Phase der Arbeitslosigkeit oder Arbeitssuche in den Beruf eingestiegen sind, bei 56 % der Befragten war der Übergang von Studium in die Erwerbstätigkeit nahtlos. 16 % der Absolventen, die angaben weder auf Arbeitssuche oder arbeitslos noch direkt nach dem Studium in einer Anstellung zu sein, machten ein Praktikum, Referendariat oder unternahmen Reisen zwischen dem Studium und der ersten Erwerbstätigkeit.

Bezogen auf die Absolventen, die nach dem Studium eine Phase der Arbeitslosigkeit und Arbeitssuche angaben, suchten 8 % länger als 6 Monate bis zur ersten Anstellung, länger als ein Jahr suchten nur 4 %. Für die Fakultät, an der die Absolventen ihren Abschluss gemacht haben, zeigt sich nur geringe Evidenz, dass nämlich Absolventen der Philosophischen Fakultät am häufigsten auf Arbeitssuche bzw. arbeitslos nach dem Studium waren (30 %), dieser Unterschied ist jedoch nicht signifikant und insbesondere in Anbetracht der allgemein niedrigen Suchdauer nicht bedeutsam.

Die Wahl des Arbeitsortes hat auf die Suchdauer auch nur einen geringen Einfluss. Absolventen, die ihre erste Erwerbstätigkeit in einem anderen Bundesland als Berlin oder Brandenburg begannen, mussten häufiger in eine Phase der Arbeitssuche oder Arbeitslosigkeit (36 %) eintreten als die anderen Absolventen,

aber auch hier ist der Unterschied nicht signifikant. Absolventen, die als Abschluss ein Staatsexamen oder eine Promotion angaben, wiesen insgesamt die geringsten Anteile an Arbeitslosigkeit und Arbeitssuche nach dem Abschluss auf, Magisterstudierende die höchsten (36 %).

Tabelle 3: Suchdauer der Absolventen bis zur ersten Erwerbstätigkeit.

	Nur arbeitslos und arbeitssuchend nach Abschluss		Unabhängig von der Phase nach Abschluss	
	absolute Häufigkeit	relative Häufigkeit	absolute Häufigkeit	relative Häufigkeit
Keine Suchzeit	218	72 %	168	56 %
6 Monate und weniger	58	19 %	57	19 %
Zwischen 6 Monaten und einem Jahr	13	4 %	21	7 %
Mehr als ein Jahr	12	4 %	25	8 %
Mehr als zwei Jahre	-	-	30	10 %
Gesamt	301	100 %	301	100 %

Die Absolventen schätzten auf einer elfstufigen Skala von 0 „spielte gar keine Rolle“ bis 10 „spielte sehr große Rolle“ ein, inwiefern Personen oder Institutionen vermittelnd herangezogen wurden, um in das erste Arbeitsverhältnis zu gelangen (vgl. Tabelle 4). Generell sind die Angaben der Absolventen dazu sehr unterschiedlich, was an der relativ hohen Varianz zu erkennen ist. Dies kann zum einen damit zusammenhängen, dass hier erhebliche fächerspezifische Unterschiede oder Differenzen vorliegen.

Die aufgebauten Verbindungen durch ein Praktikum und/oder eine Abschlussarbeit in einem Unternehmen werden als wichtigste Hilfestellung für den Eintritt in den Arbeitsmarkt gesehen. Der Wert von 4,2 ist mit Abstand die stärkste Zuschreibung der Absolventen. Netzwerke außerhalb der Universität folgen in der Bedeutsamkeit mit 2,8, dann folgen die Ausbildung/Tätigkeit vor dem Studium (2,3) und universitäre Beziehungen zum Hochschullehrer (2,1). Eine geringere Rolle spielten die Agentur für Arbeit, Kontaktmessen oder das Karrierecenter beim Finden der ersten Arbeitsstelle.

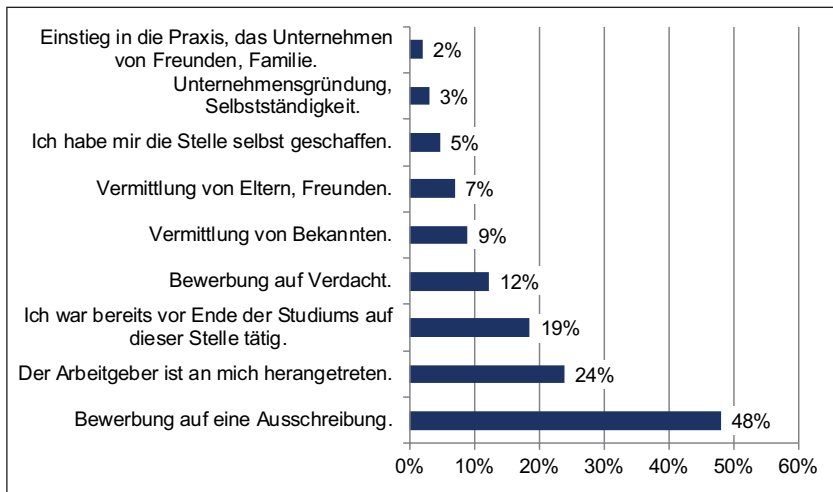
Tabelle 4: Zum Finden der ersten Arbeitsstelle vermittelnd herangezogene Personen/Institutionen.

Personen/Institutionen	n	Mittelwert	SD	Median	Anteil max. Zustimmung
Bestehende Verbindungen durch Praktika und/oder Abschlussarbeiten	293	4,2	4,2	3	19,5 %
Freunde außerhalb der Universität	292	2,8	3,7	0	8,2 %
Ausbildung/Tätigkeit vor dem Studium	291	2,3	3,7	0	9,6 %
Hochschullehrer/in	290	2,1	3,5	0	9,7 %
Agentur für Arbeit	291	1,6	2,9	0	4,5 %
Kontakte bei Messen, Kontaktbörsen usw.	286	1,5	2,7	0	1,4 %
Institutionen der Hochschule (z. B. Career Center)	289	1,2	2,5	0	1,7 %

Erhoben auf einer elfstufigen Skala von 0 „spielte gar keine Rolle“ bis 10 „spielte sehr große Rolle“.

Nachdem dargestellt wurde, welche Personen oder Institutionen einbezogen wurden, um eine Arbeitsstelle zu erhalten, wurde nach der Art und Weise des Zugangs gefragt. Dazu hatten die Absolventen die Möglichkeit, aus einer Anzahl von Items diejenigen auszuwählen, die aus subjektiver Sicht für die Stellensuche relevant waren (vgl. Abbildung 2). Fast die Hälfte der Befragten bewarb sich auf dem klassischen Wege auf eine Stellenausschreibung, um ihre erste Berufsanstellung zu erhalten. 24 % brauchten bei der Suche nach einer Stelle weniger selbst aktiv werden, da der Arbeitgeber auf sie zugekommen ist. Fast ein Drittel dieser Absolventengruppe gab zudem an, dass sie bereits vor dem Ende des Studiums auf dieser Stelle tätig waren. Insgesamt gaben etwa 19 % an, dass eine Anstellung bereits vor dem Ende des Studiums auch nach dem Abschluss weitergeführt wurde. Initiativbewerbungen führten bei 12 % der Absolventen zum Erfolg. Das eigene soziale Netzwerk wurde in geringerem Maße direkt zur Stellenvermittlung genutzt und auch nur ein geringer Prozentsatz der Absolventen schuf sich ihre Stelle selbst bzw. startete in die Selbstständigkeit oder gründete ein eigenes Unternehmen. Insgesamt waren die Bekannten in höherem Maße hilfreich bei der Suche als die Eltern oder Freunde, dieser empirische Befund deckt sich somit mit den Überlegungen von Granovetter (1973) zu der Stärke schwacher sozialer Beziehungen (strength of weak ties).

Abbildung 2: Wege der Absolventen, über die sie ihre erste Berufsanstellung gefunden haben (n=302).



2.3 Hilfreiche Bedingungen für den Einstieg

Die Erwerbstätigkeit neben dem Studium hat einen großen Einfluss auf die Stellensuche nach Abschluss des Studiums, das zeigen die oben beschriebenen Ergebnisse. Daher wurden die Absolventen gebeten, auf einer elfstufigen Skala von 0 „gar nicht“ bis 10 „in sehr hohem Maße“ einzuschätzen, ob Ihnen diese Erwerbstätigkeit neben dem Studium einen Vorteil bei der Stellensuche brachte, sei es im Allgemeinen oder in Bezug auf die erste Anstellung nach dem Studium (vgl. Tabelle 5). Dabei wurde für die Suche nach der ersten Erwerbstätigkeit ein größerer Vorteil angegeben (6,6) als in der allgemeinen Einschätzung der Befragten (6,0). Die Art der Erwerbstätigkeit neben dem Studium scheint hier entscheidend zu sein. Befragte, die angeben, dass sie eine fachnahe Tätigkeit als studentische Hilfskraft ausübten oder fachnah selbstständig tätig waren, geben einen durchschnittlichen Wert von 7,2 an. Noch höher schätzen diejenigen, die in einem Betrieb oder einer Dienststelle mit fachnahen Aufgaben vertraut waren, ihren Vorteil bei der Arbeitsplatzsuche ein (8,6). Lag kein Bezug zum Fach bei der Erwerbstätigkeit neben dem Studium vor, schätzen die Absolventen auch den positiven Einfluss auf die Stellensuche gering ein (5,6).

Von einem allgemeinen Vorteil durch die Erwerbstätigkeit neben dem Studium gegenüber anderen Bewerbern kann nicht zwingend ausgegangen werden, da 91 % der Absolventen angaben, neben dem Studium erwerbstätig gewesen zu sein, sodass es im Grunde die Regel und nicht die Ausnahme zu sein scheint. Als relevant kann der Fachbezug der Erwerbstätigkeit neben dem Studium eingeordnet werden.

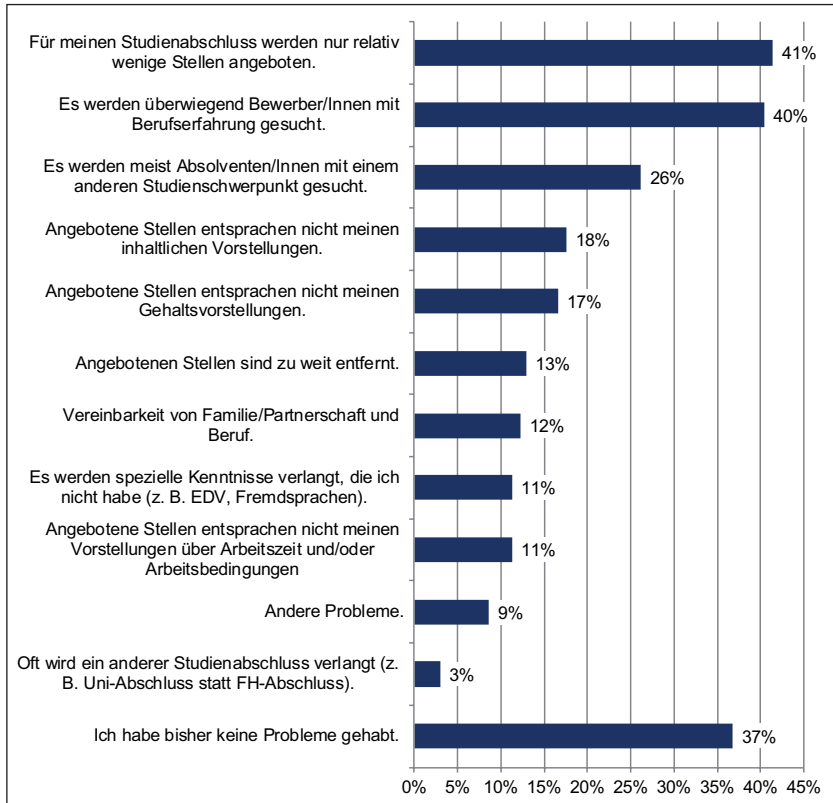
Tabelle 5: Kennwerte zur Einschätzung der Bedeutung von einer Erwerbstätigkeit während des Studiums auf die Arbeitsplatzsuche.

	n	Mittelwert	SD	1. Quartil	Median	3. Quartil
Glauben Sie, dass Ihnen diese Erwerbstätigkeit einen Vorteil bei der Arbeitsplatzsuche brachte? (Allgemein)	428	6,0	3,3	3	7	9
Glauben Sie, dass Ihre Erwerbstätigkeit während Ihres Studiums einen Vorteil bei der Arbeitsplatzsuche brachte? (Erste Erwerbstätigkeit)	277	6,6	3,5	4	8	10

Erhoben auf einer elfstufigen Skala von 0 „gar nicht“ bis 10 „in sehr hohem Maße“.

Die Suche nach der ersten Erwerbstätigkeit verlief für etwa 37 % der Absolventen ohne große Probleme (vgl. Abbildung 3). Gefragt nach Schwierigkeiten, die den Absolventen bei der Stellensuche begegneten, stand den Befragten eine Liste mit zehn Items zur Auswahl. Dass nur sehr wenige Stellen angeboten wurden, benannte der größte Anteil der Befragten als Schwierigkeit bei der Stellensuche (41 %). Zudem waren für die Stellenbesetzung Berufserfahrungen erwünscht, die die Absolventen nicht vorweisen konnten (40 %). Bei 26 % suchten die Unternehmen oder Behörden einen Absolventen mit anderem Studienschwerpunkt. Weitere Schwierigkeiten lagen darin, dass die angebotenen Stellen nicht den inhaltlichen Vorstellungen (17 %) oder die Vergütung nicht den Gehaltsvorstellungen (16 %) der Absolventen entsprachen. Dass ein anderer Studienabschluss verlangt wurde (3 %), stellte ebenso selten ein Problem dar wie fehlende spezielle Kenntnisse (11 %). Auch Probleme bezüglich der Arbeitsbedingungen, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Entfernung der Arbeitsstelle stellten nur für einen geringen Anteil der Befragten ein Problem bei der Stellensuche dar (Items <15 %).

Abbildung 3: Schwierigkeiten, die den Absolventen der Universität Potsdam bei der Stellensuche begegneten (n=302), da Mehrfachantworten möglich waren, ergeben die Prozent addiert mehr als 100 %.

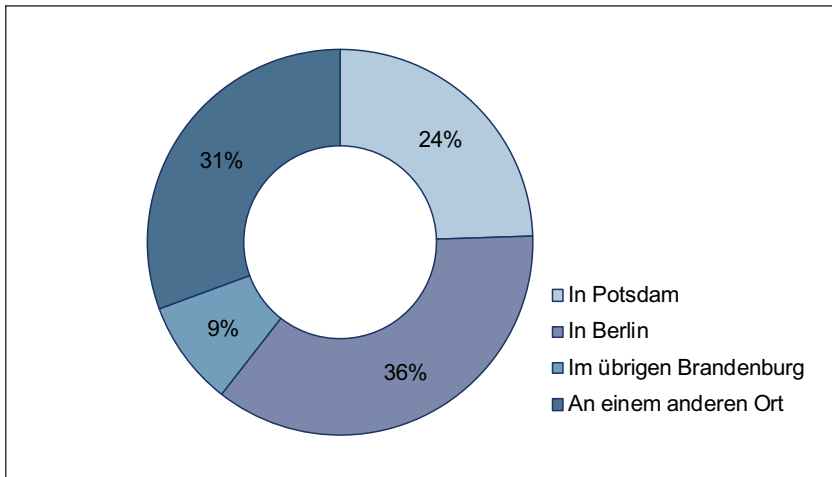


2.4 Ort der ersten Erwerbstätigkeit

„Wer in Brandenburg studiert, will in Berlin arbeiten“ so lautet die Überschrift des Artikels von Blankenagel (2016), zwei Drittel der Studierenden äußerten den Wunsch, nach ihrem Studium in Berlin eine Anstellung zu finden, heißt es darin. Auch die von uns befragten Experten aus Wirtschaft, Politik und Verbänden sehen die Problematik, dass gut ausgebildete Erwachsene nach ihrem Studium zum größten Teil das Land Brandenburg wieder verlassen, weil für einige Fachrichtungen der Stellenmarkt zu klein sei und in Berlin oder anderen Orten größere Unternehmen mit besseren Aufstiegschancen ihren Sitz haben (siehe Kapitel 5).

Betrachtet man die Angaben der befragten Absolventen der Universität Potsdam zum Ort ihrer ersten Erwerbstätigkeit (vgl. Abbildung 4), dann zeigt sich, dass in Berlin zwar die meisten Absolventen ihre erste Anstellung fanden (36%), jedoch auch ein erheblicher Teil in Potsdam (24%) erwerbstätig wurde. Zusammen mit denjenigen, die im übrigen Brandenburg eine Anstellung fanden, machen sie in etwa ein Drittel der Absolventen aus. Wiederum rund ein Drittel arbeitet nach dem Studium weder in Berlin noch in Brandenburg. Unter denen, die an einem anderen Ort die erste Erwerbstätigkeit fanden, geben 28% an, für ihren ersten Job ins Ausland gegangen zu sein.

Abbildung 4: Ort der ersten Erwerbstätigkeit der Absolventen der Universität Potsdam (n=294).

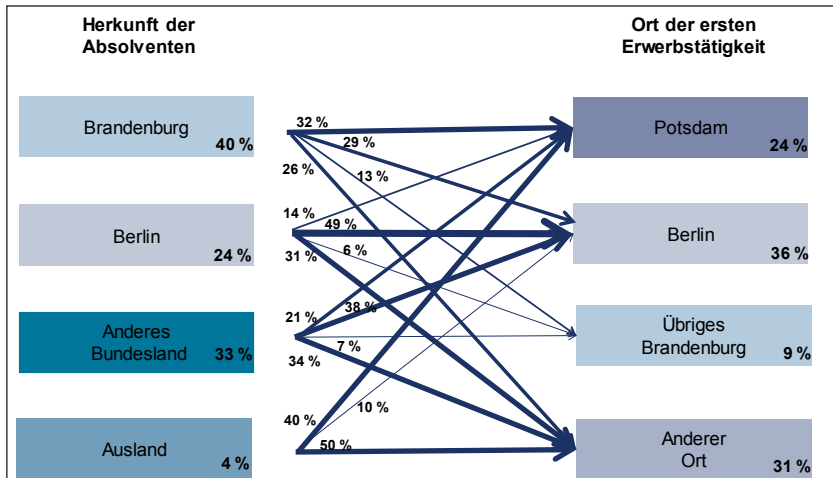


Ein Experte aus den Verbänden war hinsichtlich der Bleibeperspektive von Studierenden, die nicht aus der Region kommen, eher skeptisch, da „*die mentale Verankerung und die Aussicht, anschließend dann in Brandenburg berufstätig zu werden, (...) von vorne herein nicht gegeben*“ sei. Stellt man den Herkunftsort der Studierenden dem Ort der ersten Erwerbstätigkeit gegenüber (vgl. Abbildung 5), dann wird deutlich, dass gerade die Stadt Potsdam attraktiv für Absolventen jeder Herkunft zu sein scheint. Ein Drittel der Brandenburger gibt an, nach dem Studium in Potsdam zu arbeiten, 14% der aus Berlin stammenden Absolventen fanden ihre erste Anstellung in Potsdam und von Absolventen, die außerhalb Berlin und Brandenburgs geboren sind, starteten 21% ihre erste Erwerbstätigkeit in Potsdam.

Dass die Stadt Berlin für viele Absolventen einen hochinteressanten Arbeitsmarkt darstellt, zeigen auch die vorliegenden Daten. Vor allem die Berliner Absolventen finden ihre erste Erwerbstätigkeit in Berlin (49%). 29% der Absolventen aus Brandenburg und 38% derer aus einem anderen Bundesland begannen ihre berufliche Laufbahn in Berlin.

An einen anderen Ort außerhalb der Region zog es 26% der Brandenburger und 31% der Berliner Absolventen für die erste Anstellung. 34% derer, die nicht aus der Region stammen, schlossen ihr Studium an der Universität Potsdam ab und verließen die Region wieder. Zusammenfassend sorgt die Universität Potsdam dafür, junge Erwachsene in die Region zu holen, da zwei Drittel der Absolventen die nicht aus Berlin oder Brandenburg stammen, in der Region ihre erste Erwerbstätigkeit finden. Auf der anderen Seite liegt der Ort der ersten Erwerbstätigkeit von Brandenburgern und Berlinern zu fast einem Drittel außerhalb der Region. Die zunehmende räumliche Mobilität der Absolventen ist über alle Gruppen feststellbar.

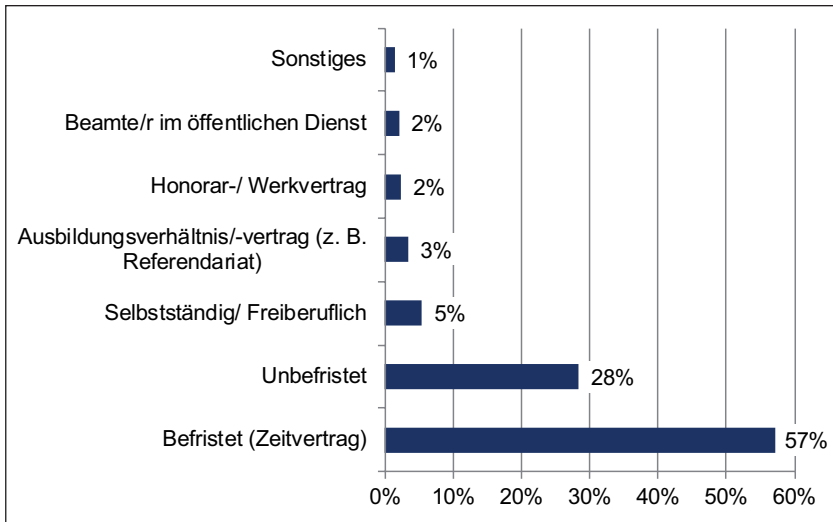
Abbildung 5: Herkunft der Absolventen und Ort der ersten Erwerbstätigkeit (n=293).



2.5 Art der ersten Erwerbstätigkeit

In ihrem ersten Beschäftigungsverhältnis unterschrieben 28 % der Absolventen einen unbefristeten Arbeitsvertrag (vgl. Abbildung 6). Bei mehr als doppelt so vielen Absolventen lag ein befristetes Arbeitsverhältnis im Rahmen der ersten Erwerbstätigkeit vor (57%). 5 % waren freiberuflich oder selbstständig tätig, 2 % wurden Beamte im öffentlichen Dienst und wiederum 2 % arbeiteten mit einem Honorar- bzw. Werkvertrag. Zudem gaben 2 % an, dass es sich bei dem ersten Beschäftigungsverhältnis nach dem Studium um eine Leiharbeiter- oder Zeitarbeiterstelle handelte.

Abbildung 6: Anteile nach Art des ersten Beschäftigungsverhältnisses (n = 296).



Unter den Angestellten, unabhängig von der Vertragsart, gab etwas mehr als ein Drittel an, als wissenschaftlich qualifizierte/r Angestellte/r ohne Leitungsfunktion im Unternehmen angestellt zu sein (vgl. Tabelle 6). 30 % bezeichnen ihr Angestelltenverhältnis als qualifizierte/r Angestellter, 14 % als ausführender Mitarbeiter im Unternehmen. Dass sie bereits in der ersten Erwerbstätigkeit eine Leitungsfunktion übernommen haben, gaben etwa 15 % an. 6 % davon als Leitende/r Angestellte/r und 9 % als wissenschaftlich qualifizierte/r Angestellte/r mit mittlerer Leitungsfunktion.

Tabelle 6: Spezifizierung des Angestelltenverhältnisses der ersten Erwerbstätigkeit nach dem Studium.

	absolute Häufigkeit	relative Häufigkeit
Leitende/r Angestellte/r	15	6,0 %
Wissenschaftlich qualifizierte/r Angestellte/r mit mittlerer Leitungsfunktion	22	8,8 %
Wissenschaftlich qualifizierte/r Angestellte/r ohne Leitungsfunktion	90	35,9 %
Qualifizierte/r Angestellte/r	75	29,9 %
Ausführende/r Angestellte/r	36	14,3 %
Facharbeiter/in (mit Lehre)	2	0,8 %
Un-/angelernte Arbeiter/in	10	4,0 %
Mitleitende/r Familienangehörige/r	1	0,4 %
Gesamt	251	100 %

Zur Erhebung der Art der Berufe wurde die Klassifikation der Berufe 2010 (KldB) genutzt (Bundesamt für Arbeit, 2016). Nach dem Studium begannen die meisten Absolventen (35 %) der Universität Potsdam ihre erste Erwerbstätigkeit im Bereich der sozialen und kulturellen Dienstleistungsberufe (vgl. Tabelle 7). In dieses Berufssegment fallen sowohl Lehrende und ausbildende Berufe, als auch sprach-, geistes-, und wirtschaftswissenschaftliche Berufe. 20 % ordneten ihre erste Arbeitsstelle den IT- und naturwissenschaftlichen Dienstleistungsberufen zu, Informations- und Kommunikationstechnologieberufe zählen hier neben den Umweltschutzberufen und den klassischen naturwissenschaftlichen Fachbereichen der Chemie, Physik, Mathematik und Biologie zu den Berufshauptgruppen. In unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen, zum Beispiel den Medienberufen oder in Berufen der Verwaltung und Recht sowie den Finanzdienstleistungen, arbeiteten etwa 15 %, in medizinischen und nicht-medizinischen Gesundheitsberufen 10 % der Absolventen in ihrer ersten Anstellung. Dass die Zuordnung der Berufe den Befragten Probleme bereitete, zeigen die Kommentare nach Abschluss der Befragung. Einige Befragte gaben an, dass sie ihren Beruf keiner der angegebenen Branchen zuordnen konnten.

Bezogen auf die Art der Anstellung zeigt sich, dass etwa zwei Drittel der Absolventen in sozialen und kulturellen Dienstleistungsberufen befristet angestellt sind. Etwas geringer ist der Anteil der medizinischen und nicht-medizinischen Gesundheitsberufe (57 %). Der höchste Anteil an unbefristeten Arbeitsverhältnissen zeigt sich bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen (40 %) und den IT- und naturwissenschaftlichen Dienstleistungsberufen (43 %).

Tabelle 7: Branche der ersten Erwerbstätigkeit der Absolventen der Universität Potsdam (n=240).

Branche	absolute Häufigkeit	relative Häufigkeit
Land-, Forst- und Gartenbauberufe	3	1,3 %
Fertigungsberufe	2	0,8 %
Fertigungstechnische Berufe	3	1,3 %
Bau- und Ausbauberufe	1	0,4 %
Lebensmittel- und Gastgewerbeberufe	1	0,4 %
Medizinische u. nicht-medizinische Gesundheitsberufe	24	10,0 %
Soziale und kulturelle Dienstleistungsberufe	85	35,4 %
Handelsberufe	10	4,2 %
Berufe in Unternehmensführung und -organisation	21	8,8 %
Unternehmensbezogene Dienstleistungsberufe	35	14,6 %
IT- und naturwissenschaftliche Dienstleistungsberufe	47	19,6 %
Sicherheitsberufe	1	0,4 %
Verkehrs- und Logistikberufe	7	2,9 %
Gesamt	240	100 %

Eine Selbstständigkeit der Absolventen ist in allen Erwerbsphasen relativ selten zu finden (vgl. Tabelle 8). Auf die Frage, ob die Absolventen planen, sich selbständig zu machen oder schon selbstständig sind, antworteten 6 %, dass sie bereits als Selbständiger tätig sind und 4 %, dass sie in Zukunft eine Selbstständigkeit planen.

Tabelle 8: Anteile der Absolventen, die planen, sich selbstständig zu machen oder zum Zeitpunkt der Befragung bereits selbstständig sind (n=360).

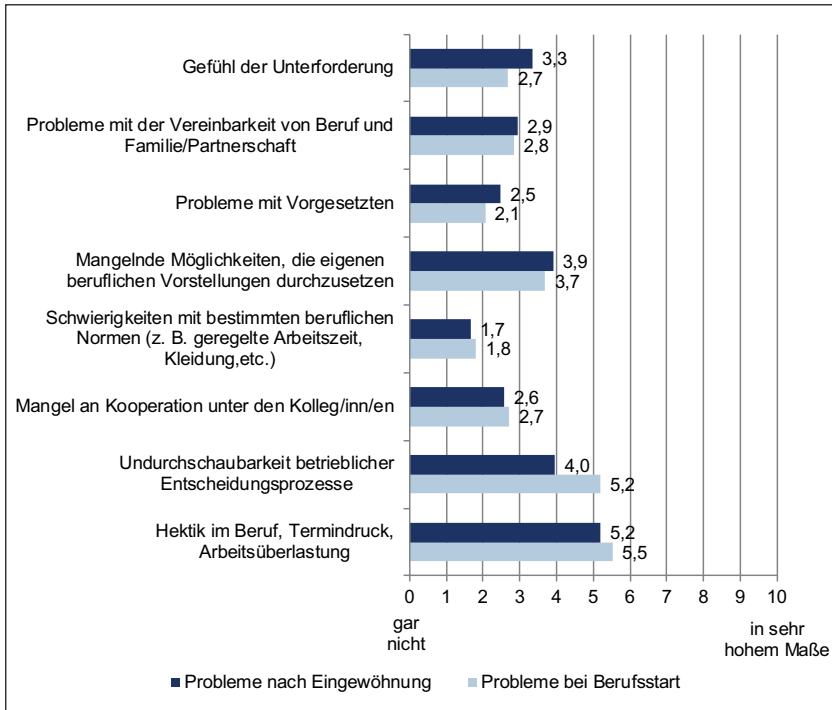
Planung Selbstständigkeit	absolute Häufigkeit	relative Häufigkeit
Ich bin bereits selbstständig	22	6,1 %
Ja	15	4,2 %
Nein	323	89,7 %
Gesamt	360	100 %

2.6 Aufgetretene Probleme und studienadäquate Beschäftigung in der ersten Erwerbstätigkeit

In der Literatur wird häufig von einem Praxisschock von Absolventen bei Eintritt in das Berufsleben berichtet (z. B. Tauber, 2005), vor allem wenn sie ihr Studium an einer Universität absolviert haben. In Abbildung 7 werden von den Absolventen mögliche Probleme auf einer elfstufigen Skala von 0 „gar nicht“ bis 10 „in sehr hohem Maße“ bewertet. Dabei konnten die Befragten unterscheiden, inwieweit bestimmte Probleme beim Berufsstart oder nach der Eingewöhnung auftraten. Die durchschnittlichen Werte der Items liegen weitestgehend unter einem Wert von 5 und sind damit als eher unproblematisch einzuschätzen. Das Item „Hektik im Beruf, Termindruck und Arbeitsüberlastung“ sehen die Absolventen sowohl beim Berufsstart (5,5), als auch nach der Eingewöhnung (5,2) als größtes Problem an. Die Undurchschaubarkeit der betrieblichen Entscheidungsprozesse war für die Absolventen beim Berufsstart ein Problem (5,2), dass sich aber mit zunehmender Erfahrung nach der Eingewöhnung verringerte (4,0). Geringe Probleme gaben die Absolventen dafür an, sich an bestimmte berufliche Normen halten zu müssen, hier stellten sie auch kaum einen Unterschied zwischen Berufsstart (1,8) und Eingewöhnung (1,7) fest. Entgegen der Tendenz bei den beschriebenen Items, wo die Werte nach der Eingewöhnung geringer ausfallen und damit die Probleme in den jeweiligen Bereichen geringer werden, schätzen die Absolventen das Gefühl der Unterforderung (+0,6) und die Probleme mit Vorgesetzten (+0,4) nach der Eingewöhnung höher ein.

Alles in allem treten jedoch auch die Probleme mit dem Vorgesetzten, das Gefühl der Unterforderung, ein Mangel an Kooperation unter den Kolleg/in/en sowie Probleme mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in nur geringem Maße auf. Das ist insofern interessant, als die Absolventen für ihr Studium einen stärkeren Praxisbezug fordern, obwohl sie doch für den Berufsalltag relativ gut gerüstet sind und sich anscheinend gut in die Arbeitsprozesse einarbeiten können.

Abbildung 7: Angaben zu aufgetretenen Problemen beim Berufsstart und nach Eingewöhnung der Absolventen (n=261 bis 270 je nach Item).

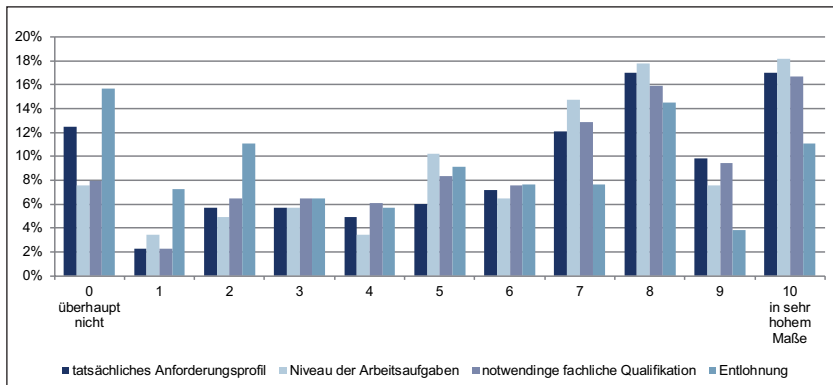


Erhoben auf einer elfstufigen Skala von 0 „gar nicht“ bis 10 „in sehr hohem Maße“

Anhand von vier Items (tatsächliches Anforderungsprofil, Niveau der Arbeitsaufgaben, notwendige fachliche Qualifikation und Entlohnung) sollten die Absolventen auf einer elfstufigen Skala von 0 „überhaupt nicht“ bis 10 „in sehr hohem Maße“ angeben, in welchem Ausmaß bzw. wie adäquat diese Merkmale in ihrer ersten Erwerbstätigkeit zutrafen. Vor allen anderen Merkmalen ist es die Entlohnung, die die Absolventen als inadäquat beurteilen. 16% der Absolventen vergeben den Minimalwert von 0 „überhaupt nicht“, fast die Hälfte vergibt Werte unter fünf und auch im Durchschnitt erreicht dieses Item nur einen Wert von 4,8. Die Einschätzung der anderen drei Merkmale ist in etwa gleich. Ungefähr zwei Drittel der Absolventen schätzen das Niveau der Arbeitsaufgaben, das tatsächliche Anforderungsprofil und die notwendige fachliche Qualifikation mit Werten über fünf als durchaus adäquat ein. Leichte

Abweichungen sind bei den Durchschnittswerten erkennbar, das Niveau der Arbeitsaufgaben wird im Mittel mit 6,3, die notwendige fachliche Qualifikation mit 6,2 und das tatsächliche Anforderungsprofil mit 6,0 bewertet. Die Einschätzung des tatsächlichen Anforderungsprofils scheint gespalten, da trotz eines hohen Anteils an Zustimmung immerhin auch 13 % den geringsten Wert 0 vergeben.

Abbildung 8: Beschäftigungsadäquatheit nach ausgewählten Merkmalen (n=262 bis 265 je nach Item).



Erhoben auf einer elfstufigen Skala von 0 „überhaupt nicht“ bis 10 „in einem sehr hohen Maße“.

2.7 Arbeitszeit in der ersten Erwerbstätigkeit

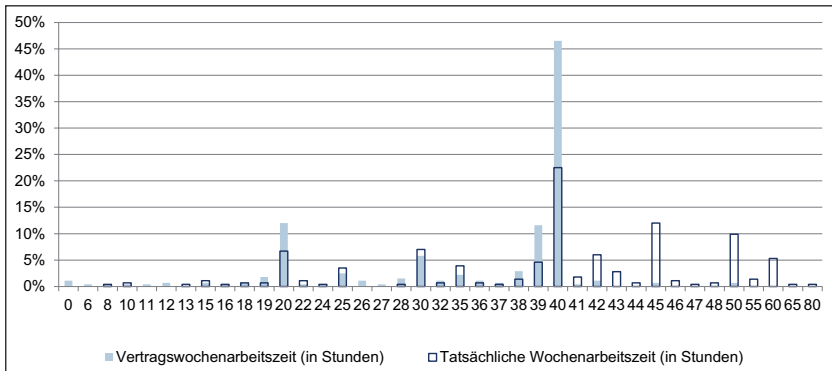
Bei der Auskunft über die Arbeitszeit in der ersten Erwerbstätigkeit hatten die Absolventen die Möglichkeit, sowohl die Vertragswochenarbeitszeit als auch die tatsächliche Arbeitszeit pro Woche in Stunden anzugeben (vgl. Abbildung 9). 66 % der Befragten geben an, gemäß ihres Arbeitsvertrags eine Vollzeitstelle zu besetzen, je nach Berufssegment kann hier von einer Arbeitszeit von 35–42 Stunden in der Woche ausgegangen werden, 2 % arbeiten mehr als Vollzeit. Auf einer Halbtagsstelle arbeiten 14 % der Befragten, 5 % arbeiten weniger als eine halben Stelle entspricht (vgl. Tabelle 9).

Tabelle 9: Stellenumfang in der ersten Erwerbstätigkeit der Absolventen.

	absolute Häufigkeit	relative Häufigkeit
Weniger als ½ Stelle	14	5 %
Halbtagsstelle	38	14 %
⅓ Stelle	9	3 %
¼ Stelle	27	10 %
Vollzeitstelle	183	66 %
Mehr als Vollzeit	4	2 %
Gesamt	275	100 %

Stellt man der vertraglich festgelegten Arbeitszeit die tatsächlichen Wochenarbeitsstunden gegenüber, wird deutlich, dass ein Großteil der Befragten mehr Stunden arbeitet, als vereinbart. 12 % arbeiten 45 Stunden pro Woche, bei 10 % liegt die tatsächliche Arbeitszeit bei 50 Stunden und 6 % geben, an 60 oder mehr Stunden in der Woche zu arbeiten.

Abbildung 9: Vergleich der nach Vertrag festgelegten mit der tatsächlichen Arbeitszeit der Absolventen in ihrer ersten Anstellung (n=275 und 284).



Insgesamt geben 38 % an, die vereinbarte Vertragsarbeitszeit zu erfüllen, 3 % arbeiten weniger als festgeschrieben und 59 % arbeiten mehr als vertraglich festgelegt. Die individuelle Mehrarbeit beträgt im Mittel fünf Stunden in der Woche (vgl. Tabelle 10). 17 % geben an, tatsächlich zehn Stunden mehr zu arbeiten als die Vertragswochenarbeitszeit festlegt.

Tabelle 10: Kennwerte zur wöchentlichen Arbeitszeit der Absolventen im ersten Arbeitsverhältnis.

	n	Mittelwert	SD	1. Quartil	Median	3. Quartil
Arbeitszeit nach Vertrag	275	33,9	9,4	28	39	40
Tatsächliche Arbeitszeit	284	39,2	11,1	35	40	45
Individuelle Mehrarbeit	268	5,4	8,2	0	2	10

2.8 Nettoverdienst in der ersten Erwerbstätigkeit

Im Mittel verdienen die Absolventen der Universität Potsdam unabhängig von der Art der Beschäftigung, der Position und dem Stellenumfang 1.647 Euro netto monatlich (vgl. Tabelle 11). Wenn man das Einkommen nach formalem Stellenumfang betrachtet, ist klar zu erkennen, dass mit zunehmendem Umfang der Erwerbstätigkeit das Einkommen ansteigt. Absolventen, die weniger als 40% der üblichen Arbeitszeit tätig sind, verdienen 779 Euro, 1.012 Euro für eine Halbtagsstelle und 1861 Euro für eine Vollzeitstelle.

Tabelle 11: Nettoverdienst in der ersten Erwerbstätigkeit der Absolventen der Universität Potsdam.

Netto-Einkommen	n	Mittelwert	SD	1. Quartil	Median	3. Quartil
Weniger als ½ Stelle	13	779 €	289 €	567,50 €	800 €	1000 €
Halbtagsstelle	38	1012 €	385 €	815,75 €	1000 €	1200 €
¾ Stelle	9	1383 €	698 €	974 €	1100 €	1850 €
¼ Stelle	26	1381 €	422 €	1100 €	1275 €	1625 €
Vollzeitstelle	171	1861 €	766€	1400 €	1800 €	2200 €
Mehr als Vollzeit	4	2900 €	1465 €	1850 €	2400 €	4450 €
Gesamt	279	1647€	824 €	1100 €	1575 €	2000 €

Zur Analyse der Zusammenhänge verschiedener Variablen mit der Höhe des monatlichen Nettoverdienstes wurden mehrere lineare Regressionsmodelle gerechnet (vgl. Tabelle 12).

Das erste Modell enthält drei Variablen, das Geschlecht, das Alter und die vertraglich festgelegte Arbeitszeit der Absolventen. Das Modell mit diesen drei Variablen hat bereits eine Varianzklärung von etwa 29%. Der Effekt des Alters der Absolventen zur Schätzung des monatlichen Netto-Einkommens ist gering und nimmt bei der weiteren Modellierung ab. Die Vertragswochenarbeitszeit hingegen hat einen signifikanten Einfluss auf die Unterschiede im Einkommen der Absolventen der Universität Potsdam. Mit zunehmender wöchentlicher

Arbeitszeit steigt das Nettoeinkommen pro Monat. Dass Männer ein höheres monatliches Nettoeinkommen haben als Frauen zeigt sich nur im ersten Modell. Unter Kontrolle weiterer Variablen nimmt dieser Effekt ab und ist nicht mehr signifikant. Unterschiede im monatlichen Nettogehalt zwischen den Geschlechtern lassen sich somit nicht bestätigen, vielmehr spielen die Wochenarbeitszeit, die Fakultätszugehörigkeit oder die Abschlussart eine Rolle bei der Betrachtung der Einkommensunterschiede zwischen den Absolventen.

In Modell 2 wurde die Variable Fakultät hinzugenommen. Absolventen der Philosophischen Fakultät verdienen signifikant weniger als Absolventen der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, die hier als Referenzkategorie genutzt wurden. Dieser Effekt hat in der weiteren Modellierung unter Kontrolle der Abschlussart keinen Bestand mehr. Die anderen Absolventengruppen unterscheiden sich nicht signifikant hinsichtlich des monatlichen Nettoeinkommens.

Dem Modell 3 wurde die Variable Abschlussart hinzugefügt. Absolventen mit einem Staatsexamen als Abschluss dienen als Referenzgruppe. Bachelor- und Masterabsolventen haben ebenso wie Diplom- und Magisterabsolventen ein signifikant geringeres Nettoeinkommen im Monat als Absolventen mit einem Staatsexamen. Dieser Effekt hat auch unter Berücksichtigung des Arbeitsortes weiter Bestand. Auch promovierte Absolventen verdienen tendenziell weniger als Absolventen mit Staatsexamen. Die Varianzklärung des dritten Modells liegt bei 35%, d. h. 35% der Varianz der Angaben der Absolventen können durch die beschriebenen unabhängigen Variablen im Modell geklärt werden.

Das vierte und letzte Modell wurde durch eine weitere Variable erweitert. Der Ort an dem die Absolventen ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen, soll in seinem Einfluss auf die Einkommenshöhe geprüft werden. Es zeigt sich, dass unter Kontrolle aller anderen Variablen im Modell kein signifikanter Unterschied im Einkommen der Absolventen vorhanden ist. Ob die erste Erwerbstätigkeit in Berlin, Potsdam oder außerhalb der Region liegt, hat keinen Einfluss auf die Einkommenshöhe genommen. Bedeutsam bleiben weiterhin die Arbeitszeit pro Woche und die Art des Studienabschlusses der Absolventen.

Tabelle 12: Lineare Regression zur Schätzung des monatlichen Netto-Einkommens der Absolventen der Universität Potsdam.

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Männlich	202,37* (2,243)	161,84+ (1,686)	145,05 (1,528)	130,70 (1,362)
Alter	-17,49+ (-1,664)	-16,82 (-1,573)	-15,71 (-1,285)	-15,568 (-1,267)
Vertragswochenarbeitszeit	40,26*** (8,725)	41,37*** (8,776)	40,72*** (8,578)	38,96*** (8,026)
Fakultät				
Mathematisch- und Naturwissenschaftliche Fakultät		Ref.	Ref.	Ref.
Juristische Fakultät		-91,50 (-0,405)	-411,86 (-1,585)	-399,96 (-1,543)
Philosophische Fakultät		-339,10** (-2,721)	-229,68 (-1,624)	-212,43 (-1,501)
Humanwissenschaftliche Fakultät		-33,90 (-0,232)	-62,06 (-0,418)	-28,82 (-0,191)
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät		-131,08 (-1,144)	-94,45 (-0,804)	-69,68 (-0,591)
Andere		110,47 (0,174)	128,66 (0,204)	23,35 (0,037)
Angestrebter Abschluss				
Staatsexamen			Ref.	Ref.
Bachelor			-686,08* (-2,566)	-731,98** (-2,711)
Master			-575,83* (-2,367)	-577,09* (-2,362)
Diplom			-522,96* (-2,137)	-552,75* (-2,233)
Magister			-796,37** (-3,162)	-798,14** (-3,153)
Promotion			-561,02 (-1,913)	-507,16+ (-1,699)
Arbeitsort				
Berlin				Ref.
Brandenburg				-28,94 (-0,174)
Potsdam				-119,46 (-1,052)
Anderer Ort				135,83 (1,255)



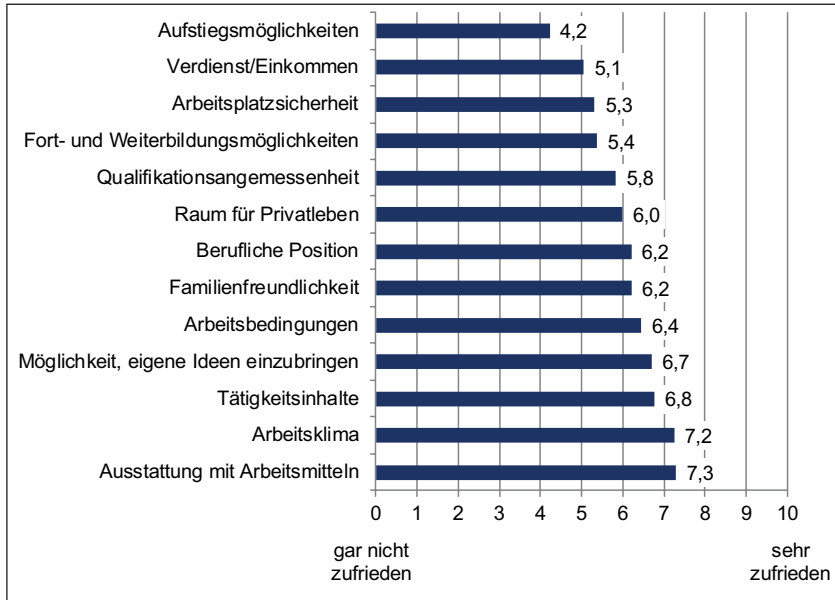
Konstante	727,73+ (1,946)	810,84* (2,055)	1373,39** (2,810)	1420,46** (2,902)
N	216	216	216	216
R ²	0,285	0,313	0,350	0,365
Adjustiertes R ²	0,275	0,286	0,308	0,314

t-Test in Klammern, + $p < 0,10$, * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$

2.9 Zufriedenheit mit der ersten Erwerbstätigkeit

Die Absolventen der Universität Potsdam wurden gebeten, auf einer elfstufigen Skala von 0 „gar nicht zufrieden“ bis 10 „sehr zufrieden“ verschiedene Aspekte der ersten Erwerbstätigkeit einzuschätzen (vgl. Abbildung 10). Mit dem Arbeitsklima (7,2) und der Ausstattung der Arbeitsstelle mit Arbeitsmitteln (7,3) sind die Absolventen am zufriedensten. Die Zufriedenheit mit den Aufstiegschancen innerhalb der Anstellung (4,2), dem Verdienst (5,1), der Arbeitsplatzsicherheit (5,1) und den Möglichkeiten, an Fort- oder Weiterbildungsangeboten teilzunehmen (5,4), ist geringer. Da nur ein Aspekt einen mittleren Wert unterhalb von fünf erhalten hat, scheinen die Absolventen mit der ersten Erwerbstätigkeit nach dem Studium im Großen und Ganzen zufrieden zu sein.

Abbildung 10: Zufriedenheit in der ersten Erwerbstätigkeit bezogen auf verschiedene Aspekte (n= 258 bis 267 je nach Item).



Erhoben auf einer elfstufigen Skala von 0 „gar nicht zufrieden“ bis 10 „sehr zufrieden“.

2.10 Dauer der ersten Erwerbstätigkeit

Die erste Stelle nach dem Abschluss des Studiums ist für 42% der Absolventen nicht mehr aktuell, sie beendeten das Arbeitsverhältnis im Durchschnitt nach einem Jahr und fünf Monaten. Bei 58% der Absolventen, die nicht mehr in ihrer ersten Erwerbstätigkeit beschäftigt sind, dauerte das Arbeitsverhältnis weniger als ein Jahr (vgl. Tabelle 13). Im Unterschied dazu arbeitete nur ein Anteil von 13% drei oder mehr Jahre in der ersten Anstellung nach dem Studium bis sie ihren Arbeitgeber wechselten.

Tabelle 13: Dauer der ersten Erwerbstätigkeit, wenn die Absolventen nicht mehr beim ersten Arbeitgeber beschäftigt sind.

	absolute Häufigkeit	relative Häufigkeit
Weniger als ein Jahr	67	58 %
Zwischen einem und zwei Jahren	19	16 %
Zwischen zwei und drei Jahren	15	13 %
Zwischen drei und vier Jahren	11	10 %
Zwischen vier und fünf Jahren	1	1 %
Länger als fünf Jahre	2	2 %
Gesamt	115	100 %

Im Fall, dass die Absolventen ihre erste Erwerbstätigkeit bis zum Zeitpunkt der Befragung wieder beendet hatten, wurden sie gebeten, über das Ende des Arbeitsverhältnisses Angaben zu machen. Bei 44 % endete das Arbeitsverhältnis, weil der Vertrag auslief und nicht verlängert oder eine neue Tätigkeit nicht angestrebt wurde. In 31 % der Fälle endete das Arbeitsverhältnis durch Kündigung des Arbeitnehmers, bei 10 % der Befragten wurde eine Kündigung von Seiten des Arbeitgebers ausgesprochen.

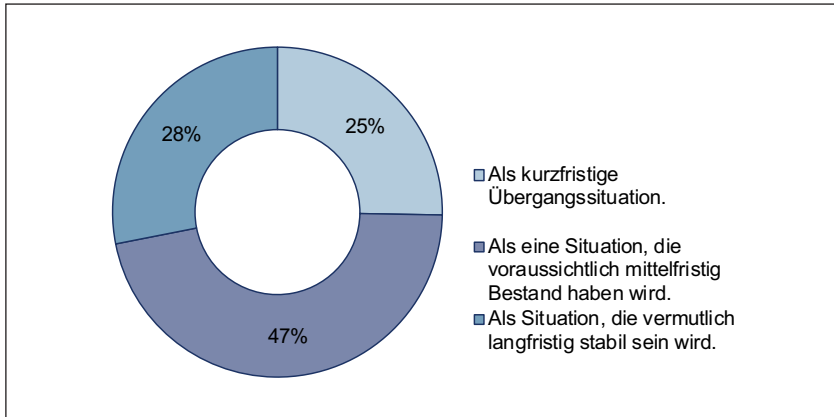
Tabelle 14: Angaben darüber, wie das erste Arbeitsverhältnis endete.

	absolute Häufigkeit	relative Häufigkeit
Kündigung durch Arbeitnehmer	22	31,4 %
Kündigung durch Arbeitgeber	7	10,0 %
Aufhebungsvertrag	10	14,3 %
Vertrag lief aus	31	44,3 %
Gesamt	70	100 %

2.11 Einschätzung der derzeitigen beruflichen Situation

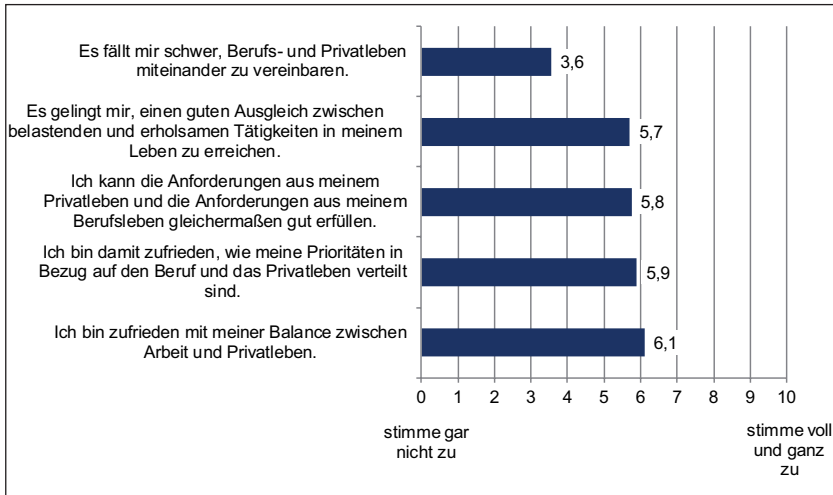
Unabhängig davon, ob die Absolventen noch in ihrer ersten Erwerbstätigkeit sind oder bereits in weiteren Anstellungsverhältnissen waren, wurden sie zur Einschätzung ihrer derzeitigen beruflichen Situation gebeten (vgl. Abbildung 11). Fast die Hälfte der Absolventen schätzt ihre derzeitige Situation so ein, dass sie voraussichtlich mittelfristig Bestand hat. Ein Viertel sieht das derzeitige Arbeitsverhältnis als kurzfristige Übergangssituation. Dass die berufliche Situation, in der sich die Absolventen zum Zeitpunkt der Befragung befanden, vermutlich langfristig und stabil sein wird, gaben 28 % an.

Abbildung 11: Einschätzung der derzeitigen beruflichen Situation der Absolventen der Universität Potsdam (n=356).



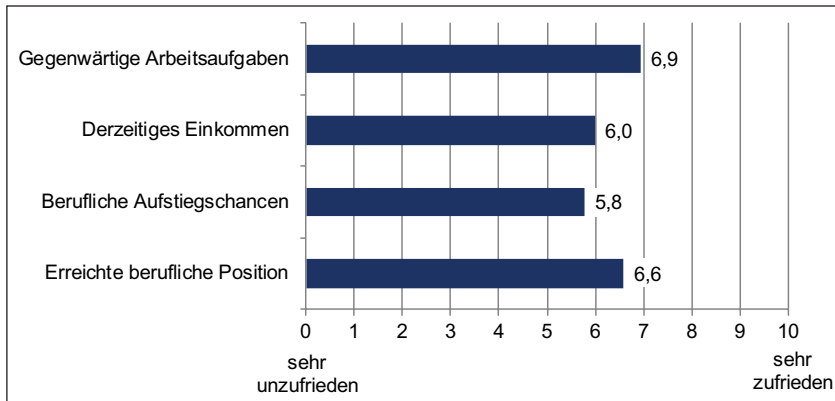
Die weitestgehende Einschätzung der beruflichen Situation als sicher wird erweitert durch ein relativ hohes Maß an Zufriedenheit der Absolventen mit ihrer derzeitigen Arbeitsstelle (vgl. Abbildung 12). Es scheint den Absolventen nicht schwer zu fallen, das Berufs- und Privatleben miteinander zu verbinden, da dieser Aspekt auf der elfstufigen Skala von 0 „stimme gar nicht zu“ bis 10 „stimme voll und ganz zu“, einen durchschnittlichen Wert von nur 3,6 erhält. Zufrieden scheinen die Absolventen mit der Balance zwischen Arbeits- und Privatleben (6,1) und der Verteilung der Prioritäten zwischen Beruf und Privatleben (5,9).

Abbildung 12: Einschätzung verschiedener Aspekte der Zufriedenheit in der derzeitigen beruflichen Situation der Absolventen (n=194 bis 195 je nach Item).



Erhoben auf einer elfstufigen Skala von 0 „stimme gar nicht zu“ bis 10 „stimme voll und ganz zu“.

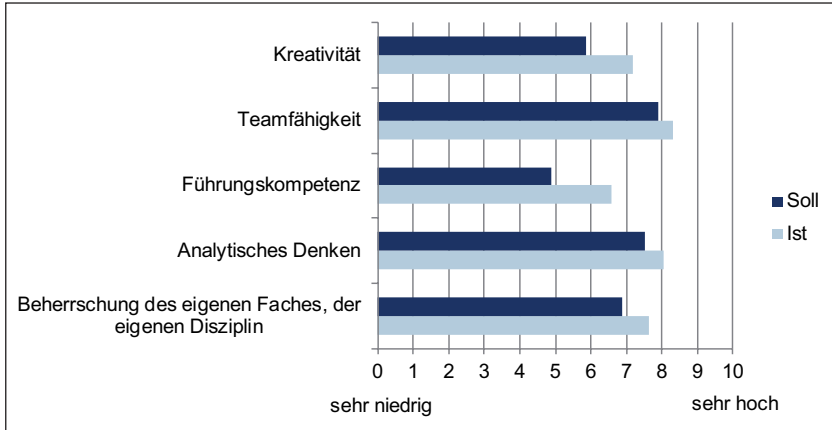
Neben dem relativ guten Ausgleich zwischen Beruf und Privatleben sind die Absolventen in ihrer derzeitigen Anstellung auch mit den gestellten Arbeitsaufgaben zufrieden (6,9). Die berufliche Situation (6,6), das derzeitige Einkommen (6,0) und die beruflichen Aufstiegschancen (5,8) werden etwas geringer, aber weiterhin positiv eingeschätzt. Alle Werte erreichen auf der elfstufigen Skala Werte oberhalb von fünf, die als Zufriedenheit mit der beruflichen Situation interpretiert werden können (vgl. Abbildung 13).

Abbildung 13: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der beruflichen Situation (n = 194 bis 195 je nach Item).

Erhoben auf einer elfstufigen Skala von 0 „sehr unzufrieden“ bis 10 „sehr zufrieden“.

In ihrer derzeitigen Anstellung sehen sich die Absolventen den gestellten Anforderungen gewachsen, da sie bei der Beurteilung der eigenen Kompetenzen nach Ist- und Soll-Zustand auf einer elfstufigen Skala von 0 „sehr niedrig“ bis 10 „sehr hoch“ alle Aspekte im Ist-Zustand höher einschätzen als es im Soll-Zustand erforderlich wäre (Abbildung 14). Vor allem in den Bereichen Kreativität (+1,3) und Führungskompetenz (+1,7) schätzen die Absolventen ihre Kompetenzen höher ein als erforderlich.

Abbildung 14: Beurteilung des eigenen Kompetenzniveaus nach Ist- und Soll-Zustand in verschiedenen Bereichen (n=190 bis 360 je nach Item).



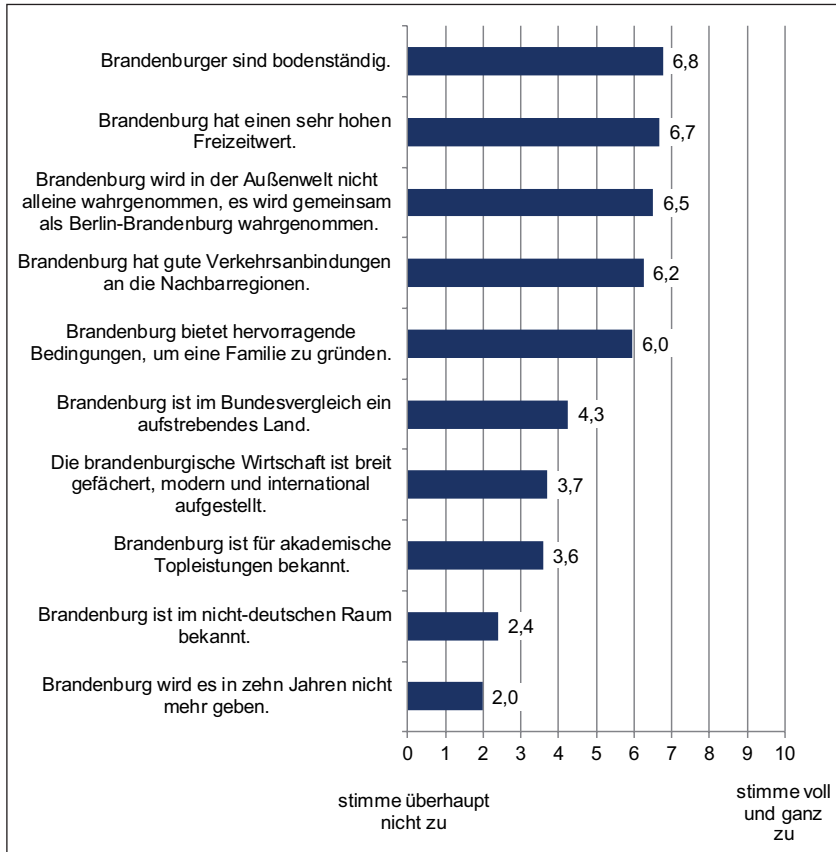
Erhoben auf einer elfstufigen Skala von 0 „sehr niedrig“ bis 10 „sehr hoch“.

2.12 Region Brandenburg

Die Absolventen der Universität Potsdam wurden gebeten, auf einer elfstufigen Skala von 0 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 10 „stimme voll und ganz zu“ einige Aussagen zum Land Brandenburg zu bewerten (vgl. Abbildung 15). Da die Absolventen durch Studium und Stellensuche einige Erfahrungen in der Region gesammelt haben, können die Aussagen ein Bild des Standorts zeichnen, natürlich sind dies subjektive Einschätzungen.

Die Eigenständigkeit von Brandenburg als Bundesland sehen die Absolventen nicht in Gefahr (2,0). Nach Einschätzung der Absolventen ist Brandenburg weder für akademische Topleistungen (3,6) noch allgemein im nicht-deutschen Raum (2,4) bekannt. Brandenburg zeichnet sich eher durch eine gute Verkehrsanbindung an die Nachbarregionen (6,2), einen hohen Freizeitwert (6,7) und eine bodenständige Bevölkerung (6,8) aus. Die Absolventen stimmen zu, dass in Brandenburg hervorragende Bedingungen vorherrschen, um eine Familie zu gründen (6,0). Zudem wird die Region nach Ansicht der Befragten nicht alleine, sondern als Berlin-Brandenburg wahrgenommen (6,5).

Abbildung 15: Zustimmung zu verschiedenen Aussagen in Bezug auf das Land Brandenburg (n=327 bis 337 je nach Item).



Erhoben auf einer elfstufigen Skala von 0 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 10 „stimme voll und ganz zu“.

3 Fazit

In diesem Kapitel wurde der Übergang vom Studium in den Beruf der Absolventen der Universität Potsdam von 2007 bis heute betrachtet. Etwa zwei Drittel der Befragten fand direkt ohne Suchzeit eine Stelle nach dem Studium. Die Anzahl der Bewerbungen, die die Absolventen schrieben, variierte nach ihrem Fach, insgesamt benötigte etwa ein Drittel der Befragten keine oder nur eine Bewerbung, um die erste Stelle zu finden, etwa die Hälfte schrieb höchstens fünf Bewerbungen. Dem Großteil der Absolventen ist es somit relativ leicht gefallen, eine Stelle nach ihrem Studium zu finden.

Um eine Stelle zu finden, nutzen die Absolventen bestehende Kontakte, die sie über Praktika, Abschlussarbeiten oder einen Nebenjob hatten, die Bekannten waren als vermittelnde Kontakte in höherem Maße hilfreich als Eltern oder Freunde (vgl. Granovetter, 1973: strength of weak ties). Etwa die Hälfte der Befragten fand ihre erste Stelle über die Bewerbung auf eine Ausschreibung. Absolventen, die in einer fachnahen Tätigkeit während ihres Studiums tätig waren, gaben in einem höheren Ausmaß an, dass diese ihnen beim Finden der ersten Stelle hilfreich war als jene Absolventen, die während ihrer Studienzeit nicht fachnah jobbten. Etwas mehr als ein Drittel der Absolventen hatte keine Probleme während der Stellensuche, wenn es doch zu Schwierigkeiten kam, dann suchten die Arbeitgeber Bewerber mit einer anderen Schwerpunktsetzung oder es wurden nur wenige Stellen angeboten.

Etwa ein Drittel der Absolventen fand die erste Stelle in Brandenburg, wovon der überwiegende Teil in Potsdam blieb. Ein Drittel begann die erste Erwerbstätigkeit in Berlin, ein weiteres Drittel fand die erste Stelle außerhalb der Region Berlin-Brandenburg. Die Absolventen zeigten sich bezogen auf ihre räumliche Herkunft als mobil, von den Absolventen, die aus Brandenburg stammten, verblieben 45 % in Brandenburg, etwa ein Drittel arbeitete in Berlin und rund ein knappes Viertel verließ die Region für die erste Erwerbstätigkeit. Absolventen, die aus Berlin stammten, blieben etwa zur Hälfte in Berlin, ein Drittel verließ die Region und ein Fünftel nahm die erste Stelle in Brandenburg an. In ihrer ersten Erwerbstätigkeit arbeiteten die Absolventen in der Regel befristet, etwa ein Drittel war unbefristet angestellt. Die Absolventen waren vor allem in den sozialen und kulturellen Dienstleistungsberufen, den IT- und naturwissenschaftlichen Dienstleistungsberufen und den unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen tätig.

Von Problemen beim Einstieg in den Beruf waren die Absolventen insgesamt eher nicht betroffen, wenn es zu Schwierigkeiten kam, betraf dies die Unüberschaubarkeit von betrieblichen Arbeitsprozessen oder die Hektik und den Termindruck im Beruf, beide Aspekte wurden von den Absolventen nach einer Eingewöhnungsphase als weniger problematisch eingeschätzt als zuvor.

Insgesamt arbeiteten die Absolventen etwa 34 Stunden pro Woche, für etwa zwei Drittel der Absolventen war die erste Stelle eine Vollzeitstelle. Sie erhielten 1.861 Euro netto für eine Vollzeit- und 1.012 Euro für eine Halbtagsstelle. Über alle Erwerbstätigen berechnet arbeitete jeder Absolvent im Durchschnitt etwa fünf Stunden mehr pro Woche als vertraglich festgeschrieben. Der Verdienst hängt in erster Linie von der wöchentlichen Arbeitszeit und der Art des Abschlusses ab, Absolventen mit einem Staatsexamen verdienen am meisten, Absolventen mit einem Bachelor- und Magisterabschluss am wenigsten. Das Geschlecht der Befragten hatte nach Kontrolle der wöchentlichen Arbeitszeit, des Fachs sowie der Abschlussart keinen Einfluss mehr, unter den Absolventen der Universität Potsdam konnte somit das sogenannte Gender Pay Gap nicht gefunden werden. In der ersten Erwerbstätigkeit waren die Absolventen vor allem mit dem Arbeitsklima und der Ausstattung der Arbeitsstelle mit Arbeitsmitteln zufrieden, mit den Aufstiegschancen innerhalb der Anstellung weniger.

Etwas mehr als die Hälfte der Befragten war weniger als ein Jahr im Rahmen der ersten Stelle tätig, wobei in den meisten Fällen der Vertrag auslief oder die Absolventen selbst kündigten. Fast die Hälfte der Absolventen schätzt ihre derzeitige Situation als voraussichtlich mittelfristig, ein Viertel als kurzfristig und ein weiteres Viertel als längerfristig stabil ein.

Brandenburg zeichnet sich aus Sicht der Absolventen durch einen hohen Freizeitwert, eine bodenständige Bevölkerung und gute Bedingungen um eine Familie zu gründen aus, jedoch ist Brandenburg eher nicht für akademische Top-Leistungen oder im Allgemeinen innerhalb Deutschlands bekannt, vielmehr wird Brandenburg immer zusammen mit Berlin als Berlin-Brandenburg wahrgenommen.

4 Literatur

- Blankennagel, J. (2016). Wer in Brandenburg studiert, will in Berlin arbeiten. *Berliner Zeitung, Hochschulen* 14.01.2016. Online verfügbar unter <http://www.berliner-zeitung.de/brandenburg/hochschulen-wer-in-brandenburg-studiert--will-in-berlin-arbeiten,10809312,33515890.html>, Zugriff am 23.02.2016.
- Brand, M. (2006). Soziale Kontakte als Weg aus der Arbeitslosigkeit. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58(3), S. 468–488.
- Boeri, T., & van Ours, J. C. (2008). *The economics of imperfect labor markets*. Princeton, NU: Princeton University Press.
- Bundesamt für Arbeit. (2016). *Systematik und Verzeichnisse der KldB 2010*. Online verfügbar unter https://statistik.arbeitsagentur.de/nm_10414/Statistischer-Content/Grundlagen/Klassifikation-der-Berufe/KldB2010/Systematik-Verzeichnisse/Systematik-Verzeichnisse.html, Zugriff am 27.03.2016.
- Dixit, A. K. & Pindyck, R. S. (1994). *Investment under uncertainty*. Princeton, NU: Princeton University Press.
- Franz, W. (2006). *Arbeitsmarktökonomik*. (6. Aufl.). Berlin: Springer.
- Granovetter, M. (1973). The Strength of Weak Ties. *American Journal of Sociology* 78, S. 1360–1380.
- McCall, J. J. (1970). Economics of information and job search: In. *Quarterly Journal of Economics* 84, S. 113–126.
- Ljunquist, L. & Sargent, T. J. (2004). *Recursive macroeconomics theory*. (2. Aufl.) Cambridge, MA: MIT Press.
- Tauber, M. (2005). Bleibt das jetzt so? – Hochschulabsolventen zwischen Sinnkrise und Praxisschock. In Allmendinger, J. (Hrsg.): *Karriere ohne Vorlage. Junge Akademiker zwischen Hochschule und Beruf*. S. 69–78. Hamburg: edition Körber Stiftung.

**Eike Emrich, Konstantin Herrmann, Freya Gassmann und
Michael Koch**

11 Lohnen sich Universitäten? – Zusammenfassung und Ausblick

Gliederung

1	Einleitung	355
2	Effekte der Universität Potsdam – Eine kurze Zusammenfassung zentraler Befunde	357
3	Politische Erwartungen und empirische Befundlage – Ein kurzer Vergleich	366
4	Zusammenfassende Würdigung	374
5	Literatur	376
6	Anhang	377

1 Einleitung

Universitäten sind klassische hybride Gebilde. Einerseits sind sie bottom-up organisiert, andererseits werden sie teilweise top-down über externe Ressourcenzuflüsse gesteuert. Universitäten müssen im Ringen mit den Kultusbehörden der zuständigen Länder und Landesregierungen zwecks möglichst kostendeckender Ressourcenzuweisungen erhebliche Abstimmungsleistungen erbringen, Erwartungen erfüllen oder zumindest deren künftige Erfüllung versprechen. Gleichzeitig haben sie institutionell nach Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes ein Recht auf die Freiheit von Forschung und Lehre und ein hohes Maß an Selbstbestimmung und Selbstorganisation.

In gewissem Sinn sind Universitätsführungen damit zwangsläufig eine Mischung von Gaspedal und Bremse zugleich. Um eine angemessene Ressourcenausstattung durch das Land sicherzustellen, bedarf es in diesem Kontext der Erfüllung der landespolitischen Erwartungen und damit der Vermeidung von

Erwartungsenttäuschungen¹. Dies dürfte aber mittelfristig nur möglich sein, wenn die Erwartungen der Politik angemessen befriedigt werden. In diesem Kontext kann zuweilen nur ein Wechsel der politischen Machtverhältnisse diese Logik unterbrechen, wenn andere Parteien grundsätzlich andere Erwartungen an die Hochschulen bzw. insbesondere an die Universitäten hegen sollten.

Als Institution umfassen Universitäten ein normatives Bündel von formellen und informellen Regeln, welches im Wesentlichen den Umgang mit Forschung und Lehre steuert, die beide in ihrer Freiheit geschützt sind und ein wichtiges Verbundgut darstellen, das durch die Verknüpfung von Forschung und Lehre erhebliche, über eine rein additiv betrachtete Wirkung hinausgehende Effekte erzielt. Dazu kommen informelle Normen, insbesondere Kollegialitätsnormen, die regeln, was formal nicht regelbar ist.

Aus der Spannungslinie zwischen institutionellen Regeln und ihrer konkreten Handhabung auf universitärer Leitungsebene, die mit der politisch im jeweiligen Bundesland zuständigen Landesebene kooperieren muss, entstehen zahlreiche, bereits in Kapitel 2 angesprochene, normative Spannungslinien. Einerseits wird die normative Selbstverpflichtung der Wissenschaftler im Sinne des reinen Ethos der Forschung (Merton, 1942/1973) normativ vorausgesetzt, damit diese die geschützte universitäre Freiheit und die freie Wahl von Forschungsthemen sowie die Freiheit der Lehre nicht „ausbeuten“. Andererseits kann man als einzelner Wissenschaftler die individuelle verbriefte Freiheit nicht unbegrenzt nutzen, muss man doch als Mitglied einer Universität auch spezifischen Erwartungen der Kollegen und der über die Universitätsleitung in die Universität vermittelten politischen Erwartungen Rechnung tragen, wenn man nicht insgesamt die Ressourcenausstattung und Legitimation für den eigenen Lehrstuhl und die Universität an sich gefährden will.

Die Universitätsleitung muss in diesem Sinn die Beteiligung einzelner an Forschungsprogrammen, Forschungsk Kooperationen und Sonderforschungsbereichen in einem komplexen Geflecht von Anreizstrukturen und schwierig zu steuernden Kooperationsverbänden organisieren und stabilisieren. Eine solche Beteiligung erfolgt im Rahmen der theoretisch völlig unabhängig von der Landesregierung erfolgenden Planung und Ausrichtung der Universität².

-
- 1 Zumindest aber der glaubhaften Zusicherung im Fall von Enttäuschungen, dass baldige Besserung erfolgt und damit zumindest teilweise künftige Erwartungserfüllung.
 - 2 Faktisch wirken jedoch Argumente der Passungsfähigkeit für bestimmte aktuelle und auch politisch gewünschte Forschungsschwerpunkte durchaus als Auswahlkriterium.

Dadurch kann ein ständiger Konflikt zwischen institutionellen Regelungen und ihrer Funktion als Schutzzone für Wissenschaftler gegenüber Erwartungen der Ressourcengeber und dem Zwang der Universität als Ganzes, die politischen Erwartungen so zu erfüllen, dass Ressourcenzuflüsse nicht begrenzt oder sogar erhöht werden, entstehen. Dieser Konflikt wird durch die zunehmende Außensteuerung der Universitäten im Zuge von Drittmittelbetonung und der Orientierung an weiteren Indikatoren (Publikationskennziffern etc.) angeheizt.

Insofern ist es angebracht, die Befunde dieser Untersuchung vor dem Hintergrund der im Koalitionsvertrag sowie in den Parteiprogrammen der regierenden Parteien im Landtag von Brandenburg geäußerten Erwartungen zu betrachten und den empirisch untersuchten Grad der Erwartungserfüllung zu beleuchten. Dies ist auch insofern von Interesse um zu reflektieren, ob jene politischen Parteien, die derzeit in der Opposition sind, überhaupt grundsätzlich andere Erwartungen gegenüber Hochschulen und Universitäten hegen. Zum Zweck der Klärung werden die Programme der Oppositionsparteien ebenfalls betrachtet.

Nachfolgend gehen wir wie folgt vor, zunächst tragen wir in kurzer Form die zentralen Befunde der Untersuchung zusammen. Danach werden diese soweit möglich an zentralen Erwartungen der Regierungsparteien, soweit sie im Koalitionsvertrag formuliert sind, gespiegelt. Es folgen ein kurzes Resümee und ein Ausblick.

2 Effekte der Universität Potsdam – Eine kurze Zusammenfassung zentraler Befunde

In Deutschland, Österreich und der Schweiz wurden in den vergangenen 50 Jahren mehr als 40 regionalökonomische Studien an Hochschulräumen durchgeführt. Insgesamt ist festzuhalten, dass alle Studien von erheblichen nachfragewirksamen Effekten der Universitäten und ihrer Studierenden berichten, auch wenn sich die errechneten Multiplikatoreffekte teilweise erheblich unterscheiden. Dabei ist nicht zu übersehen, dass die methodischen Zugänge durchaus variieren und dass Multiplikator-, Wertschöpfungs-, Einkommens- und Beschäftigungseffekte sowie Humankapitalrenditen usw. nicht immer einheitlich errechnet werden.

Gegenwärtig lassen sich in Untersuchungen wirtschaftlicher Effekte von Universitäten zwei unterschiedliche Betrachtungsweisen erkennen. Auf der einen Seite wird in einigen Studien die Kostenseite nicht berücksichtigt und es werden exklusiv nur die makroökonomischen Rückflüsse im Vergleich der Bundesländer berücksichtigt. Auf der anderen Seite wird eine haushaltstheoretische

Budgetperspektive eingenommen und die makroökonomischen Einkommens- und Beschäftigungseffekte im Verhältnis zur Kostenseite betrachtet. Wenn man in diesem Kontext die regionalökonomischen Effekte im Ganzen darstellen möchte, muss gleichzeitig der ökonomische Nutzen von Wissen in die Berechnung einbezogen werden, was sich, wie bereits in Kapitel 2 und 3 diskutiert, als nicht ganz unproblematisch erweist. Für die Errechnung der Effekte werden neben den Universitäten meist auch die kooperierenden Forschungseinrichtungen berücksichtigt, die es ohne die Existenz der benachbarten Universität nicht geben würde. Zum anderen ist die Humankapitalrendite der Absolventen, für deren allgemeines und spezielles Know-How im Arbeitsmarkt eine hohe Nachfrage besteht, zu berücksichtigen.

Nicht zu vergessen sind neben den ökonomischen Effekten einer Universität auch nicht-monetäre, immaterielle Effekte, also sogenannte weiche Faktoren. In allen Studien werden in unterschiedlicher Gewichtung die Innovationsförderung in der Region, der Imagegewinn durch attraktive Forschungseinrichtungen oder außergewöhnliche Studienangebote, die Förderung von Aufstiegschancen der Landeskinder, Karrieremöglichkeiten und -einstiege, Beschäftigungspotentiale und kulturelle Aufwertung der Region/Stadt durch das studentische Leben mit herangezogen. Diese Effekte und in welcher Form sie für die Stadt Potsdam und das Land Brandenburg wirksam werden, wurden auch für die Universität Potsdam ermittelt und dargestellt. Voraussichtlich werden in Zukunft solche weichen Faktoren bei der Anwerbung und Bindung von Studierenden oder Arbeitskräften in der zunehmenden Konkurrenz um Studierende und um gut ausgebildete Personen als Mittel in der Konkurrenz an Bedeutung zunehmen.

Unter Berücksichtigung der Studien von Gloede, Schirmag, und Schoeler (1999) und Knappe (2006) wurden auch für die vorliegende Studie nicht nur Haushaltsdaten der Universität und kooperierender Forschungseinrichtungen ausgewertet, sondern auch eigens erhobene Daten der Studierenden und Absolventen der Universität Potsdam sowie Daten aus Experteninterviews einbezogen, um ein möglichst umfassendes Bild der sozioökonomischen Effekte zu „zeichnen“.

Die öffentlichen Mittel, die die Landesregierung Brandenburgs für die Finanzierung der Universität Potsdam aufbringt, liegen 2013 bei rd. 120 Mio. Euro, pro Studierenden sind das im Mittel 5.600 Euro. Brandenburg ist bezüglich der aufgewandten Kosten pro Studierenden das „Schlusslicht“ aller 16 Bundesländer, bezogen auf die Ausgaben pro Professor liegt das Land auf dem drittletzten

Platz im bundesdeutschen Vergleich. Die Universität Potsdam generiert weitere Einnahmen in Höhe von über 50 Mio. Euro aus Drittmitteln, die im Wesentlichen aus Transfermitteln des Bundes bestehen. Sie sind für die Gesamtkostendeckung in Höhe von ca. 193,5 Mio. Euro im Jahr 2013 unabdingbar und im Verhältnis zu den Landesmitteln in den letzten Jahren angestiegen. Der Spardruck ist für die Universität Potsdam angesichts der steigenden Kosten, insbesondere steigender Personalkosten als dem höchsten Kostenposten im Haushalt, unvermeidlich. Auch durch weitere Einnahmen aus Sondermitteln und sonstige Einnahmen kann diese Problematik nicht wirklich gemildert werden. Die regelmäßige Minderzuweisung von Finanzmitteln pro Kopf wird zum einen durch die Überkompensation durch die Lehrenden, zum anderen durch die Flexibilität der zunehmend befristeten Arbeitsverhältnisse vorübergehend kompensiert, allerdings stellt dies keine Lösung auf Dauer dar.

Den höchsten Anteil an den Kosten der Universität haben mit 126,8 Mio. Euro die Personalkosten für die insgesamt 4.479 Mitarbeiter. Damit ist die Universität gleichzeitig ein großer Arbeitgeber in der Region. Den Kosten der Universität Potsdam für das Land Brandenburg stehen direkte Effekte aus der Beschäftigung der Mitarbeiter in Höhe von 100,7 Mio. Euro gegenüber, wovon ein Anteil von 58,4 Mio. Euro im Land Brandenburg verbleibt. Die indirekten Effekte durch Investitionen und Sachausgaben der Universität Potsdam und den Konsum der Studierenden und Mitarbeiter der Universität Potsdam betragen fast 87 Mio. Euro, von denen etwa 46 Mio. Euro im Land Brandenburg verbleiben. Zusammen mit den induzierten Effekten ergibt dies Gesamteffekte in Höhe von 112 Mio. Euro, die die Universität Potsdam für das Land Brandenburg erzielt.

Nimmt man nun die kooperierenden Forschungseinrichtungen hinzu, deren natürlicher Partner die Universität Potsdam darstellt und bei denen die Universität als wichtiger, häufig sogar der zentrale Faktor für die Standortentscheidung diente, ergeben sich Gesamteinkommenseffekte exklusiv bezogen auf das Land Brandenburg von ca. 206 Mio. Euro und Beschäftigungseffekte, gemessen in Vollzeitäquivalenten, in Höhe von 5.389 Beschäftigten durch die Universität Potsdam und die kooperierenden Forschungseinrichtungen.

Es fällt unter dem Gesichtspunkt der volkswirtschaftlichen Effizienz, also der Frage, ob eine Reallokation eingesetzter Mittel an anderer Stelle die allgemeine Wohlfahrt stärker befördern würde, schwer, sich eine ähnlich effiziente Mittelverwendung vorzustellen. In idealer Kombination gelingt es hier der öffentlichen Hand, die Bereitstellung öffentlicher Güter mit einer ausgesprochen hohen Effizienz

und Zukunftsträchtigkeit zu verknüpfen. Dabei dürfte die Mischung zwischen institutioneller Autonomie der Universität und drittmittelgesteuerter Anreizpolitik ein entscheidendes Mittel sein, wobei die Effizienz von der richtigen Balance abhängt. Zuviel Einflussnahme durch Außensteuerung sollte die Neigung zur Selbstaussbeutung von Wissenschaftlern verringern, zu wenig zu einer Beförderung der sich im institutionellen Schutzraum ausbreitenden individuellen Egoismen führen. Insgesamt dürfte es kaum einen Sektor geben, in dem Steuergelder einen solch positiven gegenwarts- und zukunftsbezogenen Effekt erzielen, insbesondere wenn man in der zukunftsbezogenen Perspektive dazu noch die periodenübergreifend höheren Gehälter der "produzierten" Akademiker mitdenkt, aus denen über die Lebensspanne hinweg erhebliche Steigerungen der Steuereinnahmen resultieren.

Die hier vorgenommenen, eher konservativ gehaltenen Schätzungen, fallen äußerst positiv für die Universität Potsdam aus. Von der wirtschaftlichen Seite sollte es somit keine Gründe geben, die Investition in die Universität in Frage zu stellen. Selbst wenn man bedenkt, dass im Verhältnis zu anderen öffentlichen Einrichtungen des Landes nur ein ausgewählter Personenkreis die Angebote der Universität Potsdam für sich nutzt und somit ein Ausschlussmechanismus über den Zugang besteht, wird dies durch zwei Argumente gemildert. Erstens werden die Zugangswege durchgängig erleichtert und zweitens erweisen sich Investitionen in kostenfrei vorgehaltene Bildungsangebote zukunftsbezogen für alle als von Nutzen.

Was wäre nun im Sinne eines kleinen Gedankenexperiments das Problem daran, wenn das Land die Ausbildung der Akademiker anderen Bundesländern überlassen würde und die finanziellen Ressourcen anderweitig einsetzte. Ökonomisch fällt es schwer, sich eine Verwendung der Mittel vorzustellen, die eine ähnliche „Hebelwirkung“ entfaltet.³ Auf Seiten der Studierenden und deren Herkunftsfamilien stünden einerseits erwartbare Wirkungen im Sinne eines Studienverzichts, weil man sich ökonomisch ein Studium an einem weit entfernten Studienort nicht leisten will und/oder kann, und andererseits Wanderungsbewegungen und damit Bevölkerungsverluste im Sinne eines Umzugs in ein anderes Bundesland. Brandenburg wäre damit insgesamt langfristig betrachtet von verpassten Bildungs- und Karrierechancen der Landeskinder erheblich betroffen.

3 Der Begriff „Hebelwirkung“ ist hier nicht ganz unproblematisch. Man kann allerdings zusammenfassen, dass die individuellen Bildungsinvestitionen im Zusammenwirken mit den staatlich finanzierten Bildungsangeboten eine erhebliche additive Wirkung entfalten, die hier der Einfachheit halber als Hebelwirkung bezeichnet wird.

Dem Land gingen aber neben den beschriebenen Einkommens- und Beschäftigungseffekten, den demographischen Effekten und dem Verlust an Stabilisierung und Entwicklung weicher Faktoren mittelfristig auch die Innovationsfähigkeit verloren. Zudem könnte die Konkurrenzfähigkeit im Ländervergleich verloren gehen, und zwar, weil innovative junge Arbeitskräfte fehlten, die Gewinnung fremder junger hochqualifizierter Kräfte unverhältnismäßig teuer für die Unternehmer würde und die Anreize für die Ansiedlungen von kooperierenden Forschungsinstituten drastisch sinken würde. Die negative demografische Entwicklung Brandenburg, deren „Leuchtturm“ die Stadt Potsdam mit dem Zuzug der Studierenden darstellt, würde sich eigendynamisch weiter verschlechtern.

Weitere Argumente für diese Sichtweise liefern Daten der Studierenden- und Absolventenbefragung, die diese Argumentation stützen. Insbesondere der positive Wanderungssaldo der Stadt Potsdam in der Altersgruppe der 18–25-jährigen ist hier zu nennen, der verhindert, dass aus Potsdam ein „Pensionopolis“ würde, in dem vermögende Pensionäre ihre Renteneinkommen konsumieren. Die Universität Potsdam erhöht hier die Attraktivität der Stadt Potsdam durch vorhandene Bildungs- und Arbeitsangebote, und das nicht nur für die Landeskinder, sondern über die Landesgrenzen hinweg im Sinne eines „Pull-Effekts“.

Jeweils etwa ein Drittel der befragten Studierenden stammt aus Brandenburg, Berlin und außerhalb der Region, die zu etwa gleichen Teilen während des Studiums in Potsdam und Berlin wohnen. Dabei gelingt es der Universität Potsdam sich im Wettbewerb um Studierende als Standort von den Berliner Universitäten abzugrenzen und mit einem weiten Leistungsspektrum, Spezialisierungen im Studienangebot und der Nähe zu Berlin zu einer hohen Nachfrage nach Studienangeboten bei den Studierenden aus Berlin oder anderen Bundesländern zu sorgen.

Brandenburger Studierende wählten die Universität zumeist aus persönlichen Gründen als Studienort. Innerhalb des Studiums ergaben sich nur geringe Schwierigkeiten für die Studierenden hinsichtlich der Bewältigung der Leistungsanforderungen, deren Bewertung abhängig von Variablen wie dem Geschlecht, der Bildungsherkunft, der Abschlussart und der Vereinbarkeit von Studium und nebenberuflicher Tätigkeit ist. Ziel für alle Beteiligte in der Region sollte es sein, die Absolventen, deren Erwartungen erfüllt wurden und deren Einschätzung des Landes Brandenburgs hinsichtlich des Freizeitwertes und den Bedingungen zur Familiengründung äußerst positiv sind, zu einem hohen Anteil im heimischen Arbeitsmarkt zu binden. Bezogen auf die Frage nach dem Verbleib nach dem Studium ist der größte Anteil der Studierenden noch unentschlossen, an welchem Ort sie sich ihre berufliche

Zukunft vorstellen. Greift man hier Ergebnisse der Absolventenbefragung auf, die besagen, dass 19% der Absolventen schon während des Studiums in ihrer ersten Anstellung tätig waren und vor allem Praktika und die Erwerbstätigkeit neben dem Studium hilfreich für die Arbeitsplatzsuche waren, sollten die brandenburgischen Unternehmen versuchen, die Studierenden frühzeitig an sich zu binden. Die Wahrscheinlichkeit, die Studierenden in der Region zu halten, nimmt mit deren Alter, einer festen Partnerschaft und der regionalen Verbundenheit zu. Gepaart mit vorhandenen Jobangeboten, Aufstiegschancen und angepassten Löhnen erscheint die Überführung der Absolventen in den brandenburgischen Arbeitsmarkt als realistisch.

Zu bedenken ist hier, dass es nur dank der Universität Potsdam und den von ihr ausgehenden Pull-Effekten gelingt, einen negativen Saldo in der demographischen Bilanz zu verhindern. Junge Menschen im studierfähigen Alter aus Brandenburg finden ein attraktives Studienangebot und wegziehende junge Menschen aus Brandenburg, die an anderen Orten außerhalb ihres Herkunftslandes studieren wollen, werden in ihrer Zahl ausgeglichen durch solche jungen Menschen, die aus anderen Bundesländern nach Potsdam kommen. Dabei ergibt sich bezogen auf die kombinierte Attraktivität des Studienortes Potsdam und des Wohnortes Berlin eine zusätzliche Pull-Wirkung.

Neben der Aufgabe als „Personalproduzent“ für den regionalen Arbeitsmarkt übernimmt die Universität Potsdam die Funktion einer aufstiegsorientierten „Bildungsleiter“ für die brandenburgischen Landeskinder. Ein hoher Anteil der brandenburgischen Studierenden kommt aus Elternhäusern ohne Elternteil mit Fach- oder Hochschulabschluss, was teilweise auch eine Nachwirkung der Bildungsstruktur der DDR ist. Die Universität Potsdam ist nicht nur das geeignete Mittel zur Steigerung der Akademikerquote im Land Brandenburg, die (noch) unter dem Bundesdurchschnitt liegt, sondern befriedigt gleichermaßen den Bedarf nach Humankapital. Allerdings sind unter den brandenburgischen Studierenden diejenigen ohne mindestens ein Elternteil mit Fach- oder Hochschulabschluss nach wie vor unterrepräsentiert, während Studierende aus Berlin oder außerhalb der Region in höherem Maße aus Akademiker-Elternhäusern stammen. Insofern besteht trotz erkennbar positiver Entwicklungen noch Nachholbedarf.

Hinsichtlich der Studienfachwahl, die mit unterschiedlichen Einkommenschancen und Beschäftigungsrisiken einhergeht und die in der Literatur vielfach in Verbindung mit der sozialen Herkunft gebracht wird, sind für Studierende der Universität Potsdam nur geringe Unterschiede im Vergleich mit der Bildungsherkunft auszumachen. Vergleicht man die Studierenden anhand der

Abschlussart und der Bildungsherkunft, spiegelt sich in den Daten eine Tendenz dahingehend wider, dass Masterabschlüsse und eine Promotion eher von solchen Studierenden angestrebt werden, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft ökonomisch abgesichert sind und/oder entsprechend geprägt wurden und den hohen Wert von Bildung verinnerlicht haben. Die Investition in das Studium wird von den Studierenden allgemein positiv bewertet, und das ohne Unterschiede bezüglich der Bildungsherkunft. Die Gefahr, dass aus finanzieller Not heraus das Studium abgebrochen werden muss, sehen die Studierenden nicht, wobei diese Einschätzung unter Studierenden, die aus einem Elternhaus ohne Akademiker stammen, tendenziell erwartungsgemäß etwas geringer ausfällt. Finanziellen Krisen wird vorgebeugt, da eine große Mehrzahl der Studierenden neben dem Studium erwerbstätig ist. Dabei ergeben sich nur geringe Unterschiede je nach Bildungsherkunft. Studierende ohne Akademiker im Elternhaus arbeiten durchschnittlich 16 Stunden pro Woche und damit signifikant mehr als Studierende mit einem akademisch qualifizierten Elternteil im Elternhaus, die durchschnittlich zwei Stunden weniger pro Woche arbeiten. Die Anforderungen, die das Studium an die Studierenden stellt, werden signifikant unterschiedlich wahrgenommen. Studierende mit einer niedrigeren Bildungsherkunft werten die Items zum Umgang mit den Anforderungen des Studiums signifikant schlechter als Studierende mit höherer Bildungsherkunft. Die Abweichungen sind nicht stark, bestätigen jedoch die Annahme, dass hinsichtlich der Studienbewältigung die herkunftsbedingte soziale Ungleichheit in den Studienverlauf hineinwirkt.

Die Bildungsentscheidung ist insgesamt vom antizipierten Risiko des Statusverlustes bezogen auf die Herkunftsfamilie, der Wahrscheinlichkeit des Bildungsertrags bzw. vom Investitionsrisiko in Bildungsinvestitionen geprägt. Der Humankapitaltheorie folgend befinden sich die Studierenden während des Studiums in der Phase des Verschuldens (durch BAföG, Kredite oder Studiengebühren) mit der Hoffnung, dass die Investition in Bildung bzw. Humankapital im späteren Zeitverlauf zu einer tatsächlichen Produktivitätssteigerung führt, die sich im Arbeitseinkommen ausdrücken sollte.

Beim Blick auf die finanzielle Situation der Studierenden fällt auf, dass das zur Verfügung stehende monatliche Budget (durchschnittlich 863 Euro) in etwa vergleichbar mit dem der Studierenden aus den alten Bundesländern ist. Die Einnahmen stammen zu großen Teilen aus der Erwerbstätigkeit der Studierenden, der finanziellen Unterstützung durch die Eltern und der staatlichen Unterstützung durch BAföG. Etwa zwei Drittel der Studierenden gehen neben dem Studium

einer Tätigkeit im Umfang von durchschnittlich 15 Stunden pro Woche nach. Die Motivation liegt hier zumeist darin, Geld zu verdienen, etwas Neues zu lernen und sich somit auch teilweise spezifisches Humankapital anzueignen, das im weiteren Berufsleben von Vorteil sein kann. Die Quote derer, die eine Ausbildungsförderung (BAföG) erhalten, liegt bei den befragten Studierenden unter der des bundesweiten Durchschnitts. Dem verhältnismäßig hohen Einkommen, über das die Studierenden verfügen, stehen Ausgaben für Miet- und Nebenkosten von durchschnittlich 349 Euro entgegen, die den größten Teil der Ausgaben ausmachen. Inwieweit die Studierenden gut mit ihrem Geld zurechtkommen, hängt vom Alter, dem Wohnort, der Wohnform, dem Studienfach, der Bildungsherkunft und natürlich von der individuellen Höhe des Einkommens ab. Die indirekten Effekte, die dem Land Brandenburg durch die Konsumausgaben der Studierenden in erheblicher Höhe „zu Gute kommen“, entstehen, da im Durchschnitt 450 Euro (52 % der Gesamtausgaben) pro Studierenden und Monat in Brandenburg konsumiert werden.

In der vorliegenden Studie wurden neben den Studierenden auch die Absolventen der Universität Potsdam zu ihrem Studienverlauf und ihrem anschließenden beruflichen Werdegang befragt. Die Absolventen der Universität Potsdam stammen zu geringerem Anteil aus Berlin als das bei den Studierenden der Fall ist. Bezogen auf die Bildungsherkunft ähneln die Befunde denen der Studierenden, und die bereits diskutierte Unterrepräsentiertheit der Studierenden ohne akademisches Elternhaus zeigt sich auch hier. Auch die Gründe, die für die Wahl Potsdams als Studienort sprechen, stimmen mit denen der aktuellen Studierenden überein. Das Studienangebot einerseits und die Nähe zur Heimat andererseits erscheinen hier weiterhin am einflussstärksten. Im Durchschnitt benötigten die Absolventen 11 Semester bis zum Abschluss des Studiums. Die Finanzierung der Studienzeit wurde in höherem Maße von den Eltern und durch die eigene berufliche Tätigkeit getragen, als es bei den heutigen Studierenden der Fall ist, was auf veränderte Rahmenbedingungen durch die Studienreformen hinweist. Alles in allem erinnern sich die Absolventen durchaus positiv an ihr Studium an der Universität Potsdam zurück und würden sich auch aus heutiger Sicht wieder für ein Studium an dieser Universität entscheiden.

Der Einstieg in den Arbeitsmarkt fiel den Absolventen der Universität Potsdam nicht schwer, was die derzeitige gute Lage auf dem Arbeitsmarkt für Akademiker bestätigt. Etwa zwei Drittel der befragten Absolventen fand direkt und ohne jede Suchzeit eine Anstellung nach dem Studium, auch die Anzahl der Bewerbungen

war relativ gering. Die Hälfte der Befragten schrieb höchstens fünf Bewerbungen. In hohem Maße hilfreich für die Suche nach einer Anstellung waren dabei eher lose Bekannte als vergleichsweise die Familie oder engere Freunde. Zudem empfanden die Absolventen eine fachnahe Erwerbstätigkeit während des Studiums als Hilfestellung bei der Suche nach einem Job in Anschluss an das Studium. Wenn Probleme bei der Suche auftraten, dann wurden entweder zu wenig Stellen angeboten oder der Arbeitgeber suchte einen Bewerber mit einer inhaltlich anderen Schwerpunktsetzung im Studium.

Der Ort der ersten Anstellung der Absolventen ist im Rahmen der Betrachtung der Effekte der Universität Potsdam von hoher Bedeutung, da hier beantwortet wird, ob die Investitionen am Ende auch dem Land Brandenburg bzw. dem brandenburgischen Arbeitsmarkt zugutekommen. Die Daten sprechen eindeutig dafür, da in etwa ein Drittel der Absolventen in Brandenburg bleibt. Dabei nimmt die Stadt Potsdam eine herausragende Rolle ein. Nicht unerwartet ist, dass ein höherer Anteil in Berlin seine erste Erwerbstätigkeit beginnt. Aber zusammengefasst, kann konstatiert werden, dass dem Anteil von zwei Dritteln der Studierenden, die aus Berlin und Brandenburg stammen, auch zwei Drittel an Absolventen gegenüberstehen, die im regionalen Arbeitsmarkt tätig werden. Dabei kommt es zu einer Durchmischung, die interessante Impulse für die Region bringt. In den sozialen und kulturellen Dienstleistungsberufen finden die Absolventen der Universität Potsdam die meisten Anstellungen, darauf folgen IT- und naturwissenschaftliche Dienstleistungsberufe und unternehmensbezogene Dienstleistungsberufe.

Das erste Anstellungsverhältnis ist für 57% der Absolventen zeitlich befristet und für zwei Drittel durch eine Vollzeitstelle gekennzeichnet. Das durchschnittliche Einkommen in einer Vollzeitstellung liegt bei 1.861 Euro und bei 1.012 Euro für eine Halbtagsstelle. Der häufig zitierte Gender Pay Gap konnte bei den Absolventen der Universität Potsdam nicht bestätigt werden. Wenn das erste Arbeitsverhältnis zum Zeitpunkt der Befragung nicht mehr Bestand hatte, kündigte in den meisten Fällen der Arbeitnehmer selbst die Anstellung. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten war weniger als ein Jahr in der ersten Stelle tätig.

3 Politische Erwartungen und empirische Befundlage – Ein kurzer Vergleich

Es konnte gezeigt werden, dass die Universität Potsdam eine Fülle von positiven Effekten für das Land Brandenburg ebenso wie für die Stadt Potsdam hat. Inwieweit diese Effekte die Erwartungen der Landespolitik erfüllen, wird geprüft, indem die im Koalitionsvertrag und in den Parteiprogrammen der an der Regierungskoalition beteiligten Parteien formulierten Erwartungen den empirischen Befunden gegenübergestellt werden. Dabei gehen wir der Einfachheit halber davon aus, dass da, wo in den Programmen von Hochschulen in Brandenburg allgemein gesprochen wird, auch die Universität Potsdam eingeschlossen ist. Zur Vervollständigung der landespolitischen Sicht, werden auch die Erwartungen der Oppositionsparteien ausgewertet und aufgelistet. Von Erwartungen wird hier deshalb gesprochen, weil es sich im eigentlichen Sinn nicht um Ziele handelt, da weder der Zeitraum der Zielerreichung noch das angestrebte Ausmaß der Zielerreichung von der Regierungskoalition selbst bestimmt werden kann. Demnach handelt es sich hier um eine typische Kontextsteuerung.

Zum Zweck dieser Gegenüberstellung von Regierungserwartungen und tatsächlich nachgewiesenen Effekten wird der Koalitionsvertrag vom 06.10.2014 (Koalitionsvertrag des Brandenburgischen Landtags, 2014) einer Inhaltsanalyse unterzogen. Folgende relevante Kategorien konnten identifiziert werden, in denen Aussagen zu brandenburgischen Hochschulen und Universitäten zu finden sind:

- Arbeit und Beschäftigung,
- Ausbildung und Weiterbildung,
- Studium und Lehre,
- Bildung,
- Familie und Gleichstellung,
- Finanzierung.

Diesen inhaltlichen Kategorien wurden EDV-gestützt (MAXQDA 10) die entsprechenden Textpassagen des Koalitionsvertrages zugeordnet, die sich mit Erwartungen der Landesregierung in den entsprechenden Kategorien an die Hochschulen befassen (s. Tabelle 1, Anhang). Der Vollständigkeit halber werden Passagen aus den Parteiprogrammen der einzelnen Regierungsparteien, die inhaltlich in die entsprechenden Kategorien fallen, ebenfalls mit aufgeführt. Daneben werden nach dem gleichen Verfahren die Parteiprogramme der

Oppositionsparteien in einer eigenen Tabelle dargestellt (vgl. Tabelle 2, Anhang). Die genaue Quellenangabe im Koalitionsvertrag kann Tabelle 1 im Anhang entnommen werden. Hier wird auf die inhaltlichen Aspekte stärker Bezug genommen und diese vor dem Hintergrund der nachgewiesenen Effekte interpretiert.

Arbeit und Beschäftigung

Für die Regierungskoalition sind die Hochschulverträge eine Grundlage dafür, dass das Prinzip „Gute Arbeit“ auch in der Wissenschaft gelten müsse, und zwar für alle Arbeitskräfte und somit auch für den wissenschaftlichen Mittelbau. Um der Universität mehr Flexibilisierung zu ermöglichen, wird ab 2018 der Stellenplan der Hochschulen flexibilisiert. Betrachtet man die Finanzdaten, kann man den Nutzen der Flexibilisierung nur schwer erkennen. Angesichts steigender Personalkosten und eines konstanten Finanzdeltas zwischen Einnahmen und Ausgaben ist Flexibilisierung lediglich eine Verlagerung der Verantwortlichkeit im Umgang mit Personalknappheit in den Universitätsbereich, bei nach wie vor vorhandenen Kontrollmöglichkeiten des Landes.⁴

Die Universität gibt gezwungenermaßen die Unsicherheit der Beschäftigten durch befristete Arbeitsverträge vor allem im wissenschaftlichen Bereich an die Mitarbeiter weiter (vgl. auch Kapitel 3), wobei dies durch das Sonderarbeitsrecht für wissenschaftliche Mitarbeiter in der Qualifizierung in Form des Wissenschaftszeitvertragsgesetz möglich gemacht wird.

4 Die Formulierung im Parteiprogramm der Linken (s. Tabelle 1), wonach prekäre Beschäftigung an Hochschulen zurückzudrängen sei und zu diesem Zweck u. a. Daueraufgaben mit Dauerstellen abgedeckt und langfristige Beschäftigungsverhältnisse abgeschlossen werden müssten, zudem ein Tarifvertrag für studentische Beschäftigte gelten müsse, erscheint vor diesem Kontext als Forderung, die sie jedoch in der Koalition mit der SPD nicht durchsetzen konnten. Zudem heißt es, dass Universitäten mit Unternehmen enger zusammenarbeiten sollten, um Wettbewerbsvorteile und Arbeitsplätze zu sichern. Dies kann für die Universität Potsdam als erfüllt betrachtet werden. Gleichzeitig hat für die Regierungskoalition der wissenschaftliche Nachwuchs laut Koalitionsvertrag eine zentrale Bedeutung. So will man den Nachwuchs „nicht nur durch planbare Karrierewege und entsprechende Arbeitsbedingungen unterstützen, wir wollen ihn auch durch Graduiertenschulen, Forschungs-Netzwerke und den Aufbau einer landesweiten Post-Doc-Akademie“ befördern. Die hier geäußerten Forderungen im Koalitionsvertrag haben in Deutschland eine lange Tradition (vgl. Weber, 1923), verlagern jedoch das Problem der tatsächlichen Förderung in das universitäre Spannungsfeld von Finanzmittelknappheit und konkurrierenden Ausgabenbereichen, kurzum einer möglichst effizienten Mangelverwaltung.

Zudem wird die Erhöhung des Frauenanteils bei den Professorinnen und Professoren (vgl. Professorinnenprogramm erste und zweite Runde, Koordinationsbüro für Chancengleichheit, 2016) sowie in den Führungsgremien der Hochschulen angestrebt.

Ausbildung und Weiterbildung

Laut Koalitionsvertrag soll die Ausbildung in der Fachdidaktik und das Zentrum für Lehrerbildung an der Universität Potsdam gestärkt werden. Dies ist eine Forderung nach Stärkung der insbesondere für das Land Brandenburg relevanten spezifischen Qualifikationsbereiche, die auch in qualitativen Interviews positiv angesprochen worden sind, aber hier nicht näherer Gegenstand der Untersuchung waren. Die Forderung im Koalitionsvertrag, dass Universitäten und Fachhochschulen stärker als bisher berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen anbieten sollen, wird im gesamten Bundesgebiet regelmäßig formuliert. Auch Studierende betonen die Praxisrelevanz des Studiums und beklagen manche Theorielastigkeit, haben aber interessanterweise beim Eintritt in die Berufspraxis keine größeren Schwierigkeiten, sich auf wechselnde Anforderungen einzustellen. Offensichtlich ist gerade eine hohe Methodenkompetenz, die zudem hohe Abstraktionsfähigkeit verlangt, wichtig, um wechselnde komplexe Anforderungen im Arbeitsmarkt zu bewältigen.

Im Koalitionsvertrag haben darüber hinaus Fragen der „Ausbildung und der Weiterqualifizierungen [...] für die Koalition einen hohen Stellenwert. Die Ausbildungsangebote – bei bestehenden guten Einrichtungen wie die Filmuniversität – sind dabei verstärkt auf die veränderten Anforderungen der Digitalisierung auszurichten“. Insgesamt ist hier nicht klar, worauf sich die Wertung „bei bestehenden guten Einrichtungen“ bezieht. Dass jedoch diese Forderung erhoben wird, ist sicherlich legitim, erweitert jedoch gleichzeitig das Spektrum der Erwartungen an die Hochschulen und Universitäten bei gegebener Mittelknappheit.

Studium und Lehre

Generell will die Regierungskoalition die Zahl der Studierenden weiter auf etwa gleichem Niveau halten, den Anteil von Studierenden aus niedrigeren Schichten erhöhen und ihnen die Chance auf einen Masterabschluss an ihrer Universität eröffnen. „Dazu wird die Koalition mit einem Programm die Möglichkeit schaffen, dass Studentenwerke zusätzliche Studentenwohnheimplätze zur

Verfügung stellen und Gebäude energetisch sanieren können.“ Weiterhin strebt die Landesregierung an, den Anteil der aus Brandenburg stammenden Studierenden sowie die Gesamtzahl der an brandenburgischen Hochschulen immatrikulierten Studierenden weitgehend gleich zu halten.

Hier leistet die Universität Potsdam erhebliches. Der Anteil der Studierenden aus nicht akademischen Elternhäusern ist gestiegen und die Nachfrage nach ihren Studiengängen ist sehr hoch.

Bildung

Im Koalitionsvertrag heißt es: „Gute Bildung von Anfang an ist die Grundlage für die Verwirklichung von Lebenschancen der Menschen in Brandenburg. Sie fängt bereits lange vor der Schule an und hört nicht mit dem Schulabschluss auf. Das Lernen ist ein lebenslanger Prozess. Gute Bildung ist die richtige Antwort auf die Herausforderungen.“ Ungeachtet der Tatsache, dass der Begriff „gute Bildung“ unspezifisch bleibt, kann man für die Universität Potsdam sowohl hinsichtlich der subjektiven und der instrumentellen Qualität uneingeschränkt attestieren, dass einerseits die Bildungsangebote subjektiv als qualifiziert, ausgewogen in ihren relevanten Inhalten und mit hohen Empfehlungsquoten ausgestattet wahrgenommen werden. Andererseits gelangen die Absolventen rasch in den Arbeitsmarkt und erweisen sich als gut „gerüstet“.

Finanzierung

Die Formulierungen im Koalitionsvertrag, die sich explizit mit der Finanzierung von Fachhochschulen und Universitäten befassen, sind allesamt getragen von der klar erkennbaren Absicht, deren Finanzsituation zu verbessern. Einerseits sieht man eine verstärkte Kooperation zwischen Bund und Ländern als Möglichkeit und will sich dafür einsetzen, „dass das verfassungsrechtliche Kooperationsverbot mit dem Bund aufgehoben wird und dass die staatlichen Ausgaben für Bildung endlich als Investitionen gelten“ zumal „diese Investitionen als Beitrag zur Ausbildung junger Menschen, für die Fachkräftesicherung, für Wissenstransfer und für gesellschaftliche Entwicklungen“ gesehen werden müssen. Die Regierungskoalition will „in die Hochschullandschaft in der gesamten Wahlperiode 75 Millionen Euro zusätzlich zur Verbesserung von Studium und Lehre sowie der Studienbedingungen investieren. Diese Mittel sollen dazu dienen, die Zusammenarbeit von Unternehmen und Hochschulen zu verbessern, duale Studiengänge aufzubauen, die Zahl der Studienabbrecher zu senken sowie berufs- und familienbegleitendes Studieren zu vereinfachen“.

Für die Hochschulverträge wurde gleichzeitig festgelegt, „dass ab 2014 Verhandlungen zur Überarbeitung des Mittelverteilungsmodells aufgenommen werden, um die Grundaufgaben der Hochschulen in Forschung und Lehre besser abzubilden. Die bislang angewandten Indikatoren werden auf Anreizwirkungen überprüft und die Output-Orientierung des Modells gestärkt.“

Mit den Ergebnissen aus der vorgelegten Untersuchung stehen nunmehr zahlreiche Befunde zur Verfügung, die in die Neuregelung zur Mittelvergabe Eingang finden können.

Wenn gleichzeitig formuliert wird, dass es darum gehe, „die dem Land Brandenburg zur Verfügung stehende Finanzausstattung zielgerichtet für zukunftssträchtige Investitionen einzusetzen“, weil dies generationengerecht sei und langfristig den Handlungsspielraum der Politik, stärke, ist dies angesichts der Befunde für die Universität Potsdam bereits zutreffend.

Forschung

Im Koalitionsvertrag wird erklärt, die Wirtschafts- und Technologieförderung auf besonders zukunftsfähige Branchen konzentrieren zu wollen, insbesondere die Klima- und Energieforschung. Gleichzeitig will man die Einbindung von jungen innovativen Fachkräften in Brandenburger Unternehmen auf Landesseite subventionieren. Die zahlreichen außeruniversitären Institute sollen aufgrund ihrer Bedeutung weiterhin finanziell unterstützt werden. Zusammenfassend heißt es: „Die Koalition wird Rahmenbedingungen schaffen, um den Spitzenplatz Brandenburgs in der Klima- und Energieforschung weiter auszubauen. Energieeffizienz, Speichertechnologien und Energiemanagement sollen Forschungsschwerpunkte an den Brandenburger Hochschulen werden, die BTUCS wird dabei besonders unterstützt und in ihrer Profilierung zur „Energieuniversität“ gefördert. Mit dem Pakt für Forschung und Innovation verfolgen Bund und Länder sowie die Wissenschaftsorganisationen das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Forschung durch eine bessere Ausschöpfung der vorhandenen Potentiale zu steigern.“

Es ist zu wünschen, dass in den Kriterien der künftigen Mittelvergabe die besonderen Effekte der zahlreichen, um die Universität Potsdam herum gruppierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie die regionalen Verdichtungstendenzen in Potsdam besondere Gewichtung erfahren. Es erweist sich im Zuge des Matthäus-Effektes gewöhnlich als wesentlich einfacher, vorhandene Agglomerationstendenzen weiter zu verfestigen als andernorts überhaupt solche in vergleichbarem Ausmaß zu entwickeln. Bei aller Planungseuphorie seitens der Politik sollte zudem nicht

übersehen werden, dass Universitäten einen erheblichen Gestaltungsspielraum brauchen, da sie das Know-How für die Technologien von morgen und deren Verwertung in den Arbeitsmärkte von morgen schaffen, und genau dies ist heute noch nicht bekannt und kann daher nicht geplant werden. Jede extreme Engführung von Universitäten durch außengesteuerte Lenkung ihrer Forschungsaktivitäten verringert somit die Chance auf Entwicklung solcher Technologien.

Hochschule und Universität

Im Koalitionsvertrag wird in affirmativer Selbstbestätigung dem Land Brandenburg mit seinen acht Hochschulen eine leistungsfähige Hochschullandschaft bestätigt. Insgesamt drei Universitäten, eine Film-Universität, vier Fachhochschulen und über 30 Forschungseinrichtungen aller großen deutschen Forschungsverbände werden im Koalitionsvertrag aufgelistet und zusammenfassend als „eine beachtliche Dichte von Forschung und Lehre“ bewertet. Dazu verbindet sich mit der privat finanzierten Medizinischen Hochschule Brandenburg aus Sicht der Regierungskoalition die Chance, dass künftig mehr Studierende eine berufliche Tätigkeit in Brandenburg aufnehmen. Dass die Koalition die „Ausgaben für Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Beitrag zur Ausbildung junger Menschen, für die Fachkräftesicherung, für Wissenstransfer und für gesellschaftliche Entwicklungen“ sieht, ist insofern interessant, als hier nach wie vor von Kosten gesprochen wird, obwohl die Koalition selbst im Rahmen ihrer Überlegungen zur Finanzierung von Investition spricht. So heißt es unter Punkt Finanzierung im Koalitionsvertrag, dass die Koalition sich auf Bundesebene dafür einsetzt, „dass das verfassungsrechtliche Kooperationsverbot mit dem Bund aufgehoben wird und dass die staatlichen Ausgaben für Bildung endlich als Investitionen gelten.“ Die aufgewandten „Mittel sollen dazu dienen, die Zusammenarbeit von Unternehmen und Hochschulen zu verbessern, duale Studiengänge aufzubauen, die Zahl der Studienabbrecher zu senken sowie berufs- und familienbegleitendes Studieren zu vereinfachen.“

Aufgrund der eher „kleinteiligen Wirtschaftsstruktur in Brandenburg“, eine Sichtweise, die in den Experteninterviews mehrfach bestätigt wurde, könne ein „Ausbau der dualen Studiengänge aber nur als gemeinsame Anstrengung von Hochschulen und Unternehmen“ gelingen. Insbesondere die „Fachhochschulen, die als Motoren dieser Entwicklung gesehen werden, sollen ihre fachliche Ausrichtung auch an der gemeinsamen Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg und den regionalen Wachstumskernen orientieren“. Interessant ist hier die Betonung der Bedeutung dualer Studiengänge und der Fachhochschulen als Motor einer

Entwicklung hin zu mehr dualen Studiengängen. Duale Studiengänge qualifizieren speziell für einzelne Segmente bzw. Branchen und verknüpfen hohe Arbeitsplatzsicherheit mit hohen Praxisanteilen, die von Arbeitgebern erwartet werden. Gleichzeitig aber werden hier tendenziell Monopolrenten begünstigt, indem Arbeitgeber zwar anfangs hohe Kosten für die Qualifizierung ihrer dualen Studierenden aufwenden, mittelfristig aber wird der Karriereweg für den Absolventen insofern geschlossen, als aufgrund der hohen Spezialisierung ein künftiger Wechsel der Branche unwahrscheinlich wird. Wenn dann das Studium noch von privaten Einrichtungen angeboten wird, die ganz speziell ihre Angebote auf eine Branche und die spezifischen Anforderungen vielleicht sogar noch in Abstimmung mit den Erwartungen der Arbeitgeber ausrichten, erzielt auch die Bildungsinstitution eine Quasi-Monopolrente (vgl. am Beispiel privater Hochschulen in der Gesundheitsbranche Bischoff, Emrich & Pierdzioch, 2015).

Dass die Regierungskoalition sich dafür ausspricht, dass die Lehrkräfteausbildung weiterhin hohe Praxisanteile beinhalten solle und dass die Fachdidaktik und das Zentrum für Lehrerbildung an der Universität Potsdam zu stärken seien, ist eine Forderung, die auch von Experten in Interviews geäußert wurde, die wiederholt auf die besondere Bedeutung der Universität Potsdam für den Nachwuchs im Lehrer- und Verwaltungsfachkräftebereich in Brandenburg hinwiesen.

Innovation und Technologie

Im Rahmen der Verdichtung von Branchenkompetenzfeldern zu Clustern wurden aus Sicht der Regierungskoalition in der vorangegangenen Wahlperiode wesentliche Voraussetzungen geschaffen, „Internationalisierung, Innovation und Imagebildung, die länderübergreifende Zusammenarbeit sowie die Bildung von Netzwerken“ weiter voranzubringen. Die Innovationsstrategie (innoBB), bestehend aus „fünf gemeinsamen Clustern für die Hauptstadtregion (Energie-technik; Gesundheitswirtschaft; IKT, Medien und Kreativwirtschaft; Optik; Verkehr, Mobilität und Logistik) und den vier brandenburgspezifischen Clustern (Ernährungswirtschaft; Kunststoffe und Chemie; Metall; Tourismus)“, dient hierbei zur Orientierung. Gleichzeitig will man die Kooperation in der Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsförderungen von Berlin und Brandenburg „weiter verbessern, um die gemeinsame Hauptstadtregion zu einer europäischen Innovationsregion zu entwickeln.“ Insgesamt möchte die Koalition auch künftig „die Ansiedlung von Investoren, die Entstehung von Unternehmen durch Ausgründungen aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen

sowie den Technologietransfer unterstützen. Neue Impulse im Wissens- und Technologietransfer sollen durch die verstärkte Ausrichtung auf das Entstehen von Marktführerschaften sowie die erstmalige Umsetzung von technischen Lösungen in international wettbewerbsfähigen Produkten, Verfahren oder Dienstleistungen entstehen.“ Offensichtlich herrscht Konsens darüber, dass „Investitionen in Wissenschaft, Forschung und Innovation Investitionen in die Zukunft bleiben und zentrale Bausteine für die Entwicklung des Landes“ sind und dass „die Technologieentwicklung über die anwendungsorientierte Forschung an unseren Hochschulen [...] wesentlicher Teil der Innovationsfähigkeit und Wirtschaftskraft der Regionen Brandenburgs“ sind.

In den qualitativen Interviews zeigte sich, dass eine räumliche Erweiterung der Universität und der kooperierenden Forschungseinrichtungen notwendig wird. Hier hat die Landesregierung im Zusammenwirken mit der kommunalen Ebene ein entsprechendes Aufgabenfeld.

Kooperation und Transfer

Mittels Förderung von „Innovationsfachkräften, insbesondere bei der Einstellung von Hochschulabsolventinnen und -absolventen (Innovationsassistenten) sowie durch die frühzeitige Bindung Studierender an Brandenburger Unternehmen mit einem „Brandenburg-Stipendium“ sollen Absolventen früh an Brandenburger Unternehmen gebunden werden. Darüber hinaus sollen „Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen [...] verstärkt untereinander kooperieren, um Forschung und Lehre weiter zu qualifizieren. Darüber hinaus sollen sie mit Unternehmen enger zusammenarbeiten, um Wettbewerbsvorteile und Arbeitsplätze zu sichern.“ Wiederrum werden duale Studiengänge als Möglichkeit angesprochen, „gut ausgebildete Fachkräfte zu bilden und im Land zu halten.“ Zudem wird wiederholt die „Technologieentwicklung über die anwendungsorientierte Forschung“ an den Hochschulen als „wesentlicher Teil der Innovationsfähigkeit und Wirtschaftskraft der Regionen Brandenburgs“ gesehen und die Fachhochschulen erneut „als Motoren dieser Entwicklung“ bezeichnet. „Die fachliche Ausrichtung auch an der gemeinsamen Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg und den regionalen Wachstumskernen“ soll diesen Prozess befördern. Gemeinsame Berufungen mit Forschungseinrichtungen im Rahmen einer weiteren Vernetzung zwischen Universitäten, Fachhochschulen und kooperierenden Forschungseinrichtungen werden im Kontext mit weiterer Internationalisierung und dem Aufbau und der Vertiefung internationaler Partnerschaften als wesentlicher Treiber zur Entwicklung dieser Strategie betrachtet.

Standort als Wirtschaftsfaktor

Im Prinzip werden im Koalitionsvertrag eher Allgemeinplätze zu diesem Punkt formuliert. Die Nähe von Unternehmen zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird als Grundlage von unternehmerischen Investitionsentscheidungen betrachtet und die hohe Dichte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen als wichtiger Standortfaktor der Region betrachtet. Wobei die ökonomischen Effekte der Universität Potsdam sowie der kooperierenden Forschungseinrichtungen erst durch diese Studie beziffert werden.

4 Zusammenfassende Würdigung

Im Koalitionsvertrag sind zusammenfassend all jene rhetorischen Figuren zu finden, die die Bildungspolitik der Bundesrepublik prägen und die den Eindruck aufkommen lassen, dass es sich um eine sich stets verwandelnde Interpretation vorhandener Argumente handelt, die als in der Anzahl begrenztes Argumentbündel die Debatte bestimmen. Dazu kommen die Problematiken solcher Verträge, die zunächst einmal Absichtserklärungen formulieren, also im Kern eine Ebene des Talks darstellen, der sich häufig dann als Cheap Talk erweist, wenn es um die politischen Opportunitätskosten notwendiger Entscheidungen über die Ressourcenverwendung etc. geht.

Um die Entkoppelungen von Reden und Handeln zu verdeutlichen, kann man wie folgt zusammenfassen. Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses hängen nicht von unzureichendem Willen der Universitäten zur Gestaltung guter Arbeit ab, sondern von ausreichender Ressourcenausstattung. Wenn man dann von den Universitäten die Beachtung der Grundsätze guter Arbeit erwartet, gleichzeitig in der Finanzierung systematisch hinter den sich entwickelnden Personalkosten hinterherhinkt, der Universität gleichzeitig noch die Entscheidungshoheit über ihren Personalplan mit der Möglichkeit zu kontrollierendem Eingriff überlässt, ist dies eher Symbolpolitik. Die Ausrichtung der Forschungsförderpolitik des Landes auf bestimmte, als zukunftssträftig etikettierte Bereiche ist legitim, es wird allerdings darauf ankommen, die Finanzierung von Forschung generell so zu gestalten, dass auch die Chance erhalten bleibt, dass in anderen Forschungsbereichen „zarte Pflänzchen“ aufkeimen können, aus denen sich nicht selten die starken Forschungsbäume von morgen entwickeln. Die erhebliche Zeitspanne zwischen den entwickelten Forschungsfeldern von heute und deren vermuteter künftiger Bedeutung bei gleichzeitig notwendigerweise vorhandenen Forschungsfeldern mit hoher Relevanz von morgen mag auch die wiederholt erkennbare besondere Betonung der Leistungsfähigkeit von Fachhochschulen erklären, die

sicherlich ihre Bedeutung haben. Klar wurde jedoch in den berichteten Befunden zur Bedeutung von Wissen und Wissensgenerierung und Spill-Over-Effekten, den Experteninterviews und den Daten der Studierenden- und Absolventenbefragung, dass eine ressourcengesteuerte Engführung in den Forschungsaktivitäten nicht zwingend hilfreich für die Entwicklung künftig wirtschaftlich erfolgreicher Technologien ist. Zudem erkennen die Experten teilweise deutliche Unterschiede zwischen Fachhochschul- und Universitätsstudium. Darüber hinaus ergab die Studie, dass trotz der ritualistischen Forderung nach mehr Praxisrelevanz des Studiums gerade eine notwendigerweise abstrakte Betonung eines theoretisch und vor allem hinsichtlich der Vermittlung methodischer Kompetenzen anspruchsvollen Studiums den Daten nach offensichtlich die Studierenden trotzdem oder gerade deshalb dazu befähigt, sich schnell mit den Anforderungen der Praxis zu arrangieren und sie kompetent zu bewältigen. Die Arbeitsmarktchancen für die Absolventen sind somit sehr gut auch ohne die Engführungen eines auf bestimmte Branchen spezialisierenden dualen Studiums oder eben gerade deshalb. Es drängt sich somit der Eindruck auf, dass in der angesprochenen Balance zwischen institutionell verbrieftter Freiheit von Forschung und Lehre und der Ressourcenabhängigkeit vom Land etwas mehr Freiheit gewagt werden könnte und dass eine schärfere Differenzierung zwischen der Leistungsfähigkeit von Fachhochschulen und Universitäten angeraten ist.

Der Anteil der Studierenden wächst stetig, so hat die Universität Potsdam trotz des angrenzenden Großraums Berlin sich in der Konkurrenz um Studierende als überaus leistungsfähig erwiesen, so kommen ihre Absolventen schnell in den Arbeitsmarkt und bewältigen die entsprechenden Anforderungen nach subjektiver Sicht sehr gut, sie haben gleichzeitig eine hohe Loyalität gegenüber dem Land und der Region, deren Image für sie einige positive Momente bietet.

Dass die Universität insofern ein starker Wirtschaftsfaktor ist, dass sie allein und insbesondere mit den in ihrem Umfeld befindlichen kooperierenden Forschungseinrichtungen wesentliche Einkommens- und Beschäftigungseffekte entfaltet, konnte eindrucksvoll gezeigt werden. Es ist eine Frage der Effizienz des Mitteleinsatzes des Landes, inwieweit man diese positiven Kennziffern in den Kriterien der Mittelzuweisung durch das Land berücksichtigt.

5 Literatur

- Bischoff, F., Emrich, E. & Pierdzioch, C. (2015). Berufsakademien zwischen Fakten und Fiktionen: Eine empirische Analyse anhand eines Beispiels aus dem Sport- und Fitnessbereich. *Zeitschrift für Evaluation* 14 (1), S. 83–103.
- Gloede, K., Schirmag, T. & Schoeler, K. (1999). *Ökonomische Wirkungen der Universität Potsdam auf die Region*, Frankfurt: Peter Lang.
- Knappe, S. (2006). Die Regionalwirksamkeit der Wissenschaftseinrichtungen in Potsdam. Eine empirische Analyse wissenschaftsbedingter Beschäftigungs-, Einkommens- und Informationseffekte. In: Institut für Geographie der Universität Potsdam (Hrsg.): *Praxis Kultur- und Sozialgeographie*, Bd. 40.
- Koalitionsvertrag des Brandenburgischen Landtags. (2014). *Koalitionsvertrag zwischen SPD Brandenburg und DIE LINKE Brandenburg für die 6. Wahlperiode des Brandenburger Landtages – Sicher, selbstbewusst und solidarisch: Brandenburgs Aufbruch vollenden*. Online verfügbar unter http://www.spd-brandenburg.de/fileadmin/user_upload/spd-brandenburg_de/14/LPT/01-11-14/141010-Koalitionsvertrag.pdf, Zugriff am 17.04.2016.
- Koordinationsbüro für Chancengleichheit (2016). *Was wir tun*. Zugriff am 20.04.2016 unter <http://www.uni-potsdam.de/gleichstellung/ueber-uns/profil-des-koordinationsbueros-fuer-chancengleichheit/was-wir-tun.html>.
- Merton, R. K. (1973). The Normative Structure of Science (1942). In: Merton, Robert K. (Hrsg.): *The Sociology of Science. Theoretical and Empirical Investigations*. Chicago: University of Chicago Press.
- Weber, A. (1923). *Die Not der geistigen Arbeit*. München: Duncker & Humboldt.

6 Anhang

Tabelle 1: Im Koalitionsvertrag und von den Koalitionsparteien in ihren Parteiprogrammen formulierte Erwartungen an Hochschulen und ihre mittelbaren Effekte.

Dokumentname	Code	Segment
Koalitionsvertrag	Arbeit/ Beschäftigung	Die Hochschulverträge sind eine Grundlage dafür, dass das Prinzip „Gute Arbeit“ auch in der Wissenschaft gilt. Dieser Grundsatz muss auch für studentische Hilfskräfte gelten. Um der zunehmenden Flexibilisierung im Hochschulhaushalt Rechnung zu tragen, wird im Rahmen der Fortschreibung der Personalbedarfsplanung ab 2018 der Stellenplan der Hochschulen heraus genommen. Das zuständige Ministerium begleitet die Stellenplan-Flexibilisierung durch ein Controlling.
Koalitionsvertrag	Arbeit/ Beschäftigung	Darüber hinaus sollen sie mit Unternehmen enger zusammenarbeiten, um Wettbewerbsvorteile und Arbeitsplätze zu sichern.
Parteiprogramm-Linke	Arbeit/ Beschäftigung	Prekäre Beschäftigung an Hochschulen ist zurückzudrängen. Dazu müssen u.a. Daueraufgaben mit Dauerstellen abgedeckt und langfristige Beschäftigungsverhältnisse abgeschlossen werden. Auch setzen wir uns für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte ein.
Parteiprogramm-Linke	Arbeit/ Beschäftigung	Eine zentrale Bedeutung hat für uns der wissenschaftliche Nachwuchs. Ihn wollen wir nicht nur durch planbare Karrierewege und entsprechende Arbeitsbedingungen unterstützen, wir wollen ihn auch durch Graduiertenschulen, Forschungs-Netzwerke und den Aufbau einer landesweiten Post-Doc-Akademie befördert.
Parteiprogramm-SPD	Arbeit/ Beschäftigung	Ihre Bedeutung wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen, denn der Bedarf an hoch qualifizierten Fachkräften im Land steigt.
Koalitionsvertrag	Ausbildung und Weiterbildung	Fachdidaktiken und das Zentrum für Lehrerbildung an der Universität Potsdam gestärkt werden.
Koalitionsvertrag	Ausbildung und Weiterbildung	Die staatliche Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten wird auch künftig an den Brandenburger Lehrkrankenhäusern in Kooperation mit der Charité Berlin sowie anderen Universitäten und Hochschulen erfolgen.
Koalitionsvertrag	Ausbildung und Weiterbildung	Mit der Einführung der neuen Studiengänge für Pflege und Therapiewissenschaften und künftig auch Medizinpädagogik an der BTU in Senftenberg werden die Ausbildungsmöglichkeiten gestärkt.
Koalitionsvertrag	Ausbildung und Weiterbildung	Die Koalition sieht die Ausgaben für Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Beitrag zur Ausbildung junger Menschen, für die Fachkräftesicherung.



Dokumentname	Code	Segment
Koalitionsvertrag	Ausbildung und Weiterbildung	Stärker als bisher sollen Universitäten und Fachhochschulen berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen anbieten.
Koalitionsvertrag	Ausbildung und Weiterbildung	Von daher haben Fragen der Ausbildung und der Weiterqualifizierungen auch hier für die Koalition einen hohen Stellenwert. Die Ausbildungsangebote – bei bestehenden guten Einrichtungen wie die Filmuniversität – sind dabei verstärkt auf die veränderten Anforderungen der Digitalisierung auszurichten.
Parteiprogramm-Linke	Ausbildung und Weiterbildung	Die Lehrkräfteausbildung soll weiterhin hohe Praxisanteile beinhalten, die Fachdidaktiken und das Zentrum für Lehrerbildung an der Universität Potsdam gilt es zu stärken.
Parteiprogramm-Linke	Ausbildung und Weiterbildung	Wir wollen möglichst viele Studierende zu einem Studienabschluss führen; dabei soll der Masterabschluss die Regel sein um allen Bachelorabsolventinnen und -absolventen die Möglichkeit einer weiteren Qualifikation zu bieten.
Parteiprogramm-Linke	Ausbildung und Weiterbildung	Sollen Studierende im erfolgreichen Abschluss ihres Studiums unterstützt werden, gilt es insbesondere die sozialen Rahmenbedingungen zu verbessern. Hierzu zählen unter anderem die Bereitstellung von preiswertem Wohnraum und einer guten Kinderbetreuung. Eine sozial gerechte und solidarische Bildungspolitik muss die Türen zur Hochschule weit offen halten. Dies gilt insbesondere für Kinder aus einkommensschwachen und bildungsfernen Haushalten. Studiengebühren – egal in welcher Form – wird es mit uns weiterhin nicht geben; die Rückmeldegebühren gehören abgeschafft. Wir treten grundsätzlich für ein elternunabhängiges Bafög ein.
Parteiprogramm-Linke	Ausbildung und Weiterbildung	Ein weiterer Baustein, um den Fachkräftebedarf zu sichern, kann das Projekt einer medizinischen Hochschule Brandenburg »Theodor Fontane« als private Hochschule in öffentlicher Hand sein, die von den kommunalen Kliniken Neuruppin und Brandenburg a.d.Havel getragen und von weiteren medizinischen Einrichtungen sowie Berufsverbänden unterstützt wird, um mit innovativen Lehrmethoden den ÄrztInnenachwuchs im märkischen Land zu sichern.
Parteiprogramm-SPD	Ausbildung und Weiterbildung	Ihre Bedeutung wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen, denn der Bedarf an hoch qualifizierten Fachkräften im Land steigt.
Parteiprogramm-SPD	Ausbildung und Weiterbildung	Im Dialog mit den Branchen sollen Fachkräfteprobleme behoben sowie die Aus- und Fortbildung von Arbeitnehmern verbessert werden.



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm-SPD	Ausbildung und Weiterbildung	Wir unterstützen die Brandenburger Unternehmen durch die Förderung von Innovationsfachkräften, insbesondere bei der Einstellung von Hochschulabsolventen (Innovationsassistenten) sowie durch die frühzeitige Bindung Studierender an brandenburger Unternehmen mit einem „Brandenburg-Stipendium“.
Parteiprogramm-SPD	Ausbildung und Weiterbildung	Der akademische Grad „Diplom-Ingenieur“ ist ein deutsches Markenzeichen. Wir werden es den Hochschulen ermöglichen, ihren Absolventinnen und Absolventen zusätzlich auch den Titel „Diplom-Ingenieur“ zu verleihen.
Parteiprogramm-SPD	Ausbildung und Weiterbildung	Fachhochschulen und Universitäten sollen stärker berufsbegleitende Qualifizierungsmöglichkeiten anbieten.
Koalitionsvertrag	Ausbildung und Weiterbildung/ Studium und Lehre	Brandenburg besitzt mit seinen Hochschulen eine exzellente Basis für Lehre und Forschung.
Koalitionsvertrag	Ausbildung und Weiterbildung/ Studium und Lehre	Um eine hohe Zahl von Studierenden in Brandenburg zu haben, müssen das Studium attraktiv und die Studierneigung hoch sein. Dazu gehört, dass auch in Zukunft keine Studiengebühren für das Erststudium bis zum Master-Abschluss erhoben werden, um soziale Benachteiligung zu verhindern. Alle Studierenden mit einem Bachelor-Abschluss müssen die Chance haben, einen Masterstudiengang zu belegen.
Koalitionsvertrag	Ausbildung und Weiterbildung/ Studium und Lehre	Die weitere Erhebung der Rückmeldegebühren wird vom Ausgang noch ausstehender Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts abhängig gemacht. Bei Masterabschlüssen wird die Koalition es den Hochschulen ermöglichen, ihren Absolventinnen und Absolventen der entsprechenden Fächer zusätzlich auch den Titel „Diplom-Ingenieur“ zu verleihen. Um die Studienbedingungen weiter zu verbessern, wird die Koalition mit einem Programm die Möglichkeit schaffen, dass Studentenwerke zusätzliche Studentenwohnheimplätze zur Verfügung stellen und Gebäude energetisch sanieren können. Die Zahl der Studienabbrecher soll durch transparente Studienstrukturen und eine bessere Betreuung der Studierenden gesenkt werden. Tutorien- und Mentoring-Programme müssen verstetigt werden. Colleges wie an der BTUCS werden erprobt und – wenn bewährt – auf alle Hochschulen ausgedehnt.
Koalitionsvertrag	Ausbildung und Weiterbildung/ Studium und Lehre	Um unsere erfolgreichen Fachhochschulen zu fördern, werden wir in einem Modellprojekt das Promotionsrecht an ausgewählte forschungsstarke Fachbereiche der Fachhochschulen vergeben.



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm-Linke	Ausbildung und Weiterbildung/ Studium und Lehre	Gegenwärtig sind an den Hochschulen Brandenburgs etwa 50.000 Studierende immatrikuliert, knapp die Hälfte davon kommt aus Brandenburg selbst. Diese Gesamtzahl wollen wir halten.
Parteiprogramm-Linke	Ausbildung und Weiterbildung/ Studium und Lehre	Von zentraler Bedeutung sind dabei die Verbesserung der Qualität der Lehre und der sozialen Rahmenbedingungen des Studiums. Für die langfristige Verbesserung der Lehrqualität streben wir zudem eine öffentliche Ausfinanzierung der Hochschulen an. Hochschulen sind ein Ort, an denen der Raum für eine kritische Wissenschaft gegeben sein muss.
Parteiprogramm-Linke	Ausbildung und Weiterbildung/ Studium und Lehre	Generell soll es mehr Durchlässigkeit in der höheren Bildung geben: Für die Zulassung zum Studium, zwischen den Studiengängen sowie zwischen den Hochschulen und speziell auch zwischen Hochschulen und Universitäten.
Parteiprogramm-Linke	Ausbildung und Weiterbildung/ Studium und Lehre	Brandenburg soll die Initiative für einen Hochschulpakt III übernehmen, der den Schwerpunkt auf die grundlegende Verbesserung der Lehrbedingungen an den Hochschulen legt und dessen bildungspolitischen Ziele sich konsequent an den Anforderungen einer solidarischen Wissensgesellschaft ausrichten.
Parteiprogramm-SPD	Ausbildung und Weiterbildung/ Studium und Lehre	Die Zahl der Studierenden liegt mit über 50.000 so hoch wie noch nie.
Parteiprogramm-SPD	Ausbildung und Weiterbildung/ Studium und Lehre	Auch in Zukunft werden wir keine Studiengebühren für das Bachelor- und Masterstudium erheben. Mit einem Kreditprogramm wollen wir es den Studentenwerken ermöglichen, zusätzliche Studentenwohnheimplätze zu schaffen und Gebäude energetisch zu sanieren.
Parteiprogramm-SPD	Ausbildung und Weiterbildung/ Studium und Lehre	Duale Studiengänge verbinden praktische Ausbildung im Betrieb mit einem Studium. Wir wollen die Zahl solcher Studiengänge, insbesondere in den Bereichen Forstwirtschaft, Ökolandbau, Ingenieurwissenschaften und Augenoptik, deutlich erhöhen.
Koalitionsvertrag	Bildung	Gute Bildung von Anfang an ist die Grundlage für die Verwirklichung von Lebenschancen der Menschen in Brandenburg. Sie fängt bereits lange vor der Schule an und hört nicht mit dem Schulabschluss auf. Das Lernen ist ein lebenslanger Prozess. Gute Bildung ist die richtige Antwort auf die Herausforderungen.



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm- Linke	Bildung	Generell soll es mehr Durchlässigkeit in der höheren Bildung geben: Für die Zulassung zum Studium, zwischen den Studiengängen sowie zwischen den Hochschulen und speziell auch zwischen Hochschulen und Universitäten. Einen wichtigen Schritt sind wir mit der Ausweitung des Hochschulzugangs in dieser Wahlperiode schon gegangen. Um Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit weiter voranzutreiben, sollte jede akademische Lehrereinrichtung ein Diversity-Konzept erarbeiten und umsetzen. Für die kommende Wahlperiode werden wir ein Hochschulzulassungsgesetz vorlegen. Mehr Durchlässigkeit benötigt aber auch mehr Kooperation zwischen den Hochschulen. Gemeinsame Studiengänge oder hochschulübergreifende Forschungskonzepte wollen wir ebenso fördern wie eine Zusammenarbeit verschiedener Hochschultypen. Als Modellprojekt wollen wir besonders forschungsstarken Fachbereichen der Fachhochschulen das Promotionsrecht verleihen. Zugang zu höherer Bildung hat auch eine räumliche Dimension. Daher sollten die Brandenburger Hochschulen als Verbund in zentralen Orten der dünner besiedelten ländlichen Räume eigene Präsenzstellen einrichten, an denen sie ihre Angebote vermitteln und das Interesse an einem Studium wecken. Dies kann verknüpft werden mit Weiterbildungsplattformen, die lebenslanges Lernen im ganzen Land unterstützen.
Parteiprogramm- Linke	Bildung	Hochschulen sind für uns nicht nur ein Lern- und Lehrort, sondern auch eine »Schule fürs Leben«. Daher müssen sich zentrale gesellschaftliche Themen wie Gleichstellung, Barrierefreiheit und Demokratie auch hier wiederfinden. Die Konzepte der familienfreundlichen Hochschulen müssen konsequent umgesetzt und Frauen gezielt auf dem wissenschaftlichen Karriereweg gefördert werden. Wir vertreten weiterhin das Ziel, Hochschulgremien viertelparitätisch zu besetzen. Auch halten wir an dem Ziel fest, die Hochschulen über eine Zivilklausel auf eine nachhaltige und friedliche Forschung zu verpflichten.
Parteiprogramm- Linke	Dienstleistung	Auch halten wir an dem Ziel fest, die Hochschulen über eine Zivilklausel auf eine nachhaltige und friedliche Forschung zu verpflichten.
Parteiprogramm- Linke	Dienstleistung	Auf Landesebene setzen wir uns für eine Zivilklausel an den Hochschulen und ein Werbeverbot der Bundeswehr an Schulen ein.
Koalitionsvertrag	Familie und Gleichstellung	Die Erhöhung des Frauenanteils bei den Professorinnen und Professoren sowie in den Führungsgremien der Hochschulen wird angestrebt. Die Hochschulen sollen noch familienfreundlicher werden.



Dokumentname	Code	Segment
Koalitionsvertrag	Finanzierung	Die Koalition unterstützt alle Initiativen, die eine Kooperation zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik ermöglichen. Sie setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass das verfassungsrechtliche Kooperationsverbot mit dem Bund aufgehoben wird und dass die staatlichen Ausgaben für Bildung endlich als Investitionen gelten.
Koalitionsvertrag	Finanzierung	Die Koalition sieht die Ausgaben für Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Beitrag zur Ausbildung junger Menschen, für die Fachkräftesicherung, für Wissenstransfer und für gesellschaftliche Entwicklungen.
Koalitionsvertrag	Finanzierung	Um diese Basis weiter auszubauen, wird der Etat in dieser Wahlperiode jährlich um fünf Millionen Euro erhöht. Somit investieren wir in die Hochschullandschaft in der gesamten Wahlperiode 75 Millionen Euro zusätzlich zur Verbesserung von Studium und Lehre sowie der Studienbedingungen. Diese Mittel sollen dazu dienen, die Zusammenarbeit von Unternehmen und Hochschulen zu verbessern, duale Studiengänge aufzubauen, die Zahl der Studienabbrecher zu senken sowie berufs- und familienbegleitendes Studieren zu vereinfachen.
Koalitionsvertrag	Finanzierung	Darüber hinaus erhalten die Hochschulen in der Legislaturperiode insgesamt 25 Millionen Euro zusätzlich für die Grundfinanzierung.
Koalitionsvertrag	Finanzierung	In den Hochschulverträgen wurde festgelegt, dass ab 2014 Verhandlungen zur Überarbeitung des Mittelverteilungsmodells aufgenommen werden, um die Grundaufgaben der Hochschulen in Forschung und Lehre besser abzubilden. Die bislang angewandten Indikatoren werden auf Anreizwirkungen überprüft und die Output-Orientierung des Modells gestärkt.
Koalitionsvertrag	Finanzierung	Gleichzeitig unterstützen wir weiterhin gemeinsame Berufen zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen.
Koalitionsvertrag	Finanzierung	Die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung waren von Einsparauflagen ausgenommen; nach Möglichkeit wurden sogar zusätzliche Mittel bereitgestellt. Viele Menschen und das ganze Land haben daraus Nutzen gezogen: Junge Leute fanden Arbeit in Brandenburg, Kinder wurden besser betreut, Lehrer und Polizisten entlastet. Die Belastung künftiger Generationen wurde verringert, die aktuellen Gestaltungsmöglichkeiten der Politik wurden erweitert.



Dokumentname	Code	Segment
Koalitionsvertrag	Finanzierung	Es geht darum, die dem Land Brandenburg zur Verfügung stehende Finanzausstattung zielgerichtet für zukunftssträchtige Investitionen einzusetzen. Das ist generationengerecht und stärkt langfristig den Handlungsspielraum der Politik. Prioritär sind dabei Ausgaben für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Wirtschaft und Infrastruktur. Bei der Realisierung von Zukunftsinvestitionen sollen insbesondere auch EU- und Bundesmittel zur Kofinanzierung genutzt werden.
Parteiprogramm-Linke	Finanzierung	Die Abhängigkeit der Finanzstruktur der Hochschulen von nicht-staatlichen Drittmittelgebern und ihren kurzweiligen wirtschaftlichen Interessen, muss daher überwunden werden.
Parteiprogramm-Linke	Finanzierung	In einem ersten Schritt werden wir in der kommenden Wahlperiode den Hochschuletat um 50 Millionen aufstocken. Außerdem wollen wir mehr Transparenz bei der Verwendung von Drittmitteln und eine Grundsatzdebatte über die Finanzierung von Wissenschaft durch nicht-staatliche Institutionen.
Parteiprogramm-Linke	Finanzierung	Soziales Augenmaß und Konsolidierung der Landesfinanzen gehören zusammen. Diesen Kurs werden wir weiter fortsetzen. Sozialer Ausgleich, gesellschaftliche Teilhabe, Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie eine nachhaltige Wirtschaftsförderung bilden den Kompass unserer Finanzpolitik. Jeder Euro in diese Sektoren fließt als Investition in Gegenwart und Zukunft.
Parteiprogramm-SPD	Finanzierung	In die Brandenburger Hochschulen flossen in den vergangenen fünf Jahren 1,5 Milliarden Euro.
Parteiprogramm-SPD	Finanzierung	Deshalb werden wir die Grundfinanzierung der Hochschulen in der nächsten Wahlperiode verbessern und ihren Etat in jedem Jahr um 5 Millionen Euro erhöhen. Damit erhalten die Hochschulen in der nächsten Wahlperiode zusätzliche 75 Millionen Euro. Diese Mittel sollen dazu dienen, die Zusammenarbeit von Unternehmen und Hochschulen zu verbessern, duale Studiengänge aufzubauen, die Zahl der Studienabbrecher zu senken sowie berufs- und familienbegleitendes Studieren zu vereinfachen.
Koalitionsvertrag	Förderung	Die Wirtschafts- und Technologieförderung wird auf besonders zukunftsfähige Branchen konzentriert.
Koalitionsvertrag	Förderung	Die Koalition unterstützt die Brandenburger Unternehmen durch die Förderung von Innovationsfachkräften, insbesondere bei der Einstellung von Hochschulabsolventinnen und -absolventen (Innovationsassistenten) sowie durch die frühzeitige Bindung Studierender an Brandenburger Unternehmen mit einem „Brandenburg-Stipendium“.



Dokumentname	Code	Segment
Koalitionsvertrag	Forschung	Energieeffizienz, Speichertechnologien und Energiemanagement sollen Forschungsschwerpunkte an den Brandenburger Hochschulen werden, die BTU Cottbus-Senftenberg wird dabei besonders unterstützt.
Koalitionsvertrag	Forschung	Investitionen in Wissenschaft, Forschung und Innovation sind Investitionen in die Zukunft und bleiben zentrale Bausteine für die Entwicklung des Landes.
Koalitionsvertrag	Forschung	Brandenburg besitzt mit seinen Hochschulen eine exzellente Basis für Lehre und Forschung.
Koalitionsvertrag	Forschung	Der Forschungslandschaft in Brandenburg kommt mit ihren zahlreichen universitären und außeruniversitären Instituten eine besondere Bedeutung zu. Die zielgerichtete Weiterentwicklung der Forschungsstrukturen ist ein Baustein für die Zukunft des Landes. Daher unterstützt die Koalition die universitäre und außeruniversitäre Spitzenforschung. Die Kofinanzierung außer-universitärer Forschungseinrichtungen wird auch in Zukunft sichergestellt. Gleichzeitig unterstützen wir weiterhin gemeinsame Berufungen zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen.
Koalitionsvertrag	Forschung	Die Koalition wird Rahmenbedingungen schaffen, um den Spitzenplatz Brandenburgs in der Klima- und Energieforschung weiter auszubauen. Energieeffizienz, Speichertechnologien und Energiemanagement sollen Forschungsschwerpunkte an den Brandenburger Hochschulen werden, die BTUCS wird dabei besonders unterstützt und in ihrer Profilierung zur „Energieuniversität“ gefördert. Mit dem Pakt für Forschung und Innovation verfolgen Bund und Länder sowie die Wissenschaftsorganisationen das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Forschung durch eine bessere Ausschöpfung der vorhandenen Potentiale zu steigern.
Parteiprogramm-Linke	Forschung	Auf Landesebene setzen wir uns für eine Zivilklausel an den Hochschulen und ein Werbeverbot der Bundeswehr an Schulen ein.
Parteiprogramm-SPD	Forschung	Die Ko-Finanzierung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen werden wir weiter sicherstellen.
Parteiprogramm-SPD	Forschung	Energieeffizienz, Speichertechnologien und Energiemanagement sollen Forschungsschwerpunkte an den Brandenburger Hochschulen werden, die BTU Cottbus-Senftenberg wird dabei besonders unterstützt.
Koalitionsvertrag	Forschung/ Finanzierung	Die Koalition wird sich auch für die Zeit danach für eine stabile und dauerhafte Forschungsfinanzierung einsetzen.



Dokumentname	Code	Segment
Koalitionsvertrag	Hochschule/ Universität	Mit der privat finanzierten Medizinischen Hochschule Brandenburg verbindet sich die Chance, dass künftig mehr Studierende eine berufliche Tätigkeit in Brandenburg aufnehmen.
Koalitionsvertrag	Hochschule/ Universität	Mit drei Universitäten, einer Film-Universität, vier Fachhochschulen und über 30 Forschungseinrichtungen aller großen deutschen Forschungsverbände hat sich eine beachtliche Dichte von Forschung und Lehre entwickelt.
Koalitionsvertrag	Hochschule/ Universität	Die Koalition sieht die Ausgaben für Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Beitrag zur Ausbildung junger Menschen, für die Fachkräftesicherung, für Wissenstransfer und für gesellschaftliche Entwicklungen.
Koalitionsvertrag	Hochschule/ Universität	Diese Mittel sollen dazu dienen, die Zusammenarbeit von Unternehmen und Hochschulen zu verbessern, duale Studiengänge aufzubauen, die Zahl der Studienabbrecher zu senken sowie berufs- und familienbegleitendes Studieren zu vereinfachen.
Koalitionsvertrag	Hochschule/ Universität	Aufgrund der kleinteiligen Wirtschaftsstruktur in Brandenburg kann der Ausbau der dualen Studiengänge aber nur als gemeinsame Anstrengung von Hochschulen und Unternehmen gelingen.
Koalitionsvertrag	Hochschule/ Universität	Die Fachhochschulen als Motoren dieser Entwicklung sollen ihre fachliche Ausrichtung auch an der Gemeinsamen Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg und den regionalen Wachstumskernen orientieren.
Parteiprogramm- Linke	Hochschule/ Universität	Die Lehrkräfteausbildung soll weiterhin hohe Praxisanteile beinhalten, die Fachdidaktiken und das Zentrum für Lehrerbildung an der Universität Potsdam gilt es zu stärken.
Parteiprogramm- SPD	Hochschule/ Universität	223 Brandenburg besitzt mit seinen acht Hochschulen eine leistungsfähige Hochschullandschaft.
Koalitionsvertrag	Innovation Technologie	Wir werden Internationalisierung, Innovation und Imagebildung, die länderübergreifende Zusammenarbeit sowie die Bildung von Netzwerken weiter befördern. Die Weiterentwicklung der Branchenkompetenzfelder zu Clustern wurde in der letzten Wahlperiode auf den Weg gebracht. Ergebnis ist die gemeinsame Innovationsstrategie (innoBB) mit ihren fünf gemeinsamen Clustern für die Hauptstadtregion (Energietechnik; Gesundheitswirtschaft; IKT, Medien und Kreativwirtschaft; Optik; Verkehr, Mobilität und Logistik) und den vier brandenburgspezifischen Clustern (Ernährungswirtschaft; Kunststoffe und Chemie; Metall; Tourismus).



Dokumentname	Code	Segment
Koalitionsvertrag	Innovation Technologie	Wir wollen die Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderung von Berlin und Brandenburg weiter verbessern, um die gemeinsame Hauptstadtregion zu einer europäischen Innovationsregion zu entwickeln. Dazu streben wir eine Kooperationsvereinbarung der beiden Wirtschaftsfördergesellschaften an.
Koalitionsvertrag	Innovation Technologie	Die Koalition wird auch künftig die Ansiedlung von Investoren, die Entstehung von Unternehmen durch Ausgründungen aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie den Technologietransfer unterstützen. Neue Impulse im Wissens- und Technologietransfer sollen durch die verstärkte Ausrichtung auf das Entstehen von Marktführerschaften sowie die erstmalige Umsetzung von technischen Lösungen in international wettbewerbsfähigen Produkten, Verfahren oder Dienstleistungen entstehen.
Koalitionsvertrag	Innovation Technologie	Investitionen in Wissenschaft, Forschung und Innovation sind Investitionen in die Zukunft und bleiben zentrale Bausteine für die Entwicklung des Landes.
Koalitionsvertrag	Innovation Technologie	Die Technologieentwicklung über die anwendungsorientierte Forschung an unseren Hochschulen ist wesentlicher Teil der Innovationsfähigkeit und Wirtschaftskraft der Regionen Brandenburgs.
Parteiprogramm- SPD	Innovation Technologie	Durch gemeinsame Projekte sollen die Arbeitsbedingungen sowie die Innovationsfähigkeit der Unternehmen und das Qualifikationsniveau der Beschäftigten verbessert werden.
Parteiprogramm- SPD	Innovation Technologie	Die Wirtschafts- und Technologieförderung werden wir weiter auf besonders zukunftsfähige Branchen konzentrieren. Zusammen mit der Wirtschaft werden Clusterstrukturen auf ihre Wirkungen überprüft und die Förderung vereinfacht.
Koalitionsvertrag	Kooperation und Transfer	Wir werden Internationalisierung, Innovation und Imagebildung, die länderübergreifende Zusammenarbeit sowie die Bildung von Netzwerken weiter befördern. Die Weiterentwicklung der Branchenkompetenzfelder zu Clustern wurde in der letzten Wahlperiode auf den Weg gebracht. Ergebnis ist die gemeinsame Innovationsstrategie (innoBB) mit ihren fünf gemeinsamen Clustern für die Hauptstadtregion (Energietechnik; Gesundheitswirtschaft; IKT, Medien und Kreativwirtschaft; Optik; Verkehr, Mobilität und Logistik) und den vier brandenburgspezifischen Clustern (Ernährungswirtschaft; Kunststoffe und Chemie; Metall; Tourismus).



Dokumentname	Code	Segment
Koalitionsvertrag	Kooperation und Transfer	Die Koalition unterstützt die Brandenburger Unternehmen durch die Förderung von Innovationsfachkräften, insbesondere bei der Einstellung von Hochschulabsolventinnen und -absolventen (Innovationsassistenten) sowie durch die frühzeitige Bindung Studierender an Brandenburger Unternehmen mit einem „Brandenburg-Stipendium“.
Koalitionsvertrag	Kooperation und Transfer	Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen verstärkt untereinander kooperieren, um Forschung und Lehre weiter zu qualifizieren. Darüber hinaus sollen sie mit Unternehmen enger zusammenarbeiten, um Wettbewerbsvorteile und Arbeitsplätze zu sichern.
Koalitionsvertrag	Kooperation und Transfer	Duale Studiengänge sind eine Möglichkeit, gut ausgebildete Fachkräfte zu bilden und im Land zu halten. Aufgrund der kleinteiligen Wirtschaftsstruktur in Brandenburg kann der Ausbau der dualen Studiengänge aber nur als gemeinsame Anstrengung von Hochschulen und Unternehmen gelingen. Hierzu wird die Koalition die bereits begonnenen Gespräche fortführen und rasch zu einem Ergebnis führen.
Koalitionsvertrag	Kooperation und Transfer	Die Technologieentwicklung über die anwendungsorientierte Forschung an unseren Hochschulen ist wesentlicher Teil der Innovationsfähigkeit und Wirtschaftskraft der Regionen Brandenburgs. Die Fachhochschulen als Motoren dieser Entwicklung sollen ihre fachliche Ausrichtung auch an der Gemeinsamen Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg und den regionalen Wachstumskernen orientieren. Gründungen, Ausgründungen und den Wissens- und Technologietransfer wollen wir weiter fördern.
Koalitionsvertrag	Kooperation und Transfer	Gleichzeitig unterstützen wir weiterhin gemeinsame Berufungen zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen.
Koalitionsvertrag	Kooperation und Transfer	Die Koalition setzt sich für eine weiterhin enge Vernetzung und Kooperationen zwischen den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Berlin und Brandenburg ein.
Koalitionsvertrag	Kooperation und Transfer	Damit wird die Außenwirtschaft der Brandenburger Unternehmen und die Ansiedlung von Investoren aus dem Ausland sowie die Internationalisierung von Wissenschaft, Forschung, Bildung und Kultur befördert.
Koalitionsvertrag	Kooperation und Transfer	Die Koalition wird zum Ausbau der schon heute umfangreichen internationalen Partnerschaften, insbesondere mit Polen, das Instrument der bisherigen Partnerschaftsbeauftragten weiterentwickeln, um insbesondere Unternehmen, Verbände, Schulen und Hochschulen, Forschungseinrichtungen und andere gesellschaftliche Akteure zusammen zu bringen.



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm-Linke	Kooperation und Transfer	Dem Bündnis gehören neben dem Arbeitsministerium fünf Ressorts der Landesregierung sowie die Staatskanzlei, die Berliner Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales, die Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, DGB, IG Bau, IG Metall, Unternehmensverbände Berlin und Brandenburg (UVB), Universitäten, Landkreistag, Schulämter, die Lehrervertretung, die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit Berlin-Brandenburg und die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege an.
Parteiprogramm-Linke	Kooperation und Transfer	Wir wollen auch in Brandenburg den digitalen Wandel aktiv gestalten und schlagen deshalb die Einrichtung eines Landesrates für digitale Entwicklung und Kultur vor. Ihm sollen Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft angehören. Er soll unabhängig arbeiten, sich zu allen digitalen Themen frei äußern und der Politik Vorschläge für Entscheidungen unterbreiten.
Parteiprogramm-Linke	Kooperation und Transfer	Auch in der kommenden Legislaturperiode soll ein Nachhaltigkeitsbeirat, dem Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Forschung und Lehre angehören, den Prozess wissenschaftlich und fachlich begleiten.
Parteiprogramm-Linke	Kooperation und Transfer	Der Praxisbezug und insbesondere die enge Kooperation mit der Wirtschaft in der Region zählen zu den Stärken der brandenburgischen Hochschulen, die weiter gefördert werden sollen. Die Vernetzung mit den entstehenden Kompetenzclustern sowie Forschungs- und Bildungseinrichtungen im Metropolenraum um Berlin wie auch in den Wachstumskernen Brandenburgs stellen ein großes Potenzial dar, das es weiter auszuschöpfen gilt. Weiter vorantreiben wollen wir die Einrichtung von Gründerzentren an Hochschulen. Zur Unterstützung bei der Ausgründung von Unternehmen werden entsprechende Rahmenbedingungen angeboten. Mit dieser Strategie werden Innovationspotenziale und innovative Menschen für ein Leben und Arbeiten in Brandenburg gewonnen.
Parteiprogramm-Linke	Kooperation und Transfer	Wir sehen weitere Kooperationsvereinbarungen der brandenburgischen Krankenhäuser zur Ärzte-Ausbildung vor. Die erfolgreiche Kooperation zwischen Brandenburger Lehrkrankenhäusern und der »Charité – Universitätsmedizin Berlin« und der Universität Rostock soll fortgesetzt und ausgebaut werden und weitere Kooperationsmöglichkeiten erschlossen werden.



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm-Linke	Kooperation und Transfer	Handlungsfelder für gemeinsame Strategien und Kooperationsprojekte bieten sich in der Energiewirtschaft, im Kultur- und Naturtourismus, in der Entwicklung von industriellen Kompetenzclustern, der Wissenschafts- und Hochschulkooperation sowie in Umweltschutz, Wassermanagement und Landschaftspflege an.
Parteiprogramm-SPD	Kooperation und Transfer	Diese Mittel sollen dazu dienen, die Zusammenarbeit von Unternehmen und Hochschulen zu verbessern,
Parteiprogramm-SPD	Kooperation und Transfer	Wir unterstützen die Brandenburger Unternehmen durch die Förderung von Innovationsfachkräften, insbesondere bei der Einstellung von Hochschulabsolventen (Innovationsassistenten) sowie durch die frühzeitige Bindung Studierender an Brandenburger Unternehmen mit einem „Brandenburg-Stipendium“.
Koalitionsvertrag	Kooperation und Transfer/ Transfer	Die Koalition wird auch künftig die Ansiedlung von Investoren, die Entstehung von Unternehmen durch Ausgründungen aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie den Technologietransfer unterstützen. Neue Impulse im Wissens- und Technologietransfer sollen durch die verstärkte Ausrichtung auf das Entstehen von Marktführerschaften sowie die erstmalige Umsetzung von technischen Lösungen in international wettbewerbsfähigen Produkten, Verfahren oder Dienstleistungen entstehen.
Koalitionsvertrag	Kooperation und Transfer/ Transfer	Deshalb wird die Koalition Hochschulen und Forschungseinrichtungen, sowie den Wissens- und Technologietransfer weiter stärken.
Koalitionsvertrag	Kooperation und Transfer/ Transfer	Die Technologieentwicklung über die anwendungsorientierte Forschung an unseren Hochschulen ist wesentlicher Teil der Innovationsfähigkeit und Wirtschaftskraft der Regionen Brandenburgs. Die Fachhochschulen als Motoren dieser Entwicklung sollen ihre fachliche Ausrichtung auch an der Gemeinsamen Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg und den regionalen Wachstumskernen orientieren. Gründungen, Ausgründungen und den Wissens- und Technologietransfer wollen wir weiter fördern.
Parteiprogramm-Linke	Kooperation und Transfer/ Transfer	Auch in der kommenden Legislaturperiode soll ein Nachhaltigkeitsbeirat, dem Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Forschung und Lehre angehören, den Prozess wissenschaftlich und fachlich begleiten.
Parteiprogramm-SPD	Kooperation und Transfer/ Transfer	Wir unterstützen die Brandenburger Unternehmen durch die Förderung von Innovationsfachkräften, insbesondere bei der Einstellung von Hochschulabsolventen (Innovationsassistenten) sowie durch die frühzeitige Bindung Studierender an Brandenburger Unternehmen mit einem „Brandenburg-Stipendium“.



Dokumentname	Code	Segment
Koalitionsvertrag	Standort/ Wirtschafts- faktor	Die Nähe zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist zudem eine wichtige Grundlage für Investitionsentscheidungen von Unternehmen.
Koalitionsvertrag	Standort/ Wirtschafts- faktor	Die Koalition wird die Entwicklung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTUCS) begleiten und ihren Ausbau zu einem national und international anerkannten Hochschulstandort unterstützen.
Koalitionsvertrag	Standort/ Wirtschafts- faktor	Die hohe Dichte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist ein wichtiger Standortfaktor der Hauptstadtregion. Die Koalition setzt sich für eine weiterhin enge Vernetzung und Kooperationen zwischen den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Berlin und Brandenburg ein.
Parteiprogramm- Linke	Standort/ Wirtschafts- faktor	Die 15 regionalen Wachstumskerne, die über besondere wirtschaftliche und wissenschaftliche Potenziale verfügen, sind über ganz Brandenburg verteilt. Die Förderung dieser Wachstumskerne wird durch EU- wie auch Landesmittel fortgesetzt, um die wirtschaftliche Entwicklung in der Breite zu unterstützen und somit die ökonomischen Grundlagen für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land zu schaffen.
Parteiprogramm- Linke	Wissenschaft	Außerdem wollen wir mehr Transparenz bei der Verwendung von Drittmitteln und eine Grundsatzdebatte über die Finanzierung von Wissenschaft durch nicht-staatliche Institutionen.
Parteiprogramm- Linke	Wissenschaft	Dabei sollte es um gemeinsame Ziele und Schritte für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, für die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Umstrukturierung der Energiepolitik, für eine stärkere Abstimmung im Bereich des Hochwasser-, Brand- und Katastrophenschutzes, für den grenzüberschreitenden Tourismus und die gemeinsame Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region, um Kooperation in Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung sowie in der Arbeitsmarktpolitik gehen.
Koalitionsvertrag	Zukunft	Investitionen in Wissenschaft, Forschung und Innovation sind Investitionen in die Zukunft und bleiben zentrale Bausteine für die Entwicklung des Landes.
Parteiprogramm- Linke	Zukunft	Bis 2020 soll ein europäischer Innovationsraum Berlin-Brandenburg mit einer integrierten Forschungs- und Entwicklungslandschaft entstehen.
Parteiprogramm- Linke	Zukunft	Um Kooperation in Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung sowie in der Arbeitsmarktpolitik gehen. Das Einzugsgebiet der Oder in einen wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Innovationsraum zu verwandeln, das ist unsere Vision. Die Erarbeitung dieser Entwicklungslinien sollte eingebunden werden in eine Polen-Strategie für das Land Brandenburg.

Tabelle 2: Von den Oppositionsparteien in ihren Parteiprogrammen formulierte Erwartungen an Hochschulen und ihre mittelbaren Effekte

Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm-Grüne	Arbeit/ Beschäftigung	Wir Grüne werden hierzu in der nächsten Wahlperiode ein Hochschulgesetz vorlegen, das Probleme wie prekäre Arbeitsbedingungen, moderne Hochschulsteuerung und eine intensivere Kooperationen zwischen den Hochschultypen endlich anpackt.
Parteiprogramm-Grüne	Arbeit/ Beschäftigung	Das Land soll sich auf die Wissenschaftsverwaltung, auf Koordination und Rechtsaufsicht beschränken. Wenn das Land den Hochschulen Aufgaben überträgt, dann sollen die beim Land frei gewordenen Personalstellen auf die Hochschulen verteilt werden.
Parteiprogramm-Grüne	Arbeit/ Beschäftigung	Bündnis 90/Die Grünen stehen für die demokratisch verfasste Hochschule. Wir wollen eine qualifizierte, d. h. auch entscheidungsrelevante Mitbestimmung von Studierenden, akademischem Mittelbau, Professorinnen und Professoren sowie nicht-wissenschaftlichem Personal garantieren. Gremien sollen daher so zusammengesetzt sein, dass die vier Statusgruppen angemessen an den Beschlüssen mitwirken können. Wir wollen mehr Mitbestimmung für die akademische Selbstverwaltung ermöglichen.
Parteiprogramm-Grüne	Arbeit/ Beschäftigung	An Brandenburgs Hochschulen arbeiten rund 11.000 Professorinnen, Professoren, Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Verwaltungs-, und technische Angestellte. Damit gehören die Hochschulen zu den größten Arbeitgebern des Landes. Der Wissenschaftsbereich stellt besondere Anforderungen. Hierzu können flexible Arbeitsverhältnisse (zum Beispiel bei kurzfristigen Forschungsprojekten) und eine leistungsbezogene Entlohnung gehören. Diese Besonderheiten wollen wir in einem eigenständigen Wissenschaftstarifvertrag berücksichtigt sehen. Ein einheitliches Dienstrecht für alle Beschäftigten im Wissenschaftsbereich schafft die notwendigen Instrumente für eine effiziente und vorausschauende Personalplanung. Auf lange Sicht wollen wir bundesweit neue Professorinnen und Professoren nicht mehr verbeamten – dies kann jedoch kein Alleingang von Brandenburg sein. Auch wollen wir den Hochschulen als Arbeitgeberverbund Tarifhoheit geben. Nur so kommt es in Hochschule und Wissenschaft zu Beschäftigungsverhältnissen, die durch Tarifvereinbarungen abgesichert sind. Wir wollen dem Berliner Modell folgen und endlich einen eigenen Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten realisieren.



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm-Grüne	Arbeit/ Beschäftigung	<p>Gute Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen auf allen Ebenen der wissenschaftlichen Karriere. Jenseits der Professur haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler heute extrem unsichere Berufs- und Lebensperspektiven. Darüber hinaus verstärkt das Wissenschaftszeitvertragsgesetz die Tendenz zu prekärer Beschäftigung. In Deutschland zählen selbst gestandene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bis ins fünfte Lebensjahrzehnt zum abhängigen „Nachwuchs“. Selbständige Forschung ist hier nicht vorgesehen. Lehre wird immer häufiger mit schlecht bezahlten Lehraufträgen abgedeckt. Wir wollen familienfreundliche Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen. Und wir wollen Schluss machen mit prekären Bedingungen an den Hochschulen. Für befristete Verträge wollen wir Mindestlaufzeiten einführen. Sie sollen der Dauer der Qualifikation entsprechen beziehungsweise bei Projektstellen die Vertragsdauer an die Projektlaufzeit koppeln. Hierzu werden wir das Hochschulgesetz entsprechend ändern. Mit unbefristeten Stellen für dauerhaft anfallende Aufgaben wollen wir den akademischen Mittelbau stärken und neue Personalkategorien jenseits der Professur schaffen. Die familienpolitische Komponente des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ist grundsätzlich anzuwenden. Studentische Beschäftigte und Lehrbeauftragte sollen in das Personalvertretungsgesetz mit aufgenommen werden. Die Personalkategorie der „Hilfskräfte“ muss grundsätzlich umstrukturiert werden: Beschäftigte mit Masterabschluss sind nicht zu Dumpinglöhnen, sondern als akademische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzustellen. Weitere Tätigkeiten sollten von studentischen Beschäftigten nur während des Studiums ausgeübt werden.</p>
Parteiprogramm-Grüne	Arbeit/ Beschäftigung	<p>Juniorprofessuren haben sich bewährt. Wir wollen die Brandenburger Hochschulen ermuntern, bei Neubesetzungen stärker auf Juniorprofessuren zu setzen und durch Entfristungsoptionen (tenure-track) verlässliche Perspektiven für die Karriere zu bieten. So können aufstrebende Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen erfolgreich nach der Promotion abgeholt, weiter gefördert und in die Professur integriert werden.</p>



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm-Grüne	Arbeit/ Beschäftigung	Frauen sind im Wissenschaftssystem nach wie vor deutlich unterrepräsentiert – mit jeder Qualifikationsstufe werden es weniger. Das ist nicht nur ein gravierendes Gerechtigkeitsproblem. Wir vergeben damit auch riesigen Chancen in Forschung, Innovation und Lehre. Wir wollen Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen verpflichten, Zielquoten mindestens dem Kaskadenmodell entsprechend zu bestimmen. Außerdem sollen alle Hochschulen die Gleichstellungsstandards der Deutschen Forschungsgemeinschaft erfüllen. Wenn diese nicht erfüllt werden, muss das Folgen für die Mittelvergabe haben. Für die Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen wollen wir ein Organklagerecht einführen, wie es bei den Kommunen bereits existiert.
Parteiprogramm-CDU	Ausbildung und Weiterbildung	Wir wollen das Erfolgsmodell der Dualen Ausbildung stärken.
Parteiprogramm-CDU	Ausbildung und Weiterbildung	Unsere Universitäten und Fachhochschulen sollen sich zu exzellenten und international vernetzten Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen weiterentwickeln.
Parteiprogramm-CDU	Ausbildung und Weiterbildung	Um den Bedürfnissen der regionalen Unternehmen nach qualifizierten Fachkräften besser Rechnung zu tragen, werden wir mit den Brandenburger Hochschulen in den Ingenieurfächern vermehrt duale Studiengänge entwickeln.
Parteiprogramm-FDP	Ausbildung und Weiterbildung	Parallel zur theoretischen Ausbildung an der Universität (Erziehungswissenschaften und Fachausbildung) benötigt es praktische Anteile in Form von Praktika an den Schulen.
Parteiprogramm-FDP	Ausbildung und Weiterbildung	Die Brandenburger Hochschulen sind Ausgangspunkt für Wissen und Innovation. Sie haben eine herausgehobene Stellung für die höchste Qualifizierung der Jugend und sind zugleich ein entscheidender Wirtschaftsfaktor.
Parteiprogramm-FDP	Ausbildung und Weiterbildung	Wir unterstützen eine weitere Akademisierung im Pflegebereich und begrüßen die Etablierung eines Studienganges für Pflege in Brandenburg. Wir werden dafür sorgen, dass sich das Studienangebot im Bereich Pflege und Therapiewissenschaften an der BTU Cottbus-Senftenberg an den Bedürfnissen im Land ausrichtet.
Parteiprogramm-Grüne	Ausbildung und Weiterbildung	Ein Land mit guter Ausbildung an Hochschulen und in der Wirtschaft.
Parteiprogramm-CDU	Ausbildung und Weiterbildung/ Studium und Lehre	Wir werden darauf hinwirken, dass Studienabschlüsse im Rahmen der vorgesehenen Regelstudienzeit erreicht werden.



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm-FDP	Ausbildung und Weiterbildung/ Studium und Lehre	Forschung und Technologietransfer sind enorm wichtig für Brandenburg, die Studienbedingungen an den Hochschulen dürfen aber deswegen nicht zurückgestellt werden.
Parteiprogramm-FDP	Ausbildung und Weiterbildung/ Studium und Lehre	Dafür fordert die FDP Brandenburg: <ul style="list-style-type: none"> • bessere Studienfach- und Studienfinanzierungsberatung bereits vor Erreichen der Sekundarstufe II. Durch ausführliche Beratung werden weniger potentielle Studierende vom Studium abgehalten und die Anzahl der Studienabbrecher wird verringert. • Anreizsysteme für eine qualitativ hochwertige Lehre. Zukünftig muss bei der Finanzierung der Hochschule sowie bei der Auswahl von Hochschulpersonal die Qualität der Lehre eine entscheidende Stellung einnehmen. • eine Veränderung des Hochschulrechtes, so dass die zusätzliche Einstellung von Lehrpersonal nicht automatisch zur Ausweitung der Kapazität führt. • eine flächendeckende Evaluation der Lehrveranstaltungen, damit Lernende und Lehrende gemeinsam Hochschulbildung gestalten. • Verbesserung des Übergangs vom Bachelor- ins Masterstudium durch die Vermeidung von unsachgemäßen Hürden in der Zulassung sowie die Umkehr der Beweislast in Anerkennungsfragen bei konsekutiven Masterstudiengängen.
Parteiprogramm-FDP	Ausbildung und Weiterbildung/ Studium und Lehre	Wir streben eine verstärkte Differenzierung der Profile von Hochschulen an. Leistungsbezogene Mittelvergabe wird deshalb verstärkt neben Forschungsexzellenz auch Kriterien wie die Qualität der Lehre und Lernen, Wissenschaftler, die Internationalisierung der Hochschulen und regionales bzw. grenzüberschreitendes Engagement berücksichtigen.
Parteiprogramm-Grüne	Ausbildung und Weiterbildung/ Studium und Lehre	Wir setzen uns zudem für verbindliche und aussagekräftige Unterstützungstests an den Universitäten ein, die nicht nur bei der Entscheidung für oder gegen den Lehrberuf, sondern auch bei der Fächerwahl helfen.
Parteiprogramm-Grüne	Ausbildung und Weiterbildung/ Studium und Lehre	Brandenburg setzt falsche Prioritäten und bietet im akademischen Bereich weniger Bildungschancen als der Großteil der anderen Bundesländer. Für die Hochschulen wird es immer schwerer, hochkarätige, unabhängige Forschung und attraktive Studienangebote zu organisieren.



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm-Grüne	Ausbildung und Weiterbildung/ Studium und Lehre	Wir brauchen bessere Bedingungen für die Promotion, vor allem verlässliche Strukturen für die Qualifizierung und Betreuung. Wir unterstützen die Verankerung von Promotionsvereinbarungen im neuen Hochschulgesetz. Dies bedeutet mehr Transparenz für die Rechte und Pflichten der Promovierenden, der Betreuenden sowie der Fachbereiche. Auf diesem Weg lassen sich auch mögliche Abhängigkeiten reduzieren. Auch sogenannte Tenure-Track-Modelle (die Option, nach einer befristeten Bewährungsphase auf unbefristete Beschäftigungsverhältnisse zu wechseln) müssen eingerichtet werden, um weitere Perspektiven neben der in der Praxis immer noch vielfach vorausgesetzten Habilitation zu eröffnen. Promovierende werden bisher unterschiedlichen Statusgruppen zugeordnet oder sind keine Hochschulmitglieder. Wir wollen die Promovierenden der Statusgruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zuordnen, weil für uns die Promotion der Beginn des wissenschaftlichen Berufs ist und alle Promovierenden auf diesem Weg angemessen in die akademische Selbstverwaltung integriert werden. Alle Brandenburger Hochschulen müssen sich zu den Regeln der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Sicherung der wissenschaftlichen Praxis bekennen. Die Vielfalt der Wege zur Promotion wollen wir erhalten. Wir wollen zudem auch die kooperativen Promotionen zwischen Fachhochschulen und Universitäten intensiver fördern.



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm-Grüne	Ausbildung und Weiterbildung/ Studium und Lehre	Die aktuellen Studienstrukturen bestehen den Praxistest kaum. Es ist heute häufig schwieriger den Studienort zu wechseln als vor der „Bologna-Reform“. Verdichtung, Verschulung des Studiums und Überreglementierung haben dazu geführt, dass den Studierenden kaum noch Zeit bleibt. Wir Grüne teilen die ursprünglichen Ziele der Bologna-Reform: Bessere Organisation des Studiums, bessere Betreuung, mehr Transparenz der Studieninhalte und eine bessere nationale und internationale Mobilität. Wir wollen ein selbstbestimmtes und flexibles Studium. Daher brauchen wir einen Kurswechsel, der die Studierenden endlich in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen Studierende sozial absichern und Freiräume schaffen: Für Kinder und Familie, für den Job oder die erste eigene Firma neben dem Studium, für ehrenamtliches oder politisches Engagement und natürlich auch für Freizeit und soziale Kontakte. Regelungen für Zwangsexmatrikulationen auf Grund der Länge des Studiums wollen wir umgehend abschaffen. Wir wollen die Hochschulen anregen, mehr auf Interdisziplinarität und Flexibilität zu setzen, anstatt Pflichtmodule mit Lehrstoff vollzupacken. Querdenken, Kreativität und selbständig Probleme lösen – das sind die Kompetenzen, die unsere Gesellschaft dringend braucht. Dafür wollen wir wieder mehr Platz im Studium schaffen. Noch ist es Realität, dass ein Bachelorstudium kaum als berufliche Qualifikation anerkannt wird und ein Masterabschluss obligatorisch ist. Deswegen wenden wir uns gegen administrativ festgesetzte Engpässe zum Masterstudium, die allein der Regulierung von Studierendenzahlen dienen. Die Hochschulen müssen ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen, um Masterplätze entsprechend der Nachfrage bereitzustellen und selektive Zugangshürden abschaffen zu können.
Parteiprogramm-Grüne	Ausbildung und Weiterbildung/ Studium und Lehre	Wir wollen mehr Qualität für die Lehre ermöglichen. Innovative Lehr- und Lernformen an den Hochschulen sollen gestärkt und honoriert werden. Das Netzwerk Studienqualität Brandenburg (sqb) zur Weiterbildung und Beratung von Lehrenden ist ein Anfang, aber ausbaufähig. Die Lehre muss auf die Studierenden ausgerichtet sein. Wir wollen insbesondere die Position der Lehre und Didaktik im Vergleich zur Forschung stärken. Um die Quoten der Studienabbrecherinnen und -abbrecher zu senken und die Studienbedingungen zu verbessern, sollen deshalb verstärkt Mittel in die Lehre investiert werden.



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm- CDU	Autonomie Organisation	Einen Eingriff in die Hochschulautonomie wie bei der BTU Cottbus und Fachhochschule Senftenberg wird es mit der CDU Brandenburg nicht geben. Wir wollen die Stärkung der Selbstständigkeit sowie vor allem eine langfristige finanzielle und strukturelle Planungssicherheit.
Parteiprogramm- FDP	Autonomie Organisation	Es ist unerlässlich, den Hochschulen einen möglichst hohen Grad an Autonomie zu belassen. Dabei werden die Hochschulen von jeweils eigenen Hochschulräten unterstützt, die die Genehmigungsfunktion des Landes weitgehend übernehmen. Der Landeshochschulrat wird aufgelöst. Das Land wird seine Verantwortung über Zielvereinbarungen und Rechenschaftslegung wahrnehmen. Die FDP Brandenburg wird den Hochschulen durch die Abschaffung einschränkender und behindernder Vorschriften mehr Freiheit geben. Dazu gehören <ul style="list-style-type: none"> • die Ablehnung einer übergeordneten Bürokratie bei der Wahrung des Rechts auf Kontrolle und Effizienz. Wir lehnen Eingriffe in die Hochschulautonomie durch die Ministerialbürokratie bei Wahrung des Rechts auf Finanzkontrolle ab. • die Reformierung der Lehrverpflichtungsverordnung hin zu individuellen Zielvereinbarungen zwischen Hochschule und Lehrenden, • das Recht der Hochschulen, von ihren Studierenden nachgelagerte Studienentgelte zur Verbesserung der Lehrqualität zu erheben. Voraussetzung dafür ist, dass die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen durch das Land vorher beseitigt wird. Studienentgelte dürfen nicht die staatliche Grundfinanzierung ersetzen. • die Überprüfung aller weiteren Vorschriften und Überführung der sinnvollen Regelungen in ein schlankes Hochschulfreiheitsgesetz.
Parteiprogramm- Grüne	Autonomie Organisation	Wir wollen autonome Hochschulen mit einer demokratischen Kultur und besten Bedingungen für Studierende und Hochschulangehörige.
Parteiprogramm- Grüne	Autonomie Organisation	Außerdem wollen wir diese Rücklagen gesetzlich vor dem Zugriff der Landesregierung schützen. Es darf nicht noch einmal passieren, dass eine Landesregierung schamlos die Rücklagen unserer Hochschulen plündert, wie dies unter Rot-Rot geschehen ist.



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm-Grüne	Autonomie Organisation	Wir Grüne sind überzeugt: Nur autonome Hochschulen können ihre Potenziale voll ausschöpfen und kreative Lösungen entwickeln. Hochschulautonomie darf jedoch kein Selbstzweck sein. Und sie soll nicht als Rückzugsgebiet missverstanden werden, in dem Besitzstände verteidigt und Veränderungen blockiert werden. Politik muss und darf in letzter Konsequenz handeln – aber muss dann dafür sorgen, dass alle Beteiligten in einem guten und zielführenden Dialog miteinander stehen. Nur so sind die anstehenden Aufgaben in der Hochschulpolitik zu bewältigen. Wir Grüne wollen endlich ernst machen mit der Hochschulautonomie. Hochschulen sind keine „nachgeordneten“ Behörden und dürfen nicht länger als solche behandelt werden. Wir fordern daher, die Hochschulen aus der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg zu lösen. Stellenkürzungen im Hochschulbereich passen nicht zu den Herausforderungen, vor denen Brandenburg steht: Mehr Investitionen in kluge Köpfe, mehr Forschung und Innovation. In Zukunft sollen die Hochschulen die „Dienstherren“ der Professorinnen und Professoren sein, nicht das Land. Das Land soll sich auf die Wissenschaftsverwaltung, auf Koordination und Rechtsaufsicht beschränken. Wenn das Land den Hochschulen Aufgaben überträgt, dann sollen die beim Land frei gewordenen Personalstellen auf die Hochschulen verteilt werden
Parteiprogramm-Grüne	Autonomie Organisation	Bündnis 90/Die Grünen stehen für die demokratisch verfasste Hochschule. Wir wollen eine qualifizierte, d. h. auch entscheidungsrelevante Mitbestimmung von Studierenden, akademischem Mittelbau, Professorinnen und Professoren sowie nicht-wissenschaftlichem Personal garantieren. Gremien sollen daher so zusammengesetzt sein, dass die vier Statusgruppen angemessen an den Beschlüssen mitwirken können. Wir wollen mehr Mitbestimmung für die akademische Selbstverwaltung ermöglichen. Die Beschlüsse über den Haushalt und den Hochschulentwicklungsplan müssen wieder vom Senat getroffen werden. Wir begrüßen die Einführung des allgemeinpolitischen Mandates für die studentische Selbstverwaltung.



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm-Grüne	Dienstleistung	Drittmittelforschung bindet in der Regel öffentliche Mittel und muss daher für uns ein hohes Maß an Transparenz erfüllen. Denn Transparenz schafft nicht nur die Akzeptanz für die öffentlichen Zuweisungen für Wissenschaft und Forschung, sondern auch die Möglichkeit, die Gesellschaft an der ethischen Debatte über Forschungsvorhaben stärker zu beteiligen. Deshalb unterstützen wir Konzepte für den öffentlichen Zugang zu Daten und deren Nutzbarkeit im Wissenschaftsbereich (Open Access und Open Data im Sinne der Datengrundlagen). Der Austausch innerhalb der Wissenschaft, aber auch der Wissenstransfer in Wirtschaft und Gesellschaft kann davon nur profitieren.
Parteiprogramm-Grüne	Dienstleistung	Forschung bedeutet auch Verantwortung. Deshalb sind klare und verbindliche Transparenzregeln nötig, um Forschung zum Beispiel zum militärischen Einsatz oder zu ethisch strittigen Fragen öffentlich zu thematisieren. Dazu gehören nachvollziehbare Informationen für die Bürgerinnen und Bürger. Sie sollen wissen können, was mit ihren Steuermitteln erforscht wird und wer mit wem zu welchem Zweck kooperiert. Wir Bündnisgrünen wollen die Hochschulen verpflichten, hierzu einen internen Diskussionsprozess zu führen und in ihren Senaten Zivil- und Nachhaltigkeitsklauseln zu verabschieden. Damit sollen sie öffentlich deutlich machen, welche Forschung von den Hochschulangehörigen getragen und auf welche Forschung lieber verzichtet wird.
Parteiprogramm-Grüne	Entwicklung	Gute Hochschulen setzen wichtige Impulse und geben Antworten auf die Fragen unserer Zeit.
Parteiprogramm-Grüne	Familie und Gleichstellung	Frauen sind im Wissenschaftssystem nach wie vor deutlich unterrepräsentiert – mit jeder Qualifikationsstufe werden es weniger. Das ist nicht nur ein gravierendes Gerechtigkeitsproblem. Wir vergeben damit auch riesigen Chancen in Forschung, Innovation und Lehre. Wir wollen Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen verpflichten, Zielquoten mindestens dem Kaskadenmodell entsprechend zu bestimmen. Außerdem sollen alle Hochschulen die Gleichstellungsstandards der Deutschen Forschungsgemeinschaft erfüllen. Wenn diese nicht erfüllt werden, muss das Folgen für die Mittelvergabe haben. Für die Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen wollen wir ein Organklagerecht einführen, wie es bei den Kommunen bereits existiert.
Parteiprogramm-CDU	Finanzierung	... die Investitionen in Bildung, Qualifizierung, Weiterbildung sowie Forschung und Entwicklung erhöhen.



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm-FDP	Finanzierung	Der BER ist, anstatt Wachstums- und Jobmotor zu sein, zur reinen Geldvernichtungsmaschine für die Brandenburger Bürger geworden, die Investitionen in zusätzliche Lehrer, Polizisten, Straßen, Universitäten und die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum verhindert.
Parteiprogramm-FDP	Finanzierung	Dafür benötigen die Hochschulen aber die strukturelle und finanzielle Planungssicherheit, um qualitativ hochwertige Lehre und exzellente wissenschaftliche Leistung anbieten zu können.
Parteiprogramm-FDP	Finanzierung	... das Recht der Hochschulen, von ihren Studierenden nachgelagerte Studienentgelte zur Verbesserung der Lehrqualität zu erheben. Voraussetzung dafür ist, dass die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen durch das Land vorher beseitigt wird. Studienentgelte dürfen nicht die staatliche Grundfinanzierung ersetzen
Parteiprogramm-FDP	Finanzierung	Leistungsbezogene Mittelvergabe wird deshalb verstärkt neben Forschungsexzellenz auch Kriterien wie die Qualität der Lehre und Lernen, Wissenschaftler, die Internationalisierung der Hochschulen und regionales
Parteiprogramm-FDP	Finanzierung	Wir werden Brandenburg mit einem klugen Mix aus Haushaltskonsolidierung und Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Wissenschaft und Forschung auf den Pfad einer soliden Haushaltsführung bringen.
Parteiprogramm-FDP	Finanzierung	Mit Lausitzring, Cargo-Lifter und BER haben Regierungen das Land immer wieder der Lächerlichkeit preisgegeben und Steuermittel verschwendet, die dann bei der Einstellung von zusätzlichen Lehrern und Polizisten, bei der Sanierung unserer Straßen und der Finanzierung unserer Hochschulen, fehlten.
Parteiprogramm-Grüne	Finanzierung	Auch kluge Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation zahlen sich aus und locken kluge Köpfe aus aller Welt an, die in Brandenburg Werte – und Einnahmen – schaffen (siehe Bildungs- und Wissenschaftskapitel).
Parteiprogramm-Grüne	Finanzierung	All dies wird nur gelingen, wenn wir endlich den rot-roten Stillstand in Brandenburgs Hochschulpolitik beenden. Ziel grüner Politik ist ein Hochschulsystem, das konzeptionell und finanziell auf sicheren Beinen steht.
Parteiprogramm-Grüne	Finanzierung	Nach wie vor liegt Brandenburg auf dem letzten Platz in der Hochschulfinanzierung. Nirgendwo in Deutschland wird weniger Geld pro Studierenden investiert als hier in Brandenburg. Das macht sich natürlich an den Hochschulen bemerkbar
Parteiprogramm-Grüne	Finanzierung	Deshalb wollen wir Grüne die Grundfinanzierung der Hochschulen deutlich verbessern, auch durch mehr Geld vom Bund.



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm-Grüne	Finanzierung	Brandenburgs Hochschulpolitik lebt derzeit von den Zuschüssen des Bundes durch den Hochschulpakt 2020. Diese Gelder kommen allerdings nicht in vollem Umfang bei den Hochschulen an, weil SPD und LINKE gleichzeitig die Landesmittel für die Hochschulen gekürzt haben. Wir Grüne sagen: Die Hochschulen dürfen nicht länger die Sparschweine der Landesregierung sein. Die Mittel aus dem Hochschulpakt sollen die Situation der Hochschulen deutlich verbessern. Sie sind nicht dazu gedacht, nur den Status quo zu sichern und den Betrieb aufrecht zu erhalten. Die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen ist die größte Herausforderung für die brandenburgische Hochschulpolitik. Unsere Hochschulen brauchen deutlich mehr Geld, um bei den wichtigsten Indikatoren, wie den Ausgaben pro Studierenden oder Ausgaben im Verhältnis zum BIP den Anschluss an die anderen Bundesländer zu halten.
Parteiprogramm-Grüne	Finanzierung	Wir Grüne setzen uns auf Bundesebene dafür ein, den Bundesanteil für alle außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu erhöhen. Die dann frei werdenden Landesmittel wollen wir zweckgebunden in die Hochschulen geben. Weiterhin wollen wir die Grundfinanzierung deutlich erhöhen, um die Studienplätze tatsächlich auszufinanzieren. Hierfür wollen wir in den nächsten fünf Jahren die Globalmittel für die Hochschulen erhöhen, finanziert aus dem Landeshaushalt.



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm-Grüne	Finanzierung	Nur so können die aktuell rund 50.000 Studienplätze in Brandenburg erhalten werden. Dadurch wollen wir die Hochschulen auch unabhängiger machen von Drittmitteln und dafür sorgen, dass Globalhaushalte überhaupt erst sinnvoll werden. Finanzierungsquellen wie insbesondere Studiengebühren lehnen wir in jeglicher Form und für alle Studierenden bis zum ersten Masterabschluss ab. Die Verwaltungsgebühren müssen abgeschafft werden und die Hochschulen die entsprechenden Gelder vom Land vollständig kompensiert bekommen. Eine langfristige Entwicklung der Hochschulen ist nur über viele Haushaltsjahre hinweg möglich. Deshalb garantieren wir Grüne den Hochschulen, dass sie zweckgebundene Rücklagen aufbauen und flexibel einsetzen können. Außerdem wollen wir diese Rücklagen gesetzlich vor dem Zugriff der Landesregierung schützen. Es darf nicht noch einmal passieren, dass eine Landesregierung schamlos die Rücklagen unserer Hochschulen plündert, wie dies unter Rot-Rot geschehen ist. Hochschulpolitik darf nicht über undurchsichtige ad-hoc-Gewährung oder Entzug finanzieller Mittel geschehen. Wir Grüne setzen auf einen schlüssigen Hochschulentwicklungsplan für Brandenburg, der vom Landtag beschlossen wird. Mit einem nachvollziehbaren und verbindlichen Verteilungsschlüssel sowie mit überprüfbaren Vereinbarungen zwischen den Hochschulen und dem Land wollen wir allen Beteiligten eine gute Hochschulpolitik mit Perspektive ermöglichen.
Parteiprogramm-CDU	Förderung	Dass Wirtschaft und Wissenschaft so gefördert werden, dass Wachstum und Innovationen und damit Arbeitsplätze und Wohlstand entstehen.
Parteiprogramm-CDU	Förderung	Deshalb muss die Forschung an den Hochschulen und die Förderung durch das Land besser an die Bedürfnisse der Brandenburger Unternehmen angepasst werden.
Parteiprogramm-CDU	Förderung	Wir werden die Verbindungen von Wissenschaft und Forschung zur heimischen Wirtschaft fördern und ausbauen.
Parteiprogramm-CDU	Forschung	Unsere Universitäten und Fachhochschulen sollen sich zu exzellenten und international vernetzten Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen weiterentwickeln.
Parteiprogramm-FDP	Forschung	Forschung und Technologietransfer sind enorm wichtig für Brandenburg.
Parteiprogramm-FDP	Forschung	Wir streben eine verstärkte Differenzierung der Profile von Hochschulen an. Leistungsbezogene Mittelvergabe wird deshalb verstärkt neben Forschungsexzellenz auch Kriterien wie die Qualität der Lehre und Lernen, Wissenschaftler, die Internationalisierung der Hochschulen und regionales bzw. grenzüberschreitendes Engagement berücksichtigen.



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm-FDP	Forschung	Die entsprechende energietechnische Forschung an den Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und forschenden Unternehmen ist daher zu intensivieren.
Parteiprogramm-FDP	Forschung	Wir stehen neuen Technologien offen, aber nicht kritiklos gegenüber. Die generelle Verteufelung von genetisch veränderten Organismen im Agrarbereich lehnen wir ab. Wir sehen auch Chancen in dieser Zukunftstechnologie und befürworten im Sinne der Wissenschaftsfreiheit die Forschung auf diesem Gebiet.
Parteiprogramm-Grüne	Forschung	Für ein sozial gerechtes Miteinander in unserer Gesellschaft. Wir Grüne wollen unseren Hochschulen ermöglichen, für alle Bereiche unseres Lebens zu forschen. Grundlagenforschung zu kulturellen und gesellschaftlichen Fragen muss gegenüber wirtschaftlich verwertbarer Wissensproduktion wieder mehr in den Fokus rücken.
Parteiprogramm-Grüne	Forschung	Brandenburg setzt falsche Prioritäten und bietet im akademischen Bereich weniger Bildungschancen als der Großteil der anderen Bundesländer. Für die Hochschulen wird es immer schwerer, hochkarätige, unabhängige Forschung und attraktive Studienangebote zu organisieren.
Parteiprogramm-Grüne	Forschung	In Zukunft sollen die Hochschulen die „Dienstherren“ der Professorinnen und Professoren sein, nicht das Land.
Parteiprogramm-Grüne	Forschung	Forschung heißt, sich Gedanken über die Welt von morgen zu machen, neugierig zu sein und verstehen zu wollen, was wir nicht wissen. Wir Grüne wollen den nächsten Schritt gehen: von einer Wissenschaft für die Gesellschaft hin zu einer Wissenschaft mit der Gesellschaft. Wir wollen mehr inter- und transdisziplinäre Forschung, um das Wissen auf eine breitere Basis zu stellen und ökologische und gesellschaftliche Wechselwirkungen rechtzeitig zu erkennen. Ein Grundpfeiler dafür ist eine starke Forschung, die nicht an unmittelbaren Verwertungsinteressen gebunden ist. Denn ohne den bedingungslosen Aufbruch ins Ungewisse, Unbekannte und Unsichere können echte Erkenntnisdurchbrüche nicht gelingen. Auch hierfür wird die bessere Grundfinanzierung der Brandenburger Hochschulen benötigt.



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm-Grüne	Forschung	Forschung bedeutet auch Verantwortung. Deshalb sind klare und verbindliche Transparenzregeln nötig, um Forschung zum Beispiel zum militärischen Einsatz oder zu ethisch strittigen Fragen öffentlich zu thematisieren. Dazu gehören nachvollziehbare Informationen für die Bürgerinnen und Bürger. Sie sollen wissen können, was mit ihren Steuermitteln erforscht wird und wer mit wem zu welchem Zweck kooperiert. Wir Bündnisgrünen wollen die Hochschulen verpflichten, hierzu einen internen Diskussionsprozess zu führen und in ihren Senaten Zivil- und Nachhaltigkeitsklauseln zu verabschieden. Damit sollen sie öffentlich deutlich machen, welche Forschung von den Hochschulangehörigen getragen und auf welche Forschung lieber verzichtet wird.
Parteiprogramm-Grüne	Forschung	In der Wissenschaft wollen wir das „Open-Access-Modell“ fördern, ohne die Freiheit der Wissenschaft zu beschränken. Forschungseinrichtungen wie die Max-Planck- oder Fraunhofer-Institute sowie Hochschulen wollen wir verpflichten, ihre Forschungsergebnisse kostenfrei zu veröffentlichen. Dies soll auch für Gutachten und Studien gelten, die im Auftrag von Ministerien, Landesbehörden oder Landtagsfraktionen angefertigt wurden. Mit öffentlichen Geldern finanzierte Daten müssen auch öffentlich verfügbar sein. Die Daten sollten möglichst immer online zugänglich sein, um eine schnelle Nutzung und Verfügbarkeit zeit- und ortsunabhängig zu gewährleisten
Parteiprogramm-CDU	Forschung/ Finanzierung	In diesem Zusammenhang muss auch sichergestellt werden, dass sich Brandenburg aktiv um Mittel aus dem EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ bemüht und die Kooperation mit den Nachbarländern in industriepolitischen Fragen intensiviert wird.
Parteiprogramm-Grüne	Forschung/ Finanzierung	Auch kluge Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation zahlen sich aus und locken kluge Köpfe aus aller Welt an, die in Brandenburg Werte – und Einnahmen – schaffen (siehe Bildungs- und Wissenschaftskapitel).
Parteiprogramm-Grüne	Hochschule/ Universität	Aber diese Substanz schwindet, weil die Landesregierung aus SPD und LINKEN die Hochschulen sträflich vernachlässigt.
Parteiprogramm-Grüne	Hochschule/ Universität	Wir Bündnisgrünen wollen die Hochschulen verpflichten, hierzu einen internen Diskussionsprozess zu führen und in ihren Senaten Zivil- und Nachhaltigkeitsklauseln zu verabschieden.
Parteiprogramm-FDP	Innovation Technologie	Die Brandenburger Hochschulen sind Ausgangspunkt für Wissen und Innovation



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm-FDP	Innovation Technologie	Mit ihren drei Universitäten und den fünf Fachhochschulen, den privaten Hochschuleinrichtungen sowie der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ bietet die brandenburgische Hochschullandschaft das Potential, zu einem Innovationsmotor des Landes zu werden.
Parteiprogramm-Grüne	Innovation Technologie	Das enorme Tempo technischer Innovationen stellt nicht nur die Wirtschaft vor immer neue Herausforderungen.
Parteiprogramm-CDU	Kooperation und Transfer	Die Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen werden wir besser koordinieren und unterstützen.
Parteiprogramm-CDU	Kooperation und Transfer	Deshalb muss die Forschung an den Hochschulen und die Förderung durch das Land besser an die Bedürfnisse der Brandenburger Unternehmen angepasst werden. Das gilt insbesondere für den forschungsintensiven Mittelstand, der als Rückgrat der Brandenburger Wirtschaft gestärkt werden muss.
Parteiprogramm-CDU	Kooperation und Transfer	Wir werden sie dabei unterstützen, enge Verbindungen zur heimischen Wirtschaft und zu den umliegenden außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu knüpfen.
Parteiprogramm-CDU	Kooperation und Transfer	Wir werden die Verbindungen von Wissenschaft und Forschung zur heimischen Wirtschaft fördern und ausbauen.
Parteiprogramm-FDP	Kooperation und Transfer	Die FDP steht für marktfähige Innovationen und fördert daher Kooperationen von Wirtschaft und Forschung.
Parteiprogramm-FDP	Kooperation und Transfer	Forschung und Technologietransfer sind enorm wichtig für Brandenburg.
Parteiprogramm-FDP	Kooperation und Transfer	Strategische Partner der Energieforschung und anwendungsbezogenen Entwicklung sind dabei die Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen in Berlin und Brandenburg. Die Initiierung und Erleichterung von entsprechenden Kooperationen muss in die Clusterbildungsstrategien von Berlin und Brandenburg integriert werden. Insbesondere soll erreicht werden, dass nicht nur Forschung und Entwicklung, sondern auch deren Anwendung gefördert wird.
Parteiprogramm-Grüne	Kooperation und Transfer	Deshalb wollen wir den Austausch und die Kooperation zwischen Privatwirtschaft, Hochschule, Forschung und Geldgebern gezielt fördern. Hierbei wollen wir vor allem jene Unternehmen unterstützen, die kaum über eigene Spielräume für Forschung und Entwicklung verfügen. Ihnen wollen wir ein gutes Netz von Service- und Beratungsstellen bieten und den Zugang zu gut qualifiziertem Personal sowie zu Forschungsk Kooperationen erleichtern.
Parteiprogramm-Grüne	Kooperation und Transfer	Wir Grüne werden hierzu in der nächsten Wahlperiode ein Hochschulgesetz vorlegen, das Probleme wie prekäre Arbeitsbedingungen, moderne Hochschulsteuerung und eine intensivere Kooperationen zwischen den Hochschultypen endlich anpackt.



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm-Grüne	Kooperation und Transfer	Hochschulen sind regionale Motoren der Innovation. Neue Technologien, zukunftsfähige Produkte und Dienstleistungen entstehen in enger Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen oder durch die Gründung neuer Unternehmen aus den Hochschulen heraus. Deshalb wollen wir unterstützende Strukturen in den Hochschulen weiterentwickeln und dauerhaft finanziell absichern.
Parteiprogramm-Grüne	Kooperation und Transfer	Hierzu ist eine noch bessere Vernetzung der Forschungsinstitute mit den Hochschulen und der Wirtschaft notwendig
Parteiprogramm-CDU	Kooperation und Transfer/Transfer	Deshalb muss die Forschung an den Hochschulen und die Förderung durch das Land besser an die Bedürfnisse der Brandenburger Unternehmen angepasst werden. Das gilt insbesondere für den forschungsintensiven Mittelstand, der als Rückgrat der Brandenburger Wirtschaft gestärkt werden muss.
Parteiprogramm-Grüne	Kooperation und Transfer/Transfer	Für ein sozial gerechtes Miteinander in unserer Gesellschaft. Wir Grüne wollen unseren Hochschulen ermöglichen, für alle Bereiche unseres Lebens zu forschen. Grundlagenforschung zu kulturellen und gesellschaftlichen Fragen muss gegenüber wirtschaftlich verwertbarer Wissensproduktion wieder mehr in den Fokus rücken.
Parteiprogramm-CDU	Standort/Wirtschaftsfaktor	Produktion, Forschung und Entwicklung gehören zusammen und an einen Standort – Brandenburg darf nicht weiter eine verlängerte Werkbank sein.
Parteiprogramm-FDP	Standort/Wirtschaftsfaktor	Sie haben eine herausgehobene Stellung für die höchste Qualifizierung der Jugend und sind zugleich ein entscheidender Wirtschaftsfaktor
Parteiprogramm-FDP	Standort/Wirtschaftsfaktor	Mit ihren drei Universitäten und den fünf Fachhochschulen, den privaten Hochschuleinrichtungen sowie der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ bietet die brandenburgische Hochschullandschaft das Potential, zu einem Innovationsmotor des Landes zu werden.
Parteiprogramm-Grüne	Standort/Wirtschaftsfaktor	Die in Brandenburg und Berlin entstandene Wissenschaftsregion bietet unserem Land eine gute Grundlage für die weitere qualitative und nachhaltige Entwicklung der Hochschulen.
Parteiprogramm-Grüne	Standort/Wirtschaftsfaktor	Hochschulen sind regionale Motoren der Innovation.
Parteiprogramm-FDP	Wissenschaft	Infrastruktur ist für uns alles, was Bildung, Wissenschaft und wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land zukunftsorientiert ermöglicht.



Dokumentname	Code	Segment
Parteiprogramm-Grüne	Wissenschaft	Ziel muss es sein, die verschiedenen Energieerzeuger zu vernetzen; bei der Entwicklung der dazu notwendigen Techniken müssen unsere Universitäten eine wichtige Rolle spielen, indem sie die wissenschaftlichen Grundlagen für die Zukunft der Brandenburger Energiewirtschaft miterarbeiten.
Parteiprogramm-Grüne	Wissenschaft	Die in Brandenburg und Berlin entstandene Wissenschaftsregion bietet unserem Land eine gute Grundlage für die weitere qualitative und nachhaltige Entwicklung der Hochschulen.
Parteiprogramm-Grüne	Wissenschaft	Davon versprechen wir uns eine stärkere Durchlässigkeit innerhalb des Hochschulsystems und innovative Projekte in der Wissenschaft.
Parteiprogramm-Grüne	Wissenschaft	Das Land soll sich auf die Wissenschaftsverwaltung, auf Koordination und Rechtsaufsicht beschränken.
Parteiprogramm-Grüne	Zukunft	Bei der Entwicklung der dazu notwendigen Techniken müssen unsere Universitäten eine wichtige Rolle spielen, indem sie die wissenschaftlichen Grundlagen für die Zukunft der Brandenburger Energiewirtschaft miterarbeiten.
Parteiprogramm-Grüne	Zukunft	Demografischer Wandel, die Erforschung unseres Klimas und eine nachhaltige Energiegewinnung sind Herausforderungen, denen sich auch Brandenburg in den nächsten Jahrzehnten zu stellen hat. Wir wollen die Potentiale der Region nutzen, um die gesellschaftlichen, kulturellen und technologischen Aspekte dieser Veränderungen zu erforschen. Hierzu ist eine noch bessere Vernetzung der Forschungsinstitute mit den Hochschulen und der Wirtschaft notwendig. Nachhaltige Entwicklung ist ohne starke Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften sowie ohne die Künste genauso undenkbar wie ohne Naturwissenschaften. Für zentrale Herausforderungen wie gesellschaftliche Heterogenität, demografische Entwicklung, Klimawandel, Globalisierung und Konfliktprävention braucht es geisteswissenschaftliche Forschung und Lösungskompetenz. Hochschulen müssen wieder eine Schlüsselrolle im gesellschaftlichen Diskurs einnehmen und Orte kritischer Reflexion, Analyse und Synthese sein.

Die Autorinnen/die Autoren

Eike Emrich, Univ.-Prof. Dr. phil., Studium der Volkswirtschaftslehre, Soziologie und Sportwissenschaft, Lehrstuhl für Sportökonomie und Sportsoziologie an der Universität des Saarlandes, Mitglied im Direktorium des Europäischen Instituts für Sozioökonomie e. V.
e.emrich@mx.uni-saarland.de

Freya Gassmann, M. A., Soziologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Sportökonomie und Sportsoziologie an der Universität des Saarlandes,
f.gassmann@mx.uni-saarland.de

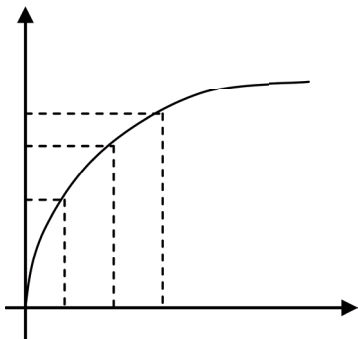
Konstantin Herrmann, M. Sc., Sportwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Europäischen Institut für Sozioökonomie e. V.
konstantin.herrmann@mx.uni-saarland.de

Michael Koch, M. Sc., Sportwissenschaft und M. Sc., Economics, Finance & Philosophy, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Sportökonomie und Sportsoziologie an der Universität des Saarlandes,
michael.koch@uni-saarland.de

Wolfgang Meyer, PD Dr. phil., Soziologe, stellvertretender Leiter des Centrums für Evaluation (CEval) der Universität des Saarlandes und Bereichskoordinator Umwelt und Arbeitsmarkt,
w.meyer@mx.uni-saarland.de

Europäisches Institut für Sozioökonomie e. V.

Das Europäische Institut für Sozioökonomie (EIS) e. V. wurde im Jahr 2008 gegründet. Das EIS e. V. ist ein gemeinnütziger Zusammenschluss von Soziologen, Ökonomen, Pädagogen und Sportwissenschaftlern, die ihre Kompetenzen bündeln und sich den unterschiedlichsten Forschungsfragen widmen. Neben der Grundlagenforschung befassen sich die Forschungsprojekte des EIS e. V. auch mit dem konkreten Forschungsbedarf, wie er von Bedarfsträgern wie z. B. Kommunen und Verbänden an das EIS e. V. herangetragen wird. Das EIS e. V. unterstützt die Bedarfsträger bei der Identifikation von Problemfeldern, der wissenschaftlich gestützten Formulierung von Forschungsfragen, der Datenerhebung und Datenauswertung sowie der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für Problemfelder. Dabei setzt das EIS e. V. sowohl langjährig erprobte als auch speziell für die jeweilige Fragestellung entwickelte innovative wissenschaftliche Methoden ein.



Universitäten erbringen wohlfahrtsfördernde Leistungen für die Gesellschaft, insbesondere indem sie Studierende ausbilden, über Forschung neues Wissen erzeugen sowie den Wissens- und Technologietransfer in Wirtschaft und Gesellschaft hinein betreiben. Die Erbringung dieser Leistungen wird ermöglicht durch eine größtenteils öffentliche Finanzierung, die nicht nur in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und Spargebote gerne hinterfragt wird. Die Politik ist daher ebenso wie die Hochschulen gut beraten, die Mittelzuweisungen immer wieder neu zu legitimieren. Die vorliegende Studie untersucht die sozioökonomischen Effekte der Universität Potsdam und schließt so vorhandene Informationslücken. Die Autoren zeigen, dass auch indirekte und unerwartete Effekte eine große Rolle spielen können, was die Wirkung einer Universität auf Wirtschaft und Wohlstand angeht.

ISBN 978-3-86956-367-1



OnLine

